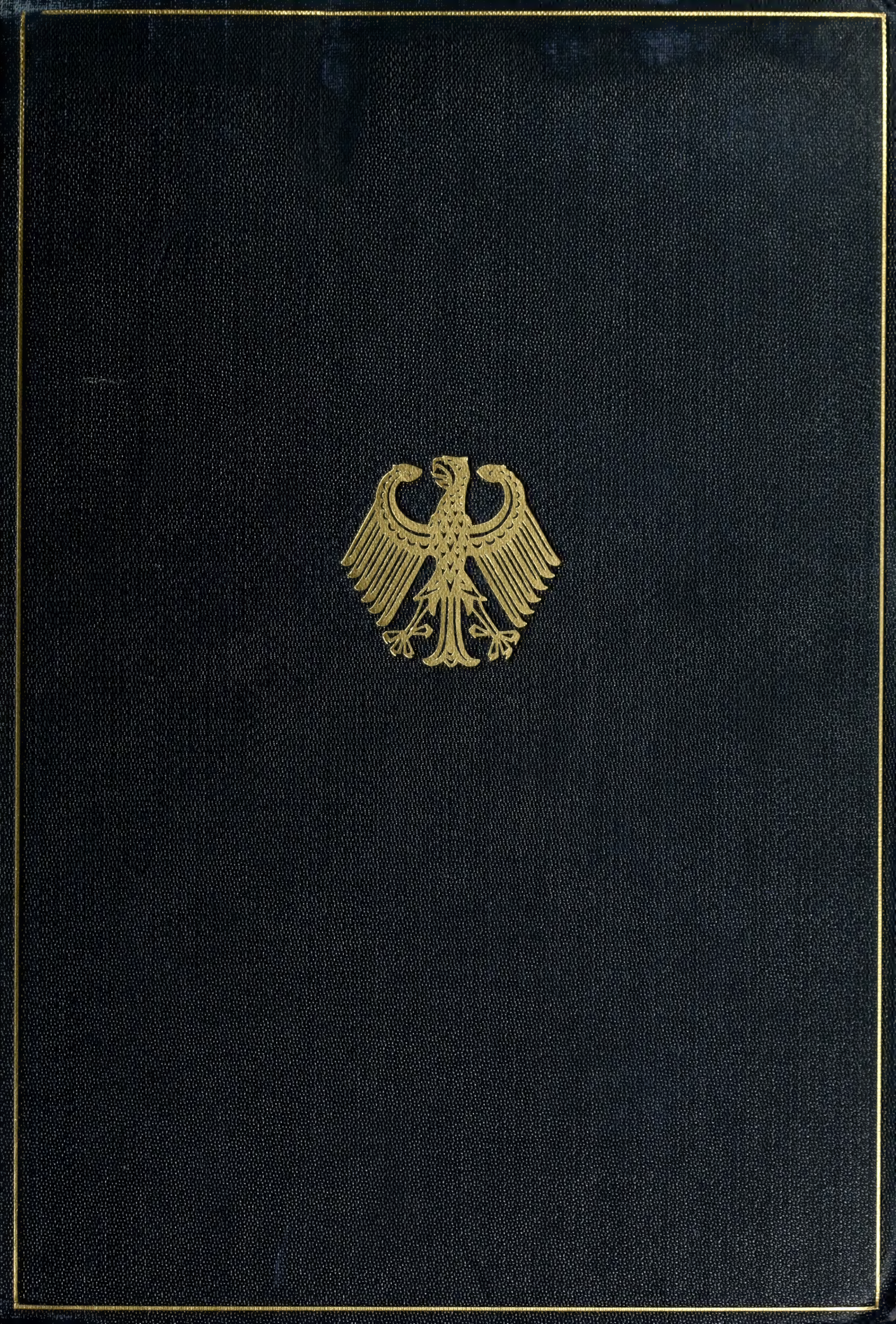



SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868





Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes



Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

16. Band:

Die Chinawirren und die Mächte 1900–1902

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

 Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des sechzehnten Bandes

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIII—XVIII erscheint am Schlusse des XVIII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel CIV

Der Boxeraufstand und die Mächte
Die Frage des Oberkommandos
Vorfriedensverhandlungen
1900—1901



Nr. 4511

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 29. Mai 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Gesandter in Peking* meldet in einem soeben eingetroffenen von gestern datierten Telegramm:

„4 bis 5000 Mann starkes aufrührerisches Gesindel der Boxer** ist bis in unmittelbare Nähe von Peking gedrungen, hat beide Eisenbahnlinien Tientsin—Peking und Pautingfu—Peking, zirka 30 Kilometer von hier, besetzt, fremde Angestellte vertrieben und teilweise verwundet, Stationsgebäude verbrannt. Hiesige Regierung zu energischem Einschreiten mit Truppen unwillig und unfähig; deshalb haben Gesandte von England, Frankreich, Rußland, Italien, Japan, Österreich und Amerika Detachements von 50 oder mehr Marinesoldaten oder Matrosen hieher zu beordern beschlossen zum Schutz Gesandtschaften, deren Mitglieder und hiesiger Staatsangehöriger.

Ich halte es für unumgänglich, daß Kaiserliche Regierung gemeinsamer Maßregel sich anschließe, da Zurückhaltung mißverstanden werden würde und Lage in letzten Tagen bedenklich geworden, indem bisher nur gegen Chinesenchristen gerichteter Aufruhr jetzt offenbar gegen Fremde und fremde Unternehmen geht. Bitte Detachement von 50 Mann aus Tsingtau hierher beordern und Gouverneur*** be-

---

* Freiherr von Ketteler (seit 12. Juli 1899).

** Die im Frühjahr 1899 gegründete Geheimsekte der fremdenfeindlichen Boxer hatte sich rasch ausgedehnt und schon im Herbst erfolgreich den Kampf mit den chinesischen Regierungstruppen aufnehmen können. Im Frühjahr 1900 bedrohten die aufrührerischen Banden bereits die Hauptstadt des Landes, so daß die europäischen Mächte bei dem Versagen der chinesischen Regierungstruppen für die Sicherheit ihrer Gesandtschaften fürchten mußten. Vgl. auch den umfassenden Bericht Freiherrn von Kettelers vom 31. Mai 1900 in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 266 ff., und die historische Übersicht in dem Admiralstabswerk „Die Kaiserliche Marine während der Wirren in China 1900—1901“ (1903), S. 1 ff.

*** Kapitän z. S. Jaeschke.

ziehungsweise Chef des Kreuzergeschwaders* entsprechende Weisung zu veranlassen. Zur Unterbringung treffe hier Vorbereitungen. Benachrichtige Admiral, der mit Kreuzergeschwader in Tschifu ist und mich hier besuchen wollte, und verständige auch Tsingtau-Gouverneur, daß vorstehender Antrag von mir gestellt."

Nachdem es gelungen war, in der uns am nächsten berührenden Provinz Schantung die Ordnung wiederherzustellen, hatten wir bisher der Ausbreitung des Aufruhrs nordwärts in der Provinz Tschili mit mehr Gelassenheit gegenüberstehen können, weil dort, soviel wir wissen, weder deutsche Missionare noch, abgesehen von Peking und Tientsin, deutsche Kaufleute und Gewerbetreibende in nennenswerter Zahl tätig sind. Nachdem aber jetzt, der Meldung des Freiherrn von Ketteler zufolge, die chinesische Hauptstadt selber ernstlich bedroht ist, möchte auch ich mit Euerer Majestät Gesandtem annehmen, daß Deutschland sich von den beschlossenen gemeinsamen Maßregeln, an denen sich sogar die beiden sonst in China rivalisierenden Staaten Rußland und England beteiligen wollen, nicht ausschließen darf.

Euere Majestät wage ich daher alleruntertänigst zu bitten, allergnädigst genehmigen zu wollen, daß ich, dem Antrag des Freiherrn von Ketteler entsprechend, unverzüglich mit Euerer Majestät Staatssekretär des Reichsmarineamts wegen schleuniger Entsendung eines Detachements von der erforderlichen Stärke nach Peking** ins Benehmen trete.

Admiral Tirpitz habe ich über die Pekinger Meldung vorläufig au courant gesetzt.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 30/V 1900 W.

Nr. 4512

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Freiherrn von Ketteler

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 40 Berlin, den 31. Mai 1900

Die englische und die russische Regierung haben die telegraphische Meldung erhalten, daß Ew. bei den letzten Gesandtenbesprechungen

* Vizeadmiral Bendemann.

** Das deutsche Detachement in Stärke von 1 Offizier und 50 Mann traf am 3. Juni gemeinsam mit dem österreichischen Detachement in Peking ein.

geäußert hätten, Sie sähen diese Vorgänge als den Beginn der Aufteilung Chinas an. — Diese Äußerung hat zu einem Gedankenaustausch zwischen London und Petersburg geführt.

Bitte Wortlaut und Anlaß Ihrer Äußerung drahten.

Bülow

Nr. 4513

Der Gesandte in Peking Freiherr von Ketteler an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Peking, den 2. Juni 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 41 *.

Ich habe keinen Ausdruck gebraucht, der in dem Sinne gedeutet werden könnte, wie englischer und russischer Gesandter ihn mir beilegen, und von Aufteilung Chinas nicht gesprochen.

Dies beweisen die mir vorliegenden Sitzungsprotokolle, vom holländischen Gesandten ** geführt, nach Vorlesung von allen Anwesenden genehmigt und vom Doyen *** unterzeichnet.

Protokoll vom 20. Mai sagt: Deutscher Gesandter bezweifelt, daß vorgeschlagene Heranziehung von Detachements wirksamen Schutz gewähren werde, und er lasse es dahingestellt, was geschehen müsse, falls chinesische Regierung die in Kollektivnote † gestellte Forderung auf Unterdrückung des Aufruhrs ausweichend beantworte.

In Sitzung vom 26. Mai sagte ich, wie ich Wirksamkeit der vom diplomatischen Korps erwogenen Maßnahmen im Hinblick auf Ausdehnung des Boxeraufruhrs und „angesichts der augenblicklichen politischen Zustände in China" bezweifeln müsse.

Im Sinne der telegraphischen Instruktion Nr. 34 vom 25. Mai †† sagte ich weiter in Sitzung vom 28. Mai [bezüglich] der Frage, ob ich Detachement requirieren werde, daß ich Instruktion einholen müsse, und fügte hinzu, daß ich es mir unabhängig von etwaigen Kollektivschritten vorbehalte, sobald deutsche Interessen wirklich betroffen,

---

* So im Text; gemeint ist Telegramm Nr. 40 (siehe Nr. 4512).

** Ministerresident F. M. Knobel.

*** Doyen war der spanische Gesandte J. B. de Cologan.

† Siehe den Text der Note vom 26. Mai und der Antwortnote des Tsungli Yamen vom 27. Mai in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 270 ff.

†† Durch Telegramm Nr. 34 vom 25. Mai war Freiherr von Ketteler angewiesen worden, sich in der Frage von Kollektivschritten der Mächte zurückzuhalten und sich auf mangelnde Instruktion zu berufen, der chinesischen Regierung aber anzudeuten, daß Deutschland stark genug sei, um sich für eignen Schaden selber Recht zu schaffen.

für den Schaden selbsttätig Recht zu schaffen. Diese Erklärung ist im Protokoll nicht verzeichnet.

Da alle Äußerungen französisch, so dürfte englischer Gesandter*, der Sprache nicht mächtig, sich auf gedrehte Auslegung des Herrn von Giers** verlassen haben.

Falls erforderlich, kann Abschrift umfangreicher französischer Protokolle einsenden.

Ketteler

Nr. 4514

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Freiherrn von Ketteler

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 42 Berlin, den 5. Juni 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 56***.

Die von Ew. pp. angeführten Äußerungen konnten in dem Sinne gedeutet werden, als ob wir zu schärferer Aktion drängten. Dies liegt nicht in der Richtung unserer Politik und findet in Ihren Instruktionen keine Stütze. Die Eventualdrohung am Schluß meines Telegramms Nr. 34† war für die chinesische Regierung berechnet, nicht für die fremden Diplomaten. Hieran ändert der Umstand nichts, daß inzwischen die Richtigkeit Ihrer Auffassung durch die Ereignisse dargetan ist: nicht jede Wahrheit ist auszusprechen nützlich.

Bülow

Nr. 4515

Der Gesandte in Peking Freiherr von Ketteler an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Peking, den 4. Juni 1900

In heutiger Gesandtenkonferenz auf Antrag französischen Gesandten †† einstimmig beschlossen, daß Vertreter der Mächte, welche

* Sir Claude Maxwell Mac Donald.
** Russischer Gesandter in Peking.
*** Siehe Nr. 4513.
† Vgl. Nr. 4513, Fußnote ††.
†† S. Pichon.

Kriegsschiffe in China besitzen, ihre Regierungen bitten, angesichts Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs und des einen von beiden Telegraphen, die Peking mit See und Ausland verbinden, und in Befürchtung, daß Aufstand Oberhand gewinne, ihre Geschwaderchefs anzuweisen, sich zu vereinigen, um über geeignete Maßregeln zu eventueller Entsetzung Pekings zu verständigen. Französischer, amerikanischer Admiral heute Taku, [um] englischen, russischen, japanischen* dort [zu] erwarten. Bitte entsprechenden Befehl für Admiral erwirken.

Ketteler

Nr. 4516

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Freiherrn von Ketteler

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 43 Berlin, den 6. Juni 1900

Seine Majestät haben Vorschläge Ihrer Telegramme Nr. 59** und Nr. 60*** genehmigt. Marine erhält entsprechende Weisungen. Auch an nachträglicher Genehmigung, wie in Telegramm Nr. 61 † beantragt, wird nicht zu zweifeln sein. Ich setze voraus, daß der in Telegramm Nr. 60 gebrauchte Ausdruck „Entsetzung Pekings" Entsetzung der dortigen Europäer bzw. Amerikaner bedeuten soll.

Bei Gefahr im Verzuge wollen Sie sich für ermächtigt halten, notwendige Schutzmaßnahmen, wie z. B. Ausschiffung eines Kommandos, direkt mit Geschwaderchef zu vereinbaren. Hierher genügt Anzeige vom Vereinbarten.

Bülow

---

* Die während der Unruhen in den ostasiatischen Gewässern befindlichen Seestreitkräfte der Mächte (vgl. die Übersicht in: Die Kaiserliche Marine während der Wirren in China 1900/01, S. 223 ff.) wurden auf französischer Seite von Konteradmiral Courrejolles, auf amerikanischer von Konteradmiral Kempff, auf englischer von Vizeadmiral Seymour, auf russischer von Vizeadmiral Hiltebrandt und auf japanischer Seite von Kapitän Nagemine, später von Vizeadmiral Tôgo befehligt. Auch der Chef des deutschen Kreuzergeschwaders Vizeadmiral Bendemann traf am 8. Juni mit S. M. S. „Hertha" in Taku ein.

** Durch Telegramm Nr. 59 vom 4. Juni hatte Freiherr von Ketteler die Entsendung eines Detachements von 1 Offizier und 25 Mann nach Tientsin zum Schutze der dortigen deutschen Niederlassungsgesellschaft beantragt.

*** Siehe Nr. 4515.

† Telegramm Nr. 61 vom 4. Juni erbat die nachträgliche Genehmigung für die von dem deutschen Konsul in Tientsin im Hinblick auf die drohende Gefahr bereits antizipierte Requirierung eines Detachements. Bereits am 10. Juni mußte das Detachement auf 300 Mann verstärkt werden.

Nr. 4517

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 325 London, den 7. Juni 1900

Nach ganz vertraulichen Äußerungen des Unterstaatssekretärs Mr. Bertie besteht seit gestern im Foreign Office große Besorgnis in bezug auf die Haltung und die eventuellen Absichten Rußlands in China. Dieses Mißtrauen scheint namentlich durch zwei Umstände hervorgerufen zu sein: Einmal durch die Nachricht, daß der französische Admiral in den chinesischen Gewässern den übrigen Geschwaderbefehlshabern vorgeschlagen habe, etwaige Operationen der ausgeschifften Truppen zu Lande der Leitung eines russischen Obersten zu unterstellen, und zweitens durch ein Telegramm des englischen Botschafters in Paris*, wonach Delcassé ihm gesagt hat, er betrachte die Lage in China nicht als ernst und rate der englischen Regierung, sich nicht zu beunruhigen und keine unnützen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Aus beiden Nachrichten scheint man hier den Schluß zu ziehen, daß eine russisch-französische Verständigung besteht, um die Vorgänge in China auf Kosten anderer für eigene Zwecke auszubeuten.

Hatzfeldt

Nr. 4518

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben***

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 42 Berlin, den 8. Juni 1900

Gegenüber unzutreffenden Preßdarstellungen, als ob wir in China schärferes Vorgehen als andre Mächte begünstigten, bemerke ich zu Ihrer Direktive und geeigneten Verwertung: Wir beteiligen uns an allen gemeinsamen Schritten der übrigen Mächte zur Wahrung der gemeinsamen Interessen, haben aber keine Absicht, unsererseits weiterzugehen als die andren. Gesandter in Peking und Geschwaderchef sind hiernach instruiert.

Es wäre mir von Wert, zu erfahren, ob man dort vielleicht nähere Nachrichten über Japans Haltung in der Sache hat. Unser ständiger Vertreter in Tokio*** sei zurzeit auf Urlaub.

Bülow

* Sir Edmund John Monson.

** Derselbe Erlaß ging an die Missionen in London, Paris, Wien, Petersburg, Rom.

*** Graf Leyden.

Nr. 4519

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 138 St. Petersburg, den 9. Juni 1900

Im Asiatischen Departement* sieht man der Entwickelung der chinesischen Verhältnisse mit einiger Besorgnis entgegen. Ich hörte heute dort die Ansicht aussprechen, daß man schließlich mit den gemeinsamen Kontingenten der fremden Staaten gegen die Massen der Aufständischen nichts werde ausrichten können und Rußland genötigt sein werde, größere Truppenmassen aus Port Arthur heranzuziehen, die in zwei Tagen in Taku sein könnten[1].

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das wäre ja ausgezeichnet und würde zur Klärung der Lage beitragen

Nr. 4520

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Washington, den 11. Juni 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 42** und 43***.

Hiesige Presse war bereits durch Berliner Telegramme über Haltung und Absichten der Kaiserlichen Regierung ausreichend unterrichtet, habe aber dennoch eine offiziöse Erklärung im Sinne von Telegramm Nr. 42 in die Presse gegeben, der Regierung gegenüber war derartiges nicht erforderlich.

Was die Haltung der hiesigen Regierung betrifft, so erklärt sie, nur die direkten Interessen der Vereinigten Staaten in China schützen zu wollen, was nicht hindere, in Notlagen auch Interessen befreundeter Nationen wahrzunehmen, noch gemeinsames Handeln in einzelnen geeigneten Fällen ausschlösse; der Gesandte in Peking sei mit den weitesten Vollmachten versehen, und seinem sachkundigen Urteil sei Entscheidung in allen Einzelheiten überlassen. Staatssekretär verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß die Vereinigten Staaten für England

* Das „Asiatische Departement“ war die Erste Abteilung des russischen Ministeriums des Äußeren.
** Siehe Nr. 4518.
*** Durch Telegramm Nr. 43 vom 9. Juni war Holleben das Telegramm aus Petersburg Nr. 138 (siehe Nr. 4519) mitgeteilt worden.

eintreten würden, selbst wenn Rußland in markanter Weise den Vortritt vor anderen Mächten an sich zu reißen suchen sollte.

Japanischer Geschäftsträger* sagt, daß er genau über die Lage in China seitens seiner Regierung, nicht aber über deren Absichten unterrichtet sei. Ein Vertrauensmann der japanischen Gesandtschaft und guter Kenner der derzeitigen Verhältnisse Japans sagt mir, daß weder ein Ministerium Yamagata noch ein Ministerium Ito ohne dringende Not zu einer kriegerischen Aktion, gegen wen es auch sei, sich herbeilassen würde, und daß das ganze gebildete Japan sie hierin stütze. Nur Straßenpolitiker oder skrupellose Parteiagitatoren könnten an das Gegenteil denken.

Daß die amerikanische wie die japanische Politik je nach Entwickelung der Verhältnisse schnelle und wesentliche Änderungen erfahren können, ist zweifellos.

Holleben

Nr. 4521

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 330 London, den 11. Juni 1900

Das letzte dem englischen Admiral in Tientsin zugegangene Telegramm des englischen Gesandten in Peking besagte, wie mir im Foreign Office versichert wird, daß, wenn nicht umgehend eine größere Anzahl von Truppen nach der Hauptstadt abginge**, das Schlimmste zu erwarten stände. Die Besorgnis in bezug auf die Lage in China hat daher hier zugenommen. Von einer speziell englisch-russischen Kooperation, wie die „Times“ sie vorgestern empfahl, ist aber nach vertraulichen Äußerungen des Unterstaatssekretärs Mr. Bertie bisher keine Rede. Das Mißtrauen gegen Rußland scheint vielmehr im Foreign Office im Zunehmen begriffen zu sein.

Hatzfeldt

---

* Nakagawa.

** Tatsächlich waren am 10. Juni mehrere Extrazüge mit ca. 1800 Mann unter Führung des englischen Admirals Seymour zur Verstärkung der verschiedenen Detachements von Tientsin nach Peking abgegangen, die aber wegen Bahnzerstörung nur bis Langfang kamen und von dort erst nach Lofa, dann nach Jangtsun, schließlich, von einem aus Tientsin zum Entsatz vorgerückten vorwiegend russischen Truppenkorps aus bedrängter Lage befreit, bis nach Tientsin zurückkehren mußten. Vgl. Die Kaiserliche Marine während der Wirren in China S. 23 ff.

Nr. 4522

Der Geschäftsträger in Tokio Graf Botho von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 — Tokio, den... Juni 1900
[eingegangen am 12. Juni]

Japan stellt Geschwader von vier Schnellkreuzern zur eventuellen Entsendung nach China in Sasebo zusammen.

Presse drängt Regierung, starkes Kontingent Landtruppen nach China zu schicken. Vicomte Aoki* sagte mir, Regierung würde sich zu einem solchen Schritte jedenfalls nur nach vorgängiger Verständigung mit Deutschland und England entschließen.

Wedel

Nr. 4523

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Helgoland

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 — Berlin, den 18. Juni 1900

Die russische Regierung hat soeben hier mitteilen lassen, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland dem russischen Gesandten in Peking ein Detachement von 4000 Mann zur Verfügung gestellt habe, welches in erster Linie zum Schutz der russischen Gesandtschaft und der russischen Untertanen, dann aber auch der Europäer überhaupt bestimmt sei.

In Gemäßheit der von Euerer Majestät allergnädigst erteilten allgemeinen Direktive[1] habe ich Grafen von der Osten-Sacken geantwortet, daß wir alle zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Sicherung der Europäer beitragenden Maßnahmen der russischen Regierung willkommen hießen[2].

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die lauteten so wie unten geschrieben!

[2] unter direkter Theilnahme aller Nationen, nicht aber die Russen im Auftrage der anderen allein!

---

* Japanischer Minister des Auswärtigen.

Nr. 4524

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 — Berlin, den 18. Juni 1900

Euerer Majestät Geschäftsträger in Tokio telegraphiert:

„Japan sendet Truppen nach China, angeblich vorläufig 2000 Mann. Weitere Truppensendungen werden vorbereitet[1].“

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die in Heimath befindliche Marine Infanterie muß umgehend mobil gemacht werden und so schnell als möglich hinaus. „Fürst Bismarck“ hat von mir Befehl erhalten, sich unverzüglich Seeklar zu machen. W.

Nr. 4525

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Helgoland, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 — Helgoland*, den 18. Juni 1900

Die Meldungen des Konsuls aus Tschifu über die Aussage des japanischen Torpedoboots** klingen im ganzen nicht unwahrscheinlich. Eine Bestätigung durch Mitteilungen anderer Regierungen und Botschaften ist kaum zu erwarten, da laut Ihrer Meldungen von gestern abend die letzte Telegraphenverbindung nach Europa über Kiachta zerstört ist. Es ist jedenfalls leichter möglich für einen Japaner, bei den augenblicklichen Verhältnissen aus Peking Nachricht zu bekommen oder zu holen wie für Europäer. Die Ähnlichkeit des Aussehens in Verbindung mit geeigneter Verkleidung würde es japanischen Boten oder Kundschaftern wesentlich erleichtern, sich durchzuschleichen als irgend jemand anders. Also ist die Nachricht nicht a priori von der Hand

---

* Das Telegramm ist in zwei Teilen abgesandt und der zweite Teil (von Absatz 2 an) aus Wilhelmshaven datiert.

** Nachdem ein Telegramm der „Exchange Telegraph Company“ vom 16. Juni die Zerstörung sämtlicher Gesandtschaften in Peking und die Ermordung des Freiherrn von Ketteler gemeldet hatte, war das Auswärtige Amt bemüht gewesen, durch den Konsul in Tschifu eine sichere Nachricht über Grund oder Ungrund jener Meldung, die den Ereignissen vorauseilte — die Ermordung Kettelers erfolgte erst am 20. Juni —, einzuziehen, doch konnte auch der Konsul am 18. Juni nichts weiter melden, als daß ein japanisches Torpedoboot die Einnahme der Gesandtschaften in Peking bestätige.

zu weisen, zudem klangen die letzten Meldungen fortlaufend bedrohlich und ließen eine Katastrophe befürchten.

Sollten daher die Gesandtschaften gestürmt und deren Personal getötet oder verletzt sein, so beweist dies Ereignis, daß die chinesische Regierung unfähig ist, den Anforderungen gesitteter Völker zu entsprechen und den Schutz der Ausländer zu garantieren. Dieses erheischt exemplarische Bestrafung und Vorbeugungsmaßregeln gegen Wiederholung, d. h. bewaffnetes Eingreifen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Kaiserin-Mutter mit Boxern gemeinschaftliche Sache macht oder von Rimerpartei* mit oder ohne Absetzung dazu gezwungen worden ist. Ein Kampf gegen die Europäer ist jedenfalls in jeder Hinsicht organisiert. Das bewaffnete Eingreifen derselben wird im größeren Maßstab stattfinden müssen. Keinenfalls darf Rußland ein alleiniges Mandat dafür beanspruchen oder erhalten. Ich habe Herrn von Tirpitz Vorbereitung der Mobilmachung der Marineinfanterie anbefohlen, welches im Ernstfall aber nicht genügen würde; eine preußische Infanteriedivision oder Korps würde unbedingt sofort zu folgen haben.

Mitteilung an General von Hahnke, Kriegsminister und Chef des Generalstabs.

Wilhelm I. R.

Nr. 4526

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Wilhelmshaven, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Wilhelmshaven, den 18. Juni 1900

Privat für den Herrn Staatssekretär

Mit Bezug auf Seiner Majestät heutiges Telegramm, betreffend China**.

Im Gespräch mit Seiner Majestät drückte allerhöchstderselbe die Ansicht aus, daß nicht einem Staat allein das Mandat zur Wiederherstellung der Ordnung überlassen bleiben dürfe, weder Rußland noch Japan. Ganz Europa müsse seine Flaggen zeigen. Wenn Rußland [und] Deutschland militärisch zusammengingen, würden die anderen folgen müssen. Es handele sich aber jetzt um Machtentfaltung. Die 2000 Mann vereinigter europäischer Truppen genügten nicht. Daher die Mobilisierung der Marineinfanterie. Ob eventuell mehr, hänge von den Ereignissen ab. Diese müsse man abwarten. Konjekturalpolitik zu treiben, sei verfrüht.

---

* Offenbarer Fehler der Entzifferung anstatt: Reformpartei.

** Siehe Nr. 4525.

Ich gestattete mir, Seiner Majestät in dem Gedanken beizupflichten, daß besonders unsererseits nur Gemeinsamkeit des Vorgehens die Gefahren der gegenwärtigen Lage abzuschwächen vermöchte, und daß wir es vor allem vorläufig vermeiden müßten, der einen oder der andern sich etwa bildenden Mächtegruppe in Ostasien beizutreten.

Es dürfte Ihnen von Interesse sein, in diesem wichtigen Augenblick auch noch diese Streiflichter zur allerhöchsten Willensmeinung kennen zu lernen.

Metternich

Nr. 4527

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Oldenburg, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Oldenburg, den 19. Juni 1900

Nach letzten Meldungen aus China kein Zweifel mehr über Schwere der Katastrophe und durch Rückzug des Entsatzheeres unter englischem Admiral nach Tientsin*, schwere Blamage der Europäer vor Asiaten. Dazu Meldungen von Aufständen im Jangtsekiangtale und am Westflusse zeigen, daß China im ganzen entschlossen ist, Europäer hinauszuwerfen. Daher muß sofort auf große Militäraktion gemeinsamer Natur vorbereitet werden. Berufen Sie sofort Botschafter zusammen, die ihre Regierungen um Instruktionen bitten behufs Einleitung der Aktion. Es müssen starke Kontingente zu gemeinsamem Heer hinausgehen.

Peking muß regelrecht angegriffen und dem Erdboden gleich gemacht werden. Dazu muß Heer mit Schnellfeuer- und Belagerungsartillerie ausgerüstet werden. Organisation des Verpflegungsnachschubs sehr wichtig, da zwischen Peking und Taku nichts mehr zu haben ist. Ich werde eventuell den Obergeneral gern stellen. Denn es muß die ganze Aktion in eine feste Hand gelegt werden, und zwar europäische. Wir dürfen uns nie dem aussetzen, daß Rußland und Japan die Sache allein machen und Europa heraushauen. Der deutsche Gesandte wird durch meine Truppen gerächt. Peking muß rasiert werden. England kann ja bei Aktion zur See Leitung übernehmen. Marineinfanterie muß gleich hinaus. Es ist der Kampf Asiens gegen das ganze Europa!

Wilhelm I. R.

---

* Vgl. Nr. 4521, Fußnote **.

Nr. 4528

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Brunsbüttel

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 Berlin, den 19. Juni 1900

* Euerer Majestät Telegramme von gestern und heute * habe ich mit ehrfurchtsvollstem Danke erhalten und unverzüglich an General von Hahnke, den Kriegsminister und den Chef des Generalstabes behufs Vorbereitung weiterer Ausführung mitgeteilt.

Es ist durchaus zutreffend, daß die von den Mächten in China bisher ergriffenen Maßnahmen unzureichende sind. Vergeblich haben wir sowohl durch unseren Vertreter in Peking wie bei den großen Kabinetten, wie ich bei den hier akkreditierten Botschaftern seit Wochen auf entschiedeneres und geschlosseneres Auftreten gegenüber der chinesischen Regierung gedrängt**. Wenn wir bisher vor der Öffentlichkeit es vermieden haben, in der chinesischen Frage die Tête zu nehmen, so war dies, weil wir ein Zusammengehen der anderen Mächte gegen uns vermeiden und lieber die Gegensätze zwischen Russen, Engländern, Franzosen und Japanern sich verschärfen lassen wollten. Wenn Deutschland in Ostasien vorzeitig zu sehr in den Vordergrund tritt, könnten sich bei der Eifersucht der Russen, der latenten Feindschaft der Franzosen und der Unzuverlässigkeit der englischen Politik die anderen Mächte gegen uns zusammenschließen. Es schien uns richtiger, sich zwar für alle Eventualitäten bereitzuhalten, aber nicht vorzeitig unser Spiel zu dekuvrieren.

Die russische Regierung betont bisher ausdrücklich, daß ihr beabsichtigtes militärisches Eingreifen einen rein temporären Charakter habe, und daß der russischen Truppenabteilung der Befehl gegeben sei, in Übereinstimmung mit den Ausschiffungsabteilungen der anderen Mächte zu handeln. Trotz dieser russischen Versicherungen hat die Nachricht von der beabsichtigten Verstärkung des russischen Expeditionskorps eine hochgradige Erregung in Japan hervorgerufen, und das heutige Zeitungstelegramm, wonach Japan auf Ersuchen der übrigen Mächte 20000 Mann nach China schicken werde, um dort Ordnung zu machen, ist wohl als ballon d'essai der japanischen Regierung anzusehen, denn dieser Gedanke eines an Japan zu erteilenden Mandats [1] ist neuerdings wiederholt in Äußerungen nicht nur der japanischen Presse, sondern auch der japanischen Diplomatie zutage getreten. Keine der Mächte außer vielleicht England wird daran denken [2], den Japanern

---

* Siehe Nr. 4525 und Nr. 4527.

** Diese Angabe Graf Bülows bedarf der Einschränkung, vgl. Nr. 4513, S. 5, Fußnote ††.

ein solches Mandat zu erteilen; diese japanischen Kundgebungen werden daher nur das Ergebnis haben, das Mißtrauen der Russen wegen Bedrohung der russischen Einflußsphäre durch Japan noch zu verschärfen. Da die Japaner von den Engländern in den Vordergrund geschoben werden, so läßt sich nicht sagen, wie weit diese Verstimmung führen kann. Gegenstand der Eifersucht ist die Provinz Tschili, hinsichtlich welcher Euere Majestät dem Kaiser von Rußland im Verlauf der Kiautschou-Verhandlungen eine désintéressements-Erklärung gegeben haben*. Im Hinblick darauf habe ich in der Antwort auf die russische Mitteilung, daß Rußland weitere 4000 Mann zur Teilnahme an der gemeinsamen Aktion senden werde, hervorgehoben, daß Deutschland in der Provinz Tschili keine anderen Interessen habe als solche, welche mit der Sicherheit seiner Reichsangehörigen zusammenhängen. Die Gewißheit, daß Euere Majestät hinsichtlich der Provinz Tschili dem Standpunkt von 1898 treu bleiben, kann nur dazu beitragen[3], die Regierung des Zaren einem Nachgeben gegenüber japanischen Ansprüchen noch abgeneigter zu machen, als sie es schon ist.

Für die deutschen Interessen eröffnen sich meines ehrfurchtsvollen Erachtens um so günstigere Aussichten, je mißtrauischer die übrigen Mächte sich kontrollieren. Dagegen ist zu erwarten, daß in dem Fall, wo Deutschland als Hauptinteressent in chinesischen Angelegenheiten hervortritt[4], die eine oder andere Macht daraus Anlaß nehmen würde, das gemeinsame Mißtrauen aller konzentrisch auf Deutschland zu lenken und ihre Einigkeit unter sich auf Kosten Deutschlands zu erhalten[5].

In England zeigt sich schon jetzt gegenüber Rußland eine gewisse Ängstlichkeit und damit die Tendenz, uns gegen Rußland vorzuschieben, während in Frankreich unter der dünnen Hülle der Weltausstellung** die nationalistische Bewegung und damit die Revanchestimmung zweifellos an Boden gewinnt[6].

Wie ich im vorstehenden alleruntertänigst ausgeführt habe, liegt die erste für eine größere deutsche Aktion bezeichnete Vorbedingung — russischer Mandatsanspruch — nicht vor und ist auch nach der Sprache der russischen Regierung kaum zu gewärtigen. Hinsichtlich der zweiten Vorbedingung, welche mit den Schicksalen des deutschen Gesandtschaftspersonals zusammenhängt, befinden wir uns noch in Ungewißheit. Um auch in dieser Beziehung Euerer Majestät das vorhandene Material möglichst vollständig zu unterbreiten, gestatte ich mir, aus einem gestern abend geschriebenen Brief des Gesandten von Brandt nachstehendes wörtlich wiederzugeben: „Ich möchte für den Augenblick die Sache nicht so ernst auffassen, wie sie scheint. Vor allem glaube ich nicht an eine Gefahr der Gesandtschaften. Mit den einigen hundert Mann, die dort sind, können sie ganz Peking in Ord-

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XC.

** Diese war am 14. April in Paris eröffnet worden.

nung halten. Die Nachricht von dem Aufwerfen von Verschanzungen durch die Boxer außerhalb der Stadt und dem Richten von Geschützen auf die Gesandtschaften ist natürlich Unsinn; Peking liegt in einer Ebene und hat sechzig Fuß hohe Mauern. Daß die sogenannten Entsatztruppen [so] * an der Bahn kleben, scheint für mich der Beweis, daß die Gesandtschaften nicht ernstlich bedroht sind, sonst hätte man mit 1000 bis 2000 Mann — und die muß man zur Verfügung haben — ganz bequem in drei Tagen [7] nach Peking marschieren können. Auch passiert man auf dem rechten Ufer des Peiho nur eine Brücke und kann sich, wenn nicht auf dem ganzen Wege, wenigstens auf der Hälfte von Dampfbarkassen kotoyieren lassen. Augenblicklich sind es hauptsächlich die von den verschiedenen Telegraphenagenturen ausgebrüteten Enten, welche die Welt alarmieren. Das schnelle Wachsen der Bewegung erklärt sich aus der Menge Gesindel, die in Tientsin, Peking und den Bergwerken in der Nähe der Hauptstadt vorhanden sind, aber nach den Berichten über das Gefecht mit den Boxern müssen die Leute ganz schlecht oder gar nicht bewaffnet sein." — Ebenso hat sich der zurzeit hier auf Urlaub befindliche bisherige erste Sekretär von Euerer Majestät Gesandtschaft in Peking Legationssekretär von Prittwitz ausgesprochen. Das, was Herr von Brandt über die Leichtigkeit eines Marsches auf Peking und die Möglichkeit, denselben durch Geleit von Barkassen zu decken, sagt, läßt den Verdacht zu, daß das Mißlingen des Vorrückens weniger auf militärische Hindernisse als auf Zerwürfnisse politischer Natur unter den Kommandierenden zurückzuführen ist [8]. Es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß bei dem zwischen der anglo-japanischen und der franko-russischen Gruppe bestehenden intensiven Haß und Mißtrauen die Einigkeit der Mächte bis zu dem Ende der jetzt beginnenden Verwickelung vorhält, sofern es nicht gelingt, dieses Gefühl der Eifersucht ausschließlich gegen Deutschland zu wenden [9]. Daß in dieser Richtung gearbeitet wird, ist neuerdings bereits von verschiedenen deutschen Vertretungen hierher gemeldet worden. Am bezeichnendsten ist ein Telegramm des Grafen Pückler ** aus Wien, welches ich im Wortlaut folgen lasse: „Wie mir Herr Rumbold *** soeben streng vertraulich sagt, hat Marquis de Reverseaux † vor etwa acht Tagen behauptet, Freiherr von Ketteler hätte in einer Gesandtenkonferenz in Peking die demimesures verurteilt [10] und sich für Aufrollung der chinesischen Frage und Teilung Chinas ausgesprochen ††."

Diesen systematischen Verdächtigungen würde Vorschub geleistet, wenn Euere Majestät genötigt wären, die leitende Rolle für sich in

* So nach dem Konzept des Telegramms einzufügen.
** Geschäftsträger in Wien.
*** Sir Horace Rumbold, englischer Botschafter in Wien.
† Französischer Botschafter in Wien.
†† Vgl. Nr. 4512 und Nr. 4513.

Anspruch zu nehmen. Zum Glück liegen die von Euerer Majestät bezeichneten Vorbedingungen für diese Forderung zurzeit nicht vor. Rußland beansprucht kein alleiniges Mandat, Japan würde, selbst wenn es ein solches ausdrücklich beanspruchte, keine Aussicht haben, es zu erlangen, und über das Schicksal des deutschen wie der anderen Gesandten in Peking fehlt es bisher an zuverlässigen Nachrichten. Ich möchte hiernach meine ehrfurchtsvolle Ansicht dahin zusammenfassen, daß für Euere Majestät die Gelegenheit, um sich in den Vordergrund zu stellen, noch nicht gekommen ist, und daß dieselbe um so günstiger sich gestalten wird, je mehr der Interessenkonflikt zwischen der russisch-französischen und der englisch-japanischen Gruppe sich entwickelt und verschärft[11].

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Niemals

[2] Nein

[3] ja

[4] Es giebt nur ein Interesse, und das ist exemplarische Bestrafung der Pekinger und Boxer für den Gesandtenangriff.
Alles andre kommt später! Es ist gemeinschaftliches Blut schon geflossen, und das ist die beste Basis!

[5] Das ist jetzt nicht zu befürchten

[6] hat den gestürmten Gesandtschaften gegenüber alles keine Bedeutung

[7] !!

[8] ?!

[9] Combinationen!

[10] Da würde er völlig Recht haben

[11] Das ist durchaus nicht der Fall! Es darf zu keinem Interessen Conflickt kommen, sonst sind die Europäer einfach verloren!

Nr. 4529

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Kiel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 — Kiel, den 22. Juni 1900

Ganz geheim

Seine Majestät haben die Entsendung eines Armeekorps und selbst einer Division nach China nur angeregt, um dadurch die kompetenten Stellen darauf hinzuweisen, wie mangelhaft wir noch für den Fall plötzlich auftauchender überseeischer Verwickelungen ausgerüstet sind*. Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, werden wir in Ostasien nur mit maritimen Streitkräften operieren. Es hat sich aber

* Vgl. Nr. 4525. Aus dem Telegramm Graf Bülows geht hervor, daß er dem Kaiser die Entsendung eines Armeekorps in mündlichem Vortrage ausgeredet hatte. Vgl. das kaiserliche Telegramm vom 2. Juli 1900, Nr. 4540.

bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß der Frage der Schaffung von Kolonialtruppen nähergetreten werden muß.

Die Frage des Oberbefehls über die europäischen Streitkräfte in China ist ajourniert. Für unser Prestige würde es nützlich sein, wenn uns derselbe schließlich zufiele. Vielleicht kann sich aus dem naturgemäßen Widerstreit der englisch-japanischen und russisch-französischen Ambitionen die Übertragung des Oberkommandos an das mehr neutrale Deutschland ergeben. Von einem Vordrängen unsererseits in dieser Beziehung ist aber nicht die Rede.

Nach der Entsetzung von Peking würde der Bau oder Ankauf einer neuen, sicherer gelegenen und leichter zu verteidigenden deutschen Gesandtschaft ins Auge zu fassen sein. Bülow

Nr. 4530

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 St. Petersburg, den 25. Juni 1900

Kriegsminister * hat heute dem Militärattaché ** vertraulich folgendes eröffnet:

„Wir haben bis jetzt acht Bataillone, davon sechs aus Port Arthur, zwei aus Wladiwostok, eine Feldbatterie, eine Mitrailleusenbatterie und entsprechende Reiterei nach China entsendet. Mit tunlichster Beschleunigung werden aus Ostsibirien weitere acht Bataillone und dann noch sechs Bataillone nachfolgen. Im ganzen wollen wir 22 Bataillone auf dem chinesischen Kriegsschauplatz einsetzen. Ich halte dieses starke Aufgebot für erforderlich, weil aus den Meldungen von Tientsin hervorgeht, daß wir es nicht mehr mit den Aufständischen, sondern mit den Truppen der chinesischen Regierung zu tun haben. Wenn wir jetzt energisch zufassen, können wir die Sache in einem Monat bewältigen; andernfalls wird es ein Jahr dauern. Auch gilt es, die Zeit vor Eintritt der Regenperiode auszunutzen.

Ich bin hoch erfreut, daß die Deutschen bei Tientsin *** mit den Russen Schulter an Schulter gefochten haben, und sehe darin eine gute Vorbedeutung für unser weiteres Einvernehmen. Wenn Deutschland, Rußland und Frankreich in Ostasien fest zusammenhalten, so werden die anderen Mächte, nämlich Japan, England und Amerika gezwungen sein, uns zu folgen."

Tschirschky

---

* General Kuropatkin.

** Major Lauenstein.

*** Über die Kämpfe bei Tientsin, die sich einen vollen Monat hinzogen und erst mit der Eroberung der Chinesenstadt am 14. Juli ihr Ende erreichten, vgl. Die Kaiserliche Marine während der Wirren in China, S. 90 ff.

Nr. 4531

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Eckernförde

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 41 Berlin, den 26. Juni 1900

Viscount Gough* kündigt mir soeben privatbrieflich für morgen früh seinen Besuch an, um im Auftrag Lord Salisburys unsere Unterstützung in St. Petersburg zu erbitten für Billigung der Entsendung einer japanischen Expedition von 20 000 oder 30 000 Mann nach Taku. Ohne solche Billigung werde Japan nicht helfen.

Darf ich vorläufig ausweichend antworten, daß wir erst nähere Nachrichten abwarten müßten, um zu übersehen, ob es eines so großen Aufgebots bedürfe, zumal chinesische Regierung anscheinend zurückzuweichen beginne?

Richthofen

Nr. 4532

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 364 London, den 26. Juni 1900

Das heutige Telegramm nach Berlin, in welchem Lord Salisbury die englische Botschaft anweist, unsere Unterstützung in Petersburg bezüglich Entsendung von 20 000 Mann japanischer Truppen nach China nachzusuchen, ist auf den ausdrücklichen Rat von Sir Frank Lascelles** erfolgt, wie letzterer mir ganz vertraulich mitteilt. Der Botschafter hat dem Premierminister, als dieser seine Meinung verlangte, vorgestellt, daß das Mißtrauen, welchem er, Lord Salisbury, in Berlin begegne, häufig darauf zurückzuführen sei, daß er sich Deutschland gegenüber nicht offen und aufrichtig über seine Absichten ausspreche.

Von Petersburg, wohin das auf die Sache bezügliche Telegramm schon gestern abend von hier abgegangen ist, ist noch keine Antwort eingegangen, und Lord Salisbury fürchtet, wie er mir eben sagte, daß Graf Lamsdorff nicht den Mut haben wird, darin irgendeine Initiative oder Verantwortung zu übernehmen. Als ausgemacht schien er anzunehmen, daß Japan die fraglichen Truppen nur dann nach China schicken werde, wenn es die Garantie erhalte, daß Rußland ihm deshalb keine Schwierigkeiten bereiten werde. Als ich andeutete, ob

---

* Erster Sekretär der englischen Botschaft in Berlin.

** Der englische Botschafter weilte damals auf Urlaub in England.

Japan nicht vielleicht noch eine andere Garantie von England für den Fall von Verwickelungen mit Rußland beanspruche, erwiderte mir der Premierminister, ich wisse ja, wie ungern England sich zur militärischen Unterstützung einer anderen Macht verpflichte.

In Washington hatte Lord Salisbury anfragen lassen, was man dort zum Schutz der Fremden in China tun wolle. Die durch den amerikanischen Botschafter* übermittelte Antwort war, wie mir der Premierminister sagte, wenig befriedigend, da man sich in Washington anscheinend mit der Entsendung von 300 Mann begnügen wollte.

Das hier kursierende Gerücht über den Entsatz von Tientsin beruht bis jetzt nur auf englischen Privatnachrichten.

Hatzfeldt

Nr. 4533

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 St. Petersburg, den 27. Juni 1900

Wie ich festzustellen Gelegenheit hatte, hat der englische Botschafter** den französischen Geschäftsträger*** ausdrücklich zu sich gebeten, um ihn von der Depesche Lord Salisburys betreffend die eventuelle Erteilung eines Mandats an Japan zu unterrichten.

Ich verfolge die französisch-englischen Beziehungen in der chinesischen Krise mit besonderer Aufmerksamkeit, weil es mir nicht unwahrscheinlich erscheint, daß England auch hier versuchen wird, im Wege einer direkten Verständigung mit Frankreich — unter anderem über die Abgrenzung im Jangtsegebiet — dieses zu sich hinüberzuziehen.

Tschirschky

Nr. 4534

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 368 London, den 27. Juni 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 364 †.

Sir Frank Lascelles hat mich heute aufgesucht und meine Ansicht

* Joseph H. Choate.
** Sir Charles Steward Scott.
*** Graf Vauvineux.
† Siehe Nr. 4532.

über den englischen Vorschlag bezüglich japanischer Intervention in China verlangt. Ich habe erwidert, daß Auffassung meiner Regierung mir noch nicht bekannt sei und ich daher nur rein persönliche Ansicht aussprechen könne. Hiernach schiene mir, daß wir, soweit unsere Befürwortung des Vorschlags in Petersburg in Frage komme, uns erst ein Urteil bilden könnten, wenn wir über die Modalitäten der beabsichtigten japanischen Intervention näher informiert wären. Hiervon und von der Frage, ob Garantien dafür geboten werden könnten, daß Japan nach vollbrachter Aufgabe China wieder verlassen würde, ohne irgendwelche besondere Vorteile zu beanspruchen, würde es meines persönlichen Erachtens abhängen, ob die japanische Intervention für andere Mächte, namentlich Rußland, annehmbar sein könnte.

Sir Frank Lascelles erwiderte mir, nach hiesigen Nachrichten stehe unbedingt fest, daß Rußland seinerseits nicht vorbereitet sei, die erforderlichen Truppen sofort nach China zu werfen. Es handle sich aber darum, keinen Augenblick Zeit zu verlieren, wenn unberechenbare Katastrophen vermieden werden sollten, und Japan sei allein in der Lage, ohne Zeitverlust 20000 Mann in China einrücken zu lassen. Die Besorgnis, daß Japan nach vollbrachter Aufgabe in China bleiben und spezielle Vorteile dort verfolgen könne, scheine ihm vollständig unbegründet, da es lediglich von den Mächten abhänge, Japan das zum Einrücken in China erforderliche Mandat nur unter bestimmten Bedingungen zu erteilen, und dieselben, falls Japan nachher Sonderzwecke verfolgen sollte, vollständig in der Lage wären, Japan durch ihre Flotte zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu nötigen.

Hatzfeldt

Nr. 4535

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Kiel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Kiel, den 27. Juni 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 41*.

Mit ausweichender Antwort einverstanden**.

Seine Majestät würden ein so weitreichendes Eingehen auf englische Sonderwünsche, wie es in der Unterstützung des in Rede stehenden

---

* Siehe Nr. 4531.

** Die von Graf Bülow gebilligte ausweichende Antwort an den englischen Geschäftsträger wurde am 29. Juni mündlich erteilt.

englischen Vorschlags bei der russischen Regierung läge, nicht billigen, zumal wo der russische Kriegsminister Fühlung mit uns gesucht hat*. Seine Majestät sehen in der englischen Proposition den Ausdruck der Besorgnis, welche schon die partielle russische Mobilmachung in London hervorgerufen hat. Seine Majestät glauben, daß England die Japaner vorzuschieben wünscht, aber noch nicht, daß sich die Japaner vorschieben lassen werden. Die Entsendung eines so großen japanischen Truppenkorps würde gleichbedeutend sein mit der Erteilung eines besonderen Mandats an Japan, gegen welche sich Seine Majestät von vornherein ausgesprochen hätten.

Bülow

Nr. 4536

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein***

Reinschrift

Berlin, den 28. Juni 1900

Der japanische Vertreter hatte hier ein Telegramm, datiert aus Tokio, 23. Juni, mitgeteilt. In demselben nimmt der Vicomte Aoki Bezug auf ein Memorandum, das er an demselben Tage in Tokio den dortigen Gesandten der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika übergeben hat, und in welchem seitens der japanischen Regierung die Frage gestellt wird, welche Maßnahmen die Mächte ins Auge gefaßt haben angesichts der chinesischen Notlage, welche keine Verzögerung vertrage; die japanische Regierung hoffe, ihre eigenen Entschließungen mit denen der Mächte in Einklang bringen zu können.

Diese Frage wird von seiten der Regierung Seiner Majestät des Kaisers dahin beantwortet, daß diese in der Fortdauer der Einigkeit unter den interessierten Mächten das wirksamste Mittel nicht nur zur Wiederherstellung der Ordnung in China, sondern auch zur Wahrung des Weltfriedens erblickt, und daß sie daher gern bereit ist, jeden Gedanken zu fördern, welcher geeignet scheint, das Zusammengehen der Mächte zu sichern und weiter zu entwickeln.

Holstein

---

* Vgl. Nr. 4530.

** Die Aufzeichnung stellt einen Entwurf zu einer mündlichen Antwort an den japanischen Vertreter vor.

Nr. 4537

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Travemünde

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Berlin, den 30. Juni 1900

Euerer Majestät Militärattaché in St. Petersburg meldet:

„Habe Kriegsminister Nachrichten über unser Expeditionskorps * übermittelt. General Kuropatkin fügte seinen neulichen Eröffnungen ** folgendes hinzu: ‚Wir setzen in Petschili zunächst nur 8- bis 10 000 Mann ein, konzentrieren aber eine starke Reserve bei Port Arthur oder an einem anderen geeigneten Punkte. Wir erstreben keinen Zoll breit Landes von China und wollen nicht den Argwohn der anderen Mächte auf uns lenken. Wir könnten die Sache allein erledigen, werden es aber nicht tun, wenn uns nicht Europa oder China darum bitten[1]. Wir werden nicht ungebeten für andere Kastanien aus dem Feuer holen und wollen nicht, nachdem wir die Arbeit getan, zweite Auflage Berliner Kongreß erleben[2]. Anders liegt Sache in Mandschurei. Dort beanspruchen wir volle Aktionsfreiheit, weil wir unsere Bahn schützen müssen.'"

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nanu!

[2] sehr charakteristisch; das wäre bei mir nicht zu fürchten!

Nr. 4538

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Chef des Admiralstabs Admiral von Diederichs

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Geheim Berlin, den 30. Juni 1900

Euerer Exzellenz beehre ich mich, die beifolgende auf allerhöchsten Befehl entworfene und von Seiner Majestät genehmigte telegraphische Instruktion *** für das politische Verhalten des Admirals Bendemann mit

---

* Am 26. Juni hatte das Marine-Verordnungsblatt eine Kabinettsorder betreffend die Bildung eines Expeditionskorps nach China veröffentlicht, wonach für die Entsendung nach China ein Expeditionskorps, bestehend aus dem 1. und 2. Seebataillon, einer fahrenden Feldbatterie und einem Pionierdetachement, unter Führung des Generalmajors von Hoepfner gebildet werden sollte.

** Vgl. Nr. 4530.

*** Siehe Anlage.

dem ergebensten Ersuchen zu übersenden, dieselbe gefälligst ohne Verzug auf telegraphischem Wege an den Chef des Kreuzergeschwaders gelangen lassen zu wollen.

Ich bemerke noch, daß die Instruktion zunächst nur zur persönlichen Direktive des Admirals und der ihn etwa vertretenden Kaiserlichen Offiziere bestimmt ist. Fremden Befehlshabern darf also jedenfalls nicht die ganze Instruktion, sondern höchstens, wenn es besondre Umstände angezeigt erscheinen lassen, der Inhalt des einen oder andren Punktes mitgeteilt werden. Zur Mitteilung nicht geeignet ist Punkt 7.

Inwieweit es etwa erforderlich ist, hiernach dem Admiral Bendemann bei Übermittelung der Instruktion eine entsprechende, erläuternde Bemerkung zu machen, darf ich Euerer Exzellenz gefälligem Ermessen anheimstellen.

Der Instruktion liegt der Gedanke zugrunde, solange der Kaiserliche Gesandte in Peking außerstande gesetzt ist, seine Obliegenheiten zu erfüllen, die unerläßlichen politischen Funktionen dem Geschwaderchef zu übertragen. Sobald die Verbindung mit dem Freiherrn von Ketteler wiederhergestellt ist, würde daher eventuell eine anderweitige Regelung erforderlich werden.

Ich würde es mit Dank erkennen, wenn Euere Exzellenz seinerzeit mir mitteilen wollten, wann die Instruktion von hier abgegangen und wann sie in die Hände des Geschwaderchefs gelangt ist.

Bülow

Anlage

1. Ziel der Aktion Seiner Majestät des Kaisers in China ist die energische Wahrung der künftigen Sicherheit der Europäer und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen.

2. Unnötige Erschütterung oder gar eine Aufteilung des Chinesischen Reichs ist als unseren Interessen nicht entsprechend zu vermeiden.

3. Die Parole des Augenblicks muß vielmehr sein:

Wiederherstellung des Status quo vor den gegenwärtigen Wirren, gemeinsam zwischen den Mächten zu vereinbarende Garantie seitens der chinesischen Zentralregierung für die künftige Erhaltung der Ruhe und möglichste Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür.

4. Hierfür ist die Erteilung eines Einzelmandats an die eine oder die andere Macht nicht geeignet.

5. Vielmehr können nur durch einmütiges Zusammengehen aller europäischen Mächte (einschließlich Amerika) sowie ihrer politischen

und militärischen Repräsentanten die europäischen Gesamtinteressen in China so gewahrt werden, wie dies Seiner Majestät Intentionen und dem Wohl der zivilisierten Welt entspricht.

6. Eine Angliederung Japans an das europäische Vorgehen weisen wir nicht zurück.

7. Denjenigen Maßnahmen von politischer Bedeutung, über die Rußland und England einig sind, wird der Admiral auch seinerseits sich anschließen können. In anderen Fällen sind vorher Instruktionen einzuholen.

8. Kurze, schnelle und genaue Berichterstattung über zutage tretende Divergenzen, damit wir in den Stand gesetzt werden, je für den einzelnen konkreten Fall besondere Weisungen zu erteilen.

Nr. 4539

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Travemünde

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 Berlin, den 1. Juli 1900

Euerer Majestät Konsulat in Tientsin meldet über Tschifu unter dem 29. v. Mts.:

„Die zum Entsatz der Gesandten bestimmten Detachements sind soeben zurückgekehrt, ohne Peking erreicht zu haben*. Die Gesandten befinden sich noch in Peking. Auf einstimmigen Beschluß des Konsulatskorps werden die heimischen Regierungen gebeten, der chinesischen Regierung mitzuteilen, daß die kaiserlichen Grabstätten in Peking zerstört werden sollen[1], falls das Gesandtschaftspersonal nicht unverletzt bleibt. Ich bitte um Ermächtigung zu dieser Erklärung, Tientsin erscheint nach schwerer Belagerung außer Gefahr."

Dagegen telegraphiert Euerer Majestät Botschafter in London über den von den Konsuln erwähnten Vorschlag, „daß Lord Salisbury bis jetzt anscheinend wenig geneigt sei, demselben zuzustimmen, da er fürchte, daß derartige Maßnahmen bei der öffentlichen Meinung Englands einen gleichen Sturm der Entrüstung hervorrufen würden[2] wie seinerzeit die Zerstörung des Grabes des Mahdi."

Einem mir von dem Chef des Admiralstabs Euerer Majestät Marine mitgeteilten Telegramm des Chefs Euerer Majestät Kreuzergeschwader entnehme ich, daß Vizeadmiral Bendemann gegen den Vorschlag der

* Vgl. Nr. 4521, Fußnote **. Das Wiedereintreffen der Expedition Seymour vor Tientsin war am 26. Juni erfolgt.

Konsuln in Tientsin gleichfalls Bedenken hat. Der Admiral telegraphiert unterm 28. v. Mts. aus Taku:

„Nach englischer Nachricht ist Li-Hung-Tschang hierher unterwegs zur Vermittelung[3]. Mir scheint dieses mehr Aussicht als die durch die Konsuln vorgeschlagene Drohung, Vernichtung der kaiserlichen Gräber in Peking, wenn Personal der Gesandten verletzt ist. Diese Drohungen sind erst ausführbar, wenn hier starkes Expeditionskorps mit allen Hülfsmitteln gesammelt[4], was noch sehr lange dauern wird."

Sollte dennoch wider Erwarten eine Einigung auf den Vorschlag der Zerstörung der Gräber erzielt werden, so möchte ich im Interesse der Aufrechterhaltung der Harmonie unter den Mächten ehrfurchtsvollst empfehlen, daß auch wir uns von der Einigung nicht ausschließen[5].

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ich halte das nicht für opportun!

[2] ja

[3] mit dem* Verhandeln wäre nach scheitern der Expedition nach Peking eine Schmach! Außerdem würde er uns hineinlegen!

[4] das ist aber nach allem Vorgefallenen doch das einzig richtige. Peking muß genommen werden; eher werde ich mich auf keine Verhandlungen einlassen.

[5] Vorläufig lieber die andren abmahnen, da es mir widerstrebt!

Nr. 4540

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Brunsbüttelkoog, an das Auswärtige Amt***

Telegramm en clair

Brunsbüttelkoog, den 2. Juli 1900

Da regulärer Feldzug gegen Peking notwendig geworden mit Armee aller Nationen, bittet Chef des Kreuzergeschwaders eine Infan-

---

* d. h. Li-Hung-Tschang.

** Im Anschluß an die Meldung Admiral Bendemanns bestimmte Kaiser Wilhelm II. mit Zustimmung des Staatssekretärs Grafen Bülow, daß die erste Division des ersten Geschwaders, bestehend aus den vier Linienschiffen 1. Klasse „Brandenburg", „Wörth", „Weißenburg", „Kurfürst Friedrich Wilhelm" und dem kleinen Kreuzer „Hela" sich mit Beschleunigung vorbereite, nach China in See zu gehen. Von Brunsbüttelkoog begab sich der Kaiser am 2. Juli nach Wilhelmshaven, wo ihn zwei Telegramme des Auswärtigen Amtes mit der Bestätigung der bisher nur gerüchtweise gemeldeten Ermordung des deutschen Gesandten in Peking Freiherrn von Ketteler erreichten. Unter dem

teriedivision. Ew. Exzellenz wollen aus dem vor 14 Tagen an Aus-[wärtiges] Amt von mir ergangenen Telegramm* ersehen, daß ich außer Mobilisierung der Marineinfanterie sofortige Vorbereitung einer Infanteriedivision in Angriff zu nehmen für notwendig hielt. Ew. Exzellenz rieten dringend davon ab, heute hätte sie bereits zur Abfahrt fertig sein können! Das Telegramm Bendemanns hatte ich schon lange erwartet. Es mußte so kommen.

Wilhelm I. R.

Nr. 4541

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 171 St. Petersburg, den 2. Juli 1900

Auftrag nach Telegramm Nr. 111** ausgeführt.

Graf Lamsdorff dankte in warmen Worten für die interessante Mitteilung. Der Graf bemerkte, er lege Wert darauf mir zu sagen, wie hocherfreut sich Seine Majestät der Kaiser, sein allergnädigster Herr, über die zwischen ihm und Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm bestehende völlige Übereinstimmung der Auffassung ausgesprochen habe, wie sie unter anderem auch aus einem Telegramm des Grafen Osten-Sacken über eine Unterredung mit dem Grafen Bülow zu entnehmen gewesen sei.

Er, Graf Lamsdorff, glaube zuversichtlich, daß, wenn nur Deutschland und Rußland fest zusammenhielten, die übrigen Mächte sich unserer Haltung anschließen würden.

Tschirschky

---

unmittelbaren Eindruck dieser Meldungen, zu denen noch die Nachricht trat, daß die Lage der in Peking eingeschlossenen und belagerten Gesandten nachgerade eine verzweifelte geworden sei, hielt der Kaiser an die zur Einschiffung bereiten Truppen die berühmte Ansprache, die „exemplarische Bestrafung und Rache" für die Deutschland angetane schwere Beleidigung verlangte: „Ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen vereint mit denen der anderen Mächte siegreich über denen der chinesischen wehen und, auf den Mauern Pekings aufgepflanzt, den Chinesen den Frieden diktieren".

* Siehe Nr. 4525.

** Durch Telegramm Nr. 111 vom 30. Juni war der Geschäftsträger von Tschirschky angewiesen worden, der russischen Regierung Mitteilung von der Haltung zu machen, welche die deutsche Regierung gegenüber der englischen Empfehlung einer Mandatserteilung an Japan einnahm.

Nr. 4542

Der Interimistische Leiter des russischen Ministeriums des Äußern Graf Lamsdorff an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift
Von dem russischen Botschafter am 2. Juli mitgeteilt

St. Pétersbourg, le 18 Juin / 1 Juillet 1900

L'Empereur a été on ne peut plus sensible et apprécie hautement la loyauté des sentiments qui ont dicté à l'Empereur Guillaume sa réponse au Cabinet de St. James au sujet de la proposition de confier au Japon le soin de pacifier la Chine. Notre Auguste Maître y voit avec satisfaction une nouvelle garantie précieuse que l'Allemagne continuera à marcher d'accord avec nous dans l'Extrême Orient et restera fidèle aux promesses d'il y a 4 ans. La proposition anglaise ne nous paraît en aucun point répondre au but qu'il s'agit d'atteindre et serait même de nature à éveiller des soupçons. Il s'en suit qu'il ne peut être nullement question d'action isolée du Japon en Chine. Les instructions données par l'Empereur Guillaume à l'Amiral Bendemann* ont toutes nos sympathies, car la Russie, à son tour, ne voit aucune raison à un changement de l'ordre de choses existant, ni à un partage du Céleste Empire. Toute mesure qui pourrait entraîner de nouvelles complications ne saurait entrer dans notre programme dont les grandes lignes ont été clairement tracées dans notre dernière communication officielle. Il a été enjoint à l'Amiral Alexeiew, pour les mesures qu'il aurait à prendre, de se conformer à la marche des événements.

Nr. 4543

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 116 Berlin, den 3. Juli 1900

Ermitteln Sie sofort, ob und unter welchen Modalitäten man dort an leitender militärischer Stelle auf Grund der aus Ostasien eingelaufenen Meldungen die gegenwärtig ausgeschifften internationalen Truppen für genügend halten würde, um nach Zurücklassung eines Deckungskorps für Tientsin den Vormarsch auf Peking zur Rettung dortiger 7—900 Fremder zu unternehmen**. Richthofen

---

* Vgl. Nr. 4538 nebst Anlage.
** Vgl. Nr. 4548.

Nr. 4544

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr 175 St. Petersburg, den 2. Juli 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 113*.

Lage eingehend mit Graf Lamsdorff besprochen. Seiner Ansicht nach liegt alle Entscheidung in den Händen der Truppenführer an Ort und Stelle. Von hier aus Instruktionen zu geben oder auch nur Vorschläge zu machen, sei kaum ausführbar. Die russischen ebenso wie die anderen Kommandanten hätten Weisung, in erster Linie die Befreiung der Gesandtschaften in Peking durchzuführen. Aus welchen Gründen sie nicht zu handeln begönnen und den Vormarsch anträten, sei ihm unerfindlich; denn genügend Truppen müßten sie jetzt zur Verfügung in Tientsin haben. Die russische Regierung habe allerdings schon mehrere Tage keine Nachricht aus Tientsin, und möglicherweise sei heute schon der Vormarsch begonnen. „C'est une situation affreuse et humiliante pour les Gouvernements, mais je ne vois pas ce que nous pourrions faire d'ici.“ Man müsse abwarten, was seitens der Militärs von Tientsin aus unternommen werden würde. Admiral Alexejew müsse übrigens heute schon in Tientsin eingetroffen sein.

Graf Lamsdorff betonte, bei allem Bedauern über das Vorgefallene, daß es um so mehr geboten sei, sich nicht zu unüberlegten Schritten fortreißen zu lassen. Jede Revolution habe Opfer in ihrem Gefolge, und er würde es für nicht zweckmäßig halten, wollte man die Vorgänge in Peking unter einem andern Gesichtspunkt als dem einer Revolution betrachten.

Tschirschky

Nr. 4545

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Wilhelmshaven

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 92 Berlin, den 3. Juli 1900

Nach einem heut von Viscount Gough übergebenen Memorandum hält englische Regierung an ihren Bedenken gegen Zerstörung der

---

* Durch Telegramm Nr. 113 vom 2. Juli war in Petersburg angefragt worden, ob die dortige Regierung irgendwelche Mittel wisse, durch die man möglicherweise noch die in verzweifelter Lage in Peking befindlichen Mitglieder der europäischen Gesandtschaften retten könne?

Kaisergräber* fest, solange nicht viel gewichtigere Autoritäten als die Tientsiner Konsuln diese Maßregel empföhlen. Sie beruft sich auf weite Entfernung der Gräber, wodurch Entsendung einer starken Expedition bedingt werde, wahrscheinliche Unwirksamkeit der Maßregel und deren Unpopularität bei der öffentlichen Meinung in Europa.

Schließlich macht England den Gegenvorschlag, alle Mächte sollten eine Kollektivdeklaration dahin erlassen, daß sämtliche Machthaber (Authorities) in Peking, von welchem Range immer, verantwortlich gemacht würden für jeden Gewaltakt gegen das Personal der Gesandtschaften oder deren Eigentum.

Wenn auch die Angabe des Memorandums, daß die betreffenden Kaisergräber in der Mandschurei bei Mukden lägen, unzutreffend ist, indem es sich offenbar vielmehr um die hart an der großen Mauer bei Ma-lan-yü belegenen sogenannten östlichen Kaisergräber handelt, so sind doch auch diese Gräber nach sachkundiger Angabe von Tientsin vier, von Kaiping drei Tagereisen entfernt.

Ich möchte daher vorschlagen, daß wir dem englischen Vorschlag ohne Verzug zustimmen und dies allen beteiligten Mächten mitteilen.

Dabei würden wir aber meines Erachtens sowohl England als den andren Mächten gegenüber hinzuzufügen haben, daß wir unsererseits auch zur Annahme des Vorschlags der Konsuln bereit gewesen wären, da diese aus der Situation heraus am besten die Wirkung der Maßnahme auf die Bewegung beurteilen müßten. Die Annahme, daß auf den Leiter der Bewegung, den Prinzen Tuang, die Zerstörung der Gräber seiner Ahnen nicht ohne Eindruck bliebe, scheine uns nicht so von der Hand zu weisen.

Richthofen

Nr. 4546

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Wilhelmshaven, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Wilhelmshaven, den 3. Juli 1900

Auch nach der Ermordung des Freiherrn von Ketteler wird unsere Politik in Ostasien eine besonnene, ruhige und nüchterne bleiben. Wir werden insbesondere vermeiden, was die Eintracht unter den Mächten stören könnte, weiter Fühlung mit Rußland halten, England nicht abstoßen, auch Japan und Amerika freundlich behandeln. Die Situation hat sich aber insofern durch die Niedermetzelung unseres Gesandten verändert, als es jetzt vor allem darauf ankommt, der

* Vgl. Nr. 4539.

Nation zu zeigen, daß diejenigen, welche ihre Geschäfte führen, das deutsche Ansehen und die deutsche Ehre mit Schnelligkeit und Nachdruck zu wahren wissen. Dies ist die Politik, die ich bei Seiner Majestät vertreten habe, und welche die allerhöchste volle Zustimmung fand.

Im einzelnen bemerke ich noch, daß von jetzt an jede Beschönigung der Lage in China, der gegen Europäer verübten Exzesse wie auch der Bedrohung unserer Interessen in Schantung aufzuhören hat. Es schadet nichts, wenn die öffentliche Meinung die Situation in Ostasien au sérieux nimmt, da sie dann die Notwendigkeit ernster Repressivmaßregeln um so mehr anerkennen wird. — Durch die Wegnahme und Besetzung der Forts von Tschifu * wird nicht bloß Revanche genommen und dem verletzten deutschen Nationalgefühl Satisfaktion geboten, sondern wir durchkreuzen dadurch auch die Velleitäten anderer Mächte auf diesem wichtigen Punkte. Ich stelle anheim, dort zu erwägen, ob und wie wir von dem Vorgehen gegen Tschifu in London und Washington Kenntnis geben wollen. — Unsere Absicht, nach Besetzung von Tschifu die chinesischen Schiffe auf dem Jangtse zu nehmen oder zu vernichten, muß selbstverständlich bis zum Erscheinen unserer Schiffe vor dem Jangtse absolut geheimgehalten werden. Dann würde der Moment gekommen sein, in London zu erklären, daß unserem Vorgehen gegen die chinesischen Schiffe keinerlei eigennützige Absichten hinsichtlich des Jangtsegebiets zugrunde lägen, sondern lediglich die Notwendigkeit, für die uns zugefügte unerhörte Beleidigung prompte Genugtuung zu nehmen. — Die Entsendung der I. Panzerdivision ** stieß anfänglich auf einige Bedenken, da wir dadurch unsere heimischen Küsten degarnieren. Ich halte aber auch diese Maßnahme für notwendig, um das Schwergewicht unserer Aktion in Ostasien zu verstärken und zur See namentlich Amerika und Japan gegenüber nicht zu schwach zu sein. — Morgen, Dienstag, früh wird sich entscheiden, ob eine aus Freiwilligen gebildete Spezialdivision für den Auslandsdienst formuliert und hinausgeschickt werden soll. Seine Majestät glauben, daß angesichts des Hülferufes des Admirals Bendemann die Entsendung schwer verweigert werden könne, und meinen auch, daß einerseits die Organisation keine besonderen Schwierigkeiten bietet, andererseits die Division sehr zur Stärkung unserer Stellung in Ostasien beitragen werde. Seine Majestät stimmten mir vollständig darin bei, daß es unter allen Umständen im Hinblick auf

---

* Zu der am 2. Juli unter dem frischen Eindruck der Nachrichten über die Ermordung des Freiherrn von Ketteler angeordneten Besetzung der Forts von Tschifu, der die Wegnahme der chinesischen Schiffe auf dem Jangtsekiang folgen sollte, ist es nicht gekommen, da Admiral Bendemann am 5. Juli melden mußte, daß die ihm augenblicklich zur Verfügung stehenden Streitkräfte nicht ausreichend seien, um gegen Tschifu vorzugehen.

** Vgl. Nr. 4540, Fußnote **.

Inland und Ausland richtig war, für die Lancierung des Gedankens der Entsendung einer solchen Spezialdivision den jetzt eingetretenen psychologischen Moment abzuwarten. Bei Besprechung dieses Punktes in der Presse ist darauf hinzuweisen, daß wir nicht mehr, aber auch nicht sehr viel weniger als andere tun dürfen. — Seine Majestät haben an den Kaiser von Rußland und die Königin von England Telegramme gerichtet, in denen allerhöchstdieselben diesen Souveränen die Entsendung der Panzerdivision und die möglicherweise bevorstehende Entsendung der Freiwilligen-Spezialdivision mitteilen und hierbei der Hoffnung auf treue Waffenbrüderschaft mit den russischen bzw. englischen Streitkräften Ausdruck geben*. — Seine Majestät halten daran fest, daß eine Teilung und selbst zu weitgehende Erschütterung des Chinesischen Reichs vermieden werden muß, betrachten jedoch die Aufgabe, Peking zu entsetzen und die Ordnung in China wiederherzustellen, als eine sehr ernste und finden, daß die sogenannten Chinakenner die dortige Situation viel zu optimistisch beurteilt hätten.

Ich bitte Ausfertigung dieses Telegramms morgen, Dienstag, möglichst früh dem Herrn Unterstaatssekretär und Exzellenz von Holstein vorzulegen.

Bülow

Nr. 4547

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Wilhelmshaven, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Wilhelmshaven, den 4. Juli 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 86**.

Seine Majestät teilt die Ansicht, daß es nach allem Vorgefallenen in erster Linie geboten sei, sich nicht zu unüberlegten Schritten in China fortreißen zu lassen. Neue erfolglose Vorstöße würden nach Ansicht Seiner Majestät die unglücklichen Europäer nicht retten, wohl aber im höchsten Grade dazu beitragen, die fremdenfeindliche Bewegung in China noch mehr anzufachen. Seine Majestät erklärten, daß er deutsche Soldaten nicht planlos opfern könne, und bezeichnete es als nützlich, wenn (etwa durch Major Lauenstein an General Kuro-

---

* Beide Telegramme nicht bei den Akten, wohl aber ein Antworttelegramm des Kaisers Nikolaus II. vom 3. Juli: „I thank You for kindly announcing me the measures You have taken to reinforce Your squadron and troops in the far east. I am going to send two rifle brigades from here by land".

** Mit Telegramm Nr. 86 vom 3. Juli war dem Staatssekretär Grafen Bülow Kenntnis von Tschirschkys Telegramm Nr. 175 (siehe Nr. 4544) gegeben worden.

patkin) in St. Petersburg darauf hingewiesen würde, wie es sich für Rußland und Deutschland empföhle, erst nach Eintreffen der unterwegs befindlichen russischen und deutschen Verstärkungen den entscheidenden Schlag zu führen.

Eine Polemik mit den „Times" und andern englischen Blättern halte ich jetzt nicht für indiziert, da wir schon im Hinblick auf die bevorstehende Aktion unserer Flotte kein Interesse daran haben, die durch die Mandataffäre in England hervorgerufene Verstimmung zu verschärfen.

Bülow

Nr. 4548

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 4. Juli 1900

Geschäftsträger St. Petersburg telegraphiert von heute:

„Kriegsminister hat unserem Militärattaché folgendes eröffnet:

‚Wir haben bis heute abend acht kriegsstarke Bataillone, vier Eskadrons, drei Batterien, eine Pionierkompagnie, eine halbe Eisenbahnkompagnie in Tientsin und Taku. Noch eine Pionierkompagnie, ein Eisenbahnbataillon und ein Pontonierdetachement folgen dorthin. Eine Streitmacht von doppelter Stärke (16 Bataillone) ist von Wladiwostok nach Port Arthur unterwegs. Ich halte die in Tientsin verfügbaren Kontingente nicht für ausreichend, um den Vormarsch auf Peking zu unternehmen, namentlich wegen des Terrains, das durch seine Defileen dem Feinde überall Stützpunkte für Widerstand bietet und Entwickelung unserer eigenen Artillerie erschwert. Aufgabe Admirals Alexejew ist zunächst, Tientsin zu behaupten und Eisenbahn Taku—Tientsin wiederherzustellen. Zum Vormarsch auf Peking ist Admiral nicht autorisiert, hat dazu Befehl des Kaisers abzuwarten. In fünf bis sieben Tagen kann unsere starke Reserve bei Port Arthur vereinigt sein, dann wird Kaiser nach Lage der Verhältnisse über ihre Verwendung und etwaigen Vormarsch auf Peking entscheiden. Hierzu aber ist nach meiner Ansicht vorgängige Verständigung unter den Kabinetten erforderlich. Für unsere Teilnahme an gemeinschaftlicher Offensive gegen Peking ist übrigens Bedingung, daß russische Truppen

---

* Das Telegramm ist nicht zur Absendung gelangt, da Graf Bülow inzwischen die Rückreise nach Berlin angetreten hatte; hier wurde es ihm am 5. Juli vorgelegt.

nicht unter englischen, japanischen oder amerikanischen Befehlshaber gestellt werden. Ich habe noch heute im Vortrag bei Seiner Majestät Bedauern ausgesprochen, daß Prinz Heinrich von Preußen, der am geeignetsten wäre, Oberbefehl zu übernehmen, jetzt nicht dort ist*. Der Vormarsch auf Peking würde unter gleichzeitiger Herstellung der Landstraße zu erfolgen haben. Ich habe Alexejew empfohlen, schon jetzt Vorbereitungen hierfür zu treffen, ihm auch die nötigen technischen Truppen zur Verfügung gestellt.

Unser Interesse bleibt vorwiegend auf Mandschurei gerichtet; ihre Behauptung wird vielleicht große Opfer von uns fordern; schon jetzt haben wir 6000 Mann dort stehen.‘

Militärattaché hat durch Unterredung Eindruck gewonnen, daß russische Regierung Schicksal der Gesandten und Fremden in Peking den Rücksichten der höheren Politik unterordnet.“

Ich gestatte mir hierzu folgende Bemerkungen:

Da Rußland hiernach die Fremden in Peking ihrem Schicksal überläßt, dürfte es sich mit Rücksicht auf Beurteilung unsrer Politik durch öffentliche Meinung dringend empfehlen, fernerhin in diplomatischem Verkehr wie in Presse scharf zu markieren, daß wir zwar der Verantwortung wegen der russischen Regierung nicht eine besondre Haltung Japan gegenüber empfehlen konnten, daß wir selber aber gegen japanische Aktion kein Bedenken geäußert haben.

Ferner geht aus Kuropatkins Eröffnungen deutlich genug hervor, daß Rußland von dem Vormarsch nichts wissen will, solange nicht s e i n e Verstärkungen angelangt sind, nach deren Eintreffen aber sofort vorgehen wird, ohne darauf zu warten, ob auch die Verstärkungen der andren Kontingente zu Stelle sind. Ferner wissen wir aus dem Telegramm des Kaisers Nikolaus an Seine Majestät**, daß auch vom Norden her zwei russische Brigaden über Land auf Peking anmarschieren. Geht es nach diesen russischen Plänen, so kommen unsere Nachschübe auf alle Fälle zu spät, und Rußland macht die Sache im wesentlichen allein.

Andrerseits haben sich nach der neuesten Schanghaier Meldung die Gesandtschaften noch am 1. d. Mts., wenn auch schwer bedrängt, verteidigt. Haben sie sich somit siebzehn Tage lang gehalten, so ist doch immerhin damit zu rechnen, daß sie noch ein paar Tage länger widerstehen.

Es fragt sich meines gehorsamsten Dafürhaltens, ob wir nicht unter diesen Umständen jetzt doch ausdrücklich erklären sollen, daß wir einer japanischen Aktion zustimmten. Ist auch die Hoffnung, dadurch vielleicht noch zur Rettung der Eingeschlossenen beizutragen,

---

* Deutscherseits ist diese Äußerung Kuropatkins als eine erste Anregung zu einem deutschen Oberkommando aufgefaßt worden.

** Vgl. Nr. 4546, S. 33, Fußnote *.

verzweifelt gering, so würden wir doch durch eine solche Erklärung eine bessere Stellung gegenüber der öffentlichen Meinung erlangen.

Richthofen

Nr. 4549

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 386 London, den 3. Juli 1900

Lord Salisbury, welcher mir heute lebhafteste Teilnahme bezüglich Ermordung des Freiherrn von Ketteler aussprach, sagte mir, er habe gestern abend in Berlin vorschlagen lassen, daß die Mächte, um vielleicht noch die Überlebenden bis zum Eintreffen europäischer Truppen zu retten, in Peking drohen sollten, daß sie, wenn denselben etwas geschehe, alle Chinesen, die mit dem Aufstand zu tun gehabt, persönlich verantwortlich machen und bestrafen würden. Auch hiervon erwarte er vorläufig nicht viel, sehe aber beim besten Willen nichts anderes, da auch der Vorschlag der Konsuln bezüglich Zerstörung der Kaisergräber, abgesehen von dem voraussichtlich ungünstigen Eindruck auf die hiesige öffentliche Meinung, schwerlich zum Ziel führen würde*. Der große Haufen der beim Aufstand beteiligten ungebildeten Chinesen würde sich aus dieser Zerstörung vielleicht nicht viel machen. Außerdem sei die Ausführung der Drohung kaum möglich, da die Gräber noch 200 Meilen über Peking hinaus lägen, und die Mächte würden sich daher mit der Drohung lächerlich machen. Lord Salisbury wiederholte dabei mehrmals, daß es ihm lieb sein würde, wenn jemand einen andern geeigneten Vorschlag machen könnte.

In bezug auf die weitere Frage einer militärischen Aktion gegen Peking sagte mir Lord Salisbury, daß gestern ein Telegramm, irre er nicht, von Admiral Bruce, eingegangen sei, wonach für den Vormarsch gegen die Hauptstadt 80 bis 100 000 Mann europäischer Truppen unbedingt erforderlich sein würden. Er kam dann auf die russische Antwort bezüglich einer japanischen Intervention, welche er als ausweichend und nichtssagend bezeichnete, und fügte ausdrücklich hinzu, daß er sich weiter bemühe, die Japaner durch seine Ratschläge zur Entsendung einer größeren Truppenmacht nach China zu bestimmen. Ob ihm dies gelingen werde, wisse er nicht. Er bemerkte dazu von selbst, daß in dieser Intervention vielleicht eine Gefahr für den Frieden in der Zukunft liege. Er verheimliche sich diese Gefahr nicht, sehe aber, wie die Dinge lägen, kein anderes Mittel, um für die Herstellung

---

* Vgl. Nr. 4539.

der Ruhe in China und die Sicherheit der Fremden ohne Zeitverlust zu sorgen, da England, solange der Krieg in Südafrika nicht vollständig beendet sei, nicht mehr als die jetzt entsandten 10000 Mann für China verwenden könne. Als ich nochmals versuchte, Lord Salisbury zu einer Äußerung zu bewegen, ob die Japaner, um 20000 Mann nach China zu schicken, besondere Zusicherungen von ihm, etwa eventuell Schutz gegen die Russen, beanspruchten, erwiderte er mit ziemlicher Bestimmtheit, daß er sich auf solche Garantien nicht würde einlassen können. Es handele sich vorläufig nur um die Frage der militärischen Intervention zur Wiederherstellung der Ordnung, und alles übrige müsse der Zukunft vorbehalten bleiben.

Hatzfeldt

Nr. 4550

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Bremen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Bremen, den 4. Juli 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 92*.

Seine Majestät bemerkten zu diesem Telegramm, daß ihm die Zerstörung der Kaisergräber an und für sich kein sympathischer Gedanke sei. Wenn jedoch alle Mächte derselben zustimmten, würden wir uns natürlich nicht ausschließen.

Seine Majestät versprechen sich im gegenwärtigen Stadium der ostasiatischen Krisis sehr wenig von Erklärungen in der Art der von England vorgeschlagenen, wollen deshalb aber keine ablehnende Haltung einnehmen und sind mit der dort in Aussicht genommenen Antwort einverstanden.

Bülow

Nr. 4551

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 183 St. Petersburg, den 4. Juli 1900

Der englische Botschafter hat ein Telegramm seiner Regierung erhalten, wonach Admiral Bruce mit dem russischen Oberbefehlshaber nach sorgfältiger Berechnung zum Schluß gekommen ist, daß sämtliche

---

* Siehe Nr. 4545.

vorhandenen Kontingente zusammengerechnet nicht mehr wie 20000 Mann betragen, eine Zahl, die einen Angriff auf Peking unter gleichzeitiger Sicherung der Rückzugslinie bei der Überzahl der chinesischen Truppen und aufständischen Bevölkerung ausschließt.

Radolin

Nr. 4552

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 407 St. Petersburg, den 3. Juli 1900

Euerer Durchlaucht beehre ich mich anliegend einen Bericht des Militärattachés vom 2. d. Mts. betreffend die Beurteilung der gegenwärtigen Lage in China seitens des Kriegsministers Kuropatkin gehorsamst einzureichen*.

Ich bin mit Major Lauenstein der Ansicht, daß es den Argumenten des Grafen Lamsdorff, unterstützt von Herrn Witte, zuzuschreiben ist, wenn auch im Kriegsministerium ein weniger aktives Vorgehen gegenüber China jetzt als geboten bezeichnet wird.

Wie ich in meiner bisherigen Berichterstattung bereits darzulegen die Ehre hatte, ist der leitende Gedanke im Auswärtigen Ministerium, sich unter keinen Umständen zu einem Kriege mit China hinreißen zu lassen. Diesem obersten politischen Gesichtspunkte wird man hier, wie ich glaube, jede andere Erwägung unterordnen. Die Befreiung der Gesandten ist gewiß auch hier erwünscht, doch will es mir scheinen, als ob man dieselbe hier nicht mehr als Ziel der russischen Politik betrachtet. Wenn es den jetzt in China versammelten Truppen gelingt, aus Peking noch die lebenden Überreste der Gesandtschaften zu befreien, um so besser. Aber Rußland wird dafür keine weitergehenden Anstrengungen durch Entsendung weiterer erheblicher Truppenmassen machen. Aus dem Tadel, den Graf Lamsdorff wiederholt dem russischen Vertreter hat zuteil werden lassen, und aus der Bemerkung, die er mir gestern noch machte, „au fond je leur (den Gesandten) en veux, ils nous ont mis dans cette fâcheuse position“, in Verbindung mit der allgemeinen Auffassung der Lage glaube ich folgern zu können, daß die russische Regierung im stillen die Gesandtschaften bereits aufgegeben hat, d. h. sich mit deren Verluste aus Erwägungen der höheren Politik abgefunden hat, und deren Befreiung lediglich als Inzidenzakt betrachten würde. Rußland will seinen Besitz in der Mandschurei sichern und wird ihn infolge der jetzigen Vorfälle befestigen müssen. Dazu be-

---

* Siehe Anlage.

nötigt es soviel Truppen, daß es zur Durchführung einer kriegerischen Aktion gegen China keine Kräfte mehr freibehält.

In dieser Gedankenrichtung sagte Graf Lamsdorff, er fürchte, die Führer der europäischen Kontingente machten den Fehler, mit dem Vormarsch auf Peking zur Befreiung der Gesandten so lange warten zu wollen, bis sie genug Truppen hätten, um Peking besetzt zu halten. Auf letzteres komme es aber gar nicht an; sie sollten nur die Europäer in Peking abholen und zurück zur Küste führen[1].

Ich glaube, man wünscht hier jetzt, ob nun die Befreiung der Gesandten gelingt oder nicht, sich in der Stellung in Taku und Tientsin so lange ruhig zu halten, bis die Zustände in Peking und im Lande sich geklärt und aus der jetzigen Anarchie sich irgendeine Regierung herausgebildet haben wird. Dann würde der Augenblick gekommen sein, um über Entschädigungen für das Geschehene und Garantien für die Zukunft ein ernstes Wort zu reden.

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wie sollen sie das machen wenn 100000 Chinesen dazwischen stehen!

Anlage

Bericht des Militärattachés in Petersburg Majors Lauenstein

Abschrift

St. Petersburg, den 2. Juli 1900

In der Beurteilung der Lage seitens des russischen Kriegsministers ist augenscheinlich eine gewisse Wandlung vor sich gegangen. Noch am 25. v. Mts. stellte General Kuropatkin die militärischen Gesichtspunkte durchaus in den Vordergrund: er betonte die Notwendigkeit, rasch und kräftig zu handeln, um die aufständische Bewegung tunlichst mit einem Schlage niederzuwerfen. Am 30. v. Mts. dagegen hob er die politischen Erwägungen hervor, welche Rußland eine gewisse Reserve auferlegten. Er suchte mir nachzuweisen, in wie geringem Umfange auf russischer Seite in China kommerzielle und industrielle Interessen in Mitleidenschaft gezogen seien, wie eine militärische Aktion Rußlands nur andern zugute kommen werde, und wie wenig Rußland auf eine gerechte und dankbare Würdigung eines solchen Vorgehens bei den anderen Mächten rechnen könne. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die veränderte Anschauung des Kriegsministers zum Teil auf den Einfluß des Grafen Lamsdorff und des Herrn Witte zurückzuführen ist. (Als ich am 30. v. Mts. Kuropatkin sprach, war der Finanzminister soeben bei ihm gewesen.) Der Kriegsminister mag sich auch selbst

gesagt haben, daß ein Vorstoß der in Ostasien verfügbaren Streitkräfte Rußlands von Taku auf Peking denn doch eine große Gefahr in sich birgt, solange nicht genügende Sicherheit gegeben ist, wie Japan sich zu einem solchen Schritte stellt. Außerdem kommt das Verhältnis Rußlands zur Mandschurei in Betracht. Daß die russische Regierung gewillt ist, die Mandschurei festzuhalten, hat Kuropatkin mir offen ausgesprochen. Falls aber der Aufstand nach dort übergreift — und das ist nach den neuesten Nachrichten bereits eingetreten —, braucht Rußland erhebliche Kräfte, um seine Herrschaft in dem von ihm beanspruchten Territorium zu behaupten. Deshalb auch wohl die Absicht, eine starke Reserve bei Port Arthur oder an einem anderen geeigneten Punkte (Niutschwang?) zu konzentrieren.

Ich bemerke noch, daß Kuropatkin am 30. v. Mts. die Lage der Gesandtschaften in Peking nicht als übermäßig bedroht anzusehen schien. Diese optimistische Anschauung läßt sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Es fragt sich jetzt, ob man russischerseits die Vorgänge in der chinesischen Hauptstadt als bedauerliches Faktum, das nicht mehr zu ändern ist, hinnehmen will, oder ob man zu der ersten Auffassung des Kriegsministers zurückkehrt und alles aufbietet, um die erlittene Schmach zu sühnen und die fremdenfeindliche Bewegung so rasch wie möglich niederzuschlagen. Der morgige Vortrag des Ministers des Auswärtigen bei Seiner Majestät dem Kaiser dürfte wohl die Entscheidung auf diese Frage bringen.

(gez.) Lauenstein

Nr. 4553

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Brunsbüttelkoog

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Berlin, den 6. Juli* 1900

Der russische Botschafter Graf von der Osten-Sacken, welcher mir heute geschrieben hatte, er habe mir „une communication très importante" zu machen, übergab mir heute [mittag]** im Auftrage seiner Regierung die nachstehende Note:

„Télégramme du Comte Lamsdorff en date du 4 Juillet 1900:

Votre Excellence est chargée d'exprimer par l'intermédiaire du Comte de Bulow les sentiments de condoléance sincères du

---

* Das Konzept ist vom 5. Juli datiert.

** Ergänzung nach dem Konzept des Telegramms an Stelle einer fehlenden Zifferngruppe.

Gouvernement Impérial à l'occasion de la mort du Ministre d'Allemagne à Pékin. Nous espérons que, malgré le ton si belliqueux du discours prononcé par l'Empereur à Wilhelmshaven *, sous l'empire de l'émotion causée par la fin tragique de son représentant, il ne change en rien la direction politique [1] de Sa Majesté à l'égard du Céleste Empire dont vous nous avez donné le programme dans votre dernière communication et dont le chargé d'affaires d'Allemagne nous a confirmé la tendance [2]. Désireux de marcher dans un complet accord avec l'Allemagne, il nous paraît nécessaire d'être assuré d'avance que les instructions données à l'amiral Bendemann ** restent en vigueur et que l'Empereur Guillaume continue à considérer dangereux tout changement de l'ordre de choses en Chine et s'efforcera de s'opposer à toute tentative de partage du Céleste Empire, cherchant avec nous le retour du statu quo ante et d'un Gouvernement central capable de maintenir l'ordre et la tranquillité dans le pays [3]. Il nous semblera *** que, malgré les excès revoltants de la population insurgée, les Puissances ne devraient pas voir, dans la situation actuelle d'anarchie, une raison de déclaration de guerre à la Chine et à son Gouvernement légal [4] qui se trouve dans l'impuissance totale de lutter contre l'insurrection."

Ich habe dem Grafen von der Osten-Sacken mit großem Ernst erwidert, daß Euerer Majestät Rede in Wilhelmshaven der durchaus berechtigte Ausdruck der im allerhöchsten Grade legitimen Entrüstung über die grauenvolle und freche Ermordung Allerhöchstderen Vertreter[s] gewesen wäre; daß die Politik Euerer Majestät unverändert [dieselbe] † bliebe, ginge gerade aus Allerhöchstderen Rede hervor [5]. Die Kardinalpunkte dieser loyalen und weitsichtigen Politik wären nach wie vor: Einvernehmen zwischen den Mächten behufs energischer Repression der Exzesse in China, keine Aufteilung des Chinesischen Reiches [5], Wiederherstellung des status quo ante und Einsetzung einer zur Aufrechterhaltung der Ordnung fähigen Regierung [6].

Mündlich bemerkte Osten-Sacken, daß die russische Regierung eine formelle Kriegserklärung an China nicht wünsche, da ein förmlicher Krieg [7] in China das Signal zum völligen Zerfall des Chinesischen Reichs werden könnte, den Rußland perhorresziere. Ich habe ihm geantwortet, daß Euere Majestät China den Krieg schon deshalb nicht erklärt hätten, weil zurzeit in diesem verfaulten Reiche keine Regierung bestehe, an welche eine solche Erklärung gerichtet werden könnte. — Meines alleruntertänigsten Erachtens würde es die Einheit der Mächte und speziell unser Zusammengehen mit Rußland aller-

---

* Vgl. Nr. 4540, S. 27, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 4538, Anlage.
*** In dem Original der russischen Note heißt es „semblerait".
† Ergänzung nach dem Konzept.

dings gefährden, wenn wir vor anderen Regierungen und namentlich vor der russischen den Krieg erklärten[8].

Ich habe die Gelegenheit benutzt, um den Grafen von der Osten-Sacken eingehend über Euerer Majestät Absichten zu informieren. Ich habe hervorgehoben, wie das Schicksal der Europäer in Peking auch Euere Majestät bekümmere, daß aber ein neuer Vorstoß gegen Peking nur unternommen werden dürfe, wenn Truppenanzahl und Jahreszeit die sichere Gewähr des Gelingens böten. Zunächst müsse also das Eintreffen von Verstärkungen abgewartet werden. Inzwischen würde es sich empfehlen, daß speziell Deutschland und Rußland hinsichtlich der im Herbst notwendig werdenden gemeinsamen Aktion volles Einverständnis über die Einzelheiten herstellten[9].

B ü l o w

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Au contraire j'ai clairement montré sur quelle ligne ma Politique se déroule!

[2] !

[3] oui! mais cela n'entrave en rien la vengeance pour les meurtres!

[4] Unsinn! C'était jusqu'à présent l'Impératrice! Elle est tué*, et les ou le Revolutionnaire se sont emparé du Pouvoir! Ainsi à présent un Gouvernement l é g a l n'existe pas! Car les Gens qui ont renversé le Gouvernement actuel, et tué les Européens ne peuvent jamais poser comme Gouvernement légal!

[5] richtig

[6] das war schon mein Programm Anfang Juni, das geht nur durch Einnahme von Peking

[7] Das sind Flausen! Was will man denn dort noch mehr. Die Gesandten †, hunderte von Soldaten und Matrosen † und verwundet; die Admirale in Bedrängniß, und das soll kein Krieg sein!?

[8] wie verhält sich das zur Annexion der Mandschurei?

[9] gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Russische Stellung China gegenüber erinnert sehr an die des Vatican, als er plötzlich die Monarchisten in Frankreich fallen ließ und zum Entsetzen aller guten Gläubigen mit einem Male die Republic als „Gouvernement légal" anerkannte und mit ihr paktirte. Vollkommen so will es Russland machen: Es ist ihm völlig Wurst, ob Tuang alle Europäer — darunter das Corps diplomatique mit Damen — abmurkst, wenn Russland nur nachher ihn zum Freunde haben und mit ihm uns andere hinausschmeißen kann. Es treibt den Cynismus soweit daß, während Osten-Sacken schwört, es und wir sollten die Auftheilung China's verhindern, der Kriegsminister Kouropatkine an Lauenstein erklärt, die Mandschurei — also das Stammland der Dynastie ihres „Gouvernement légal" — werde sofort von Russland für immer annektirt werden!!! **. Eine offenere Doppel-Züngigkeit ist noch nie dagewesen!

---

* Diese gerüchtweise auftretende Nachricht bestätigte sich nicht.

** Vgl. Nr. 4552, Anlage. So kraß hatte sich Kuropatkin doch keineswegs ausgedrückt.

Nr. 4554

Der Geschäftsträger in Tokio Graf Botho von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Tokio, den 6. Juli 1900

Japanische Regierung benachrichtigt Vertreter der Mächte, daß sie sofortige Entsendung einer gemischten Division nach China beschlossen habe, womit das dortige japanische Kontingent ungefähr 22 000 Mann betragen werde.

Dieser Beschluß dürfte auf eine gestern erfolgte Aufforderung Englands und Nachricht der Brigadesendung Deutschlands zurückzuführen sein.

Wedel

Nr. 4555

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Fürst zu Eulenburg, z.Z. in Kiel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Für Graf von Bülow Kiel, den 7. Juli 1900
Privat

In bezug auf Telegramm an Seine Majestät mit Meldung über Japan*. Seine Majestät will sofort direkt an Mikado telegraphieren, daß Fühlung zwischen beiden Generalstäben eintreten soll. Seine Majestät der Meinung, daß unter allen Umständen selbständiges Vorgehen Japans vermieden werden muß. Ich bat, Deine Ansicht wegen Mikadodepesche zu hören. Bitte sofort Drahtantwort.

Eulenburg

Nr. 4556

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Konzept

Nr. 92 Berlin, den 7. Juli 1900
[abgegangen am 8. Juli]

Privattelegramm des Fürsten Eulenburg** soeben erhalten.

Auch ich bin durchaus der Ansicht, daß ein selbständiges Vorgehen

* Durch Telegramm en clair vom 7. Juli hatte Graf Bülow dem Kaiser von einer japanischen Anfrage in Berlin Kenntnis gegeben betreffend eventueller stärkerer Truppenvermehrung und einheitlichen Zusammenarbeitens der Mächte beim Vorgehen auf Peking.

** Siehe Nr. 4555.

Japans unseren Interessen widerspricht. Ein Telegramm Ew. Majestät an den Mikado aber könnte, wenn dasselbe nicht sehr vorsichtig redigiert wird, unsere internationale Position in hohem Grade verschlechtern.

Ein Telegramm Ew. Majestät in diesem Augenblick würde in Tokio entweder als direkte Ermutigung zu japanischem Vorgehen aufgefaßt werden; dadurch verlören Euere Majestät jede weitere Fühlung mit Rußland und das Vertrauen des Zaren zu Euerer Majestät. Oder die Japaner würden glauben, daß Ew. Majestät sie zurückhalten wollten, was einerseits bei der Lage der gegenseitigen Streitkräfte in Ostasien, sofern Japan wirklich zum Vorgehen entschlossen ist, nicht von Erfolg sein dürfte, andererseits aber Ew. Majestät in scharfen Gegensatz zu England und Amerika bringen müßte. In beiden Fällen würden Ew. Majestät Allerhöchstihre jetzige sichere und vorteilhafte Stellung zwischen den rivalisierenden Mächten einbüßen. Meines ehrfurchtsvollsten Erachtens würde ein Telegramm an den Mikado nur etwa in folgender Form ohne schädliche Rückwirkung bleiben:

Ew. Majestät stellten die Einigkeit zwischen den europäischen Mächten, dem Mikado und Amerika in den Vordergrund Allerhöchstihrer Politik. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend würde es nach Ansicht Ew. Majestät gewiß von Nutzen sein, wenn nicht nur in politischer, sondern auch in militärischer Beziehung Fühlung zwischen den in China interessierten Mächten bestünde. Ew. Majestät wären jederzeit und um so mehr bereit, wie mit den übrigen Mächten, so auch mit Japan in letzterer Richtung in einen Gedankenaustausch einzutreten, als ein solcher nach der von Vicomte Aoki an Herrn Inouye* gerichteten Depesche von japanischer Seite gewünscht zu werden scheine.

Bülow

Nr. 4557

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 133 — Paris, den 7. Juli 1900

pp**. Ich habe mich soeben von Herrn Delcassé verabschiedet.

China macht ihm viele Sorgen.

Der Minister sprach mir seine Bewunderung über die Rede unseres allergnädigsten Herrn*** aus, die hier in ganz Frankreich den besten Eindruck hervorgerufen habe. Von einigen Seiten sei diese

---

* Japanischer Gesandter in Berlin.

** Der Beginn des Berichts betrifft den von Fürst Münster anzutretenden Urlaub.

*** Siehe Nr. 4540, S. 27, Fußnote **.

Rede Seiner Majestät als eine Kriegserklärung an China angesehen worden. Das habe er nicht finden können; die Wendung, daß die Fahnen der verbündeten Regierungen in Peking wehen müßten, sei eine Drohung gegen die Revolution, nicht gegen China als solches.

Er, der Minister, sei entschieden der Ansicht, daß wir Krieg führen, aber nicht Krieg erklären dürften. Eine solche Erklärung würde ganz China gegen die Europäer vereinigen und würde den Vizekönigen, welche sich von Peking trennen und die Europäer schützen wollten, ihre Aufgabe erschweren und vielleicht unmöglich machen.

Jetzt komme für alle Mächte es vor allem darauf an, zusammenzuhalten [1] und nach Peking zu gelangen.

Die Nachrichten über das schreckliche Blutbad seien noch nicht bestätigt. Daß sie leider richtig seien, würde hier allgemein befürchtet.

Was die Haltung Japans betreffe, so wisse er nicht, ob die Nachrichten der Presse, daß England und Rußland darüber uneinig seien, glaubwürdig erschienen.

Gestern habe der hiesige japanische Gesandte* eine Erklärung im Namen seiner Regierung abgegeben, mit der das hiesige Kabinett nur einverstanden sein könne. Japan habe 20 000 Mann mobilgemacht**, die sofort nach China abgehen würden. Japan werde mit den übrigen Mächten gemeinschaftlich handeln und sei auch dazu bereit, sich mit einer stärkeren Macht zu beteiligen, sowie die übrigen Mächte es für erforderlich halten und den Wunsch aussprechen sollten.

Schließlich bemerkte Herr Delcassé noch, daß unser gemeinschaftliches Vorgehen in China eine gute Seite habe, indem er davon überzeugt sei, daß Franzosen und Deutsche, die gemeinschaftlich kämpften, sich gut vertragen und zu einem besseren Verhältnis unter unseren beiden Nationen beitragen würden. pp. Münster

---

Randbemerkung *** Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja

Nr. 4558

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Kiel, den 8. Juli 1900

Die Mitteilungen offizieller und privater Natur, die ich von Ihnen heute erhielt †, lassen deutlich erkennen, daß meine Vermutung sich

---

* Kurino.
** Vgl. Nr. 4554.
*** Der Bericht wurde dem Kaiser erst am 15. Juli auf der Nordlandreise in Drontheim vorgelegt.
† Vgl. Nr. 4552 nebst Anlage, Nr. 4553.

bestätigt, wonach Rußland nur besorgt ist um Erhaltung der Mandschurei. Ein Vorgehen gegen Peking wird dasselbe anscheinend nicht mitmachen, 1. wegen Mangel an Truppen, 2. weil es als Retter von China möglichst ohne Gewalt Peking zu erlangen hofft. Rußland wird sich nicht scheuen, wenn möglich den bluttriefenden Mordgesellen Prinzen Tuang zu umwerben, mit seiner Hülfe sich Vorteile zu erringen und womöglich uns anderen Ausländern ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Die Meldung aus Tientsin von dem Zank der Engländer und Japaner mit den Russen, der einen notwendigen Angriff gegen feindliche Batterie unmöglich gemacht hat, ist das Bodenloseste von Interessenpolitik, was wohl je in der Kriegsgeschichte vorgekommen ist. Da England sowohl wie Rußland selbst unter den Granaten des übermütigen Feindes ihre politischen Eifersüchteleien nicht lassen können, so ist auf ihre Unterstützung gegen Peking nicht zu rechnen, und wir würden allein dastehen, höchstens mit den Japanern im Verein. Es ist deshalb geboten, die Idee des Vormarsches auf Peking vorläufig zurückzustellen und nunmehr stattdessen uns vorläufig mit der völligen Säuberung und Unterwerfung von Kiautschou und seinem Hinterland zu beschäftigen. Ich werde daher die Truppentransporte vorerst alle nach Kiautschou dirigieren, welches vorläufig zu unserer militärischen Basis in Ostasien ausgestaltet werden soll*. Dabei kann Wiedereinsetzung der Missionare, Sicherung und Wiedereröffnung der Missionsstationen, Wiederinangriffnahme und Weiterführung des Bahnbaus unser nächstes Programm bilden. Auf diese Weise können wir, dem Streite der Völker entzogen, in aller Ruhe der Entwickelung der Ereignisse zwischen England und Rußland aus der Ferne zusehen und abwarten, wie er sich entwickelt, dabei unsere wertvolle Kolonie schützend. Soll unter den vorwaltenden Umständen unsere Panzerdivision noch aufgehalten werden?

Wilhelm I. R.

Nr. 4559

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Konzept

Nr. 95 Berlin, den 8. Juli 1900

Euerer Majestät gnädiges und hochinteressantes Telegramm** erhalte ich soeben mit ehrfurchtsvollstem Dank. Euerer Majestät

* Vgl. dazu auch Generaloberst Helmuth von Moltke. Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916 (1922), S. 241 f.

** Siehe Nr. 4558.

Kennzeichnung der derzeitigen Weltlage, der Rivalitäten unter den Mächten und der Situation in Ostasien ist für die Gegenwart durchaus zutreffend. Eine andere Frage ist, ob sich nicht bis zum Herbste die Erkenntnis der Notwendigkeit des Vormarsches auf Peking bei den anderen Mächten Bahn gebrochen haben wird. Dann dürfte der Moment kommen, wo man Euere Majestät brauchen und suchen wird. Inzwischen ist es gewiß richtig, Kiautschou zu unserer Basis zu nehmen. Meines unvorgreiflichen Erachtens würde ein Aufhalten der Panzerdivision keinen günstigen Eindruck hervorrufen, während die damit erfolgende Verstärkung unserer Seestreitkräfte in Ostasien Euerer Majestät Schlagfertigkeit und Prestige dort noch erhöhen wird.

Bülow

Nr. 4560

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 195 — St. Petersburg, den 8. Juli 1900

Graf Lamsdorff hat sich dem englischen Botschafter gegenüber dahin ausgesprochen, daß seitens Rußlands einer größeren japanischen Truppensendung nichts im Wege stehe. Es dürfte jedoch keiner Macht, die eine größere Truppenzahl nach China schickt, ein Recht eingeräumt werden, daraus einen Sondervorteil weder für die Gegenwart noch für die Zukunft zu ziehen.

Radolin

Nr. 4561

Der Geschäftsträger in Tokio Graf Botho von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 — Tokio, den ... Juli 1900
[eingetroffen am 9. Juli]

Vicomte Aoki drängt mich, vertraulich mitzuteilen, daß in japanischen Militär- und Regierungskreisen Bedenken gegen Oberbefehl des Admirals Alexejew über Landarmee bestehen und gehofft wird, daß Deutschland General schickt, dem nach Anciennität Oberbefehl zufalle. Von einem deutschen General würden sich japanische Offiziere gern führen lassen.

Ich bin Vicomte Aoki gegenüber auf sein Ansuchen nicht eingegangen, verfehle aber nicht, Meldung zu machen.

Vicomte Aoki sagt mir, Japan werde vielleicht noch zwei Divisionen mobil machen.

Wedel

Nr. 4562

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Tokio Grafen Botho von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 23 — Berlin, den 10. Juli 1900
[abgegangen am 11. Juli]

Euer pp. wollen dem Vicomte Aoki mündlich und vertraulich sagen, daß die günstige Meinung, welche die japanischen Offizierskreise von unserer Armee hegten, deutscherseits mit Dank empfunden und dem tapferen japanischen Heer wiedergegeben werde. Deutschland ambitioniere den Oberbefehl über die in China operierenden Streitkräfte schon deshalb nicht, weil es volle Einigkeit und loyales Zusammengehen unter den Mächten in den Vordergrund seiner selbstlosen ostasiatischen Politik stelle. Die schwere Last des Oberbefehls könnten wir nur übernehmen, wenn alle übrigen Mächte damit einverstanden wären. Bei Verwertung vorstehender Gesichtspunkte wollen Ew. hinzufügen, daß Deutschland im Hinblick auf das unvergleichliche Prestige seines Generalstabs wie die Reputation seiner sieggewohnten Generäle den Oberbefehl nur dann übernehmen könne, wenn vom Standpunkt des erfahrenen Militärs die Garantien des Erfolgs gegeben wären, das heißt günstige Jahreszeit und völlig ausreichende Streitkräfte. Ohne solche Voraussetzungen den Feldzug in China zu beginnen, würde für Deutschland wie für Japan gleich mißlich und unvorteilhaft sein.

Bülow

Nr. 4563

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Kiel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 — Kiel, den 9. Juli 1900

Seine Majestät bemerkte zu dortseitigem Telegramm Nr. 102*, daß, nachdem wir unsere internationale Stellung in klarer, würdiger

---

* Durch Telegramm Nr. 102 vom 9. Juli war der zurzeit im Kaiserlichen Gefolge in Kiel weilende Staatssekretär Graf Bülow von dem Telegramm Radolins Nr. 195 (siehe Nr. 4560) in Kenntnis gesetzt worden.

und allerhöchstseinen Intentionen durchaus entsprechender Weise eingenommen hätten, wir uns in die Divergenzen anderer nicht einmischen wollten. Weder brauchten wir denselben Ratschläge zu erteilen noch Verpflichtungen für sie zu übernehmen noch irgendwie und in irgendeiner Richtung „die odiöse Rolle“ zu übernehmen.

Bülow

Nr. 4564

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Chef des Admiralstabs Admiral von Diederichs**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Geheim — Berlin, den 12. Juli 1900

Die aus China eingehenden Nachrichten lassen keinen Zweifel daran, daß die schädliche Rückwirkung der Vorgänge in der chinesischen Provinz Tschili auf die benachbarte Provinz Schantung immer fühlbarer wird und die dortigen deutschen Interessen immer ernstlicher gefährdet. Es kommt hinzu, daß nach den letzten Meldungen Japan im Begriff steht, eine Truppenmacht von drei Divisionen nach China zu werfen. Angesichts dieser Umstände erachte ich es vom politischen Standpunkte aus für wünschenswert, daß die von Seiner Majestät nach China bestimmte Brigade sobald als möglich dort eintrifft.

Ew. pp. darf ich ergebenst ersuchen, die Frage gefälligst vom militärischen Standpunkte aus prüfen und mich danach mit einer Äußerung darüber versehen zu wollen, inwieweit die Aussendung der Brigade ohne militärische Nachteile beschleunigt werden kann. Ich würde dankbar sein, wenn Euer Exzellenz sich zugleich auch darüber aussprechen wollten, ob es sich etwa empfehlen möchte, an allerhöchster Stelle in Annahme des österreichischen Anerbietens die Einschiffung der Truppen in Triest in Vorschlag zu bringen.

Bülow

---

* Das gleiche Schreiben erging auch an den Chef des Generalstabes, den Kriegsminister, den Staatssekretär des Reichsmarineamts und an die Chefs des Militär- und des Marinekabinetts. Sämtliche Adressaten sprachen sich übereinstimmend aus für möglichste Beschleunigung des Abgangs der für China bestimmten Brigade, jedoch von Bremerhaven und nicht von Triest aus. Die Einschiffung erfolgte dann Ende Juli, nachdem der Kaiser am 27. Juli an die zunächst abgehenden Truppenteile die bekannte Ansprache mit der Parole „Pardon wird nicht gegeben“, gehalten hatte. Die Behauptung der Memoiren des Grafen Waldersee (Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen von Waldersee, ed. H. O. Meisner III, 3), als sei das Hinaussenden des Marineexpeditionskorps, dann des Expeditionskorps und auch des Panzergeschwaders allein durch kaiserliche Initiative, ohne Mitwirkung des Aus-

Nr. 4565

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 410 London, den 12. Juli 1900

In hiesigen politischen Kreisen sowie bei der öffentlichen Meinung nimmt die Ansicht mehr und mehr überhand, daß Deutschland ein geheimes antienglisches Abkommen mit Rußland in der chinesischen Frage abgeschlossen hat. Ich habe guten Grund zu der Annahme, daß die hiesigen russischen Agenten die Verbreitung dieser Ansicht betreiben. Auch im Foreign Office läßt sich ein gewisses Mißtrauen gegen die Politik der Kaiserlichen Regierung konstatieren, so daß anzunehmen ist, daß auch dort von russischer Seite intrigiert wird. Als ich heute gesprächsweise einem hohen Beamten des Foreign Office gegenüber diese Gerüchte mit dem Bemerken erwähnte, daß mir von der Authentizität derselben nichts bekannt sei, erwiderte derselbe, daß er selbst denselben keine Bedeutung beilege, daß jedoch die Mehrzahl seiner Kollegen geneigt sei, daran zu glauben.

Hatzfeldt

Nr. 4566

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 224 Berlin, den 13. Juli 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 410*.

Ew. sind ermächtigt, zu erklären, daß zwischen Deutschland und Rußland keinerlei politisches Abkommen weder über China noch über eine andere Frage besteht.

Interessant würde es mir sein, zu erfahren, durch welche Mittel, bzw. durch welche Persönlichkeiten selbst ernsthafte englische Kreise zu der Annahme gelangt sind, daß wir plötzlich unsere unabhängige Stellung aufgegeben hätten.

Bülow

---

wärtigen Amts erfolgt, ist nach Ausweis der Akten nicht ganz richtig. Staatssekretär Graf Bülow ist allerdings in der Lage gewesen, sich auch zu den militärischen Fragen zu äußern. Vgl. Nr. 4569, 4582, 4594, 4598, 4601.

* Siehe Nr. 4565.

Nr. 4567

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 429 St. Petersburg, den 12. Juli 1900

Nach Ansicht einer sehr gut informierten hochstehenden Persönlichkeit, die sich eines bedeutenden Einflusses erfreut*, muß die Mandschurei für Rußland als verloren angesehen und könnte nur durch eine neue ebenso kostspielige wie opfervolle Wiedereroberung zurückgewonnen werden. Nach allem, was ich höre und sehe, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Rußland, welches ein ins Auge fallendes Interesse daran hat, seine guten Beziehungen für die Folge mit China nicht zu trüben und vor allem sein Augenmerk auf die Wiedergewinnung der Mandschurei gerichtet hält, seine Streitkräfte auf letztere konzentrieren und nach Möglichkeit es zu vermeiden suchen wird, irgendetwas Ernstes zu unternehmen, was seine Beziehungen zu China dauernd gefährden könnte.

Auch ist mein Gewährsmann keineswegs überzeugt, daß die Russen sich an einem Rachezug gegen Peking mit der erforderlichen Macht rückhaltlos beteiligen werden. Es wird hier mit Entrüstung über die Vorkommnisse in China gesprochen (aber immer mit dem Bemerken, dieselben rühren nicht von der seßhaften Bevölkerung her, sondern von weithergelaufenem brodlosen Gesindel, das mit „Boxern" bezeichnet wird), es wird viel Lärm geschlagen, mit dem Säbel gerasselt, aber der Grundton bleibt immer: nur keinen Krieg mit dem befreundeten[1] China. Selbstredend will man hier die Wirren und die Revolution beschwören und unterdrücken, dann sich aber auf die Erhaltung der Mandschurei — womöglich durch eine moralische[2] Wiedereroberung und Wiederherstellung der Bahnen — beschränken.

Die Tendenz, zu glauben, daß das Vorgehen Deutschlands der Urquell der gegenwärtigen Wirren ist[3], wird in fast allen Kreisen in mehr oder weniger versteckter Form genährt. Selbstredend wird diese Stimmung in offiziellen Kreisen nicht zugegeben. Die heftige Sprache der Zeitungen gegen uns, die durch ein Machtwort der Regierung mit einem Schlage aufgehört hat, — um sich in alter Weise gegen England zu wenden — ist leider der Ausdruck der öffentlichen Meinung in fast allen Sphären der Bevölkerung. Dieselbe will sich nicht überzeugen lassen, daß viele tieferliegende Momente, innere Fäulnis der chinesischen Regierung, Hungersnot und so weiter, wie auch das

---

* Wohl Finanzminister Witte. Vgl. dessen Memoiren (a. a. O., p. 94 s.), die ihn als entschiedenen Vertreter der obigen Auffassungen kennzeichnen.

Umsichgreifen Rußlands und das Vorgehen anderer Mächte die anarchischen Zustände hervorgerufen haben. Alles wird auf Deutschland (und in zweiter Linie auf England) gewälzt. Und doch fühlen die Russen, daß sie unserer Hülfe absolut bedürfen, um Ordnung wiederherzustellen. Auch möchten sie uns gern vorspannen, um das Odium der Expedition gegen das Herz von China von sich abzuwälzen[4].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !
Das wird durch die Macht der Thatsachen wohl etwas verändert werden

[2] !

[3] !!

[4] daher gehn wir zunächst nach Tsingtau

Nr. 4568

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 432 St. Petersburg, den 12. Juli 1900

Wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, teilte mir der französische Botschafter* das letzte Zirkular des Ministers Delcassé** bezüglich Chinas dieser Tage mit und sagte mir, daß England in Beantwortung der Zirkularnote sich dahin geäußert habe, es wolle unter keinem fremden Kommando seine Truppen gestellt sehen und würde nur mit Japan[1] gemeinschaftlich vorgehen. —

Gestern brachte Marquis Montebello mir gegenüber die Sprache auf jene Mitteilung und sagte mir, es beruhe die Nachricht auf einem Irrtum. Lord Salisbury hätte sich dem französischen Botschafter Cambon allerdings dahin geäußert, daß England seine Selbständigkeit im Oberbefehl erhalten wolle. — Die Äußerung des Zusammengehens mit Japan wäre eine Ansicht des Herrn Cambon, der sie aus den Äußerungen Lord Salisburys geschöpft, daß es dem Minister zweckmäßig erschiene, wenn die einzelnen Mächte in getrennten selbständigen Gruppen vorgingen[2].

Diese an sich irrelevante Tatsache, die wohl noch nicht zur Reife gelangt ist, möchte ich deshalb nochmals berühren, weil der englische Botschafter, durch die Mitteilung seines französischen Kollegen ziemlich aufgebracht, mir sagte, daß es ihm auffalle, wie die Fran-

---

* Graf Montebello.

** Siehe das Delcassésche Zirkular (vom 2. Juli) im Französischen Gelbbuch: China 1899—1900, p. 61 s.

zosen uns um den Bart zu gehen suchen[3] und England hinzustellen sich bemühten, als ob es eine isolierte Stellung einnehmen wollte, was nicht der Fall sei[4].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also Japaner sind für England keine Fremde! Nur Deutsche, Russen, etc.!!!
[2] Blech!
[3] das müßen alle thun!
[4] O! doch!

Nr. 4569

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 747 Berlin, den 15. Juli 1900

Der russische Botschafter hat hier das in Abschrift anliegende Schriftstück vom 12. Juli * übergeben. In demselben sagt Graf Lamsdorff, es sei mit der Tatsache zu rechnen, daß England für Japan ein Mandat, d. h. ein ausschließliches Recht zum Vorgehen gegen den Pekinger Aufstand ins Auge gefaßt habe. Durch einen solchen modus procedendi seien die Grundsätze in Frage gestellt, nach welchen das bisherige Verhalten der Mächte sich geregelt habe, nämlich die Erhaltung des Einvernehmens, die Wiederherstellung des früheren Zustandes, die Zurückweisung aller Teilungsgedanken und die Organisierung einer festen Zentralregierung in Peking. Diesen bedrohlichen Aussichten gegenüber sei es nötig, eine Zurückhaltung, aus der sich Mißverständnisse ergeben könnten, aufzugeben, mit anderen Worten: Die Mächte müßten offen Stellung nehmen.

Ich werde dem russischen Botschafter, wenn er sich die Antwort abholt, sagen, daß bei uns weder von englischer noch von japanischer Seite die Erteilung eines ausschließlichen Aktionsrechts an Japan angeregt worden ist, daß vielmehr die diplomatischen Eröffnungen, welche namentlich von japanischer Seite hierher gelangt sind, immer das Zusammengehen Japans mit den Mächten in den Vordergrund gestellt haben; daß daher, wenn wir jetzt mit einem Garantieprogramm hervortreten wollten, dessen Notwendigkeit nur auf dem Mißtrauen gegen englisch-japanische Sonderbestrebungen zu basieren wäre, man von jener Seite nicht verfehlen würde, uns entgegenzuhalten, zu diesem Mißtrauen liege kein Anlaß vor, da weder England noch Japan die

* Das russische Zirkular vom 29. Juni/12. Juli wurde auch in London und Paris überreicht. Siehe den Text im Englischen Blaubuch China Nr. 1 (1901), und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 65, S. 232 f.

Gewährung von Sonderrechten von uns beansprucht hätten, unsere Haltung sei also nur durch prinzipielle Unfreundlichkeit gegen die englisch-japanische Seite zu erklären. Im übrigen hat die deutsche Regierung ihren eigenen Standpunkt bereits spontan in meinem vor einigen Tagen veröffentlichten Rundschreiben* festgelegt und glaubt sich danach in tatsächlicher Übereinstimmung mit den von Graf Lamsdorff entwickelten Anschauungen zu befinden.

Wir haben hier die Möglichkeit zu erwägen, daß diese russische Anregung den Zweck verfolgte, uns als Dritten für die Aufstellung eines franko-russischen Programms heranzuziehen, dessen Bedeutung und Wirkung weniger in seinem an sich unverfänglichen Inhalt als in der formellen Wiederherstellung der Gruppierung von 1895 gelegen hätte. Für Deutschland ist zurzeit kein Anlaß vorhanden, diesem Plane, der vermutlich noch öfter auftauchen wird, seine Mitwirkung zu leihen.

Das Vorstehende soll zunächst nur zu Ew. Orientierung dienen, jedoch stelle ich dem Ermessen Ew. die vertrauliche Verwertung für einen bestimmten Zweck eventuell anheim.

Bülow

Nr. 4570

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 126 — Berlin, den 16. Juli 1900

Geheim

Ew. danke ich verbindlichst für Ihren Brief vom 8. d. Mts.**, der richtig hier eingegangen ist. Mit besonderem Interesse habe ich von diesem Brief Kenntnis genommen, dessen streng vertrauliche Behandlung selbstverständlich ist.

* In seinem Rundschreiben an die Bundesregierungen vom 11. Juli hatte Graf Bülow — nach eingehender Erläuterung der in China eingetretenen Verhältnisse — den Standpunkt der deutschen Politik in Ostasien schließlich dahin präzisiert, daß dieselbe weder eine Aufteilung Chinas noch irgendwelche Sondervorteile dort erstrebe, vielmehr lediglich von dem Wunsche geleitet wäre, im vollen Einverständnis mit den andern Mächten gesicherte Zustände und Frieden wiederherzustellen, sowie Genugtuung für die von den Boxern verübten Untaten zu erlangen. Siehe den Text des zuerst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Juli veröffentlichten Rundschreibens u. a. in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1900, S. 101 f.

** Nicht bei den Akten. Bei dem Gewährsmann Radolins dürfte es sich um den russischen Finanzminister Witte gehandelt haben, der sich wiederholt dem Fürsten Radolin gegenüber mit großer Schärfe gegen jedes kriegerische Vorgehen in China äußerte. Vgl. auch Mémoires du Comte Witte. Traduction de François Rousseau p. 92 s.

Ew. wissen, wie hoch Bedeutung und Urteil Ihres Gewährsmannes von mir geschätzt werden. Diese Schätzung leidet nicht darunter, daß seine momentanen Wünsche sich nicht mit dem Ziel decken, welches wir in der durch die Ermordung des Freiherrn von Ketteler für uns geschaffenen Zwangslage jetzt verfolgen müssen.

Ew. Gewährsmann erstrebt die Bildung einer Parteigruppe unter den Mächten, welche ihre Aufgabe darin suchen würde, eine andere Parteigruppe im Schach zu halten. Für Deutschland ist es dagegen eine nationale Ehrensache von Kaiser und Reich, zunächst eine Sühne für unseren ermordeten Vertreter zu erlangen. Dieses Ziel glauben wir am sichersten zu erreichen, wenn es gelingt, gewisse große Linien der Übereinstimmung unter sämtlichen Mächten zu erhalten. Deutschland kann nach Lage der Verhältnisse die Frage der Genugtuung, die für uns den Ehrenpunkt berührt, nicht aufgeben, gleichviel, ob die übrigen Mächte einig bleiben oder sich teilen.

Ich habe kein Bedenken, daß Ew. sich Ihrem Gewährsmann gegenüber im Sinne vorstehender Darlegung äußern, da ich glaube, daß durch Offenheit das Vertrauen, auf dessen Erhaltung ich den größten Wert lege, am besten gewahrt werden kann. Ew. pp. werden auch hinzufügen können, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers wegen Behandlung der chinesischen Frage keinerlei Abrede mit andern Kabinetten hat oder bisher auch nur erstrebt hat.

Gegenüber dem von Ihrem Gewährsmann hoffentlich nicht ernstlich gemeinten Vorwurf, daß die Besetzung von Kiautschou an allem schuld sein soll, können Ew. auf Tonkin, Annam, Formosa, Liautung und Mandschurei hinweisen, wo es sich doch um etwas mehr gehandelt hat, bzw. handelt, als um einen Hafen mit einer 50-km-Zone drum herum*.

Bülow

Nr. 4571

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 128 Berlin, den 17. Juli 1900

Nachdem nunmehr kaum ein Zweifel daran übrig bleibt, daß mit den andren fremden Gesandten auch der russische Vertreter in Peking seinen Tod gefunden hat**, wird es für Ew. vielleicht möglich sein,

---

* In seinen Memoiren (a. a. O., p. 92) gesteht Witte zu, „que l'insurrection provenait de la saisie que nous avions faite de la péninsule de Kwan-Tung".
** Seit dem 13. Juli waren eine Anzahl von Nachrichten in Berlin und in anderen europäischen Hauptstädten eingelaufen, nach denen die in Peking

morgen beim Empfange ohne Erwähnung eines Auftrages sich darüber zu orientieren, welche Intentionen die russische Regierung angesichts dieser neuen Sachlage hat, insbesondre ob dieselbe sich an einer gemeinsamen Aktion der Mächte von Tientsin bzw. Taku aus auf Peking in irgendeiner Form beteiligen wird, oder ob sie von irgendeiner andren Operationsbasis aus auf Peking selbständig vorzugehen gedenkt, oder ob sie etwa auch jetzt noch von einer Aktion gegen Peking ihrerseits absehen zu können glaubt.

Zu Ew. ausschließlich persönlichen Direktive: Die Frage des Oberbefehls anzuschneiden, wollen wir unsererseits vermeiden, jedenfalls für jetzt.

Bülow

Nr. 4572

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Drontheim

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Berlin, den 17. Juli 1900

Euerer Majestät Botschafter in St. Petersburg telegraphiert:

„Wie ich unter der Hand aus absolut sicherer Quelle erfahre, befindet sich die russische Regierung bei Beschaffung von Transportdampfern für die nach Ostasien bestimmten Verstärkungen in ernster Verlegenheit.

Darf dortiger Erwägung anheimstellen, ob es sich vielleicht empfiehlt, wenn eine unserer großen Gesellschaften ihre etwa verfügbaren Schiffe hier anbietet, etwa zu den gleichen Bedingungen, wie die Kaiserliche Marine solche für sich gechartert hat.

Ich habe Grund zur Annahme, daß ein solches Anerbieten die hiesige Regierung — und besonders den Finanzminister, der mit der Beschaffung von Transportschiffen betraut ist — uns gegenüber verpflichten würde.“

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Ja! Aber erst nachdem unsre zukünftigen Bedürfniße und die des regelmäßigen Nachschubs vollkommen sicher gestellt sind. Das ist mir zu melden; und werde ich S[eine] M[ajestät] dem Kaiser von dem Anerbieten persönlich Mitteilung machen *

---

belagerten Gesandtschaften gestürmt und ihre Mitglieder samt und sonders gefallen seien. Seit dem 18. trafen wieder gegenteilige Nachrichten ein, die aber zunächst wenig Glauben fanden.

* Tatsächlich bot Kaiser Wilhelm II. dem Zaren bereits am 18. Juli telegraphisch die benötigten Transportschiffe an, die indessen vom Zaren mit höflichem Dank abgelehnt wurden.

Nr. 4573

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Molde

Ausfertigung

Berlin, den 18. Juli 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich hierbei ehrfurchtsvoll einen Zifferbericht von Euerer Majestät Botschafter in Petersburg*, welcher mit den vorhergehenden Meldungen desselben darin übereinstimmt, daß man russischerseits den Gedanken eines gemeinsamen Vormarsches auf Peking noch mit dem größten Widerwillen[1] betrachtet und alle möglichen Argumente heranzieht, um die anderen Kabinette davon abzubringen. Das Interesse Rußlands am Chinesischen Reiche ist ein anderes als das Interesse der übrigen Mächte. Diese — Deutschland, England, Amerika, Frankreich — haben in China schwerwiegende Interessen wirtschaftlicher Natur und sind schon deshalb darauf hingewiesen, für das Blutbad von Peking eine Sühne zu erlangen, durch welche den Chinesen in ganz China dargetan wird, daß es nicht gut ist, sich an Fremden zu vergreifen[2]. Ohne diese Sühne würden alle Fremden, die sich in China aufhalten, vogelfrei sein. Für Rußland hingegen, welches auf lange Jahre hinaus nur unbedeutende Handelsinteressen in China haben wird, und dessen Politik lediglich darauf abzielt, einen möglichst großen Teil von China allmählich zu absorbieren, kann es nur erwünscht sein, wenn sich in China möglichst wenig Fremde anderer Nationen einnisten. Hierzu kommt, daß Rußland die Provinz Tschili mit Peking als einen Teil der russischen Interessensphäre betrachtet[3] und deshalb womöglich verhindern möchte, daß dieses Gebiet durch Truppen anderer Mächte, wenn auch nur zeitweilig, okkupiert werde. Das größte Mißtrauen der Russen richtet sich naturgemäß gegen die Japaner. Eben dieses Mißtrauen aber macht es meines alleruntertänigsten Erachtens wahrscheinlich, daß die Russen, falls es ihnen nicht gelingt, die übrigen Mächte vom Vormarsch abzuschrecken, schließlich nicht[4] werden zurückbleiben wollen. Wenn also die übrigen Kontingente stark genug sind, um auch ohne russische Mitwirkung einen Vormarsch auf Peking als unbedenklich erscheinen zu lassen, wird man darauf rechnen können, daß die Russen sich zuletzt auch anschließen[5] werden.

Bülow

---

* In dem betreffenden, vom 14. Juli datierten Bericht (Nr. 437) hatte Fürst Radolin die Ansicht einer dem Grafen Lamsdorff sehr nahestehenden „politischen Persönlichkeit" dahin wiedergegeben, daß Rußland, das keinesfalls nach Peking gehen würde, es als alleiniges Ziel seiner Aktion betrachte, die Mandschurei zu halten, und daß Deutschland, wenn es an der Idee des Rachezuges nach Peking festhalte, denselben schließlich allein werde unternehmen müssen.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das giebt sich mit der Zeit! Sie werden nicht anders können.
[2] richtig
[3] unglaublich!
[4] natürlich! Je mehr Fremde hinkommen, desto mehr werden die Russen noblenz, Coblenz auch hinmüßen
[5] ja

Nr. 4574

Der Stellvertretende Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 231 Berlin, den 18. Juli 1900

Eben überreicht russischer Botschafter schriftlichen Antrag an Mächte, sich über Oberbefehlshaber zu verständigen*. Es wird angedeutet, daß dabei entweder Dienstalter oder Stärke des Kontingents in Betracht kommen könne, jedoch will man sich auch anderen etwa geltend zu machenden Gesichtspunkten nicht verschließen.

Mündlich wird hinzugefügt, Salisbury solle gegenüber französischem Botschafter erklärt haben, England werde sich keinem fremden Oberbefehl unterstellen, so daß also England bei den bevorstehenden Beratungen weniger in Betracht kommen würde**.

v. Derenthall

Nr. 4575

Der Stellvertretende Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 233 Berlin, den 18. Juli 1900

Zu Ew. vertraulichen Orientierung.

Fürst Radolin telegraphiert***:

„Graf Lamsdorff hat noch immer die Hoffnung, daß die Europäer in Peking leben, und daß die fremden Vertreter als Geiseln festgehalten werden, und hält auch immer noch an der sonderbaren

* Der gleiche Antrag wurde auch in London, Paris usw. überreicht. Den Text siehe im Englischen Blaubuch China Nr. 1 (1901), und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 65, S. 237 f.

** Vgl. Nr. 4568.

*** Das in Frage stehende Telegramm Radolins (Nr. 213 vom 18. Juli) stellt sich als eine Antwort auf das Telegramm Bülows Nr. 128 vom 17. Juli (siehe Nr. 4571) dar.

Fiktion fest, daß ein Krieg zwischen China und Rußland nicht existiere.

Das in der Mandschurei erfolgte chinesische Ultimatum und die Eröffnung der Feindseligkeiten seitens der Chinesen gegen die russischen Truppen daselbst bezeichnete Graf Lamsdorff als ein eigenmächtiges Vorgehen des chinesischen Vizekönigs in der Mandschurei, der wohl von der falschen Voraussetzung ausgehe, als bestehe bereits Krieg zwischen Rußland und China.

Auf meine beiläufige Frage, ob Rußland es für geboten erachten würde, nach Peking zu marschieren, falls die dortigen Niedermetzelungen sich bewahrheiten sollten, erwiderte der Graf, daß er diese Frage mir nicht ohne weiteres beantworten könne, es wäre eine militärische Maßregel, die je nach Umständen seitens des Oberbefehlshabers in China entschieden werden müßte, der ausgedehnte Vollmacht habe.

Momentan wäre jedenfalls ein Zug nach Peking absolut ausgeschlossen.

Wie ich von zuverlässiger Seite erfahre, ist der russischen Presse und Telegraphenagentur durch ein Zirkular der Oberpreßverwaltung verboten worden, fernerhin irgendwelche Nachrichten über Mobilisierung der russischen Armee zu verbreiten, nachdem in der Mandschurei die Feindseligkeiten regelrecht ausgebrochen.

Ich höre ferner, daß Graf Lamsdorff bezüglich der Frage des Oberkommandos dem englischen Botschafter gesagt hat, über dieselbe müsse bald Einigung erzielt werden. Einheitlichkeit in der Führung und in der Handlung sei durchaus geboten.“

Aus der Bemerkung des Grafen Lamsdorff über den Oberbefehlshaber ergibt sich, daß dieser auch befugt sein würde, den Zug nach Peking eventuell zu unterlassen.

v. Derenthall

Nr. 4576

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Drontheim, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 Drontheim, den 18. Juli 1900

Letzte Meldung Bendemanns betreffend Zank zwischen Engländern und Russen wegen hergestellter Eisenbahn** zeigt deutlich,

---

* Dem eigenen Telegramm Kaiser Wilhelms II. war ein Telegramm des Rats im Kaiserlichen Gefolge Botschafters Fürsten zu Eulenburg vom gleichen Tage (Nr. 89) voraufgegangen, wonach der Kaiser durch die chinesischen Truppenansammlungen in Schantung Kiautschou für bedroht erachtete.

** Vgl. Kap. CV.

daß Mächteeinigkeit mehr als problematisch. Falls Aufstand in Korea kommt, Verwickelungen mit Japan nicht unmöglich. Daher muß unser Expeditionskorps zunächst nach Tsingtau und dort vorbereiten. Denn obige Situation schließt bei eventueller Verschärfung Kampagne auf Peking aus.

Wilhelm I. R.

Nr. 4577

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 433 London, den 20. Juli 1900

Lord Salisbury hat auf das letzte russische Zirkular, in welchem unter anderm auch von der englischen Demarche behufs Erlangung eines Mandats für Japan zur Herstellung der Ordnung in China die Rede ist*, geantwortet, daß ihm von einer solchen englischen Demarche nichts bekannt sei. Die englische Regierung habe seinerzeit nur angeregt, daß Japan, welches am schnellsten in der Lage sei, Truppen nach China zu senden, in seiner Aktionsfreiheit bei einem etwaigen Vormarsch nach Peking zur Rettung der Gesandtschaften nicht beeinträchtigt werde. Im übrigen hat Lord Salisbury, wie mir der Unterstaatssekretär sagt, das russische Zirkular, darunter auch den Passus betreffend die Frage des Oberbefehlshabers**, als unverständlich bezeichnet.

Hatzfeldt

Nr. 4578

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 434 London, den 20. Juli 1900

Im gestrigen Ministerrate ist auch die Frage erörtert worden, ob England die Übertragung des Oberkommandos in China an Deutschland vorschlagen solle. Einige der hervorragenderen Minister

* Vgl. Nr. 4569, Fußnote *.

** Das russische Zirkular vom 12. Juli enthält keinen Passus über den Oberbefehlshaber; es liegt offenbar eine Verwechselung mit dem Zirkular über den Oberbefehl (vgl. Nr. 4574, Fußnote *) vor, das aber wieder nicht auf die Frage des Mandats für Japan eingeht.

haben sich günstig dafür ausgesprochen, Lord Salisbury wollte sich aber die Frage noch näher überlegen.

Es scheint mir jetzt dringend geboten, daß England den fraglichen Vorschlag macht, und ich werde daher, wenn ich keine andere Weisung erhalte, diesen Zweck mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln weiter verfolgen*. Selbstverständlich lasse ich hier keinen Zweifel, daß ich bisher durchaus nicht weiß, ob Seine Majestät der Kaiser auf einen solchen Vorschlag eingehen würde, hebe aber gleichzeitig hervor, daß England den Vorschlag, welcher in seinem eigenen Interesse liege und außerdem den zwischen uns bestehenden Beziehungen entsprechen würde, unter allen Umständen machen müsse.

Hatzfeldt

---

* Aus den bei Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 189 ff. abgedruckten Briefen Graf Hatzfeldts an Eckardstein vom 18. und 20. Juli geht hervor, daß Holstein dem Botschafter die Frage einer englischen Anregung für die Übertragung des Oberkommandos an Deutschland privatim ans Herz gelegt hat, mit dem Hinzufügen, daß Kaiser Wilhelm II. den allerhöchsten Wert darauf lege. Eckardstein übertreibt aber, wenn er behauptet, gegen Mitte Juli habe die Botschaft in London die Anweisung erhalten, Lord Salisbury dazu zu veranlassen, im Mächtekonzert den offiziellen Vorschlag zu machen, daß der Oberbefehl in China dem Grafen Waldersee übertragen werde. Eine solche Anweisung ist nicht ergangen. Ebensowenig hat Fürst Radolin in Petersburg, wie Eckardstein a. a. O., S. 193 auf Grund einer angeblich wörtlichen Erzählung Radolins aus dem Frühjahr 1901 angibt, Ende Juli von Berlin die Anweisung erhalten, den Zaren beziehungsweise die russische Regierung dazu zu veranlassen, daß Deutschland das Oberkommando in China angetragen würde. Weder hat Radolin zu diesem Zweck mit dem Grafen Lamsdorff im russischen Ministerium des Äußern verhandelt, noch hat er den Wunsch des Kaisers dem Zaren in einer Audienz vorgetragen und von diesem eine abweisende Antwort erhalten. Eine solche Audienz Radolins beim Zaren hat überhaupt nicht stattgefunden. In Wahrheit liegt die Sache so, daß, nachdem die deutsche Regierung zunächst in London durch Hatzfeldt einen ganz persönlichen Fühler hatte ausstrecken lassen und demnächst auf eine englische Sondierung (vgl. Nr. 4584) zu verstehen gegeben hatte, man würde auf einen englischen Antrag hin den Oberbefehl akzeptieren, Kaiser Wilhelm II. am 5. August in einem persönlichen Telegramm an den Zaren wegen der Übertragung des Oberkommandos an einen Russen, die deutscherseits schon einmal angeregt war (vgl. Nr. 4588, Nr. 4591), anfragte und für den verneinenden Fall die Ernennung Waldersees in Vorschlag brachte. (Vgl. Nr. 4601.) Von Waldersee ist zum ersten Male in einem Telegramm Bülows an den Kaiser vom 5. August in den Akten die Rede; davon, daß Wilhelm II. schon seit Mitte Juli die von ihm selbst getroffene Wahl des Oberstkommandierenden für China in Gestalt des Grafen Waldersee als eine vollendete Tatsache betrachtet habe, wie Eckardstein (a. a. O., S. 187) bemerkt, kann keine Rede sein. Das Auswärtige Amt stand von vornherein keineswegs auf dem Standpunkt, daß das deutsche Oberkommando unbedingt erstrebenswert sei (vgl. Nr. 4562 und 4586), auch Holstein nicht, dem selbst ein englisches Oberkommando annehmbar dünkte (vgl. Nr. 4589). Mit aller Kraft für das deutsche Oberkommando eingesetzt hat sich das Auswärtige Amt erst, nachdem durch den Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Zar vom 5./6. August die Person des Kaisers ernstlich engagiert war.

Nr. 4579

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 20. Juli 1900

Lord Salisbury will sich, wie Sie sehen, die Angelegenheit noch näher überlegen, ehe er definitiven Vorschlag* macht. Von den anderen Ministern waren, soviel wir bis jetzt wissen, Balfour und Chaplin** im Ministerrate uns günstig gestimmt. Die Sache hapert also, wie ich vorausgesehen hatte, noch bei Lord Salisbury. Da ich nicht direkt bei ihm intervenieren kann, bitte ich mir zwei oder drei Tage Zeit zu lassen. Montag kehrt Lascelles vom Lande zurück, und ich werde ihn eventuell ins Feuer schicken.

Versäumt wird hier nichts. Die Sache ist durch uns auf drei verschiedenen Wegen angeregt worden.

Hatzfeldt

Nr. 4580

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 240 Berlin, den 21. Juli 1900

Wie Fürst Radolin auf ganz vertraulichem Wege erfährt, hat der russische Kriegsminister dem Leiter des Auswärtigen Ministeriums eröffnet, es sei undenkbar, daß europäische Truppen sich dem Befehl eines japanischen, amerikanischen oder selbst englischen Generals unterwerfen sollten. Zu Ew. Orientierung.

Bülow

Nr. 4581

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 21. Juli 1900

Der französische Botschafter, den ich zu der Antwort beglückwünschte, welche Herr Delcassé auf das Telegramm des Kaisers

* Nämlich wegen des deutschen Oberbefehls.

** Präsident der Lokalverwaltung.

von China* erteilt hat, hob aus eigener Initiative hervor, wie sehr die französische Regierung in der chinesischen Frage mit uns in Übereinstimmung und Fühlung zu bleiben wünsche. Das französische Programm decke sich vollständig mit demjenigen, das ich in meinem Rundschreiben entwickelt hätte: Keine Aufteilung noch Erschütterung von China, aber energische Repression der Boxerbewegung, um die Wiederkehr solcher Exzesse zu verhüten.

Marquis Noailles ist der Ansicht, daß der Vormarsch auf Peking erst nach Eintreffen genügender Verstärkungen und bei günstiger Jahreszeit unternommen, dann aber von allen Mächten gemeinsam ausgeführt werden müsse. Als Termin für den Vormarsch schwebt ihm die zweite Oktoberhälfte vor.

Proprio motu und wiederholt lenkte der französische Botschafter das Gespräch auf die Frage des Oberkommandos. Marquis Noailles bezeichnete es als unumgänglich notwendig, daß die Mächte sich über diesen Punkt so bald als möglich einigten. Ganz vertraulich bemerkte der französische Botschafter hierbei, daß von einem englischen Oberkommando hoffentlich nicht ernstlich die Rede sein werde. Es könne niemandem zugemutet werden, sich der englischen Führung anzuvertrauen, nachdem sich die Engländer erst soeben in Südafrika so arg blamiert hätten. Ich hatte den entschiedenen Eindruck, daß der französische Botschafter ein deutsches Oberkommando nicht nur dem englischen vorziehen, sondern auch an und für sich gar nicht ungern akzeptieren würde.

Bülow

Nr. 4582

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Molde

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 Berlin, den 22. Juli 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät allergnädigstes Tele-

* Am 19. Juli hatte sich der Kaiser von China gleichzeitig telegraphisch an den Deutschen Kaiser und den Präsidenten der Französischen Republik mit der Bitte um Friedensvermittlung und Hülfe gewandt. Delcassé antwortete darauf am 21. Juli: Solange nicht bestimmte unerläßliche Garantien gegeben seien, könne nur von einer militärischen Aktion die Rede sein. Siehe den Text der französischen Antwort im Gelbbuch: Chine 1899—1900, p. 95. Graf Bülows Antwort vom 24. Juli fiel dahin aus: Er sehe sich nicht in der Lage, die Bitte des Kaisers von China Kaiser Wilhelm II. zu unterbreiten, „solange nicht das Schicksal der in Peking eingeschlossenen fremden Gesandtschaften und der dortigen übrigen Fremden aufgeklärt ist, die chinesische Regierung für die frevelhafte Ermordung des Kaiserlichen Gesandten ausreichende Sühne gewährt und für ein dem Völkerrecht und der Zivilisation entsprechendes künftiges Verhalten genügende Garantien geleistet habe“. Vgl. das folgende Schriftstück.

gramm vom 18. d. Mts. über die militärische Situation in China* habe ich mit ehrfurchtsvollstem Dank erhalten. Der von Euerer Majestät hervorgehobene Gegensatz zwischen Rußland und England hat sich in den letzten Tagen nicht weiter zugespitzt, verlangt aber zweifellos nach wie vor unsere ernsteste Beachtung. Über die Lage der Dinge im Hinterland unserer Kolonie in Schantung habe ich mich sofort bemüht, bei Euerer Majestät Marineamt näheres festzustellen. Dasselbe erachtet die deutschen Interessen im eigentlichen Schutzgebiet für unbedingt nicht gefährdet. Auch über die Zustände in der Provinz außerhalb des Schutzgebiets sind von dem Gouverneur in Tsingtau seit seinen drei Telegrammen vom 30. Juni, 1. und 3. Juli, welche auch damals nur von vereinzelten Ruhestörungen berichteten, keine weiteren beunruhigenden Meldungen eingetroffen. Die Missionare sowohl wie die am Eisenbahn- und Bergwerksbau beschäftigten Deutschen sind in Sicherheit. Innerhalb der Grenzen unseres Gebiets herrscht nach den dem Reichsmarineamt zugegangenen Nachrichten vollkommene Ruhe, welche die Fortführung der Wege-, Eisenbahn- und Hafenbauten gestattet. Ebenso hofft das Reichsmarineamt, daß [die zurzeit eingestellten] ** Eisenbahn- und Bergwerksarbeiten [außerhalb] ** des deutschen Gebiets oder wenigstens doch in den zunächst benachbarten Teilen der Provinz Schantung baldigst wieder aufgenommen werden können, es sei denn, daß durch einen äußeren Angriff unsererseits eine Störung eintrete. Das Reichsmarineamt glaubt, mit den in Tsingtau vorhandenen Kräften allen Anforderungen an den Schutz der in der Provinz bestehenden deutschen Interessen gewachsen zu sein. Meines untertänigsten Dafürhaltens würde es allerdings gefährlich sein, wenn wir ohne zwingende Veranlassung eine Expedition in das Innere von Schantung unternehmen wollten. Wir würden damit den bisher sich neutral haltenden Gouverneur Yuan-Schi-Kai, der über die besten chinesischen Truppen verfügt, zum definitiven Anschluß an die Gewalthaber in Peking drängen. Vor allem [aber] ** würden, wenn wir vorzeitig annexionistische Tendenzen in Schantung erkennen ließen, die anderen Mächte sofort auf dieser Bahn nachfolgen: Nicht nur würde Rußland sich Nordchinas bemächtigen, sondern auch England könnte ein solches Vorgehen unsererseits als Vorwand benutzen, um, sehr zum Nachteil des deutschen Handels, seine lang gehegten Pläne auf das Jangtsetal zur Ausführung zu bringen.

Inzwischen bin ich unausgesetzt bestrebt gewesen, Euerer Majestät Befehl wegen der so überaus wichtigen Verhinderung der Waffeneinfuhr nach China *** auszuführen. Die deutschen Reeder sind verwarnt, der Chef Euerer Majestät Kreuzergeschwaders und Euerer

---

* Siehe Nr. 4576 nebst Fußnote *.
** Fehlt in der Entzifferung; nach dem Konzept des Telegramms ergänzt.
*** Telegrammm des Rats im Kaiserlichen Gefolge Botschafters Fürsten zu Eulenburg vom 14. Juli.

Majestät Konsuln in China sind veranlaßt, auf alle Waffensendungen zu vigilieren, ein Waffenausfuhrverbot für Deutschland ist vorbereitet. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich auf mein Drängen zu gleichen Verhinderungsmaßnahmen bereitgefunden. Auch Lord Salisbury hat infolge wiederholter Demarche von unserer Seite jedes Entgegenkommen zugesagt und läßt soeben die Einbringung einer bezüglichen Bill im englischen Parlament ankündigen.

Dem angeblichen Telegramm des amerikanischen Gesandten Conger aus Peking* und den übereinstimmenden Mitteilungen der chinesischen Vizekönige und Gesandten vermag ich bis auf weiteres keinen Glauben beizumessen. Ähnlich wie sein Pariser Kollege hat auch der hiesige chinesische Gesandte hier ein angebliches Telegramm des Chinesischen Kaisers an Euere Majestät überreicht, worin neben dem Ausdruck des „tiefsten Bedauerns" über den Tod des Freiherrn von Ketteler die inständige Bitte ausgesprochen wird, Euere Majestät möchten zugunsten Chinas intervenieren und zur Herbeiführung der früheren, friedlichen Zustände die Leitung übernehmen**. Euerer Majestät huldvolles Einvernehmen vorausgesetzt, werde ich dem Gesandten erwidern, ich könne Euerer Majestät das Telegramm des Kaisers von China überhaupt nicht vorlegen, solange die chinesische Regierung nicht ausreichende Sühne für die frevelhafte Ermordung des Freiherrn von Ketteler und genügende Garantie für künftiges Wohlverhalten geleistet habe.

Bülow

Nr. 4583

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 439 London, den 21. Juli 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 434***.

Aus guter Quelle wird mir versichert, daß auch Lord Salisbury im Prinzip für die Übertragung des Oberbefehls an Deutschland sei, daß er aber, bevor er mit dem bezüglichen Vorschlag hervortrete, eine Antwort der englischen Botschaft in St. Petersburg abwarten

---

* Nach einer Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs an den amerikanischen Botschafter in Berlin hätte er durch den Vizekönig von Schantung und den chinesischen Gesandten in Washington ein Zifferntelegramm des amerikanischen Gesandten in Peking Conger vom 18. Juli empfangen, wonach dieser also noch am Leben gewesen wäre.

** Vgl. Nr. 4581 nebst Fußnote *.

*** Siehe Nr. 4578.

wolle, welche beauftragt worden sei, den Grafen Lamsdorff um Aufklärung über den auf die Oberbefehlshaberfrage bezüglichen, hier ganz unverständlichen Passus des russischen Zirkulars * zu ersuchen.

Hatzfeldt

Nr. 4584

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 21. Juli 1900

Zu Telegramm Nr. 439 **.

Aus Äußerungen Mr. Barringtons, Privatsekretär von Lord Salisbury, ergibt sich, daß letzterer wissen möchte, ob man in Berlin eventuell auch darauf eingehen würde, das Oberkommando zu übernehmen. Nach meinem Gefühl würde es sich jetzt empfehlen, darin etwas offener zu sein. Ich würde daher, falls der Staatssekretär damit einverstanden ist, Mr. Barrington sagen lassen, ich könnte zwar die Annahme des Vorschlags selbstverständlich nicht garantieren, zweifelte aber persönlich durchaus nicht, daß Seine Majestät, falls England den Vorschlag machte und die anderen Mächte denselben akzeptierten, sich der ihm von Europa gestellten Aufgabe nicht entziehen würde.

Bitte um möglichst umgehende Auskunft, ob Staatssekretär damit einverstanden ***.

Hatzfeldt

Nr. 4585

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Molde, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 Molde, den 22. Juli 1900

Ihr Telegramm über die allgemeine Lage, Waffenausfuhrverbot pp.† habe ich erhalten und teile im allgemeinen Euerer Exzellenz Ansicht. Die Ansichten des Reichsmarineamts über günstige Lage in dem Hinterland von Tsingtau und Schantung im allgemeinen kann

* Vgl. Nr. 4577, Fußnote **. Den Text der englischen Rückfrage in Petersburg vom 20. Juli siehe im Englischen Blaubuch: China Nr. 1 (1901), daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 65, S. 238; daselbst S. 239 f. der Bericht des englischen Botschafters Sir Charles Scott vom 21. Juli über die vom Grafen Lamsdorff zu dem Zirkular gegebenen Erläuterungen.

** Siehe Nr. 4583.

*** Am 22. Juli telegraphierte Graf Bülow (Nr. 241) sein volles Einverständnis.

† Siehe Nr. 4582.

ich nicht in vollem Umfang teilen. Sie sind entschieden zu optimistisch und entsprechen nicht der Wirklichkeit. Sie widersprechen sich auch in der Meldung; einmal heißt es, alle Missionare und Bahnbauingenieure aus dem Inlande befänden sich in Sicherheit in Tsingtau, das heißt, sie sind verjagt worden und haben ihre Aufgabe im Stich lassen müssen. Die Missionsstationen sind, soweit bekannt, verwüstet, zerstört und wahrscheinlich sind auch Christen dabei umgekommen. Andererseits hofft das Reichsmarineamt Bahnbau bald wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Das ist nur möglich unter Zuhülfenahme von Truppen, welche ins Innere eine Expedition machen[1], die Ingenieure und Missionare wieder zurückbringen und durch energische Bestrafung der Unruhestifter sowie starke Besetzung der wichtigsten Punkte, Tsinanfu pp. zum Schutz des Bahnbaus und der Missionare die Ruhe und Ordnung im Hinterlande wiederherstellen. Und gerade einer solchen Expedition wiederum opponiert das Reichsmarineamt. Das sind Unklarheiten, die unstatthaft sind im jetzigen Augenblick. Auch ist die militärische Lage durchaus nicht gesichert, da Yuan-Schi-Kai 20 000 Mann guter geschulter Truppen[2] teils im Hinterland von Schantung stehen hat, teils an der Grenze von Petschili stationiert hat. Auch sind chinesische Truppen im Anmarsch gemeldet von Süden den Kaiserkanal herauf. Wir haben mit großem Eklat und Nachdruck vor aller Welt beim Vatikan den Schutz unserer Missionsstationen zu übernehmen versprochen und erklärt. Das muß selbstverständlich durch Wiederherstellung derselben ausgeführt werden[3]. Geschieht das nicht, so behalten die Franzosen im Vatikan recht, und wir verlieren die katholischen Stimmen des Zentrums[4], die uns augenblicklich für auswärtige Dinge ziemlich sicher sind, und die wir im nächsten Herbst für die Bewilligungen nötig brauchen. Es wird sich auch aus militärischen Gründen wohl empfehlen, da wir Tsingtau zu unserer Basis machen, dem Gedanken näherzutreten, von Schantung aus eventuell den Vormarsch den Kaiserkanal entlang bei Tientsin vorbei auf Peking zu machen[5]. Wir können so für den Vormarsch der Alliierten, der sich auf Tientsin basiert (wo sie alle gewissermaßen wie aus einem Loche hervorkommen müssen), eine willkommene Flankendiversion formieren, ohne mit unseren Kolonnen und Trains in das augenblicklich internationale Tohuwabohu, was in Tientsin ausbrechen wird, uns hinein begeben zu müssen. Dazu muß das Hinterland von Schantung bis an den Kaiserkanal (Tsinanfu) in unserer Hand sein.

Wilhelm I. R.

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Schlieffen fragen

[2] Sind wir sicher, es mit denen aufnehmen zu können? (Schlieffen fragen)

[3] vielleicht aber besser später

[4] dadurch nicht

[5] darüber muß Schlieffen gehört werden (u[nd] ev[entuell] Vortrag halten in Bremen)

Nr. 4586

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Wien Grafen von Pückler

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 127 Berlin, den 22. Juli 1900

Ich werde von allen Botschaftern sondiert, welche Stellung Deutschland zur Frage des Oberkommandos der chinesischen Expeditionsarmee einnehme. Meine Antwort ist immer dieselbe, daß ein solches Anerbieten für die betreffende Macht ein schmeichelhafter Vertrauensbeweis ist, daß ich aber nicht weiß, ob dadurch die vielen Lasten, welche aus der Verantwortung folgen, kompensiert werden. Ich weiß nicht genau, wie mein allergnädigster Herr die Sache ansieht. vermute jedoch, daß er die Annahme, falls der Antrag von allen Beteiligten erfolgt, als Regentenpflicht ansehen, keinenfalls aber die Stellung erstreben würde. Im Hinblick auf unser erprobtes Vertrauensverhältnis zum Wiener Kabinett wie auf meine persönlichen Beziehungen zum Grafen Goluchowski möchte ich einen Punkt erwähnen, der mir Sorge macht, ich meine die Eventualität, daß von England amerikanischer, von Rußland französischer Oberbefehl vorgeschlagen wird. Mein allergnädigster Herr, welcher das monarchische Interesse für eins der vornehmsten Interessen aller Völker hält, wird dasselbe in dieser Frage keinenfalls außer Augen lassen. Es ist daher zu gewärtigen, daß er antwortet, vorläufig bildeten im Rate der Völker die Monarchien noch die Majorität, es sei daher politisch unzulässig, daß bei einer weltgeschichtlichen Begebenheit wie diese man einer Republik die leitende Rolle zuteile. Ich würde jede Erörterung dieser Art lebhaft bedauern, da sie bei aller Courtoisie des Ausdrucks doch unsere Beziehungen zu der betroffenen Republik auf eine längere oder kürzere Periode kühler gestalten müßte. Mit Amerika sind wir eben erst nach vieler Mühe wieder auf den wirtschaftlich wünschenswerten bessern Fuß gekommen *, und was Frankreich anbelangt, so wäre es übertriebener Pessimismus, wenn man verkennen wollte, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Paris sich in letzter Zeit wirklich gebessert haben. Selbstredend würde für absehbare Zeit die Annäherung gestört werden, wenn von deutschfeindlicher Seite den Franzosen glaubhaft gemacht werden könnte, daß der Deutsche Kaiser die Französische Republik als einen Staatsorganismus geringerer Ordnung ansieht. Diese Unzuträglichkeiten würden vermieden, wenn durch min-

* Am 10. Juli 1900 war der Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erfolgt. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1900, S. 100 f.

derbeteiligte Mächte von vornherein die Aufstellung einer republikanischen Kandidatur für das Oberkommando eliminiert würde.

Ew. wollen diesen Gedanken sofort und mit rückhaltloser Offenheit zur Kenntnis von Graf Szécsen* bringen.

Bülow

Nr. 4587

Der Geschäftsträger in Wien Graf von Pückler an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 191 — Wien, den 23. Juli 1900

Graf Szécsen würdigte die Erwägungen des Telegramms Nr. 127** und wird sie zur Kenntnis des Grafen Goluchowski bringen, warf indes ein, daß auch Österreich-Ungarn Wert darauf legen müsse, Amerika oder Frankreich nicht zu verstimmen, aus diesem Grunde wie auch wegen der Nichtteilnahme österreichisch-ungarischer Landtruppen sich kaum zu irgendwelcher Initiative in der Oberbefehlsfrage verstehen werde. Ich erwiderte, es liege Euerer Exzellenz zunächst daran, mit dem hiesigen Kabinett die Frage vertraulich zu besprechen, damit letzteres unsere Gesichtspunkte beizeiten kenne und in der Lage sei, ihnen Rechnung zu tragen. Graf Szécsen akzeptierte dies und fuhr fort, hier sei noch keine Anregung in der bezeichneten Richtung erfolgt, jedenfalls sei es die Richtschnur Österreich-Ungarns, in China im Einverständnis mit den Alliierten zu handeln. Graf Szécsen glaubt, daß man eine amerikanische oder französische Kandidatur schon aus anderen Gründen ekartieren werde, die amerikanische wegen des geringen Vertrauens, das die dortigen Generale einflößen, die französische wegen des gespannten Verhältnisses zu England. Persönlich und unmaßgeblich erscheint ihm Deutschland die einzige Macht, die Oberkommando übernehmen könne.

Nicht von Graf Szécsen, aber aus nicht minder sicherer Quelle erfahre ich, daß der Befehlshaber des hiesigen ostasiatischen Geschwaders Weisung erhalten hat, das Einvernehmen der Mächte zu pflegen, besonders aber sich den Alliierten anzuschließen.

Pückler

---

* Sektionschef im österreich-ungarischen Ministerium des Äußern.
** Siehe Nr. 4586.

Nr. 4588

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat — Berlin, den 25. Juli 1900

Ganz damit einverstanden, daß Sie erst dann amtlich berichten, wenn Sie Bestimmteres und Besseres zu melden haben.

Glauben Sie, daß die Engländer eventuell für den Vormarsch von Tientsin nach Peking russischen Oberbefehl akzeptieren würden*? Bitte aber Erkundigungen nur unauffällig zu machen.

Bülow

Nr. 4589

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Bremerhaven***

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Berlin, den 27. Juli 1900

pp. Aus heutigen Äußerungen des russischen Botschafters ebenso wie aus dem Umstande, daß die Russen in Tientsin nur einen Generalmajor (Stoessel) haben, ist zu entnehmen, daß sie aus dem einen oder andern Grunde das Oberkommando nicht wünschen. Englisches Oberkommando wäre nicht schlecht, weil es die englische Aktion in Nordchina mehr festlegen und die englischen Pläne auf Südchina stören würde.

Da die immer wiederkehrenden Gerüchte, daß ein Teil der Fremden noch lebt und sich wehrt, voraussichtlich zu einem baldigen Vormarsch nötigen werden, so wird Deutschland bei der Frage des Oberkommandos nicht in Betracht kommen, es wird daher von uns aus der russische Vorschlag, daß die dortigen Führer sich über Oberbefehl verständigen sollen, nicht füglich zu beanstanden sein. pp.

v. Derenthall

---

* Tatsächlich hat Graf Bülow dem russischen Botschafter am 25. gesagt, daß, „wenn Rußland das Oberkommando wünsche, wir bei den Beziehungen zwischen beiden Monarchen und beiden Ländern sicherlich keine Bedenken erheben würden". Telegramm Graf Bülows Nr. 27, d. d. Helgoland 30. Juli an das Auswärtige Amt.

** Den Anfang des Telegramms siehe in Kap. CV, Nr. 4701.

Nr. 4590

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 456 London, den 27. Juli 1900

Das Zögern Lord Salisburys, zur Oberkommandofrage Stellung zu nehmen, erklärt sich, wie ich jetzt aus übereinstimmenden Äußerungen seines Privatsekretärs Mr. Barrington und des russischen Geschäftsträgers* schließe, aus dem Wunsch des Premierministers, daß alle militärischen Operationen im Jangtsegebiet mit Zustimmung der Mächte, namentlich Rußlands, England allein vorbehalten bleiben sollen. Lord Salisbury hat deshalb zunächst in Petersburg vorgeschlagen, daß jede Macht in ihrer eigenen Interessensphäre allein und unabhängig vorgehen und nur die eventuell nach Peking marschierende Armee einem Oberkommando unterstellt werden solle. Welche Macht dieses Oberkommando erhält, ist ihm gleichgültig. Geht Rußland auf seinen Vorschlag bezüglich unabhängiger Aktion jeder Macht in ihrer Interessensphäre ein und erkennt damit die englischen Ansprüche im Jangtsegebiet an, so würde der Premierminister nach meiner Information sogar darauf eingehen, ein russisches oder französisches Oberkommando für die nach Peking marschierenden Truppen zu akzeptieren resp. den andern beteiligten Mächten zu empfehlen. Falls Rußland jedoch auf seinen Vorschlag nicht eingeht, würde er unter Umständen ein deutsches Oberkommando vorziehen. Für England beansprucht er dasselbe nicht, weil es ihm erwünscht wäre, sich unter dem Vorwande, daß die englischen Truppen zum Schutz Südchinas gebraucht werden, von den Operationen im Norden möglichst fernzuhalten und dort den übrigen Mächten die Regulierung zu überlassen.

Der russische Geschäftsträger spricht sich vertraulich dahin aus, daß seine Regierung auf den englischen Vorschlag schwerlich eingehen werde. Rußland werde so wie so in der Mandschurei unabhängig operieren, während England durch die Annahme seines Vorschlags durch Rußland von letzterem erst die Anerkennung erhalten wolle, daß der Jangtse ausschließlich englische Interessensphäre sei. Hierauf werde Rußland niemals eingehen, da es durchaus nicht die Absicht habe, den Handel des reichen Jangtsegebiets mit 220 Millionen Einwohnern England allein zu überlassen.

Hatzfeldt

---

* P. M. Lessar.

Nr. 4591

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Bremerhaven

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120 Berlin, den 27. Juli 1900

Der russische Botschafter übergab soeben das folgende Schriftstück:

„En réponse à votre télégramme d'hier je viens par ordre de l'Empereur vous faire connaître les points de vue de notre maître sur les questions que vous m'avez posées.

1. A notre point de vue la marche éventuelle sur Pékin dépendra moins de la force numérique des troupes étrangères à Tientsin que des événements en Chine et de la situation telle qu'elle se présentera au moment où l'action devrait être décidée.

Si la prise de Pékin devenait inévitable la Russie ne hésiterait certainement pas à y concourir*.

2. L'unité du commandement, pour assurer le succès d'une action commune, nous a toujours paru [d'une] ** nécessité indubitable, c'est pourquoi nous avons cru devoir proposer aux autres puissances un échange de vues destiné à amener leur accord complet sur ce point important.

3. Appréciant hautement tout ce que le Comte [de]** Bulow nous *** a dit par rapport à l'idée de réserver au gouvernement † russe le commandement en chef des troupes étrangères, je crois cependant devoir observer que nous ne considérons pas la Russie comme étant plus particulièrement intéressée sur le théâtre des opérations militaires au Petchili; en tout cas il nous semblerait pratique qu'après avoir établi les principes généraux de l'action commune, de confier aux chefs militaires sur les lieux le soin d'élaborer un projet de commandement central et peut-être même de proposer à leurs Gouvernements respectifs un candidat choisi parmi eux pour la position de commandement †† en chef.

---

* Nach einer mündlichen Mitteilung des russischen Botschafters Grafen Osten-Sacken an Graf Bülow vom 24. Juli wäre der russische Umschwung in der Frage des Vormarsches nach Peking auf die Vorgänge in der Mandschurei zurückzuführen. Seitdem die chinesische Bewegung die Mandschurei ergriffen habe, neige Kaiser Nikolaus zu der Ansicht des Kriegsministers Kuropatkin, der im Gegensatz zu Graf Lamsdorff und Finanzminister Witte ein entschiedeneres Vorgehen gegen die Boxer verlange. Telegramm Graf Bülows an Kaiser Wilhelm II. vom 24. Juli.

** Fehlt in der Entzifferung, ergänzt nach dem russischen Original.

*** „Vous" nach dem Original.

† „à un général" nach dem Original.

†† Lt. Original: „commandant".

4. C'est avec une vive sympathie que la Russie accueillerait la loi projetée pour empêcher l'exportation en Chine des armes, canons et munitions de guerre. Il nous paraîtrait désirable d'amener les Cabinets de Londres, des Etats-Unis et des autres puissances à s'associer à cette mesure, non seulement opportune mais indispensable.

Veuillez transmettre ce qui précède à M. le Comte de Bulow et lui renouveler l'assurance que le désir constant de notre Auguste maître est de poursuivre l'échange d'idées amical sur toutes les questions pendantes et de maintenir l'accord parfait avec l'Allemagne."

Derenthall

Nr. 4592

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z.Z. in Helgoland

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Berlin, den 29. Juli 1900

Der Kaiserliche Botschafter in London telegraphiert:

„Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, arbeitet man in hiesigen militärischen Kreisen daran, die Regierung zu bewegen, das Oberkommando in China für England zu beanspruchen. Besonders tätig in dieser Richtung ist Lord Wolseley *, welcher in seiner bekannten Eitelkeit zu gern das Oberkommando selbst übernehmen möchte. Ganz abgesehen von den bereits gemeldeten politischen Erwägungen, aus welchen Lord Salisbury ein Oberkommando für England überhaupt nicht beansprucht, dürften auch persönliche Gründe die Wahl Lord Wolseleys seitens des Kabinetts ausschließen."

Derenthall

Nr. 4593

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Helgoland, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Helgoland, den 29. Juli 1900

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 131 **.

Seine Majestät bezeichneten ein englisches Oberkommando in

---

* Oberbefehlshaber der britischen Armee.

** Siehe Nr. 4592.

China als für uns völlig unannehmbar*, hoffen aber, daß die Russen und Franzosen uns das Odium der Ablehnung abnehmen werden.

Bülow

Nr. 4594

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Helgoland, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 Helgoland, den 29. Juli 1900

Ich bitte Graf von der Osten-Sacken mit meinen angelegentlichen Grüßen zu sagen, daß ich das von Graf Lamsdorff an ihn gerichtete und mir telegraphisch übermittelte Schreiben** unserem allergnädigsten Herrn vorgetragen habe.

Seine Majestät der Kaiser, von dieser Eröffnung sehr befriedigt, gaben allerhöchstihrer Zustimmung zu den Ausführungen des in Rede stehenden Schreibens huldvollsten Ausdruck. Mit besonderer Genugtuung nahmen Seine Majestät von dem Schlusse des Schreibens Kenntnis und geruhten hierbei zu bemerken, daß „un accord parfait entre l'Allemagne et la Russie" das Ziel auch seiner Politik sei.

Für die dortseitige Orientierung und Direktive füge ich hinzu, daß Seine Majestät im geeigneten Augenblicke — d. h. nach Eintreffen der notwendigen Verstärkungen und dem Eintritt der günstigen Jahreszeit, also frühestens in der zweiten Septemberhälfte! — den Vormarsch auf Peking wünschen. Seine Majestät wünschen und hoffen, daß Rußland dann an diesem Vormarsche teilnehmen werde. Seine Majestät würde es im Interesse des deutschen Ansehens gern sehen, wenn uns der Oberbefehl übertragen würde. Die Frage des Jangtsekiang*** beherrscht für Seine Majestät alle anderen. Seine Majestät kommen immer wieder darauf zurück, wie er von unserer Diplomatie erwarte, daß sie der von dieser Seite unseren ökonomischen und politischen Interessen drohenden schweren Schädigung vorzubeugen wissen werde.

Bülow

---

* Wohl aus dem gleichen Grunde, den der französische Botschafter Marquis de Noailles am 21. Juli gegenüber Graf Bülow angeführt hatte: „Es könne niemandem zugemutet werden, sich der englischen Führung anzuvertrauen, nachdem sich die Engländer in Südafrika so arg blamiert hätten." Vgl. Nr. 4581. Unvergessen war beim Kaiser auch der klägliche Ausgang der ersten Expedition von Tientsin auf Peking unter dem Befehle des englischen Admirals Seymour.

** Siehe Nr. 4591.

*** Vgl. Kap. CV.

Nr. 4595

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 253 Berlin, den 31. Juli 1900

Sir Frank Lascelles sprach gestern bei dem ersten Besuch nach seiner Rückkehr aus London sich in dem bereits von Ew. Exzellenz gemeldeten Sinne über die Enttäuschung und Entmutigung aus, welche bei den englischen Staatsmännern, auch bei solchen, welche, wie Mr. Chamberlain, deutschfreundlich wären, durch die Haltung Deutschlands in der ostasiatischen Frage verursacht sei. Um nähere Auskunft ersucht, sagte der Botschafter, seine Bemerkung beziehe sich auf die Ablehnung Deutschlands, in Petersburg den Ende vorigen Monats gestellten Antrag Englands wegen stärkerer Heranziehung Japans zu den in China notwendigen militärischen Aufgaben zu unterstützen *.

Ich wies darauf hin, daß Deutschland seinerseits den Japanern gegenüber keinerlei Bedenken geltend gemacht habe, daß wir aber die Verantwortung für eine Beeinflussung der Entschließungen Rußlands nicht hätten übernehmen können, da uns über die Endzwecke des japanischen Vorgehens nichts mitgeteilt worden war. Aus der ganzen Sprache des Botschafters konnte ich aber entnehmen, daß die englische Regierung dem Gedanken, gleich bei Beginn der ostasiatischen Frage mit Deutschland zusammen den Russen gegenüber zu treten, eine große Bedeutung beigelegt hat, und die Nichtverwirklichung jetzt empfindet.

Der Botschafter berührte auch die Frage des Oberbefehls und ließ fallen, daß Lord Salisbury gemeint habe, wozu denn ein Oberbefehl überhaupt nötig sei. Weder 1815 noch im Krimkriege habe es einen gemeinsamen Oberbefehl gegeben.

v. Derenthall

Nr. 4596

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 469 London, den 31. Juli 1900

Telegramm Nr. 253 ** erhalten.

In heutiger Unterhaltung mit Lord Salisbury hatte ich Gelegenheit, die neulichen vertraulichen Äußerungen von Lascelles mir gegenüber

* Vgl. Nr. 4569 und Nr. 4577.

** Siehe Nr. 4595.

zu erwähnen und meine Verwunderung über die von demselben an den Tag gelegte Enttäuschung und Unzufriedenheit mit uns wegen unserer Ablehnung, den englischen Antrag bezüglich Japans in Petersburg zu unterstützen, auszusprechen. Ich bemerkte dazu, daß unser Verfahren ein durchaus korrektes gewesen sei, da man nicht von uns habe verlangen können, daß wir uns durch übereilte Unterstützung des englischen Antrags in Petersburg die russische Feindschaft vielleicht zuziehen sollten, ohne vorher die Tragweite der englischen Wünsche zu kennen und beurteilen zu können, ob gegen berechtigte russische Bedenken von seiten Japans hinreichende Garantien geleistet würden. Lord Salisbury stellte die Berechtigung dieser Auffassung nicht in Abrede und ließ dieses Thema fallen, machte aber stattdessen geltend, daß manche unserer offiziellen Äußerungen für England unfreundlich gewesen seien *. Ich erwiderte, daß ich dies in bezug auf die Reden des Grafen Bülow nicht zugeben könne. Wie ich ihm oft gesagt, sei unsere öffentliche Meinung fast durchweg antienglisch gewesen, und Graf Bülow habe hierauf in seinen Reden Rücksicht nehmen müssen. In ihren Handlungen habe die Kaiserliche Regierung aber alles vermieden, was England schädlich oder unerwünscht sein konnte, und verdiene deshalb mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung von England doppelte Anerkennung. Auch dies stellte Lord Salisbury nicht in Abrede, meinte aber dann, in der Frage der beschlagnahmten deutschen Schiffe sei ihm damals eine Note zugestellt worden, die geradezu beleidigende Ausdrücke enthalten habe **. Als ich diese Auffassung als übertrieben bezeichnete, erwiderte der Minister, man sei hier sehr philosophisch und habe sich nicht beschwert, aber ich könne jeden beliebigen Engländer fragen und würde stets die Auskunft erhalten, daß die fraglichen Ausdrücke in jener Note ihm ebenfalls als beleidigend erschienen seien. Ohne dies zuzugeben, drehte ich die Sache um und bemerkte dem Minister, bei uns bestehe der Eindruck, daß man uns in der chinesischen Frage als quantité négligeable behandele und sich über unseren Kopf hinweg mit anderen zu verständigen suche. Dies wollte Lord Salisbury nicht zugeben und kam dagegen auf die Frage des Oberbefehls, indem er sich ganz in demselben Sinne darüber aussprach, wie dies Lascelles jetzt in Berlin getan hat ***. Er fügte nur hinzu, daß es eine vielleicht unberechtigte Eigentümlichkeit des englischen Charakters sei, sich keinen fremden Oberbefehl denken zu können, und daß er mit dieser Eigentümlichkeit rechnen müsse. Als ich aber hierauf konstatieren wollte, daß er sich heute gegen jeden fremden Oberbefehl erklärt habe, be-

---

* Anspielung auf Graf Bülows Reichstagsreden vom 11. Dezember 1899 und vom 19. Januar 1900. Vgl. Bd. XV, Kap. CI, Nr. 4401, S. 424, Fußnote und Kap. CII, Nr. 4452, S. 480, Fußnote ***.

** Vgl. Bd. XV, Kap. CII, Nr. 4422, Fußnote.

*** Vgl. Nr. 4595.

merkte Lord Salisbury, er müsse mich sehr bitten, dies nicht als eine amtliche Äußerung zu betrachten oder zu behandeln. Er habe keineswegs amtlich gesprochen, und es handele sich heute nur um einen vertraulichen Gedankenaustausch zwischen guten Freunden. Er habe übrigens nichts vorzuschlagen, und es sei ihm auch nichts vorgeschlagen worden. Als ich hierauf lächelnd erwiderte, das solle wohl heißen, daß er weniger zurückhaltend sein würde, wenn ihm ein englischer Oberbefehl vorgeschlagen würde, stellte er dies in Abrede mit dem Bemerken, daß ihm dies durchaus nicht erwünscht sein würde.

Schließlich meinte der Premierminister, daß die Nachrichten aus China besser seien, und daß die Frage des Vormarsches nach Peking daher nicht mehr als eine so brennende erscheine. So schnell werde es wohl mit dem Vormarsch nicht gehen, und die verschiedenen Befehlshaber könnten sich ja an Ort und Stelle verständigen. Er wendete auch nichts ein, als ich im Scherze bemerkte, er denke sich die Sache wohl jetzt so, daß England links abschwenkte nach dem Jangtse und Rußland rechts nach der Mandschurei, während es den übrigen überlassen bliebe, ob sie nach Peking vorgehen wollten oder könnten.

Mein Eindruck ist, daß der Premierminister entweder schon Nachrichten über das Scheitern seiner Vorschläge in St. Petersburg erhalten hat oder dasselbe doch jetzt für wahrscheinlich hält und deshalb vermeiden will, die englischen Streitkräfte zu fest an ein gemeinsames Unternehmen gegen Peking zu binden, da er sie vielleicht anderwärts zur Verteidigung speziell englischer Interessen in China gebrauchen wird.

Hatzfeldt

Nr. 4597

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Bremerhaven, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Bremerhaven, den 1. August 1900

Seine Majestät befehlen, sofort in vorsichtiger und unauffälliger Weise festzustellen:

1. Ob Rußland bzw. Frankreich an dem anscheinend von England, Amerika und Japan jetzt schon projektierten Vormarsch auf Peking teilzunehmen beabsichtigen.

2. Wann nach englischer bzw. amerikanischer und japanischer Auffassung der Vormarsch beginnen soll.

Seine Majestät sind nach wie vor der Ansicht, daß ein mit unzureichenden Streitkräften und in ungünstiger Jahreszeit unternom-

mener Vormarsch nicht nur für die in Peking eingeschlossenen Unglücklichen, sondern auch für die europäischen Gesamtinteressen ernste Gefahren in sich berge. Selbstverständlich ist aber die Sprache unserer Diplomatie wie unserer Presse so einzurichten, daß diese allerhöchsten Bedenken gegen einen militärisch ungenügend vorbereiteten Vormarsch zu keinen Mißdeutungen Anlaß geben. Wenn sich alle Mächte an einem Vormarsch auf Peking beteiligen sollten, würden wir mit den irgendwie verfügbaren Mitteln denselben allerdings mitmachen müssen.

Bülow

Nr. 4598

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Bremerhaven, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Bremerhaven, den 3. August 1900

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 160*.

Seine Majestät haben soeben an Generalmajor von Hoepfner das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Beschleunigen Sie die Reise in jeder Weise, setzen sie dieselbe sobald als möglich nach Taku** fort und schiffen Sie dort aus. Chef des Kreuzergeschwaders ist benachrichtigt.“ An Admiral Bendemann haben Seine Majestät wie folgt telegraphiert: „Hoepfner Befehl, seine Reise in jeder Weise zu beschleunigen, sobald als möglich dieselbe nach Taku fortzusetzen und dort auszuschiffen. Ich lege höchsten Wert darauf, daß das ganze Detachement Hoepfner an dem Vormarsch auf Peking teilnimmt. Für etwaige Etappenbesetzung, an der sich deutsche Kräfte beteiligen müßten, ist auf das Landungskorps des Geschwaders zurückzugreifen.“ Seine Majestät sind befriedigt durch die Aussicht, daß bei einem erst Mitte September stattfindenden

---

* Telegramm Nr. 160 vom 3. August gab eine Meldung des Geschäftsträgers von Schlözer in Paris wieder, wonach laut amtlicher Auskunft vom Quai d'Orsay der Vormarsch der verbündeten Truppen auf Peking noch nicht begonnen hatte, sondern auf den 15. August angesetzt war. Nach dem Schlusse des Telegramms hätten die in den chinesischen Gewässern kommandierenden Admirale der Verbündeten beschlossen, sich des Vizekönigs Li-Hung-Tschang, der wenige Tage später durch ein Kaiserlich Chinesisches Dekret zum Generalbevollmächtigten für die Verhandlungen mit den verbündeten Regierungen ernannt wurde, dem aber alle mit dem größten Mißtrauen entgegentraten, und den Graf Lamsdorff dem Fürsten Radolin gegenüber am 30. Juli als einen „absolut gewissenlosen Gauner“ bezeichnete, zu bemächtigen, falls sie seiner auf dem Wege nach Peking oder sonstwo habhaft werden sollten.

** Also nicht nach Tsingtau, wohin das deutsche Expeditionskorps (vgl. Nr. 4576) zunächst dirigiert war.

Vormarsch auf Peking unsere Soldaten Gelegenheit haben werden, die Aktion mitzumachen. Seine Majestät legen höchstes Gewicht darauf, daß unser Anteil an dieser Aktion ein so vollwichtiger als möglich sei. Seine Majestät sind nach wie vor der Meinung, daß ein mit unzureichenden Kräften und in ungünstiger Jahreszeit unternommener Marsch auf Peking nicht nur für die in Peking eingeschlossenen Unglücklichen, deren Rettung zu sichern Seiner Majestät lebhaftester Wunsch und Bestreben ist, sondern auch für die Interessen aller zivilisierten Staaten gegenüber China vorhängnisvoll sein würde.

Im Interesse unseres Ansehens in der Welt wie im Hinblick auf die Ermordung gerade des deutschen Gesandten und auch mit Rücksicht auf die wohlbegründete militärische Reputation der deutschen Offiziere erscheint die Übertragung des Oberkommandos an Deutschland für den Fall des Vormarsches auf Peking Seiner Majestät anstrebenswert, billig und gerechtfertigt. Daß von englischer Seite der Übertragung des Oberbefehls an Deutschland noch immer nicht zugestimmt wird, empfindet Seine Majestät mit Bitterkeit und bezeichnet dies Verhalten der Engländer als „unfriendly act".

Jeder Versuch, sich Li-Hung-Tschangs zu versichern, ist von unserer Seite zu befürworten und mitzumachen.

Bülow

Nr. 4599

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Bebra, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 67 Bebra, den 4. August 1900

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 167*.

Selbstverständlich würde Seine Majestät es in jeder Beziehung zweckentsprechender und verständiger finden, wenn der Vormarsch auf Peking erst nach dem Eintreffen unseres Expeditionskorps, also in der zweiten Septemberhälfte stattfände.

Immerhin erscheint es aber unserm allergnädigsten Herrn als ein großer Gewinn, daß wenigstens nicht durch einen vor der zweiten Hälfte dieses Monats unternommenen übereilten und prekären Vor-

* Durch Telegramm Nr. 167 vom 3. August hatte der Stellvertretende Staatssekretär von Derenthall darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer offiziösen Meldung des russischen „Invaliden" der Vormarsch der verbündeten Truppen auf Peking nach Mitte August angetreten werden sollte, während das deutsche Expeditionskorps erst Anfang September eintreffen könne.

stoß das Prestige der europäischen Waffen und gleichzeitig das Schicksal der in Peking vielleicht noch am Leben befindlichen Europäer aufs Spiel gesetzt werde.

Wenn sich erst die Einsicht Bahn brechen werde, daß der Vormarsch auf Peking mit Aussicht auf Erfolg nur in militärisch rationeller Weise ausgeführt werden könne, dürfte sich nach Ansicht Seiner Majestät der Zeitpunkt für dessen Beginn von selbst hinausschieben.

Bülow

Nr. 4600

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 246 St. Petersburg, den 4. August 1900

Nachdem ich den Kriegsminister nicht habe sprechen können, habe ich die vier Fragen* an Graf Lamsdorff gerichtet. Wie nach seinen bisherigen Äußerungen nicht anders zu erwarten war, glaubt Graf Lamsdorff zurzeit nicht an einen Vormarsch nach Peking. Über die weitere Aktion der russischen Truppen hätte Admiral Alexejew allein zu befinden, von hier könne ihm eine präzise Instruktion nicht gegeben werden. Seit einigen Tagen fehlen Nachrichten von ihm. Aber Graf Lamsdorff hält es für unwahrscheinlich, daß der Admiral nach seinen Meldungen über die lokalen Schwierigkeiten sich einem Vormarsch nach Peking angeschlossen hätte.

Über die Vormarschabsichten der Truppenkörper anderer Mächte fehlen jegliche positive Nachrichten.

Was das Oberkommando anbetreffe, so sei auch darüber nichts Bestimmtes bekannt, und es scheine, daß jede Macht selbständig operiere. Zu wünschen wäre es, wenn die einzelnen Befehlshaber sich an Ort und Stelle über ein zeitweiliges Oberkommando verständigten. Wie mir der englische Botschafter soeben mitteilt, glaubt er, daß der englische Vormarsch zurzeit aufgegeben worden ist, oder er dürfte sehr geheim gehalten werden, um die Chinesen zu überraschen. Das scheine ihm aber nicht wahrscheinlich.

Sir Charles Scott ist der Ansicht, daß die Russen überhaupt nicht mehr wie 4000 Mann bei Tientsin verfügbar haben und damit außerstande wären, den Vormarsch zu beginnen.

Radolin

---

* Vgl. Nr. 4597.

Nr. 4601

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Berlin, den 5. August 1900

Euerer Majestät Botschafter in St. Petersburg telegraphiert:

„Soeben Kriegsminister in Gegenwart Militärattachés gesprochen. Derselbe sagte mir folgendes:

1. Marsch auf Peking hat nicht begonnen und kann erst beginnen, wenn ausreichende Kräfte verfügbar, was vielleicht binnen zwei Wochen der Fall. Für jetzt soll Avantgarde von Tientsin 30 Kilometer vorgehen und Chinesen aus Stellung bei Jangtsun vertreiben. Im Besitz von Jangtsun soll Marsch auf Peking vorbereitet werden; dazu Eisenbahn wiederherstellen, Peiho wieder schiffbar machen, Straße längs des Flusses ausbessern.

2. Für Marsch auf Peking kommen vorläufig nur Russen und Japaner in Betracht, Kontingent der anderen Mächte, auch englisches, ganz unbedeutend. Russen haben 8000 Mann, werden verdoppelt, sobald Lage Mandschurei erlaubt. Japaner haben 12 000, wollen auf 22 000 bringen. Kriegsminister hofft sehr, daß unterwegs befindliche Verstärkungen auf Tientsin eingesetzt werden [1].

3. Oberkommandofrage bis jetzt nicht geregelt, Regelung wird auch kaum gelingen.

4. Falls Witterungswechsel, wie dort sonst um diese Jahreszeit, würde jede Operation jetzt ausgeschlossen sein. Da aber in diesem Jahre Regenperiode durch einzelne trockene Tage unterbrochen wird, so läßt sich Vormarsch ausführen, wenn auch mit enormen Schwierigkeiten.“

Aus diesem Telegramm geht hervor, daß Euerer Majestät Befehl, unsere unterwegs befindlichen Truppenabteilungen auf Tientsin einzusetzen, von russischer Seite freudig begrüßt werden wird. Die Andeutung des Kriegsministers über die Aussichtslosigkeit einer Regelung der Oberkommandofrage legt die Vermutung nahe, daß General Kuropatkin den Oberbefehl für Rußland und vielleicht für sich selbst haben möchte*. Wenn dies der Fall sein sollte, würde die Über-

---

* In der Tat hatte Fürst Radolin am 31. Juli berichtet (Nr. 483): „Auch glaube ich zu wissen, daß der Kriegsminister Kuropatkin den sehnlichen Wunsch hat, nach China zu gehen, und vielleicht darauf rechnet, die Leitung der gesamten Operation zu erhalten.“ Daß Kuropatkin sich wirklich mit hochfliegenden Plänen trug, wird bestätigt durch einen in den Memoiren Wittes (a. a. O., p. 99) abgedruckten Brief des russischen Finanzministers an seinen Kollegen des Inneren vom 31. August 1900, worin es mit Bezug auf eine Unterredung mit Kuropatkin heißt: „Il déclara qu'au lieu de nommer, comme le voulaient

tragung des Oberkommandos an uns dadurch sehr erschwert werden. Die einzige Möglichkeit, dasselbe auch gegen General Kuropatkin zu erhalten, dessen Einfluß zurzeit weit stärker ist als der von Graf Lamsdorff und Graf von der Osten-Sacken, scheint mir durch eine persönliche Einwirkung Euerer Majestät auf Kaiser Nikolaus geboten zu sein. Wollen Euere Majestät bei Kaiser Nikolaus telegraphisch anfragen, ob es höchstdemselben erwünscht sein würde, wenn Euere Majestät, um eine allgemeine Einigung herbeizuführen, den Generalfeldmarschall Grafen von Waldersee für das Oberkommando zur Verfügung stellen? Eine ausweichende oder ablehnende Antwort des Zaren liegt freilich nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, aber wenigstens haben wir dann Klarheit. Im Fall einer bejahenden Antwort des Zaren würden wir an das Londoner Kabinett die kategorische Frage richten, ob die Engländer sich anschließen oder auf eigene Hand operieren wollen. Daß die Japaner unseren Oberbefehl dem jeder anderen Macht vorziehen, hat Vicomte Aoki uns bereits vertraulich erklärt*.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Antwort siehe letzte Seite der Depesche. W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Abschrift eines Telegramms an S[eine] M[ajestät] den Russ[ischen] Kaiser. According to your military experts and to mine an advance on Peking is impossible befor the end of rainy season i. e. Beginning of September. The main question for ensuring absolute success is a commander in Chief for the combined forces. The strongest corps only really worth speaking of will be the Russian, German and Japanese. Is it your special wish that a Russian should be commander in Chief? Or would you eventually like ane of my Generals? In the latter case I place Field Marshall Count Waldersee at your disposal**. My troops are under orders for Tientsin to cooperate with yours and the others. The Regiment of Marine Infantry under General von Höpfner is due to arrive there as advanced guard in about a fortnight. May God preserve our soldiers and let them win new laurels as they have already done before. Willy.

---

bien des gens, un commandant en chef, Sa Majesté et lui avaient décidé, dès le commencement de la campagne, que l'empereur lui-même agirait en cette qualité et que lui Kouropatkine serait son chef d'état-major."

* Vgl. Nr. 4561.

** Nach diesen Sätzen des kaiserlichen Telegramms (die in französischer Übersetzung bereits von Georges Pagès im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre T. I., p. 302, note mitgeteilt sind) ist der Vorschlag der Ernennung Waldersees zum Oberbefehlshaber in China vom Deutschen Kaiser ausgegangen, wenn auch nach einem späteren Ausdruck Holsteins „nur eventualiter und in zweiter Linie". Es war also nicht korrekt, wenn Kaiser Wilhelm II. in seinem Telegramm an den Präsidenten der Französischen Republik vom 9. August (siehe den Text bei Georges Pagès a. a. O., p. 302, note 1) mit den Worten „S. M. l'Empereur de Russie, votre Auguste Allié,

Nr. 4602

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm en clair

Wilhelmshöhe Schloß, den 6. August 1900

Antwort des Kaisers*: „After having thought much about your proposition concerning the question of one commander-in-chief, I am happy to tell you that I fully agree to the nomination of Field-Marshall Count Waldersee to that post. I know him well, he is certainly one of your most able and experienced generals, whose name stands high in the Russian army. With full confidence I place my troops in Petchili under his command.“ Euere Exzellenz wollen sofort den anderen Staaten Mitteilung machen und möglichst schleunig Antworten besorgen. Japan und Frankreich sind ebenso wie die Dreibundstaaten ja bereits dafür gewonnen, daß wir Oberkommando haben sollen. Soll ich Mikado, eventuell den anderen auch Mitteilung machen? Dem ersteren, weil er ersten Antrag gestellt hat**? Bin

---

ayant daigné proposer le maréchal de Waldersee comme commandant en chef“ dem Zaren die Initiative in dieser Frage zuschob. Falsch ist auf der anderen Seite die französisch-russische Darstellung, als ob Kaiser Wilhelm durch sein Telegramm den Zaren, der niemanden um Rat gefragt habe, überrumpelt habe. Aus dem folgenden Schriftstück (Nr. 4603) geht hervor, daß Graf Lamsdorff gerade in Peterhof beim Zaren war, als dieser das Telegramm Wilhelms II. erhielt und sich zur zustimmenden Antwort entschloß; er hätte also leicht Einspruch erheben können. Diesen Sachverhalt stellte Holstein auf ein Privattelegramm Radolins, nach dem auch Lamsdorff von Überrumpelung gesprochen hätte, mit den ironischen Worten klar: „Ein Auswärtiger Minister läßt sich aber grundsätzlich nicht überrumpeln“. Holstein an Radolin, 14. August 1900. Vgl. nun auch Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, ed. H. O. Meisner III, S. 1 f. Das dort mitgeteilte Telegramm Kaiser Wilhelms II. an Graf Waldersee vom 6. bestätigt, daß der Vorschlag zu der Ernennung Graf Waldersees vom Deutschen Kaiser stammt: „Habe Seiner Majestät dem Russischen Kaiser, um endlich zur Klarheit zu kommen, Eure Exzellenz zu der Stellung vorgeschlagen.“

* Nikolaus II.

** Von einem Antrag kann genau genommen bei der gelegentlichen Äußerung des Grafen Aoki (vgl. Nr. 4561) doch nicht eigentlich die Rede sein. Auch daß Frankreich für die Frage des deutschen Oberkommandos bereits gewonnen gewesen sei, läßt sich aus den Äußerungen des Marquis de Noailles zu Graf Bülow vom 21. Juli (vgl. Nr. 4581) noch nicht annehmen. Tatsächlich hat Frankreich nachher am längsten Anstand genommen, dem deutschen Wunsche zu willfahren (vgl. Nr. 4608—4610), wobei allerdings mitgespielt hat, daß der Präsident der Französischen Republik durch eine Reise nach Marseille verhindert war, vor dem 14. August eine Sitzung des Ministerrats zu berufen, der zur Entscheidung der Frage zuständig war. Vgl. die Depesche des englischen Botschafters in Paris Sir E. Monson vom 11. August 1900 im Englischen Blaubuch, China 1 (1901), daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 65, S. 253.

überglücklich über die reizende Fassung des Kaisertelegramms. Werde Waldersee benachrichtigen.

Wilhelm I. R.

Nr. 4603

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 182 Berlin, den 8. August 1900

Folgendes Telegramm des Fürsten Radolin wird an Seine Majestät weitergegeben:

„Graf Lamsdorff war, wie er mir mitteilt, gerade in Peterhof zugegen, als der Zar sich entschloß, die russischen Truppen in Petschili dem Oberbefehl des Feldmarschalls Grafen Waldersee zu unterstellen.

Der Graf äußerte sich auch seinerseits sehr erfreut über diese Entscheidung. Er bezeichnete die von unserem allergnädigsten Herrn getroffene Wahl als eine überaus glückliche, da die Persönlichkeit des Grafen Waldersee sichere Garantien für eine befriedigende Lösung der an sich so schwierigen Aufgabe biete. Graf Lamsdorff zweifelt nicht daran, daß auch die anderen Mächte, speziell Frankreich, gern ihre Zustimmung geben werden."

Derenthall

Nr. 4604

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 266 Berlin, den 7. August 1900

Nachfolgende Verbalnote werde ich heute nachmittag dem englischen Botschafter übergeben:

„Seine Majestät der Kaiser von Rußland hat unserem allergnädigsten Herrn erklärt, daß es ihm zu besonderer Befriedigung gereichen wird, die in der Provinz Tschili operierenden russischen Truppen dem Oberkommando des Feldmarschalls Grafen von Walder-

* Hier des Zusammenhangs wegen angeschlossen.

see zu unterstellen. Seine Majestät der Deutsche Kaiser ist bereit, sich der für ihn hieraus sich ergebenden Aufgabe zu unterziehen, da er Anlaß hat anzunehmen, daß außer Rußland auch noch andere Regierungen ein deutsches Oberkommando für nützlich halten; zum Beispiel hat die japanische Regierung erkennen lassen, daß sie einen deutschen Oberbefehl dem Oberbefehl einer andern in ostasiatischen Angelegenheiten stärker interessierten Macht vorziehen würde *.

Die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers würde dankbar sein für eine Mitteilung darüber, welche Ansichten die Regierung Ihrer Britischen Majestät hinsichtlich des Oberbefehls hat, und in welcher Weise dieselbe geneigt sein würde, die in der Provinz Tschili befindlichen englischen Truppen dem unter Feldmarschall Graf Waldersee operierenden Heere anzugliedern **."

Zu Ew. pp. persönlichen Orientierung bemerke ich, daß das Telegramm des Zaren entgegenkommend und herzlich war. Bei dem vorsichtigen Charakter des Zaren und bei dem Charakter der französisch-russischen Beziehungen ist es wohl ausgeschlossen, daß der Zar sich in dieser Weise avanciert, ohne der Übereinstimmung mit Paris sicher zu sein. Aus dem empressierten Tone des Telegramms läßt sich der Schluß ziehen, daß der Zweibund diese Gelegenheit, wo das persönliche Empfinden unseres allergnädigsten Herrn mit ins Spiel kommt, benutzen will, um ihn an den Zweibund heranzuziehen. Die Haltung des Zaren wird natürlich dann noch stärker wirken, wenn England und vielleicht auch Amerika gegen deutsches Oberkommando Bedenken äußern sollten. Militärisch würden diese Bedenken ohne Bedeutung sein, denn nach Ansicht unseres Generalstabes sind die Kontingente von Rußland, Japan, Deutschland und Frankreich mehr als ausreichend für die in der Provinz Tschili zu erfüllenden Aufgaben. Aber politisch würde durch anglo-amerikanische Bedenken die entgegenkommende Haltung des Zaren bei unserem allergnädigsten Herrn in ein um so glänzenderes Licht gestellt. Die japanische Regierung hat, wie Ew. pp. wissen, bereits vor Wochen erklärt, daß sie Bedenken gegen ein russisches Oberkommando habe, deutsches Oberkommando aber gern akzeptieren werde ***.

Ew. pp. darf ich vertrauensvoll überlassen, in welcher Weise Sie die vorstehenden Mitteilungen glauben nützlich verwerten zu können. Mit Rücksicht auf die bei Lord Salisbury und dem Foreign Office bemerkbar gewordene unfreundliche Stimmung habe ich geglaubt, im Interesse Ew. pp. wie auch der Sache die formelle Eröffnung mit dem Ersuchen um Antwort an den hiesigen englischen Botschafter richten

---

* Vgl. Nr. 4561.

** In englischer Übersetzung bereits veröffentlicht im Englischen Blaubuch, China 1 (1901), und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 65, S. 248.

*** Vgl. Nr. 4561.

zu sollen, ich zweifle jedoch nicht, daß Ew. pp. Mittel und Wege finden werden, um in diesem wichtigen Moment die deutsch-englischen Beziehungen, soweit das in unseren und Ihren Kräften liegt, vor dauernder Schädigung zu bewahren. Eine erfolgreiche Einwirkung ist von einer direkten Auseinandersetzung mit Lord Salisbury oder dem Foreign Office kaum zu erwarten, aber ich nehme an, daß es andere einflußreiche Persönlichkeiten gibt, welche für vernünftige Erwägungen zugänglich und auch in der Stellung sind, denselben Gehör zu verschaffen.

v. Derenthall

Nr. 4605

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190 Berlin, den 10. August 1900

Fürst Radolin telegraphiert soeben:

„Kriegsminister bezeichnet es als dringend wünschenswert, daß Seine Majestät der Deutsche Kaiser den Vorschlag betreffs Übertragung des Oberbefehls an Graf Waldersee den übrigen beteiligten Mächten, insbesondere Frankreich, in der gleichen Weise unterbreite, wie allerhöchstderselbe es gegenüber Kaiser Nikolaus getan. Jetzt habe man den Eindruck einer einseitigen Abmachung zwischen Deutschland und Rußland, und das sei geeignet, bei den anderen Mächten eine Verstimmung hervorzurufen, die nachteilig auf die gemeinsamen Operationen einwirken könne.“

Darauf habe ich geantwortet:

„Ich darf wohl annehmen, daß Euere Durchlaucht den Kriegsminister auf den Unterschied aufmerksam gemacht haben, welcher zwischen der staatsrechtlichen Stellung des absoluten Kaisers von Rußland und derjenigen der Königin von England besteht, sowie darauf, daß Seine Majestät der Kaiser für die Mitteilung an die verschiedenen Staaten die den respektiven staatsrechtlichen Verhältnissen derselben entsprechende Form von vornherein gewählt hat. Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelcher für seine Frau Großmutter die größte Verehrung und alle möglichen Aufmerksamkeiten hat, würde, wenn er Ihre Majestät direkt um Entscheidung einer wichtigen politischen Frage ersucht hätte, sowohl bei der hohen Frau wie bei der englischen Regierung und dem englischen Volke eine lebhafte Überraschung und den Verdacht wachgerufen haben, daß er sich über die englische Konstitution hinwegsetzen wolle. Anderer-

seits aber ist es undenkbar, daß Seine Majestät den Oberhäuptern der übrigen Mächte eine Aufmerksamkeit erweise, von welcher allein die Königin von England ausgeschlossen bliebe.

Es wird sich empfehlen, daß Euere Durchlaucht von der Anschauungsweise des Kriegsministers sowie von den derselben entgegenstehenden Gesichtspunkten auch dem Grafen Lamsdorff Kenntnis geben."

Eine etwaige Meldung an Seine Majestät glaube ich dem Ermessen Euerer Exzellenz vorbehalten zu sollen *. Die viel günstigere Auffassung des Grafen Lamsdorff findet sich in dem Euerer Exzellenz gestern unter Nr. 182 übermittelten Telegramm **. Man wird nicht vergessen dürfen, daß der Kriegsminister selber gern das Oberkommando gehabt hätte.

Derenthall

Nr. 4606

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 8. August 1900

Lord Lansdowne hat sich, [wie] mir Alfred Rothschild versichert, befriedigend ausgesprochen, ebenso der Herzog von Devonshire und Balfour Lord Rothschild gegenüber. Keiner hat aber, wie ich erwartet hatte, bis jetzt zugesagt, Initiative bei Lord Salisbury zu nehmen.

Chamberlain ist verreist. Bei Balfour, welcher Lord Salisbury übermorgen in Hatfield besucht, wird Alfred Rothschild seinerseits morgen nochmals einen Versuch machen.

In den Bureaus des Foreign Office hat die Meldung von Sir

---

* Ob eine solche Meldung erfolgt ist, läßt sich nach den Akten nicht feststellen. Jedenfalls hat Kaiser Wilhelm schon am 9. August persönlich den Kaiser von Österreich, den König von Italien, den Prinzen von Wales, den Kaiser von Japan, den Präsidenten der Französischen Republik telegraphisch davon verständigt, daß der Kaiser von Rußland seine Truppen dem Grafen Waldersee unterstellt habe. Eine Anfrage des Kaisers, ob auch diese Staatsoberhäupter ihre Truppen in gleicher Weise dem deutschen Oberkommando unterstellen würden, war mit dieser Benachrichtigung nicht verknüpft. Das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Loubet vom 9. August, das gleich den übrigen kaiserlichen Telegrammen nicht bei den Akten des Auswärtigen Amts ist, findet sich gedruckt bei Georges Pagès, Rapport de la Commission d'Enquuête sur les faits de la Guerre T. I., p. 302, note. Vgl. Nr. 4601, S. 82, Fußnote **.

** Siehe Nr. 4603.

Frank Lascelles* eine gewisse Bestürzung hervorgerufen, welche durch mein gestriges Ausbleiben noch vermehrt worden ist. Es ist aber sehr fraglich, ob Lord Salisbury sich durch diese Stimmung in den Bureaus influenzieren läßt.

Unsere beste Chance ist und bleibt, das glauben Sie mir, durch unser Verhalten hier den Eindruck hervorzurufen, daß uns an der englischen Zustimmung jetzt nur wenig gelegen ist.

Hatzfeldt

Nr. 4607

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandten von Derenthall

Unsignierte Verbalnote. Vom englischen Botschafter am 10. August überreicht

Berlin, August 10 1900

Her Majesty's Government will view an arrangement by which so distinguished a soldier as Count Waldersee is placed at the head of the International Forces with great satisfaction, and if the Powers who have forces in the Gulf of Pechili should decide to put those forces under the supreme command of the Field Marshall, Her Majesty's Government will very gladly concur in such a policy and will give instructions to their Commanders in this sense.

It will be necessary that instructions which go more into detail should be drawn up if the project goes forward.

Nr. 4608

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Norderney, den 10. August 1900

Seiner Majestät dem Kaiser und Könige:

«Euerer Majestät Geschäftsträger in Paris** telegraphiert:

„Den Auftrag bezüglich der Erklärung des Zaren Nikolaus be-

---

* Nach einer Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs von Derenthall vom 9. August hätte Sir Frank Lascelles laut eigener Aussage den deutschen Wunsch bei der Übermittelung nach London warm befürwortet. Auf die günstige Entscheidung Lord Salisburys (siehe das folgende Schriftstück) soll nach einem Telegramm Hatzfeldts vom 10. August die Einwirkung einiger Kollegen des englischen Premiers — zweifellos von Balfour, Lord Lansdowne und Herzog von Devonshire — einen wesentlichen Einfluß geübt haben.

** von Schlözer.

treffs Oberbefehlfrage habe ich bei Herrn Delcassé ausgeführt. Letzterer verhielt sich reserviert und tat so, als ob er noch Nachrichten aus Petersburg erwarte. Auch zeigte er ein Telegramm des französischen Botschafters in Berlin, welches eine briefliche Mitteilung in Aussicht stellte. — Die Nachricht bezüglich des Generals Grafen von Waldersee, welche aus deutschen Blättern gestern nachmittag hier durch die ‚Agence Havas' bekannt wurde, wurde in finanziellen Kreisen bestens aufgenommen. Die Börse schloß mit Rentenhausse. — Die Regierungsblätter von heute morgen beschränken sich auf Meldung von dem Vorschlag und Biographie des Generals. Dagegen sucht die nationalistische Presse, z. B. ‚Echo de Paris', ‚Libre Parole', ‚Journal' und ‚Eclair' die Regierung zu verdächtigen und greift hierbei auf die angebliche seinerzeit angebotene und von der Regierung abgelehnte Kandidatur Négriers * zurück. Diese Angriffe werden voraussichtlich noch fortdauern.

Am Sonntag wird der Präsident in Marseille vom Geschwader und dem zum Chef des Expeditionskorps ernannten Voyron Abschied nehmen. Voyron ist sein intimer Freund. Bei jener Gelegenheit wird vom Präsidenten eine politische Äußerung erwartet. — Die ‚Libre Parole' bezweifelt, daß der Zar den Grafen Waldersee beglückwünscht habe, was einen Tadel für Rußland bedeuten soll. — Die Wahl Graf Lamsdorffs ** hat hier die französischen Erwartungen enttäuscht."

Ich habe Herrn von Schlözer sofort angewiesen, Herrn Delcassé nochmals dringend und unter nachdrücklichem Hinweis auf die Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß die im Interesse einer einheitlichen und erfolgreichen Aktion gegenüber China unumgängliche Regelung der Oberkommandofrage nicht an französischem Widerstande scheitern werde, und eine beschleunigte französische Antwort zu urgieren. — Im Hinblick darauf, daß es für die Operationen gegen Peking nächst Rußland zumeist auf Japan ankommt, habe ich gleichzeitig nochmals Weisung gegeben, auf Japan im Sinne einer raschen Zustimmung zu drücken. Der Hauptsitz des Widerstandes gegen unser Oberkommando ist augenscheinlich in London zu suchen. Von einem Telegramm Euerer Majestät an Ihre Majestät die Königin Viktoria vermag ich mir nicht viel zu versprechen, eher vielleicht von einem Briefe Euerer Majestät unter eingehendem Hinweis darauf, daß eine englische Ablehnung des von Rußland so bereitwillig akzeptierten deutschen Oberkommandos nicht nur eine für die staatlichen Be-

---

* F. O. de Négrier, französischer General, Mitglied des obersten Kriegsrats, Juli 1899 verabschiedet.

** Graf Lamsdorff war am 7. August 1900 zum Verweser des durch den Tod Graf Murawiews (21. Juni) verwaisten russischen Ministeriums des Äußern ernannt worden.

ziehungen zwischen Deutschland und England folgenschwere politische Unfreundlichkeit bedeuten würde, sondern auch eine persönliche Kränkung für Euere Majestät, welche Allerhöchstdieselben durch Allerhöchstihre Haltung während des südafrikanischen Krieges nicht verdient hätten. Graf von Hatzfeldt habe ich für alle Fälle nochmals auf den Ernst dieses Moments für die weitere Orientierung der deutschen Politik und das zukünftige Verhältnis von Deutschland und England hingewiesen.»

Bülow

Nr. 4609

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 161 Berlin, den 10. August 1900

Verschiedene sowohl hier wie auch bei Seiner Majestät direkt bemerkbar gewordene Anzeichen führen zu der Vermutung, daß augenblicklich von mehreren Seiten in Paris gearbeitet wird, um die französische Regierung in der Oberbefehlsfrage zu einer auf Schrauben gestellten Antwort zu veranlassen, deren Bedeutung über die schwebende Frage hinausreichen und der Welt dartun würde, daß Herr Delcassé mehr nach der englischen als nach der russischen Seite neigt.

Seine Majestät der Kaiser, welcher wie Ew. und vielleicht auch dem Leiter der russischen auswärtigen Politik aus dem diesseitigen Erlaß vom 5. Juni d. Js. Nr. 433* erinnerlich sein wird, die franko-russische Gruppierung viel günstiger für den Weltfrieden erachtet als jede andere Anlehnung Frankreichs, hofft nicht nur im Interesse einer baldigen Erledigung der Oberbefehlsfrage, sondern auch um der allgemeinen Lage willen, daß jene Bemühungen in Paris erfolglos bleiben mögen. Allerhöchstderselbe beauftragt Ew., sofort und ganz vertraulich den Grafen Lamsdorff in Kenntnis zu setzen, daß versucht wird, die französische Regierung in der Oberbefehlsfrage zu einer Entscheidung zu drängen, welche den praktischen Effekt haben würde, vor der Welt den Zweibund als unwirksam hinzustellen.

v. Derenthall

---

* Erlaß Nr. 433 vom 5. Juni 1900, der die marokkanische Frage betrifft, ist abgedruckt in Bd. XVII, Kap. CXIII, Nr. 5167. Es hieß darin expressis verbis: „Vom deutschen Standpunkt ist der jetzige [franko-russische] Zweibund die friedlichste Gruppierung, in welcher Frankreich untergebracht werden könnte“. Das galt natürlich nur so lange, als Rußland von friedlichen Absichten gegen Deutschland erfüllt war und folgerichtig in gleichem Sinne auf Frankreich einwirkte.

Nr. 4610

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Geschäftsträger in Paris von Schlözer

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 97 Berlin, den 11. August 1900

Ew. pp. wollen Herrn Delcassé nochmals dringend und unter nachdrücklichem Hinweis auf die Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus sowie auch diejenige der englischen Regierung* die bestimmte Erwartung aussprechen, daß die im Interesse einer einheitlichen und erfolgreichen Aktion gegenüber China unumgängliche Regelung der Oberkommandofrage nicht an französischem Widerstande scheitern werde und eine beschleunigte französische Antwort urgieren.

v. Derenthall

Nr. 4611

Der französische Geschäftsträger in Berlin Boutiron an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandten von Derenthall

Unsignierte Verbalnote.
Vom französischen Geschäftsträger am 14. August überreicht**

Le Gouvernement de la République a toujours à coeur le succès de l'oeuvre de défense et de protection que les Puissances ont dû entreprendre en Chine et, préoccupé dès le début de la coordination de leurs efforts militaires, il est tout disposé à la faciliter. C'est pourquoi lorsque le Maréchal Comte de Waldersee, arrivé en Chine, aura pris dans le conseil des commandants des corps internationaux la place éminente que lui assure la supériorité de son grade, le Général Commandant en chef des troupes françaises ne manquera pas d'assurer ses relations avec le Maréchal.

---

* Vgl. Nr. 4607.
** Abgedruckt im Französischen Gelbbuch: Chine 1899—1900, p. 125.

Nr. 4612

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 289 St. Petersburg, den 20. August 1900

Militärattaché meldet 19. August aus Luga: „Kriegsminister sagt mir, Admiral Alexejew habe vom Anfang an Weisung gehabt, Vormarsch Peking* nicht übereilen. Nach Übertragung Oberbefehls über russische Truppen Provinz Petschili an Graf von Waldersee sei Alexejew nochmals telegraphisch angewiesen worden, Marsch Jangtsun-Peking nur auf speziellen Befehl Kaisers anzutreten. Als dieses Telegramm Alexejew erreicht habe, seien verbündete Truppen indes schon im Vormarsch gewesen. Alexejew motiviere jetzt eigenmächtiges Vorgehen General Linewitschs durch drei Umstände: 1. abnorme Trockenheit habe sofortigen Vormarsch gestattet, 2. Demoralisation chinesischer Truppen habe schleunige Ausnutzung militärischer Situation wünschenswert gemacht, 3. kritische Lage der Gesandten habe schnelles Handeln erfordert**. Kaiser habe nach dieser Begründung Verhalten des Generals nachträglich gebilligt, ihm jetzt aber befohlen, Operationen auf dortigem Kriegsschauplatz vorläufig einzustellen. General Kuropatkin will zur völligen Klarstellung des geschilderten Verlaufs Abschriften der gewechselten Depeschen sowohl Graf Waldersee wie mir übersenden. pp.

Brockdorff-Rantzau

---

* Entgegen der Verabredung der in China kommandierenden Generale, nicht vor der zweiten Hälfte August den Vormarsch auf Peking antreten zu wollen, einer Verabredung, die ganz den Auffassungen und Wünschen der deutschen Regierung entsprach (vgl. Nr. 4599), hatten die englischen und japanischen Truppenführer einen Vorstoß zur Wegnahme der chinesischen Stellung bei Peitsang (5. August) durchgesetzt, aus dem dann ein beschleunigter Vormarsch nach Peking unter Führung des russischen Generals Linewitsch zum Entsatz der Gesandtschaften erwuchs. Die Einnahme von Peking, an der deutsche Truppen nicht beteiligt waren, erfolgte am 15. August, fünf Tage ehe der Generalfeldmarschall Graf Waldersee seine Ausreise nach China (20. August) antrat. Von dem plötzlichen und erfolgreichen Vormarsch auf Peking, der in erster Linie auf die englisch-japanische Initiative zurückzuführen ist, wurde man übrigens nicht nur im Berliner Auswärtigen Amt, sondern ebensosehr in Petersburg, wo man den Vormarsch auf Peking überhaupt perhorresziert hatte, überrascht. Vgl. den charakteristischen Brief des Finanzministers Witte an den Minister des Inneren Ssipjagin vom 10./23. August 1900: „La marche sur Pékin fut une surprise pour le comte Lamsdorff. Kouropatkine continua à nous assurer que Pékin ne pouvait être pris maintenant; que les opérations ne commenceraient pas avant septembre et que, seulement à ce moment, un nombre de troupes suffisant serait utilisable.“ Mémoires du Comte Witte. Traduction de François Rousseau, p. 97.

** Vgl. dazu die abweichende Darstellung in: Die Kaiserliche Marine während der Wirren in China 1900—1901, S. 152 ff.

Nr. 4613

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 Berlin, den 21. August 1900

Am 17. d. Mts. hat der russische Botschafter folgendes Telegramm Graf Lamsdorffs vom 16. d. Mts. mitgeteilt:

„Il a été décidé par le conseil des amiraux que dans le cas de l'arrivée de Li-Hung-Chang à Takou il lui sera défendu toute communication avec la terre. Cette décision nous paraît inexplicable surtout au moment où toutes les puissances ont reconnu la nécessité de profiter de l'intermédiaire de ce dernier pour l'arrangement des présentes difficultés. Par son isolement le plénipotentiaire Chinois sera mis dans l'impossibilité de faire valoir les exigences que les Puissances ont l'intention de formuler avant de commencer les négociations de paix.

Par conséquent il serait désirable que les amiraux reçoivent les ordres pour rappeler leur décision."

Graf Osten-Sacken drängte sehr auf umgehende Erfüllung des russischen Wunsches, da doch unmöglich in dieser Frage ein désaccord eintreten dürfe.

Er war augenscheinlich betroffen, als ich ihn vorläufig darauf aufmerksam machte, daß von uns jedenfalls eine die Notwendigkeit des Verhandelns mit Li-Hung-Tschang anerkennende Erklärung bisher nicht abgegeben worden sei, wir vielmehr die darauf bezüglichen russischen und sonstigen Anfragen — aus guten Gründen — überhaupt noch nicht beantwortet haben.

Der Beschluß der Admirale, dahin gehend, Li-Hung-Tschang, falls er nach Tschili kommen sollte, „die Kommunikation nicht zu erlauben, bevor Instruktion von den Regierungen eingetroffen", ist uns zuerst aus einem Telegramm des Admirals Bendemann vom 26. v. Mts. bekannt geworden, also schon älteren Datums. Daß der russische Admiral widersprochen hätte, aber überstimmt worden wäre, ist uns nicht bekannt.

Wir haben meines Erachtens keinen Anlaß, durch sofortiges Eingehen auf den russischen Vorschlag dem russischen Drängen auf allzu beschleunigten Eintritt in Verhandlungen mit China Vorschub zu leisten. Abgesehen davon, daß die Persönlichkeit Li-Hung-Tschangs wenig Vertrauen einflößt, würden wir Verhandlungen mit ihm schon deshalb ablehnen können, weil nicht ersichtlich ist, von welchem Berechtigten er seine angeblichen Vollmachten hat.

Die sekundäre Frage nach der Aufrechterhaltung des Beschlusses der Admirale würde sich hiernach von selbst, und zwar in affirmativem Sinne erledigen. Doch könnten wir dabei den Russen vielleicht formell insofern entgegenkommen, als wir erklärten, gegen die bloße Durchlassung des Vizekönigs nach Tschili in dem Falle nichts einwenden zu wollen, wo auch alle anderen beteiligten Mächte einverstanden wären, und unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß dadurch unserer Stellungnahme zu der Annahme Li-Hung-Tschangs als Unterhändler nicht präjudiziert werden dürfe.

Der Staatssekretär wünscht, daß die Entscheidung Seiner Majestät über den russischen Antrag eingeholt werde. Euer Hochgeboren bitte ich demgemäß, die Sache an der Hand des Vorstehenden Seiner Majestät vorzutragen und mich wissen zu lassen, ob Seine Majestät mit der Beantwortung des russischen Antrags in dem obigen Sinne einverstanden sind.

Bejahendenfalls würde ich mich dann für ermächtigt halten, unsere Antwort auch den übrigen Regierungen mitzuteilen, welche hier über unseren Standpunkt angefragt haben.

Jedenfalls hat die chinesische Gesandtschaft ein angebliches Telegramm Li-Hung-Tschangs aus Schanghai mitgeteilt, worin derselbe bittet, jetzt die Verhandlungen zu eröffnen und damit entweder die kaiserliche Vertretung in Peking oder bald möglichst zu ernennende Bevollmächtigte zu betrauen, auch anzugeben, ob die Verhandlungen unbedingt in Peking stattfinden sollten.

Diese Bitte des Vizekönigs würde somit ebenfalls ablehnend zu bescheiden sein.

Eine russische Regierungsauslassung, welche das auf äußerste Beschleunigung gerichtete russische Bestreben noch schärfer hervortreten läßt, telegraphierte ich Ihnen auf Weisung des Staatssekretärs besonders.

Derenthall

Nr. 4614

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 Wilhelmshöhe, den 21. August 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 98*.

Ich habe Seiner Majestät eingehenden Vortrag erstattet. Allerhöchstderselbe ist einverstanden, daß dem Grafen Osten-Sacken resp. dem Grafen Lamsdorff geantwortet werde, die Persönlichkeit Li-Hung-

---

* Siehe Nr. 4613.

Tschangs flöße weder Vertrauen ein noch sei ersichtlich, von wem und welche Vollmachten derselbe zum Unterhandeln mit den Mächten besitze. Seine Majestät haben sich aber entschieden dagegen ausgesprochen, diesen Vizekönig in Taku an Land und nach Tschili durchzulassen, da derselbe nur bestrebt sein würde, Mißtrauen unter den Mächten zu säen.

Ich machte darauf aufmerksam, wenn Rußland und andere, insbesondere Amerika, mit Li-Hung-Tschang unterhandeln und ihn nach Tschili durchlassen wollten, wir uns dem aber widersetzen, dadurch leicht das weitere Zusammenhalten der Mächte gefährdet werden könne.

Seine Majestät erwiderten, für uns läge die Sache anders, wir hätten einen erschlagenen Gesandten. Das sollten wir auch dem Grafen Lamsdorff entgegenhalten und dabei bemerken: Gegen die gemeinsame Verabredung, wonach Gebietsteile von China nicht erobert werden sollten, hätte sich Rußland Niutschwangs bemächtigt und stehe im Begriff, auf Teile der Mandschurei die Hand zu legen. Nur durch unser Stillschweigen hätten gewiß andere Mächte Rußland hierin gewähren lassen. Jetzt könnten aber auch wir erwarten, daß Rußland uns bei unserer durch den Gesandtenmord gekennzeichneten Aufgabe keine Schwierigkeiten durch Vorschiebung Li-Hung-Tschangs mache: Wenn dieser Vizekönig in Taku oder in Tschili in unsere Hände fiele, so würden wir ihn als Geisel gefangen halten. Dadurch wäre im Interesse aller mehr zu erreichen als durch verfrühte Unterhandlungen.

Seine Majestät bemerkten noch, in der nächsten Zukunft habe nicht die Diplomatie, sondern das Schwert zu entscheiden.

Telegramme Nr. 101 und 102* kann ich erst in einigen Stunden zu Seiner Majestät Kenntnis bringen.

Metternich

Nr. 4615

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 145 Wilhelmshöhe, den 21. August 1900

Für Staatssekretär Graf von Bülow

Die eben erhaltene Mitteilung** aus St. Petersburg, wonach der Kaiser durch die Einnahme von Peking den Krieg als beendet ansieht

* Durch Telegramme 101 und 102 vom 21. August waren zwei Telegramme Graf Brockdorff-Rantzaus Nr. 290 und 291 vom 20. und 21. August aus Petersburg an Graf Metternich weitergegeben worden. Auf sie bezieht sich das folgende Telegramm des Kaisers (siehe Nr. 4615).

** Vgl. die voraufgehende Fußnote zu Nr. 4614.

und daher bereits Abfahrt der 2. Schützenbrigade in Odessa inhibiert, die 1. sogar an unserer Grenze stehen gelassen hat, ist in höchstem Grade bedauerlich und überraschend. Der Zar hat zu Freiherrn von Aehrenthal* gesagt in Gegenwart von General Kuropatkin: „Le militaire a fini, maintenant c'est à vous diplomates." Dieses in einem Moment zu äußern, wo auf seine Aufforderung der Graf Waldersee nach China eben hinausgeht, Peking zwar vor sieben Tagen genommen worden sein soll, jedoch ein Flammenmeer und von Kämpfen, die vielleicht nicht einmal günstig für die Verbündeten verlaufen, angefüllt sein soll, zeugt von einer solch gänzlichen Unkenntnis der Verhältnisse und Mangel an Überblick über die Lage, die geradezu niederschmetternd sind. Auch wird von Verhandlungen durch den Erzhalunken und Lügner Li-Hung-Tschang gesprochen. Dabei weiß er nicht einmal, wo die Kaiserin und die Regierungsbeamten überhaupt sind, bzw. wer die eigentliche Regierung vorstellt oder in der Hand hat. Die russischen Nachrichten klingen sehr bedenklich nach Schamade und zeugen von großer Unaufrichtigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen uns. In kurzem ausgedrückt, heißt es, wir haben mit eurer Hülfe die uns nicht zustehende Mandschurei in der Tasche und danken schön: Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen! Wie der Franzose sagt, sie debarkieren uns. Diese unerhörte Zumutung muß ihnen mit der gebührenden Deutlichkeit zurückgewiesen werden. Wir müssen uns vorsehen, daß die durch Herrn Witte angestiftete Diplomatie das nicht verdirbt, was das Schwert eben im Begriff ist gutzumachen. Das ist der Lohn für loyales Verhalten. Wir müssen unter allen Umständen versuchen, sowie Li-Hung-Tschang sich aus Schanghai wegrührt, ihn ohne weiteres zu kapern und uns seiner zu versichern als einer wertvollen Geisel.

Wilhelm I. R.

Nr. 4616

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept

Nr. 246 Berlin, den 21. August 1900

Bei der morgigen Besprechung mit dem Prinzen von Wales** und dem englischen Botschafter wird wahrscheinlich auch die bereits von

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

** Dieser traf am 22. August, begleitet von dem englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles in Wilhelmshöhe zum Besuch Kaiser Wilhelms II. ein. Vgl. das folgende Stück.

den englischen Zeitungen angeregte Frage einer Verlegung der Hauptstadt nach einem von der See aus zugänglichen Orte aufs Tapet kommen. Es dürfte sich empfehlen, daß deutscherseits diese Frage nicht kurzweg abgewiesen, sondern als erwägungswert und prinzipiell diskutierbar anerkannt wird. Denn Deutschland hat vor allen Dingen das Interesse, daß die Verhandlungen mit China nicht übers Knie gebrochen werden. Gerade diese Frage aber, die Hauptstadt nach Nanking zu verlegen, würde für eine summarische Behandlung wenig geeignet sein. England würde mit ganzer Wucht dafür, Rußland ebenso dagegen auftreten, und wir würden ebenso wie bei der Haager Konferenz aus Höflichkeit mitberaten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es zu einer Verlegung der Hauptstadt n i c h t kommt. Aber die Beratung könnte vielleicht einen Hemmschuh gegen Übereilung bilden.

In einem Punkte sind die deutschen Interessen im Widerspruch mit den russischen. Die Russen sind vollkommen gleichgültig gegen die Aussicht, daß die Fremden in China dauernd als vogelfrei behandelt werden; für Deutschland aber und namentlich für die deutsche öffentliche Meinung und die Presse ist die Erlangung größtmöglicher Sicherheit für die Deutschen in China ein Hauptpunkt. Die englischen Interessen sind hierbei identisch mit den deutschen; England würde daher auch die Frage der Garantien gründlicher und weniger übereilt zu behandeln geneigt sein als Rußland.

v. D e r e n t h a l l

Nr. 4617

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 — Wilhelmshöhe, den 22. August 1900
Für Grafen von Bülow

pp. Sodann sprach ich über die in den letzten Tagen deutlich hervortretenden Bestrebungen Rußlands, zu einem schleunigen Frieden

---

* Der Anfang des kaiserlichen Telegramms, das den Inhalt eines Gesprächs Kaiser Wilhelms II. mit dem Prinzen von Wales und dem Botschafter Sir Frank Lascelles vom 22. August wiedergibt, betrifft die Jangtsefrage und ist abgedruckt in Kap. CV, Nr. 4712. Vgl. auch das kaiserliche Telegramm an den Grafen Waldersee vom 25. August 1900. Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls A. Grafen von Waldersee, ed. H. O. Meisner III, 10 f.

um jeden Preis, unter Nichtbeachtung der berechtigten Interessen der anderen Mächte zu gelangen. Nachdem Rußland durch Besetzung des nördlichen Teiles der Mandschurei seine Zwecke erreicht hätte, dränge seine Geldnot es zum Frieden. Russische Kaufleute und Untertanen gebe es kaum in der westlichen Hälfte des weiten Chinesischen Reiches. Es hätte daher auch keine zu schützen, und ob die Angehörigen anderer Staaten totgeschlagen würden, schiene ihm gleichgültig zu sein. Wenigstens deuteten darauf die jüngsten Versuche hin, sich der Vermittelung des unsichern Li-Hung-Tschangs zu bedienen. Niemand wisse, worauf die angeblichen Vollmachten dieses ränkevollen Vizekönigs fußten, noch weniger, ob das, was mit ihm verabredet würde, von den Machthabern in China, wo und wer immer dieselben sein würden, innegehalten werde. — Wir aber, Engländer, Deutsche und andere, hätten für den Schutz unserer Untertanen zu sorgen, wir müßten Garantien schaffen, daß unsere Kaufleute und Missionare ihrem friedlichen Gewerbe in Zukunft mit Sicherheit nachgehen könnten. Wie sollten aber solche Garantien schon jetzt geschaffen werden, wo Peking im Aufruhr und die chinesische Regierung, falls sie überhaupt noch bestehe, unerreichbar sei? Friedensunterhandlungen, besonders mit Li-Hung-Tschang, seien daher verfrüht und gegen unser klar vorgezeichnetes Interesse.

Auch hierin stimmten mir der Prinz von Wales und der Botschafter vollkommen bei und erkannten an, daß England die angebotene Vermittlerrolle Li-Hung-Tschangs zurückweisen müsse.

Wir haben Rußland große und uneigennützige Dienste in China erwiesen, und es ist erfreulich, daß wir bis jetzt an Rußlands Seite geschritten sind. Es kann aber billigerweise nicht von uns verlangen, daß wir gegen alle unsere Interessen einen verfrühten faulen Frieden schließen. Wenn es absolut verhandeln will, so ist dies zwar von mehr als einem Gesichtspunkte aus zu bedauern, aber wir können es nicht daran hindern. Dafür müssen wir dann aber um so mehr bedacht sein, dem durchgehenden russischen Friedenswagen Hindernisse in den Weg zu legen, um seine Fahrt zu verlangsamen. Dies geschieht am zweckmäßigsten dadurch, daß wir andere Mächte mit gleichen Interessen wie wir davon abhalten, unfruchtbare Friedensverhandlungen zu betreiben, die in dem jetzigen Augenblicke nur dazu führen können, Zwietracht in die Einmütigkeit Europas zu bringen.

Der Prinz und Lascelles waren beide der Ansicht, daß der Krieg noch nicht zu Ende und die Diplomaten fürs erste noch Schweigen bewahren und die Sache den Generalen überlassen sollten.

Wilhelm

Nr. 4618

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

[Wilhelmshöhe, den 23. August 1900]

Resumé von gestern*: H[is] R[oyal] H[ighness] in vortrefflichster Laune und Disposition. England zum ferneren Kampf geneigt und bereit. Acceptirt ohne Hintergedanken Waldersee. Misstraut Li-Hung-Chang und will nicht mit ihm verhandeln. Prinz meinte Gefangensetzung desselben wäre sehr wünschenswerth. Ich habe ihn bestärkt. Sie hätten ihren Admiral schon instruirt dazu gehabt. Ich hoffe, er wird noch gegriffen. Setzten die Briten den Hund fest, können die Russen nicht verhandeln. A propos Friedensverhandlungen: ein gutes Wortspiel Osten Sacken zu ärgern: Da Russland zu unzähligen Malen betont und geschworen hat, mit China n i c h t im Kriege zu sein, und N i e m a n d ihn e r k l ä r t hat, so ist keiner; also können auch keine Friedensverhandlungen angeknüpft werden, durch welche implizite Russland zugäbe, im Kriege gewesen zu sein, was es bisher per Formel „Niederschlagung von Rebellen“ stets abgeleugnet hat! Lascelles fragte mich: „Are we at war with China?“ Antwort: „Is it a rule to storm, burn down and sack the Capital of other Powers in peace time?“ Wenn Krieg angenommen wird, kann man die Chinesischen Schiffe wegnehmen, die jetzt unantastbar sind.

W i l h e l m I. R.

Nr. 4619

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Norderney, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Norderney, den 23. August 1900

Euerer Majestät danke ich ehrfurchtsvollst für heut früh erhaltenes hochinteressantes und bedeutsames Telegramm** über die gestrige Besprechung mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen von Wales und Sir Frank Lascelles. Die Art und Weise, wie Euere Maje-

---

* Vgl. Nr. 4617 nebst Fußnote.

** Siehe Nr. 4618.

stät einerseits unsere Stellung zur Jangtsefrage* definiert, andererseits die Engländer von der Identität ihrer und unserer Interessen am Jangtse überzeugt haben, ist meisterhaft.

Die Geschicklichkeit, mit welcher Euere Majestät gleichzeitig den Engländern klargemacht haben, daß die in China Handel treibenden Nationen, also in erster Linie die Briten, bei einem vorschnellen und faulen Frieden mit China nur verlieren können, bewundere ich ebensosehr. Schon vor Eingang meines gestrigen Briefes haben Euere Majestät aus eigener Initiative in dieser Beziehung diejenige Note angeschlagen, welche ehrfurchtsvoll zu befürworten ich mir gestattete: nämlich, unter Festhaltung der dynastischen, politischen und (solange als irgend möglich) auch militärischen Fühlung mit Rußland die anderen Mächte davon zu überzeugen, daß es in deren wirtschaftlichem, finanziellem und somit schließlich auch politischem Vorteil liege, in China für dauernde Ordnung zu sorgen, was nur durch völlige Unterwerfung der Boxer, ernste Garantien für künftiges Wohlverhalten der chinesischen Regierung, sichere Gewähr für Leben, Eigentum und Handel der in China weilenden Fremden möglich sei, während ein halber Friede diese hochwichtigen Interessen aller mit Kaufleuten und Missionaren in China engagierten Mächte schwer gefährden müßte.

Die Aufgabe der Diplomatie Euerer Majestät namentlich in London und St. Petersburg wird es sein, dem „durchgehenden russischen Friedenswagen" Hemmschuhe anzulegen.

Herr von Derenthall hat dem chinesischen Vertreter bereits erklärt, wir könnten mit Li-Hung-Tschang nicht unterhandeln, und dies allen Mächten notifiziert.

Bülow

Nr. 4620

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 293 Berlin, den 25. August 1900

Soeben übergibt amerikanischer Geschäftsträger** Memorandum, wonach seine Regierung sich russischer Auffassung anschließt, daß Li-Hung-Tschang ohne weiteres als Unterhändler zuzulassen und deshalb auch durchzulassen sei***.

---

* Vgl. Kap. CV.

** Erster Botschaftssekretär I. B. Jackson.

*** Dagegen traf von dem deutschen Vertreter in Tokio am 27. August die Nachricht ein, daß Japan aus denselben Gründen wie Deutschland Li-Hung-Tschang als Unterhändler ablehne.

Es wäre für uns hiernach wichtig, möglichst schnell englische Regierung auf dem in der neulichen Unterredung seitens des Prinzen von Wales und des Botschafters Lascelles präzisierten Standpunkt* festzulegen.

Eine gleichfalls eben übergebene russische Note** ist weich und zeigt, daß Rußland auch hinsichtlich Mandschurei einem Druck nachgeben würde.

Text der amerikanischen wie der russischen Mitteilung geht heute abend an Ew.

v. Derenthall

Nr. 4621

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 301 St. Petersburg, den 26. August 1900

Graf Lamsdorff ließ mich heute zu sich bitten.

Er empfing mich sehr zuvorkommend mit den Worten, er sei von Kaiser Nikolaus autorisiert, mir eine Mitteilung zu machen. Der Zar lege den größten Wert auf ein Hand-in-Hand-gehen mit Deutschland bei Lösung der chinesischen Frage und habe sich daher entschlossen, auch nur den Schein eines Mißverständnisses zu vermeiden, der Kaiserlichen Regierung, bevor irgendein anderes Kabinett davon erfahre, mitzuteilen, daß er beabsichtige, Herrn von Giers anzuweisen, Peking zu verlassen und unter militärischer Eskorte mit dem Gesandtschaftspersonal sowie sämtlichen russischen Untertanen nach Tientsin überzusiedeln. Kaiser Nikolaus habe ihn, den Grafen Lamsdorff, beauftragt, demnächst eine diesbezügliche Zirkularnote*** an die interessierten Mächte zu schicken.

---

* Vgl. Nr. 4617 und 4618.

** In der Note Osten-Sackens vom 12./25. August 1900 gab Rußland die Zusage: „Ne nourrissant aucun but secret, n'aspirant à aucune acquisition territoriale, la Russie a en vue — la pacification de la Chine assurée et à moins que les agissements des autres Puissances ne l'en empêchent —, de rappeler ses détachements militaires de la Mandchourie et, en général, du territoire chinois, à commencer par le contingent qui se trouve à Pékin.“ Es war das die erste russische Andeutung für den Vorschlag auf Zurückziehung sämtlicher Gesandtschaften aus dem eben erst besetzten Peking, den die russische Regierung in ihrer Zirkularnote vom 13./26. August (siehe den Text, hier um einen Tag früher datiert, im Französischen Gelbbuch: Chine 1899—1900, p. 138 ss.) den Mächten unterbreitete; vgl. Nr. 4623.

*** Vgl. die voraufgegangene Fußnote zu Nr. 4620.

Zur Motivierung und Erklärung dieses Schrittes führte der Graf folgendes aus: Die Ereignisse in China hätten sich unerwartet schnell vollzogen, die Gesandten wären befreit, und damit sei der erste Punkt des ursprünglichen russischen Programms erledigt. Es handele sich jetzt daher zunächst darum, „d'établir un gouvernement stable qui pourrait assurer l'ordre et la sécurité dans tout le pays".

Gerade um dieses Ziel tunlichst schnell zu erreichen, beabsichtige der Zar, seinen Gesandten von Peking nach Tientsin übersiedeln zu lassen. Gegenwärtig befänden sich sämtliche Vertretungen in Peking, ohne zu ahnen, mit welcher Regierung sie zu verkehren hätten. Niemand wisse, wer diese Regierung sei, und wo sie sich befinde. Es sei nun zu vermuten, daß die chinesische Regierung, wer auch immer das Ruder in die Hand bekommen möge, suchen werde, nach Peking zurückzukehren. Durch die Abreise der Gesandten werde dieses erleichtert. Die Mächte hätten ein Interesse daran, möglichst bald geordnete Zustände in China zurückkehren zu sehen, die erste Voraussetzung dafür sei eine starke chinesische Regierung, die ihren Willen im Lande . . . . . .* imstande, und mit der es demgemäß möglich sei, zu unterhandeln. In Tientsin habe man die Gesandten und Landsleute in sicherem Schutze und könne zunächst mit Ruhe ansehen, wie sich aus dem gegenwärtigen verwirrten von selbst durch die Macht der Verhältnisse geordnete Zustände entwickeln. Rußland betrachte seine Aufgabe nicht darin, China zu reorganisieren und eine neue Regierung oder gar eine neue Dynastie dem Lande aufzuoktroyieren, sondern mit d e r Regierung zu verhandeln, die Garantie für die Zukunft bietet.

Seine Regierung, fuhr Graf Lamsdorff fort, habe die feste Absicht — und er lege den größten Wert darauf, dieses mir gegenüber formell und auf das bestimmteste zu wiederholen —, sich peinlich genau an die zwischen den Mächten vereinbarten Punkte zu halten und vor allem eine Aufteilung Chinas zu verhüten. Er gebe mir daher die rückhaltlose Versicherung, daß Rußland Teile der Mandschurei und Niutschwang nicht zum Zwecke der Besitzergreifung okkupiert habe; sobald es die Verhältnisse erlaubten und geordnete Zustände geschaffen, würde Rußland sich von diesen Punkten zurückziehen. Es sei g e g e n seinen Willen gezwungen worden, zum Schutz der Bahnen Niutschwang zu besetzen und ebenso wider Willen in der Mandschurei vorzugehen, weil die Vizekönige die russischen Truppen angegriffen und auf eigene Faust die Feindseligkeiten eröffnet hätten. Der Graf schloß die Unterredung, indem er nochmals mit Wärme hervorhob, daß es der aufrichtige Wunsch seines kaiserlichen Herrn und nicht minder sein eigenes ehrliches Bestreben sei, gemeinsam mit uns bei Wiederherstellung der Ordnung in China vorzugehen und keine

* Zifferngruppe fehlt.

Zweifel an den ehrlichen Absichten Rußlands aufkommen zu lassen. Um jeder Mißdeutung dieses Schrittes den Boden zu entziehen, habe Kaiser Nikolaus ihn daher beauftragt, mir diese Eröffnung mit dem Ersuchen um sofortige Meldung an die Kaiserliche Regierung zu machen.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 4622

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Gesandten von Derenthall

Reinschrift

Berlin, den 27. August 1900

Rußland, insbesondere der Minister Witte, möchte das Budget für Ostasien möglichst einschränken, möchte erreichen, daß die Provinz Tschili und speziell Peking nicht mehr der Tummelplatz für die Truppen aller Mächte des Erdballs ist, und möchte endlich last not least sich den Chinesen als der Beschützer Chinas darstellen — diesem dreifachen Ziele glaubt die russische Regierung durch das Projekt näher zu kommen, welches Graf Lamsdorff dem deutschen Vertreter entwickelt hat*.

Vielleicht ist es nur ein zufälliges Zusammentreffen, daß in dem Augenblick, wo Graf Lamsdorff die Absicht durchblicken läßt, die russische Sonderpolitik von der seitens der Mächte bisher gewahrten Interessengemeinschaft zu trennen, die Japaner auch ihrerseits Sonderinteressen durchblicken lassen, indem sie zur Besetzung von Amoy Anstalten machen.

Dem deutschen Interesse entspricht diese übereilte Räumung von Peking in keiner Weise, und es dürfte daher unsere Antwort an die russische Regierung in folgende Form zu bringen sein:

„Der erste kleine Rückzug der Truppen unter Admiral Seymour habe den Chinesen Mut gemacht und dadurch den Charakter der chinesischen Unruhen verschlimmert; erst nach dem Rückzuge des Admirals hätten die Ermordungen von Fremden und die Metzeleien chinesischer Christen so recht angefangen. Der jetzt von der russischen Regierung ins Auge gefaßte Rückzug im großen Maßstabe — denn offenbar sei doch die vollständige Räumung von Peking auch seitens der fremden Truppen gemeint, da die Sicherheit der Fremden in Peking, solange die Truppen dort blieben, gewährleistet sein würde — dieser große Rückzug also würde von den Chinesen nicht entsprechend der russischen Inspiration, sondern nach ihrer eigenen Weise ausgelegt

* Vgl. Nr. 4621.

werden und gradezu Größenwahn bei ihnen erzeugen. Damit wäre eine neue Serie von Morden und Scheußlichkeiten gegen Fremde wie gegen chinesische Christen eingeleitet, und man würde vor unabsehbaren Verwickelungen stehen, welche schließlich die Zerstückelung Chinas und den Weltkrieg näherbringen würden, als für uns wünschenwert sei. Deshalb müsse sich die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers — im Interesse der in China lebenden Fremden, wie auch im Interesse Chinas und im Interesse des Weltfriedens — gegen eine verfrühte Räumung von Peking aussprechen, d. h. gegen eine solche, welche vor Herstellung einer festen staatlichen Ordnung erfolge."

Alle Kenner Chinas sind darüber einig, daß die Chinesen für die Räumung einer einmal besetzten wichtigen Stellung, namentlich wenn diese Räumung mit einer gewissen Eile erfolgt, unter keinen Umständen ein anderes Motiv gelten lassen als die Furcht. In ganz China würde die Ansicht unausrottbar sein, daß die fremden Soldaten aus Furcht vor den Chinesen geflohen seien, und man würde infolgedessen eine allgemeine Fremdenhetze in den mittleren und südlichen Provinzen Chinas erleben. England, Amerika und Frankreich können eine solche Katastrophe, bei welcher ihre zahlreichen Missionare und Händler zugrunde gehen würden, vernünftigerweise nicht herbeiführen wollen.

Was Japan anlangt, so läßt der Umstand, daß es seine Aufmerksamkeit nicht auf Korea, sondern auf das in der englisch-amerikanischen Zone gelegene Amoy richtet, die Annahme zu, daß es sich neuerdings mehr den russischen Anschauungen genähert hat.

Daß die übereilte Räumung von Peking dem d e u t s c h e n Interesse in keiner Hinsicht entsprechen würde, daß der russische Wunsch, sich dem deutschen Oberbefehl zu entziehen, vielleicht der Vater des ganzen Projekts ist*, bedarf keiner Ausführung. Unser Interesse weist uns auf die Seite derjenigen Mächte — wenn auch nur zu gelegentlichem zwanglosen Zusammengehen —, welche die chinesische Frage nicht übers Knie brechen, sondern dieselbe in allen Einzelheiten gründlich erledigen wollen. Hoffentlich finden sich solche Mächte, denn vereinzelt kann Deutschland nur im Zustande der Ruhe bleiben, beim Vorgehen braucht es Gesellschaft. Daß wir dem plötzlich aufgetauchten Plan der russischen Regierung mit seinen bösen und nachteiligen Konsequenzen keinen Vorschub leisten, und daß wir dies auch den Russen sagen, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Was aber weiter zu geschehen hat, wird davon abhängen, wie die übrigen Mächte, welche gleich uns Handeltreibende und Missionare in China

---

* Dieser Eindruck waltete auch in England vor. Wie Graf Hatzfeldt am 28. August durch Telegramm Nr. 537 meldete, warf Unterstaatssekretär Bertie sofort die Frage auf, ob und welchen Einfluß die russische Schwenkung auf das Oberkommando des Grafen Waldersee ausüben werde.

zu schützen haben, sich zu dem russischen Vorschlage stellen. Solange derselbe seinen vertraulichen Charakter behält, können wir ihn mit dritten Regierungen nicht erörtern. Aber in den nächsten Tagen haben wir die Antwort von Lord Salisbury auf die ihm vom englischen Botschafter übermittelten Äußerungen unseres allergnädigsten Herrn zu erwarten*, und wie die Antwort auch ausfallen mag, werden wir nachher über die Stellung Englands zu den chinesischen Dingen ein bestimmteres Urteil haben als heute.

Schließlich sei noch kurz die Zusicherung erwähnt, daß die russische Regierung sowohl Niutschwang wie überhaupt die Mandschurei räumen werde, „sobald die Verhältnisse es gestatten". Dieser Erklärung ist wohl keine größere Tragweite beizulegen als dem gleichlautenden Versprechen, welches England vor 18 Jahren bei der Besetzung von Ägypten gab.

v. Derenthall

Nr. 4623

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 297 — Berlin, den 28. August 1900
[abgegangen am 29. August]

Heute ist hier russisches Zirkular** übergeben worden, wo vorgeschlagen wird, zur Förderung der Wiederherstellung geordneter Zustände im Chinesischen Reiche die Gesandtschaften sowie alle übrigen Fremden demnächst aus Peking zu entfernen und unter militärischer Bedeckung nach Tientsin übersiedeln zu lassen. Der fernere Aufenthalt fremder Truppen in Peking würde nach russischer Auffassung dann überflüssig werden, weil niemand dort mehr zu beschützen wäre. Auf diese Weise würde nach dem Vorschlag des Kabinetts von St. Petersburg Peking wieder den Chinesen überlassen, welche, wie die russische Regierung hofft, dort schneller als anderswo eine feste Regierung würden organisieren können.

Die deutsche Regierung fürchtet, daß eine beschleunigte Räumung der chinesischen Hauptstadt von den Chinesen falsch ausgelegt werden und, anstatt das Aufhören der Feindseligkeiten zu erleichtern, vielmehr den Mut der fremdenfeindlichen Partei steigern und zu neuen Metzeleien und zur Ausbreitung der anarchischen Zustände führen würde.

---

* Vgl. Nr. 4617.
** Vgl. Nr. 4620, S. 101, Fußnote **.

Indessen wünscht die deutsche Regierung ihre Antwort auf das russische Zirkular möglichst so einzurichten, daß Zwiespalt unter den beteiligten Mächten tunlichst vermieden wird, weil sie in dem Zusammengehen aller beteiligten Kabinette die Hauptgewähr für die Vermeidung größerer Verwickelungen erblickt. Eine Zurückziehung der Truppen aus Peking würde nach diesseitigem Erachten nur dann zulässig sein, wenn eine solche durch Gründe militärischer Notwendigkeit gerechtfertigt und geboten erscheint.

Ew. wollen daher nach Ihrem Ermessen durch mündliche oder schriftliche Anfrage feststellen, wie die dortige Regierung über die vom Petersburger Kabinett vorgeschlagene schleunige Räumung von Peking denkt.

Bitte Drahtantwort*.

Bülow

Nr. 4624

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 305 St. Petersburg, den 29. August 1900

Militärattaché meldet nach Unterredung mit Kriegsminister:

„General Linewitsch hat soeben Befehl erhalten, mit allen in Peking befindlichen russischen Truppen nach Tientsin zurückzugehen, sobald russischer Gesandter Peking verläßt. General Kuropatkin teilt nicht die Auffassung des Grafen Lamsdorff, daß auch die anderen Mächte gut tun würden, ihre Truppen von Peking zurückzuziehen; in diesem Falle werde man sich möglicherweise gezwungen sehen, Peking ein zweites Mal zu erobern. In Tientsin verbleiben an russischen Truppen bis zum Eintreffen des Grafen Waldersee zwei Brigaden zu je drei Schützenregimentern mit Reiterei, Artillerie, Belagerungs- und

* Nach Freiherrn von Eckardstein (a. a. O. II, 195) hätte er außerdem von Holstein die kurze Instruktion erhalten: „Versuchen Sie die Engländer unter allen Umständen in Peking festzuhalten.“ Was Eckardstein in seinen Memoiren über seine Bemühungen in dieser Richtung, speziell bei Lord Salisbury, Chamberlain und dem Herzog von Devonshire erzählt, findet weder in den Akten noch in irgendwelchen Briefen Eckardsteins eine Stütze und erweckt schon deshalb Zweifel, weil die genannten drei englischen Minister von London abwesend waren. Nach den Akten fanden die Erörterungen zwischen der deutschen Botschaft und dem Foreign Office zu Ende August allein durch das Medium des Unterstaatssekretärs Bertie statt. Vgl. Nr. 4629, 4631 und 4638. Überhaupt erheben sich bei einem Vergleich zwischen den Akten und der Eckardsteinschen Darstellung gegen dessen Zuverlässigkeit starke Bedenken.

Ingenieurpark. Gegenwärtig bearbeitet Kriegsminister eine Instruktion, welche das Verhältnis der russischen Truppen in Provinz Petschili zum Oberkommandierenden Waldersee regelt, und die sich an ähnliche Vorgänge in den Befreiungskriegen und im ungarischen Revolutionskrieg * anschließt. Danach erhält Graf Waldersee Anordnung und Leitung der Operationen, während Administration und innerer Dienst den russischen Befehlshabern vorbehalten bleibt. Die operative Verwendung der russischen Truppen beschränkt sich jedoch auf die Linie Taku—Peking und die Richtungen nördlich, nordöstlich und östlich dieser Linie bis zur Grenze der Mandschurei. Operationen westlich der Linie Taku—Peking machen die russischen Truppen nicht mit. ‚Là nous n'avons rien à faire', fügte General Kuropatkin erläuternd hinzu.

Kriegsminister bemerkte noch, daß es bei Eintritt des Winters notwendig werden könne, Operationsbasis von Taku nach günstigerem Punkt, vielleicht Schanhaiguan, zu verlegen. Zum Schluß wiederholte General Kuropatkin die schon früher ausgesprochene Bitte, ihn auch über unsere operativen Maßnahmen und Absichten dauernd zu orientieren."

Radolin

Nr. 4625

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 307 St. Petersburg, den 30. August 1900

Graf Lamsdorff wiederholte mir seine an Graf Brockdorff-Rantzau am Sonntag gemachten Äußerungen ** und teilte mir mit, daß er weder von Berlin noch von England eine Antwort auf seine Zirkularnote bisher erhalten habe. Er sprach die Hoffnung aus, daß wir die Richtigkeit der russischen Auffassung[1] anerkennen würden. Der Kaiser hätte befohlen, Herrn von Giers anzuweisen, mit den Mitgliedern der Gesandtschaft und den russischen Untertanen (etwa 150 Personen) unter dem Schutze der russischen Truppen sich nach Tientsin zu begeben und dort zu bleiben.

---

* Im Jahre 1849 war bekanntlich ein russisches Heer unter General Paskewitsch den Österreichern zu Hilfe gekommen, um den ungarischen Aufstand niederzuschlagen.

** Vgl. Nr. 4621.

General Linewitsch hat den Befehl erhalten, sich mit dem Gesandten über die Abreise zu verständigen.

Der Kaiser wünsche, fuhr Graf Lamsdorff fort, zu konstatieren, daß er an dem bisherigen Programm (den bekannten vier Punkten) * festhalte. Der beste Beweis, daß sich Rußland mit China nicht im Kriege befinde [2], sei, daß der Zar bestimmt erkläre, das chinesische Territorium (Niutschwang etc.) zu räumen, sobald geordnete [3] Verhältnisse hergestellt sein würden. Nicht einen Fuß breit chinesischen Territoriums wolle Rußland annektieren [4]. Der Zug nach Peking sei ein übereilter Schritt des dortigen Generals, den der Kaiser aufs schärfste mißbillige. Nachdem er einmal geschehen, könne er nicht rückgängig gemacht werden [5], seitdem durch Befreiung der Gesandten der erste und wichtigste Punkt des ursprünglichen russischen Programms erfüllt sei. Zur Begründung berief sich der Graf auf die früher von ihm dem Grafen Brockdorff-Rantzau gegenüber bezeichneten Gesichtspunkte: Erleichterung der Konstituierung einer einheimischen Regierung in Peking, ganz gleich unter welchem Mitgliede der Dynastie. Außerdem falle für den Gesandten die raison d'être weg, in Peking zu residieren, wo keine Regierung, bei der er beglaubigt. Mit 15 000 Mann könne Peking in den gegenwärtigen Wirren nicht dauernd gehalten werden. Von Tientsin aus könne, wenn Graf Waldersee hinkommt, abgewartet werden, wie sich die Verhältnisse gestalten, und ob es dann noch erforderlich sein würde, mit der gesamten Macht der inzwischen eingetroffenen vereinigten Kontingente einen neuen rückhaltigen Vorstoß [6] in das Innere zu machen. In der Zwischenzeit müsse man den Chinesen überlassen, ihre Wirren in Ordnung zu bringen [7]. Auf die Befreiung der christlichen Chinesen könne kein Bedacht genommen werden.

Über die Vermittlerrolle [8] Li-Hung-Tschangs äußerte sich Graf Lamsdorff dahin, daß Rußland an sich auf die Persönlichkeit keinen Wert lege. Vorläufig schiene er ihm der geeignetste. England habe sich günstig für Li-Hung-Tschang geäußert, und Amerika insistiere sogar auf seine Vermittelung.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nein! Sie ist sogar sehr fehlerhaft! Aber man kann sie verstehen

[2] also kann es doch keine Friedensverhandlungen anknüpfen wollen!!

---

* Sie waren in der Zirkularnote vom 26. August dahin definiert: 1⁰ Conserver l'entente générale des Puissances. 2⁰ Rétablir le statu quo ante du régime gouvernemental en Chine, 3⁰ Ecarter tout ce qui pourrait conduire au démembrement de la Chine, 4⁰ Amener par des efforts communs le rétablissement d'un Gouvernement légal à Pékin, Gouvernement qui soit à même de garantir au pays l'ordre et la paix. Vgl. Nr. 4620, S. 101, Fußnote **.

[3] also vielleicht in einigen Jahren!? und dann wird man die Russ[ische] Flagge nicht mehr niederholen wollen

[4] Nein! Aber die Chinesen sollen es ihm schenken! Haben wollen und müßen sie es

[5] ebensowenig wie die Besetzung von Niu-tschwang und der Mandschurei

[6] !!! der rechte, bornirte Civilbeamte der Diplomatie!! die verhältnißmäßig leicht eroberte Hauptstadt des Feindes soll geräumt werden, um eventuell durch einen „neuen rückhaltigen Vorstoß“ mit Strömen von Blut neu erstürmt zu werden! Der Himmel bewahre einen Monarchen vor solchen Rathgebern!

[7] und wenn dabei alle Europ[äischen] Kaufleute und Firmen zu Grunde gehen, ist es auch egal

[8] !

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der Trugschluß Lambsdorffs liegt darin, daß er sagt, Rußland sei nicht im Kriege, habe die Mandschurei zwar besetzt, wolle sie aber nicht halten, und wolle Friedensverhandlungen anfangen. Einen solchen Quatsch kriegt bei uns schon ein auf sich haltender Legationssekretär nicht mehr fertig! Russland hat orbi und urbi erklärt, China soll nicht aufgetheilt werden; darauf nimmt es den Vertragshafen Niutschwang und heißt sogar dort seine Flagge unter ausdrücklicher Abschaffung der Chinesischen Regirung; die Amur Linie und fällt in das Stammland der Regirenden Dynastie ein! Dadurch hat es sich wissentlich ins Unrecht gesetzt und möchte das wieder ungeschehen machen, ohne dabei die Vortheile zu verlieren. Die sog[enannten] „Friedensverhandlungen“ mit dem so sehr passenden Li-Hung-Chang die sollen die „Freundschaft“ zwischen Russland und China der Welt dokumentiren, und durch diesen Mann soll dann auf „gewisse Zeit“ zum „Schutz der Bahn“ die Mandschurei ihnen „überlassen“ bezw. „geschenkt“ werden, wenn sie dafür die Fremden von weitren Repressalien abhalten und aus Peking herausbringen! Daher der große Eifer im Verlassen von Peking. Da also die „Friedensvorschläge“ in Wirklichkeit nur verdeckte Schenkung der Mandschurei an Russland auf Kosten der andren Mächte bedeuten, so können wir eben nicht darauf eingehen. Wir müssen Garantieen für unsre Kaufleute, Firmen, Settlements pp. von der Kaiserin direkt bekommen und für absolute Ruhe im Westen und Yangtse Sorge tragen. Das natürlich läßt die Russen kalt. Dem Kaiser v[on] Russland muß die „Friedens“Idee dadurch etwas verleidet werden, daß ihm immer wiederholt wird, daß S[eine] M[ajestät] zu Anfang der Affaire ausdrücklich erklärte, er mache keinen Krieg, sondern werfe Rebellen gegen die Autorität der Zentral Regierung I[hrer] M[ajestät] der Kaiserin nieder! Also kann S[eine] M[ajestät] mit solchen Kerls doch niemals Frieden schließen, d. h. mit der Rebellion paktiren. Sondern es muß auch hier nach demselben Prinzip verfahren werden wie seinerzeit in Ungarn und nur dieselbe Lösung angestrebt werden „China liegt zu den Füßen Ew. Majestät.“* Thut er das nicht, so müßen wir andren es thun; und er — der Kaiser — zeigt klar, daß er falsches Spiel treibt und nur auf die Intressen der Erwerbung der Mandschurei geht. Man kann das vom Russ[ischen] Standpunkt verstehen, aber das lässt uns wieder kalt. Will er das ausführen, so geschehe es, aber er soll uns dann in unsrer Lösung ebenfalls nicht stören. Wir haben dadurch freie Hand mit England und Japan uns auseinander zu setzen. W.

---

* Variation der Worte des General Paskewitsch zu Nikolaus I.: „Ungarn liegt usw.“

Nr. 4626

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 308 St. Petersburg, den 30. August 1900

Wie ich soeben aus sicherer Quelle erfahre, hat französische Regierung auf die jüngste russische Zirkularnote bereits dahin geantwortet, daß sie gegen vorläufige Verlegung der Gesandtschaften von Peking nach Tientsin keine Einwendung erhöbe, dagegen Bedenken tragen müsse, die Truppen im gegenwärtigen Augenblick aus Peking zurückzuziehen [1].

In Wien ist man anscheinend geneigt, auf den russischen Vorschlag bezüglich Übersiedlung der diplomatischen Vertretungen einzugehen [2].

Der hiesige japanische Gesandte hat noch keine Instruktionen aus Tokio, sieht Aufgeben Pekings als schweren militärischen Fehler an [3] und zweifelt an Zustimmung seiner Regierung.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] ob die Gesand[t]schaften in Tientsin oder Peking sind, ist egal; ich halte es militairisch für besser, wenn sie Peking verlassen, da dort noch Kämpfe erwartet werden, sie also im Wege sein würden, und sie doch nichts zu thun haben. Unsrer ist ja in Schanghai sehr am Platz.

[3] richtig

Nr. 4627

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 30. August 1900

Nach Eingang des neuesten russischen Zirkulars, worin, als schnellstes Mittel zur Wiederherstellung geordneter Zustände im Chinesischen Reiche, vorgeschlagen wird, die Gesandtschaften sowie alle übrigen Fremden demnächst aus Peking zu entfernen und unter militärischer Bedeckung nach Tientsin übersiedeln zu lassen, hatte ich sofort Euerer Majestät Vertreter in London, Paris, Washington, Wien, Rom und Tokio telegraphisch aufgefordert, die Auffassungen der dortigen Regierungen über den russischen Vorschlag zu ermitteln. Dabei hatte ich auf die Gefahr hinweisen lassen, daß eine beschleunigte Räumung der chinesischen Hauptstadt von den Chinesen falsch ausgelegt werden und, anstatt das Aufhören der Feindseligkeiten zu er-

leichtern, vielmehr den Mut der fremdenfeindlichen Partei steigern und zu neuen Metzeleien sowie zur Ausbreitung der anarchischen Zustände führen könne. Über die voraussichtliche Stellung Euerer Majestät Regierung zu der Sache waren Euerer Majestät Vertreter nur so viel anzudeuten ermächtigt, daß wir unsere Antwort an Rußland so einzurichten streben würden, daß ein Zwiespalt unter den beteiligten Mächten tunlichst vermieden werde, weil wir in dem Zusammengehen aller beteiligten Kabinette die Hauptgewähr für die Vermeidung größerer Verwickelungen erblickten. Eine Zurückziehung der Truppen aus Peking erachteten wir prima vista nur dann für zulässig, wenn eine solche durch Gründe militärischer Notwendigkeit[1] gerechtfertigt und geboten erscheinen sollte.

Während aus Tokio eine Antwort noch aussteht und die Antwort aus Washington nur ergibt, daß die dortige Regierung bis jetzt noch keinerlei Entschließung zur Sache gefaßt oder eingeleitet hat, lassen die Meldungen aus Wien, Rom, London und Paris mit ziemlicher Deutlichkeit die voraussichtliche Stellung der dortigen Regierungen erkennen.

Was zunächst die österreichisch-ungarische Regierung anbelangt, so hat Graf Goluchowski dem Grafen Kapnist gleich bei Mitteilung des russischen Vorschlags eingewendet: „Die Mächte, in erster Linie Rußland, hätten dem Oberkommando des Feldmarschalls Grafen von Waldersee für die Provinz Petschili zugestimmt, dies involviere doch, daß auch das russische Detachement in Peking zur Verfügung dieses Generals gehalten werde; wie stimme aber dazu der Befehl, nach Tientsin zu marschieren?" Euerer Majestät Geschäftsträger in Wien nimmt danach an, daß nach Graf Goluchowskis Auffassung die Frage der künftigen Verwendung der jetzt in Peking befindlichen Truppen eine militärische[1] ist und der Entscheidung des Grafen Waldersee vorbehalten bleiben sollte. Betreffs I t a l i e n s hat nach Meldung des Grafen Castell * der Marquis Visconti Venosta sich zu Herrn Fusinato ** vorläufig dahin ausgesprochen: Er erachte es für bedenklich, die Truppen der verbündeten Mächte aus Peking zurückzuziehen, einmal aus materiellen Gründen und weiter wegen des moralischen Eindrucks auf die Chinesen[1]. Ein solcher Schritt setze die Übereinstimmung aller beteiligten Mächte voraus. Herr Fusinato glaubt, daß ebenso wie er selbst auch Herr Visconti Venosta vollkommen die Ansicht von Euerer Majestät Regierung teile, und hat eine definitive Äußerung hierüber in Aussicht gestellt. Was die e n g l i s c h e Regierung anbelangt, so war bis jetzt in London nur festzustellen, daß der Unterstaatssekretär Mr. Bertie gegen den russischen Vorschlag eingenommen ist und denselben für nachteilig[1] hält. Er glaubt, daß Lord Salisbury zunächst

---

* Geschäftsträger in Rom.
** Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium des Äußern.

zur Beratung der Frage ein Ministerkonseil berufen werde. Frankreichs Stellung betreffend meldet Euerer Majestät Geschäftsträger in Paris: „Herr Delcassé, den ich heute gelegentlich des üblichen Empfangs sprach, sagte mir, daß er nach Erhalt des russischen Zirkulars gestern abend sogleich nach Peking an Herrn Pichon telegraphiert hätte, um dessen Ansicht einzuholen. Minister der Auswärtigen Angelegenheiten erklärte, bezüglich des russischen Vorschlags zweierlei zu unterscheiden: Die Frage der Übersiedelung der Legationen nach Tientsin[2] und die Zurückziehung der Truppen. Die Übersiedelung der Gesandten schiene ihm, seinem ersten Eindruck nach, nicht bedenklich zu sein, da es doch für die Beteiligten unter den jetzigen Umständen schwierig sei[1], die nächste Zeit ohne Wohnung und gesicherte Lebensbedingungen in Peking zu verweilen. Anders läge die Sache bezüglich der Truppen. Über diesen Vorschlag könne er, eben erst von seiner Wahlreise zurückgekehrt, nicht hinreichend urteilen. Herr Delcassé berechnete, daß nach seinen bisherigen Erfahrungen die Telegramme nach Peking neun Tage und zurück ebensoviel brauchten[3]. Herr Delcassé hatte z. B. ein Telegramm vom 17. erst gestern erhalten. Die russische Anregung werde daher kaum sehr rasch beantwortet werden können. Dem ganzen Eindruck nach glaube ich, daß Herr Delcassé vorläufig sich über den russischen Vorschlag eine bestimmte Meinung noch nicht gebildet hat, daß er bis jetzt aber eher dagegen als dafür ist, jedoch — da derselbe von russischer Seite kommt — ihn nicht direkt ablehnen, sondern eventuell durch dilatorische Maßregeln umgehen möchte, wie er dies auch in früheren gleichen Fällen getan hat, z. B. seinerzeit gegenüber dem russischen Vorschlage, ein detachiertes Korps unter weißer Flagge nach Peking zu senden. Ich finde eine Bestätigung dafür, daß dies augenblicklich hier die Sachlage ist, in den Anschauungen des Kabinettschefs des Herrn Ministers, welche vertraulich die vorgeschlagene Maßregel für unpraktisch und für die Truppen deprimierend erklären. Ein sofortiges Eingehen auf den russischen Vorschlag würde überdies, wohl nicht zum Vorteil der Regierung, von den nationalen Parteien ausgebeutet werden, die in einem trotz der bisherigen Siege übereilten Zurückziehen der französischen Truppen ein zweites Faschoda erblicken könnten."

Aus dem ehrfurchtsvollst Vorgetragenen geht meines alleruntertänigsten Dafürhaltens hinreichend hervor, daß bei den Mächten, namentlich auch bei Frankreich und England, erhebliche Bedenken gegen den russischen Vorschlag bestehen[2], daß aber keine derselben mit einer direkten Ablehnung hervorzutreten wünscht. Somit dürfte es sich auch unsererseits empfehlen, uns mit der Antwort auf das russische Zirkular nicht zu übereilen und womöglich erst noch das Ergebnis des englischen Ministerkonseils abzuwarten[2]. Daß die Russen für sich allein aus Peking herausgehen würden, ohne eines

gleichen Verhaltens der übrigen Mächte sicher zu sein[4], möchte vorerst noch zu bezweifeln sein. Ohne besondere Bedenken würde vielleicht auch für uns die Idee des Herrn Delcassé sein, zwar die Gesandtschaften zurückzuziehen, die Truppen aber in Peking zu belassen[2].

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Die Gesandten können unbedenklich hinaus. Die Truppen müßen, bis Waldersee kommt, absolut Peking besetzt halten W. 31/VIII 1900

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Richtig

[2] ja

[3] ahem!

[4] ja, das werden sie, glaube ich doch thun! Um die Chinesen zu kaptiviren!

Nr. 4628

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Aide Mémoire. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet. Am 1. September dem russischen Botschafter mitgeteilt

Berlin, le 1 septembre 1900

Les vues du Gouvernement Impérial sur la situation en Chine et sur la politique allemande à y suivre ont été communiquées au Cabinet de St. Pétersbourg par le Comte de Bulow et le Prince de Radolin déjà aux mois de juin et de juillet et ont rencontré de la part du Gouvernement Impérial de Russie un assentiment qui vous a été exprimé à mainte reprise. Depuis ce temps nos vues n'ont subi aucun changement. Le Gouvernement Impérial ne poursuit et n'a poursuivi, dès le commencement de la crise chinoise, aucun autre but que le rétablissement prompt et durable de l'ordre en Chine. Il y a plein et entier accord entre les gouvernements d'Allemagne et de Russie sur ce but. Toute mesure propre à atteindre ce but le plus vite possible trouvera le consentement et l'appui de l'Allemagne. Toutefois le Gouvernement Impérial doute que le rappel des troupes internationales de Pékin aurait, dans les circonstances actuelles, le résultat voulu et espéré. Le Gouvernement Impérial craint qu'une évacuation précipitée de la capitale chinoise par les troupes internationales ne soit mal interprêtée par les Chinois et, au lieu d'amener la pacification tant désirée, n'encourage le parti hostile aux étrangers à de nouveaux massacres, et à la propagation de ses menées anarchiques. L'abandon des chrétiens chinois au sort épouvantable, qui leur est sûr dans ce cas, produirait en outre une impression des plus déplorables dans tous les pays. Ces réflexions porteraient à

croire que le rappel des troupes internationales de Pékin, étant probablement nuisible à la cause commune de la civilisation, ne devrait être effectué que dans le cas, où des raisons militaires supérieures rendaient inévitable une telle mesure.

D'un autre côté le Gouvernement Impérial, comme il l'a souvent déclaré, met la plus grande valeur à ce que tout semblant de désaccord entre les puissances intéressées en Chine soit scrupuleusement évité, parce qu'il voit dans la plus parfaite harmonie entre les puissances la garantie principale contre des complications plus graves. Le Gouvernement Impérial a surtout à cœur de maintenir l'accord si étroit qui existe heureusement entre les gouvernements allemand et russe en Chine. Suivant ce dernier ordre d'idées le Gouvernement Impérial est prêt à rappeler le personnel de sa légation de Pékin surtout dans le cas où les autres grandes puissances feraient de même.

Quant aux troupes allemandes, se trouvant actuellement à Pékin, le Gouvernement Impérial, pour les motifs exposés ci-dessus, se voit dans l'impossibilité d'assumer la responsabilité des conséquences d'une évacuation prématurée. Ces troupes resteront donc à Pékin en tant que des raisons d'ordre militaire n'exigent pas absolument leur départ.

Nr. 4629

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 545 London, den 31. August 1900

Russischer Geschäftsträger hat heute wieder auf dem Foreign Office um Antwort auf das russische Zirkular gebeten. Der Unterstaatssekretär hat geantwortet, daß eine Rückäußerung Sir Claude MacDonalds * über seine Ansicht in der Evakuationsfrage noch nicht eingetroffen sei [1] und kaum vor Montag oder Dienstag zu erwarten stände. Ehe diese Rückäußerung eingetroffen sei, könne eine Antwort auf die Zirkularnote nicht erteilt werden.

Der Unterstaatssekretär bemerkte mir gegenüber vertraulich, daß es seiner Regierung gar nicht daran gelegen [2] sei, sich mit der Antwort an Rußland zu beeilen. Im übrigen glaubt er, daß Lord Salisbury auf den russischen Vorschlag nur eingehen werde, falls sich keine andere Lösung finden lasse, da es auf der Hand läge, daß Rußland durch seinen Vorschlag nur selbstsüchtige Zwecke verfolge. Auch werde seinen, des Unterstaatssekretärs, Beobachtungen zufolge Lord

* Englischer Gesandter in Peking.

Salisbury sich der Annahme Li-Hung-Tschangs als Unterhändler sowie der eventuellen Rückkehr der Kaiserin-Witwe nach Peking weiter widersetzen[3], da nur Rußland dadurch gewinnen könne. Ebenso werde England dem Versuche Rußlands entgegentreten, auch die Eisenbahnlinie zwischen Tientsin und Peking unter seine Kontrolle zu bringen, nachdem es bereits die Linie zwischen Taku und Tientsin in Händen habe.

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß das Mißtrauen und die Gereiztheit gegen Rußland hier stark im Zunehmen begriffen sind[4].

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ebenso wie Delcassé
[2] uns auch nicht
[3] richtig; ist unmöglich
[4] gut

Nr. 4630

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 562 St. Petersburg, den 31. August 1900

Der österreichische Botschafter sprach mir von der Unterhaltung, die Seine Majestät der Kaiser mit ihm am Geburtsfeste des Kaisers Franz Joseph gehabt, und hob dabei hervor, daß der Zar entschiedene Sympathien für China[1] bekundete. Seine Majestät bezeichnete die Befreiung der Gesandten als den Abschluß des ersten Teils des russischen Programms und ließ keinen Zweifel darüber, daß Rußland[2] jetzt nichts mehr in Peking zu suchen habe. Auch ließ der Kaiser durchblicken, daß für die russischen Truppen die eigentliche militärische Aufgabe in Petschili und fast auch in der Mandschurei beendet sei und nunmehr die diplomatische Aufgabe beginnen müsse[3].

Wenn ich diese Äußerungen des Kaisers Nikolaus mit dem vergleiche, was ich von allen Seiten höre, und worüber ich seit Beginn der chinesischen Wirren berichtet habe, so komme ich zu dem Schluß, daß Rußland mit Befriedigung den Moment für gekommen ansieht, die Hand aus dem Spiel zu ziehen. Es stimmt vollständig mit der russischen Politik, sich mit China nicht zu verfeinden und sich darauf zu beschränken, nur das Allernotwendigste zu tun, um in der Mandschurei namentlich die gefährdete Autorität wieder herzustellen.

Der befohlene einseitige Rückzug der Russen aus Peking macht den Eindruck, als wolle Rußland den Chinesen zeigen, daß es milder denkt als die übrigen Mächte[4] und nicht gewillt ist, sich an einer ferneren Aktion gegen China zu beteiligen. Es wäre eine Be-

stätigung dessen, was hier von Anfang an gesagt worden ist. Auch scheint mir wenig Aussicht vorhanden, daß Rußland, wenn die Truppen sich einmal nach Tientsin zurückgezogen haben werden, sich zu einer Wiederbesetzung von Peking entschließen sollte.

Nur dadurch läßt es sich erklären, daß Rußland eine so wichtige Position wie Peking aufgibt, daß es[5] China um jeden Preis schonen will. An die viel schwierigere Aufgabe, Peking von neuem zu erobern, denkt Rußland sicherlich nicht.

Selbst Frankreich findet, wie mir Marquis Montebello andeutet, den Rückzug aus Peking einen militärischen Fehler[6], und seine Regierung macht entschiedene Bedenken dagegen geltend.

Einen Beweggrund für Kaiser Nikolaus zu dem immerhin plötzlichen Entschluß des Rückzuges möchte ich auch auf die prinzipielle Abneigung des Kaisers gegen den Krieg und auf das Gefühl des Zaren zurückführen, sich durch die Haager Konferenz engagiert zu haben.

Ferner ist die Stellungnahme Wittes gegenüber den kriegerischen Verwickelungen und seine schroffe Ablehnung, die erforderlichen Mittel zur Kriegführung zu beschaffen, nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen Seiner Majestät gewesen.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Beruhend auf gänzlicher Unkenntniß der Lage und Hoffnung, die Mandschurei geschenkt zu kriegen

[2] vom speziellen Standpunkt mag sein! aber vom generellen hat es ein großes Interesse dazubleiben

[3] mit Rebellen!

[4] richtig

[5] aber außer ihm noch 4 andere Großmächte da, die große Interessen daran haben, China nicht zu schonen

[6] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das alles kann seinem Lande unendlich viel Schaden bringen

Nr. 4631

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 4. September 1900

Privat für den Herrn Staatssekretär oder seinen Vertreter*

In streng vertraulicher Unterhaltung sprach sich der Unterstaatssekretär Mr. Bertie offen dahin aus, daß man hier zwar ent-

---

* Graf Bülow war am 1. September wieder nach Norderney gefahren und wurde durch Freiherrn von Richthofen vertreten.

schieden gegen die Räumung von Peking sei, aber noch zu keinem Entschluß über die Behandlung des russischen Vorschlags kommen könne. Man wisse hier nicht, falls man die englischen Truppen in Peking lasse, ob und wie weit man dabei auf unsere Mitwirkung rechnen könnte. Namentlich Lord Salisbury, von dessen Entscheidung hier schließlich alles abhänge, hege die Besorgnis, daß wir, wenn es sich bei Verfolgung einer gemeinsamen Politik in Peking um die Vertretung einer den Russen unerwünschten Forderung handeln sollte, die Engländer im Stich lassen würden, um es mit den Russen nicht zu verderben. Von dieser Besorgnis beeinflußt, habe Lord Salisbury nicht den Mut, uns Vorschläge bezüglich übereinstimmender Haltung in Peking zu machen, von deren Annahme er nicht sicher sei, und die, falls man sich nicht einige, der englischen Regierung in Petersburg Verlegenheiten bereiten könnten. Mr. Bertie ließ dabei deutlich durchblicken, daß man hier auf ein Verbleiben in Peking mit uns und den Japanern — auf die man jetzt hier glaubt rechnen zu können — bereitwillig eingehen würde. Wenn es hierüber zu einer Einigung unter den drei Mächten käme, würde von vornherein ein Punkt in Erwägung zu ziehen sein, welcher nach hiesiger Auffassung für die Sicherheit der englischen Truppen in Peking von größter Bedeutung wäre, und über welchen Lord Salisbury daher vor allen Dingen eine Verständigung resp. gemeinsame Behandlung für notwendig halten würde. Dies betreffe die in russischen Händen befindlichen Bahnstrecken Taku—Tientsin und die Strecke Tientsin—Peking, welche die Russen jetzt ebenfalls in Besitz nehmen wollten, obwohl beide Bahnen mit englischem Gelde gebaut und finanziell zu England gehörten.

Lord Salisbury gehe von der Überzeugung aus, daß englische Truppen nicht mit Sicherheit in Peking bleiben könnten, wenn jene Bahnen nach dem Abzug der Russen aus Peking in russischen Händen blieben, während Rußland gleichzeitig in der Mandschurei eine dominierende Stellung einnehme. Er würde daher, falls es zu einer Verständigung zwischen uns kommen solle, jedenfalls auf die Zusicherung Deutschlands Wert legen müssen, daß Deutschland mit England zusammen für die Restitution dieser Bahnen eintreten, mindestens aber, falls sich dies bei der Strecke Taku—Tientsin als unmöglich herausstellen sollte, mit den Engländern zusammen dafür sorgen wolle, daß die Russen sich nicht auch der Linie Tientsin—Peking bemächtigten.

Selbstverständlich unterließ Mr. Bertie nicht, im Laufe der Unterhaltung hervorzuheben, in welche unangenehme Lage wir geraten würden, wenn wir in Peking allein übrig blieben. Welche Rolle würde Graf Waldersee dann bei seiner Ankunft spielen? Offenbar überrascht war Mr. Bertie, als ihm darauf erwidert wurde, daß die Entschlüsse der Kaiserlichen Regierung für diesen Fall mir noch unbekannt seien, daß sich aber der Fall wohl denken lasse, daß Graf Waldersee entweder rechtzeitig zurückberufen werden, oder daß er, wenn er bei seinem

Eintreffen Evakuation vollendet finde, selbst den Entschluß fassen würde, sich etwa nach Kiautschou zurückzuziehen und dort ruhig abzuwarten, ob und wie sich die Engländer und Russen auseinandersetzen würden. Diese Eventualität hat auf Mr. Bertie offenbar Eindruck gemacht, und er hat noch gestern abend spät darüber an Lord Salisbury telegraphiert *.

Mein Eindruck aus dieser Unterhaltung ist, daß hier, wie ich schon gemeldet, die Neigung zur Verständigung mit uns zugenommen hat, und daß auch Lord Salisbury sie jetzt teilt, soweit er dies mit seinen persönlichen Gefühlen vereinbaren kann, daß er aber auch heute noch von Mißtrauen erfüllt ist und sich nur dann zu einer offenen Aussprache und zu bestimmten Vorschlägen entschließen wird, wenn wir ihm ein gewisses Entgegenkommen zeigen. In dieser Hinsicht würde ich auch heute noch meinen letzten Vorschlag für den richtigen halten, daß Euere Exzellenz sich offen mit Sir Frank Lascelles aussprechen, welcher seinerseits zu rückhaltlosen Mitteilungen über die Wünsche und Bedenken des englischen Premierministers ermächtigt sein müßte.

Inzwischen sucht man hier noch Zeit zu gewinnen für Beantwortung des russischen Vorschlags, indem man sich auf die Notwendigkeit vorheriger Beratung mit Sir Claude MacDonald beruft **. Diese Antwort wird, wenn mich nicht alles täuscht, lediglich davon abhängen, ob man hier glaubt, zur Verständigung mit uns und daraufhin zu gemeinschaftlichem Verbleiben in Peking gelangen zu können. Nach allen Äußerungen Mr. Berties muß *** ich den Fall als beinahe ausgeschlossen betrachten, daß Lord Salisbury den Mut haben und daran denken würde, mit Japan allein in Peking zu bleiben, während Rußland die Verbindungsbahn von Peking und See sowie die Mandschurei besetzt hält, da er es sogar für den Fall des Zusammengehens mit Deutschland für notwendig hält, daß Rußland jene Bahn wieder aufgibt. Es erscheint mir daher jetzt höchst wahrscheinlich, daß Lord Salisbury, falls wir uns nicht verständigen, den russischen Vorschlag akzeptiert und Peking evakuieren wird, obwohl ein großer Teil der hiesigen öffentlichen Meinung und Presse sich dagegen ausgesprochen hat.

Ob der englische Premierminister, welcher nach seiner Gewohnheit uns dann für den Mißerfolg der englischen Politik verantwortlich machen würde, nicht die Annahme des russischen Vorschlags benutzen würde, um weiter zu gehen und sich auf unsere Kosten mit Rußland zu verständigen, wie er dies mehr als einmal versucht hat, läßt sich nicht mit Sicherheit voraussehen.

Hatzfeldt

---

* Vgl. dazu Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 195 f.

** Vgl. Nr. 4629.

*** In der Entzifferung irrtümlich: „müsse". Die Verbesserung nach einer Notiz von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet.

Nr. 4632

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein, z. Z. in Schanghai

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet.

Nr. 24 Berlin, den 5. September 1900

Es erscheint geboten, beizeiten schlüssig zu werden über die unsererseits China zu stellenden Friedensbedingungen. Als solche sind hier vorläufig zur Prüfung gestellt:

1. Exemplarische Bestrafung aller Schuldigen vornehmlich der höheren Klassen angehörigen Rädelsführer und Anstifter (auch Vermögenskonfiskation).

2. Schadensersatz einschließlich Geldentschädigungen an Verwundete und an Hinterbliebene getöteter Deutscher sowie Deckung aller der Kaiserlichen Regierung erwachsenen Kosten.

3. Entsendung einer chinesischen Entschuldigungsgesandtschaft mit einem kaiserlichen Prinzen nach Berlin.

4. Entsprechende Sühnezeremonie in Peking.

5. Maßregeln zur internationalen Kontrolle der chinesischen Finanzen behufs Sicherstellung der Schadenersatz- und Kostenforderungen.

6. Besetzung einzelner Plätze in Schantung bis zur Erfüllung aller Forderungen.

7. Eventuell auch Verpflichtung des Gouverneurs von Schantung, gewisse Handlungen, z. B. etwa Truppenbewegungen, Anlage von Befestigungen, nicht ohne unsere Zustimmung vorzunehmen.

Die speziell zur Sicherung der Gesandtschaften und Fremden erforderlichen Maßnahmen sind, weil alle Staaten gleichmäßig angehend, hier vorläufig nicht berührt.

Bitte die Frage auch Ihrerseits zu prüfen und mir demnächst Ihre Vorschläge zu drahten. Auch eine Bestimmung zugunsten der Missionare wäre erwünscht, mindestens etwa die nochmalige ausdrückliche Anerkennung des Grundsatzes, daß alle andren Missionaren zufallenden Vorteile ohne weiteres auch den deutschen zustehen.

Ich gebe anheim, Generalkonsul Knappe und Legationssekretär von Below zu befragen*.

Dabei selbstverständlich strenge Geheimhaltung erforderlich!

Richthofen

---

* In seinem Antworttelegramm Nr. 76 vom 17. September erklärte Mumm von Schwarzenstein die exemplarische Bestrafung der Schuldigen für unbedingt erforderlich. Zur Erwägung stellte er, ob nicht die Bestrafung der Hauptschuldigen zur Voraussetzung des Eintritts in Verhandlungen mit der

Nr. 4633

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiher von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Stettin

Ausfertigung

Nr. 11 Berlin, den 7. September 1900

Euer Hochgeboren gebe ich anheim, folgende Meldung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Washington * zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu bringen, welche die Schwierigkeiten [1] unserer derzeitigen diplomatischen Lage besonders illustriert:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten habe dieser Tage den ihm sehr nahestehenden früheren Sekretär der Haager Konferenz Holls empfangen. Letzterer habe darauf sofort den Freiherrn von Sternburg aufgesucht und ihm folgende Mitteilung gemacht: Es sei der lebhafte Wunsch des Präsidenten, die Chinafrage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, und der Präsident würde es gern sehen, wenn die deutsche Regierung hierin die Führerschaft übernehmen würde, da Deutschland in erster Linie in der Frage interessiert sei.

Freiherr von Sternburg hat Herrn Holls mit einer ausweichenden Antwort gedankt und am Tage darauf in einer Unterredung mit Unterstaatssekretär Hill das Gespräch auf China und die eventuelle Möglichkeit, die Frage durch einen Kongreß zu lösen, gelenkt. Hill äußerte sich darauf wie folgt: Die Aufgabe des Soldaten sei jetzt in China beendet, und der Diplomat müsse an seine Stelle treten [2]. Man habe Deutschland infolge seiner größeren Interessen in China die militärische Führerschaft erst überlassen, jetzt sei für Deutschland der Moment gekommen, in der Diplomatie die Führung zu übernehmen und zwar durch Zusammenberufung einer internationalen Konferenz in Berlin. Es sei keine Zeit zu verlieren. Die Lage gestalte sich täglich komplizierter [3] und die Möglichkeit von Verwicklungen werde immer größer. Die Entschlüsse der Kommission würden die Basis für fernere Verhandlungen mit China bilden, einstweilen müßten Detachements der Alliierten Peking und das eroberte Gebiet besetzt halten.

---

chinesischen Regierung gemacht werden solle: ein Gedanke, der dann in Berlin aufgenommen wurde (vgl. Nr. 4643). Die Entsendung einer chinesischen Entschuldigungsgesandtschaft nach Berlin hielt Mumm für erreichbar, für schwierig dagegen die Durchführung von Maßregeln zur internationalen Kontrolle der chinesischen Finanzen und überhaupt eine gründliche Finanzreform. Als das Haupterfordernis zur Sicherstellung der Schadenersatz- und Kostenforderungen erachtete der Gesandte eine wesentliche Erhöhung der Seezölle und die Beseitigung der den Einfuhrhandel schwer schädigenden Warensteuer (Likin).

* Freiherr Speck von Sternburg.

Rußlands Politik errege Verdacht. Dieses, bemerkte der Unterstaatssekretär, seien seine persönlichen Anschauungen. Auf die Frage des Geschäftsträgers, wie der Präsident einen derartigen Schritt Deutschlands aufnehmen würde, bemerkte der Unterstaatssekretär, er habe darüber nicht mit ihm gesprochen, aber ein paar Worte dürften die Frage erledigen, und er ließ erkennen, daß der Präsident gern darauf eingehen würde."

Richthofen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?! Ich sehe keine
[2] die Petersburger Phrase auswendig gelernt!
[3] Wenn Waldersee erst dort ist, wird sie bald geklärt sein! Ich habe keine Eile!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Dilatorisch beantworten und behandeln!
Die Konferenz ist Unsinn! Die ganz klar liegenden Verhältnisse können nur dadurch verwirrt werden! Wir bleiben in Peking und die Chinesen werden mores lernen! Die Generale haben noch immer das Wort! *

Nr. 4634

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 312 St. Petersburg, den 7. September 1900

Graf Lamsdorff erklärte mir heute mit besonderem Nachdruck und Wärme, daß es der innigste Wunsch des Kaisers Nikolaus sei, zwischen Berlin und Petersburg die aufrichtigsten und herzlichsten Beziehungen aufrechtzuerhalten und nicht im geringsten Schein eines nicht völligen Einvernehmens aufkommen zu lassen. Von diesen Gefühlen getragen hege der Zar die Überzeugung, daß die Kaiserliche Regierung die jüngsten Entschließungen Rußlands, Peking zu räumen, nicht mißverstehen wird. Der Kaiser lege den allergrößten Wert auf ein solidarisches Zusammengehen mit Deutschland. Beide Reiche verfolgen dasselbe Endziel in China. Eine vorübergehende Abweichung in der Art, wie dieses Ziel erreicht werden könne, schließe keineswegs eine Dissonanz in den Auffassungen beider Regierungen in sich.

Die russischen Truppen würden, meinte Graf Lamsdorff, in Tientsin die Ankunft des Feldmarschalls Grafen Waldersee erwarten und

---

* Bei dieser Auffassung blieb der Kaiser auch, als der Unterstaatssekretär Hill Mitte September nochmals auf den Vorschlag einer internationalen Konferenz zurückkam. Der Kaiser bemerkte zu dem diesbezüglichen Telegramm des Geschäftsträgers Freiherrn Speck von Sternburg: „Es bleibt bei meiner Entscheidung."

die ersten sein, ihn mit allen Ehren zu empfangen und sich ihm als dem Befehlshaber unterzuordnen, um den Chinesen gegenüber ihre Solidarität mit Deutschland sowie mit den anderen vereinigten Truppen zu dokumentieren. Die Chinesen würden dann wohl die Illusion verlieren, als wolle sich Rußland zugunsten Chinas von den übrigen Mächten isolieren.

Ohne mich weiter zu seiner Auffassung bekehren zu wollen, setzte der Graf mir des längeren auseinander, daß nur durch die Räumung Pekings und die Konzentrierung der Truppen in Tientsin die so wichtige und wünschenswerte Rückkehr einer geordneten Regierung und deren Oberhauptes nach Peking möglich wäre. Es schiene unter den einflußreichen Chinesen die Neigung zu bestehen, die Kaiserin zu bewegen, die Residenz dauernd nach dem überaus anziehenden Singa zu verlegen. Dem müsse möglichst vorgebeugt werden. In welche Lage kämen die in Peking befindlichen fremden Truppen, wenn sie gezwungen sein sollten, längere Zeit das von der Regierung verlassene Peking zu behaupten und die Polizei daselbst zu halten? Die Verhandlungen mit China, um die Verhältnisse mit den Mächten zu regeln und einen modus vivendi für die Zukunft zu schaffen, können wirksam nur in Peking geführt werden. (Graf Lamsdorff betonte das bloße Wort „Verhandlungen", denn von „Friedens"-verhandlungen könne nicht die Rede sein, da es keinen Krieg gäbe). Die Delegierten der Mächte würden durch die Anwesenheit der Truppen in Tientsin einen gewaltigen Druck auf Peking ausüben und an ihnen einen starken Rückhalt haben. Sollten die Verhandlungen nicht glatt vonstatten gehen oder sollten die Chinesen kriegerische oder von neuem revolutionäre Absichten zeigen, dann würden die Tientsiner Truppen jeden Augenblick imstande sein, nach Peking vorzurücken. Selbstverständlich müßte der Weg dorthin offen gehalten werden, dies wäre, wie die Verhältnisse jetzt liegen, ebenso leicht wie die Wiederbesetzung von Peking, da die Chinesen ihre Munition so ziemlich verschossen und ihre Waffen zum großen Teil verloren hätten. Nach Ansicht des Grafen Lamsdorff sei es nicht wahrscheinlich, daß die Chinesen die Rückwärtskonzentrierung der Truppen falsch verstehen, dieselbe als einen Erfolg für sich auslegen und sie zum Anlaß eines neuen Ausbruchs von Fanatismus benutzen; denn durch die drohende Haltung der verbündeten Truppen in Tientsin werde auf die Chinesen ein unwiderstehlicher Druck ausgeübt.

Nach der ferneren Äußerung des Grafen Lamsdorff hätten die Amerikaner sich nunmehr der russischen Auffassung angeschlossen (was mein amerikanischer Kollege* mir bestätigt) und würden Peking räumen, sobald es die Russen täten. Eine gleiche Zustimmung wäre

---

* C. Tower.

aus Paris bezüglich der französischen Truppen erfolgt. Die Japaner hätten die Absicht, der Majorität der Mächte zu folgen.

Wie mir von zuverlässiger Seite versichert wird, hätte der Zar den Grafen Lamsdorff zum ständigen Verweser ernannt*, nachdem er sich überzeugt, daß derselbe die kaiserliche Politik des Friedens zur seinigen macht und dieselbe im Sinne des Communiqué** vertritt.

Radolin

Nr. 4635

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z.Z. in Norderney

Telegramm. Konzept

Nr. 306 Berlin, den 9. September 1900

Gemäß Ew. Exzellenz Ermächtigung war Herr von Mumm von der allerhöchsten Willensmeinung betreffend Festnahme Li-Hung-Tschangs in Kenntnis gesetzt und angewiesen worden, über Ausführbarkeit und Modalitäten sich mit General Hoepfner und Admiral Bendemann zu benehmen.

Herr von Mumm antwortet darauf mit folgenden zwei Telegrammen:

1. vom 7. d. Mts.:

„Hier verlautet, russisches Kriegsschiff werde Li-Hung-Tschang eskortieren. Habe daher hiesigen russischen Konsul unter der Hand verständigt, daß wir, an unserem bisherigen Standpunkt festhaltend, entschieden gegen Landung seien.

Russischer Konsul bestreitet beabsichtigte Eskortierung, bestätigte jedoch mit Bitte, ihn nicht zu nennen, Geneigtheit russischer Regierung, Li-Hung-Tschang-Reise nach Norden und Landung zu gestatten.“

2. vom 8. d. Mts.:

„Habe Admiral Bendemann, dem Hoepfner bisher noch unterstellt ist, verständigt. Nach Ansicht Admirals Bendemann drei Möglichkeiten.

Fährt Li-Hung-Tschang unter chinesischer Flagge ohne Eskorte oder unter chinesischer Eskorte, Gefangennehmung verhältnismäßig leicht ausführbar. Wenn aber infolgedessen Unruhen in bisher ruhigen Provinzen ausbrechen sollten, so dürften zum Schutz von Leben

---

* Schon am 7. August war Graf Lamsdorff zum Verweser des russischen Ministeriums des Auswärtigen ernannt worden.

** Am 1. September hatte der „Regierungsbote“ ein offizielles Communiqué bezüglich der russischen Zirkularnote vom 25. August gebracht. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1900, S. 274 f.

Eigentum der Deutschen an allen Punkten die vorhandenen Streitkräfte nicht ausreichen. Fährt Li-Hung-Tschang unter fremder Eskorte so wird auf gütliche Auslieferung nicht zu rechnen, vielmehr ein Kampf Voraussetzung der Festnahme sein, also Kriegsfall. Auf ähnliche Folgen ist Admiral gefaßt, wenn drittens Li-Hung-Tschang unter fremder Handelsflagge fährt, wenn auch in diesem Fall Festnahme selbst in Güte, allenfalls mit gelinder Gewalt zu erreichen sein dürfte. Für beide letzteren Fälle müßte Admiral umfassende Vorkehrungen treffen, wodurch Einschließung chinesischer Kriegsschiffe und Schutz unserer Transportflotte fortfallen müßte. Li-Hung-Tschang würde er als Kriegsgefangenen behandeln und in Tsingtau unterbringen. Wegen Festnahme an Land stellt Admiral Verständigung des heute hier erwarteten Generals von Lessel anheim, dem mit seinem Eintreffen Hoepfner unterstellt wird.

Meinerseits möchte ich, um unerwünschten Konflikt zu vermeiden, vom politischen Standpunkt aus vorherige Verständigung mit den maßgebenden Mächten Rußland und England, sowie allenfalls Japan zur Erwägung stellen, wodurch ja auch Frage fremder Eskortierung eliminiert würde."

Hieraus erhellt, daß Gefangennahme uns leicht der Möglichkeit Konflikts mit anderen Mächten, insbesondere Rußland, aussetzen kann. Nachdem wir uns schon in der Räumungsfrage zu Rußland in einen gewissen Gegensatz gestellt haben, wird es sich fragen, ob Gefangennahme Li-Hung-Tschangs für uns so wichtig ist, daß wir es deswegen auf Konflikt mit Rußland ankommen lassen sollen. Hinzuzufügen ist dabei, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich ganz überwiegend für Annahme Li-Hung-Tschangs als Unterhändler ausspricht, und daß auch Seine Majestät, wie Ew. pp. bekannt, neuerdings in einem Randvermerk unsere Ablehnung Li-Hung-Tschangs nur als eine vorläufige bezeichnet hat.

Darf ich nach Maßgabe des Vorstehenden durch Graf Metternich Seiner Majestät die Frage unterbreiten, ob nunmehr unser Standpunkt dahin präzisiert werden könnte, daß wir Li-Hung-Tschang jedenfalls so lange ablehnen, als nicht alle anderen Mächte ihn angenommen haben?

Richthofen

Nr. 4636

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 — Norderney, den 10. September 1900

Ich nehme an, daß Euer Hochwohlgeboren die beiden Telegramme von Herrn von Mumm, und namentlich dessen ernste und

bedeutsame Meldung vom 8. d. Mts. Seiner Majestät unverzüglich und in extenso unterbreitet haben *. Wenn dies noch nicht geschehen sein sollte, wollen Euer Hochwohlgeboren sofort jene beiden Telegramme allerhöchstenorts vorlegen und hierbei von sich aus auf die mir gegenüber hervorgehobene Gefahr hinweisen, daß die Gefangennahme von Li-Hung-Tschang den Krieg mit Rußland bedeuten könnte. Wir dürfen es wegen Li-Hung-Tschang natürlich nicht auf einen Zusammenstoß mit Rußland ankommen lassen, müssen aber durch diplomatische Mittel zu erreichen suchen, daß derselbe nicht vor dem Generalfeldmarschall Grafen von Waldersee in Taku bzw. Peking eintrifft **.

Bülow

Nr. 4637

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Norderney, den 10. September 1900

Ich würde von den in den beiden ersten Absätzen des Petersburger Telegramms Nr. 312 vom 7. d. Mts.*** enthaltenen Erklärungen des Grafen Lamsdorff durch Telegramm an Fürst Radolin wie gegenüber Graf von der Osten-Sacken mit Befriedigung Akt nehmen. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die von Graf Lamsdorff gegebene Zusage, die russischen Truppen würden in Tientsin die Ankunft des Feldmarschalls Grafen Waldersee erwarten und die ersten sein, ihn mit allen Ehren zu empfangen und sich ihm als dem Befehlshaber unterzuordnen, um den Chinesen gegenüber ihre Solidarität mit Deutschland sowie mit den andern vereinigten Truppen zu dokumentieren, von russischer Seite eingehalten wird.

Bülow

---

* Vgl. Nr. 4635.
** Die Vorlage der Mummschen Telegramme beim Kaiser erfolgte durch Telegramm Nr. 132 an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich vom 11. September. Der Kaiser erklärte sich in seinen Randbemerkungen zu dem Telegramm durchaus mit der Auffassung des Auswärtigen Amts bzw. Graf Bülows einverstanden; ausdrücklich hob er hervor, daß er wegen einer Person wie Li-Hung-Tschangs keinen Krieg mit Europäern anfange.
*** Siehe Nr. 4634.

Nr. 4638

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 9. September 1900

Privat für den Herrn Staatssekretär oder dessen Vertreter

Unterstaatssekretär Bertie teilt mir soeben im strengsten Vertrauen ein heute auf dem Foreign Office eingegangenes Telegramm Sir Claude MacDonalds mit, in welchem derselbe seine Ansichten in der Evakuations- bzw. Unterhändlerfrage darlegt. Der Gesandte spricht sich ganz energisch sowohl gegen die Abberufung der Gesandtschaften als auch gegen die militärische Räumung von Peking aus, da er die Boxerbewegung als durchaus nicht erloschen betrachtet und die Befolgung des russischen Vorschlages das beste Mittel zur Kreierung von Unruhen in noch größerem Stil als zuvor sein würde. Er warnt daher dringend davor, auf die russische Proposition einzugehen, bittet vielmehr um möglichst baldige Entsendung von noch mehr Truppen aus Indien, da die Russen im Begriff ständen, sämtliche strategischen Punkte zwischen Tientsin und Peking zu besetzen, um auf diese Weise die Kommunikationslinie mit dem Meer allein zu kontrollieren.

In der Unterhändlerfrage protestiert Sir Claude MacDonald auf das entschiedenste gegen die Annahme von Li-Hung-Tschang und schlägt den Prinzen Tsching, welcher sich seinen Informationen zufolge in Peking befände, als die am meisten geeignete Persönlichkeit vor.

Der Unterstaatssekretär bittet mich ausdrücklich, die oben erwähnte Mitteilung als streng vertraulich zu betrachten, da er noch nicht wisse, wie Lord Salisbury sich zu den von Sir Claude MacDonald geäußerten Ansichten stellen werde, und den Russen bis auf weiteres auf etwaige weitere Anfragen hin geantwortet werden würde, daß noch keine definitive Antwort Sir Claude MacDonalds eingegangen sei. Seiner Ansicht nach bestehe die Hauptschwierigkeit für die Belassung der englischen Truppen in Peking in dem Bestreben Rußlands, die alleinige Kontrolle über die Verbindung zwischen Peking und dem Meer auszuüben, und von der Lösung dieser Frage würden die Entschlüsse Lord Salisburys, welcher am nächsten Dienstag oder Mittwoch nach London zurückkehre, sehr wesentlich beeinflußt werden.

Hatzfeldt

Nr. 4639

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Stettin

Telegramm. Entzifferung

Nr. 130 Berlin, den 10. September 1900

Nachstehende zwei Telegramme vom 10. d. Mts. sind vom Grafen Hatzfeldt eingegangen:

I. „Hiesige französische Botschaft hat heute das Foreign Office offiziell benachrichtigt, daß französische Regierung sich, da der Zweck der militärischen Expedition nach Peking nunmehr erreicht sei, dem Vorschlag Rußlands anschließe und ihren Gesandten in Peking bereits angewiesen habe, sich mit seinem russischen Kollegen behufs Abreise sowie Räumung von Peking in Verbindung zu setzen. Der französische Gesandte sei ferner beauftragt worden, die unter französischem Schutz stehenden einheimischen Christen soweit als möglich mit nach Tientsin zu nehmen.“

II. „Lord Salisbury hat infolge eines gestern erhaltenen Telegramms von Sir Claude MacDonald bestimmt, daß Sir Ch. Scott sofort telegraphisch beauftragt werde, folgende Antwort auf das russische Zirkular zu erteilen: „Nachdem die englische Regierung nunmehr die Ansicht ihres Gesandten sowie der Militärbehörde in Peking in Erfahrung gebracht habe, bedauere sie, der Kaiserlichen Regierung in St. Petersburg mitteilen zu müssen [1], daß sie nicht in der Lage sei, auf ihren Vorschlag betreffend die Zurückziehung der Gesandtschaften und die militärische Räumung Pekings für den Moment einzugehen [2], ohne sich jedoch hierdurch in bezug auf ihre in China zu befolgende Politik zu binden.“ Richthofen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo!
[2] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
So antworten wir auch

Nr. 4640

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 581 London, den 12. September 1900

Sir Ch. Scott meldet, Graf Lamsdorff habe ihn, nachdem er demselben die englische Antwort auf das russische Zikular mitgeteilt,

gebeten, seiner Regierung klarzulegen, daß Rußland durchaus nicht die Absicht habe, sich von dem Konzert der Mächte zurückzuziehen und selbstsüchtige Zwecke zu verfolgen, sondern nur aus dem Grunde eine Räumung Pekings wünsche, weil die Rückkehr des Hofes und eine Beschleunigung der Verhandlungen dadurch erreicht werden würden. Auch sei es der russischen Regierung angenehmer, des leichteren Verkehrs halber ihre Gesandtschaft sowie das Gros der Truppen in der Nähe der See zu halten.

Diese Äußerungen des Grafen Lamsdorff haben im Foreign Office Heiterkeit erregt.

Hatzfeldt

Nr. 4641

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 Paris, den 14. September 1900

Finanzminister Witte suchte mich auf. Ich erwiderte seinen Besuch gestern. Er begann das Gespräch mit der Bemerkung, daß der russische Vorschlag wegen der Räumung Pekings überall, namentlich auch in Deutschland, anders verstanden würde, als er gemeint sei. Sein kaiserlicher Herr, Graf Lamsdorff und er hätten diesen Vorschlag beraten, und ich könne davon überzeugt sein, daß der Zar nichts gutheißen würde, was meinem Kaiser mißfallen [1] und die guten Beziehungen zu Deutschland trüben könnte. Der Zar und seine Minister hielten nach wie vor fest an dem Bülowschen Programm. Die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland seien mehr wert als das ganze China [2].

Durch die Einnahme von Peking sei die Lage verändert, der Widerstand gebrochen [3]. An eine Fortsetzung des Krieges und Angriffs in Peking selbst glaube er [4] nicht, wenn auch die russischen Generale die Lage noch als gefährlich schildern.

Es komme jetzt darauf an, zu geordneten Zuständen zu gelangen, die schlechte Dynastie zu erhalten und von ihr die Zustimmung zu den Friedensunterhandlungen zu erlangen, welche die Chinesen ohne dieselbe nicht anerkennen würden.

Der Vorschlag Peking zu räumen, sei kein prinzipieller und lasse sich noch modifizieren [5]. Rußland verfolge keine selbständigen Zwecke, wolle aber die Selbständigkeit Chinas erhalten und wünsche vor allem ein Zusammenhalten der Mächte.

Die Botschaft hörte ich wohl, jedoch es fehlt der Glaube [6].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ach Du liebe Zeit! Das ist schon so oft der Fall gewesen
[2] möge es so sein
[3] das ist Unsinn! Das Morden geht im Westen mit ungeschwächten Kräften weiter.
[4] !!!
[5] aha!
[6] sehr richtig.

Nr. 4642

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 588 St. Petersburg, den 13. September 1900

Es unterliegt nach den Äußerungen des Grafen Lamsdorff keinem Zweifel, daß der Verbleib der Truppen einzelner Mächte in Peking die russischen Pläne durchkreuzt, und daß das hiesige Kabinett vorgezogen hätte, wenn alle Mächte sich in Tientsin konzentrierten. Der Wunsch des Grafen Lamsdorff oder vielmehr des Kaisers wäre gewesen, wenn sämtliche Truppen noch vor der Ankunft des Grafen Waldersee Peking geräumt und den Feldmarschall in Tientsin erwartet hätten[1].

Graf Lamsdorff schilderte mir gestern in sehr beredter Weise, wie überwältigend der Eindruck auf die Chinesen hätte wirken müssen, die formidable vereinte Truppenentfaltung mit dem Oberbefehlshaber in Tientsin zu sehen[2], die von dort aus die Verhandlungen überwachend jeden Augenblick bereit gewesen wären, im Notfall nach Peking vorzurücken[3], wenn jene ins Stocken geraten wären.

Es hätte eine ganz andere Pression auf die Chinesen ausgeübt, die von den Verbündeten freiwillig geräumte und von der chinesischen Regierungsgewalt wieder bezogene Hauptstadt zu bedrohen, respektive wieder zu besetzen, als von vornherein in Peking zu bleiben, welches, durch die Anwesenheit der fremden Truppen entweiht, nunmehr wahrscheinlich von der Zentralgewalt definitiv aufgegeben werden würde[4].

Wenn sich diese erst mit dem Verluste Pekings abgefunden und im Innern einen andern Sitz dauernd gewählt hätte, würden die Verbündeten das für jene wertlos gewordene Peking auf unabsehbar lange Zeit zwecklos als Faustpfand besetzt halten müssen[5] und weiter kein greifbares Pressionsmittel in Händen haben, um die Chinesen bei den Verhandlungen nachgiebig zu machen. Es sei ja ganz ausgeschlossen, von Peking aus weiter ins Innere vorzudringen, die Regierung zu verfolgen und die neue Residenz zu bedrohen.

Außerdem meinte Graf Lamsdorff, würden die Verhandlungen mit den Chinesen endlos ausgedehnt und fast unmöglich werden, wenn

die Zentralgewalt fern von Peking und noch dazu die Delegierten und Truppen der Mächte zersplittert teils in Peking, teils in Tientsin wären. Auch liege die Gefahr nahe, daß die chinesischen Bevollmächtigten (Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang) von der immerhin noch fraglichen Zentralgewalt, deren man, wenn sie im Inneren des Landes residiere, nicht habhaft werden könne, desavouiert werden würden, um so mehr, als zurzeit noch nicht apodiktisch festzustellen sei, wer eigentlich der Träger der Gewalt ist, ob der Kaiser oder die Kaiserin-Witwe.

Mit Entrüstung wies Graf Lamsdorff die in der englischen Presse verbreiteten Verleumdungen von sich, als wolle Rußland angeblich Frankreich zuliebe einseitig Peking räumen, bevor Graf Waldersee ankomme, um das deutsche Oberkommando illusorisch zu machen.

Graf Waldersee, versicherte Graf Lamsdorff, würde in Tientsin noch manche sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, und begrüße er die Ankunft des Feldmarschalls mit Genugtuung.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich! Das haben wir ja gemerkt!
[2] farceur!
[3] um Tausende liegen zu lassen
[4] Nur wenn Russland China dazu räth!
[5] Richtig! Aber die Russen können es eben dann nicht allein behalten wie sie wollen! Hinc illae lacrymae!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sowas kann nur mit dem Lächeln des Mitleids angesehn werden! Sancta simplicitas

Nr. 4643

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Norderney, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Swinemünde

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Berlin, den 16. September 1900*
Norderney, den 15. September

Angesichts der seit dem russischen Räumungsvorschlag eingerissenen allgemeinen Verwirrung und gegenüber der Unzuverlässigkeit der russischen wie der englischen Politik müssen wir meines ehrfurchtsvollen Erachtens in erster Linie bemüht sein zu verhindern, daß vor dem Eintreffen des Generalfeldmarschalls Grafen von Waldersee in Peking die anderen Mächte in ernstliche Unterhandlungen mit den

---

* Das Telegramm Graf Bülows Nr. 80 vom 15. September ging via Auswärtiges Amt an seine Adresse.

Chinesen eintreten. Als aussichtsvollstes Mittel, um solchen Unterhandlungen vorzubeugen, erscheint mir, daß wir bestimmte Vorbedingungen für dieselben aufstellen und damit Klarheit in die Lage bringen.

Durch die Ermordung des deutschen Gesandten ist von chinesischer Seite uns gegenüber das Völkerrecht schwerer verletzt worden als gegenüber irgendeiner andern Macht. Für diese spezielle Verletzung unserer Würde und unserer Ehre haben wir das Recht und die Pflicht, gerechte Sühne zu verlangen. Sühne kann nur durch Bestrafung der eigentlichen Schuldigen erfolgen. Diese Bestrafung müssen wir als conditio sine qua non für alle weiteren Unterhandlungen verlangen.

Was wir damit erreichen können ist:

1. Wir gewinnen Zeit. Die Chinesen werden sich sperren, wenn es an das Ausliefern von Leuten wie Junglu, Tungfusiang usw. geht. Die Chinesen hoffen jetzt wie 1860 damit davonzukommen, daß sie eine Anzahl dii minorum gentium opfern. Das weiß aber die ganze gebildete Welt, und sie wird es verstehen, wenn wir erklären: „Zum zweiten Male läßt Europa sich nicht foppen, jetzt mal heraus mit den wirklichen Anstiftern.“ Ich würde unter die Auszuliefernden sogar Prinz Tuang aufnehmen, obwohl er der Vater des zukünftigen Kaisers ist.

2. Ein solches Auslieferungsverlangen würde das öffentliche Gewissen in allen Ländern für sich haben, gleichviel wie sich die Regierungen dazu stellen. Die Rücksicht auf das öffentliche Gewissen wird es den Regierungen schwer machen, den Antrag kurzerhand abzulehnen.

3. Unsere öffentliche Meinung wird das Verlangen nach Auslieferung und Bestrafung der Schuldigen durchaus verstehen und billigen.

Volle Gerechtigkeit — das heißt Bestrafung aller Schuldigen, selbst aller Anstifter — zu fordern, empfiehlt sich nicht, denn dagegen wäre zu leicht zu sagen, daß das unausführbar sei. Es ist wirkungsvoll, bestimmte Personen herauszugreifen und zu exekutieren, das müssen aber große sein.

Euerer Majestät möchte ich alleruntertänigst vorschlagen, mich zu ermächtigen, umgehend an Euerer Majestät Missionen in London, St. Petersburg, Paris, Wien, Rom, Washington und Tokio das nachstehende telegraphische Zirkular zu schicken: „Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers betrachtet als eine Vorbedingung für den Eintritt in diplomatischen Verkehr mit der chinesischen Regierung die Auslieferung solcher Personen, welche als die ersten Anstifter der in Peking gegen das Völkerrecht begangenen Verbrechen festgestellt sind. Die Zahl der ausführenden verbrecherischen Werkzeuge ist zu zahlreich; eine Massenexekution würde dem zivilisierten Gewissen wider-

sprechen. Auch liegt es in den Verhältnissen, daß selbst die Gruppe der Leiter nicht vollständig wird ermittelt werden können. Die wenigen unter ihnen aber, deren Schuld notorisch ist, sollten ausgeliefert und bestraft werden. Die Vertreter in Peking werden in der Lage sein, klassisches Zeugnis abzulegen oder beizubringen. Auf die Zahl der Bestraften kommt es weniger an, als auf ihre Eigenschaft als Hauptanstifter und Leiter. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers glaubt in diesem Punkte auf die Einstimmigkeit aller Kabinette zählen zu können, denn Gleichgültigkeit gegen den Gedanken der Strafe würde gleichbedeutend sein mit der Gleichgültigkeit gegen eine Wiederholung des Verbrechens. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers schlüge deshalb den beteiligten Kabinetten vor, ihre Vertretungen in Peking zur Bezeichnung derjenigen leitenden chinesischen Persönlichkeiten aufzufordern, über deren Schuld bei Anstiftung oder Durchführung der Verbrechen der Zweifel ausgeschlossen ist*."

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden W.

Nr. 4644

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Abschrift

Berlin, den 16. September 1900

Graf Osten-Sacken teilt mir mündlich den Inhalt eines an die russischen Vertreter bei den interessierten Mächten von Graf Lamsdorff gerichteten Zirkulars mit, demzufolge er beauftragt sei, hier anzufragen,

1. ob wir bereit seien, tout en laissant les troupes à Peking das Personal unserer Gesandtschaft nach Tientsin zu verlegen,

2. ob wir die von dem Bogdichan an Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang erteilten Vollmachten als giltig annähmen, und

3. ob im bejahenden Fall wir gewillt seien, unserm Vertreter in China die Anweisung zu geben, ohne Verzug mit diesen Bevollmächtigten in négociations de paix einzutreten.

Graf Osten-Sacken bemerkte hierzu, Graf Lamsdorff habe ihm gegenüber erneut besonders hervorgehoben, daß von irgendwelchem

---

* Die Absendung der von Graf Bülow beantragten, von Kaiser Wilhelm II. genehmigten Zirkularnote erfolgte am 17. September. Den Text siehe u. a. in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1900, S. 123.

Ausscheiden Rußlands aus dem Konzert der Mächte nicht im geringsten die Rede sein könne und die russische Regierung ihren früher abgegebenen Erklärungen in jeder Weise treu bleibe. Insbesondere werde, wenn auch der Befehl an die russischen Truppen und Gesandtschaft, Peking, sobald es die Umstände zulassen, zu räumen, gegeben sei, Graf Waldersee mit allen Ehren empfangen und die russischen Truppen ihm nach Maßgabe der am 9. September hierher mitgeteilten, an die russischen Truppenführer ergangenen Instruktion unterstellt werden. Es sei möglich, daß sich allmählich die Zahl der jetzt vorhandenen Truppen als zu groß herausstellen werde, und würde Rußland in diesem Fall eine diminution du chiffre graduellement eintreten lassen, wie dies auch bereits von Japan und den Vereinigten Staaten beabsichtigt sei.

(gez.) Richthofen

Nr. 4645

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z.Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Norderney, den 16. September 1900

Für den Herrn Unterstaatssekretär

Ich hoffe, daß England unserem Auslieferungsvorschlag* gern zustimmen wird. Es würde das wesentlich dazu beitragen, uns auch auf anderen Gebieten ein Zusammengehen mit England zu erleichtern. Vielleicht kann Freiherr von Eckardstein in der englischen Presse Stimmung für unseren Vorschlag machen.

Quoad Amerika rechne ich auf die dortigen guten Beziehungen von Freiherrn von Sternburg wie auf Ihre Besprechung mit Mr. Jackson. Auch gegenüber Japan wird es nützlich sein, daß Sie gleichzeitig mit Herrn Inouye** reden.

Die Hauptsache ist für mich, daß wir die russische Zustimmung erlangen. Unser Vorschlag kann und sollte die Brücke werden, uns wieder mit Rußland zu finden. Sprechen Sie sofort mit Graf Osten-Sacken. Es liegt diesem schon im Hinblick auf seine persönliche Stellung bei Seiner Majestät viel daran, daß wir mit Rußland nicht dauernd auseinanderkommen. Sagen Sie ihm, daß die jüngste russische Schwenkung von unserem allergnädigsten Herrn als eine von unserer

---

* Vgl. Nr. 4643.
** Japanischer Gesandter in Berlin.

Seite nicht verdiente unfreundliche aufgefaßt worden wäre. Jetzt sei eine Gelegenheit, wo beide Mächte sich einander wieder nähern könnten, und zwar in einer Frage, deren sachliche Begründung zweifellos sei und implizite von russischer Seite schon längst zugegeben wäre. C'est à la loyauté et à l'esprit du Comte d'Osten-Sacken de saisir cette question pour réunir les deux puissances dans un but d'apaisement général et de bonne entente.

Die Zustimmung der Dreibundmächte dürfte wohl zweifellos sein.

Bülow

Nr. 4646

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Norderney, den 17. September 1900

Für Botschafter Fürst Radolin

Besten Dank für freundlichen und interessanten Brief*. Ich teile Ihre gute Meinung von Graf Lamsdorff. Wir können nur wünschen, und Europa kann nur wünschen, daß dieser erfahrene und loyale Staatsmann endgültig mit der Leitung der russischen auswärtigen Politik betraut werden möge. Gerade weil vielleicht gewisse andere Kabinette vom Standpunkte ihrer Sonderinteressen und Zukunftspläne, aber gegen das klare deutsche wie russische Staatsinteresse Unfrieden zwischen Deutschland und Rußland zu säen trachten, müssen wir um so mehr bemüht sein, einer dauernden Entfremdung zwischen diesen beiden gleichmäßig auf einander angewiesenen großen Mächten vorzubeugen. Auch wenn der russische Evakuationsvorschlag von russischer Seite nicht als Unfreundlichkeit gegen uns gemeint war, so hat derselbe doch nicht nur in der ganzen Welt, sondern leider auch in unserer öffentlichen Meinung und bei unserm allergnädigsten Herrn diesen Eindruck hervorgerufen. Mein heutiges Zirkulartelegramm**, welches nicht nur von der Rücksicht auf unsere durch die Ermordung des deutschen Gesandten so schwer verletzte Würde inspiriert, sondern recht eigentlich von der Erwägung eingegeben ist, daß die Aufrechterhaltung der Heiligkeit des Völkerrechts dem Interesse aller Staaten und insbesondere auch Rußlands entspricht, bietet die erwünschte Möglichkeit für eine Wiederannäherung zwischen Deutschland und Rußland.

Bülow

* Nicht bei den Akten.
** Vgl. Nr. 4643.

Nr. 4647

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 597 London, den 18. September 1900

Telegramme Nr. 339 und 340* erhalten.

Ich habe entsprechende Note eben Lord Salisbury übergeben und Inhalt motiviert.

Der Premierminister erwiderte mir, daß sein Wunsch, die Schuldigen bestraft zu sehen, nicht geringer sei als der irgendeiner anderen Macht, daß er aber, da unserem übereinstimmenden Wunsch in der Ausführung manche Schwierigkeiten im Wege ständen, um eine kurze Frist zur Überlegung bitten müsse und mir demnächst seine Antwort mitteilen werde.

Hatzfeldt

Nr. 4648

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 18. September 1900

Privat für den Herrn Unterstaatssekretär

Telegramm Nr. 597**.

In bezug auf die Schwierigkeiten, welche er in der Ausführung unseres Vorschlags erblickt, sprach sich Lord Salisbury in vertraulicher Unterhaltung mit mir zunächst dahin aus, daß, wie die Dinge lägen, von einer Bestrafung der Kaiserin nicht die Rede sein könne; aber es werde auch beinahe unmöglich sein, der anderen Hauptschuldigen habhaft zu werden, da ein Teil derselben nicht mehr am Leben, die noch übrigbleibenden aber verschwunden und in dem weiten Chinesischen Reiche nicht erreichbar sein würden. Ich wendete dagegen ein, daß es nach unserem Vorschlag Sache der chinesischen Regierung sein würde, die Betreffenden auszuliefern, wenn sie die Beziehungen zu den Mächten herstellen und über Frieden verhandeln wolle. Die Bezeichnung der Schuldigen, soweit ihre Mitwirkung notorisch sei, könnten wir, wie mir schiene, ohne Bedenken der Verständigung

---

* Beide Telegramme betrafen die deutsche Zirkularnote vom 17. September.
** Siehe Nr. 4647.

unter den Vertretern der Mächte überlassen. Lord Salisbury, welcher hiermit einverstanden zu sein schien, bemerkte schließlich, daß es ihm mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, welche baldigst den Beginn der Friedensverhandlungen verlange, nicht leicht erscheine, den Beginn der Friedensverhandlungen von der Zustimmung der chinesischen Regierung zum Auslieferungsantrag abhängig zu machen. Verlangten die Mächte die Auslieferung hervorragender Persönlichkeiten, so werde die chinesische Regierung entweder ablehnen oder unendliche Schwierigkeiten erheben, und damit würde die auch von der öffentlichen Meinung in England gewünschte Wiederherstellung des Friedens in unberechenbare Ferne gerückt werden. Die Auffassung habe ich entschieden bekämpft und gleichzeitig hervorgehoben, daß ich tief beklagen würde, wenn die anderen Mächte auf unseren Vorschlag eingingen, während er von England abgelehnt würde. Lord Salisbury erwiderte, daß von einer Ablehnung nicht die Rede sein könne, und daß es sich nur darum handele, die vorliegenden Schwierigkeiten zu berücksichtigen.

Mein Eindruck ist vorläufig, daß die englische Regierung unter zwei Voraussetzungen auf unseren Auslieferungsvorschlag eingehen würde, und zwar:

1. Es wird der Verständigung der fremden Vertreter in Peking überlassen, die Persönlichkeiten zu bezeichnen, deren Auslieferung als nützlich und möglich zu betrachten und von der chinesischen Regierung zu verlangen ist.

2. Der Anfang der Friedensverhandlungen wird nicht unbedingt von der vorherigen Annahme des Auslieferungsantrages durch die chinesische Regierung abhängig gemacht. Vielleicht würde man hier darauf eingehen, daß beide Verhandlungen nebeneinander laufen, daß die Mächte aber eine conditio sine qua non des Friedens daraus machen, daß die Chinesen dem Auslieferungsantrag vorher zustimmen.

Die geeignete Verwertung des Vorstehenden stelle ich anheim.

Hatzfeldt

Nr. 4649

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Fürsten zu Eulenburg, z. Z. Cadinen

Ausfertigung

Nr. 39 Berlin, den 21. September 1900

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei in Abschrift eine heute von dem Königlich Italienischen Botschafter übergebene Depesche des

Marquis Visconti Venosta zu übersenden, worin die italienische Regierung ihre Zustimmung zu unseren Vorschlägen wegen China erklärt.

Nach dem beifolgenden Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Paris hat auch Herr Delcassé namens der französischen Regierung sich zustimmend erklärt. Auf meine Rückfrage hat Fürst Münster ausdrücklich versichert, daß diese Erklärung als definitiv anzusehen sei.

Die Zustimmung Österreich-Ungarns hatte ich Euerer Durchlaucht schon telegraphisch mitgeteilt.

Was die noch ausstehenden Antworten anbelangt, so lauten die vorläufigen Meldungen aus Tokio, Petersburg und selbst aus Washington * nicht ungünstig. Schwierigkeiten scheinen dagegen nach den Meldungen des Grafen Hatzfeldt über seine bezüglichen Unterredungen mit Lord Salisbury vielleicht in London zu gewärtigen zu sein [1]. Graf Hatzfeldt hält eine Annahme unseres Vorschlags in England für leichter, falls wir denselben einigen meines Erachtens nicht unwesentlichen Modifikationen unterzögen. Nach meiner von Graf Bülow gebilligten Ansicht werden wir indes gut tun, unsere gesamten Vorschläge bis auf weiteres auch England gegenüber voll aufrechtzuerhalten [2] **.

Immerhin verdient hevorgehoben zu werden, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder die englische Politik sich uns gegenüber wenig verläßlich und freundlich zeigt.

Richthofen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Natürlich
[2] ja

---

* Aus Tokio lief am 23. September die prinzipielle Zustimmung der japanischen Regierung ein; allerdings hielt diese angesichts der Schwierigkeiten für die praktische Durchführung des deutschen Vorschlags noch einen weiteren Gedankenaustausch unter den Mächten für erforderlich. Rückhältiger waren die amerikanische und die russische Antwort: Die amerikanische Regierung wollte die Bestrafung der Schuldigen der obersten chinesischen Gewalt vorbehalten sehen und lehnte es ab, den Beginn der Friedensverhandlungen von der Auslieferung derjenigen Personen abhängig zu machen, welche die Mächte selbst als die wahren Schuldigen bezeichneten. Auch Rußland nahm in seiner Antwort vom 27. September den Standpunkt ein, daß die von der chinesischen Regierung zu fordernde Bestrafung der Schuldigen den Friedensverhandlungen nicht präjudizieren dürfe; ebenso verlangte Rußland gleich Japan noch weitere Aufklärungen bezüglich der deutschen Forderung „Auslieferung der Schuldigen". Den Text der Antworten siehe u. a. im Englischen Blaubuch: China Nr. 1 (1901) und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 65, S. 275 f., 276, 279. Wegen der englischen Antwort siehe Nr. 4651.

** In diesem Sinne wurde Graf Hatzfeldt durch Telegramm Nr. 345 vom 22. September verständigt.

Nr. 4650

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Fürsten zu Eulenburg, z. Z. in Cadinen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 Berlin, den 21. September 1900

Seine Majestät haben Vorlage eines Entwurfs zu einem allerhöchsten Telegramm befohlen, durch welches Graf von Waldersee* über die derzeitige Lage und die allerhöchst getroffenen Entscheidungen orientiert werden solle.

Demgemäß gestatte ich mir, Euerer Durchlaucht nachfolgenden von dem Staatssekretär gebilligten Entwurf zu einem allerhöchsten Telegramm an den Feldmarschall mit der Bitte mitzuteilen, mit möglichster Beschleunigung die allerhöchste Entscheidung darüber einholen zu wollen, ob das Telegramm mit der allerhöchsten Unterschrift nach Schanghai abgesandt werden kann, wo Graf von Waldersee im Laufe des heutigen Tages eintreffen soll:

„Zu Euerer Exzellenz Orientierung teile ich Ihnen folgendes mit:

Die politische Lage in China wird zurzeit bestimmt einerseits durch den russischen Vorschlag zur Räumung Chinas, andererseits durch mein Communiqué an die Mächte, worin ich verlange, daß vor Auslieferung der Pekinger Übeltäter zur wohlverdienten Bestrafung keine Verhandlungen mit China geführt werden. Rußlands Räumungsvorschlag hat eine unbedingte Zustimmung nur bei Frankreich gefunden und selbst bei diesem nur ungern. Ebenso wie ich selbst, nur noch schroffer, hat England den Vorschlag zurückgewiesen. Japan will nur seine entbehrlichen Truppen einstweilen zurücknehmen, Amerika will dem russischen Vorschlage, falls Rußland dabei bleibt, nicht entgegen sein, hat sich aber so verklausuliert, daß alles dem amerikanischen Befehlshaber überlassen bleibt. Meine Verbündeten, Österreich-Ungarn und Italien, stehen zu mir. Rußland bemüht sich im Verein mit Frankreich, seinen Vorschlag jeder Spitze gegen mich zu entkleiden, und verspricht, daß zwei Brigaden Euere Exzellenz in Tientsin erwarten und sich unter Ihre Befehle stellen werden.

Ich will, daß meine Truppen, wenn anders es militärisch möglich,

---

* Er war inzwischen in Hongkong angelangt, von wo er dem Kaiser am 18. September einen ersten Bericht erstattete. Vgl. Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee, ed. H. O. Meisner III, 12 ff. Ebendort ist neben Auszügen aus dem vom Grafen Waldersee während des Chinafeldzuges geführten Tagebuche dessen weitere Berichterstattung an Kaiser Wilhelm II., in der naturgemäß das militärische Moment überwiegt, und die nur zum Teil an das Auswärtige Amt gelangt ist, großenteils abgedruckt.

in Peking bleiben. Dagegen, daß meine Gesandtschaft mit den anderen Gesandtschaften die Hauptstadt verläßt und sich einstweilen nach Tientsin begibt, habe ich nichts einzuwenden.

Der Logik meines Standpunkts, die Auslieferung der Schuldigen zur Vorbedingung des Eintritts in Verhandlungen mit China zu machen, können sich die anderen Mächte schwer entziehen.

Mit den chinesischen Unterhändlern ist überdies erst in Verhandlung zu treten, wenn sie gehörige Vollmachten beibringen. Mein Admiral hat Befehl, sich der Zulassung des Vizekönigs Li-Hung-Tschang nach Tientsin und Peking nicht zu widersetzen, wofern der englische und der russische Admiral dafür sind. Andernfalls hat er sich der Li-Hung-Tschang ungünstigeren Auffassung anzuschließen.

Nach den mir zugegangenen Meldungen ist nicht einmal zwischen Tientsin und Peking Beruhigung eingetreten, geschweige denn in anderen Teilen des Chinesischen Reichs. Die militärische Aufgabe ist noch nicht erledigt. China ist noch nicht zum richtigen Bewußtsein seiner Pflichten gegen die Fremden gekommen, seine Staatsmänner versuchen es noch immer mit ihren Zauderkünsten. Es wird Ihre Aufgabe bleiben, mit den Ihnen unterstellten Streitkräften der Mächte die militärischen Maßnahmen zu treffen, um die Chinesen zur Einstellung weiteren Widerstands und Gewährung der schuldigen Sühne zu zwingen. Nur so kann es gelingen, demnächst im Wege diplomatischer Verhandlungen die Beziehungen Chinas zu den Fremden befriedigend zu regeln. Mein Ziel bleibt unverrückt, durch Wiederherstellung der Ordnung in China unter einer hinreichend kräftigen einheimischen Regierung den Fremden die gesicherte Möglichkeit zu friedlichen Kulturarbeiten zu verschaffen.

Sie wollen hiernach Ihr Eintreffen in Taku soviel wie möglich beschleunigen und alsdann von dort aus sofort mit den Ihnen durch die militärische Sachlage geboten erscheinenden Maßnahmen beginnen.

Mein Gesandter für China erhält Befehl, sich ebenfalls nach Tientsin zu begeben und Ihnen alle nötigen näheren Aufschlüsse über die politische Frage* zu geben.“ **

Sobald die allerhöchste Entscheidung zu meiner Kenntnis gelangt sein wird, werde ich umgehend dem Befehle Seiner Majestät gemäß eine Abschrift des Telegramms dem Generalstabschef mitteilen.

Richthofen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden
21/IX 1900 W.

---

* Irrtümlich statt „Lage“ laut Konzept des Telegramms.
** Das Telegramm ist abgedruckt in den Denkwürdigkeiten des Grafen Waldersee, a. a. O III, 14 f.

Nr. 4651

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 609 London, den 25. September 1900

Telegramme Nr. 347, 350 und 351 * erhalten.

In bezug auf Unterdrückung Auslieferungsantrags sagte mir der Premierminister heute, er habe mir zwar noch keine amtliche Antwort geschickt, könne mir aber jetzt schon sagen, daß die Bedenken, die er in unserer Unterhaltung am 18. d. Mts. hinsichtlich der Ausführbarkeit angedeutet habe **, auch heute unverändert beständen. Er glaube nicht, daß es möglich sein werde, der Betreffenden habhaft zu werden, wenigstens nicht ohne sehr großen Zeitverlust, welcher die Vertagung der Friedensverhandlungen auf beinahe unbestimmte Zeit bedeuten würde. Gerade dies würde man im hiesigen Publikum, welches die baldige Herstellung friedlicher Zustände in China wünsche, sehr ungern sehen, und die Regierung müsse sich in diesem Augenblick, wo sie vor Neuwahlen stehe ***, besonders in Acht nehmen, keinen Anlaß zu Vorwürfen zu bieten. Noch bedenklicher sei ihm, wie die hiesige öffentliche Meinung es aufnehmen und wie die Regierung es vertreten könne, wenn nach unserem Vorschlag nur einige, immerhin untergeordnete chinesische Persönlichkeiten bestraft würden, während die hoch und höchst gestellten frei ausgingen. Er bestreite durchaus nicht, daß man durch Heranziehung der Kaiserin vielleicht Gefahr laufen würde, die ganze staatliche Organisation in China auch zum Nachteil Europas über den Haufen zu werfen. Vielleicht sei es sogar nützlich, diese Immunität auf die ganze kaiserliche Familie, also auch auf Prinz Tuang auszudehnen. Aber hier würde man bei den einmal bestehenden Ideen über Gerechtigkeit niemals begreifen, daß die englische Regierung, wenn sie aus politischen Rücksichten die vornehmsten Schuldigen laufen lassen müsse, die Bestrafung relativ untergeordneter Organe verlangt und durchgesetzt habe.

Ich habe die Auffassung Lord Salisburys mit allen Argumenten und auf das nachdrücklichste bekämpft, indem ich namentlich darauf hinwies, daß er sich über die Tragweite unseres Vorschlags von jeher

---

* Die genannten Telegramme hatten Hatzfeldt über die Aufnahme der deutschen Zirkularnote vom 17. September unterrichtet.

** Siehe Nr. 4648.

*** Am 25. September war das Parlament aufgelöst.

wie auch über die Situation in China und die Dispositionen der chinesischen Regierung täusche. Letztere habe durch die Ernennung des Prinzen Tuang* gezeigt, wie wenig sie wirklich Frieden und entsprechende Garantien zu gewähren beabsichtige, und dies könne nur durch das von uns vorgeschlagene Exempel geändert werden. Daß die Chinesen darauf gefaßt seien, gehe aus dem von Li-Hung-Tschang bereits gestellten Antrag auf Bestrafung von sechs Schuldigen und aus seiner Anregung hervor, daß die Mächte die gleiche Forderung stellen sollten. Überdies verlangten wir nicht die Bestrafung der Schuldigen vor den Friedensverhandlungen, sondern nur derjenigen, über welche die Vertreter in Peking sich verständigen würden, daß ihre Schuld notorisch, und daß man ihrer habhaft werden könne. Auch darauf legten wir keinen Wert, daß die Bestrafung innerhalb der von Europa besetzten Distrikte erfolge, wenn sie nur in nachweisbarer Form, also in Gegenwart von Delegierten stattfände.

In längerer und lebhafter Erörterung, in welcher ich mein möglichstes tat, die Einwendungen des Premierministers zu entkräften, ist es mir zwar nicht gelungen, Lord Salisbury schon zur Annahme unseres Vorschlags zu bestimmen, aber er verzichtete wenigstens darauf, schon jetzt eine mehr oder weniger ablehnende Antwort an uns zu richten, und erklärte mir, daß er zunächst die englischen Vertreter in China (sowohl Gaselee** als den diplomatischen Vertreter) über ihre Ansicht bezüglich Ausführbarkeit unseres Vorschlags befragen und nach dem Eintreffen ihrer Antworten die Sache nochmals mit mir besprechen wolle. Er wolle ihnen auch anheimstellen, sich mit ihren Kollegen von den anderen Mächten darüber zu verständigen. Schließlich warf Lord Salisbury noch die Frage auf, ob es nicht möglich sein würde, der Sache zunächst dadurch näherzutreten, daß man von der Kaiserin ein förmliches und deutliches Edikt verlangt, welches die Bestrafung der von Li-Hung-Tschang bezeichneten Persönlichkeiten verfüge und zweifellos feststelle.

Hatzfeldt

---

* Nach einer Meldung des Gesandten von Mumm vom 24. September war der ausgesprochen fremdenfeindliche Prinz Tuang, Vater des chinesischen Kaisers, zum Präsidenten des Staatsrats ernannt worden. Nach einer weiteren Meldung Mumms vom 25. September hätten allerdings Li-Hung-Tschang und andere Würdenträger gegen diese und andere, ebenfalls fremdenfeindliche Ernennungen protestiert. Tatsächlich erging am 25. September ein Kaiserlich Chinesisches Dekret, durch das sechs chinesische Großwürdenträger, unter ihnen Prinz Tuang wegen ihrer Verantwortlichkeit für die Boxerunruhen ihrer Ämter und Würden entkleidet wurden. Siehe den Text des Dekrets im Französischen Gelbbuch: Chine 1899—1900, p. 178.

** Befehlshaber der englischen Truppen in China.

Nr. 4652

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Altona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120 Altona, den 25. September 1900

Ich halte die jüngsten chinesischen Ernennungen * für nützlich für uns:

I. Beweisen dieselben, daß diejenigen nicht unrecht hatten, welche die Vorgänge in China von Anfang an au sérieux nahmen.

II. Zeigen sie, daß in China noch manches zu tun übrig bleibt, auch für unseren Oberkommandierenden.

III. Zeigen sie, wie rasch und erheblich jede Uneinigkeit unter den Mächten den Übermut der Chinesen steigert und damit die Wiederherstellung der Ruhe in China erschwert. Bei der Hervorhebung dieses Gesichtspunktes in der Presse muß aber Rußland ganz herausbleiben. Die Haltung der Amerikaner kann ohne Animosität gegen das amerikanische Volk mit einigen Seitenhieben auf die nur von Wahlmotiven, der Angst um die Philippinen usw. bestimmten Politik des Herrn Mac Kinley gekennzeichnet werden.

IV. Liegt in diesen Ernennungen eine starke Aufforderung an alle in China interessierten Mächte, endlich unter Hintansetzung kleinlicher Divergenzen sich zu einer klaren und festen Haltung zu verbinden, wenn die chinesische Krisis nicht immer weitere und Frieden gefährlichere Kreise ziehen soll. — —

Sollte die Frage an uns herantreten, was nun zu geschehen habe, so würde meines Erachtens unsere Antwort zu lauten haben: Ruhig Provinz Tschili mit Peking besetzt halten und von Boxern säubern und abwarten, wie das auf die Chinesen wirkt. Diese Antwort dürfte natürlich erst zu geben sein, wenn die Frage gestellt wird, dann aber überall, das heißt allen beteiligten Kabinetten.

Bülow

Nr. 4653

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 361 Berlin, den 1. Oktober 1900

Der Kaiserlichen Regierung ist durch Sheng Tautai ** in Schanghai ein angebliches Edikt des Kaisers von China zur Kenntnis gebracht

* Vgl. Nr. 4651, S. 141, Fußnote *.

** Direktor der chinesischen Telegraphenadministration.

worden, worin die Bestrafung mehrerer mit Namen aufgeführter Prinzen und Großwürdenträger wegen Begünstigung der Boxer angeordnet wird. Die Kaiserliche Regierung nimmt an, daß den übrigen beteiligten Kabinetten eine gleiche Mitteilung zugegangen ist. In Voraussetzung der Echtheit des Edikts, welche wir unsererseits bis auf weiteres nicht in Zweifel ziehen wollen, würden wir darin einen ersten Schritt erblicken können, um zu einer brauchbaren Basis zur Wiederherstellung geordneter Zustände in China zu gelangen. Die Kaiserliche Regierung schlägt deshalb den Mächten vor, nunmehr sich dahin zu einigen, daß die diplomatischen Vertreter in China Anweisung erhalten, zu prüfen und zu begutachten: 1. ob die Liste von strafbaren Personen im Edikt genügend und richtig ist; 2. ob in Aussicht gestellte Strafen angemessen sind; 3. durch welche Maßnahmen die Ausführung der Bestrafung von den Mächten zu kontrollieren sein würde. Ew. pp. wollen vorstehendes der dortigen Regierung umgehend mitteilen und um Äußerung bitten*.

Bülow

Nr. 4654

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190 Berlin, den 5. Oktober 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gestatte ich mir über den gegenwärtigen Stand der diplomatischen Verhandlungen wegen China nachstehendes ehrfurchtsvollst vorzutragen.

Als ich Euerer Majestät Erlaubnis für mein Zirkulartelegramm vom 17. v. Mts.** erbat, schwebte mir vor allem der Gesichtspunkt vor, damit zu verhindern, daß die Mächte in Separatverhandlungen

* Nach einem Telegramm an Graf Hatzfeldt Nr. 367 vom 8. Oktober liefen bis dahin von allen Kabinetten Zustimmungserklärungen zu der auch den übrigen Kabinetten mitgeteilten Zirkularnote vom 1. Oktober ein; nur die englische Regierung hielt, ebenso wie nach der deutschen Zirkularnote vom 17. September, mit ihrer Stellungnahme so lange zurück, bis die Ereignisse sie überholten. Erst am 9. teilte Salisbury Graf Hatzfeldt die englische Zustimmung mit, nachdem schon am 8. Oktober die Vertreter der Mächte in Peking sich darüber schlüssig geworden waren, daß in der chinesischen Liste der Schuldigen mehrere Hauptschuldige fehlten, daß das Strafmaß ungenügend sei, und daß es an einer Sicherheit für den Vollzug der Strafen fehle, der nur dadurch gewährleistet werde, daß die Strafen vor Delegierten der Gesandtschaften vollzogen würden. Telegramm Mumm von Schwarzensteins Nr. 162 vom 11. Oktober 1900.

** Vgl. Nr. 4643.

mit China einträten, bevor Generalfeldmarschall Graf von Waldersee auf chinesischem Boden* anlangte. Dieser Zweck ist erreicht worden. Die Gruppe, welche sich auf Grund des russischen Evakuationsvorschlages gebildet hatte, ist zersprengt. Ferner ist dadurch das Edikt des Kaisers von China** herausgelockt worden, welches zum ersten Male die Bestrafung von bestimmt namhaft gemachten Hauptschuldigen anordnet. Dazu trat vor allem Euerer Majestät Antwort an den Kaiser von China***, welche überall den günstigsten Eindruck gemacht und es mir ermöglicht hat, in weiteren Ausführungen des von Euerer Majestät eingenommenen Standpunktes unter dem 1. d. Mts. den Mächten den Vorschlag zu machen, daß die diplomatischen Vertreter in China prüfen und begutachten sollten, ob die in dem chinesischen Edikt enthaltene Liste der zu bestrafenden Personen genügend und richtig ist, ob die in Aussicht gestellten Strafen angemessen, und endlich in welcher Weise die Ausführung der Bestrafung von den Mächten zu kontrollieren sei. Dieser Vorschlag ist durchweg günstig aufgenommen worden, wenn auch definitive Antworten von den Mächten noch ausstehen.

Inzwischen hat die französische Regierung hier gestern folgende Mitteilung machen lassen: „En envoyant leurs forces en Chine, les puissances se proposaient avant tout de délivrer leurs légations. Grâce à leur union et à la valeur de leurs troupes ce but a été atteint. Il s'agit maintenant d'obtenir du Gouvernement Chinois qui a donné au Prince Tching et à Lihungchang les pleins-pouvoirs pour négocier et traiter en son nom, des réparations convenables pour le passé et de sérieuses garanties pour l'avenir. Pénétré de l'esprit qui a inspiré les déclarations antérieures des différents Gouvernements, le Gouvernement de la République croit résumer leurs propres sentiments dans les points suivants qu'il soumet comme base des négociations à engager aussitôt après la vérification usuelle des pouvoirs: I. Punition des principaux coupables qui seraient désignés par les

---

* Vgl. Nr. 4650, S. 138, Fußnote *.
** Vgl. Nr. 4651, S. 141, Fußnote *.
*** Ende September hatte sich der Kaiser von China mit einem Telegramm an den Deutschen Kaiser gewandt, das der Trauer wegen der Ermordung Freiherrn von Kettelers Ausdruck gab und im Anschluß daran die Hoffnung aussprach, daß Wilhelm II. nunmehr allem Groll entsagen und zur Vereinbarung eines allseitigen Friedens die Hand bieten werde. In seinem Antworttelegramm vom 30. September forderte Kaiser Wilhelm II. nachdrücklich die Bestrafung der an der Ermordung Schuldigen und die Rückkehr des chinesischen Kaisers nach Peking. Der Schluß des Telegramms lautete: „Auch ich sehne mich nach dem Frieden, der die Schuld sühnt, das begangene Unrecht in vollem Umfang und nach jeder Richtung wieder gut macht und allen Fremden in China volle Sicherheit bietet an Leib und Leben, an Hab und Gut, besonders aber zu freier Ausübung der Religion.“ Der Schriftwechsel wurde am 2. Oktober in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt und auch zur Kenntnis der Mächte gebracht.

représentants des puissances à Pékin; II. Maintien de l'interdiction de l'importation des armes; III. Indemnités équitables pour les Etats, les sociétés, les particuliers; IV. Constitution à Péking d'une garde permanente pour les légations; V. Démantèlement des fortifications de Takou. VI. Occupation de deux ou trois points de la route de Tientsin à Pékin qui serait ainsi toujours ouverte aux légations voulant se rendre à la mer ou aux forces qui de la mer auraient pour objectif la capitale. Présentées collectivement par les puissances, appuyées par la présence des troupes internationales, il paraît impossible au Gouvernement de la République que ces conditions si légitimes ne s'imposent pas à bref délai à l'acceptation du Gouvernement chinois *." — Der französische Vorschlag, welcher auch von russischer Seite befürwortet wird, stellt sich in der Hauptsache auf den Boden des Telegramms Euerer Majestät und akzeptiert namentlich die Bezeichnung der zu Bestrafenden durch die Vertreter der Mächte in Peking. Die in seinen sonstigen Punkten enthaltenen Einzelvorschläge berühren sich vielfach mit denjenigen, welche bereits in der auf Euerer Majestät Befehl dem Gesandten von Mumm bei seiner Ausreise mitgegebenen Instruktion ** vorgesehen sind. Das französische Schriftstück behan-

* Die vom 30. September datierte französische Zirkularnote ist gedruckt im Französischen Gelbbuch: Chine 1899—1900, p. 174.

** Dem an Stelle des ermordeten Freiherrn von Ketteler im Juli 1900 neuernannten Gesandten Mumm von Schwarzenstein war bei seiner Ausreise eine Denkschrift betreffend die deutsche Politik in China, datiert vom 22. Juli, als Instruktion mitgegeben worden, die in großen Zügen die Richtlinien der deutschen Chinapolitik darlegte. Das Vorgehen der Mächte wurde darin als eine „bewaffnete Intervention zur Wiederherstellung der Ordnung, insoweit die Kulturnationen an derselben interessiert sind" definiert. Der Gedanke der Aufteilung Chinas oder selbst nur eine Aufteilung in Interessen- oder Einflußzonen wurde abgelehnt, ebenso der Gedanke einer Verlegung der chinesischen Hauptstadt von Peking nach dem Süden. Großes Gewicht legte die Denkschrift auf die baldmöglichste Einsetzung einer neuen national-chinesischen Regierung; die europäische Ingerenz sollte dabei auf das unerläßliche Maß beschränkt bleiben, wenn auch freilich die einstweilige Etablierung einer internationalen Garnison in Peking zum Schutze der Gesandtschaften und eine Sicherung der Verbindung zwischen Peking und Tientsin bzw. Taku als notwendig erachtet wurde. Als „eminent wichtig" bezeichnete die Denkschrift die Verhinderung der Waffenzufuhr an die Aufrührer durch internationale Maßregeln; gerade in diesem Punkte berührte sie sich eng mit der französischen Zirkularnote vom 30. September. Einer Einschränkung der Missionstätigkeit wollte die deutsche Regierung, falls sie von anderer, etwa französischer Seite angeregt sei, nicht entgegen sein, ohne damit auf den Schutz des deutschen Missionswerks zu verzichten; überhaupt redete die Denkschrift einer „schonenden, die chinesischen Sitten achtenden Behandlung der Bevölkerung" das Wort. Natürlich wollte die Denkschrift bei aller Rücksicht auf die internationale Solidarität einerseits, das „friedliche chinesische Volk" andererseits, die speziellen deutschen Interessen nicht außer acht gelassen sehen; ihre energische Förderung wurde zum Schlusse noch nachdrücklich verlangt. Im Mittelpunkt der Denkschrift stand aber doch der Gesichtspunkt, die Aufrechterhaltung eines einigen und geschlossenen Vorgehens der Mächte auf militärischem wie auf politischem Gebiete bei

delt indessen die Sache oberflächlicher und befaßt sich zum Beispiel nicht mit den erheblichen Schwierigkeiten der Entschädigungsfrage. Die Allgemeinheit der französischen Vorschläge, welche ich vorläufig nur ad referendum genommen habe, wird es uns meines ehrfurchtsvollsten Erachtens ermöglichen, ohne Übereilung in einigen Tagen darauf eine gleichfalls allgemein gehaltene Antwort zu erteilen, die einerseits uns nicht bindet, andererseits aber den Versuchen, uns in ausgebildeten * chinesischen Fragen zu isolieren, einen Riegel vorschiebt.

Bülow

Nr. 4655

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Nr. 196 Berlin, den 9. Oktober 1900

Euerer Majestät Botschafter in London telegraphiert:

„Wie mir Sir Th. Sanderson sagt, hat er den hiesigen chinesischen Gesandten, welcher auf Veranlassung Li-Hung-Tschangs auf dem Foreign Office den Antrag gestellt hatte, Sir Claude MacDonald möge instruiert werden, die Verhandlungen umgehend zu beginnen, im Auftrage Lord Salisburys dahin beschieden, daß die englische Regierung erst dann ihren Vertreter in Peking ermächtigen werde, mit den Präliminarien der Verhandlungen zu beginnen, wenn die deutsche Regierung, welche durch die Ermordung ihres Gesandten am meisten betroffen sei, den Zeitpunkt für die Einleitung der Präliminarien für gekommen hielte und ihren Vertreter dementsprechend instruiert habe."

Meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens dürfte es nützlich sein, wenn Graf von Hatzfeldt ermächtigt werden könnte, für diese Rücksichtnahme auf unseren Standpunkt Euerer Majestät Dank auszudrücken.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden! und zugleich mittheilen, daß wir jetzt Li's Vollmachten prüfen und wenn echt mit ihm als Vermittler arbeiten wollen W.

---

möglichster Wahrung der deutschen Selbständigkeit: „Alle Punkte, die zu Differenzen Anlaß geben könnten, müssen so viel als nur irgend möglich bis nach erfolgter Abrechnung mit den Chinesen zurückgestellt werden. Unsere internationale Stellung beruht zu einem großen Teil auf einem richtigen Verhältnis einerseits zu der englisch-amerikanisch-japanischen, andererseits zu der französisch-russischen Gruppe. Dadurch haben wir die Möglichkeit, je nachdem streckenweise mit der einen oder der anderen Gruppe zu gehen, ohne uns die Möglichkeit eines Abschwenkens zu der entgegengesetzten Gruppe zu verschließen. Verlören wir diese letztere Möglichkeit, so würden wir in eine verderbliche Abhängigkeit von einer der beiden Gruppen geraten."

* Falsche Zifferngruppe, laut Konzept: „in der chinesischen Frage" usw.

Nr. 4656

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 Berlin, den 9. Oktober 1900

Euerer Majestät allerhöchster Entscheidung wage ich nachstehende Erwägungen ehrfurchtsvollst zu unterbreiten.

Aus den aus China einlaufenden Nachrichten tritt immer deutlicher hervor, daß es dem chinesischen Hofe gänzlich an geeigneten Persönlichkeiten gebricht, welche die Wiederherstellung der Beziehungen zu den fremden Mächten anzubahnen vermöchten. Als der einzige Mann, der zur Durchführung dieser Aufgabe imstande wäre, erscheint nach Lage der Verhältnisse Li-Hung-Tschang. Nachdem dieser von den übrigen Mächten als Bevollmächtigter anerkannt worden ist, dürfte es an der Zeit sein, unsere Geneigtheit zu bekunden, in eine Prüfung der Vollmachten Li-Hung-Tschangs einzutreten. Wir würden damit einer Isolierung Deutschlands in einer an sich untergeordneten Frage entgehen und dem Vorwurf die Spitze abbrechen, als ob wir die einzigen wären, die an der Verzögerung des Beginns der Verhandlungen die Schuld trügen. Mit unserer bisherigen Haltung würden wir dabei nicht in Widerspruch geraten, da von uns mit Euerer Majestät Genehmigung schon früher erklärt worden ist, daß wir uns bis nach erfolgter Prüfung der Vollmachten vorbehalten müßten, uns über die Annahme der chinesischen Unterhändler zu entscheiden. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Sachlage sich in Zukunft insofern geändert hat, als Li-Hung-Tschang nicht mehr als alleiniger Unterhändler auftritt, sondern als eigentlicher Bevollmächtigter Prinz Tsching erscheint, dem Li-Hung-Tschang mehr als eine Art sachverständiger Kommissar beigegeben ist. Falls Euere Majestät die vorstehende Auffassung zu billigen die Gnade haben, würde es folgerichtig sein, wenn Graf von Waldersee nunmehr Li-Hung-Tschang empfinge.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden
9/X 1900
W.

Nr. 4657

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 658 London, den 16. Oktober 1900

Aus heutigen Äußerungen Lord Salisburys hatte ich den Eindruck, daß Japan sich hier dafür ausgesprochen hat, die noch schwebenden

Erörterungen wegen Chinas den Vertretern der Mächte in Peking zu übertragen. Als ich dazu bemerkte, daß mir diese Auffassung begründet zu sein schiene, erwiderte Lord Salisbury, daß er auch seinerseits damit einverstanden sei. Dies entspricht, soweit ich es aus Erfahrung beurteilen kann, seinen Wünschen auch deshalb, weil es ihm die Möglichkeit bietet, die Verantwortlichkeit für zu treffende Entscheidungen auf die Vertreter in Peking abzulenken*.

Hatzfeldt

Nr. 4658

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein, z. Z. in Tientsin

Telegramm. Konzept

Nr. 94 Berlin, den 20. Oktober 1900

Ew. ersuche ich, an Graf Waldersee allerhöchsten Befehl gelangen zu lassen, daß der Feldmarschall sich mit Prinz Tsching und den andern Bevollmächtigten in Verbindung setzen solle, um Kaiser von China zur Rückkehr nach Peking zu vermögen.

Seine Majestät setze dabei Kooperation mit Vertretern der Mächte daselbst voraus und hoffe nach Eintreffen des Kaisers baldige Einleitung Friedensverhandlungen.

Richthofen

Nr. 4659

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 95 Berlin, den 21. Oktober 1900

Die französische Regierung hat eine neue Note** an die Mächte übersandt, wo den Einwendungen einzelner Kabinette Rechnung getragen ist. Lord Salisbury hatte verlangt, daß die Schutzwachen keinen internationalen Truppenverband bilden, sondern jede selbständig bleiben, und ferner daß die zwischen Taku und Peking zu schaffenden Stel-

---

* Auch die deutsche Regierung erklärte sich mit dem japanischen Vorschlag völlig einverstanden; Telegramm Freiherrn von Richthofens an Graf Hatzfeldt Nr. 391 vom 19. Oktober, an Mumm von Schwarzenstein Nr. 103 vom 24. Oktober.

** Die französische Zirkularnote vom 14. Oktober, deren Text im Gelbbuch: Chine 1899—1900, p. 191 abgedruckt ist, konstatierte, daß die frühere Note vom 30. September (vgl. Nr. 4654) von allen Mächten im Prinzip vorbehaltlich einiger leichten Modifikationen angenommen sei, und regte an, daß diese Note in etwas abgeänderter Fassung nunmehr den chinesischen Unterhändlern als Ausgangspunkt für die Friedensverhandlungen zugestellt werden möge.

lungen nicht gemeinschaftlich, sondern getrennt besetzt werden sollen. Die amerikanische Regierung und Presse haben ihrerseits Bedenken geäußert gegen die praktische Durchführbarkeit eines dauernden Waffeneinfuhrverbots. Die französische Regierung hat dem auf die Schutzwachen bezüglichen Passus die von England gewünschte Fassung gegeben, die Frage der militärischen Stützpunkte zwischen Taku und Peking nur leicht gestreift und bezüglich des Waffeneinfuhrverbots den Zusatz gemacht, daß dasselbe „dans des conditions à règler entre les Puissances“ aufrecht erhalten werden solle, wodurch die Erörterung der gegen die praktische Ausführbarkeit sich richtenden amerikanischen Bedenken ermöglicht wird. Die französische Regierung hat endlich auch eine frühere Anregung, wonach unter Umständen der Doyen des diplomatischen Korps als Vertreter seiner Kollegen den Chinesen gegenüber fungieren sollte, zurückgezogen und sich auf den richtigeren Boden gestellt, daß selbst vereinbarte identische Erklärungen durch jeden einzelnen Vertreter an die chinesischen Unterhändler abzugeben sein würden. Die französische Regierung wünscht nun, daß ihre Zirkularnote in dem letzten Wortlaut — welchen Ew. von Ihrem französischen Kollegen erfahren werden — seitens sämtlicher Vertreter den chinesischen Unterhändlern als Ausgangspunkt der Verhandlungen zugestellt werde.

Wir haben erwidert, daß Ew. nach Ihrer Ankunft in Peking zunächst die doppelte Aufgabe haben würden, sich über die Ansichten Ihrer dortigen Kollegen, namentlich über diejenigen Punkte, wo Übereinstimmung besteht, zu unterrichten und ferner über die Bedeutung und Gültigkeit der Vollmachten der chinesischen Unterhändler sich ein Urteil zu bilden. Hierdurch werde eine kleine Verzögerung entstehen, jedoch sei nicht zu bezweifeln, daß in dem Rahmen der allgemein gehaltenen französischen Vorschläge schließlich eine Übereinstimmung bezüglich der praktischen Behandlung der schwebenden Fragen sich an Ort und Stelle werde herstellen lassen. Zu Ew. vertraulicher Orientierung und Direktive bemerke ich folgendes:

I. Das in der französischen Anregung hervortretende Drängen auf sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen entspricht mehr dem russisch-amerikanischen Standpunkt als dem der übrigen Mächte. Ein erfolgreiches Zusammengehen von Rußland und Amerika, welches die beiden aneinander gewöhnen würde, entspricht nicht den deutschen Interessen. Daß die Überstürzung der Verhandlungen auch nicht den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers entspricht, ersehen Ew. aus Telegramm Nr. 94*.

II. Es ist unnötig, daß Frankreich durch Überreichung seines Zirkulars seitens sämtlicher Vertreter in den Vordergrund gestellt wird; besser ist es, wenn in dem seinerzeit den chinesischen Unter-

---

* Siehe Nr. 4658.

händlern zu übergebenden Schriftstück die gemeinsame Arbeit aller Vertreter zusammmengefaßt ist, für welche die französische Note füglich die Unterlage bilden kann. Ew. wollen zunächst sondieren, ob nicht ein großer Teil Ihrer Kollegen für den Gedanken zugänglich ist, es sei besser, mit den Chinesen erst über diejenigen Punkte zu verhandeln, worüber die Mächte bereits einig geworden sind, da man sonst riskieren könne, daß sich der eine oder andere fremde Vertreter auf die chinesische Seite stelle.

III. Unter den einzelnen Punkten ist besonders die Frage der Waffeneinfuhr für den deutschen Handel von Interesse. Diese Frage hat auch den Vorteil, daß sie Rußland und Amerika trennt. Es ist nützlich, wenn wir Amerika bei den Einwendungen den Vortritt lassen, wir können aber zur Unterstützung des amerikanischen Standpunktes, der übrigens von England und Japan vielleicht geteilt werden wird, den unsrigen dahin präzisieren, daß das Verbot, sofern nicht die Möglichkeit wirksamer Überwachung seiner Durchführung nachweisbar sei, als einzige Wirkung einen kolossalen Schmuggel hervorrufen und den ehrlichen Handel zugunsten der gewissenlosen Elemente zurückdrängen würde. (Vertraulich bemerke ich, daß hiesige Chinakenner an der Möglichkeit wirksamer Überwachung zweifeln.)

IV. Die Bestrafung der Rädelsführer steht für Deutschland im Vordergrunde. Isolieren dürfen wir uns in dieser Frage so wenig wie in anderen, sondern wir müssen sehen, wo und wie weit wir Gesellschaft finden. Vor allen übrigen zeigt sich ja Frankreich hierin ganz energisch, und im ganzen werden wohl die Gesandten, welche die Belagerung durchgemacht haben, weniger milde denken als einzelne Auswärtige Minister.

Für heute beschränke ich mich auf diese einzelnen Gesichtspunkte und sehe demnächst Ew. Mitteilung entgegen über die Ansichten und Gruppierungen, denen Sie in Peking begegnet sind.

Bülow

Nr. 4660

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 398 Berlin, den 23. Oktober 1900

Antwort auf Telegramm 676*.

Deutscherseits würde man [der französischen Regierung] den

* Nach Hatzfeldts Telegramm Nr. 676 vom 22. Oktober hatte die französische Regierung in London gebeten, daß man die sechs Punkte ihres Vorschlags vom

kleinen Eitelkeitserfolg, daß die französische Note unerörtert von den übrigen Mächten übernommen und den demnächstigen Besprechungen zwischen ihnen und China zugrundegelegt wird, gern gönnen, da es jedenfalls nützlich ist, Frankreich an den Gedanken zu gewöhnen, daß es mancherlei wichtige Fragen gibt, wo sich Verständnis für den französischen Standpunkt nicht bei Rußland allein, sondern auch bei andern Mächten findet. Im vorliegenden Falle sehe ich eine wirkliche Gefahr darin, daß man — was nach rückhaltloser Annahme der französischen Note kaum zu vermeiden sein würde — die Chinesen in die Verhandlungen hineinzieht, bevor die Vertreter der Mächte sich vergewissert haben, daß über die leitenden Grundsätze der Hauptpunkte des Verhandlungsprogramms Übereinstimmung unter ihnen erzielt ist.

Die etwa bei der englischen Regierung bestehende Besorgnis, daß wir ihr die unangenehme Rolle allein überlassen wollen, werden Ew. pp. durch die Erklärung beseitigen können, daß wir bereit sind, unsern obigen Gesichtspunkt, welcher in meinem Telegramm 394* nur vertraulich angedeutet war, den Mächten formell mitzuteilen. Wir hatten hierfür ursprünglich das erste Telegramm des gestern in Peking eingetroffenen Herrn von Mumm abwarten wollen, welches uns voraussichtlich über das Maß und die Grenzen der zwischen den Diplomaten in Peking bestehenden Übereinstimmung genauer orientieren wird. Ich werde nun aber mit Rücksicht auf Ew. pp. Telegramm Nr. 676 schon bei nächster Begegnung dem französischen Geschäftsträger sagen, wir hätten nach wie vor den besten Willen, aber gleichzeitig auch die Besorgnis, daß eine verfrühte Hineinziehung der Chinesen in die Verhandlung die Möglichkeit in sich schließe, China würde den fremden Mächten nicht immer isoliert gegenüberstehen, sondern gelegentlich die eine oder die andere fremde Regierung auf seiner Seite haben. Die hieraus für das Verhältnis der Mächte zueinander sich ergebende ernste Gefahr würde nur zu vermeiden sein durch vorherige Verständigung der fremden Vertreter über die leitenden Gesichtspunkte und Hauptlinien aller Paragraphen des französischen Programms. Darüber, ob und wie weit diese Verständigung bereits erfolgt sei, sähen wir in den nächsten Tagen einem telegraphischen Bericht unsers Gesandten entgegen.

Richthofen

---

30. September (vgl. Nr. 4654) ohne die gemachten Reserven (vgl. Nr. 4659, Fußnote), die aber bei den Verhandlungen selbst entsprechend berücksichtigt werden könnten, annehmen möge.

* Durch Telegramm Nr. 394 vom 20. Oktober war Graf Hatzfeldt angewiesen worden, ganz vertraulich in London zu verstehen zu geben, daß nach deutscher Ansicht es besser sein würde, mit den Chinesen erst über diejenigen Fragen zu verhandeln, wegen welcher die Mächte bereits einig geworden seien, da man sonst riskiere, daß sich der eine oder andere Vertreter plötzlich auf die chinesische Seite stelle.

Nr. 4661

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 216 Peking, den 26. Oktober 1900
[eingetroffen am 28. Oktober]

Heute Besprechung des diplomatischen Korps, durch russischen Gesandten veranlaßt, behufs Meinungsaustausches über Friedensverhandlungen. Einstimmiger Beschluß, unseren Regierungen vorzuschlagen, von chinesischer Regierung in formellem Ultimatum Todesstrafe zu fordern für im Edikt vom 25. v. Mts. namhaft gemachte Personen, außerdem für Yühsien, Tung-Fu-Siang und diejenigen Schuldigen, welche diplomatisches Korps späterhin noch bezeichnen werde.

Weitere Beratung der Friedensbedingungen, welche soweit tunlich mit Forderung der Bestrafung in ein Ultimatum zusammengefaßt werden sollen, übermorgen.

Richtige Ansicht vorherrschend, daß womöglich volles Einvernehmen unter Mächten erzielt werden müsse, ehe in Verhandlungen mit chinesischen Bevollmächtigten eingetreten werde. Chinesische Erklärung und Mitteilungen über Ableben einzelner Schuldiger sollen vorläufig ignoriert werden. Russische Anregung, die durch Telegramm Nr. 81 übermittelten französischen Vorschläge* zur Basis der Beratung zu machen, nicht weiter verfolgt, nachdem ich unter ausdrücklicher Betonung unseres prinzipiellen Einverständnisses mit französischen Vorschlägen im Sinne von Telegramm Nr. 103** nebenbei bemerkt hatte, daß dann streng genommen nur Modifikation dieser Vorschläge zugelassen, anderweitige Vorschläge aber von Beratung ausgeschlossen sein würden. Modifizierte französische Vorschläge (Telegramm Nr. 95***) bisher anscheinend nur dem japanischen Gesandten † bekannt, in Besprechung nicht erwähnt.

Bei Beratung ziemlich starker Gegensatz zwischen Herrn von Giers, der Todesstrafe für Prinzen ausgeschlossen oder für alle bloß punition la plus sévère gefordert wissen wollte, und Satow ††, der für möglichste Ausdehnung der Bestrafungen war. Bezweifele daher, daß russische Regierung Forderung der Todesstrafe für Prinzen sanktioniert. Italienischer ††† und amerikanischer § Gesandter meistens

* Vgl. Nr. 4654.
** Vgl. Nr. 4657, Fußnote.
*** Siehe Nr. 4659.
† Baron Nishi.
†† Sir E. M. Satow, englischer Gesandter in Peking, Nachfolger des nach Tokio versetzten Sir Claude MacDonald.
††† Marquis Salvago.
§ Mr. Conger.

auf Seiten des englischen Gesandten; Conger, durch Wahlrücksichten wider Willen beeinflußt, anfänglich gegen Ausdruck Ultimatum. Französischer Gesandter ernstlich krank, sein Vertreter* zurückhaltend. Spanischer Gesandter Doyen** unbedeutend. Belgischer Gesandter*** etwas zweideutig in Haltung. Japanischer Gesandter fällt wegen mangelhafter Sprachkenntnis fast ganz aus, war außerstande, seinerseits japanischen Vorschlag Telegramm Nr. 103 † vorzubringen. Meine Stellung zwischen Parteien schwierig, bestrebt, mich möglichst zurückzuhalten.

Erfahre unter der Hand, daß Herr von Giers in nächster Sitzung Antrag stellen will, unseren Regierungen Einstellung der Feindseligkeiten vorzuschlagen, womit englischer Gesandter anscheinend einverstanden. Werde mich bis zum Eintreffen von Weisungen widersetzen.

Mumm

Nr. 4662

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 133 Berlin, den 6. November 1900

Antwort auf Telegramme 237, 238, 242 ††.

Die ganzen Verhandlungen sind aussichtslos, wenn einzelne Mächte das Gesamtergebnis dadurch in Frage stellen können, daß ihr

---

* Baron d'Anthouard.

** Cologan.

*** Maurice Joostens.

† Es handelt sich um die Anregung, daß alle Vorschläge über die Verhandlungsbasis der Mächte mit China zunächst den fremden Vertretern in Peking zu gemeinsamer Beratung vorgelegt werden sollten.

†† Die Telegramme Mumms Nr. 237, 238 und 242 vom 31. Oktober, 1. und 2. November 1900 hatten den Stand der Vorbesprechungen der in Peking versammelten diplomatischen Vertreter über die mit China einzuleitenden Verhandlungen dargelegt. Es handelte sich einmal darum, ob den an die chinesische Regierung zu richtenden Forderungen von vornherein ein ultimativer Charakter beigelegt werden solle, sodann darum, ob diese Forderungen, soweit man über sie einig war, schon jetzt überreicht werden sollten in Anlehnung an das von der französischen Regierung ausgearbeitete Projekt einer Note, oder ob zunächst über alle Punkte eine Einigkeit unter den Mächten herzustellen sei, weiter darum, ob der chinesische Hof zur Rückkehr

Dissens in **einem** Punkte eine Verständigung über das Ganze verhindert. Dieses absolute Vetorecht würde die notwendige Folge haben, daß dissentierende Mächte sich für ihre Haltung — entweder von China oder von anderen Mächten — teuer bezahlen lassen. Es erscheint demgegenüber als praktisches Auskunftsmittel, wenn z. B. über sieben von acht Punkten Übereinstimmung erzielt ist, während hinsichtlich des achten Punkts eine Majorität und Minorität besteht, daß alsdann für die sieben Punkte eine identische Redaktion vereinbart, der achte Punkt aber nur in den Schriftstücken seiner Anhänger erwähnt wird. Zu diesem Auskunftsmittel sollte erst gegriffen werden, wenn keine volle Verständigung mehr zu hoffen ist. Zweifellos muß man dann mit der Möglichkeit rechnen, daß die chinesische Regierung von außen her in ihrem Widerstande durch die Haltung der Minorität bestärkt wird. Aber diese Aussicht ist immer noch weniger bedenklich als diejenige, daß der Widerspruch der Minorität in einem Einzelpunkte die Majorität vor die Alternative zwischen Unterwerfung oder gänzlichem Stillstand stellt. Es wird nützlich sein, diese Geschäftsordnungsfrage gleich anfangs zu regeln, da bei der jetzt in Betracht kommenden Festlegung der akademischen Grundsätze die Kontraste naturgemäß noch weniger akut sein werden als später bei den praktischen Einzelfragen, z. B. solchen, die mit der Entschädigung zusammenhängen. Hier werden wir voraussichtlich nichts erreichen, wenn nicht den Chinesen die Überzeugung beigebracht wird, daß auch **ohne** Einstimmigkeit die Mächte in ihrer **Majorität** immer noch stark genug sind, um Chinas Nachgiebigkeit zu erzwingen. Auch die Minorität wird vorsichtiger vorgehen, wenn sie weiß, daß ihr Dissens nur geeignet ist, sie zu isolieren, nicht aber die Gesamtaktion aufzuhalten.

Sondieren Sie, ob der vorstehend dargelegte Gedanke dort Unterstützung findet. pp.

Richthofen

---

nach Peking genötigt werden solle, wo er der Beeinflussung durch die Mächte zugänglicher sein mußte, und schließlich um die Frage der Einstellung der Feindseligkeiten. Deutscherseits neigte man zu energischem Vorgehen auf der ganzen Linie; insbesondere war man entschieden gegen eine Einstellung der Feindseligkeiten; auch wünschte man, daß durch ein Verbot an die Vizekönige im Jangtsegebiet, dem chinesischen Hofe Geld, Lebensmittel usw. zu schicken, ein Druck auf diesen in der Richtung der Rückverlegung der Residenz nach Peking ausgeübt werde. Bei den übrigen Mächten bestand dagegen die Neigung, der chinesischen Regierung nur solche Forderungen in mehr oder weniger ultimativer Form zu präsentieren, über die volle Übereinstimmung unter den Mächten erzielt war.

Nr. 4663

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 259 Peking, den 5. November 1900
[eingetroffen am 9. November]

1. In heutiger Sitzung setzte Doyen meinen Antrag betreffend Sühne für Freiherrn von Kettelers Ermordung außer der Reihe in warm empfundener Rede als ersten auf Tagesordnung und nach Begründung durch mich erfolgte ohne Diskussion einstimmige Annahme. Auf englischen Vorschlag erhielt diese Forderung ersten Platz in Gesamtnote.

Antrag: „Envoi à Berlin d'une mission extraordinaire conduite par un Prince Impérial pour exprimer les regrets de Sa Majesté l'Empereur de la Chine et du Gouvernement Chinois à propos l'assassinat du baron de Ketteler.

Érection sur la place de l'assassinat d'un monument commémoratif digne du rang du défunt portant une inscription en langue latine, allemande et chinoise qui exprime les regrets de l'Empereur Chinois à propos du meurtre commis."

2. Englischer Vertreter gab sodann in Telegramm Nr. 238* angekündigte Erklärung gegen Ausdruck Ultimatum ab, betonte aber auf meine Veranlassung und mit meiner Unterstützung, daß gleichwohl unsere Note Charakter einer décision irrévocable haben, und daß dies in Note gesagt werden müsse. Kollegen einverstanden, russischer Gesandter jedoch nur widerwillig.

3. Englischer Antrag, Regierungen zu empfehlen, vorgeschlagenen Passus wegen Verbesserung der Handelsverträge in Note aufzunehmen, von österreichischem**, japanischem, italienischem, amerikanischem Gesandten und mir angenommen. Russischer, französischer Vertreter wollen Initiative Regierungen überlassen. Halte englischen Antrag für hochwichtig als Basis späterer Verhandlungen, stelle Einwirkung in St. Petersburg zur Erwägung. Bei Begründung erwähnte Sir Ernest Satow: 1. Schiffbarmachung großer Handelswasserstraßen: a) Wasserwege bis Schanghai, b) Peiho- und Taku-Barre, c) Jangtse bis Schunking. 2. Inlandsschiffahrt. 3. Likinfrage überhaupt. 4. Likinfreie Zone um Settlements. 5. Freigabe Salzeinfuhr behufs Erhöhung der Staatseinnahmen. 6. Beseitigung der Getreideausfuhrverbote. 7. Einführung der Verpflichtung chinesischer Aktionäre in fremden Aktiengesell-

---

* Vgl. Nr. 4662, Fußnote ††.
** Freiherr Czikann von Wahlborn.

schaften zu vollen Zahlungen ihrer Aktien. 8. Schutz der Fabrikzeichen und der Urheberrechte.

4. Gegen unseren Antrag bezüglich Zufuhr für Hof* Giers, Conger, weil nachteilig für Frieden in Jangtseprovinz sowie französischer, englischer Vertreter, welche für richtiger halten, in Frage Rückkehr Hofes äußerlich kein Empressement zu zeigen. Haltung japanischen Gesandten übereinstimmend mit Telegramm Nr. 256**. Unbedingt für Antrag nur österreichischer und allenfalls italienischer Gesandter. Habe hiernach von Herbeiführung formeller Abstimmung abgesehen.

5. Antrag Salvago Telegramm Nr. 251*** Schlußsatz: „La Chine prend des mesures de finances dans le sens que les puissances lui indiqueront pour garantir le paiement et le service des emprunts.“

Nachdem amerikanischer Gesandter und ich uns zunächst für Aufnahme in Note ohne Rückfrage ausgesprochen, akzeptierten wir mit österreichischem und italienischem Vertreter den englischen Standpunkt, bei unsern Regierungen Aufnahme in Note zu befürworten; japanischer Gesandter will seiner Regierung lediglich referieren, russischer, französischer Vertreter wollen ihren Regierungen Ablehnung anempfehlen.

Sehr nützliche Aufnahme italienischen Antrags in Gesamtnote hier nur erreichbar, wenn es in Europa gelingt, russischen-französischen Widerstand zu beseitigen.

Auffallend in heutiger Sitzung bisher keineswegs beobachtetes Zusammengehen des französischen und russischen Vertreters. Russische Haltung andauernd verdächtig, läßt geheimes russisch-chinesisches Einverständnis möglich erscheinen.

6. Komitee ernannt zur Redigierung der Note vorbehaltlich der Entschließungen unserer Regierungen über offen gelassene Punkte.

7. Um Landraub und Scheinkäufen vorzubeugen, auf russischen Antrag beschlossen, keinerlei seit Beginn der Belagerung im Gesandtschaftsviertel abgeschlossene Ankäufe chinesischen Terrains anzuerkennen. Kommission eingesetzt, um Grenze Gesandtschaftsviertels zu bestimmen.

8. Auf meinen Antrag von französischem, italienischem, englischem Vertreter und mir als Bevollmächtigten beschlossen, eine hochfahrende

---

* Vgl. Nr. 4662, Fußnote ††.

** Nach Telegramm Nr. 256 vom 5. November wünschte der japanische Vertreter eine möglichst milde Formulierung des auf die Rückkehr des chinesischen Hofes gerichteten deutschen Antrags.

*** Der Antrag des italienischen Gesandten Salvago, der auf die Einrichtung einer finanziellen Kontrolle der Mächte in China abzielte, war laut Mumms Telegramm Nr. 251 vom 3. November auf Veranlassung des deutschen Gesandten eingebracht.

Note Li-Hung-Tschangs mit Beschwerde über Verhalten der Truppen in Pautingfu und Umgegend* mit Protest zurückzuschicken. Amerikanischer, russischer, japanischer Vertreter, von denen keine Truppen dort, werden Note unbeantwortet lassen.

Nächste Sitzung Freitag. Etikettenfrage. Ersetzung von Tsungli Yamen durch einen Minister des Äußern**. Redaktion der Note.

Mumm

Nr. 4664

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 1056 Berlin, den 8. November 1900

Ew. beehre ich mich, anbei die Telegramme 254 und 256 vom 4. und 5. d. Mts. zu übersenden, wo Herr von Mumm über das Ergebnis seiner Sondierung bezüglich des an die Vizekönige im Jangtse gegen weitere Versorgung des Hofes zu richtenden Verbotes Bericht erstattet.

Der Widerspruch des russischen Vertreters war vorherzusehen. Die Zurückhaltung des Japaners und dessen mit den russischen Anschauungen übereinstimmende Vorschläge sind vielleicht weniger auf Instruktionen des Herrn Ito*** als auf Herrn Nishis persönliche russische Sympathien zurückzuführen. Die Haltung des Franzosen ist die natürliche Folge von Frankreichs Verhältnis zu Rußland. Daß der Amerikaner vor Zwangsmaßregeln gegenüber dem chinesischen Hofe zurückschreckt, ist ein weiterer Beweis dafür, daß Amerika der Nebenbuhler Rußlands ist in dem Bestreben, sich Chinas Dankbarkeit zu erwerben. Dies alles konnte man erwarten. Überraschend ist nur, oder wenigstens für uns unerwartet, daß England trotz des deutsch-englischen Abkommens † doch immer noch lieber die russische Politik gegenüber dem chinesischen Hofe begünstigen, als mit Deutschland zusammen eine ganz ungefährliche, weil von Tschang-Tschi-Tung †† selber gewünschte Demonstration im Jangtse machen will. Wenn diese Haltung fortdauert, ist sie geeignet, denjenigen recht zu geben, welche beweisen

---

* Pautingfu war am 19. Oktober von den Truppen der Verbündeten besetzt worden. Näheres darüber bei Graf Waldersee a. a. O. III, 32 f., 35, 39 f., 42 f.

** Darauf war ein italienischer Antrag gerichtet.

*** Marquis Ito, Präsident des japanischen Ministeriums.

† Gemeint ist das Jangtseabkommen vom 16. Oktober 1900. Vgl. darüber Kap. CV.

†† Generalgouverneur der chinesischen Provinz Liang-Hu.

möchten, daß Deutschland sich mit dem neulichen englischen Abkommen auf die unrechte Seite gestellt hat.

Ob es für Ew. der Mühe lohnt, diesen Punkt dort noch weiter zu besprechen, werden Sie selber ermessen. Unter allen Umständen möchte ich diese Frage für weniger brennend erachten als diejenige der Beseitigung des absoluten Veto. Ohne diese Beseitigung wird die Konferenz in den Händen der Minorität, ja sogar in den Händen vereinzelter Mächte, sei es Rußland, sei es Amerika, sein und bleiben.

Hierbei möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß nach Ansicht der Herren von Holleben und von Sternburg eine kleine Schwenkung Amerikas nach der russischen Seite hin alsbald nach der Präsidentenwahl im Bereiche der Möglichkeit liegt. Bei dieser Sachlage glaube ich, daß selbst ohne die — mir übrigens keineswegs unsympathische — Beseitigung der drei schwächeren Staaten die von uns beantragte Änderung der Geschäftsordnung* immer noch aussichtsvoller sein würde als der gegenwärtige Zustand, welcher lediglich dazu angetan ist, die Chinesen in der Überzeugung zu bestärken, daß das vereinzelte Nein Rußlands mehr wiegt als das vereinigte Ja der übrigen Mächte. Dieser Gedanke scheint mir einfach und leicht verständlich, trotzdem wird es mir nach den bisherigen Erfahrungen eine angenehme Überraschung sein, wenn Ew. mir mitteilen, daß Lord Salisbury bzw. sein Nachfolger Verständnis dafür zeigt.

Richthofen

Nr. 4665

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 460 Berlin, den 9. November 1900

Zu diesseitigen Telegrammen 451, 455** und gestrigem Erlaß 1056***.

Die Meldungen aus Peking während der letzten 24 Stunden, ins-

---

* Vgl. Nr. 4662.

** Telegramm Nr. 451 vom 6. November orientierte Graf Hatzfeldt über den Inhalt des Telegramms Nr. 133 (siehe Nr. 4662) an den Gesandten Mumm von Schwarzenstein vom gleichen Tage. Telegramm Nr. 455 vom 8. November nahm Stellung zu der englischen Auffassung, wonach die bei den Vorbesprechungen in Peking zugelassenen Vertreter der kleineren Staaten wie Spanien, Holland, Belgien bei den Friedensverhandlungen nicht stimmberechtigt sein sollten. Auch nach deutscher Anschauung wären logischerweise zur Abstimmung nur die Vertreter derjenigen Mächte befugt, die materiell bei der Okkupation bzw. bei den Kämpfen beteiligt waren; doch wünschte man das Odium der Ausschließung der kleineren Staaten vermieden zu sehen.

*** Siehe Nr. 4664.

besondere der Bericht über die Sitzung vom vorigen Montag, lassen erkennen, daß Einstimmigkeit gerade über einige der wichtigsten Fragen nicht zu erreichen sein wird, daß aber andererseits die von England gewünschte Eliminierung von Spanien, Belgien und Holland wahrscheinlich Anlaß zu ernsten Konflikten geben würde. Schon der Umstand, daß der Vertreter von Spanien, welches bei Rußland und Frankreich politische, bei Österreich dynastische Anlehnung finden würde, als Doyen fungiert und ebenso wie die Vertreter von Belgien und Holland, namentlich von Belgien, bisher tätigen Anteil an der diplomatischen Arbeit genommen hat, erschwert die Eliminierung und läßt das Ergebnis des eventuellen englischen Antrages als recht zweifelhaft erscheinen. Unzweifelhaft aber würden die drei Angegriffenen dann ein für allemal mit derjenigen Partei sich identifizieren, welche ihre Eliminierung verhindert hat.

Deshalb erscheint der im diesseitigen Telegramm Nr. 451 entwickelte Gedanke als zweckentsprechender. Danach würden diejenigen Punkte, über welche Einigkeit erzielt ist, von allen identisch übergeben, darüber hinaus aber würden von einem Teil der Mächte diejenigen Punkte aufgeführt werden, über welche die betreffende Gruppe sich verständigt hat, und wegen welcher also diese Gruppe allein mit China abrechnen will, unabhängig von der Gesamtheit. Zum Beispiel würde die in dem Ew. heute mitgeteilten Telegramm 259 aus Peking* Akte 3 erwähnte englische Forderung durch Österreich, Italien, Japan, Amerika und Deutschland bei China eingebracht werden. Ob alsdann bei der russisch-französischen Opposition gegen diesen Punkt sich Spanien, Holland und Belgien beteiligten oder nicht, würde wenig ins Gewicht fallen, da es sich bei diesem von uns vorgeschlagenen Modus der Abstimmung nicht um bloße Nummern, sondern um die dahinterstehende Macht, nicht um Quantität, sondern um Qualität der Abstimmenden handeln würde. Diesen Abstimmungsmodus — Einstimmigkeit mit Ergänzung durch Gruppenanträge — würde ich schon deshalb besser halten als den englischen Vorschlag der Abstimmung nach Majorität, weil die englische Regierung in dem an sich lobenswerten Bestreben, möglichst wenig zu riskieren, beim ersten Zeichen von Widerstand gegen ihren Majoritätsvorschlag zurückweichen und alsdann nichts weiter erreicht haben würde als die grundsätzliche Gegnerschaft der drei Staaten, deren Ausschließung nach englischer Ansicht die Voraussetzung für die Einführung des Majoritätsprinzips hätte sein sollen. Auch der neueste Pekinger Bericht Nr. 259 enthält wieder manche entmutigende Anzeichen, durch welche Englands grundsätzliche Schwäche gegenüber Rußland ebenso wie Englands grundloses Mißtrauen gegen Deutschland gekennzeichnet wird. Ich meine hier insbesondere die englische Ablehnung des deutschen Antrags wegen Ab-

* Siehe Nr. 4663.

schneidung der Zufuhr an den chinesischen Hof. Diese Ablehnung ist erfolgt, obschon die englische Regierung wußte, was den übrigen unbekannt war, daß der Gedanke der Vergewaltigung der Vizekönige von diesen selbst oder wenigstens von einem derselben ausgegangen und folglich ein Konflikt nicht zu befürchten war. Man kann also sagen, daß bisher England nachgiebig gegen seine notorischen Gegner gewesen ist, um seine Widerstandskraft für diejenigen Staaten aufzusparen, bei denen es freundlichere Gesinnung und deshalb größere Duldsamkeit vermutet. Ich möchte nicht annehmen, daß eine Regierung mit so schwachen Nerven den Konflikt siegreich durchhalten würde, ohne welchen es bei dem Antrage auf Eliminierung von Spanien, Belgien und Holland nicht abgehen wird. Deshalb glaube ich, daß der in meinem Telegramm 451 gemachte Vorschlag der Ergänzungsartikel mehr den gegebenen Verhältnissen entspricht als der schwer zu verwirklichende englische Gedanke der Majoritätsabstimmung in einem engeren Kollegium. Falls indessen Ew. auch hierbei dem gewohnten englischen Mißtrauen gegen alle deutschen Anregungen begegnen sollten, wollen Sie zu erkennen geben, daß Deutschland in Ostasien weniger Prestige als England zu verlieren hat, und daß es deshalb für uns nicht schwer ist, den englischen Fatalismus nachzuahmen.

Richthofen

Nr. 4666

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 274 — Peking, den 9. November 1900
[eingegangen am 12. November]

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 259*.

Sitzungsbericht.

pp. Hiernach unsere Arbeiten vorläufig beendigt bis auf Meinungsverschiedenheit über Anträge Satow und Salvago**, welche

* Siehe Nr. 4663. Der Anfang des Telegramms betrifft Beratungsgegenstände von minderer Bedeutung.

** Vgl. Nr. 4663. Über den Antrag Satow, der einen Druck auf die chinesische Regierung in der Richtung der Verbesserung der Handelsverträge bezweckte, wurde in der Sitzung der diplomatischen Vertreter vom 13. November ein Einverständnis erzielt; dagegen noch nicht über den Antrag Salvago auf Einführung einer finanziellen Kontrolle, dem Rußland auch weiterhin opponierte, und der schließlich nur in der Form Annahme fand, daß China sich zur Einführung finanzieller Maßnahmen verpflichten sollte, um die Zahlung der Entschädigungen und den Dienst der Anleihen zu gewährleisten.

nur durch gemeinsamen Druck in Petersburg zu beseitigen ist. Falls russische und französische Regierung auf ablehnendem Standpunkt beharren, wird wohl nur übrig bleiben, beide Forderungen aus der auch dann noch sehr bedeutsamen, weit über ursprüngliche französische Vorschläge hinausgehenden Gesamtnote auszuscheiden und eventuell einer besonderen Note der interessierten Mächte vorzubehalten. Allerdings erscheint es mir angesichts der Schwierigkeit, die schon die Erreichung der einstimmig beschlossenen Punkte jedenfalls machen wird, höchst fraglich, ob nur von einem Teil der Mächte gestellte Forderungen durchzusetzen sein werden.

Bisher noch nicht erörterter, aber voraussichtlich zur Annahme gelangender Entwurf der Gesamtnote beginnt mit effektvoller Aufzeichnung der chinesischen Verbrechen wider Völkerrecht, wobei Ermordung unseres Gesandten ebenso wie nachher bei Forderungen an erster Stelle erwähnt ist, und enthält Erklärung, daß Forderungen der Mächte undiskutierbar sind. Forderungen decken sich, abgesehen von kleinen redaktionellen Änderungen, mit meinen Meldungen, so daß ich wegen Kosten und Kompromittierung des Chiffre von wörtlicher Übermittelung absehe.

Nächste Sitzung Montag: Redaktion der Note.

Mumm

Nr. 4667

*Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow**

Privatbrief. Ausfertigung

Peking, den 16. November 1900
[eingetroffen den 20. Januar 1901]

Alles, was es neues zu melden gibt, ist Euerer Exzellenz bereits telegraphisch berichtet worden, so daß für danebenherlaufende schriftliche Berichterstattung kaum Raum bleibt.

Die Verhandlungen des diplomatischen Korps haben meines unmaßgeblichen Dafürhaltens bisher einen weit günstigeren Verlauf genommen, als anfänglich angenommen werden konnte. Die französischen Vorschläge, die einigen Mächten schon als ausreichende Grundlage eines Notenaustauschs mit China erschienen, sind durch das Ergebnis unserer Beratungen weit überholt worden, so daß Euerer

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber, obwohl erst erheblich später in Berlin eingegangen.

Exzellenz Wunsch entsprechend die an die chinesische Regierung zu richtende Note nicht mehr als Niederschlag französischer Vorschläge, sondern als selbständiges Produkt unserer gemeinsamen Tätigkeit erscheint.

Über alle Punkte bis auf den allerdings bedeutsamen Antrag Salvago, der in allgemeiner Fassung einer späteren beschränkten Finanzkontrolle die Wege ebnen soll, ist Übereinstimmung erzielt worden, so daß, wenn die Regierungen den Beschlüssen ihrer hiesigen Vertreter beitreten und noch die russische Regierung zur Nachgiebigkeit bezüglich Salvagos Antrag bestimmt wird, der Überreichung unserer gemeinsamen Note nichts mehr im Wege steht. Als besonders glückliches Ergebnis betrachte ich, daß es gelungen ist, den von anderer Seite schon längst gewünschten Eintritt in Verhandlungen mit den chinesischen Bevollmächtigten hinauszuschieben, bis wenigstens ein prinzipielles Einverständnis unter den beteiligten Mächten erzielt worden ist.

Darüber, daß wir erst am Anfang einer großen Aufgabe stehen, täusche ich mich freilich nicht. Die mühsam erzielte Einigkeit der Mächte ist auf Sand gebaut, und sofort beim Eintritt in die Spezialberatung werden die Gegensätze aufeinander platzen. Ich suche deshalb auch mit aller Kraft dahin zu wirken, daß man zunächst auf einer glatten Annahme unserer Gesamtnote durch China besteht und dann erst — und zwar zunächst auch wieder ohne Zuziehung der chinesischen Bevollmächtigten — in die Spezialberatung eintritt. Während ich sonst mit Sir Ernest Satow vortrefflich auskomme, begegne ich hierbei vorläufig seinem Widerspruch, da er sofort nach Übergabe unserer Note und vor Annahme derselben durch die chinesische Regierung mit den chinesischen Bevollmächtigten in die Spezialberatung eintreten will, wodurch den Chinesen die nur leicht überdeckten Gegensätze unter den Mächten sofort offenbar werden würden [1]. Ist dagegen erst die prinzipielle Annahme unserer Note erzielt, so haben wir ein festes Fundament, auf dem wir weiterbauen können.

Als Form der Note habe ich, weil am eindruckvollsten, eine von allen Vertretern zu unterzeichnende Kollektivnote vorgeschlagen, bin aber, wenn eine solche nicht zu erreichen ist, auch bereit, mich mit Überreichung identischer Noten — nicht aber mit einer bloß vom Doyen unterzeichneten Gesamtnote — zu begnügen. pp.

A. v. Mumm

Randbemerkung Mumm von Schwarzensteins:

[1] Sir Ernest hat seinen Standpunkt zugunsten des meinigen inzwischen aufgegeben. 19. 11. v. Mumm.

Nr. 4668

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 156 Berlin, den 17. November 1900

Japanischer Gesandter war beauftragt, Bedenken auszusprechen, weil einerseits beabsichtigt werde, der von den Mächten an China zu richtenden Note den Stempel der „Unwiderruflichkeit“ zu geben, während andererseits kaum anzunehmen sei, daß alle verlangten Todesstrafen, z. B. gegen kaiserliche Prinzen, bei heutiger Lage wirklich erreichbar seien. Die japanische Regierung möchte die Straffrage nicht erörtern, rät aber, von „Unwiderruflichkeit“ abzusehen.

Wir werden antworten, durch Weglassung der Unwiderruflichkeit verliere Kundgebung der Mächte an Bedeutung. Was Strafmaß und die zu bestrafenden Personen anlangt, so überlasse die Kaiserliche Regierung beides den Vertretern in Peking, welche am besten in der Lage seien, praktische Ausführbarkeit in den einzelnen Fällen zu beurteilen.

Für Ew. vertraulich bemerke ich, daß wir als die Meistbeteiligten zwar nicht die Initiative für die Ausschließung z. B. des Prinzen Tuang von der Todesstrafe ergreifen können, daß Ew. jedoch einem von anderer Seite kommenden Ausschließungsantrage dann zustimmen können, wenn Sie glauben, daß sonst der Erfolg der diplomatischen Aktion gefährdet würde. pp. Richthofen

Nr. 4669

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 507 Berlin, den 22. November 1900

Der in meinem Erlaß Nr. 1085 * erwähnte Schritt der japanischen Regierung hat in Paris und Washington eine, wenn auch unerhebliche Wirkung gehabt.

---

* Durch Erlaß Nr. 1085 vom 17. November war Graf Hatzfeldt in gleicher Weise wie der Gesandte in Peking (vgl. Nr. 4668) von dem japanischen Schritt in Kenntnis gesetzt worden.

Der französische Botschafter fing heute von der Bedenklichkeit eines Ultimatums und von der Härte der verlangten Bestrafungen an, betonte dabei aber, daß er nicht beauftragt sei, Anträge zu stellen. Es war also nur eine Sondierung, vielleicht auf russischen Wunsch.

Der amerikanische Botschafter übergab die auf denselben Gegenstand bezügliche Instruktion seiner Regierung an Conger vom 20. Dieselbe ist durchaus elastisch, vertraut der Weisheit und Erfahrung des Gesandten und weist ihn lediglich an, mit seinen Kollegen ernstlich zu beraten, ob es nicht bedenklich sei, die Hinrichtung einer Reihe hochgestellter chinesischer Persönlichkeiten als Ultimatum zu fordern. Die amerikanische Regierung verlangt strenge und exemplarische Bestrafung der Hauptschuldigen, würde aber bedauern, wenn China durch ein non possumus die Mächte vor die Wahl zwischen Zurückweichen und einer Aktion mit unberechenbaren Folgen stellte. Der Präsident spricht sich dann noch gegen eine übertriebene, die Leistungsfähigkeit Chinas übersteigende Entschädigungsforderung aus und drängt auf möglichst baldigen Abschluß der Verhandlungen.

Richthofen

Nr. 4670

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 781 London, den 23. November 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 507*.

Lord Lansdowne, bei welchem ich Inhalt des Telegramms verwertete, sagte mir, daß er und seine Kollegen dafür seien, den Antrag, gewisse hochgestellte chinesische Persönlichkeiten sollten als Hauptschuldige mit dem Tode bestraft werden, nicht fallen zu lassen. Dagegen fürchte auch er, daß eine gewisse Gefahr darin liege, den Erfolg der gesamten diplomatischen Aktion davon abhängig zu machen. Er sei daher der Ansicht, man solle den Antrag auf Todesstrafe zwar bestehen lassen, jedoch nicht in Form eines Ultimatums, um den Erfolg der gesamten Verhandlungen nicht zu verhindern. Der japanische Gesandte** hat auf das bezügliche Zirkular noch keine Antwort erhalten, dagegen hat Lord Lansdowne dem amerikanischen Botschafter***, welcher gestern im direkten Auftrage Mac Kinleys den Minister auf die Bedenklichkeit [hinwies], die Hinrichtung einer Reihe

* Siehe Nr. 4669.
** Baron Hayashi.
*** Choate.

hochgestellter chinesischer Persönlichkeiten als Ultimatum zu fordern, dieselbe Antwort wie mir erteilt.

Hatzfeldt

Nr. 4671

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 325 Peking, den 23. November 1900
Vertraulich

Mit Rücksicht auf erneutes Telegramm aus Washington, welches Besorgnis ausspricht, daß durch unerfüllbare Forderungen Abschluß Verhandlungen verzögert werden könnte, erscheint baldige Zustimmung der Mächte zu unserer bis auf Salvagos Antrag einstimmig angenommenen Note, erforderlichenfalls unter Verweisung dieses Antrags in identische Separatnote, dringend erwünscht, um etwaiges Umfallen Congers zu verhüten.

Mumm

Nr. 4672

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 526 Berlin, den 27. November 1900

Herr von Mumm telegraphiert:

„Nach den Herrn von Giers heute zugegangenen Instruktionen scheint sich Differenz bezüglich unserer Note dahin zuzuspitzen, daß behufs Herbeiführung von Einstimmigkeit entweder Ausdruck „conditions irrévocables“ in Einleitung wegfällt oder „peine de mort“ in II a in „peine la plus sévère“ abgeändert wird. Beides wird angesichts der Bedenken von Rußland, Japan, Amerika und der neuerdings abgeflauten Haltung Satows nicht aufrechtzuerhalten sein.“

Herr von Mumm ist angewiesen, zu unterzeichnen, falls Satow unterzeichnet, da wir in Ostasien nicht mehr verlangen wollen als England. Die Hoffnung, daß wir mehr verlangen und infolgedessen isoliert der russischen Gruppe gegenüber bleiben würden, hat wohl kein ernsthafter englischer Politiker gehabt. Schon mehr fraglich ist es, ob die englische Regierung recht tat, nachzugeben, aber die Frage haben wir nicht zu entscheiden.

Richthofen

Nr. 4673

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 531 Berlin, den 30. November 1900

Wie Ew. bekannt, ist Herr von Mumm angewiesen, zu zeichnen, falls der englische Gesandte zeichnet. Herr von Holleben ist von dieser Instruktion in Kenntnis gesetzt mit dem Hinzufügen, daß die Anweisung an Herrn von Mumm gelautet haben würde, „falls Engländer und Amerikaner zeichnen", wenn wir nicht durch tendenziöse Auslassungen amerikanischer Presse stutzig gemacht worden wären, nach denen es aussehe, als neigte Amerika sich ganz auf die gelbe Seite. Allerdings möchten jene Auslassungen wohl meistens vom Auslande inspiriert sein.

Heute kam der amerikanische Botschafter, um mitzuteilen, der chinesische Gesandte in Washington*, der klügste Chinese außerhalb Chinas, habe den Gedanken angeregt, die Rädelsführer in Europa und Amerika herumzuführen und sie auf diese Art für die Zivilisation zu gewinnen. Der Botschafter ließ sich auf eine Erörterung dieses Gedankens nicht weiter ein, knüpfte daran aber die persönliche Bemerkung, ob nicht vielleicht die Rädelsführer anstatt mit dem Tode, mit Verbannung etwa nach St. Helena oder Samoa bestraft werden könnten. Der Botschafter bemerkte dabei, für Napoleon, der doch mehr Menschenleben geopfert habe als die Chinesen, sei St. Helena als genügende Strafe erachtet worden.

Diese von den Chinesen inspirierten Vorschläge streifen an Hohn, werden uns jedoch nicht veranlassen, die Instruktion zu ändern, daß der deutsche Vertreter zeichnet, wenn der englische zeichnet. Aber wir sind uns darüber klar, daß eine Unterzeichnung unter diesen Bedingungen gleichbedeutend sein würde mit einem weittragenden politischen Erfolge für China und seine Beschützer, und daß die Gruppe nach der gemachten günstigen Erfahrung dann auch für weitere Unternehmungen zusammenbleiben würde. Um diesen Erfolg zu verhindern und den noch unangenehmeren Konsequenzen desselben vorzubeugen, bedarf es keiner direkten Stellungnahme gegen die protecting powers, sondern es genügt, wenn England, Deutschland und diejenigen Mächte, welche sich ihnen anschließen wollen, den chinesischen Unterhändlern erklären und dem chinesischen Hofe die Überzeugung beibringen, daß China jedenfalls m i t i h n e n abzurechnen hat, gleichviel welches die Bedingungen der übrigen Mächte

---

* Wu-Ting-Fang.

sein mögen. Wenn England und Deutschland nebst einigen anderen Mächten auf derselben Seite sind, ist nicht daran zu denken, daß andere Mächte sich rühren, und auch der chinesische Hof wird nachgeben, sobald er sieht, daß eine mächtige Gruppe wirklichen Ernst zeigt.

Für Deutschland handelt es sich um die Bestrafung als Ehrensache, selbst die Frage der Entschädigung steht dagegen zurück. Daß wir keinen Territorialerwerb erstreben, beweist das deutsch-englische Abkommen*. Die englische Regierung kann also jedes Mißtrauen über Hintergedanken dieses Vorschlages fallen lassen. Wir sind auch bereit, falls die englische Regierung das wünscht, noch die spezielle Verpflichtung einzugehen, daß keine der Mächte, welche sich bei diesem Druck auf China beteiligen, über den Friedensschluß hinaus chinesisches Gebiet — natürlich abgesehen von den existing treaties — besetzt behalten soll.

Die deutsche Regierung glaubt, daß für die Mehrzahl der beteiligten Mächte Ehre und Verkehr gleichzeitig und mit den gleichen Mitteln zu schützen sind, und daß beide gleichmäßig geschädigt sein würden, wenn die ostasiatische Welt zu der Überzeugung gelangte, daß selbst bei den scheußlichsten Verletzungen des Völkerrechts die Hauptanstifter leicht davonkommen. Dadurch wird dafür gesorgt, daß es später an Anstiftern niemals mangelt. Ew. pp. wollen das Vorstehende unverzüglich und eingehend mit Lord Lansdowne besprechen.

Bülow

Nr. 4674

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 346 Peking, den 30. November 1900

Grund augenblicklicher Stockung liegt weniger bei den meiner Einwirkung zugänglichen hiesigen Vertretern, welche sich bereits geeinigt hatten, als bei einzelnen Kabinetten [1], deren verspätete Abänderungsvorschläge und Bedenken das bereits erreichte Ergebnis gefährden und Wiedereröffnung der ganzen Diskussion besorgen lassen.

Bei dieser Sachlage ist gegen Beginn stark veränderte Haltung Englands [2], dessen Vertreter mir bisher wertvolle Stütze war, besonders bedauerlich, zumal die über unsere Demonstrationen ** jeden-

---

* Vgl. Kap. CV.

** Das Wort „Demonstrationen" ist in der Entzifferung als unsicher bezeichnet und stattdessen „Diskussionen" von der Hand des Freiherrn von Richthofen gesetzt worden.

falls unterrichteten Chinesen in jeder nachträglichen Abänderung ein Zeichen der Schwäche und Uneinigkeit der Mächte erblicken [3], das ihren späteren Widerstand stärken wird.

Bleibe fortgesetzt bemüht, auf Beschleunigung Abschlusses hinzuwirken.

Mumm

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Ganz richtig
[2] !!
[3] natürlich

Nr. 4675

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 807 London, den 4. Dezember 1900

Lord Lansdowne sagte mir vertraulich, daß der heute stattgehabte Ministerrat in der Frage der auf Grund des hier vorliegenden Notenentwurfs an Sir E. Satow zu erteilenden Instruktion noch zu keinem endgültigen Beschluß gelangt ist, und daß man die einzelnen Punkte noch einer weiteren Prüfung und Erwägung unterziehen wird.

Der Minister, welchem ich unsere Auffassung in der chinesischen und besonders in der Frage der Bestrafung der Hauptschuldigen, namentlich im Sinne des Telegramms Nr. 531 *, ausführlich dargelegt hatte, versicherte mir, daß es vor allem sein und seiner Kollegen aufrichtiger Wunsch sei, mit der deutschen Regierung in der Sache zusammenzugehen, und daß er besonders hoffe, daß die Behandlung der Straffrage im vollen Einverständnis mit uns erfolgen werde. Man sei hier gleichfalls durchaus der Ansicht, daß eine energische Forderung der Todesstrafe richtig sei, und daß ein Zurückweichen hierin sowohl wegen der China hierdurch gegebenen Ermutigung wie aus allgemeinen politischen Gründen bedauerlich sein würde. Andrerseits könne man aber die Erwägung nicht ganz abweisen, daß bei der besonderen Lage der Dinge in China ein gegenwärtig allzustarres Festhalten an einer Bedingung, deren eventuelle Erzwingung vorläufig kaum möglich erscheine, das Friedenswerk vielleicht bedeutend erschweren werde. Er habe sich in dieser schwierigen Frage noch nicht schlüssig machen können, sein Bestreben sei aber darauf gerichtet, einen Ausweg zu finden, bei welchem auf der Todesstrafe bestanden, zugleich aber eine Form gefunden würde, die einer Stockung in Peking vorbeugen würde.

---

* Siehe Nr. 4673.

Der Minister bat mich, seine heutigen Erwägungen, da hier noch nichts beschlossen sei, noch als rein persönliche zu betrachten. Er stellte mir in den allernächsten Tagen eine bestimmtere Äußerung in der Frage in Aussicht.

Hatzfeldt

Nr. 4676

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 354 Peking, den 4. Dezember 1900

Sitzungsbericht.

1. Antrag Conger:

a) Ersetzung von Todesstrafe durch peine la plus sévère. Majorität dafür. Österreichischer, italienischer Gesandter und ich erklären, daß wir Änderung wegen Eindrucks auf Chinesen bedauern, aber im Interesse des Zustandekommens der Note uns nicht ausschließen, sobald alle zur Unterzeichnung der Note bereit.

Zusatzantrag Satow: Namen der Schuldigen aus Note wegzulassen und schwerste Strafe allgemein für die im Dekret vom 25. September benannten und alle vom diplomatischen Korps noch zu bezeichnenden Personen zu fordern. Ergebnis wie oben.

Einverständnis, daß auch fernerhin nach Möglichkeit auf Ausführung der Todesstrafe für die dafür bisher Ausersehenen bestanden werden soll.

b) Weglassung von „irrévocable" aus Einleitung, so daß mit dem von Conger auf meine Veranlassung zugesetzten Worte „absolument" betreffende Stelle lauten soll: „La Chine ayant reconnu sa responsabilité témoigne ses regrets et manifeste le désir de voir cesser la situation créée par les désordres dont il s'agit, les Puissances ont résolu d'accéder à sa demande aux conditions énumérées ci-après qu'elles jugent absolument indispensables pour réparer les crimes commis et en prévenir le renouvellement."

Satow ohne Instruktion unterstützt Antrag Conger. Herr von Giers und Nishi gleichfalls für Antrag mit Hinzufügen, daß sie bei Wegfallen von Forderung der Todesstrafe ermächtigt gewesen wären, Note auch ohne diese Abschwächung zu zeichnen. Übrige Gesandte gegen Abänderung mit Maßgabe, Zustandekommen der Note äußerstenfalls daran nicht scheitern zu lassen. pp.*

Mumm

---

* Der Rest des Telegramms betrifft Punkte von minderer Bedeutung.

Nr. 4677

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 541 Berlin, den 6. Dezember 1900

Zu Telegramm 538 (Sitzungsbericht aus Peking*).

Da Einverständnis unter den Vertretern besteht, auch fernerhin auf Todesstrafe gegen einzelne Rädelsführer hinzuwirken, so liegt der Nachteil der abgeänderten Fassung hauptsächlich in dem äußern Schein des Zurückweichens, welcher geeignet ist, den ferneren Widerstand der Chinesen und ihrer Beschützer zu ermutigen, also die noch bevorstehenden Ausführungsverhandlungen zu erschweren. Da es aber unseren Zwecken nicht entspricht, wenn die Dinge schließlich so geschoben werden, daß das Festhalten an dem Ausdruck „Todesstrafe" als ein ausschließlich deutsches Interesse hingestellt wird, so bleibt es bei der Instruktion, daß Herr von Mumm zeichnet, wenn der englische Vertreter zeichnet.

Der Wunsch der Engländer, möglichst bald wieder ihren regelmäßigen Handel mit China treiben zu können, ist begreiflich, sehr zweifelhaft ist es aber, ob sie für Erreichung dieses Zieles den kürzesten Weg wählen. Energische Haltung und Sperrung der Lebensmittel-, speziell der Reiszufuhr nach Singanfu hin würde wahrscheinlich ein viel schnelleres Einlenken des chinesischen Hofes herbeiführen. Größere militärische Expeditionen ins Innere von China können dabei außer Berechnung bleiben.

Für den Fall, daß spätere Phasen der chinesischen Verwickelung es für England schließlich doch angezeigt erscheinen lassen sollten, als Gruppe zu operieren, bemerke ich schon heute, daß ein solches gelegentliches Zusammenwirken von zwei oder mehreren Mächten bei Verfolgung gemeinsamer Interessen nicht den Charakter eines Bündnisses, auch nicht eine über den schwebenden Fall hinausreichende Tragweite zu haben braucht. Richthofen

Nr. 4678

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 5. Dezember 1900

Lansdowne, welchen ich soeben gesehen habe, sagte mir im strengsten Vertrauen, daß der amerikanische Botschafter sowohl gestern

* Inhaltlich identisch mit Nr. 4676.

als auch heute ihn im Auftrage Mac Kinleys auf das nachdrücklichste bearbeitet habe, die Todesstrafe ganz und gar fallen zu lassen und in der Note nur eine „angemessene“ Strafe zu verlangen. Er befinde sich daher in einer sehr schwierigen Lage, indem er zwischen Deutschland und Amerika zu wählen habe. Seine Kollegen, mit welchen er die Straffrage besprochen habe, seien zwar einstimmig gegen die Aufnahme des Ausdrucks „irrévocable“, hätten es ihm aber überlassen, ob das Verlangen der Todesstrafe beibehalten werden solle oder nicht. Obwohl er sich genau bewußt sei, daß er durch ein Bestehen auf der Todesstrafe sich das amerikanische Kabinett noch mehr entfremden würde, so zögere er nicht, mir die Versicherung abzugeben, daß er an dem Verlangen der Todesstrafe festhalten werde. Die Gründe, warum seine Kollegen einstimmig gegen die Aufnahme des Ausdrucks „irrévocable“ seien, werde er in einem Privatbrief auseinandersetzen. Vorläufig deutete der Minister an, daß er und seine Kollegen sich vor Maßnahmen scheuten, welche größere Expeditionen ins Innere Chinas notwendig machen könnten.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bemerkte Lansdowne, daß er den aufrichtigsten Wunsch hege, nicht nur in chinesischen, sondern auch in sonstigen Fragen mit Deutschland zusammenzugehen, und versprach, sowohl in der Indemnitätsfrage als auch behufs strikter Bewachung der Ausführungsbestimmungen der chinesischen Note mit uns Fühlung zu nehmen.

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß die Haltung des Kaisers in der Besuchsfrage des Präsidenten Krüger * den Minister uns gegenüber sehr weich gestimmt und das durch fremde Einflüsterungen wachgehaltene Mißtrauen gegen uns beseitigt hat. Denn der Minister betonte wiederholt, welchen Freundschaftsdienst der Kaiser nicht nur England, sondern auch den Buren erwiesen habe, da letztere sich jetzt doch klar darüber sein müßten, daß eine Intervention der Mächte ausgeschlossen sei. Eckardstein

Nr. 4679

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 5. Dezember 1900

Definitive Antwort von Lord Lansdowne erwarte ich noch, aber ich zweifele, daß sie energisch genug ausfallen wird. Inzwischen hatte

* Kaiser Wilhelm II. hatte es abgelehnt, den am 2. Dezember 1900 in Köln eingetroffenen Präsidenten Krüger, der dann die geplante Reise nach Berlin aufgab, zu empfangen. Vgl. Bd. XV, Kap. CIII, Nr. 4506 nebst Fußnote **.

ich auch noch durch Alfred Rothschild auf ihn und durch andere einwirken lassen. Nach allem, was ich höre, stehen Herr Balfour, Herzog von Devonshire ziemlich auf demselben Standpunkt wie Lansdowne, daß sie wünschen, aufrichtig mit uns zu gehen, fürchten aber, daß schroffes Festhalten an unserem Standpunkt die Friedensverhandlungen in China gefährden oder wenigstens sehr hinausziehen würde. Hiesige Handelskreise wirken im ähnlichen Sinne auf die Regierung ein. Sir Ewen Cameron * vertritt, wie ich bestimmt weiß, dort die Auffassung, daß Bestrafung usw. Nebensache sei im Vergleich zu der Frage der Einsetzung einer ordentlichen und starken Regierung in Peking, mit welcher man sich dann über alles übrige würde verständigen können.

Die politische Gefahr der neuen Gruppe in China würdigt man hier noch nicht hinreichend, weil man an den Abfall von Japan durchaus nicht glaubt und ebensowenig von den Amerikanern befürchtet, daß sie bei ihrem Abschwächungsverfahren den Gedanken verfolgen, die Bildung einer anti-englischen Gruppe zu fördern. Man glaubt vielmehr, daß Amerika es einfach mit der Angst bekommen hat, daß die chinesische Krisis sich bei zu schroffer Behandlung ins Unendliche hinziehen und dem Handel den größten Schaden zufügen würde.

Trotzdem weiß ich, daß meine Argumente auf Lansdowne Eindruck gemacht haben, und gerade deshalb ist man noch zu keinem Entschluß gelangt.

Hatzfeldt

Nr. 4680

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 812 London, den 6. Dezember 1900

In einem heute früh eingegangenen äußerst freundlich gehaltenen Privatbrief Lord Lansdownes teilt mir derselbe mit, daß er gern bereit sei, sich unsern Wünschen insofern anzuschließen, als er an der Forderung der Todesstrafe, welche in Artikel 2 ausdrücklich betont werden solle, festhalten werde. Was jedoch die Aufnahme des Ausdrucks „irrévocable" betreffe, so halte er es für zweckmäßig, denselben fallen zu lassen, er begründet dies in folgenden Worten:

„The use of the word „irrévocable" may be defended as implying less than the word „ultimatum", but it appears to me dangerously ambiguous. It is objectionable if it means the same thing as

* Erster Direktor der Hongkong and Shanghai Banking Corporation in London.

„ultimatum“: it is misleading and embarrassing if it means materially less.

If it has any significance at all, it pledges those who use it to a course of ulterior action which is not described and as to which no agreement has been come to.“ Hatzfeldt

Nr. 4681

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 813 London, den 6. Dezember 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 812*.

Lord Lansdowne, welchen ich soeben gesehen habe, zeigte mir ein heute früh eingegangenes Telegramm von Sir Ernest Satow. In demselben teilt der Gesandte den Text der Note mit, über welchen sich die Vertreter der Mächte in Peking geeinigt haben, und bittet um unverzügliche Ermächtigung zur Zeichnung. In der Einleitung der Note ist das Wort „irrévocable“ ausgelassen und dafür der Ausdruck „absolutely essential“ gewählt worden. Der auf die Bestrafung bezügliche Passus des Artikels 2a lautet wie folgt:

„The severest punishment in proportion to their crimes for the persons named in the imperial decree of septembre twenty fifth 1900 and for those whom the representatives of the powers shall subsequently designate.“

Lord Lansdowne bittet mich, Euerer Exzellenz unverzüglich zu melden, daß er den englischen Vertreter nicht eher zur Zeichnung ermächtigen werde, bevor er nicht die Ansicht Ew. Exzellenz gehört habe und eine gleichmäßige Haltung Englands und Deutschlands in der Frage vereinbart sei. Er selbst macht jedoch im Interesse einer möglichst baldigen Erledigung der Sache Euerer Exzellenz folgenden Vorschlag:

„To accept this on the understanding that we (England and Germany) shall continue to press strongly for the penalty of death for those persons who have been enumerated in the draft and possibly for others.“

Der Minister, welcher wiederum betonte, wie sehr ihm an einem festen Zusammengehen mit Deutschland gelegen sei, würde Euerer Exzellenz für eine möglichst baldige Äußerung zu seinem Vorschlag dankbar sein. Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 4680.

Nr. 4682

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 544 Berlin, den 7. Dezember 1900

Antwort auf Telegramme Nr. 812 und 813*.

Ew. wollen unter Verwertung des Inhalts des diesseitigen Telegramms Nr. 541** Lord Lansdowne mitteilen, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers auf den Vorschlag des Ministers eingeht, der in Peking vereinbarten Note in ihrer letzten Fassung mit der Maßgabe zuzustimmen, daß England und Deutschland gemeinsam fortfahren werden, auf Anwendung der Todesstrafe gegen die Haupträdelsführer oder wenigstens einen Teil derselben zu dringen. Gleichzeitig wollen Ew. dem Minister zusammen mit meinem Dank für seine loyale Rücksichtnahme, von der ich gern Akt nehme, einige Wahrnehmungen vorführen, die sich mir als outsider in Dingen des englischen politischen Organismus letzthin aufgedrängt haben, und deren Bedeutung ich nicht taxieren kann. Ich meine einerseits die Zähigkeit, womit man in England den Gedanken festhält, daß Deutschland an dem Plan einer größeren Truppenexpedition vom Jangtse aus auf Singanfu hänge, und daß derselbe den Hintergrund aller deutschen politischen Vorschläge bilde; andererseits die Abneigung Englands gegen Sperrung bzw. Erschwerung der Lebensmittelzufuhr vom unteren Jangtse nach Singanfu. Die Idee der militärischen Expedition gegen Singanfu ist, soviel sich feststellen ließ, in der internationalen Nachrichtenfabrik in Schanghai entstanden, qui n'a fait que son métier. Seitens derjenigen Faktoren hier in Berlin, welche für die Ausführung eines solchen Projekts maßgebend sein würden, ist dasselbe bisher überhaupt nicht in Betracht gezogen worden. In diesem Sinne ist auch die englische Regierung bereits wiederholt durch Ew. und durch Sir Frank Lascelles verständigt worden; sie hat sich aber gleichwohl — darauf deuten die verschiedensten Anzeichen hin — bis heute von dem Verdacht nicht freigemacht, daß wir sie in ein derartiges militärisches Abenteuer hineinziehen möchten. Es würde mich interessieren, zu erfahren, wenn das möglich ist, auf welche Anzeichen oder Angaben dieses Mißtrauen sich gründet. Anstatt jenes weit aussehenden Unternehmens, an das wir nicht im Traum denken, haben wir der englischen Regierung bereits vor längerer Zeit einen Gedanken zu gemeinsamer Ausführung vorgeschlagen, der von keinem geringeren als dem Vize-

---

* Siehe Nr. 4680 und 4681.
** Siehe Nr. 4677.

königTschang-Tschi-Tung ausging, und von diesem dem Vicomte Aoki als tiefes, für den Urheber lebensgefährliches Geheimnis mitgeteilt worden war. Der Vizekönig hatte angeregt, daß ihm und seinem Kollegen Liu-Kun-Yi die fernere Versorgung des Hofes mit Geld, Lebensmitteln pp. untersagt werden und die Überwachung des Verbots seitens der Mächte oder einiger derselben angekündigt werden solle. Der Vizekönig hatte dabei der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß dieses Mittel den Hof binnen kurzem zur Nachgiebigkeit stimmen werde. Diese durch Telegramm 389 am 17. Oktober nach London mitgeteilte Nachricht haben Ew. dort vertraulich erörtert, jedoch leider keinerlei Entgegenkommen für diesen einfachen und ganz ungefährlichen Vorschlag gefunden; man äußerte Zweifel über die Möglichkeit der Durchführung, und man erklärte die Rückkehr des Hofes nach Peking für unwichtig. Beide Gründe sind unhaltbar. Die Möglichkeit, ja Sicherheit der Durchführung ist durch die Tatsache gegeben, daß das Verbot den Vizekönigen erwünscht ist — eine Tatsache, an welcher der Umstand nichts ändert, daß Tschang-Tschi-Tung inzwischen aus Angst vor Indiskretionen sich im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen hat. Und was den zweiten Punkt anlangt, so bedarf es keiner Beweisführung, um darzutun, daß es für die Nachgiebigkeit des Hofes von entscheidender Bedeutung ist, wenn demselben klar gemacht wird, wie seine Verproviantierung, gleichviel ob er sich in Peking, Singanfu oder anderswo aufhält, von dem guten Willen der Mächte abhängig ist. Also auch hier ist uns der letzte englische Beweggrund nicht angegeben worden, ich suche denselben ebenfalls in irgendeinem Verdacht, dessen Existenzberechtigung ich allerdings nach dem Abschluß des jüngsten deutsch-englischen Abkommens nicht begreife. Ich sehe es aber im Augenblick als die wichtigste Aufgabe Ew. an, diesen Punkt nach allen Seiten hin zu erörtern und das mitunterlaufende englische Mißtrauen zu zerstreuen, denn ich betrachte die Sperre als das *einzige aber wirksame* Mittel, welches wir haben, um zu verhindern, daß China und seine sogenannten Beschützer bei den jetzt beginnenden Verhandlungen den übrigen Mächten, also in erster Linie England und uns, eine Reihe von Echecs bereiten, wie sie bei den soeben zum Abschluß kommenden Vorverhandlungen bedauerlicherweise zu konstatieren sind.

Mir, wie jedem anderen Beobachter der chinesischen Gesamtsituation mußte natürlich zunächst der Gedanke kommen, daß vielleicht Englands Zurückhaltung in dem Wunsche der britischen Regierung wurzeln könnte, allein und ohne Gesellschaft mit China abzurechnen. Dieser Gedanke wird aber hinfällig, wenn man sich vergegenwärtigt, daß England angesichts der mächtigen Gruppierung gegenüberstehender antienglischer Interessen isoliert gar nichts zu erreichen hoffen kann. Deshalb glaube ich, daß es nicht schwer sein wird, England für den Gedanken einer Sperre im Jangtse zu gewinnen, so-

bald es gelungen ist, den letzten Rest des Verdachtes zu beseitigen, daß wir uns doch vielleicht bei dieser Gelegenheit an irgendeinem Punkte des Flusses würden dauernd festsetzen wollen.

Bülow

Nr. 4683

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 818 London, den 8. Dezember 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 544*.

In dem heute Sonnabend mittag abgehaltenen Ministerrat teilte Lord Lansdowne, welchen ich noch vor Beginn der Sitzung schriftlich von dem ersten Teil des Telegramms Euerer Exzellenz in Kenntnis gesetzt hatte, seinen Kollegen mit, daß zu seiner großen Freude eine Einigung bezüglich identischer Haltung Englands und Deutschlands in der Frage der Notenredaktion erzielt worden sei, und legte den Entwurf der an Sir Ernest Satow zu erteilenden Instruktion vor. Im Verlauf der Besprechungen wurde von sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts zunächst der Beschluß angenommen, in Gemeinschaft mit Deutschland fortzufahren, auf Anwendung der Todesstrafe gegen die Haupträdelsführer zu dringen, und Sir Ernest Satow folgende Instruktion zu erteilen:

„We should have preferred to retain in article 2 of the conditions a reference to the death penalty as that appropriates in the case of the persons named in the original draft. The words now proposed no doubt justify the infliction of capital punishment but the substitution of a weaker formula is regretted by us.

You are to place on record our view that the new formula implies the death penalty for the worst criminals, and you are instructed to press for it in the negociations with the Chinese plenipotentiaries."

Zugleich soll der Gesandte davon in Kenntnis gesetzt werden, daß sein deutscher Kollege ähnliche Instruktion erhält, und angewiesen werden, sich mit demselben in bezug auf ein „joint announcement" sowie „the endeavour to obtain the adhesion of the other representatives" in Verbindung zu setzen.

Bei Besprechung des in der Einleitung zu wählenden Ausdrucks „absolutely indispensable" bzw. „essential" zeigten sich unter den Kabinettsmitgliedern im Hinblick auf voraussichtliche parlamentarische

---

* Siehe Nr. 4682.

Interpellationen bedeutende Meinungsverschiedenheiten, welche schließlich durch das Votum Lord Salisburys, der sich auf Seite derjenigen Mitglieder schlug, welche gegen den Ausdruck „absolutely indispensable“ aus parlamentarischen Rücksichten Einspruch erhoben, dadurch ausgeglichen wurden, daß statt des gedachten Ausdrucks folgende Phrase gewählt wurde:

„Which would provide the fitting expiation for the crimes committed and the best means of preventing their recurrence.“

Sir Ernest Satow soll ermächtigt werden, vorbehaltlich obiger Bedingungen und Modifikationen zu zeichnen. Auch soll er verständigt werden, daß das Kabinett identische Noten vorziehen würde, daß er jedoch, falls seine Kollegen die Weisung erhalten sollten, eine Kollektivnote zu übergeben, dieselbe mitzeichnen dürfe.

Die weiteren Ausführungen Euerer Exzellenz Telegramms Nr. 544 habe ich heute nur Gelegenheit gehabt, Lord Lansdowne gegenüber kurz zu erwähnen, ich habe aber für Anfang nächster Woche mit den Ministern eine ausführliche Besprechung dieser Frage verabredet*.

Hatzfeldt

Nr. 4684

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 827 London, den 12. Dezember 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 818** und unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 544***.

Bei ausführlicher Besprechung der in Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 544 enthaltenen Ausführungen mit Lord Lansdowne bemühte ich mich, zunächst den Gedanken, daß Deutschland an dem Plan einer größeren Truppenexpedition vom Jangtse aus auf Tsinanfu hänge, endgültig zu beseitigen, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß der Minister diesen Verdacht jetzt vollständig aufgegeben hat. Bei Besprechung der Sperrungsfrage der Lebensmittelzufuhr vom unteren Jangtse nach Tsinanfu sagte Lord Lansdowne, daß er nach eingehender Rücksprache mit seinen Kollegen und unter Hinzuziehung von Chinakennern die Ansicht gewonnen habe, daß es zweckmäßiger sei, vorderhand keine Druckmittel anzuwenden, sondern abzuwarten,

* Vgl. auch das Privattelegramm Freiherrn von Eckardsteins vom gleichen Tage. Eckardstein a. a. O. II, 214 f.

** Siehe Nr. 4683.

*** Siehe Nr. 4682.

wie sich die chinesischen Bevollmächtigten sowie der Hof zu den in der Note aufgezählten Forderungen stellen werden. Sollten chinesischerseits in der Annahme dieser Forderungen Schwierigkeiten gemacht werden, so sei er gern bereit, sich mit der Kaiserlichen Regierung in bezug auf die Wahl der gegen die Bevollmächtigten bzw. den Hof gemeinsam zu ergreifenden Druckmittel in Verbindung zu setzen. In der Idemnitäts- und in sonstigen Ausführungsfragen werde er mit uns Fühlung nehmen, sowie der von ihm eingeforderte Bericht Satows eingetroffen sei.

Wie mir Lord Lansdowne ferner sagt, hat der amerikanische Botschafter ihm erklärt, daß es seiner Regierung gleichgültig sei, ob in der Einleitung der Ausdruck „irrévocable", „absolutely indispensable" oder eine andere Form gewählt würde, solange nicht auf der Todesstrafe bestanden werde. Er habe ihm darauf geantwortet, daß England und Deutschland zusammen weiter auf Ausführung der Todesstrafe drängen würden.

Hatzfeldt

Nr. 4685

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 556 Berlin, den 13. Dezember 1900

Das Ergebnis der von Ew. in Telegramm 827* wiedergegebenen Unterredung mit Lord Lansdowne ist unter obwaltenden Umständen als durchaus befriedigend anzusehen. Wir wünschen ebenso wie England, daß die Notwendigkeit weiterer Gewaltmaßregeln uns erspart bleibe. Als ein nützliches Mittel in dieser Richtung dürfte es zu betrachten sein, wenn der englische und der deutsche Gesandte instruiert würden, die chinesischen Unterhändler schon jetzt bei oder gleich nach Überreichung der Note im Sinne des in Ew. Telegramm von „Sollten chinesischerseits" bis „in Verbindung zu setzen" von Lord Lansdowne geäußerten Gedankens zu verständigen. Eine derartige, wenn auch allgemein gehaltene Andeutung, von beiden Gesandten getan, würde gerade in dem Augenblick, wo der chinesische Hof Stellung zu der Note zu nehmen hat, angebracht sein, um die durch die Haltung von Japan und Amerika erregten Hoffnungen herabzustimmen. Stelle anheim, das Vorstehende mit Lord Lansdowne zu erörtern.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4684.

Nr. 4686

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 14. Dezember 1900

Fürst Radolin hat sich gutachtlich dahin geäußert*, „daß Rußland Nordchina als seine Einflußsphäre betrachte und daß das Hervortreten Deutschlands daselbst ihm nicht angenehm sein könne; daß Rußland deshalb eine möglichst rasche Beendigung der chinesischen Angelegenheit habe wünschen müssen, während wir durch die Mission Waldersee und unser schroffes Verhalten das Gegenteil des russischen Wunsches, nämlich einschneidende und langwierige Operationen herbeiführten"; daß dieses Verhalten geeignet sei, die russische Mißstimmung bis zur akuten Spannung zu steigern.

Darauf ist zu erwidern, daß schon zu der Zeit, als die Hinaussendung von einigen 20000 Mann deutscher Truppen und der Antrag auf Ernennung des Feldmarschalls Grafen Waldersee zum Oberkommandierenden beschlossen wurde, kein Zweifel darüber vorhanden war, daß diese deutsche Machtentfaltung in der Provinz Tschili den Russen mißfallen werde, und es haben den betreffenden Entschließungen Seiner Majestät wohl Motive mehr militärischer als diplomatischer Natur zugrunde gelegen, insbesondere Rücksichten auf Vermehrung der Stärke und Verwendbarkeit der Land- und Seestreitkräfte.

Daß wir uns in der Provinz Tschili nicht festsetzen wollen, ist den Russen bekannt. Wenn sie es sonst nicht schon wußten, haben sie und die übrige Welt es durch das deutsch-englische Abkommen erfahren. Von dem Augenblick an, wo feststand, daß Deutschland sein Gebiet in China nicht vergrößern will, bildete die Anwesenheit des deutschen Truppenkörpers daselbst für Rußland nur eine Angelegenheit vorübergehender Art, und die gesunde Vernunft mußte oder sollte den Russen sagen, daß die deutsche Regierung schon der schwerwiegenden Kostenfrage wegen die militärische Expedition einem möglichst baldigen Ende zuführen werde. Es hing und hängt noch heute wesentlich von der russischen Regierung ab, die Rückkehr des deutschen ostasiatischen Armeekorps in die Heimat zu beschleunigen: dadurch nämlich, daß der russische Einfluß am chinesischen Hofe, der wohl zu keiner Zeit stärker war als jetzt, dort für die Annahme der in Peking vereinbarten Friedensbedingungen und für die Durchführung derselben geltend gemacht wird, anstatt daß bisher die Haltung Ruß-

---

* Es war gelegentlich einer Anwesenheit des Fürsten Radolin in Berlin, und zwar in einer Unterhaltung mit dem Vortragenden Rat Prinzen von Lichnowsky geschehen. Aufzeichnung Prinz Lichnowskys vom 14. Dezember 1900.

lands eher geeignet war, den Widerstand der chinesischen Hofpartei zu ermutigen.

Wie wenig von einer „schroffen" Haltung der deutschen Regierung bei den bisherigen Verhandlungen die Rede sein kann, ergibt sich daraus, daß der deutsche Vertreter längst ermächtigt ist, zu unterzeichnen, daß er ferner ermächtigt ist, auf den viel umstrittenen Ausdruck „irrévocable" zu verzichten, während die chinesenfreundliche amerikanische Regierung, welche vorher diesen Ausdruck beanstandet hatte, denselben neuerdings aus Gründen praktischer Nützlichkeit doch akzeptiert hat. Wenn also die Unterzeichnung der Note sich noch verzögert hat, so trägt Deutschland nicht die Schuld, und der Vorwurf der „Schroffheit" gegen die deutsche Politik entbehrt jeder Begründung, ebensosehr wie der Vorwurf, daß Deutschland „langwierige Verhandlungen" veranlasse. Es ist im Gegenteil Rußland, welches durch die verfrühte Räumung von Peking und durch die damit den Chinesen gegebene Ermutigung den politischen und militärischen Widerstand dieser letzteren verstärkt hat.

Soviel über die Politik. Was die militärische Leitung und die von ihr angeordneten Maßnahmen, Streifzüge, Strafexpeditionen pp. anlangt, so läßt sich darüber von hier aus kein konkludentes Urteil fällen, nur soviel steht fest, daß die Grausamkeit, welche die Russen in China entwickelt haben, nach der Darstellung russischer Korrespondenten in russischen Zeitungen alles übertrifft, was über die Exzesse anderer Kontingente bisher gemeldet worden ist. Daß unsere Mannschaften bei längerem Aufenthalte in China unter den obwaltenden Verhältnissen nichts Gutes lernen, und daß ein Teil derselben nach der Rückkehr sich als Staatsbürger von zweifelhaftem Werte zeigen werden, kann man ohne weiteres annehmen. Dieser Grund zur Beschleunigung der Rückkehr ist vielleicht wichtiger als mancher andere. Aber wie ist es möglich, die Truppen zurückzuziehen, bevor die chinesische Regierung sich zu Satisfaktion und Entschädigung verpflichtet und Garantien für die Ausführung gegeben hat? Alle Kenner Chinas, mit denen man hier Gelegenheit hatte zu reden, sagen, daß selbst schon die teilweise Zurückziehung von Land- oder Seestreitkräften von den Chinesen beachtet und so ausgelegt werden würde, als ob Deutschland, wenn auch nicht vor China, so doch vor der imponierenden Haltung der China freundlich gesinnten Mächte zurückwiche. Über diesen Punkt, falls derselbe noch als unentschieden betrachtet werden sollte, wird es nicht schwer sein, kompetente Gutachten zu erlangen.

Bis auf weiteres aber wird man nicht umhin können, den Grundsatz als Axiom zu behandeln, daß die Truppenmacht, welche mit ungeheueren Kosten hinausgeschickt wurde, um Satisfaktion zu erlangen, nicht eher zurückgezogen werden kann, als bis die Satisfaktion von China bewilligt und gewährleistet ist. Beides, die Bewilligung und die

Festsetzung der Garantien, läßt sich in außerordentlich kurzer Zeit erledigen, — nicht in Monaten, sondern in Wochen und in Tagen, da telegraphische Verbindung zwischen Peking und dem chinesischen Hofe besteht. Es ist nur das eine nötig, daß der Hof wirklich von der Notwendigkeit des Nachgebens überzeugt sei, und diese Notwendigkeit kann von keiner Seite so eindringlich wie von der russischen den Chinesen begreiflich gemacht werden, welche letzteren sich bisher, und nicht mit Unrecht, auf russische Unterstützung verlassen haben. Graf Waldersee konstatiert in dem an Seine Majestät geschriebenen Berichte vom 13. Oktober*, daß nach der Einnahme von Peitang schriftliche Beweise eines russisch-chinesischen Einvernehmens aufgefunden worden sind.

Fürst Radolin wird also in Petersburg und Livadia einfach sagen können:

„Alle Euere Vorwürfe sind unmotivierte Ausbrüche übler Laune. An der Katastrophe in China tragt Ihr eine Hauptschuld, denn Ihr habt die drohenden Anzeichen nicht sehen wollen, und als die deutsche Regierung ausdrücklich Euch um Euere Ansicht gefragt hat, hat das Petersburger Auswärtige Ministerium kategorisch bestritten, daß in Nordchina irgendeine Gefahr im Anzuge sei. Durch diesen unberechtigten Optimismus, welcher jede rechtzeitige Vorsichtsmaßregel verhinderte, ist die Katastrophe überhaupt erst möglich geworden. Deutschland hat dabei der schwerste Schlag getroffen; die Fälle, wo ein Gesandter bei Ausübung seines Amtes ermordet wurde, lassen sich in der Weltgeschichte zählen, und ein solcher Vorgang mußte uns außerordentliche Maßnahmen aufzwingen. Über unsere Absichten kann kein Zweifel bestehen. Wir erstreben für unser Expeditionskorps keine Heimkehr mit Gewinn, sondern nur eine Heimkehr mit Ehren, und wenn Rußland uns hierbei im Stiche läßt, so sind wir diejenigen, die sich zu beklagen haben**.“ Holstein

* Der betreffende Passus des Walderseeschen Berichts vom 13. Oktober lautete: „Die Art des Angriffs auf die Peitang-Forts im Verein mit anderen mir zugegangenen Nachrichten hat mich zur Überzeugung gebracht, daß zwischen Russen und Chinesen eine Verabredung vorgelegen hat, und ist es auch den Chinesen gelungen, mit der ganzen Besatzung unbehelligt abzumarschieren. . . . Für die Befestigungen von Shanhaikwan und Chingwangtau scheint Ähnliches verabredet gewesen zu sein, und zwar wahrscheinlich durch Vermittelung Li-Hung-Tschangs. Ein in Fort I von Shanhaikwan vorgefundener Zettel macht die Vermutung nahezu zur Gewißheit.“ Vgl. Graf Waldersee, Denkwürdigkeiten a. a. O. III, 31.

Über die Besetzung von Shanhaikwan und Chingwangtau (Anfang Oktober) vgl. Die Kaiserliche Marine während der Wirren in China 1900 bis 1901, S. 195 ff.

** Nach einer eigenhändigen Notiz des Grafen Bülow vom 16. Dezember hätte er im Sinne der Holsteinschen Aufzeichnung mit dem russischen Botschafter Grafen Osten-Sacken gesprochen. Außerdem wurde die Aufzeichnung dem Fürsten Radolin am 20. Dezember mitgeteilt.

Nr. 4687

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

London, den 14. Dezember 1900

Gleich nach Beendigung des heute stattgehabten Ministerrats schickte Lord Lansdowne zu mir und bat mich, ihn umgehend aufzusuchen.

Der Minister sagte zunächst, es freue ihn sehr zu erfahren, daß die Kaiserliche Regierung sich seiner Ansicht angeschlossen habe, daß es zweckmäßiger sei, erst dann Druckmittel anzuwenden, wenn chinesischerseits in der Annahme der von den Mächten gestellten Forderungen Schwierigkeiten gemacht werden sollten (ich hatte dies Lord Lansdowne durch den Unterstaatssekretär in einer möglichst schmeichelhaften Form für ihn selbst übermitteln lassen). Er selbst sehe vollständig ein, daß eine kräftige Politik Englands in China ohne Zurückweichen das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung des Prestige sei, und er habe daher in dem heutigen Ministerrat beantragt, schließlich doch die Ausdrücke „irrevocable and absolutely indispensable" in der Einleitung der Note aufzunehmen. Er habe seinen Kollegen gegenüber einen ziemlich schweren Stand gehabt; doch sei es ihm gelungen, die Aufnahme der erwähnten Ausdrücke durchzusetzen. Er habe jedoch hierzu das Votum Lord Salisburys nur mit der Maßgabe erlangen können, daß, wie er sich ausdrückte, „in order to avoid possible ulterior operation the scope of which is not defined" folgender Nachsatz in der Note aufgenommen wird:

„Until the Chinese Government have complied with the above conditions to the satisfaction of the powers the undersigned can hold out no expectation that the occupation of Peking and the province of Pechili by the allied forces can be brought to a conclusion."

Sir Ernest Satow soll demnach beauftragt werden, unter Annahme der Ausdrücke „irrevocable and absolutely indispensable", den obigen Nachsatz seinen Kollegen vorzuschlagen.

Diese Instruktion wird jedoch erst morgen abgehen, da sie noch der förmlichen Genehmigung Ihrer Majestät der Königin bedarf, welche voraussichtlich morgen früh eintreffen wird. Aus diesem Grunde bat mich Lord Lansdowne, vorläufig noch keine amtliche Meldung nach Berlin zu erstatten.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs fragte mich der Minister, welches meiner Ansicht nach die voraussichtliche Haltung Rußlands,

---

* Vgl. Eckardstein a. a. O. II, 220 ff., wo dieses Telegramm als ein Teil eines ausführlicheren Privattelegramms an Holstein abgedruckt ist.

Japans und Amerikas zu dieser neuen Proposition sein würde. Ich erwiderte, daß diese Mächte meiner unmaßgeblichen Meinung nach zustimmen würden, wenn sie die Überzeugung gewännen, daß es nicht anders ginge. Der Minister bemerkte darauf, daß es seiner Ansicht nach am schwersten fallen werde, Amerika dafür zu gewinnen, Rußland werde, wenn Deutschland dafür eintrete, bonne mine au mauvais jeu machen, und Japan würde ebenso wie Frankreich ohne weiteres folgen.

Zum Schluß bemerkte Lord Lansdowne noch, daß er sich sehr freue zu erfahren, daß man in Berlin Vertrauen zu ihm habe, und er könne nur wiederholt versichern, daß er ehrlich bestrebt sei, in allen auswärtigen Fragen, welche ein mit Deutschland gemeinsames Interesse berührten, mit uns loyal und fest zusammenzugehen.

Soweit ich mir ein Urteil erlauben darf, liegt in der letzten Entwickelung der Dinge der große Vorteil, daß es uns gelungen ist, nicht nur eine kleine Abkühlung, sondern einen prinzipiellen Gegensatz zwischen England und Amerika herbeizuführen, auf dem wir weiterbauen können.

Eckardstein

Nr. 4688

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 200 — Berlin, den 15. Dezember 1900
Geheim

Aus London erfahren wir, vorläufig nichtamtlich*, daß letzter Ministerrat beschlossen hat — vorbehaltlich Genehmigung der Königin — dem Gesandten Satow freie Hand wegen „unwiderruflich" oder „absolut unentbehrlich" zu geben, jedoch unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig der Gedanke in der Note zum Ausdruck gebracht werde, „daß keine Aussicht auf Räumung von Peking und Petschili seitens der vereinigten Kontingente vorhanden sei, solange China nicht obige Bedingungen erfüllt (complied with) habe." Dieser Zusatz, von englischer Seite kommend, ist geeignet, günstig namentlich auf Rußland zu wirken, weil dadurch die Aussicht vermindert wird, daß eine Räumung von Petschili ohne Sicherung von Genugtuung zu erreichen ist. Rußland wird sich danach also vielleicht veranlaßt sehen, seinen Einfluß beim chinesischen Hofe für baldige An-

* Vgl. Nr. 4687.

nahme der Forderungen der Mächte und Gewährung entsprechender Sicherheiten geltend zu machen — jedenfalls das wirksamste Druckmittel. Der Gedanke, daß gleichzeitig mit Überreichung der Note irgendein Druck ausgeübt werden sollte, um bisherige Abschwächungen auszugleichen, war von hier ausgegangen. Das mutmaßliche Motiv des englischen Zusatzes — Vermeidung gemeinsamer Aktion auf oder vom Jangtse gegen widerspenstigen chinesischen Hof — kümmert uns nicht. Der Zusatz an sich ist für uns ein tatsächlicher Erfolg.

Initiative des englischen Kollegen abzuwarten.

Mühlberg

Nr. 4689

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 15. Dezember 1900

Unterstaatssekretär benachrichtigt mich soeben, daß die neue Instruktion an Sir Ernest Satow nach Eintreffen der formellen Genehmigung Ihrer Majestät der Königin abgegangen ist und die mir von Lord Lansdowne gemachten Mitteilungen somit als amtliche betrachtet werden können.

Eckardstein

Nr. 4690

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 564 Berlin, den 16. Dezember 1900

Herr von Mumm meldet**, daß russischer Gesandter englischen Zusatz annehmen will, wenn „complied with“ ersetzt wird durch „accepted“, was allerdings eine totale Änderung sein würde. Die chinesische Regierung würde auf Grund der russischen Fassung verlangen können, daß Peking und Tschili geräumt werden, sobald China

---

* Bereits veröffentlicht bei Eckardstein a. a. O. II, 223.
** Durch Telegramm Nr. 390 vom 16. Dezember.

sich zur Annahme der Bedingungen bereit erklärt hat, ganz unabhängig von der wirklichen Gewährung der seitens der Mächte gestellten Forderungen und verlangten Sicherheiten. Die englische Fassung „complied with" hat dagegen die unzweideutige Bedeutung, daß China seine Nachgiebigkeit tatsächlich zu beweisen hat.

Bitte, unverzüglich in diesem Sinne zu wirken.

Mühlberg

Nr. 4691

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 204 Berlin, den 17. Dezember 1900
Vertraulich

Wir haben in London mitgeteilt, daß wir der russischen Änderung „accept" anstatt „comply with" nur dann zustimmen würden, wenn gleichzeitig eine Jangtsesperre als Druckmittel gegen den Hof vereinbart werde. Teilen Sie aber diese Tatsache selbst Ihrem englischen Kollegen erst dann mit, wenn er wirklich angewiesen ist, die russische Änderung anzunehmen. pp.

Richthofen

Nr. 4692

*Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow**

Ausfertigung

A 152 Peking, den 13. Dezember 1900
[eingetroffen am 17. Februar 1901]

Da die Sitzungen des diplomatischen Korps, welche der Feststellung der an die chinesische Regierung zu richtenden Gesamtnote gewidmet waren, sich ihrem Ende nähern, möchte ich mir gestatten, rückblickend noch einmal die beiden Punkte zu berühren, deren Regelung bei Ordnung der chinesischen Angelegenheiten die meisten Schwierigkeiten bereitet und wohl auch in Zukunft noch bereiten wird.

---

* Hier des Zusammenhangs wegen eingereiht, obwohl erst wesentlich später im Auswärtigen Amt eingegangen.

Es sind dies die Bestrafung der Schuldigen und die Kriegskostenentschädigung.

Als die Bestrafung der Schuldigen, unter denen Prinz Tuang, General Tungfusiang, Kang-Yi und Yühsien vor allen anderen hervorragen, in unseren Beratungen zuerst zur Sprache kam, waren der französische, englische, amerikanische und italienische Vertreter für eine möglichst exemplarische Bestrafung und verlangten die Todesstrafe für alle im Edikt der chinesischen Regierung vom 25. September d. Js. genannten Übeltäter, sowie außerdem für die darin nicht namhaft gemachten Tungfusiang und Yühsien. Der österreichisch-ungarische Gesandte schloß sich nach seinem Eintreffen in Peking den vorstehend bezeichneten Kollegen an, unter denen der französische Gesandte besonders scharf den extremen Standpunkt vertrat. Der amerikanische Gesandte war persönlich gleichfalls sehr entschieden für strengste Bestrafung und regte bloß später, ohne zu insistieren, infolge von Weisungen aus Washington und von Mitteilungen aus chinesischer Quelle die Frage an, ob es sich nicht empfehlen würde, von ausdrücklicher Namhaftmachung Tungfusiangs in der Note abzusehen. Der japanische Gesandte trat mit seiner Ansicht nicht hervor, stimmte aber mit der Mehrheit für die Todesstrafe, und bloß der russische Gesandte trat anfänglich für eine Fassung ein, die zwar eine strenge Bestrafung der Schuldigen forderte, aber den Charakter der Strafe nicht definierte. Gegenüber der entschiedenen Haltung der übrigen Kollegen beharrte Herr von Giers jedoch nicht auf seinem abweichenden Standpunkt. Bloß regte er in einer der späteren Sitzungen an, die Forderung der Todesstrafe für die drei nur wenig kompromittierten Prinzen Tsai-Lien, Tsai-Ying, und I (Pu-tsching) fallen zu lassen, womit wir uns um so eher einverstanden erklären konnten, als die Aufnahme der drei genannten Prinzen in unsere Liste in der Hauptsache durch deren Namhaftmachung seitens der chinesischen Regierung bewirkt worden war.

Meine Stellung war mir durch die wiederholten allerhöchsten Willensäußerungen bei Einschiffung unserer Truppen und durch Euerer Exzellenz Weisung vorgezeichnet, stets mit der Seite zu stimmen, welche das meiste verlangen werde. Der Nachfolger Freiherrn von Kettelers konnte unmöglich zugunsten einer Einschränkung der Bestrafungen die Initiative ergreifen.

Wenn jetzt gegenüber den einstimmigen Beschlüssen des hiesigen diplomatischen Korps seitens einzelner Regierungen die ausdrückliche Forderung der Todesstrafe in der Note bekämpft wird, so möchte ich nicht unterlassen festzustellen, daß auch ich die Vollstreckung der Todesstrafe gegen Prinz Tuang und General Tungfusiang für sehr schwer erreichbar, wenn nicht zurzeit für unmöglich halte. Aber abgesehen davon, daß aus den oben dargelegten Gründen nicht ich das Signal zu einer Abschwächung unserer Beschlüsse geben konnte,

schien mir die Weglassung der beiden Hauptschuldigen aus der Liste der Todeskandidaten kaum zu rechtfertigen und von bedenklicher Wirkung auf die chinesische Auffassung. Dieses letztere Bedenken ist für mich nun allerdings dadurch beseitigt, daß auf Antrag des englischen Vertreters beschlossen worden ist, überhaupt die Namen der Schuldigen aus der Note wegzulassen, gleichzeitig ist aber auf Antrag des amerikanischen Gesandten der ursprüngliche russische Antrag nachträglich akzeptiert worden, wonach an Stelle der Todesstrafe „la peine la plus sévère conforme aux crimes“ gefordert werden soll.

Die ursprüngliche Fassung des Artikels II a unserer Forderungen, der von der Bestrafung der Schuldigen handelt, lautete:

> „Peine de mort pour les Princes Tuang et Tschwang, le duc Lan, Ying-Nien, Kang-Yi, Chao-Chou-Hien, Tong-Fou-Hsiang, Yuhsien et ceux que les Représentants des Puissances indiqueront ultérieurement.
>
> Châtiment exemplaire conforme à leurs crimes pour les autres personnages désignés dans le décret Impérial du 25 septembre 1900 et ceux que les Représentants des Puissances indiqueront ultérieurement.“

Die jetzige Fassung dagegen ist:

> „Peine la plus sévère conforme à leurs crimes pour les personnages désignés dans le décret Impérial du 25 septembre 1900 et ceux que les Représentants des Puissances indiqueront ultérieurement.“

Da letztere Fassung von dem amerikanischen Gesandten vorgeschlagen und von dem englischen Vertreter unterstützt wurde, während der russische, der japanische und — auf ausdrückliche Weisung seiner Regierung gegen seine eigene Ansicht — auch der französische Gesandte dafür stimmten, würde es keinen Zweck gehabt haben, wenn ich mich auf die Länge widersetzt hätte. Ich beschränkte mich also auf den Ausdruck meines lebhaften Bedauerns über die Änderung mit dem Hinzufügen, daß ich im allgemeinen Interesse das Zustandekommen der Gesamtnote hieran nicht scheitern lassen wolle.

Bedauerlich erscheint mir die neue Fassung insbesondere deshalb, weil sie nachträglich in Abänderung der früheren Fassung in die Note hineingebracht worden ist und aus diesem Grunde von den über unsere Verhandlungen leider sehr genau unterrichteten Chinesen als Abschwächung aufgefaßt werden wird. Auch hätte die frühere Fassung Rußland und Japan gegenüber der für eine weitgehende Bestrafung eintretenden Mehrheit der Mächte festgelegt und somit eine Art von Garantie gegen ein späteres Abschwenken jener beiden Mächte geboten. Andererseits überhebt die jetzige Fassung uns aller Schwierigkeiten für den meines Dafürhaltens keineswegs ausgeschlossenen Fall, daß sich die Erreichung der Todesstrafe beispielsweise für Tungfusiang als tatsächlich unmöglich herausstellt. Auch bietet diese Fassung, wenn die übrigen Mächte bei der Stange bleiben, immer noch durch-

aus die Möglichkeit, eine angemessene Bestrafung durchzusetzen, denn es steht bei den Mächten zu erklären, was sie im einzelnen Fall als peine la plus sévère conforme au crime erachten. Zudem ist in unserer Sitzung bei Annahme der jetzigen Fassung ausdrücklich das allseitige Einverständnis darüber festgestellt worden, daß unter peine la plus sévère für die Prinzen Tuang, Tschwang, den Herzog Lan, für Ying-Nien, Kang-Yi, Chao-Chou-Hien, Tungfusiang und Yühsien die Todesstrafe zu verstehen sei. Dabei machten allerdings Giers bezüglich Tuangs und der amerikanische und englische Vertreter bezüglich Tungfusiangs den Vorbehalt, daß sie die Regelung der chinesischen Angelegenheit im übrigen nicht scheitern lassen würden, wenn sich die Unmöglichkeit der Erreichung der Todesstrafe für die Genannten herausstellen sollte.

Bleibt die Einigkeit der Mächte gewahrt, so ist also die beschlossene Abänderung nicht allzu bedenklich.

Was sodann die Erlangung einer angemessenen Kriegskostenentschädigung angeht, so liegen die Schwierigkeiten einerseits in der Geringfügigkeit der chinesischen Finanzquellen und andererseits in der Haltung der übrigen Mächte. Das Budget der chinesischen Zentralregierung beläuft sich, soweit dies festgestellt werden kann, nur auf 89 Millionen Taels gleich 267 Millionen Mark jährlich. Ein verhältnismäßig so geringfügiges Budget mit einer nach vielen Hunderten von Millionen betragenden Kriegskostenentschädigung zu belasten, ohne gleichzeitig den Staatsbankrott des Landes oder größere politische Umwälzungen herbeizuführen, ist nicht ganz einfach, zumal die sicherste und größte Einnahmequelle, nämlich der Ertrag der Seezölle, bereits nahezu ganz europäischen Gläubigern verpfändet ist.

Unter diesen Umständen fällt die größere oder geringere Bereitwilligkeit der übrigen Großmächte, bei Durchsetzung einer angemessenen Kriegskostenentschädigung bona fide mitzuwirken, besonders erheblich ins Gewicht.

Soweit sich nun bisher übersehen läßt, arbeiten die Vereinigten Staaten und Japan übereinstimmend in der Richtung einer möglichsten Einschränkung der Gesamtforderungen, da beide Regierungen, wenn auch aus verschiedenen Gründen, eine möglichst rasche Beendigung der chinesischen Wirren wünschen. Bei den Amerikanern spielen hierbei Rücksichten auf die innerpolitischen Verhältnisse ihres Landes und auf die Handelsinteressen mit, welche sie durch eine längere Dauer des bestehenden faktischen Kriegszustandes gefährdet glauben, während die Japaner der ihnen unheimlichen Einmischung Europas in asiatische Angelegenheiten gern so rasch als möglich ein Ende bereiten möchten. Auch England, dessen Haltung Euere Exzellenz in Europa allerdings wohl zuverlässiger als ich hier werde feststellen können, scheint für eine möglichste Beschränkung der Forderungen. Dabei mag einerseits mitsprechen, daß das reiche England die Last der ge-

machten Ausgaben weniger empfindet als andere Staaten, während die englische Regierung andererseits die Hoffnung hegen mag, angesichts ihres ausgebreiteten Handels nach Beendigung der Unruhen rasch wieder auf ihre Kosten zu kommen. Außerdem spricht aus den streng vertraulichen Äußerungen Sir Ernst Satows mir gegenüber ein gewisses Mißtrauen gegen uns wegen etwaiger weitgehender kriegerischer Absichten Deutschlands, denen England durch einen baldigen Abschluß der Chinaangelegenheit zu begegnen hofft. Von den übrigen Staaten kommen Österreich-Ungarn und Italien wegen der geringen von ihnen gemachten Aufwendungen kaum in Betracht, während Frankreich, wohl infolge seiner nahen Operationsbasis in Tonking, nach Ausweis der den Kammern unterbreiteten Kreditforderungen in der glücklichen Lage war, mit verhältnismäßig geringen Kosten den bisherigen Feldzug zu bestreiten. Über die Ansprüche Rußlands zirkulieren die widersprechendsten Gerüchte, die sich um so weniger auf ihre Richtigkeit prüfen lassen, als es in Rußland keine Volksvertretung gibt, aus deren Verhandlungen man einen Einblick in die Pläne der Regierung gewinnen könnte. Während bei den anderen Staaten die Schadensersatzforderungen neben den Kriegskosten kaum in Betracht kommen, dürften dieselben mit Rücksicht auf die Zerstörung der mandschurischen Bahn bei Rußland die wegen der nahen Operationsbasis niedrigen Kriegskosten vermutlich erreichen, wenn nicht übersteigen.

Daß Rußland, wie von St. Petersburg aus gerüchtweise gemeldet worden ist, die Zahlung dieser Schadensersatzforderung unter Verzicht auf die aufgewandten Kriegskosten durch ein Separatabkommen mit der chinesischen Regierung sicherstellen möchte, halte ich zwar nicht für unmöglich, aber doch nicht für sehr wahrscheinlich. Insbesondere sehe ich nicht ein, wie Rußland dem Widerstande der übrigen Mächte gegenüber es ermöglichen könnte, die Hand auf chinesische Garantien zu legen, die ausreichen würden, um angesichts der schwachen eigenen Finanzkraft Rußlands die Unterbringung einer Anleihe in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten zu gewährleisten. Eher noch könnte ich mir denken, daß Rußland, ähnlich wie gegenüber der Türkei, seine Forderungen gegen China nicht gleich jetzt eintreibt, sondern bis auf weiteres stehen läßt, um sich ein geeignetes Pfandobjekt (die Mandschurei) zu sichern und um China in der Hand zu haben.

Dieses Beispiel würde für uns, auch wenn die Zustimmung des Reichstages zu erlangen wäre, wohl nur schwer nachzuahmen sein, denn die Gegenden, wo wir Pfandrechte zu erwerben vielleicht nicht abgeneigt sein würden, werden auch von anderen Mächten begehrt, die uns sicherlich mehr Schwierigkeiten bereiten würden, als sich einer angeblich provisorischen, tatsächlich aber dauernden russischen Besetzung der Mandschurei entgegenstellen.

Soweit ich daher die politische Sachlage von hier aus zu überblicken vermag, scheint mir allerdings die unerfreuliche Tatsache un-

leugbar, daß keine andere Macht ein ähnlich starkes Interesse wie wir an der Geltendmachung der Kriegskostenforderung hat, so daß die Gefahr der Isolierung nicht ausgeschlossen ist. Um dieser beizeiten vorzubeugen, habe ich pflichtgemäß nicht verfehlen wollen, die hochgeneigte Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz erneut auf diese Angelegenheit zu lenken, deren unseren Wünschen entsprechende Regelung eine der wichtigsten Aufgaben der bevorstehenden Spezialberatungen sein dürfte. A. v. Mumm

Nr. 4693

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 415 Peking, den 24. Dezember 1900

Note* an Prinz Tsching überreicht.

Mumm

Nr. 4694

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 422 Peking, den 30. Dezember 1900

Die chinesischen Bevollmächtigten haben Doyen vom Empfang eines kaiserlichen Edikts in Kenntnis gesetzt, das ihnen Annahme unserer Forderungen befiehlt. Dabei wird Wunsch ausgesprochen, daß keine militärische Expeditionen ins Innere mehr unternommen werden möchten. Mumm

Nr. 4695

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 424 Peking, den 31. Dezember 1900

Im Anschluß an Telegramme Nr. 421 und 422**.

Auf chinesischen Wunsch nach Einschränkung der Expeditionen ist

* Die vom 22. Dezember 1900 datierte Kollektivnote der Mächte an die chinesische Regierung ist deutscherseits zum erstenmal im vollen Wortlaut veröffentlicht in der „Kölnischen Zeitung" vom 27. Dezember 1900, daraus in ihrem wesentlichen Gehalt abgedruckt in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1900, S. 311 f.

** Siehe Nr. 4694.

Feldmarschall bereit, insoweit einzugehen, daß bei andauernder Ruhe von Expeditionen außerhalb des Okkupationsgebiets abgesehen und dieses selbst eingeschränkt wird. Innerhalb des Okkupationsgebiets keine Beschränkung unserer Aktionsfreiheit.

Falls andere Nationen auf Räumung drängen, hält Feldmarschall bis zum Friedensschluß Belassung von mindestens 12000 Mann internationaler Truppen, wovon 2000 Mann in Peking, für erforderlich, worüber er bereits an Seine Majestät telegraphiert*.

Um Garantie für Erfüllung der Friedensartikel und der Sicherheit der Fremden zu bieten, wird meiner vollen Überzeugung nach Zurückziehung dieser Truppen vor längerer Zeit keinenfalls ins Auge gefaßt werden dürfen.

Mumm

Nr. 4696

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen für den Reichskanzler Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 1. Januar 1901

Der Umstand, daß der chinesische Hof bei prinzipieller Annahme der Friedensbedingungen gleichzeitig den Wunsch aussprach, daß keine militärischen Expeditionen mehr ins Innere unternommen werden möchten, gestattet die Vermutung, daß diese Expeditionen als nützliches Druckmittel gewirkt haben[1]. Es dürfte daher angezeigt sein, die Entscheidung darüber, in welchem Umfange dem Wunsche des chinesischen Hofes Rechnung zu tragen sei, zunächst[1] dem Oberkommando zu überlassen und die Verantwortung, welche ein diplomatisches Eingreifen in militärische Entschließungen uns aufladen würde, nicht zu übernehmen.

Die gleiche Regel — daß die Entschließung des Oberkommandos maßgebend bleibt — dürfte auch auf den im zweiten Absatz des Telegramms Nr. 424** erwähnten Gedanken des Feldmarschalls Anwendung finden, daß bis zum Friedensschluß mindestens 12000 Mann in Petschili und davon 2000 in Peking belassen werden; Aufgabe der Diplomatie aber wird es sein, dafür zu sorgen, daß diese Mannschaft sich aus internationalen Kontingenten zusammensetzt. Hierbei kommen, außer Deutschland noch England, Japan und Frankreich in Frage.

---

* Ein dahingehendes Telegramm Graf Waldersees findet sich nicht in dessen Denkwürdigkeiten.
** Siehe Nr. 4695.

Die englische Regierung erscheint von vornherein als gebunden durch den von ihr beantragten Zusatz zur Note, daß die Räumung erst nach Erfüllung der Friedensbedingungen in Aussicht gestellt werden könne. Japan wird geneigt sein, drin zu bleiben[2], solange Deutschland und England drin bleiben, nicht aus Freundschaft für die weiße Rasse, sondern aus Eifersucht. Frankreich, welches sonst unbedingt in die russische Kerbe hauen würde, hat in Herrn Pichon einen Vertreter, welcher fast mehr als irgendein anderer dortiger Diplomat bei jeder Gelegenheit für energische Haltung gegenüber China eingetreten ist. Die Möglichkeit liegt daher vor, daß Herr Pichon seine Regierung davon überzeugen wird[3], die Erhaltung des französischen Prestige erheische, daß die französische Okkupation bis zuletzt dauere, d. h. bis die Voraussetzung derselben wegfällt. In dem Fall werden vielleicht auch die Russen — obschon darauf nicht zu rechnen ist — eine kleine Okkupationstruppe[4] zurücklassen, damit nach außen hin die Einigkeit der russischen und der französischen Politik gewahrt wird.

Die im letzten Absatze des Telegramms besprochene Frage der Zeitdauer der Okkupation nach dem Friedensschluß ist cura posterior. Darüber wird sich leichter als heute reden lassen, wenn man mal erst beim Friedensschluß ist[1].

Für jetzt wird als modus procedendi ins Auge zu fassen sein:

a) Daß man sich zunächst[5] mit England ins Einvernehmen setzt über Belassung von etwa 12 000 Mann in Petschili bis zum Friedensschluß;

b) daß sodann die beiderseitigen Vertreter in Peking beauftragt werden, diesen Punkt bei der Konferenz zur Besprechung zu bringen mit dem Hinzufügen, daß die Beteiligung möglichst vieler Nationalitäten bei diesem Besatzungskorps natürlich erwünscht ist[6]. Die Anregung dieser Frage bei der Konferenz in Peking anstatt durch direkten Verkehr unter den Kabinetten hat das für sich, daß alsdann Herr Pichon ein vielleicht wirksames Gegengewicht bilden wird gegen die russischen Einwirkungen, die sich in Paris aller Wahrscheinlichkeit nach zugunsten einer sofortigen Räumung geltend machen werden.

Darf die Kaiserliche Botschaft in London im Sinne von a) und b) instruiert werden[7]? Richthofen

---

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Ja

[2] hoffentlich

[3] wäre noch wünschenswerter

[4] wäre das allerwünschenswerteste

[5] würde das nicht die anderen mißtrauisch machen? bzw. deren Widerspruch reizen?

[6] Gewiß! Es wäre sehr fatal — auch für Reichstag und öffentliche Meinung — wenn wir allein mit John Bull in Peking blieben.

[7] Ja, wenn dies als der sicherste Weg erscheint, um möglichst viele Mächte zur Belassung von Truppen in Peking zu bringen

Nr. 4697

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

Peking, den 7. Januar 1901
[eingetroffen am 26. Februar]

pp. Heute ist die politische Lage also, daß sich die chinesischen Bevollmächtigten am 30. v. Mts. auf Grund eines kaiserlichen Dekrets zur Annahme unserer Forderungen bereiterklärt haben *. Heute geht ihnen ein Protokoll zu, durch dessen Unterzeichnung sie diese Annahme in feierlicher Form bekräftigen sollen. Werden sie ihre Unterschrift geben? Ein Gerücht will wissen, es sei inzwischen gestern ein neues kaiserliches Edikt erschienen, das ihnen die Annahme untersagt. Also das beliebte Schaukelspiel. Bleiben die anderen Regierungen, wie ich in diesem Falle fast annehmen möchte, fest, so hat das nicht viel zu bedeuten, und wir werden in acht Tagen ein drittes endgültiges Dekret haben, das die Unterzeichnung wieder befiehlt. Im Notfall müßte der Feldmarschall schon so gut sein, etwas mit dem großen Säbel zu rasseln, um die Chinesen durch ein paar Expeditionen wieder gefügig zu machen.

Dann kann das Streiten über die Detailpunkte losgehen, wobei wir Schritt für Schritt unser Terrain gegen die verschlagenen Chinesen, die mehr Zeit haben als wir, und die jede Spaltung ausnützen werden, erkämpfen müssen. Dabei wird viel darauf ankommen, inwieweit Rußland und Japan mit uns gehen, und das wird weniger von Giers und von Komura persönlich als von den Weisungen der Kabinette in St. Petersburg und Tokio abhängen.

Die Schwierigkeiten bei diesen von 11 untereinander häufig uneinigen Regierungen geführten Verhandlungen sind enorme, und die Erlangung einer angemessenen Bestrafung der Hauptrādelsführer und einer ausreichenden Kriegsentschädigung wird uns noch viel Sorge machen. Ich versuche jetzt mit dem neuen japanischen Gesandten, den ich flüchtig von Washington her kenne, etwas Fühlung zu gewinnen, aber ich fürchte, er hat gebundene Marschroute: Asien für die Asiaten. pp. **

A. v. Mumm

---

* Vgl. Nr. 4694.
** Einen weiteren Abschnitt des Briefes siehe in Kap. CVII, Nr. 4852.

Nr. 4698

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

A 20 Peking, den 17. Januar 1901
[eingetroffen am 14. März]

Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang haben gestern nachmittag dem Doyen Herrn de Cologan die ihnen am 7. d. Mts. übersandten elf Protokollausfertigungen, deren Wortlaut Euerer Exzellenz bereits bekannt ist, unterzeichnet, untersiegelt und mit dem Datum des 16. d. Mts. versehen zurückgesandt. Die Legende des verwendeten anscheinend für die Zwecke der Friedensverhandlungen neu hergestellten Siegels bedeutet: „Siegel der auf kaiserlichen Befehl ernannten Bevollmächtigten Minister". Übersetzung der Begleitnote nebst Abschrift des französischen Textes des Protokolls ist in Anlage 1* beigefügt.

Ferner haben die chinesischen Bevollmächtigten durch Vermittelung des Doyens dem ihnen von uns ausgesprochenen Verlangen zufolge jedem der fremden Vertreter mittels identischer Note vom gleichen Datum je eine mit dem kaiserlichen Siegel versehene Ausfertigung des kaiserlichen Dekrets vom 27. v. Mts. zugeschickt, durch welches sie zur Annahme unserer Forderungen ermächtigt werden. Übersetzung der mir zugegangenen Note und des Kaiserlichen Dekrets ist in der Anlage 2 beigefügt. Dazu gestatte ich mir den bereits früher gemachten Hinweis zu wiederholen, daß die von uns mit den offiziellen Übersetzungen betraute, aus den ersten Dolmetschern der englischen, französischen, amerikanischen und japanischen Gesandtschaft bestehende Dolmetscherkommission das Dekret dahin übersetzt hat, daß unsere Forderungen „in ihrer Gesamtheit" angenommen sind, während die Dolmetscher der Kaiserlichen Gesandtschaft das betreffende chinesische Zeichen mit „im großen und ganzen" oder „im allgemeinen" übersetzt haben. Erstere Übersetzung hat in dem von den chinesischen Bevollmächtigten unterzeichneten französischen Texte des Protokolls Aufnahme gefunden, welcher gegenüber dem chinesischen Texte ausdrücklich als maßgebend im Protokoll selbst bezeichnet worden ist.

Mittels einer dritten Note, gleichfalls vom 16. d. Mts., überreich[t]en uns endlich die chinesischen Bevollmächtigten eine Zusammenstellung derjenigen Punkte, über welche sie noch beraten möchten. Abschrift dieser Note ist in Anlage 3 beigefügt**.

---

* Die Anlagen des Mummschen Berichts sind hier nicht abgedruckt.

** Diese Note enthielt eine große Zahl von Reservationen zu der prinzipiellen Annahme der Kollektivnote vom 22. Dezember 1900, daneben eine Anzahl von

Ich gestehe, daß für einen Neuling in chinesischen Dingen, wie ich es bin, ein Vergleich dieses Wunschzettels mit dem von den chinesischen Bevollmächtigten angenommenen Protokoll einigermaßen den Eindruck erweckt, als ob Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang mit der linken Hand nehmen, was sie mit der rechten Hand gegeben haben. Bei meinen mit den hiesigen Verhältnissen und mit der chinesischen Ausdrucksweise vertrauteren Kollegen besteht ein solch ungünstiger Eindruck indessen nicht. Eine glatte Annahme irgendwelcher Bedingungen ist ihrer Ansicht nach bei Chinesen völlig undenkbar und würde die betreffenden chinesischen Bevollmächtigten in ihren eigenen Augen und in denen ihrer Auftraggeber völlig diskreditieren. Eine lange Verhandlung müsse nach orientalischen Begriffen jedem Vertragsabschlusse unbedingt vorhergehen und gehöre „zur Wahrung des Gesichts“. Die meisten erhobenen Einwendungen seien bloße Phrasen und ließen sich mit Phrasen beantworten. A chinois chinois et demi!

Ich werde also, wenn auch nicht mit Begeisterung, das Wortgefecht aufnehmen.

Sicher ist ja allerdings, daß die chinesischen Einwendungen irgendwelche Bedeutung dann nicht haben, wenn die Mächte einig und entschlossen sind, auf einer loyalen Erfüllung der von ihnen aufgestellten Forderungen zu bestehen.

Wird dies der Fall sein???

A. v. Mumm

Wünschen, die in einem fast imperativen Tone gehalten waren. So hieß es in bezug auf den Schlußsatz der Kollektivnote, in dem ausdrücklich gesagt war, daß die Mächte vor der Erfüllung ihrer Forderungen über die Frist, in der sie Peking und die Provinzen wieder räumen würden, keine Zusicherung geben könnten: daß die Truppen in Peking, Pautingfu, Tientsin und Tungschou sämtlich an einem schleunigst zu bestimmenden Termin zurückgezogen werden müßten.



Kapitel CV

Das Deutsch-Englische Jangtseabkommen
Deutschland als ehrlicher Makler zwischen England und Rußland
(Eisenbahnfragen, Tientsinfrage)
1900—1901



Nr. 4699

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Travemünde

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Berlin, den 30. Juni 1900
Geheim

Würde es Euerer Majestät Intentionen entsprechen[1], wenn wir, um etwaigen Handstreichen vorzubeugen, mit unverdächtiger Motivierung auf wenigstens zeitweilige Neutralisierung des Jangtsegebiets* hinarbeiteten?[2]

Hierzu bietet sich eine Gelegenheit, indem Euerer Majestät Konsul in Hankau** telegraphiert:

„Hiesiger und Nanking Generalgouverneur opponieren offiziell gegen Zentralregierungspolitik***, garantieren Aufrechthaltung der Ruhe und Schutz der Fremden. Bin überzeugt von ihrer Aufrichtigkeit. Sie bitten hiesige Vertreter, Neutralisierung des Jangtse bei ihren Regierungen zu befürworten. Generalgouverneure erbitten Drahtantwort.“ —

---

* Über die bisherige Haltung Deutschlands in der Frage des Jangtsetals, das England sich seit Beginn des Jahres 1898 als seine Interessensphäre in Anspruch zu nehmen anschickte, vgl. Bd. XIV, Kap. XC, C. Von deutscher Seite war ein Anspruch Englands in dieser Beziehung keineswegs anerkannt; andererseits hatte man, um nicht Schwierigkeiten mit England heraufzubeschwören, davon Abstand genommen, eine Neutralisation des Jangtsetals herbeizuführen. Vgl. das in Bd. XIV, Kap. XC, B, Nr. 3734 abgedruckte Schreiben Bülows an Graf von der Osten-Sacken vom 17. Dezember 1897: Quant à la pensée d'une neutralisation de la vallée du Yangtzé, plaçant sur un pied d'égalité les peuples commerçants du monde entier, c'est un projet trop vaste pour trouver place dans notre modeste programme d'aujourd'hui, et je ne le mentionne ici qu'à titre très confidentiel, attendu que sa mise à l'ordre du jour prématurée pourrait faire éclater des jalousies qui existent déjà à l'état latent.“

** Grunenwald.

*** D. h. gegen die fremdenfeindliche, das Einschreiten der Mächte in China provozierende Politik der Pekinger Zentralregierung.

Es wäre meines untertänigsten Erachtens vielleicht ganz nützlich, wenn wir diese beiden Generalgouverneure mit ihrem Einfluß von der jetzigen Pekinger Zentralregierung trennen und zugleich durch Neutralisierung des Jangtsetals die Ausführung von Teilungsgelüsten erschweren könnten. Darf ich deshalb Euerer Majestät Konsul in Hankau telegraphieren, daß wir der Neutralisierung zustimmen?*

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ja! W.

[2] Sollte aber Li-Hung-Chang mit Peking Verhandlungen anbieten, so sind sie abzulehnen. W.

Nr. 4700

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Wilhelmshaven

Telegramm. Konzept

Nr. 70 Berlin, den 2. Juli 1900

Der Verweser Generalkonsulats Schanghai** telegraphiert: „Vizekönige in Nanking und Wutchang, welche angeblich Befehl haben, Krieg zu beginnen, erklären gleichwohl neutral bleiben zu wollen, ersuchen Konsularkorps aber um Erneuerung Versicherung der Nichtintervention der Mächte in Mittel- und Südchina, solange Ruhe herrscht. Erbitte telegraphische Instruktion.“

Meines Erachtens dürfte die erbetene Instruktion dahin zu erteilen sein, daß wir versichern, keine Feindseligkeiten gegen Gebiet der beiden Vizekönige zu beabsichtigen und sie nicht in das Schicksal, welches der Zentralregierung bevorsteht, zu verwickeln, vorausgesetzt 1. wirksamer Schutz der dortigen Deutschen, 2. Unterlassung jeder direkten oder indirekten Unterstützung der Pekinger Regierung gegen uns.

Die auf diese Weise vielleicht zu erreichende Offenhaltung der Frage des Jangtsetals ist für die deutschen Interessen unter allen Umständen ein Gewinn.

Richthofen

---

* Auf die zustimmende Äußerung Kaiser Wilhelms II. erhielt Konsul Grunenwald in Hankau den Bescheid (1. Juli): Wir sind nicht abgeneigt, auf Neutralisierung Jangtsetals einzugehen, wenn Bedingungen annehmbar und übrige Mächte zustimmen.

** Schnitzler.

Nr. 4701

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Bremerhaven

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Berlin, den 27. Juli 1900

Privatim möchte ich mir folgenden Kommentar zu den verschiedenen heutigen Meldungen des Grafen Hatzfeldt* gestatten:

1. Die Frage, welche alle anderen beherrscht, ist der Jangtse. Da wir nicht darauf rechnen können, den Jangtse — wenigstens in absehbarer Zeit — zu monopolisieren, sollte unsre Aufgabe sein, wenigstens zu verhindern, daß England ihn monopolisiert. Wir stellen uns da also auf die Seite derjenigen Mächte, welche den Jangtse für alle Nationen freihalten wollen.

Je eher die Russen erfahren, daß wir diesen Standpunkt einnehmen, desto weniger werden sie geneigt sein, ihn aufzugeben. Auch von dem stark entwickelten Egoismus der Amerikaner ist nicht zu erwarten, daß sie den Jangtse als englische Einflußsphäre anerkennen werden, da die Annahme naheliegt, daß die Engländer dann, wenn durch die „offene Tür" zuviele nichtenglische Waren hereinkommen, die Tür eines Tages schließen würden.

Daß England um den Preis des Jangtse weitgehende Konzessionen, nicht bloß in Ostasien an Rußland machen wird, ist klar. Schon deshalb hat Deutschland kein Interesse an dieser Verständigung. Um dieselbe zu hintertreiben, gibt es meines Erachtens kein besseres Mittel, als die russische Seite dadurch zu verstärken, daß wir in dieser und in anderen ähnlichen Fragen, aber immer nur von Fall zu Fall, uns auf dieselbe stellen. 2. In der Frage der Unschädlichmachung der chinesischen Schiffe** stehen die Engländer auch auf einem andern Standpunkt als Russen, Franzosen und wir — diese Frage muß jetzt mit Beschleunigung behandelt werden, wegen der Annäherung der ersten deutschen Truppenschiffe. — pp.***

v. Derenthall

---

* Die Meldungen des Grafen Hatzfeldt vom 27. Juli bezogen sich vor allem auf die Stellungnahme Lord Salisburys zur Frage des Oberkommandos in China, der alle militärischen Operationen im Jangtsegebiet, namentlich auch zur See am liebsten England allein vorbehalten sehen wollte. Vgl. Kap. CIV, Nr. 4590.

** Vgl. das folgende Schriftstück.

*** Den Schluß des Telegramms siehe in Kap. CIV, Nr. 4589.

Nr. 4702

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 137 Berlin, den 28. Juli 1900

Da die beiden Transportdampfer mit der ersten deutschen Truppensendung schon in den nächsten Wochen in chinesische Gewässer kommen werden, hat Seine Majestät den Admiral Bendemann angewiesen, sich mit den übrigen Befehlshabern wegen Beaufsichtigung der chinesischen Kriegsschiffe zu verständigen, deren größter Teil am Eingange des Jangtse oder in der Nähe desselben liegen soll. Das Ergebnis dieser Beratungen ist hier bis jetzt nicht bekannt. Graf Hatzfeldt aber hat aus Mitteilungen sowohl von Mitgliedern des Foreign Office wie auch verschiedener fremder Diplomaten, z. B. des französischen Vertreters entnommen, daß die englische Regierung dem Gedanken, die chinesischen Kriegsschiffe im Jangtsegebiet durch das Zusammenwirken verschiedener Mächte beaufsichtigen zu lassen, abgeneigt ist, und zwar, wie es scheint, aus dem Grunde, daß sie die Kontrolle im Jangtsegebiet ausschließlich für England in Anspruch nimmt.

Wenn wirklich Lord Salisbury den Gedanken hegen sollte, aus Anlaß der jetzigen Wirren das Jangtsebecken mit seinen 220 Millionen Einwohnern in die englische Einflußsphäre zu ziehen, so riskiert der englische Staatsmann nach diesseitiger Ansicht, mit diesem Plane ziemlich, d. h. etwa mit Japan allein zu bleiben, denn schwerlich wird eine von den Großmächten, welche sämtlich ohne Ausnahme die Erweiterung und Sicherung ihrer Handelsbeziehungen zu ihren vornehmsten nationalen Aufgaben zählen, für das englische Monopol auf jenem ungeheuren Gebiete einzutreten geneigt sein. Der deutsche Standpunkt in der Jangtsefrage ist bereits in einem Briefe gekennzeichnet, welchen Graf Bülow am 17. Dezember 1897 an den Grafen Osten-Sacken richtete und wo die Neutralisierung des Jangtse zum Behufe der Wahrung des freien Verkehrs aller Völker als eine im geeigneten Augenblicke vorzunehmende Zukunftsaufgabe bezeichnet war*. Ob dieser geeignete Augenblick jetzt gekommen ist, vermag ich nicht eigenmächtig zu entscheiden. Die Jangtsefrage ist nur inzidenter aufgetaucht, gelegentlich der Erörterung der andern dringenderen Frage, wie man die Transportschiffe, welche demnächst mit Truppen aller möglichen Nationen an Bord durch die chinesischen Meere passieren werden, gegen Belästigungen durch chinesische Kriegsschiffe sichern kann. Da die russische Regierung hierbei direkt inter-

* Vgl. Nr. 4699, Fußnote *.

essiert ist, würde es mir von Wert sein zu erfahren, wie dieselbe sich zu der Frage der gemeinsamen Beaufsichtigung der chinesischen Kriegsschiffe stellt. Auch hinsichtlich der Jangtsefrage, wenngleich diese nicht so unmittelbar zu einer Entscheidung drängt, wie die Frage der Sicherung des Truppentransports, wäre es mir interessant zu hören, ob die russische Regierung vielleicht weiß, welche Stellung das Kabinett von Washington zu dem kaum verhüllten englischen Anspruch auf Hineinziehung des Jangtsebeckens in die englische Einflußsphäre einnimmt. Trotz der englischen Sympathien der Herren Mac Kinley und Hay halte ich für schwer denkbar, daß dieselben mit Rücksicht auf die amerikanische öffentliche Meinung sich diesem Anspruche würden fügen können; eher möchte ich im Gegenteil annehmen, daß dieser Anspruch, wenn England daran festhält und das amerikanische Volk erst merkt, worauf die Sache hinausläuft, zum Stein des Anstoßes für die englisch-amerikanische Freundschaft werden kann.

Das Vorstehende wollen Ew. pp. ganz vertraulich mit dem Grafen Lamsdorff besprechen.

v. Derenthall

Nr. 4703

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Geschäftsträger in Paris von Schlözer

Telegramm. Konzept

Nr. 85 Berlin, den 29. Juli 1900

Der französische Botschafter regte hier gestern die Frage an, daß es ratsam sein dürfte, wenn jetzt, wo Truppentransportschiffe verschiedener Nationen demnächst die chinesischen Gewässer zu passieren hätten, seitens der Mächte eine Verständigung erzielt würde, um gemeinschaftlich die chinesischen Kriegsschiffe, deren größter Teil im Jangtse oder dessen Mündung liegen solle, zu beaufsichtigen.

Ich habe dem Botschafter erwidert, daß unser allergnädigster Herr bereits vor mehreren Tagen den deutschen Geschwaderchef in Taku angewiesen habe, eine Verständigung unter den dortigen Befehlshabern wegen Beaufsichtigung chinesischer Kriegsschiffe herbeizuführen. Eine Nachricht über erfolgte Verständigung sei bisher von dem Admiral noch nicht eingegangen, wir wüßten aber, daß außer Deutschland auch noch andere Mächte bereit sein würden, diese Aufsicht ausüben zu lassen. Die englische Regierung sei sogar, wie wir zu wissen glaubten, bereit, jene Aufsicht im Jangtse allein zu übernehmen. Nach Ansicht der deutschen Regierung sei die Wirk-

samkeit der englischen Aufsicht nicht anzuzweifeln. Hingegen aber sei es fraglich, ob nicht England später auf die Tatsache, daß es allein im Jangtse die höhere Polizeigewalt ausgeübt habe, werde Bezug nehmen können als Beweis dafür, daß die Zugehörigkeit des Jangtse zur englischen Einflußsphäre dadurch allseitig anerkannt sei. Unter den Umständen werde es, um zukünftigen Schwierigkeiten vorzubeugen, auch nach diesseitiger Ansicht vielleicht sich empfehlen, daß mehrere Mächte sich darüber verständigten, Schiffe oder auch nur je ein Schiff zur Kontrolle der Vorgänge an der Jangtsemündung abzusenden.

Nach den Äußerungen des Botschafters nehme ich an, daß zwischen den Anschauungen der französischen Regierung und den hiesigen kein wesentlicher Unterschied besteht.

Ew. pp. wollen auch mit Herrn Delcassé die Frage der gemeinsamen Kontrolle besprechen, welche wegen der Annäherung der Truppenschiffe einen dringlichen Charakter hat.

v. Derenthall

Nr. 4704

Der Geschäftsträger in Paris von Schlözer an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 Paris, den 1. August 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 85*.

Minister des Äußern, den ich wiederholt sprach, bestätigte die Ansicht, daß eine gemeinsam von den Mächten ausgeübte Aufsicht der chinesischen Kriegsschiffe nötig sei. Nach seinen Informationen seien bereits zwei französische Schiffe, darunter ein Kreuzer, in der Nähe des Jangtse bei Schanghai. Herr Delcassé meinte, daß es von Europa aus schwierig sei, den Admiralen genaue Direktiven zu geben, und daß es ihm praktisch erschiene, wenn sie sich an Ort und Stelle über die Schritte einigten. Auf diese Weise ginge man sicher, daß die richtigen Kontrollmaßregeln auch für Jangtse getroffen würden. Man würde deshalb am besten die Admirale anweisen, sich miteinander zu verständigen. Herr Delcassé nimmt gleichfalls an, daß sich ein großer Teil der chinesischen Schiffe im Jangtse und an der Mündung desselben befände.

Über die Frage des englischen Vorschlags, die Überwachung allein auszuüben, ließ sich der Minister nicht weiter aus, betonte aber nochmals, daß eine gemeinsame Aktion unter allen Umständen der einzelnen englischen Beaufsichtigung vorzuziehen sei.

Schlözer

---

* Siehe Nr. 4703.

Nr. 4705

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 233 St. Petersburg, den 30. Juli 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 137*.

Graf Lamsdorff sagt mir, er glaube wohl, daß England das Jangtsebecken in seine ausschließliche Einflußsphäre ziehen möchte, was den wenigsten Regierungen genehm sein könne, er habe aber keine bestimmten Nachrichten, wonach im vorliegenden Falle Lord Salisbury einem Zusammenwirken der einzelnen Mächte zur See gegen die chinesischen Kriegsschiffe, welche die europäischen Transporte gefährden könnten, direkt abgeneigt wäre. Ihm sei nur gemeldet, Lord Salisbury halte die Gefahr für nicht so groß, außerdem befänden sich seiner Meinung nach die meisten chinesischen Schiffe am Ausfluß des Jangtse, und da würde England dieselben schon zu verhindern wissen auszulaufen.

Rußland, meinte Graf Lamsdorff, hätte selbst noch keine Entscheidung getroffen, welche Maßnahmen gegen die chinesischen Schiffe zu ergreifen wären, er fände aber einen eben erhaltenen Vorschlag aus Paris in Antwort auf seine Zirkularnote zweckmäßig, die Entscheidung, was zu tun, dem Beschluß der einzelnen Admirale in den chinesischen Gewässern zu überlassen, da es schwer sei, von hier aus Instruktionen dorthin zu geben.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hätten, wie Graf Lamsdorff bemerkte, sich in dieser Frage ebenso lau geäußert wie in den übrigen. Sie scheinen die Gefahr eines Angriffs auf die Transporte zu unterschätzen und sich möglichst wenig China gegenüber kompromittieren zu wollen.

Bei der Zurückhaltung der Vereinigten Staaten von Amerika hat Graf Lamsdorff keinerlei Anzeichen, wie sich das Kabinett von Washington zur Monopolisierung des Jangtsebeckens durch England stellen würde.

Er neigt persönlich zu derselben Ansicht wie die Kaiserliche Regierung, hat aber wie gesagt keine bestimmten Anhaltspunkte.

Radolin

---

* Siehe Nr. 4702.

Nr. 4706

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 255 Berlin, den 1. August 1900

Die letzten Mitteilungen Ew. Exzellenz über das hervortretende englische Bestreben, die Zugehörigkeit des Jangtse zur englischen Interessensphäre dadurch zu markieren, daß die Überwachung der an der Jangtsemündung liegenden chinesischen Kriegsschiffe einem ausschließlich englischen Geschwader zufalle, haben unseren allergnädigsten Herrn lebhaft erregt*. Allerhöchstderselbe hat infolgedessen den Admiral Bendemann angewiesen, bei den Beratungen der Geschwaderchefs wegen Beaufsichtigung der chinesischen Schiffe am Jangtse den Standpunkt zu vertreten, daß dieselbe als gemeinsame Aufgabe der Geschwader behandelt werde, nicht als die Aufgabe einer einzelnen Macht. Dabei ist es gleichgültig, welche Mächte an der Überwachung teilnehmen. Bei der heutigen Lage in Ostasien ist diese Überwachung der chinesischen Schiffe mehr ein symbolischer Akt, dessen Hauptbedeutung darin liegt, ob die Überwachung durch eine Gruppe von Mächten oder durch eine Macht allein ausgeübt wird.

Ob Euer pp. die Initiative nehmen wollen, um Lord Salisbury jene Eröffnung wegen des von uns vertretenen Standpunktes gemeinsamer Überwachung der Jangtsemündung zu machen, darf ich Euer pp. vertrauensvoll überlassen. Da aber der Inhalt der kaiserlichen Instruktion an den Admiral Bendemann auch von hier aus zur Kenntnis der übrigen beteiligten Regierungen gebracht worden ist, so ist nicht zu bezweifeln, daß die Angelegenheit auch zwischen Ew. pp. und dem Premierminister nächstens zur Sprache kommen wird. Es ist unnötig, Ew. pp., der Sie so zahlreiche Beispiele der Nichtberücksichtigung deutscher Interessen durch Lord Salisbury an der Hand haben, mit Argumenten zu versorgen. Nur möchte ich erwähnen, daß ein vom Fürsten Bismarck mehrfach geltend gemachter Grundsatz hier gleichfalls mit Nutzen Verwendung finden könnte, nämlich der Grundsatz, daß der Begriff der Kränkung nicht anwendbar ist gegen-

---

* Vgl. auch Graf Bülows Telegramm an das Auswärtige Amt Nr. 20. d. d. Helgoland, 29. Juli 1900: „Die Frage des Jangtsekiang beherrscht für Seine Majestät alle anderen. Seine Majestät kommen immer wieder darauf zurück, wie er von unserer Diplomatie erwarte, daß sie der von dieser Seite unseren ökonomischen und politischen Interessen drohenden schweren Schädigung vorzubeugen wissen werde." Vgl. Kap. CIV, Nr. 4594.

über der Vertretung eines berechtigten ernsthaften Interesses. Daß Deutschland ein ernsthaftes Interesse am Handelsverkehr am Jangtse hat, ist notorisch. Wenn Deutschland sich nun bemüht, dieses Interesse gegen Schädigung zu schützen, so kann da von einer Kränkung Englands nicht die Rede sein. Wenn aber die Frage etwa aufgeworfen werden sollte, sei es von dem Premier oder, was wahrscheinlicher ist, von Herrn Chamberlain, warum sich Deutschland nicht über dieses Interesse zunächst mit England direkt verständigt habe, so werden Ew. pp. keine Schwierigkeit haben, an der Hand von Beispielen darzutun, daß die Aufnahme, welche deutsche Wünsche bzw. Andeutungen über gemeinsame Erörterung von Interessenfragen bei Lord Salisbury gefunden haben, geeignet war, von der Wiederholung solcher Versuche abzuschrecken. Der Ausdruck „Entmutigung" würde von uns mit mehr Berechtigung angewandt werden können als von den Engländern wegen unserer Zurückweisung des Versuchs, uns zu einem Schritte zu verleiten, welcher unsere Beziehungen zu Rußland ohne ein entsprechendes deutsches Interesse verschlechtern mußte*. Die englische Regierung begnügte sich bei jener Gelegenheit nicht damit, auf Rußland einen indirekten Druck dadurch auszuüben, daß man die deutsche Regierung zu der Erklärung veranlaßte, sie habe kein Bedenken gegen eine verhältnismäßig starke Beteiligung japanischer Truppen bei den Entsatzoperationen gegen Peking, sondern die englische Regierung verlangte, daß das Berliner auf das Petersburger Kabinett drücken solle, um dieses zur Gestattung einer japanischen Aktion zu nötigen, deren Modalitäten und letzten Endzweck man wahrscheinlich in Petersburg ebensowenig wie in Berlin mitgeteilt hatte. Die russische Regierung hat schließlich ebenso wie die deutsche das Vorgehen der Japaner ohne Einwendung geschehen lassen. Es sind das aber Fälle, wo jeder seine eigene Verantwortung zu tragen hat und diese nicht noch durch weittragende Ratschläge potenzieren mag.

Auf das Verhalten von Lord Salisbury Deutschland gegenüber paßt das alte Gleichnis: on ne prend pas des mouches avec du vinaigre. Der Premier kann sich deshalb nicht wundern, wenn Deutschland, ohne deshalb seine Freiheit im großen und ganzen aufzugeben, bei den vorkommenden Einzelfällen sich selber nach Maßgabe seiner Interessen berät.

v. Derenthall

---

* Gemeint ist die deutsche Ablehnung der englischen Anregung, zu den in China notwendigen militärischen Aufgaben in erster Linie Japan heranzuziehen. In diesem Zusammenhang hatte der englische Botschafter Sir Frank Lascelles von der „Enttäuschung und Entmutigung" der englischen Staatsmänner angesichts des deutschen Verhaltens gesprochen. Vgl. Kap. CIV, Nr. 4595.

Nr. 4707

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 492 St. Petersburg, den 2. August 1900

Eine Unterhaltung mit dem Botschafter Grafen Cassini*, der auf Urlaub hier weilt, gab mir Gelegenheit, dessen Ansicht über die englisch-amerikanischen Beziehungen kennenzulernen. Der Graf sprach sich sehr freimütig aus und meinte, trotz der mitunter würdelosen Liebeswerbung Englands um Amerikas Gunst, trotz der Eingenommenheit Mr. Hays für England, der den Präsidenten Mac Kinley wohl in diese Richtung bis zu einem gewissen Grade mit hineinzieht, trotz alledem müsse es in kurzer Zeit zu einem gewaltigen Krach in den Beziehungen beider Länder zueinander kommen. Die Interessenkollision wäre unabweislich. Schon die riesigen Fortschritte Amerikas auf dem Gebiete der Flottenbildung würde England nicht ruhig mit ansehen können.

In den Vereinigten Staaten, meint Graf Cassini, ist neben einer stark ausgesprochenen Animosität gegen Deutschland wegen seiner großen Entwicklung des Handels, und obgleich mit den 10 Millionen Deutschen gerechnet werden muß, ein förmlicher Haß gegen England unverkennbar, der von den 15 Millionen Irländern geschürt wird. Mr. Hay führe ein etwas gewagtes Spiel mit der Volksstimmung, wenn er seinen englischen Sympathien zu freien Lauf läßt. — Die Begeisterung, mit der die Burendeputation in den Vereinigten Staaten aufgenommen worden war**, sei ein Schlag ins Gesicht für England gewesen.

Ein fernerer und wesentlicher Punkt zur Zwietracht würde nach Ansicht des Botschafters die englische Politik am Jangtsekiang sein. Trotz des momentan scheinbar guten Einvernehmens der englischen und amerikanischen Truppen in Tientsin könne Amerika die englische Suprematie im Jangtsegebiet, deren Berechtigung es absolut bestreite, auf die Länge nicht dulden. Die materiellen Interessen der Amerikaner in jenem Becken seien zu groß, als daß sie sich von den englischen finanziellen Machthabern maßregeln lassen könnten. Darin stimmen die Ansichten des Grafen Cassini mit denen meines hiesigen amerikanischen Kollegen*** vollkommen überein, der, im Gegensatz zu der bestrittenen englischen Monopolisierung des Jangtse, die russische Herrschaft in der Mandschurei schon vermöge deren fak-

---

* Russischer Botschafter in Washington, bis 1898 Gesandter in Peking.
** Vgl. Bd. XV, Kap. CIII, Nr. 4498, Fußnote **.
*** C. Tower.

tischen Besitzergreifung durch Eisenbahnanlagen und befestigten Niederlassungen als vollkommen berechtigt ansieht.

Radolin

Nr. 4708

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Paris von Schlözer

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 89 Berlin, den 5. August 1900

Seine Majestät haben die in meinem Telegramm 87* erwähnte Instruktion dahin ergänzt, daß Admiral Bendemann auch die Notwendigkeit, die Fremdenniederlassungen in Schanghai gemeinschaftlich zu schützen, zur Sprache bringen und zu diesem Behufe tunlichst bald zwei deutsche Schiffe nach Schanghai entsenden soll. Bitte, dies Herrn Delcassé mitzuteilen.

Eine Meldung über das Ergebnis der Beratungen liegt hier bisher nicht vor. Nur ist hier vertraulich bekannt geworden, daß die englische Admiralität ein technisches Gutachten abgegeben haben soll dahingehend, daß die englische Überwachung für alle Zwecke ausreichend sei.

Bülow

Nr. 4709

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 Wilhelmshöhe, den 10. August 1900
Geheim

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 115**.

Graf von Schlieffen, unter dem Eindruck, daß England die Verbindung zwischen Deutschland und China unterbrechen kann, hält eine

---

* Durch Telegramm Nr. 87 vom 1. August war der Geschäftsträger von Schlözer davon benachrichtigt worden, daß Admiral Bendemann angewiesen sei, den Standpunkt einer gemeinsamen Überwachung des Jangtse zu vertreten.

** Nach Telegramm Nr. 115 vom 10. August hatte der Chef des Generalstabes Graf Schlieffen, der gerade in Wilhelmshöhe weilte, Bedenken geäußert, ob eine so bedeutende Machtentfaltung am Jangtse, wie es die Entsendung der vier nach China beorderten Linienschiffe sein würde, vom politischen Stand-

deutsche Machtentfaltung größeren Stils im Jangtse (vom Grafen von Waldersee beabsichtigte Landung eines Bataillons, Entsendung von vier Linienschiffen) nur für den Fall für unbedenklich, daß England hierin keine unfreundliche Handlung erblicken würde. Graf von Schlieffen reist heute abend nach Berlin. Er wird, je nach der Antwort, die ich von Euerer Exzellenz erhoffe, noch vorher seine Stimme für oder gegen geltend machen.

Unabhängig vom Grafen von Schlieffen sagten mir Seine Majestät gesprächsweise, im Prinzip müsse er daran festhalten, daß wir den Schutz unserer Interessen im Jangtse selbständig wahrnehmen, er wünsche aber dort Reibung mit England zu vermeiden und Jangtsefrage eventuell dilatorisch zu behandeln[1]. Herr Bendemann meldet soeben aus Taku einstimmigen Beschluß der Befehlshaber, daß chinesische Flotte verhindert werden solle, den Jangtse zu verlassen. Er selbst begebe sich auf „Fürst von Bismarck" nach Wusung, um dort Ankunft der vier Linienschiffe zu erwarten.

Metternich

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Sehr richtig

Nr. 4710

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Generalkonsul in Schanghai Knappe

Telegramm. Konzept

Nr. 28 — Berlin, den 15. August 1900

Unser allgemeines Ziel in der Jangtsefrage ist Erhaltung freien Verkehrs. Demgemäß liegt es in unserm Interesse, möglichst viele Mächte an den diesem Zwecke dienenden Aufgaben beteiligt zu sehen, also ist Ausschiffung französischer Truppen zum Schutze Schanghais der Richtung unserer Politik entsprechend.

Dies zur Regelung Ihrer Sprache.

v. Derenthall

---

punkte im Hinblick auf England erwünscht sei. Das Auswärtige Amt teilte, wie ein Telegramm des Stellvertretenden Staatssekretärs von Derenthall an Graf Metternich vom 10. August ergibt, die von Graf Schlieffen erhobenen Bedenken; doch wollte nach einem weiteren Telegramm Graf Metternichs vom 16. August der Kaiser die Bedenken nicht gelten lassen und ordnete an, daß das Geschwader wenigstens zunächst Wusung anlaufen sollte, um dort weitere Befehle entgegenzunehmen.

Nr. 4711

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney**

Telegramm. Konzept

Nr. 241 Berlin, den 20. August 1900

Den Jangtse betreffend.

Die erste Anregung der Jangtseangelegenheit erfolgte durch eine russische Anfrage am 26/13. v. Mts. Ungefähr gleichzeitig erkundigte sich auch der französische Botschafter, ob wir das Vorgehen Englands am Jangtse nicht bedenklich fänden. Wirklich in Zug gebracht worden ist die Sache aber erst durch Deutschlands Vorschlag, die Überwachung der chinesischen Flotte an der Jangtsemündung und den Schutz der Fremdenniederlassungen in Schanghai als gemeinsame Angelegenheit der Mächte zu behandeln**.

Es ist mit Befriedigung zu begrüßen, daß der englischen Presse die leitende Rolle, welche Deutschland bei dieser Sache gespielt hat, entgangen ist. Die Haupterbitterung der Engländer richtet sich gegen Frankreich. Wir haben auch keinen Anlaß, jetzt noch weiter hervorzutreten, nachdem die Sache in die richtige Bahn gelenkt ist. Alle Mächte haben gegenwärtig Schiffe in Schanghai, auch zwei japanische und ein russisches befinden sich jetzt dort. Gelandet sind außer 2000 Engländern nur 50 Franzosen. Indessen dürfte es bei Wahrung des Prinzips auf die Stärke des Detachements nicht ankommen. Deutschland besitzt nicht, wie Frankreich, in Schanghai eine Konzession, und hierin dürfte der Grund liegen, daß der deutsche Befehlshaber nicht von der Ermächtigung Seiner Majestät, ein Detachement zu landen, Gebrauch gemacht hat.

Bei der Besprechung mit dem englischen Thronfolger und Botschafter dürften die Tatsachen etwa so zu gruppieren sein:

Die Jangtesefrage ist bekanntlich durch Rußland und Frankreich angeregt (am 26. v. Mts.). Deutschland hat sich bereit erklärt, zur Wahrung des Grundsatzes der offenen Tür mitzuwirken. Falls irgendeine Macht auf das Jangtsebecken einen anderen Grundsatz als den der offenen Tür anwenden wollte, würde sie Deutschland gegen sich haben. Wir glauben hier also mit England übereinzustimmen. Wenn die englische Regierung, wie englische Zeitungen verlangt haben, den

---

* Die Mitteilungen an Bülow über den Stand der Jangtsefrage erfolgten im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des Prinzen von Wales und des englischen Botschafters in Berlin Sir Frank Lascelles bei Kaiser Wilhelm II. in Wilhelmshöhe. Vgl. das folgende Schriftstück.

** Vgl. Nr. 4702.

Jangtse monopolisierte, so würde es ihn auch allein zu verteidigen haben, während jetzt Deutschland bereit ist, für den englischen Grundsatz des freien Verkehrs auf dem Jangtse mit einzutreten. Der Moment wird kommen — und bei dem heutigen schleunigen Gange der Dinge vielleicht eher, als man heute glaubt —, wo England froh sein wird, in der Verteidigung der „offenen Tür" am Jangtse nicht isoliert zu sein. Sowohl die englischen Staatsmänner wie auch namentlich die englischen Kaufleute können schon jetzt aus mancherlei großen und kleinen Anzeichen entnehmen, daß Amerika danach strebt, den Handel mit China zu monopolisieren und überhaupt den Stillen Ozean als amerikanisches Binnenmeer zu behandeln. Das ist der Grund, weshalb die Amerikaner trotz aller Opfer und Kosten abgeneigt sind, die Philippinen, diesen gewaltigen Stützpunkt zur Beherrschung Ostasiens und des Stillen Ozeans, wieder aus der Hand zu geben. Für Amerika kennzeichnet das Programm der offenen Tür nur ein Übergangsstadium. Denn die Instinkte Amerikas sind schutzzöllnerisch, fast prohibitiv, wie die der verflossenen spanischen Kolonialpolitik.

Es wäre begreiflich, wenn England, um das Jangtsebecken gegen Schutzzoll und Sperre zu sichern, selber die Hand drauflegen wollte. Aber derselbe Zweck wird sicherer und billiger erreicht, wenn diejenigen Mächte, welche gleich England ein Interesse an der dauernden Freihaltung des Jangtseverkehrs haben, sich dessen bewußt werden und dementsprechend zusammengehen.

v. Derenthall

Nr. 4712

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 Wilhelmshöhe, den 22. August 1900

Für Grafen von Bülow

Ich habe heute mit dem Prinzen von Wales und dem Botschafter Lascelles die chinesischen Angelegenheiten besprochen und dabei betont, daß wir im Jangtse nur die Gleichberechtigung des Handels aller erstrebten. Die Offenhaltung des Jangtse unter gleichen Bedingungen für alle sei sowohl für England wie für uns ein Gebot der politischen Notwendigkeit. Hieraus entspringe für uns beide und für alle diejenigen, welche den gleichen Grundsatz der open-door-Politik verfolgten, die Pflicht, darüber zu wachen, daß sich nicht eine einzelne Macht zum Schaden der anderen im Jangtsegebiet festsetze. Amerika habe durch seine kostspielige und unfruchtbare Eroberungspolitik auf den Philippinen und auch jetzt durch seine Anteilnahme an den chine-

sischen Wirren gezeigt, wohin es steuere. Die Monroe-Doktrin auf den Jangtse angewendet bedeute aber Schutzzölle und Abschließung. Beides sei zu vermeiden.

Der Prinz von Wales und Sir Frank Lascelles erkannten diese leitenden Gesichtspunkte als richtig an, und es stellte sich zwischen ihnen und mir eine vollkommene Übereinstimmung mit Bezug auf die Behandlung der Jangtsefrage heraus.

Ich habe Sir Frank — da er ein précis der Konversation nach London telegraphieren wollte — gesagt, ich erwartete von Lord Salisbury eine offene, klare, bündige Erklärung des absoluten Festhaltens an der open door policy à tout prix. Geschähe das, werde er „my government" gern bereit finden, am Jangtse zu helfen. pp.*.

Wilhelm I. R.

Nr. 4713

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 533 London, den 27. August 1900

Da ich von hier nicht imstande bin, Lord Salisbury ** direkt zu einer Antwort zu veranlassen, habe ich heute Baron Rothschild aufgefordert, jede sich ihm darbietende Gelegenheit zu benutzen, um die vorliegenden Fragen mit Chamberlain und anderen Ministern in unserem Sinne zu besprechen. Es ist wohl anzunehmen, daß der Premierminister, namentlich in der Jangtsefrage, keine definitive Entscheidung treffen wird, ohne sich mit den hervorragendsten seiner Kollegen in Verbindung zu setzen, und in diesem Falle wird die vorherige Einwirkung durch Rothschild auf letztere sich, wie schon in der Oberkommandofrage ***, als nützlich herausstellen.

Um keine Zeit zu verlieren, dürfte es sich empfehlen, daß Sir Frank Lascelles, welchem von Seiner Majestät die Aufgabe übertragen worden ist, eine deutliche Erklärung Lord Salisburys zu beschaffen, die Mühe nicht scheut, denselben in der Schlucht aufzusuchen. Ohne eine solche persönliche Einwirkung ist Beschleunigung durch Lord Salisbury kaum zu erwarten.

Hatzfeldt

---

* Die zweite Hälfte des kaiserlichen Telegramms, die sich um die Frage der künftigen Friedensverhandlungen mit China dreht, ist abgedruckt in Kap. CIV, Nr. 4617. Ebendort Nr. 4619 die zustimmende Antwort Graf Bülows.

** Lord Salisbury weilte damals auf Urlaub in den Vogesen (Schlucht).

*** Vgl. Kap. CIV.

Nr. 4714

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 310 Berlin, den 1. September 1900

Der englische Botschafter, welcher übernommen hatte, an Lord Salisbury über die Äußerungen Seiner Majestät in der Jangtsefrage zu berichten *, läßt folgende Antwort hierher gelangen:

„The Marquis of Salisbury fears that he has not understood rightly the expressions which The Emperor used in his recent conversation with Sir Frank Lascelles.

If Count Bülow will be kind enough to telegraph to Sir Frank Lascelles, or, should he prefer it, to Lord Salisbury the proposals regarding Chinese Affairs which His Majesty desires to make, His Lordship will give them of course his most respectful consideration. Lord Salisbury is however not aware that The Emperor had proposed any course of conduct to Her Majesty's Government which differs from that now being pursued, and which for some time has been pursued by them."

Der wenig entgegenkommende Lakonismus Lord Salisburys kann sich durch persönliche Stimmungen erklären oder auch durch die sachliche Abneigung gegen ein Abkommen, welches die Ansprüche am Jangtse definieren, d. h. begrenzen würde.

Ich möchte glauben, daß es nunmehr angezeigt ist, die allgemein gehaltene Äußerung des englischen Premiers, welche lediglich darauf hinweist, daß der von Seiner Majestät als wünschenswert bezeichnete Zustand zurzeit tatsächlich bestehe, zum Ausgangspunkt für eine Anregung etwa folgenden Inhalts zu nehmen:

„Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers halte dafür, daß die Unruhe und Unsicherheit, welche gegenwärtig in den Beziehungen Chinas zu den Mächten und teilweise auch als Folge hiervon in den Beziehungen der Mächte zueinander fühlbar werde, es wünschenswert erscheinen lasse, wenn die beim Handel mit China hauptsächlich beteiligten Mächte sich über den Grundsatz verständigten, daß der freie Verkehr auf dem Jangtse einem gemeinsamen dauernden Interesse aller entspreche und daher auch gemeinsam und dauernd zu schützen sei."

Diese Anregung würden wir gleichzeitig in London, Paris, Washington und Tokio machen, nicht in Petersburg, wo man eine charakteristische Gleichgültigkeit gegen den Jangtse zur Schau trägt. England gegenüber würde man davon ausgehen können, daß es sich ledig-

---

* Vgl. Nr. 4712.

lich darum handele, den Zustand, auf dessen gegenwärtiges Bestehen Lord Salisbury mit Befriedigung hinweise, für die Dauer zu fixieren.

Zunächst jedoch möchte ich, ehe ich weiter vorgehe, Ew. Ansicht über den vorstehend entwickelten Gedanken sowie über die Modalitäten der Ausführung erbitten, insbesondere darüber, ob unsere Anregung nach England hin durch Ew. in London erfolgen oder an Sir Frank Lascelles gerichtet werden soll. Bülow

Nr. 4715

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 1. September 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich anbei ein von der hiesigen englischen Botschaft mir soeben übersandtes Telegramm Sir Frank Lascelles aus Homburg * alleruntertänigst zu unterbreiten. Dasselbe bezieht sich auf die neuliche Unterredung Euerer Majestät mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen von Wales und Sir Frank Lascelles **.

Der Lakonismus Lord Salisburys kann sich durch Gesundheitszustand und Stimmung erklären oder auch durch die sachliche Abneigung gegen das Abkommen, welches die Ansprüche am Jangtse definieren, d. h. begrenzen würde. Nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten würde es jedenfalls nunmehr angezeigt sein, die zu allgemein gehaltene Äußerung des englischen Premiers, welcher lediglich darauf hinweist, daß der von Euerer Majestät als wünschenswert bezeichnete Zustand zurzeit tatsächlich bestehe, zum Ausgang für eine Anregung etwa folgenden Inhalts zu nehmen: „Die Regierung Euerer Majestät halte dafür, daß die Unruhe und Unsicherheit, welche gegenwärtig in den Beziehungen Chinas zu den Mächten und teilweise auch, als Folge hiervon, in den Beziehungen der Mächte zueinander fühlbar werde, es wünschenswert erscheinen lasse, wenn die beim Handel mit China hauptsächlich beteiligten Mächte sich über den Grundsatz verständigten, daß der freie Verkehr auf dem Jangtse einem gemeinsamen dauernden Interesse aller entspreche und daher auch gemeinsam und dauernd zu schützen sei [1].“

Diese Anregung würde gleichzeitig in London, Paris, Washington und Tokio gemacht werden, zunächst nicht in Petersburg, wo man eine charakteristische Gleichgültigkeit gegen den Jangtse zur Schau trägt und deshalb vielleicht eine Antwort geben würde, welche geeignet wäre, ungünstig auf die übrigen Interessenten zu wirken.

---

* Vgl. Nr. 4714.

** Vgl. Nr. 4712.

England gegenüber würden wir davon ausgehen können, daß es sich lediglich darum handele, den Zustand, auf dessen gegenwärtiges Bestehen Lord Salisbury mit Befriedigung hinweise, für die Dauer zu fixieren[1].

Euere Majestät wollen huldvollst geruhen, mich wissen zu lassen, ob diese Art des Vorgehens Allerhöchstdero Intentionen entspricht.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden! 2/IX 1900 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ja

Nr. 4716

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 1. September 1900

Privat für Baron von Holstein

Es wird mir versichert, Lord Salisbury habe Sir Frank Lascelles telegraphisch beauftragt, den Herrn Staatssekretär um Aufklärung zu bitten, wie er sich eine deutsch-englische Verständigung wegen des Jangtse denke, und welche detaillierten Vorschläge er zu machen habe. Wenn dies der Fall ist, dürfte es jetzt vor allem darauf ankommen, diesen Punkt hier weiter zu verfolgen, da die Haltung Englands in der Okkupationsfrage und die etwaigen Verhandlungen mit China wesentlich davon abhängen werden, ob man hier an eine Verständigung mit uns wegen Jangtse ernstlich glaubt. Das Mißtrauen gegen Rußland ist hier gerade jetzt sehr groß und weit verbreitet, aber wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß das Vertrauen zu uns auch noch recht schwach ist und der Kräftigung bedarf, wenn es zu einer übereinstimmenden Haltung in China kommen soll. Es scheint mir aber, soweit ich unterrichtet bin, jetzt, da England nicht mehr auf einseitige und ausschließlich militärische Besetzung im Jangtse besteht, durchaus möglich, in dieser Frage den Engländern befriedigende Zusicherungen zu geben. Als solche betrachte ich: 1. Man sichert zu, daß keiner von beiden aus der gegenwärtigen Verwickelung in China territoriale Vorteile ziehen wird; 2. Daß beide übereinstimmend die Politik der open door im Jangtse vertreten werden *. Beide Punkte haben keine Spitze gegen Rußland, über die es

---

* Als dritten Punkt fügte Hatzfeldt in einem Telegramm vom 2. September (Nr. 552) noch hinzu: Verständigung über eine weitere Behandlung der Dinge in Peking, d. h. Belassung der englischen Truppen unter unserem Oberbefehl, bis die Einsetzung einer geordneten Regierung und der Abschluß eines befriedigenden Abkommens mit derselben gesichert erscheint.

sich, wie die Dinge liegen, beklagen könnte. Aber Lord Salisbury gegenüber ist allerdings Vorsicht geboten, da man nicht wissen kann, ob er, wenn nichts zustande kommt, unsere Vorschläge nicht mißbrauchen wird, um uns mit Rußland zu entzweien. Es dürfte sich daher meines bescheidenen Erachtens empfehlen, nur mündlich und durch Sir Frank Lascelles zu verhandeln, der persönlich durchaus ehrlich und loyal ist, gleichzeitig aber Lord Salisbury sagen zu lassen, daß eine offene Aussprache nur dann nützen könne, wenn sie gegenseitig sei. Sir Frank Lascelles müßte daher von vornherein ermächtigt werden, sich über alle auf Jangtse bezüglichen Punkte ebenfalls mit voller Offenheit auszusprechen.

Hatzfeldt

Nr. 4717

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 4. September 1900

Nachdem Euere Kaiserliche und Königliche Majestät zu befehlen geruht hatten, daß von dem auf der „Batavia“ eingeschifften Teil des ostasiatischen Expeditionskorps zwei Kompagnien in Schanghai gelandet werden sollten *, war Euerer Majestät Botschafter in London von Graf Bülow beauftragt worden, hiervon der englischen Regierung mündlich Mitteilung zu machen und dabei, um von vornherein Mißdeutungen vorzubeugen, hervorzuheben, daß die Maßnahme keinerlei antienglische Tendenzen habe, sondern lediglich bezwecke, die englischen Bemühungen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu unterstützen.

Wie Graf Hatzfeldt telegraphiert, hat ihm der englische Unterstaatssekretär auf seine bezügliche Mitteilung nachstehende schriftliche Antwort übergeben:

„Lord Salisbury desires to express his thanks for the courteous communication which the German Emperor directed the German Embassy to make regarding the intended landing of about 500 German troops at Shanghai. Lord Salisbury does not consider that the landing of the German forces mentioned will be in any way unfavorable to the policy of Her Majesty's Government.“

Graf Hatzfeldt bemerkt hierzu, er habe aus der Haltung des Unterstaatssekretärs den Eindruck gewonnen, daß in den letzten

---

* Der deutschen Landung war die eines englischen Bataillons, das später auf eine Brigade verstärkt wurde, und eines französischen Detachements vorausgegangen.

Tagen in London die Geneigtheit zur Unterhaltung guter Beziehungen mit Deutschland zugenommen habe[1].

Frhr. v. Richthofen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dann steht es in London und am Yang-tse ernster!

Nr. 4718

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 295 Berlin, den 5. September 1900

Seine Majestät hat sich durch Randvermerke zu Euerer Exzellenz Immediatbericht über die lakonische Antwort Salisburys* mit dem Vorschlag einverstanden erklärt, daß wir in London, Paris, Washington und Tokio eine Verständigung über den Grundsatz anregen, daß der freie Verkehr auf dem Jangtse einem gemeinsamen, dauernden Interesse aller entspreche und daher auch gemeinsam und dauernd zu schützen sei.

Was zunächst die Form der sonach mit der englischen Regierung ins Auge zu fassenden Erörterung anlangt, so wird der Vorschlag Graf Hatzfeldts (mündliche Erörterung zwischen Euerer Exzellenz und Sir Frank Lascelles) durch Abwesenheit Euerer Exzellenz sowohl als Sir Franks von Berlin wohl hinfällig. Eine Reise des letzteren nach Norderney würde auffallen. Es bliebe somit nur übrig, Graf Hatzfeldt mit der Verhandlung zu betrauen. Dies hätte jedenfalls den Vorteil, daß unsere Vorschläge durch den Kanal des uns anscheinend nicht ungünstig gesinnten Mr. Bertie** an Lord Salisbury gelangen würden, und daß dabei vielleicht auch andre für uns vorteilhafte Elemente (Chamberlain, Balfour) zur Mitwirkung herangezogen werden könnten.

Was die Sache selbst anbelangt, so zeigen Mr. Berties Eröffnungen an Graf Hatzfeldt***, wo die Schwierigkeit liegen wird. Wir

* Siehe Nr. 4714.
** Hilfssekretär im Foreign Office.
*** Vgl. Kap. CIV, Nr. 4631. Die Eröffnungen Hilfssekretär Berties betrafen die in russischen Händen befindlichen Bahnstrecken Taku—Tientsin und die Strecke Tientsin—Peking, nach der die Russen jetzt ebenfalls die Hände ausstreckten, obwohl beide Bahnen mit englischem Gelde gebaut waren. Bertie richtete daher den Wunsch an Graf Hatzfeldt, daß Deutschland mit England zusammen für die Restitution dieser Bahnen eintrete, mindestens aber dafür Sorge trage, daß die Russen sich nicht auch der Linie Tientsin—Peking bemächtigten. Über die Entstehung der russisch-englischen Eisenbahndifferenzen vgl. Nr. 4735, sowie Graf Waldersee, Denkwürdigkeiten, ed. H. O. Meisner III, 19, 23 f, 26.

haben bereits Herrn von Mumm instruiert, daß wir an den Eisenbahnen in der Provinz Tschili kein Interesse haben und uns deshalb aus den bezüglichen Differenzen zwischen Russen und Engländern heraushalten wollen. Hieran werden wir meines Erachtens festhalten müssen. Andrerseits involviert der von Rußland angenommene deutsche Oberbefehl die Befugnis des Oberbefehlshabers, auch über die fraglichen Bahnstrecken und deren militärische Besetzung für die Dauer militärischer Operationen zu disponieren. Mit der hierdurch sich ergebenden Zeitbegrenzung wird es vielleicht gelingen, sich auf eine den englischen Wünschen entgegenkommende Formulierung zu einigen, die uns auch Rußland gegenüber nicht bloßstellt.

Darf ich Graf Hatzfeldt anweisen, sofern er nicht noch neue Bedenken hat, hiernach in London die Verhandlungen einzuleiten?

Graf Hatzfeldt würde dabei wohl gut tun, seinerseits zunächst nur die Punkte 1 und 2 des von ihm aufgestellten Programms* zu berühren und es den Engländern zu überlassen, auf Punkt 3 zu kommen.

Erhebt Graf Hatzfeldt gegen das vorgeschlagene Vorgehen keine Einwände, so würde dann gleichzeitig dem Programm gemäß auch in Paris, Washington und Tokio im obigen Sinne die Jangtsefrage anzuregen sein**.

Richthofen

Nr. 4719

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept

Nr. 318 Berlin, den 12. September 1900

Graf Hatzfeldt, den ich nach Maßgabe Eurer Exzellenz Telegramm Nr. 67*** mit Weisungen wegen Besprechung der Jangtsefrage mit dem englischen Kabinett versehen hatte, telegraphiert darauf unter dem 10. d. Mts.:

---

* Vgl. Nr. 4716 nebst Fußnote.

** Am 6. September erklärte Bülow telegraphisch (Nr. 67) sein volles Einverständnis mit den Richthofenschen Vorschlägen sowohl bezüglich der Verhandlungen über die Jangtsefrage als bezüglich der Behandlung der „sehr heiklen Eisenbahnfrage“. Graf Hatzfeldt wurde darauf mittels Telegramm Nr. 374 im Sinne des obigen Richthofenschen Telegramms instruiert.

*** Vgl. die voraufgehende Fußnote.

„Ich habe heute dem Unterstaatssekretär Mr. Bertie entsprechende Mitteilung unter Fortlassung von Punkt 3* gemacht und ihn gleichzeitig ersucht, Lord Salisbury, welcher künftigen Freitag hier wieder erwartet wird, zu sagen, daß ich für Bestimmung einer Zusammenkunft zur Besprechung der Frage dankbar sein würde.

Gegen meinen Vorschlag erhob Mr. Bertie nur das eine Bedenken, daß Lord Salisbury sich bereits Amerika gegenüber zur Vertretung der open-door-Politik im Jangtse bestimmt verpflichtet habe, daß also kein Grund zu einer nochmaligen gleichlautenden Erklärung vorliege. Als ich diese Auffassung bekämpfte, bestand er nicht weiter darauf, aber ich weiß aus anderer zuverlässiger Quelle, daß Mr. Bertie nach seiner Kenntnis der Dispositionen Lord Salisburys annimmt, daß der letztere sich uns gegenüber auf den erwähnten Umstand berufen werde, um einer nochmaligen Erklärung auszuweichen. Ebenso bestimmt weiß ich, daß die Eisenbahnfrage hier noch immer im Vordergrund steht, und daß er für sehr wahrscheinlich hält, daß Lord Salisbury von einer hierauf bezüglichen Forderung an uns nicht abgehen wird.

Wenn ich die hiesige Stimmung in der Jangtsefrage richtig beurteile, kann ich mich der Besorgnis nicht verschließen, daß die Hineinziehung von Frankreich, Amerika und Japan in diese Frage durch uns hier neues Mißtrauen und noch größere Unzufriedenheit erregen wird. Ich habe daher heute noch nicht erwähnt, daß wir g l e i c h - z e i t i g mit den drei anderen Kabinetten verhandeln wollen, und stelle anheim, ob dies dennoch geschehen muß. Für einen wesentlichen Vorteil würde ich es halten, wenn ich statt dessen telegraphisch ermächtigt werden könnte, Lord Salisbury zu sagen, daß wir uns vorbehielten, ihm, n a c h d e m eine Einigung über die Behandlung der Jangtsefrage i n v e r t r a u l i c h e r V e r h a n d l u n g z w i s c h e n D e u t s c h l a n d u n d E n g l a n d erreicht sei, die Mitteilung des Abkommens an die anderen beteiligten Kabinette mit der Aufforderung z u m B e i t r i t t vorzuschlagen."

Meines Erachtens dürfte es unbedenklich sein, dem Grafen Hatzfeldt die erbetene Ermächtigung zu erteilen. Wir haben es noch immer in der Hand, wenn Lord Salisbury wegen des Jangtse materielle Schwierigkeiten erheben sollte, mit den anderen interessierten Staaten anzuknüpfen.

Allerdings können wir uns mit der ausweichenden Antwort Mr. Berties nicht zufrieden geben. Die seinerzeit von Lord Salisbury der amerikanischen Regierung betreffs der offenen Tür abgegebenen Erklärungen sind zu allgemein gehalten und schließen nach ihrer ganzen Fassung die Erwerbung von territorialen oder sonstigen Sondervorteilen im Jangtsetale seitens Englands keineswegs aus. Es wird darin vielmehr gemäß dem zugrunde liegenden amerikanischen An-

* Vgl. Nr. 4716, Fußnote.

trage lediglich eine gleiche Behandlung aller Nationen innerhalb der von England erworbenen oder noch zu erwerbenden Teile chinesischen Gebiets zugesagt.

Es dürfte Graf Hatzfeldt nicht schwerfallen, durch Hinweis auf diesen wirklichen Hergang Mr. Berties Argumentation zu entkräften und ihn dadurch zum Farbebekennen zu zwingen. Erst wenn wir dabei sehen, daß wir nicht weiter kommen, dürfte es an der Zeit sein, durch entsprechende Eröffnungen in Washington, Paris und Tokio uns womöglich Sukkurs zu holen.

Richthofen

Nr. 4720

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 590 London, den 14. September 1900

Als ich in der eben stattgehabten Unterredung mit Lord Salisbury die bereits Mr. Bertie mitgeteilten zwei Punkte entwickelte, erwiderte mir der Premierminister zunächst, daß die Tragweite der ihm durch Sir Frank Lascelles übermittelten Vorschläge ihm bisher nicht klar gewesen sei, weil der auch hier so viel gebrauchte Ausdruck der „open door policy“ ein sehr vager sei und sehr verschiedenartige Auslegungen zulasse. Gerade wegen dieser Unklarheit habe er für seine Erklärung an die Amerikaner eine präzisere Form gewählt, die keine Mißdeutung zulasse, und glaube, daß wir beide gut tun würden, bei Redaktion des fraglichen Punktes eine solche oder doch eine ähnliche Form zu wählen. Ich entgegnete Lord Salisbury, nach unserer Auffassung sei seine Erklärung an die Amerikaner zu allgemein gehalten und entspreche nicht dem Zwecke, den alle Beteiligten verfolgen müßten, die Freiheit des Verkehrs (liberté de trafic) auf dem Jangtse festzulegen. Der Minister bemerkte hierzu, daß dieser Zweck mit der von England bezüglich Chinas stets befolgten Politik in keinem Widerspruch stehe, und er hoffe daher, daß wir zu einer Einigung darüber gelangen würden, falls sich dafür eine für beide Teile annehmbare Redaktion finden lasse.

In bezug auf den zweiten Punkt (Verpflichtung beider Teile, aus den jetzigen Verwickelungen in China keine territorialen Vorteile herzuleiten) bemerkte ich zunächst vertraulich, daß ich diesen Punkt meiner Regierung vorgeschlagen hätte, um bei dieser Gelegenheit den immer wieder auftretenden Verdächtigungen unserer wie der englischen Uneigennützigkeit in China entgegenzutreten. Lord Salisbury erwiderte mir hierauf, daß er gegen diesen Punkt an sich nichts einzuwenden habe, vorbehaltlich der Einigung über eine entsprechende

Redaktion desselben. Er fügte allerdings hinzu, daß eine solche Uneigennützigkeitserklärung uns durch das Verhalten Rußlands nicht erleichtert werde, welches, wie er höre, erklärt habe, nur dann nichts nehmen zu wollen, wenn es nicht durch andere Mächte dazu genötigt werde. Es schien mir angezeigt, auf diese Einwendung nicht näher einzugehen.

Da Lord Salisbury nach dem Vorstehenden gegen die zwei Punkte wenigstens keine prinzipiellen Bedenken erhob, schien es mir unbedenklich, ihm nunmehr zu sagen, daß eine Verständigung über den Jangtse, wenn sie wirksam sein solle, auf alle Interessenten ausgedehnt werden müßte, und daß ich ihm daher eventuell vorschlagen würde, dieselben zum Beitritt aufzufordern. Auch hiergegen erhob Lord Salisbury kein prinzipielles Bedenken und bemerkte nur, daß es sich dabei um Frankreich, Japan und Rußland handeln würde. Ich beschränkte mich auf die Erwiderung, daß Rußland, soviel ich wisse, bisher keinerlei Interesse an der Gestaltung der Dinge am Jangtse gezeigt habe.

Schließlich schlug ich dem Premierminister, um die Sache zu beschleunigen, vor, ich wolle ihm, wenn er es wünsche, eine Redaktion der fraglichen Punkte vorlegen, für welche ich mich zunächst der Zustimmung meiner Regierung versichern würde. Selbstverständlich würde es ihm freistehen, Modifikationen und Veränderungen derselben in Vorschlag zu bringen. Hiermit erklärte sich Lord Salisbury einverstanden, und ich darf hiernach anheimstellen, ob Ew. Exzellenz mir telegraphisch eine entsprechende Redaktion zugehen lassen wollen, welche ich Lord Salisbury in französischer Übersetzung vorlegen würde.

Ich halte nicht für ausgeschlossen, daß Lord Salisbury nachträglich in bezug auf die Redaktion Schwierigkeiten erheben oder neue Bedingungen stellen wird, habe aber den Eindruck, daß er vorläufig auf der von uns bezeichneten Basis im allgemeinen zur Verständigung geneigt ist. Hatzfeldt

Nr. 4721

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 346 Berlin, den 22. September 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 590*.

Wir schlagen folgende Redaktion für die vertrauliche Vereinbarung vor:

* Siehe Nr. 4720.

„Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Königlich Großbritannische Regierung sind einverstanden miteinander, für die beiderseitige Politik hinsichtlich Chinas nachstehende Grundsätze zu beobachten:

1. Es entspricht einem gemeinsamen, dauernden internationalen Interesse, daß der Jangtse, dessen Nebenflüsse und dessen Stromgebiet dem Handel und jeder sonstigen erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen ohne Unterschied frei und offen stehen. Dieses gemeinsame dauernde Interesse ist auch gemeinsam und dauernd zu schützen.

2. Die Kaiserlich Deutsche und die Königlich Großbritannische Regierung wollen ihrerseits die gegenwärtige Verwickelung nicht benutzen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile auf chinesischem Gebiet zu erlangen.

3. Sollte eine andere Macht dergleichen territoriale Erwerbungen in irgendwelcher Form vornehmen und die Kaiserlich Deutsche oder die Königlich Großbritannische Regierung infolgedessen für notwendig erachten, auch ihrerseits zu territorialen Erwerbungen zu schreiten, so werden beide Regierungen sich zuvor darüber verständigen."

Hierzu würde dann noch, entweder besonders oder als Punkt 4 oder auch ohne neue Nummer am Schlusse zu vereinbaren sein, daß die übrigen in China interessierten Mächte, insbesondere Frankreich, Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan alsbald einzuladen seien, auch ihrerseits die vorstehend unter 1 und 2 aufgeführten Grundsätze anzunehmen.

Ich bitte, die obige Redaktion, die wir als vorläufige zur Diskussion stellen, auch Ihrerseits noch zu prüfen und, ehe Sie dieselbe Lord Salisbury vorlegen, eventuell mir Ihre Bedenken und Abänderungsvorschläge mitzuteilen. Zur endgültigen Festlegung der Vereinbarung würde noch seinerzeit die Genehmigung Seiner Majestät einzuholen sein. Hierzu würde aber, nachdem Seine Majestät sich bereits grundsätzlich zugunsten einer dergleichen Vereinbarung über den Jangtse ausgesprochen hat, erst zu schreiten sein, sobald zwischen den beiderseitigen Unterhändlern alles im reinen ist.

Graf Bülow hat bei Genehmigung des Entwurfs noch besonders betont, wie es einerseits von eminentester Bedeutung sei, die Freiheit des Jangtse für unsern Handel sicherzustellen, wie es aber andererseits sehr wichtig sei, hierbei tunlichst zu vermeiden, was als Spitze gegen Rußland gedeutet werden könnte.

Bei der Formulierung ist hier das Bestreben gewesen, möglichst jedes Detail zu vermeiden, das dort Anhalt zu Schwierigkeiten geben könnte.

Punkt 1 entspricht dem Wunsch Lord Salisburys nach einer präziseren Definierung des open-door-Stichworts. Eine genauere Bezeich-

nung des Jangtsegebietes, etwa unter Namhaftmachung der den Jangtse berührenden sechs Provinzen, dürfte besser unterbleiben.

Punkt 2 dürfte seinen Hauptwert für uns zurzeit auch nur in bezug auf das Jangtsegebiet haben. Die infolge Euerer Exzellenz Anregung aufgenommene allgemeinere Fassung wird aber wohl die Verhandlung erleichtern.

Punkt 3 enthält ein für gewisse Fälle wohl kaum zu entbehrendes Sicherheitsventil.

Es ist hier aufgefallen, daß Lord Salisbury unter den zum Anschluß einzuladenden Staaten Amerika nicht erwähnt. Die Zuziehung der Washingtoner Regierung wird aber handelspolitisch wichtiger sein als diejenige Rußlands.

Richthofen

Nr. 4722

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 608 London, den 25. September 1900

Telegramm Nr. 346* erhalten.

Ich habe die mir übersandte Redaktion sofort Lord Salisbury durch Privatbrief nach Hatfield mitgeteilt. Als ich ihn heute seiner Aufforderung entsprechend im Foreign Office aufsuchte, eröffnete er unsere Unterhaltung mit der Bemerkung, daß er sich meinen Vorschlag überlegt und zu dem Ergebnis gelangt sei, daß derselbe materiell nicht weit genug gehe. Zur Erläuterung dieser Auffassung legte mir Lord Salisbury eine englische Übersetzung unseres Vorschlags vor, welche im übrigen mit demselben übereinstimmt, aber in bezug auf Nummer 1 dahin abgeändert ist, daß es im Eingang dieses Artikels statt „der Jangtse, dessen Nebenflüsse und dessen Stromgebiet" heißen soll „the ports of the rivers and littoral of China".

Ich erwiderte dem Premierminister, daß ich mir den Zweck dieser allerdings sehr wesentlichen und weittragenden Veränderung unseres Vorschlags nicht recht erklären könne, wenn hier nicht die Absicht verfolgt werde, den Russen dadurch unbequem zu werden, indem man sie nötige, entweder in der Mandschurei die ihnen unerwünschte Handelsfreiheit einzuführen oder diese Provinz wieder aufzugeben. Abgesehen davon, daß das Deutsche Reich weder Wunsch noch Anlaß habe, in China einen Antagonismus gegen Rußland zu provozieren, könne ich aber auch nicht einsehen, welchen materiellen Vorteil England von dieser Stipulation haben würde. Der Handel in der Mandschurei sei

---

* Siehe Nr. 4721.

verhältnismäßig unbedeutend, und man könne doch nicht im Ernst hier glauben, daß Rußland sich ohne weiteres wieder hinausdrängen lassen würde. Ganz anders verhalte es sich mit dem Jangtse, welcher der reichste und für den europäischen Handel wichtigere Teil von China sei, während die von uns vorgeschlagene Bestimmung dort dem Interesse aller Mächte entspreche und kein Separatinteresse verletzt würde.

Lord Salisbury erwiderte mir, daß er mit seiner Redaktion durchaus nicht die Absicht verbinde, russische Interessen zu verletzen. Letztere lägen im Innern der Mandschurei, während seine Redaktion sich nur auf „the ports of the rivers and littoral of China" bezöge. In dieser Hinsicht könnten für die Russen in der Mandschurei, da die Häfen an der Küste als Vertragshäfen dem Handel bereits offenständen, nur einige Häfen am Amur vielleicht in Frage kommen, und er würde bereit sein, falls dies wünschenswert erschiene, für den Amur und seine Häfen eine Ausnahme von der von ihm vorgeschlagenen Regel in Betracht zu ziehen.

Obwohl Lord Salisbury auf die Besprechung der von mir vorgebrachten Einwendungen bereitwillig einging, habe ich nicht den Eindruck gehabt, daß er sich bestimmen lassen würde, die von ihm vorgeschlagene Anwendung der offenen Tür auf alle chinesischen Häfen überhaupt fallen zu lassen.

Hatzfeldt

Nr. 4723

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 613 London, den 27. September 1900

Die mir von Lord Salisbury vorgelegte Übersetzung unseres Entwurfs lautet mit seinem Abänderungsvorschlag:

„The Imperial German Government and Her Britannic Majesty's Government have agreed to observe the following principles in regard to their mutual policy in China:

1. It is a matter of joint and permanent international interest that the ports of the rivers and littoral of China should remain free and open to trade and to every other legitimate form of economic activity for the nationals of all countries without distinction.

This joint and permanent interest should be jointly and permanently protected.

2. The Imperial German Government and Her Britannic Majesty's Government will not, on their part, make use of the present complication to obtain for themselves any territorial advantages in Chinese dominions.

3. Should another power endeavour, under any form, to obtain territorial acquisitions of this nature and should the Imperial German Government or Her Britannic Majesty's Government consequently consider it necessary themselves to proceed to territorial acquisitions, then the two Governments will come to a previous understanding on the subject."

Als ich die Frage stellte, ob er noch andere Änderungen vorgenommen habe, erwiderte er, daß seine Übersetzung sich im übrigen an unseren Entwurf anschließe. Ich hatte hiernach den bestimmten Eindruck, daß der Premierminister keine weiteren Schwierigkeiten erheben wolle, wenn wir unsererseits sein weittragendes Amendement akzeptierten. Die Diskussion zwischen uns hat sich daher auf dieses Amendement beschränkt.

Hatzfeldt

Nr. 4724

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 614 London, den 28. September 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 613*.

Sir Th. Sanderson, welchen ich gestern gebeten hatte, den Premierminister, der auf dem Lande ist, behufs Vermeidung etwaiger Mißverständnisse über seine Stellungnahme zu dem übrigen Inhalt unseres Entwurfs zu befragen, teilt mir heute mittels Privatbriefs mit, daß Lord Salisbury die von ihm vorgeschlagene Fassung unter Nr. 1 als eine conditio sine qua non betrachte, jedoch auch in einigen anderen Punkten vielleicht Änderungsvorschläge machen möchte. So würde er es vorziehen, wenn dem letzten Paragraphen eine Fassung gegeben würde, die einer Gebietserwerbung seitens anderer Mächte bestimmter entgegenträte. Auch nehme er im ersten Paragraphen einigermaßen Anstoß an den Worten „gemeinsame, dauernde internationale Interessen", deren Bedeutung ihm nicht ganz klar sei.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 4723.

Nr. 4725

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Privat — Berlin, den 28. September 1900

Mit Bezug auf Telegramme Nr. 613 und 614*.

Nachdem Lord Salisbury gleich bei Beginn der Verhandlungen die Annahme seiner Fassung als conditio sine qua non erklärt, scheint es mir fraglich, ob wir dies nicht als glatte Ablehnung unserer Vorschläge zu betrachten und zu behandeln haben. Es würde dann überflüssig sein, durch neue Vorschläge unsererseits eine Vereinigung der beiderseitigen Standpunkte zu versuchen. Es bliebe vielmehr nur übrig, klarzustellen, daß die Ablehnung auf englischer Seite liegt, und ferner nunmehr eventuell den übrigen am Jangtse interessierten Mächten unsern Standpunkt zur Kenntnis zu bringen.

Bevor ich in diesem Sinne die Angelegenheit dem Herrn Staatssekretär unterbreite, würde ich für eine private Mitteilung von Eurer Exzellenz Ansicht dankbar sein.

Richthofen

Nr. 4726

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat — London, den 28. September 1900

Sie werden mit mir den Eindruck teilen, daß Lord Salisbury die Verhandlungen zwischen uns jetzt so zu wenden sucht, als ob er durch einen Vertrag, welcher die open door policy auf alle Häfen Chinas ausdehnt, uns den größten Gefallen täte.

Diesem Manöver gegenüber würde ich — falls wir überhaupt auf seinen Verbesserungsvorschlag eingehen können oder wollen — für unbedingt angezeigt halten, daß ich zu folgender Sprache bei ihm ermächtigt werde:

Wir würden uns freuen, zu einer Verständigung mit England über chinesische Fragen zu gelangen, und wären lediglich deshalb geneigt, ihm in bezug auf die von ihm verlangte, sehr wesentliche Ausdehnung unseres Vorschlags Entgegenkommen zu zeigen. Dies könnten wir aber nur, wenn gleichzeitig auch hinsichtlich der anderen chinesischen Fragen, also bezüglich unseres Auslieferungsantrags**, eine

---

* Siehe Nr. 4723 und 4724.

** Vgl. dazu Kap. CIV, Nr. 4643.

Einigung zwischen uns erzielt werde. Von diesem Standpunkt aus sei ich daher bereit, beide Fragen gleichzeitig mit ihm zu diskutieren.

Bitte, mich baldigst wissen zu lassen, ob ich in meiner nächsten Unterredung mit Lord Salisbury in diesem Sinne sprechen darf.

Wie schwer jede indirekte Einwirkung auf Salisbury momentan ist, wollen Sie daraus ersehen, daß Wallace in Schottland, Walter* auf dem Lande ist und nur vielleicht nächste Woche in die Stadt kommt. Übrigens hat Wallace mit dem politischen Teil der „Times" nichts mehr zu tun.

Ihnen darf ich nicht verschweigen, daß es mir die größte Anstrengung und Aufbietung meines ganzen Einflusses auf Salisbury gekostet hat, ihn zu dem Entschluß resp. Erklärung zu bewegen, daß er nochmals bei den englischen Vertretern in China anfragen und dann die Sache weiter mit mir besprechen wolle. Ob er mir über die Äußerungen jener Vertreter die Wahrheit sagen wird, ist zum mindesten zweifelhaft, und ich werde daher kaum in die Lage kommen, mir ein Urteil darüber zu bilden resp. nach Berlin zu melden, ob dieselben einen Anknüpfungspunkt zur Verständigung bieten. Es würde daher meines Erachtens entschieden besser sein, daß mir mitgeteilt wird, wie weit wir eventuell in bezug auf einen Kompromiß gehen würden, damit ich die sich etwa darbietende Gelegenheit zur Verständigung auf dieser Basis benutzen kann. Daß ich erfahrungsmäßig nicht mehr zugestehe als unbedingt notwendig ist, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Vorläufig sehe ich keinen anderen Anknüpfungspunkt als den in meiner letzten Unterredung mit ihm von Salisbury hingeworfenen Gedanken, daß wir von der chinesischen Regierung ein Kaiserliches Edikt bezüglich Bestrafung der von Li-Hung-Tschang bezeichneten sechs Schuldigen** verlangen sollten. Hieran anknüpfend könnte ich hier sagen, daß wir diese Forderung mit England zusammen stellen wollen, vorausgesetzt, daß England sich verpflichtet, falls die Forderung abgelehnt oder dilatorisch behandelt wird, unseren Vorschlag bezüglich Auslieferung anzunehmen.

Hatzfeldt

Nr. 4727

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Klein-Flottbek

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 31 Berlin, den 29. September 1900

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei die Antwort des Grafen

* Eigentümer der „Times".
** Vgl. Kap. CIV, Nr. 4651 nebst Fußnote *, S. 141.

Hatzfeldt auf mein gestriges Privattelegramm * gehorsamst vorzuzulegen **.

Nach den darin gegebenen Aufschlüssen scheint allerdings die Fortsetzung der Verhandlung mit Lord Salisbury nicht aussichtslos. Die Ausdehnung des Punktes 1 unseres Entwurfs auf alle Fluß- und Seehäfen Chinas liegt wirtschaftlich sicherlich auch in unserm Interesse. Rußland wird eine ihm feindliche Spitze in dieser Bestimmung nicht finden dürfen, nachdem es offiziell jede Absicht auf Erwerb chinesischen Territoriums in Abrede gestellt und nachdem speziell auch die Nachrichten über Annexion der Mandschurei von dem russischen Botschafter in Paris dem Fürsten Münster gegenüber für boshafte Erfindungen der englischen Presse erklärt worden sind. Wenn wir dann noch die Häfen des Amur, wie Lord Salisbury anbietet, und etwa noch ferner die bereits im russischen Besitz befindlichen Häfen Port Arthur und Talienwan von der Stipulation ausnehmen, so beweisen wir damit sogar eine besondere Rücksicht auf Rußland.

Andrerseits wird es allgemein politisch richtig sein, mit Lord Salisbury, der offenbar nur ungern an die Sache herangegangen ist, schnell zum Abschluß zu kommen, um dadurch eine russisch-englische Verständigung auf der Basis, einerseits Überlassung der Mandschurei an die Russen, andererseits Überlassung des Jangtse an England, definitiv abzuschneiden. Auch steht nach heutigen Pressemeldungen zu fürchten, daß uns die Amerikaner mit einem Antrag wegen Anerkennung der open door zuvorkommen.

Sonach möchte es sich empfehlen, daß wir auf Lord Salisburys Wunsch mit den vorstehenden Maßgaben eingehen. Allerdings müßte wohl der Fortfall des Schlußsatzes des Punkt 1 (This joint and permanent interest should be jointly and permanently protected) von uns gefordert werden, da wir einmal zu einem effektiven Schutz aller chinesischen Häfen nicht imstande sind und sodann uns für den Fall eines russischen Zuwiderhandelns gegen den Grundsatz des Punktes 1 nicht in eine Allianz gegen Rußland drängen lassen dürfen, wie solche England aus der Fassung des Schlußsatzes heraus interpretieren könnte.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4725.

** Nach Hatzfeldts Antwort (Telegramm vom 28. September) hielt Lord Salisbury an der Ausdehnung des Punktes 1 des deutschen Entwurfs (siehe Nr. 4721) unbedingt fest, war jedoch erbötig, aus Rücksicht auf Rußland die Häfen des Amurgebiets auszunehmen. Graf Hatzfeldt redete einer Verständigung auf dieser Basis das Wort.

Nr. 4728

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 623 London, den 2. Oktober 1900

Telegramme Nr. 359 und 360 erhalten*.

Ich habe mich in dem von Euerer Durchlaucht genehmigten Sinne ausgesprochen, daß wir, um die gleichmäßig im Interesse beider Teile liegende . . .** zu ermöglichen, auf die von Lord Salisbury vorgeschlagene Ausdehnung der Handelsfreiheit auf alle Häfen eingehen wollten, vorausgesetzt, daß die Amur-Häfen und Port Arthur davon ausgenommen würden, und daß gleichzeitig eine Verständigung über die Frage der Bestrafung der Schuldigen in China zwischen uns zustande komme.

Das Ergebnis der sich hieran knüpfenden Besprechung ist der nachfolgende von Lord Salisbury vorgeschlagene Entwurf:

"The Imperial German Government and Her Britannic Majesty's Government have agreed to observe the following principles in regard to the mutual policy in China:

1. It is a matter of joint and permanent international interest that the ports of the rivers and littoral of China should remain free and open to trade and to every other legitimate form of economic activity for the nationals of all countries without distinction, and the two Governments agree, on their part to uphold the same for all Chinese territory to the south of the thirty-eighth parallel of latitude.

2. The Imperial German Government and Her Britannic Majesty's Government will not, on their part, make use of the present complication to obtain for themselves any territorial advantage in Chinese dominions, and will oppose in such manner as may be agreed upon between the two powers, any attempt on the part of any other power to obtain territorial advantages in a similar manner.

3. Should an other power endeavour, under any form, to obtain territorial acquisitions of this nature and should the Imperial German Government or Her Britannic Majesty's Government consequently consider it necessary themselves to proceed to territorial acquisitions, then the two Governments will come to previous understanding on the subject."

Von unserem ursprünglichen Vorschlag unterscheidet sich dieser Entwurf in folgenden Punkten:

---

* Durch Telegramme 359 und 360 vom 1. Oktober war Graf Hatzfeldt ermächtigt worden, die von ihm in seinem Privattelegramm vom 28. September (siehe Nr. 4726) vorgeschlagene Sprache gegenüber Lord Salisbury zu führen.
** Zifferngruppe fehlt.

In Artikel I wird die Handelsfreiheit auf alle Häfen ausgedehnt. Der Schlußsatz unseres Artikels I fällt fort, und statt dessen wird hinzugefügt "and the two Governments agree on their part to uphold the same for all Chinese territory to the south of the thirty-eighth parallel of latitude". Der Zweck dieses Zusatzes ist die von uns gewünschte Ausnahme für die Amurhäfen und Port Arthur, ohne die Lord Salisbury unerwünschte namentliche Erwähnung dieser Territorien festzustellen.

Durch den von ihm am Schluß des Artikels II vorgeschlagenen Zusatz wünscht Lord Salisbury eine gemeinschaftliche Opposition der beiden Mächte gegen etwaige Annexionsversuche anderer Mächte vorzubereiten. Dieser Zusatz scheint mir nicht ganz unbedenklich, obwohl vorherige Verständigung über die fragliche Opposition ausdrücklich vorbehalten ist, und ich habe Lord Salisbury darauf vorbereitet, daß wir hierauf nicht ohne weiteres eingehen würden.

Auf meine diesbezügliche Frage am Schluß unserer Unterredung erwiderte mir der Minister, daß er, wie ich erwartet hatte, auf die Ausdehnung des Abkommens auf alle Häfen allerdings Wert legen müsse, daß er aber aus den übrigen Abänderungsvorschlägen durchaus keine conditio sine qua non mache und zur weiteren Erörterung resp. Modifikation derselben bereit sein würde.

Bitte um baldigste telegraphische Instruktion, wie wir die von Lord Salisbury vorgeschlagenen Änderungen akzeptieren können.

Hatzfeldt

Nr. 4729

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 362 Berlin, den 3. Oktober 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 623*.

Wir nehmen Nr. 1 des Entwurfs von Lord Salisbury und zwar einschließlich des von ihm am Schlusse vorgeschlagenen Zusatzes an.

Bezüglich der Nr. 2 bestehen, wie Eure Exzellenz mit Recht voraussahen, gegen die Formulierung des Schlusses, von den Worten "and will oppose" an, hier gewichtige Bedenken. Die Vereinbarung soll nach unserer Auffassung vor allen Dingen beruhigend wirken und den vielfach auftauchenden und die Wiederherstellung der Ordnung in China hemmenden Argwohn vor geheimen Nebenabsichten zerstreuen. Diese wohltätige Wirkung würde aber durch den in Rede stehenden Passus vereitelt werden, weil die öffentliche Meinung in demselben zweifellos eine Drohung gegen Dritte erblicken würde. Der Ausweg, den Passus geheimzuhalten, scheint nicht gangbar, weil in unserm und vermutlich auch im englischen Parla-

* Siehe Nr. 4728.

ment sofort die Frage erhoben werden würde, ob neben der Abmachung noch geheime Klauseln bestehen. Es wäre aber, eben im Interesse der allgemeinen Beruhigung erwünscht, eine solche Frage sofort und mit aller Bestimmtheit verneinend beantworten zu können. Wir ziehen daher statt der Worte "and will oppose usw." eine Formulierung etwa dahin vor: „und werden auch ihre Politik darauf richten, den Territorialbestand des Chinesischen Reichs unverkürzt zu erhalten".

Über Punkt 3 besteht Einverständnis. Bülow

Nr. 4730

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 629 London, den 5. Oktober 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 362*.

In einem eben von Lord Salisbury erhaltenen Privatbriefe heißt es:

"Count Bülow's alteration will certainly deprive the clause of much of its force: and will therefore diminish the protection we should obtain from it. Will you kindly ascertain from your government whether they would accept at the close of the agreement a clause to this effect:

'It is understood that nothing in this instrument shall be held to diminish or affect in any degree any rights enjoyed by either of the two governments in any part of China by virtue of treaties at present in force.'

This I think will be necessary to prevent misunderstanding."

Obwohl Lord Salisbury sich nicht darüber ausspricht, ist wohl anzunehmen, daß er, falls wir seinen heutigen Vorschlag annehmen, auf den von uns beanstandeten Zusatz zu Nr. II verzichtet und statt dessen die am Schluß des Telegramms Nr. 362** dafür von uns vorgeschlagene Redaktion annimmt. Hatzfeldt

Nr. 4731

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 365 Berlin, den 5. Oktober 1900

Da wir bei der Abmachung durchaus nicht die Absicht verfolgen, Englands bisherige Rechte irgendwie außer Kraft zu setzen, so er-

* Siehe Nr. 4729.

** Siehe Nr. 4729.

scheint der von Lord Salisbury verlangte Zusatz unbedenklich, vorausgesetzt natürlich, daß es sich um bekannte Abmachungen, d. h. um solche handelt, welche bei den beiderseitigen Parlamenten vorgelegen haben. Mit Ew. Exzellenz gehe ich von der Annahme aus, daß, wenn wir den vorstehenden Vorschlag von Lord Salisbury annehmen, dieser die von uns als Schluß von Nr. II vorgeschlagene Redaktion akzeptieren wird.

Bülow

Nr. 4732

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 634 London, den 8. Oktober 1900

Lord Salisburys Antwort auf meinen Privatbrief von vorgestern * lautet wörtlich wie folgt:

"I can hardly accept your modification in the form in which you put it — for its effect would be that if there were any secret treaty between China and England (which there is not), our agreement would invalidate it.

I confess that since you have altered it to make it agreeable to Russia I am not very much in love with this agreement. It is liable to so much misunderstanding. I must certainly call a cabinet to consider it as soon as my colleagues have all been elected.

I shall be very happy to see you on Tuesday at 5 if you wish to see me."

Ich werde den Premierminister morgen nachmittag sprechen.

Hatzfeldt

Nr. 4733

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 368 Berlin, den 9. Oktober 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 634 **.

Wir haben die von Lord Salisbury gewünschte Schlußklausel ohne jede Modifikation angenommen und nur, da wir wissen

* Durch seinen (nicht bei den Akten befindlichen) Privatbrief vom 6. Oktober hatte Graf Hatzfeldt Lord Salisbury im Sinne des Bülowschen Telegramms vom 5. Oktober (siehe Nr. 4731) verständigt.

** Siehe Nr. 4732.

mußten, zu was wir uns verpflichten, zuvorige Aufklärung darüber verlangt, welche Verträge unter die Klausel fallen. Diese Aufklärung gibt Lord Salisbury in völlig ausreichender Weise, indem er versichert, daß kein geheimer Vertrag besteht. Zudem hat Lord Salisbury (Telegramm Nr. 623) * erklärt, daß abgesehen von der — von uns angenommenen — Ausdehnung der Handelsfreiheit seine übrigen Abänderungsvorschläge durchaus keine conditio sine qua non bilden sollten. Hiernach vermag ich vorläufig den Brief Lord Salisburys nicht zu verstehen, es sei denn unter der Annahme einer seither bei ihm aus mir nicht erkennbaren Gründen eingetretenen völligen Sinnesänderung. Unsere Vorschläge sind niemandem, also auch nicht Rußland zuliebe gemacht, sondern fließen allein aus dem Wunsche der allgemeinen Beruhigung, die, wie wir annehmen, auch im englischen Interesse liegt, damit nicht durch Rivalitäten der Mächte die Abrechnung mit China verzögert werde.

Zu Ew. persönlichen Direktive und eventuellen geeigneten Verwertung:

Der Schlüssel zu der befremdenden Haltung Lord Salisburys liegt vielleicht in folgendem: Sir Frank Lascelles hat gestern, vorerst mündlich, Beschwerde darüber geführt, daß Graf Waldersee die Eisenbahn Peking—Tientsin—Tangku—Schanhaiguan den Russen ausgeliefert habe, und gebeten, daß der Feldmarschall von hier aus zur Abänderung dieser Entscheidung, die in England einen Sturm der Entrüstung hervorrufen müsse, veranlaßt werde**. Von hier aus ist

* Siehe Nr. 4728.

** Vgl. Nr. 4718, Fußnote ***. Über Graf Waldersees tatsächliches Verhalten und seine Motive vgl. seinen Bericht vom 5. Oktober, abgedruckt in: Denkwürdigkeiten III, 22 f. Es heißt darin u. a.: „Die Engländer wünschen dringend, den russischen Gelüsten auf Erweiterung ihrer Interessensphäre in der Provinz Petschili dadurch entgegenzuwirken, daß der Betrieb der Eisenbahn Schanhaikwan—Tongku, welche allerdings größtenteils mit englischem Kapital gebaut zu sein scheint, entweder in chinesische Verwaltung zurücktritt oder wenigstens in deutsche Hände übergehen möchte. Dagegen haben die Russen alles in Bewegung gesetzt, um sich durch frühzeitige Inbesitznahme der Bahn auch deren Betrieb zu sichern. — Ich habe mich hierbei auf den rein militärischen Standpunkt gestellt, daß es für mich ohne Belang sei, wer den Eisenbahnbetrieb besorge, wenn er nur überhaupt rein militärischen Zwecken diene und die Bahn für alle verbündeten Mächte in gleicher Weise nutzbar gemacht würde. Da nun die Russen tatsächlich schon an der Wiederherstellung der Eisenbahn von Tongku bis Tangschan gearbeitet haben und auch die ersten waren, welche die Strecke von Tangschan bis Schanhaikwan benutzten, so habe ich heute dem russischen General Linewitsch das Zugeständnis gemacht, die Eisenbahn vollends wieder herstellen und in Betrieb nehmen zu dürfen. General Linewitsch . . . hat dafür die Erfüllung aller vorerwähnten Bedingungen — unverzügliche Aufnahme der Arbeiten an dem Hafen von Tschingwantau und der Verbindungsbahn nach der dazu gehörigen Station, schleunige Inbetriebsetzung der zerstörten Teile der Eisenbahn Schanhaikwan—Tongku — zugesagt, und es wird darüber ein schriftlicher Vertrag aufgesetzt werden.“

der Feldmarschall ausdrücklich auf die englischen Rechte an der Bahn aufmerksam gemacht worden. Seine Dispositionen sind rein militärische und gelten selbstverständlich nur für die Dauer der militärischen Aktion unter seiner Leitung, nicht auch für später und nicht für die Rechtsfrage selbst. In rein militärische Dispositionen von hier aus einzugreifen, ist mißlich. Inzwischen sagt das neueste Telegramm des Grafen Waldersee vom 6. d. Mts.: „Die Eisenbahnangelegenheit Schanhaiguan—Tangku—Peking ist geregelt, die Wiederherstellung in Angriff genommen." Herr von Mumm ist aufgefordert, über die Art der Regelung telegraphisch zu berichten. Ich behalte mir vor, nach Eingang seiner Antwort darauf zurückzukommen, gebe mich aber schon jetzt der Hoffnung hin, daß Lord Salisburys Brief unter dem momentanen Einfluß unrichtiger Informationen entstanden ist, und der darin eingenommene Standpunkt von ihm nicht länger aufrechterhalten wird.

Bülow

Nr. 4734

*Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee, z. Z. in Tientsin, an Kaiser Wilhelm II., z.Z. in Homburg v.d.H.**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 Tientsin, den 8. Oktober 1900

Russische und englische Politik, soweit ich erkenne, in scharfem Gegensatz um künftigen Einfluß in Petschili, zunächst akut durch Eisenbahnfrage Schanhaiguan—Jangtsun. Russen wollen Bahn, die von englischem Gelde gebaut, als Pfand gegen China dauernd behalten[1]. Beide Kontingentsführer scharf verstimmt. Ich halte mich auf mittlerer Linie, den militärischen Standpunkt hervorhebend.

Druck Euerer Majestät erwünscht, daß Rußland mein Entgegenkommen den Eisenbahnabmachungen gegenüber annimmt, in die sich einzumischen Admiral Alexejew ein Recht zu haben glaubt. Rußland wird in Tschili höchstens eine Brigade zum Bahnschutz lassen. Li-Hung-Tschang nach Peking unterwegs, dort nicht mehr unter russischem Schutz**.

Feldmarschall Waldersee

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das wird kaum gehen

---

* Hier des Zusammenhangs halber eingereiht, doch traf das Telegramm Waldersees erst am 10. Oktober ein.
** Vgl. die darauf am 11. Oktober an Graf Waldersee erfolgende kaiserliche Instruktion (Nr. 4740).

Nr. 4735

*Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee, z. Z. in Tientsin, an Kaiser Wilhelm II.**

Abschrift

Nr. 2048 A. H. Q. Tientsin, den 7. Oktober 1900
Geheim [eingetroffen am 26. November]

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht im Anschluß an mein Telegramm vom heutigen Tage über eine Unterhaltung mit dem Oberst Prinz Engalitschew ** nachstehendes alleruntertänigst zu berichten.

Der Oberst ließ sich heute durch meinen Adjutanten bei mir melden unter dem Zusatz, daß ich ihn zu einer ganz vertraulichen Unterredung empfangen möge. Er sagte mir, es läge ihm sehr am Herzen, um Mißverständnissen vorzubeugen und auch im Interesse unserer Länder, mich über einige Punkte der russischen Politik offen aufzuklären. Seine Majestät der Kaiser Nikolaus habe sehr gern seine Breitwilligkeit erklärt, seine Truppen in Petschili mir zu unterstellen, und würde es ihm zur besonderen Befriedigung gereicht haben, wenn es mir vorbehalten gewesen wäre, mit den vereinigten Truppen Peking zu erobern. Daß dies durch die Umstände verfrüht unter Leitung eines russischen Generals geschehen, sei allerhöchstdemselben des Verhältnisses zu China wegen nicht einmal angenehm. Als die Nachricht von der Einnahme Pekings eingegangen war, hätte Seine Majestät die politische Lage als eine wesentlich veränderte und meine Sendung nach China als nicht mehr nötig erachtet[1]; Rußland sei durch Einnahme Pekings zunächst befriedigt und sei nicht geneigt, zur Erfüllung gewisser Forderungen einen weiteren militärischen Druck auszuüben. Es sei ihm, dem Prinzen Engalitschew, sehr wohl verständlich, daß das genau mit meinem Eintreffen in China begonnene, aber schon seit Wochen beschlossene Zurückziehen der russischen Truppen von Peking und weiterhin aus Tschili mich peinlich berühren müsse; er hoffe indes, daß ich die politischen Motive doch anerkennen würde.

Was die weiteren russischen Absichten anlange, so seien diese darauf gerichtet, sich einen dauernden und möglichst alleinigen Einfluß in Tschili[2] zu sichern. Daß auf diesem Gebiete eine Einigung

---

* Ebenfalls hier des Zusammenhangs halber eingereiht, obwohl der Bericht erst am 26. November eintraf. Der Bericht ist neuerdings abgedruckt in den Denkwürdigkeiten Graf Waldersees, ed. H. O. Meisner III, 25 ff.

** Russischer Vertreter im Hauptquartier Graf Waldersees. Vgl. über ihn Graf Waldersee, Denkwürdigkeiten a. a. O. III, 12, 19, 87.

mit Deutschland unschwer sein würde, glaube er, läge in früheren Abmachungen begründet, die den gelben Fluß als Grenze der beiderseitigen Einflußsphären normiert haben[3].

Ganz anders läge es mit England, das seit Jahren unausgesetzt bestrebt sei, in Tschili durch Eisenbahnbauten, Bergwerksunternehmungen und kommerzielle Verbindungen aller Art sich Einfluß zu schaffen. Es könne dies für Rußland zu einem unerträglichen Zustande führen[4]. Aus diesem Grunde hauptsächlich sei Rußland seit Beginn der chinesischen Wirren bestrebt gewesen, die Eisenbahn Schanhaiguan—Tangku—Tientsin—Jangtsun—Peking, in der große englische Kapitalien angelegt und zahlreiche Engländer angestellt sind, in Besitz und Betrieb zu nehmen. Seit Räumung Pekings habe die Strecke Jangtsun—Peking für sie allerdings an Interesse verloren.

Es sei ihre Absicht, unter allen Umständen die Bahn im Besitze zu behalten, um sich für den Friedensschluß ein Faustpfand zu sichern[5], vielleicht sogar durch den Friedensschluß in dauernden Besitz der Bahn zu kommen. Sehr besorglich würde es russischerseits daher aufgefaßt, daß England bei Schanhaiguan und Ching-wan-tau erheblich mehr Truppen gelandet habe als zur reinen Etappenbesatzung nötig seien[6].

Der Oberst kam dann mit einigen Umwegen und mehrfach betonend, daß seine Äußerungen ganz vertraulich seien, darauf mir zu sagen, daß ein freundliches Verhalten der deutschen Politik in dieser für Deutschland doch unwesentlichen Frage russischerseits mit ganz besonderer Dankbarkeit entgegengenommen werden würde[7], versuchte auch, durch schöne Worte mich persönlich in solcher Richtung zu engagieren. Weiterhin war er auch so unbefangen, der Ansicht Ausdruck zu geben, daß zu einem wirksamen Druck auf China Deutschland am besten gelangen würde durch eine Operation mit starken Truppen im Jangtsetale[8].

Ich habe mich dem Prinzen gegenüber vorwiegend zuhörend verhalten und ihn daran erinnert, daß ich die uns nun seit zehn Tagen beschäftigende Eisenbahnangelegenheit, wie ihm bekannt, allein vom Standpunkte des Oberbefehlshabers der verbündeten Truppen in Tschili behandelt habe, daß es mir nur darauf ankomme, für die verbündeten Truppen eine sichere Basis für den Winter zu haben[9], und daß ich den russischen Wünschen — entgegen dem Drängen der englischen, japanischen und amerikanischen Generale — weit entgegengekommen sei, indem ich mich mit dem Ausbau und Betrieb der Bahn durch Rußland einverstanden erklärt habe, nur unter der Bedingung, daß der Betrieb ausschließlich den Interessen der verbündeten Truppen nutzbar gemacht würde[9], und daß das rollende Material auch in dem Betriebe der durch meine Anordnungen herzustellenden Strecke Jangtsun—Peking Verwendung fände.

Der Oberst erbat sich hierauf die Erlaubnis, nach Port Arthur zum Admiral Alexejew fahren zu dürfen, um über diese Eisenbahnabmachungen mit ihm zu sprechen und seine Genehmigung dazu einzuholen, zu der höchstwahrscheinlich derselbe noch einer Anfrage in Petersburg bedürfen würde; er fügte hinzu, daß General Linewitsch allerdings in Tschili russischer Oberbefehlshaber sei, in Verwaltungssachen dem Admiral Alexejew aber unterstände.

Ich erwiderte dem Oberst, daß ich gegen eine Reise zum Admiral nichts einzuwenden habe, erinnerte ihn aber daran, daß unsere Abmachungen mündlich fest abgeschlossen seien, und zwar vom General Linewitsch und ihm einerseits, von mir andererseits in Gegenwart meines Chefs des Generalstabes Generalmajor von Schwarzhoff, des Oberquartiermeisters Generalmajor von Gayl und des Obersten Graf York; ich hätte sie im vollsten Vertrauen als endgültig abgeschlossen betrachtet. Die Mitteilung, daß Generalleutnant Linewitsch in solchen Fragen dem Admiral Alexejew unterstände, komme mir völlig überraschend und könne in der Abmachung unmöglich etwas ändern.

Der Oberst kam dann noch einmal auf das Verhältnis Rußlands zu England zurück und sagte, ich würde in Peking in Sir Claude MacDonald einen der entschiedensten Feinde Rußlands kennenlernen, dessen Verhalten vielfach verletzt habe. — Von Li-Hung-Tschang, den er vorgestern hier gesprochen hat, meinte er mit einiger Sicherheit zu wissen, daß er Rußland und England gleichzeitig die vertrauliche Nachricht habe zugehen lassen, die chinesischen Truppen würden die Werke von Schanhaiguan nicht verteidigen, sobald ein Feind sich zeige.

(gez.) Graf Waldersee

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. (in Abschrift):

[1] Sancta simplicitas!!!

[2] davon ist gar keine Rede!

[3] Immer sachte, davon weiß ich nichts! Das ist eine barbarische Frechheit, jetzt einen Theilungsvorschlag für China zu machen, darauf gehe ich nicht ein.

[4] ist mir nun wieder egal

[5] !!

[6] Das schadet nichts, da die Häfen international und nicht russisch sind

[7] Hallunke! Er meint, wir sollten die Engländer ruhig um ihr Kapital und Material prellen lassen und so tun als ob wir es nicht merkten! Nein, mein Sohn „suum cuique“ Euch die Mandschurei, England die Bahn! wenn ihr das nicht wollt, haut Euch drum mit England.

[8] ! so ein Hund! nicht wahr, natürlich alleine!?

[9] gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Hier guckt der Russe in seiner unverfälschten Gemeinheit, List und Heimtücke heraus!

Nr. 4736

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Nr. 195 Berlin, den 9. Oktober 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich nachstehendes Schreiben ehrfurchtsvollst zu unterbreiten, welches Sir Frank Lascelles soeben an mich gerichtet hat:

"Your Excellency,

Her Majesty's Government have received a telegram from Her Majesty's representative at Peking stating that General Gaselee, who had recently returned to Peking from Tientsin, had reported that Field Marshall Count Waldersee had decided that the construction and control of the railway from Taku to Yangtsun should be entrusted to the partition and that the line from the latter place to Peking shall be worked by Germans with the assistance of other powers. Count Waldersee had also suggested that the line from Taku to Shanhaikuan should be handed over to the control of the partition. Considering that this line has been entirely constructed by British control and superintendence it would seem that this decision is not in accordance with justice, the more so as Mr. Kinder and his staff are prepared to undertake the work. It would appear that the French have taken steps to safeguard the interests of their bondholders and that in accordance with instructions from Paris to occupy the Lukan line, the French flag supported by a strong force has been planted on the Lukachao bridge. I have been instructed by Her Majesty's principal secretary of state for Foreign Affairs to make an earnest representation to the German Government on this subject, in dealing with which the just claims of British subjects appear to have been ignored."

Dieses Schriftstück ist ein weiterer Beleg für die Zunahme der Spannung zwischen England und Rußland. Es dürfte einem Grundgedanken der von Euerer Majestät stets befolgten Politik entsprechen, wenn wir angesichts dieser Spannung Sorge tragen, daß wir nicht zu frühzeitig an die Seite des einen der Streitenden gedrängt werden. Im gegenwärtigen Moment, wo die Jangtsefrage in der Schwebe ist und die Befürchtung besteht, daß England seine gegenwärtig noch vorhandene Übermacht zur See dort mißbrauchen könnte, würde es meines alleruntertänigsten Dafürhaltens für die deutschen Interessen gefährlich sein, wenn in England die Überzeugung Platz griffe, daß wir in dem Konflikt endgültig auf die russische Seite getreten sind. Aus diesen Gründen wäre es politisch wünschenswert, wenn die militärische Sachlage es Euerer Majestät Oberbefehlshaber in China ermöglichte, in der Eisenbahnfrage den englischen Wünschen, deren

materielle Berechtigung Euere Majestät unlängst anerkannt haben, etwas Entgegenkommen zu zeigen.

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Einverstanden
Der Graf ist danach zu instruiren W.

Nr. 4737

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 641 London, den 9. Oktober 1900

Telegramm Nr. 368* erhalten.

Nachdem ich in heutiger Unterredung zunächst den Graf Walderseeschen Zwischenfall bezüglich der Eisenbahn richtiggestellt hatte, ging ich auf den letzten Privatbrief Lord Salisburys an mich über, indem ich durchaus freundschaftlich, aber ausdrücklich hervorhob, daß derselbe mir unverständlich sei, und daß wir zu der darin zutage tretenden Mißstimmung meines Wissens keinen Anlaß gegeben hätten. Wir hätten ihm einen bestimmt und klar begrenzten Vorschlag vorgelegt, und er habe denselben nach allen Richtungen ausgedehnt und erweitert. Auch hierauf seien wir eingegangen, und er könne sich über unsere Hartnäckigkeit nicht beklagen. Auch den letzten von ihm vorgeschlagenen Zusatz bezüglich Aufrechterhaltung aller Verträge mit China hätten wir keineswegs abgewiesen und nur eine präzisere Fassung im beiderseitigen Interesse angeregt. Für uns genüge seine Erklärung, daß England keine geheimen Verträge mit China habe, vollständig, und ich könnte ihm versichern, daß Deutschland ebensowenig ein geheimes Abkommen mit China geschlossen habe. Eine andere Frage aber sei es, ob die von ihm vorgeschlagene Fassung des bezüglichen Artikels nicht im großen Publikum den Verdacht erregen würde, daß Deutschland oder England irgendwelche geheime Abmachungen mit China getroffen hätte und dieselben auf diesem Wege sicherstellen wollten, und ich überlasse es ihm, ob er nicht eine genauere Fassung vorschlagen wolle, welche diesem Übelstande abhelfen würde.

Lord Salisbury bestritt keine meiner Angaben über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen. Er räumte dann bereitwillig ein, daß die Nachricht von der so unerwarteten Entscheidung des Grafen Waldersee** ihm einen großen Eindruck gemacht habe, und fügte mit

---

* Siehe Nr. 4733.
** Vgl. Nr. 4736.

großer Offenheit hinzu, daß der Grund seines letzten Privatbriefes an mich allerdings hierin, aber zum großen Teil auch in einem anderen Umstande zu suchen sei, welcher mit dem von ihm vorgeschlagenen Zusatz über die Aufrechterhaltung der Verträge mit China in keinem direkten Zusammenhange stehe. Die Sache sei die, daß einige hervorragende Kabinettsmitglieder, deren Ansicht über den bisherigen Entwurf zu einer Verständigung er verlangt habe, ihn dringend darauf aufmerksam gemacht hätten, daß er angesichts der hier gegen Rußland herrschenden sehr starken Stimmung sich und die Regierung den schärfsten Angriffen aussetzen werde, wenn er die im Artikel I enthaltene Bestimmung unterschreibe, wonach die für die chinesischen Häfen vorgeschriebene Handelsfreiheit nur südlich vom 38. Breitengrad Anwendung finden solle. Das hiesige Publikum werde dies als eine Rußland ausdrücklich erteilte Erlaubnis auslegen, nördlich von diesem Breitengrad zu tun, was ihm beliebe, und daraus die heftigsten Angriffe gegen die Politik des englischen Kabinetts herleiten. Lord Salisbury fügte hinzu, er leugne keinen Augenblick, daß er die Bestimmung bezüglich des 38. Breitengrades selbst vorgeschlagen habe*, er könne sich aber der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Aufrechterhaltung derselben zu den größten Bedenken Anlaß geben würde.

Auf meine Frage, welche Vorschläge er unter diesen Umständen zu machen habe, für welche ich natürlich die Zustimmung meiner Regierung reservieren müßte, ging der Premierminister die einzelnen Artikel des Entwurfes nochmals mit mir durch und formulierte die darauf bezüglichen Vorschläge. Hiernach würde sich der durch Telegramm Nr. 623 von mir übersandte Entwurf wie folgt gestalten:

In der Einleitung soll zwischen "Her Britannic Majesty's Government" und "have agreed" eingefügt werden "desirous to maintain their interests in China and their rigths under existing treaties."

Am Schluß des im übrigen unveränderten Artikels I würde es statt "to the south of the 38th parallel of latitude" heißen "over which they have influence" (oder falls wir es vorziehen statt influence das Wort power).

In Artikel II verzichtet Lord Salisbury auf den von ihm vorgeschlagenen Schlußsatz: "and will oppose usw.", und es soll statt dessen unserem Vorschlag entsprechend heißen "and will direct their policy towards maintaining undiminished the territorial condition of the chinese empire."

Artikel III, welcher nach hiesiger Auffassung die von Lord Salisbury vorgeschlagene Bestimmung über die bestehenden Verträge enthalten sollte und mit den Worten beginnt: "It is understood that

* Vgl. Nr. 4728.

nothing in this instrument" soll, wenn wir den heute vorgeschlagenen Zusatz zur Einleitung annehmen, überhaupt fortfallen.

Die vorstehenden Vorschläge scheinen mir bis auf die Bestimmung in Artikel I "over which they have influence (oder power)" unbedenklich. Sollten wir gegen diese Fassung Bedenken haben, so glaube ich, daß Lord Salisbury auch auf eine andere Redaktion eingehen würde, vorausgesetzt, daß die Amurhäfen und Port Arthur nicht namentlich erwähnt werden, und daß die hiesige öffentliche Meinung daraus nicht den Schluß ziehen kann, daß das englische Kabinett Rußland damit ausdrücklich zugestanden hat, in einem bestimmten Teile von China die Handelsfreiheit nach Belieben außer Kraft zu setzen.

Hatzfeldt

Nr. 4738

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 642 London, den 10. Oktober 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 641 *.

In der gestrigen Unterredung hat Lord Salisbury, wie ich erst jetzt erfahre, vergessen, den Fortfall des Artikels III in dem durch Telegramm Nr. 623 ** übermittelten englischen Text vorzuschlagen und zu motivieren. Er ist, wie mir mitgeteilt wird, der Ansicht, daß die Bestimmung, wonach beide Mächte eventuell doch zu territorialen Erwerbungen schreiten könnten, mit den übrigen Bestimmungen des Abkommens in Widerspruch [1] stehen und auf die hiesige öffentliche Meinung einen schlechten Eindruck machen würde.

Obgleich diese Befürchtung vielleicht nicht ganz unbegründet ist, glaube ich dennoch, daß wir den fraglichen Artikel in unserem Interesse nicht ganz entbehren können [2], namentlich nicht die Bestimmung am Schluß, daß beide Regierungen, falls sie territoriale Erwerbungen für notwendig halten, sich vorher darüber verständigen werden [3]. Vielleicht können wir der Besorgnis Lord Salisburys insofern entgegenkommen, daß der Schluß des Artikels etwas allgemeiner gehalten und der Ausdruck „territoriale Erwerbungen" darin fortgelassen wird. Es würde dann etwa so heißen, daß beide Mächte sich für den vorgesehenen Fall vorbehielten, sich über etwaige Schritte zur Sicherung ihrer eigenen Interessen in China vorher untereinander zu verständigen. Will Lord Salisbury dies auch nicht in das Abkommen bringen, so

---

* Siehe Nr. 4737.

** Siehe Nr. 4728.

könnten wir vielleicht darauf eingehen, diesen Punkt durch den Austausch geheimer Noten zu erledigen.

Bitte auch hierüber um Instruktion. Ich werde Lord Salisbury voraussichtlich künftigen Sonnabend sprechen können.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
1 ?
2 Richtig
3 sehr richtig

Nr. 4739

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 378 Berlin, den 12. Oktober 1900

Antwort auf Telegramm 641 *, 642 **.

Wir wollen Lord Salisburys Wunsch nach Weglassung des erst von ihm selbst formulierten letzten Artikels, betreffend die bestehenden Verträge, entgegenkommen und sind, nachdem Lord Salisbury erklärt hat, daß geheime englisch-chinesische Abmachungen nicht bestehen, auch damit einverstanden, daß statt seines Schlußartikels in der Einleitung die von ihm gewünschte Einschaltung: „desirous to maintain their interests in China and their rights under existing treaties" gemacht wird.

Auch über Artikel II besteht Einverständnis, indem wir Lord Salisburys Formulierung: „and will direct their policy towards maintaining undiminished the territorial condition of the Chinese Empire" annehmen.

Ew. pp. Bedenken gegen gänzliches Fallenlassen des Artikels III sind nicht ohne Gewicht. Eine Verweisung dieser Bestimmung in ein Geheimprotokoll möchte ich jedoch unbedingt vermeiden. Die von Ew. vorgeschlagene allgemeinere Formulierung erscheint an sich annehmbar. Danach würde Artikel III in deutscher Fassung ungefähr lauten: „Sollte eine andere Macht die chinesischen Komplikationen benutzen, um unter irgendeiner Form solche territorialen Vorteile zu erlangen, so behalten beide Kontrahenten sich vor, über etwaige Schritte zur Sicherung ihrer eigenen Interessen in China sich vorher untereinander zu verständigen." Ew. pp. wird nicht entgehen, daß die vorstehende Formulierung im Eingang von der englischen insofern abweicht, als statt des unbestimmten Ausdrucks "acquisitions of this nature" die Beziehung auf

---

* Siehe Nr. 4737.
** Siehe Nr. 4738.

die chinesischen Komplikationen deutlicher gemacht ist. Vielleicht erblickt Lord Salisbury hierin eine Verbesserung. Jedenfalls bemerke ich aber ausdrücklich, daß Ew. pp. vollkommen freie Hand haben, sofern die vorstehende Formulierung irgendwelchen Schwierigkeiten begegnet oder Sie solche auch nur voraussehen, den Artikel III ganz fallen zu lassen. Derselbe wird in der Tat in gewissem Maße schon durch Artikel II gedeckt.

Was endlich Artikel I anbelangt, so können wir die am Schluß von Lord Salisbury vorgeschlagene Formulierung in folgender leichten Variante annehmen: „as far as they can exercise an influence." Wir betrachten diese Modifikation nicht als eine Prinzipienfrage, sondern als eine bloße Frage der Redaktion, die jedoch (wie ich nur für Ew. Direktive bemerke) für uns von großer Wichtigkeit ist, um einer etwaigen Diskussion darüber vorzubeugen, wo und bis wie weit die beiden Mächte Einfluß haben. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Lord Salisbury in Anbetracht unseres sonstigen sehr großen Entgegenkommens bei diesen Verhandlungen wegen der vorstehenden Redaktionsfrage keine Weiterungen machen wird.

Ew. pp. wollen Lord Salisbury endlich sagen: Wir behandelten unsererseits die Jangtse-Verhandlung absolut geheim und verließen uns darauf, daß auch von englischer Seite weder über die Verhandlungen noch auch selbst über die Absicht, einen solchen Vertrag zu schließen, irgend etwas in der Öffentlichkeit verlautbart werde, daß vielmehr die Veröffentlichung von beiden Seiten gleichzeitig nach vorheriger Verabredung erfolgen würde. Erhielte die englische Presse vor der deutschen Kenntnis, so würde dies für die Aufnahme des Vertrages durch die deutsche öffentliche Meinung höchst nachteilig sein.

Bülow

Nr. 4740

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H., an den Oberkommandierenden in China Generalfeldmarschall Grafen von Waldersee, z. Z. in Tientsin

Telegramm. Konzept

Nr. 48 Homburg, den 11. Oktober 1900

Es ist für unsere Politik augenblicklich wünschenswert, daß weder in Rußland noch in England der Eindruck erweckt werde, als stelle sich Deutschland definitiv auf die eine oder die andere Seite. Deshalb wollen Sie, soweit möglich, englischen berechtigten Wünschen in der Eisenbahnfrage Entgegenkommen zeigen. Vielleicht könnte die

nach der Abmachung uns zufallende Bahnstrecke Jangtsun—Peking den Engländern übertragen werden. Ein dauerndes deutsches Interesse an der Bahn, die mit englischem Gelde erbaut wurde, besteht nicht*.

Wilhelm I. R.

Nr. 4741

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein, z. Z. in Tientsin

Telegramm. Konzept

Nr. 77 Berlin, den 12. Oktober 1900
Geheim

Die Instruktion Seiner Majestät des Kaisers** ist erfolgt auf eine am 8. hier übergebene und Seiner Majestät unterbreitete Note***, in welcher die englische Regierung sich über bisherige Behandlung der Eisenbahnfrage beschwert. Auch hat dem deutschen Botschafter gegenüber Lord Salisbury keinen Zweifel darüber gelassen, daß für England die Behandlung der Jangtsefrage in Zusammenhang steht mit der Eisenbahnfrage. Somit würde die Gefahr, welche seit Beginn der gegenwärtigen Krisis uns vorschwebt, daß England sein derzeitiges maritimes Übergewicht mißbrauchen könnte, um den Jangtse formell in die englische Machtsphäre zu ziehen, sich erheblich steigern, wenn die englische Regierung durch die Haltung Deutschlands in der Eisenbahnfrage den Eindruck bekäme, daß Deutschland in China die russischen auf Kosten der englischen Interessen fördert. Seine Majestät der Kaiser erkennt und würdigt die ganze Bedeutung der Jangtsefrage. Für das handeltreibende Deutschland würde eine politische Niederlage am Jangtse durch keinen anderweitigen Erfolg in China auszugleichen sein.

Ganz geheim wollen Ew. pp. dem Feldmarschall mitteilen, daß eine schon gleich nach dem Tode des Grafen Murawiew erfolgte diesseitige Sondierung des Petersburger Kabinetts uns die Gewißheit gegeben hat, daß letzteres bei einem etwaigen deutsch-englischen Zerwürfnis wegen des Jangtse aus der Rolle des tertius gaudens keinenfalls heraustreten würde. Graf Lamsdorff sagte damals dem

---

* Im Verfolg der kaiserlichen Weisung vom 11. Oktober kam es am 13. Oktober zu einer Vereinbarung zwischen Graf Waldersee und der russischen Generalität, wonach die Strecke Peking—Jangtsun dem deutschen Oberkommando übergeben wurde. Vgl. Nr. 4757 und Nr. 4774.

** Siehe Nr. 4740.

*** Vgl. Nr. 4736.

deutschen Vertreter ganz offen, er verstehe wohl, daß es Kabinette gebe, die sich für die Jangtsefrage lebhaft interessierten, Rußland jedoch stehe dieser Frage gleichgültig gegenüber.

Bülow

Nr. 4742

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 12. Oktober 1900

Der französische Geschäftsträger* suchte aus eigenem Antrieb, ohne jede Anregung von meiner Seite, das Gespräch wiederholt auf die Jangtsefrage zu lenken, deutete auf die dort dem Handel der Franzosen wie der Deutschen von englischer Seite drohenden Gefahren hin und bezeichnete es als sehr erfreulich, daß Frankreich in Schanghai Truppen gelandet habe, welche die englischen Annexionsabsichten am Jangtse bis zu einem gewissen Grade gedämpft zu haben schienen.

Auch die rücksichtslosen Ausweisungen von Franzosen und Deutschen in Südafrika berührte der Geschäftsträger und frug, was wir dagegen täten**.

Bülow

Nr. 4743

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 383 Berlin, den 14. Oktober 1900

Ew. Telegramm Nr. 649*** läßt mich hoffen, daß die Verhandlungen, deren Hauptzweck vom deutschen Standpunkte aus die Freihaltung des Jangtse ist, morgen zum formellen Abschluß kommen werden; denn ich nehme ohne weiteres an, daß die englische Übersetzung von Art. III Ew. keinen Anlaß zu Bedenken geben wird. Für England hat diese Abmachung meines Erachtens den Vorteil,

---

* Boutiron.
** Vgl. Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 5025, Fußnote ***.
*** Durch Telegramm Nr. 649 vom 13. Oktober hatte Graf Hatzfeldt gemeldet, daß soeben zwischen ihm und Lord Salisbury eine vorläufige Verständigung in allen Punkten erzielt sei.

Klarheit über das zu schaffen, was die deutsche Politik erstrebt bzw. nicht erstrebt. Wir erstreben weder Sonderrechte im Jangtsegebiete noch überhaupt die Annexion von chinesischen Gebietsteilen. Dadurch ist England gegen Überraschungen von uns aus sichergestellt.

Angesichts dieser neugeschaffenen Situation möchte ich Ew. zu erwägen bitten, ob nicht die bereits in meinem Telegramm 380* summarisch behandelte Frage der Verweisung der Entschädigungsansprüche an die internationale Schiedsinstanz im Haag jetzt zwischen Ihnen und Lord Salisbury zu erörtern sein würde. Bisher konnte der englische Premier vielleicht diese Schiedsinstanz als einen wünschenswerten Hemmschuh gegen überraschende deutsche Ansprüche ansehen. Jetzt aber, da solche Ansprüche nicht mehr zu befürchten sind, bleibt nur die Tatsache bestehen, daß Rußland und Amerika eine Gruppe bilden, und daß diese Gruppierung befestigt werden würde, falls wirklich die Entschädigungsfrage im Haag zum Austrag käme. Rußland und Amerika streben beide danach, die Rolle als Beschützer Chinas auszunutzen; Amerika möchte den Handel monopolisieren, Rußland möchte die Mandschurei und die Mongolei sich allmählich angliedern. Die beiden Mächte können also miteinander operieren, denn eine Rivalität wird in absehbarer Zeit zwischen ihnen nicht bestehen; Rußland wird keine Ansprüche auf ein Handelsmonopol mit China, noch wird Amerika Anspruch auf die Mandschurei und die Mongolei machen. Beide Mächte sind sich auch selber bewußt, daß keine conflicting interests zwischen ihnen bestehen, und es mag sich wesentlich daraus die Beflissenheit erklären, mit welcher Amerika den russischen Vorschlag bezüglich der Haager Schiedsinstanz unterstützt.

Meines Erachtens würde es ernste Bedenken haben, sowohl für Deutschland wie auch — soweit ich mir ein Urteil erlauben kann — für England, wenn die beiden Regierungen ihre Entschädigungsansprüche aus der Hand geben und dem Haager Institut übertragen wollten. Das Richtige würde vielmehr sein, daß Deutschland und England sich über ihre Entschädigung verständigten und dieselbe gemeinsam zur Geltung brächten, und ich betrachte es als vielleicht den größten Vorteil, den die morgen zu paraphierende Abmachung für beide Kontrahenten hat, daß dieselben nunmehr an weitere Verhandlungen mit der Gewißheit herangehen können, daß keiner von beiden als Schadensersatz Sonderrechte auf dem Gebiete des Handels oder chinesische Provinzen beanspruchen wird. Gerade die Mäßigung dieser Ansprüche bietet die Gewähr dafür, daß sich um England und Deutschland herum noch andere Interessen kristalli-

---

* Telegramm Nr. 380 vom 12. Oktober hatte den russischen, von Amerika empfohlenen Vorschlag behandelt, die Frage der von China zu leistenden Indemnität vor das Haager Schiedsgericht zu bringen.

sieren werden, während ich andererseits aus Gründen, die für telegraphische Ausführung zu lang und Ew. überdies ebenso bekannt sind wie mir, die Besorgnis hege, daß bei einer Verweisung der Entschädigungsfrage nach dem Haag die russisch-amerikanische Gruppe den Mittelpunkt der Kristallisation bilden würde. Vom Standpunkte der politischen Nützlichkeit aus aber dürfen sowohl Deutschland wie England den Gedanken nicht aufkommen lassen, daß Rußland und Amerika, wenn sie zusammengehen, die übrigen Mächte hinter sich herziehen und so das, worüber sie beide sich verständigt haben, der Welt aufzwingen. Nach außen würde unser Standpunkt dahin zu formulieren sein, daß mit der Frage der Entschädigung die Frage der Garantien für die Zukunft untrennbar verbunden ist, und daß wir diese letztere, welche ausschließlich dem Gebiete der praktischen Politik angehört, unmöglich einer internationalen Gruppe von Juristen übertragen können. Auf so billige Weise kann sich keine Regierung von der ihr obliegenden Verantwortung befreien.

Ew. stelle ich anheim, in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise und baldtunlichst den deutschen Standpunkt bei Lord Salisbury zu vertreten.

Bülow

Nr. 4744

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 630 London, den 17. Oktober 1900

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, beifolgend die zwischen Lord Salisbury und mir gestern ausgetauschten Noten, betreffend die Vereinbarung wegen Chinas, — die englische Note im Original, die meinige in Abschrift* — gehorsamst zu überreichen.

P. Hatzfeldt

Anlage I

Foreign Office, October 16 1900

Your Excellency,

I have the honour to inform you that Her Majesty's Government approve the Agreement annexed hereto, which has been negotiated

* Siehe die Anlagen. Die beiden ausgetauschten Noten sollten nach einem Telegramm Graf Hatzfeldts vom 16. Oktober (Nr. 657) laut Vereinbarung zwischen ihm und Lord Salisbury gleichzeitig am 20. durch Reuter in London und durch Wolffs Bureau in Berlin bekanntgegeben werden. Vgl. dazu Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 202 f.

between Your Excellency and myself, with regard to the principles on which the mutual policy of Great Britain and Germany in China should be based.

I have the honour to be, with the highest consideration

Your Excellency's
most obedient, humble servant
Salisbury

Agreement

The Imperial German Government and Her Britannic Majesty's Government, being desirous to maintain their interests in China and their rights under existing treaties, have agreed to observe the following principles in regard to their mutual policy in China: —

1. It is a matter of joint and permanent international interest that the ports on the rivers and littoral of China should remain free and open to trade and to every other legitimate form of economic activity for the nationals of all countries without distinction; and the two Governments agree on their part to uphold the same for all Chinese territory as far as they can exercise influence.

2. The Imperial German Government and Her Britannic Majesty's Government will not, on their part, make use of the present complication to obtain for themselves any territorial advantages in Chinese dominions, and will direct their policy towards maintaining undiminished the territorial condition of the Chinese Empire.

3. In case of another Power making use of the complications in China in order to obtain under any form whatever such territorial advantages, the two contracting Parties reserve to themselves to come to a preliminary understanding as to the eventual steps to be taken for the protection of their own interests in China.

4. The two Governments will communicate this agreement to the other Powers interested, and especially to Austria-Hungary, France, Italy, Japan, Russia and the United States of America, and will invite them to accept the principles recorded in it.

October 16. 1900.

Salisbury

Anlage II

Abschrift

London, den 16. Oktober 1900

Euere Excellenz habe ich die Ehre ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß meine Regierung den nachfolgenden, zwischen Euerer Exzellenz und mir vereinbarten Punkten ihre Zustimmung erteilt hat:

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Königlich Großbritannische Regierung, von dem Wunsche geleitet, ihre Interessen in China und ihre Rechte aus bestehenden Verträgen aufrechtzuerhalten,

sind übereingekommen, für ihre beiderseitige Politik in China nachstehende Grundsätze zu beobachten:

1. Es entspricht einem gemeinsamen und dauernden internationalen Interesse, daß die an den Flüssen und an der Küste Chinas gelegenen Häfen dem Handel und jeder sonstigen erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen ohne Unterschied frei und offen bleiben; und die beiden Regierungen sind miteinander einverstanden, dies ihrerseits für alles chinesische Gebiet zu beobachten, wo sie einen Einfluß ausüben können.

2. Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Königlich Großbritannische Regierung wollen ihrerseits die gegenwärtige Verwickelung nicht benutzen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile auf chinesischem Gebiet zu erlangen, und werden ihre Politik darauf richten, den Territorialbestand des Chinesischen Reichs unvermindert zu erhalten.

3. Sollte eine andere Macht die chinesischen Komplikationen benutzen, um unter irgendeiner Form solche territorialen Vorteile zu erlangen, so behalten beide Kontrahenten sich vor, über etwaige Schritte zur Sicherung ihrer eigenen Interessen in China sich vorher untereinander zu verständigen.

4. Die beiden Regierungen werden diese Übereinkunft den übrigen beteiligten Mächten, insbesondere Frankreich, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika mitteilen und dieselben einladen, den darin niedergelegten Grundsätzen beizutreten*.

(gez.) P. Hatzfeldt

Nr. 4745

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 22. Oktober 1900

Privat für Baron von Holstein

Verschiedene Kabinettsminister, mit denen ich gestern abend beim Diner zusammentraf, äußerten sich über unser chinesisches Abkommen folgendermaßen:

„Sie begrüßen zwar mit Freuden ein gewisses Zusammengehen Englands und Deutschlands in China, und das Abkommen habe

* Deutscherseits geschah es im Verfolg telegraphischer Anweisung vom 20. Oktober an die Botschaften in Petersburg, Wien, Rom, Paris, Tokio, Washington. Die Weisung sah allerdings nur die Mitteilung des Abkommens an die betreffende Regierung, nicht aber eine expresse Aufforderung zum Beitritt vor.

wesentlich dazu beigetragen, die gesamte Lage in China zu klären. Leider sei das Abkommen nicht umfassend und präzise genug und ließe zuviel Schlupfwinkel offen, wodurch die Kontrahenten, wenn es ihnen passe, sich ihrer übernommenen Verpflichtungen wieder entledigen könnten. Sie fürchteten, daß besonders Deutschland trotz des Vertrags es niemals darauf werde ankommen lassen, Rußland gegenüber eine energische Haltung anzunehmen, wodurch der beabsichtigte Zweck des Abkommens völlig vereitelt würde, indem dasselbe in China dann doch tun werde, was ihm passe. Schon die Haltung des Grafen Waldersee in der Eisenbahnfrage, welche in der öffentlichen Meinung Englands sehr bald einen gewaltigen Sturm hervorrufen werde, sei ein Beweis dafür.“

Ich hatte die größte Mühe, die Minister, besonders auch den uns sonst stets wohlgesinnten Herzog von Devonshire * mit der Versicherung zu beruhigen, daß sich die englische Regierung auf den guten Willen der Kaiserlichen Regierung, die Angelegenheit einer den englischen Wünschen entsprechenden Lösung zuzuführen, verlassen könne.

Wie mir der Unterstaatssekretär sagt, ist Sir Charles Scott am Sonnabend telegraphisch instruiert worden, eine sehr starke und energische Note in der Eisenbahnfrage in Petersburg zu überreichen.

Aus ferneren Äußerungen der Minister habe ich den bestimmten Eindruck, daß das Mißtrauen gegen den Grafen Waldersee stark im Zunehmen begriffen ist, und es sollte mich nicht wundern, wenn von russischer Seite in dieser Hinsicht stark intrigiert worden ist und noch wird.

Chamberlain war nicht zugegen, soll aber, wie mir von seinen Kollegen versichert wird, in bezug auf unser Abkommen und in der Eisenbahnfrage die Meinung der übrigen Minister teilen.

Der russische Botschafter, welchen Sir Th. Sanderson im Auftrage Lord Salisburys gestern aufsuchte, hat sich mir gegenüber dahin geäußert, daß der Unterstaatssekretär bei ihm gewesen sei „pour adoucir le choc“. In der Tat habe ihm auch die plötzliche Veröffentlichung des Abkommens einen Choc gegeben, zumal da er nicht die leiseste Ahnung gehabt habe, daß Verhandlungen im Gange seien. Dem österreichischen Geschäftsträger ** hat der Botschafter gesagt, er glaube, daß seine Regierung gute Miene zum bösen Spiel machen werde. Im übrigen würde dieselbe auch kaum anders können, da sie ja bereits erklärt habe, nicht die Absicht zu haben, die Mandschurei zu annektieren.

Lord Salisbury begibt sich heute abend zur Königin nach Balmoral, um etwaige Änderungen in der Verteilung der Rollen im Kabi-

---

* Vgl. das bei Eckardstein a. a. O. Bd. II, S. 202 auszugsweise mitgeteilte Schreiben des Herzogs von Devonshire an ihn.

** Graf Mensdorff-Pouilly.

nett zu besprechen, und kehrt erst Ende dieser oder Anfang nächster Woche von Schottland zurück. Welches die Änderungen sein werden, steht noch nicht fest. Es verlautet aber, daß Lord Lansdowne und Cadogan gehen oder andere Posten erhalten, daß Brodrick ein Portefeuille im Kabinett erhält und Wyndham sein Nachfolger als parlamentarischer Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten wird *. Daß Chamberlain Kolonialminister bleibt, ist bereits bestimmt.

Eckardstein

Nr. 4746

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Petersburg Grafen von Pückler

Telegramm. Konzept

Nr. 222 Berlin, den 23. Oktober 1900

Falls morgen beim Empfange Herr Basily ** die Initiative zur Besprechung des deutsch-englischen Abkommens nimmt, wollen Ew. pp. ihm die im diesseitigen Telegramm Nr. 137 vom 28. Juli *** übermittelte Anregung ins Gedächtnis rufen, wo hervorgehoben war, daß eine gemeinschaftliche Behandlung nicht nur der mit dem Jangtse zusammenhängenden Einzelfragen, sondern auch der Jangtsefrage im ganzen dem Interesse der Mächte entsprechen würde. Die in dem Telegramm des Fürsten Radolin 233 vom 30. Juli wiedergegebene offene und unzweideutige Antwort des Grafen Lamsdorff † ließ uns jedoch keinen Zweifel darüber, daß auf russische Mitwirkung bei der Wahrung unserer Jangtseinteressen nicht zu rechnen sei. Wir waren also auf uns allein angewiesen. Daß die jetzt nach monatelangen Verhandlungen zustande gekommene Vereinbarung uns keine Verbindlichkeiten auferlegt, welche unsere guten Beziehungen zu Rußland beeinträchtigen könnten, ergibt sich aus dem Wortlaute, welcher nicht mißzuverstehen ist. Geheime Artikel sind nicht vorhanden.

Richthofen

---

* Von diesen Gerüchten war so viel richtig, daß der bisherige Staatssekretär des Krieges Marquis of Lansdowne an Lord Salisburys Stelle das Auswärtige übernahm, und daß der bisherige Parlamentsunterstaatssekretär des Auswärtigen Brodrick das Staatssekretariat des Krieges erhielt. Dagegen behielt Earl Cadogan seinen Posten als Generalgouverneur für Irland, während der bisherige Parlamentsunterstaatssekretär des Krieges Wyndham Chefsekretär für Irland wurde.

** Vertreter des interimistischen Leiters des russischen Ministeriums des Äußern Grafen Lamsdorff.

*** Siehe Nr. 4702.

† Siehe Nr. 4705.

Nr. 4747

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pückler an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 363 St. Petersburg, den 29. Oktober 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 361 *.

Text der russischen Antwort lautet wörtlich:

„L'arrangement conclu entre l'Allemagne et l'Angleterre ne modifie pas sensiblement, à notre point de vue, la situation en Chine.

Le point I de cet accord, stipulant » que les ports situés sur les fleuves et sur le littoral de la Chine partout où les deux Gouvernements exercent leur influence, restent libres et ouverts au commerce», peut être accueilli favorablement par la Russie, cette stipulation ne portant aucune atteinte au status quo établi en Chine par les traités existants.

Le point II répond d'autant plus aux intentions de la Russie que, dès le début des complications actuelles, elle a été la première à poser le maintien de l'intégrité du Céleste Empire comme principe fondamental de sa politique en Chine.

Quant au point III relatif à l'éventualité d'une atteinte qui serait portée à ce principe fondamental le Gouvernement Impérial en se référant à sa circulaire du $^{12}/_{25}$ août ne peut que renouveler la déclaration qu'une pareille atteinte obligerait la Russie de modifier son attitude selon les circonstances.

Le point IV n'exige aucun commentaire."

Im Augenblicke der Mitteilung hatte ich den meinerseits übergebenen französischen Text nicht zur Hand, nahm aber nachträglich Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, daß der in der russischen Antwortnote zu Punkt I in Anführungszeichen wiedergegebene Partizipialsatz: « stipulant que . . . » usw. den diesseits übergebenen Text nicht nur kürze, sondern auch dem Sinne nach verändere. Herr Basily erwiderte verlegen, er werde Graf Lamsdorff, welcher im Besitze unseres Textes sei, telegraphisch von meiner Rektifizierung verständigen. Ich habe dies auch dem englischen Geschäftsträger mitgeteilt, welcher von vorstehendem Unterschied sich ebenfalls überrascht gezeigt hatte.

Pückler

---

* Mittels Telegramm Nr. 361 vom 29. Oktober hatte Graf Pückler den wesentlichen Inhalt der russischen Antwort auf die Mitteilung des deutsch-englischen Jangtseabkommens gemeldet.

Nr. 4748

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat Berlin, den 30. Oktober 1900

Zu der russischen und amerikanischen Antwort *.

Jetzt kommt die Frage, ob wir Rußland und Amerika noch besonders einladen, also besser behandeln wollen, als z. B. Österreich und Italien, die schon zugestimmt haben. Ich bin eigentlich nicht dafür. Die Einladung an Rußland würde vielleicht dem Zwecke dienen, die verkrüppelte Wiedergabe des Artikel I in der jetzigen russischen Antwort ** außer Kraft zu setzen und eine neue Antwort zu provozieren.

Mir würde es indessen am praktischsten scheinen, wenn wir und England einfach erklärten, daß Rußland keine Bedenken gegen die offen dargelegten leitenden Gesichtspunkte des Abkommens erhoben hat, und daß wir davon mit Befriedigung Akt nehmen. Einwendungen hat Rußland in der Tat nicht gemacht, aber als „Zustimmung" betrachtet scheint mir die Antwort ungenügend wegen der unvollständigen Wiedergabe des Artikel I. Die Zustimmung würde nicht den ganzen Artikel I decken. Falls Sie andrer Ansicht sind und finden, daß wir ohne Einengung des Abkommens von russischer Zustimmung reden können, ist es mir um so lieber. Der Reichskanzler legt natürlich hohen Wert auf den Modus vivendi mit Rußland, will aber andrerseits das Abkommen und dessen Wirksamkeit nicht beeinträchtigt sehen.

In Summa würde es mir das Beste scheinen, wenn wir keinen weiteren Gedankenaustausch mit Rußland und Amerika hätten, sondern uns mit der aus den Antworten sich ergebenden „Übereinstimmung der Ansichten in den leitenden Grundsätzen" befriedigt erklärten. Artikel III enthält überhaupt keine Grundsätze, sondern ist seiner ganzen Natur nach opportunistisch.

In dem Brief an Osten-Sacken vom 17. Dezember 97 *** ist nichts, was uns nach England hin schiefstellen könnte. Es fragt sich, ob Sie den Brief nicht dort zeigen, da es die Russen vielleicht ihrerseits tun. Wir billigen den Russen Port Arthur zu, betrachten Neutralisierung des Jangtse als Zukunftsideal und machen im übrigen

---

* Die amerikanische Antwort auf die Mitteilung des deutsch-englischen Jangtseabkommens hatte wesentlich freundlicher gelautet als die russische (vgl. Nr. 4747); immerhin hatte sie es gleich der russischen abgelehnt, zu Artikel III des Abkommens Stellung zu nehmen.

** Vgl. Nr. 4747.

*** Siehe Bd. XIV, Kap. XC, B Nr. 3734. Vgl. Nr. 4699, Fußnote *.

allgemeine Redensarten. Das Mißtrauen gegen England bei Besprechung der Zollverwaltung war durch unsere damaligen Beziehungen erklärt und gerechtfertigt. Dieses Mißtrauen soll eben der jetzige Vertrag beseitigen helfen, und gerade das möchten die Russen stören; ich würde es als Russe ebenso machen.

Holstein

Nr. 4749

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 31. Oktober 1900

An besondere Einladung der Russen und Amerikaner oder anderer scheint Lord Salisbury nicht zu denken, und ich habe es daher vorläufig vermieden, diesen Punkt zu erwähnen. Eine solche Einladung scheint mir ganz überflüssig, und sie würde Rußland gegenüber sogar nicht unbedenklich sein, falls die Antwort auf die Anfrage des Herrn Basily bei Graf Lamsdorff nach hiesiger Auffassung unbefriedigend ausfällt. Lord Salisbury wünscht zwar durchaus keine Schwierigkeiten mit Rußland; aber ich glaube nicht, daß er im Hinblick auf spätere parlamentarische Veröffentlichungen sich dazu bewegen ließe, eine unrichtige Interpretation des Abkommens, wie sie jetzt russischerseits versucht worden ist, zu akzeptieren. In unserem Interesse scheint es mir daher geraten, den Zwischenfall möglichst totzuschweigen und uns mit der russischen Antwort stillschweigend zu begnügen, die wir nachher, wenn es darauf ankommt, immer als allgemeine Zustimmung zu den Grundsätzen des Abkommens interpretieren können.

Hatzfeldt

Nr. 4750

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin***

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters von Treutler

Nr. 792 Berlin, den 17. November 1900

Ew. wollen die Anlage, durch welche der Empfang der Antwort auf die Mitteilung des deutsch-englischen Abkommens bestätigt wird, in Übersetzung an die geeignete Stelle gelangen lassen.

Bülow

---

* Hier des Zusammenhangs halber angeschlossen.

** Hier des Zusammenhangs wegen eingeordnet. Entsprechende Erlasse ergingen an die Botschaften in Paris und Washington.

Anlage

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat auf die Mitteilung des zwischen ihr und der Regierung Ihrer Britischen Majestät hinsichtlich der Freiheit der chinesischen Häfen und der Integrität des Chinesischen Reiches vereinbarten Abkommens die Antwort der Regierung Seiner Majestät des Kaisers aller Reußen mit Dank erhalten, und konstatiert mit Befriedigung, daß die in dem erwähnten Abkommen zum Ausdruck gebrachten Grundsätze im allgemeinen auch dort geteilt werden*.

Nr. 4751

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 436 Berlin, den 31. Oktober 1900

Zu diesseitigem Telegramm Nr. 423**.

Ew. sind ermächtigt, dort mitzuteilen, daß Seine Majestät, allerhöchstwelchem ebenfalls über die Fahrt des Panzergeschwaders nach Nanking nichts bekannt war, den Feldmarschall angewiesen hat, eine Aktion im Jangtse zunächst nur nach Verständigung mit dem englischen Befehlshaber und bei ungefähr gleich starker englischer Beteiligung zu unternehmen.

Allerdings geht dieser Befehl von der Voraussetzung aus, daß nicht etwa auf englischer Seite prinzipielle Bedenken gegen j e d e s Zusammengehen mit Deutschland im Jangtse sich bemerkbar machen. Falls letztere unerfreuliche Tatsache unzweideutig in die Erscheinung treten sollte, aber erst dann, würden wir zu erwägen haben, ob nicht zur Durchführung der politischen Aufgaben der Gegenwart, wie z. B. Schutz der beiden gutgesinnten Vizekönige, das zeitweilige Zusammengehen mit einer dritten Macht, z. B. Frankreich, für uns geboten ist.

B ü l o w

---

* Vgl. auch die Reichstagsrede Graf Bülows vom 19. November, in der er bei ausführlicher Darlegung der Motive und der Tendenz des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober ebenfalls feststellte, daß die anderen Mächte sich mit den leitenden Grundsätzen des Abkommens einverstanden erklärt hätten.

** Laut Telegramm an Graf Hatzfeldt Nr. 423 vom 28. Oktober hatte der englische Botschafter in Berlin zur Sprache gebracht, daß das deutsche Panzergeschwader den Jangtse hinauf nach Nanking fahre, und nach den Gründen für diese Demonstration gefragt. Das Auswärtige Amt, das von einem Vorgehen des Geschwaderchefs nichts wußte, fragte sofort bei dem Generalkonsul in Schanghai Knappe dieserhalb an. Das Gerücht war auch, wie eine Meldung des Generalkonsuls vom 29. Oktober erweist, unbegründet.

Nr. 4752

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 112 Berlin, den 30. Oktober 1900

Der Kaiserliche Botschafter in London meldete am 27. d. Mts.:

„Unterstaatssekretär teilt mir im Auftrage Lord Salisburys mit, daß folgendes Arrangement in bezug auf nordchinesische Eisenbahn* Wunsch englischer Regierung entsprechen würde:

Bezüglich Wiederherstellung und Betrieb soll ganze Linie englischem Chefingenieur Kinder und seinem Personal übergeben werden.

Militärische Kontrolle soll Grafen von Waldersee zustehen, und die Linie für Truppen sämtlicher verbündeten Mächte ohne Unterschied verfügbar sein.

Was englische Rechtsansprüche auf Eisenbahnlinie betrifft, so hat Unterstaatssekretär geäußert, daß kein Zweifel in bezug auf dieselben bestehen könne, da Linie mit englischem Kapital gebaut und durch das seitens der Aktionäre eingesetzte Beamtenpersonal betrieben werde. Wenn Eisenbahn auch nominell Titel einer Kaiserlich Chinesischen führe, so habe Rußland darum noch lange kein Recht gehabt, Linie ohne weiteres zu annektieren, zumal letzteres ausdrücklich erklärt habe, sich nicht im Kriegszustand mit China zu befinden. Wie mir Unterstaatssekretär ferner sagt, hat Besuch des Grafen Waldersee bei Sir Claude MacDonald sowie die bei dieser Gelegenheit stattgehabte Auseinandersetzung hier den unangenehmen Eindruck des vom Feldmarschall erlassenen Armeebefehls vom 18. d. Mts. etwas verwischt. Trotzdem herrsche in Regierungskreisen immer noch starke Verstimmung, welche mit großer Mühe bis jetzt noch von der öffentlichen Meinung ferngehalten worden sei.“

Infolgedessen ist heute dem Feldmarschall vom Chef des Generalstabes telegraphiert worden: „Seiner Majestät dem Kaiser würde es im Interesse unserer Gesamtpolitik sehr erwünscht sein, wenn der Graf eine authentische Interpretation des zwischen ihm und den Russen geschlossenen Übereinkommens herbeiführen könnte, des Inhalts, daß politische und private Rechte dritter Interessenten an fraglichen Eisenbahnlinien durch Übereinkommen nicht berührt würden, daß dasselbe vielmehr lediglich militärische Verhältnisse im Operationsgebiete regle. Seine Majestät wünsche, daß der Feldmarschall alles tue, um, unter Wahrung guter Beziehung zu Russen, englische, besonders bei Gaselee bestehende Verstimmung zu beseitigen. Der Feldmarschall ist an

* Vgl. Nr. 4737, 4740, 4741 und die zusammenfassende Übersicht in Nr. 4757.

Ew. gewiesen, um über Einzelheiten in der Stellung der englischen Regierung in der Eisenbahnfrage orientiert zu werden."

Richthofen

Nr. 4753

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 224 — Berlin, den 9. November 1900

Euerer Majestät Geschäftsträger in St. Petersburg** meldet: „Englische Regierung, welche seit Wochen Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf von russischen Truppen an Bahnlinie Niutschwang—Schanhaiguwan begangene Unregelmäßigkeiten gelenkt, aber keine befriedigende Antwort erhalten hatte, hat, wie mir Geschäftsträger Hardinge vertraulich sagt, am 3. d. Mts. hier formelles Verlangen gestellt, daß erstens das in Niutschwang beschlagnahmte Eisenbahnmaterial den englischen Eigentümern zurückgegeben; zweitens die Verwaltung der Bahnstrecke dem Vertrage von 1899 gemäß den Engländern wieder übergeben werde [1], und zwar unter Kontrolle des Feldmarschalls Grafen von Waldersee für Provinz Petschili. Antwort, meint Hardinge, sei noch nicht gegeben und bereite russischer Regierung viel Verlegenheit. Graf Lamsdorff hat Rückkehr von Livadia verschoben. Vermutung liegt nahe, daß hierfür kaiserlicher Wunsch maßgebend gewesen, in der sonst ausschließlich militärischen Umgebung den Leiter der äußeren Politik nicht zu missen." Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Das Verlangen ist billig und muß berücksichtigt werden. Ebenso aber müssen unserer Gläubiger der Delagoa Bahn Wünsche erhört werden! W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Sehr gut!

Nr. 4754

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 — Peking, den 9. November 1900

General Linewitsch in Tientsin hat offiziös dem englischen Chef des Generalstabes General Barrow mitgeteilt, daß Eisenbahn Schanhaiguan—Jangtsun mir übergeben werden soll. Die russischen Truppen würden bis auf 2 Kompagnien in Tientsin und 2 in Tangschan

* Nebst den drei folgenden Schriftstücken des Zusammenhangs halber hier eingereiht.
** Graf Pückler.

nach Mandschurei zurückgezogen. Ich habe General Lessel Anweisung gegeben, Linewitsch nach Richtigkeit dieser Nachricht zu fragen, und ich beabsichtige, bejahendenfalls Betrieb ganzer Strecke den Engländern zu übergeben unter der Bedingung, daß Bahn unter militärischer Kontrolle steht und allen Nationen gleichmäßig dient[1]*.

Waldersee

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe des Schriftstücks:
Antwort an S[eine] Ex[zellenz] den Feldmarschall: Einverstanden!

Wilhelm I R.

Randbemerkung des Kaisers:
[1] Einverstanden

Nr. 4755

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 144 Berlin, den 12. November 1900

Rußland, welches nach Petersburger Meldung von Reuter „englischem Drucke weichend" in Eisenbahnfrage nachgibt, wird jetzt das Zurückweichen verdecken wollen, indem es ganz Tschili räumt. Auf diesen naheliegenden Zusammenhang werden Ew. und Gesandtschaftspersonal, sobald Frage aktuell ist, gesprächsweise hindeuten können, gegenüber etwaigen Versuchen, zur Rettung des russischen Prestige die Räumung als Ausdruck von Gereiztheit gegen deutsches Oberkommando zu frisieren. Namentlich ist Aufklärung von solchen Preßvertretern, die nicht von vornherein auf die gegnerische Darstellung eingeschworen sind, wünschenswert, behufs Neutralisierung des russischen — und vielleicht auch englischen — Bestrebens, Deutschland als Puffer und Sündenbock vorzuschieben.

Richthofen

Nr. 4756

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II, z. Z. in Neudeck***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 234 Berlin, den 19. November 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in London meldet ganz vertraulich:

---

* Vgl. auch Kaiser Wilhelms II. Antwort an Graf Waldersee vom 11. November 1900 Denkwürdigkeiten Graf Waldersees a. a. O. III, 46.
** Nebst dem folgenden Schriftstück des Zusammenhangs halber hier eingereiht.

„Mit der russischen Antwortnote ist man hier durchaus nicht zufrieden. Dieselbe besagt, daß Rußland, nachdem es die Strecke Jangtsun—Peking bereits dem Grafen Waldersee übergeben habe, den übrigen Teil der gesamten Linie bis Schanhaiguan bei Evakuierung der Provinz Tschili demselben ebenfalls allmählich überlassen werde. Was der Feldmarschall dann weiter damit tun werde, sei der russischen Regierung nicht bekannt [1]. Rußland habe die Eisenbahnlinie in Tschili aus militärischen Gründen besetzt, repariert [2] und in Betrieb gehalten, und habe dadurch sehr bedeutende Unkosten gehabt. Die russische Regierung bestände daher auf Rückzahlung dieser Beträge und werde die Linie Schanhaiguan—Niutschwang so lange weiter in Besitz behalten, bis dieselbe erfolgt sei. — Wie mir der Unterstaatssekretär sagt, hat diese Note, welche im übrigen auch in sehr wenig höflichem Tone gehalten ist, beim hiesigen Kabinett sehr starke Verstimmung hervorgerufen. Denn in dem russisch-englischen Eisenbahnvertrage vom April 1899 sei speziell hervorgehoben, daß England die finanzielle Kontrolle der Eisenbahn Schanhaiguan—Niutschwang behalten solle, während der Betrieb nominell der chinesischen Regierung zu übertragen sei. Rußland habe daher kein Recht, diese Linie als Pfand für etwaige Unkosten, die ihm durch Betrieb der ungerechtfertigterweise beschlagnahmten Eisenbahnen der Provinz Tschili erwachsen seien, zu behalten. Auch sei in der russischen Note keine Antwort in bezug auf das der englischen Firma Jardine Matheson & Co. gehörige Eisenbahnmaterial für fünfzig Meilen, welches von den russischen Militärbehörden in Niutschwang beschlagnahmt und nach der Mandschurei fortgeschafft sei, gegeben worden. — Im heutigen Kabinettsrat ist beschlossen worden, eine neue sehr starke Note in dieser Frage in St. Petersburg übergeben zu lassen."

Hiernach dürfte die Spannung zwischen Rußland und England in nächster Zeit eine Steigerung erfahren, wenn auch bei dem Charakter der leitenden Persönlichkeiten und mit Rücksicht auf die russisch-englischen Familienbeziehungen eine schließlich friedliche Erledigung des Streites kaum zu bezweifeln ist [3]. Der Generalfeldmarschall Graf von Waldersee hat meines ehrfurchtsvollsten Erachtens keinen Anlaß, in diesem Streite, bei dem es sich um die Auslegung des russisch-englischen Eisenbahnvertrags von 1899 handelt, irgendwie zu intervenieren [3]. Er hat erklärt, zunächst daß die von ihm hinsichtlich der Bahn getroffenen Verfügungen lediglich militärischen Zwecken dienen und weder politische noch Privatrechte berühren; ferner daß er die Bahn, sobald die Russen sie ihm übergeben, den Engländern überlassen wird. Damit hat er alles getan [4], was englischerseits von ihm erwartet werden konnte. — Bei der weiteren russisch-englischen Auseinandersetzung wird er aus der Zuschauerrolle nicht herauszutreten brauchen. Je reservierter und anscheinend indifferenter wir

uns gegenüber diesem ohne unser Zutun entstandenen englisch-russischen Zwiste verhalten, um so weniger erleichtern und befördern wir eine Versöhnung und Verständigung zwischen den beiden streitenden Teilen, an der wir kein Interesse haben.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gelogen
[2] noch lange nicht alle!
[3] richtig
[4] ja
Bemerkung des Kaisers am Fuß des Schriftstücks:
Einverstanden W.

Nr. 4757

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet

Eigenhändig

Berlin, den 11. Dezember 1900

Als das deutsche Oberkommando mit dem Eintreffen des Generalfeldmarschalls Grafen von Waldersee ins Leben trat, befand sich die von Peking über Jangtsun und Tangku führende, größtenteils zerstörte Eisenbahn bis Schanhaiguan an der Grenze von Tschili im tatsächlichen Besitz der russischen Truppen. Graf Waldersee erzielte im Wege der Vereinbarung mit den russischen Truppenführern, daß ihm die Strecke Peking—Jangtsun überlassen wurde. Die Strecke Jangtsun bis Schanhaiguan dagegen verblieb im Besitz der Russen, welche die Strecke Jangtsun bis Tangku bereits wieder in Betrieb gebracht hatten und die Wiederherstellung des Restes der Strecke (von Tangku bis Schanhaiguan) übernahmen. Die Wiederherstellung der Strecke Jangtsun bis Peking wurde durch deutsche, englische und japanische Truppen unter gemeinsamer, vom Oberkommando eingesetzter Leitung in Angriff genommen.

Mit dieser Regelung war man englischerseits nicht ganz zufrieden. Man wünschte, daß die Strecke Jangtsun bis Schanhaiguan der früheren englischen Verwaltung wieder zurückgegeben würde. Ferner beschwerten sich die englischen Kapitalisten, mit deren Geld die Bahn seinerzeit gebaut war, über eine noch von der russischen Verwaltung für die Strecke Jangtsun bis Peking getroffenen und von Graf Waldersee übernommenen Abmachung mit der Hankau-Peking-Bahn, wonach diese das Material für die Wiederherstellung der Strecke Peking—Jangtsun liefern und dafür auf der Linie von Peking nach Tientsin und von dort an der Küste entlang gewisse Vergünstigungen genießen sollte.

Diese englischen Reklamationen erscheinen, soweit sie sich gegen das Verfahren des deutschen Oberkommandos richten, nicht gerechtfertigt, und es hat daher unsererseits zur Erfüllung der englischen Wünsche nichts veranlaßt werden können.

Die Dispositionen des Grafen Waldersee sind lediglich aus militärischen Rücksichten getroffen worden und haben, wie der Feldmarschall in einem Armeebefehl ausdrücklich verkündet hat, nur für die Dauer der militärischen Aktion Geltung. Über diese Zeit hinaus werden Privatrechte nicht berührt. Die aus militärischen Gründen erforderliche schnelle Wiederherstellung der Bahn Jangtsun bis Schanhaiguan war von den Russen bereits in Angriff genommen worden. Für uns bestand kein hinreichender Grund zu Schritten, um ihnen diese Aufgabe wieder abzunehmen. Militärisch kam es nur auf die Wiederherstellung an, von wem diese erfolgte, war militärisch gleichgültig.

Von dem gleichen Gesichtspunkt aus hat auch der deutsche Oberbefehlshaber die ihm bereits als fait accompli vorliegende Abmachung mit der Leitung der Peking-Hankau-Bahn als den militärischen Interessen aller Verbündeten nützlich bestätigt und die dabei etwa berührten Privatrechte und -ansprüche späterer diplomatischer Regelung vorbehalten.

Es wird Sache Englands und Rußlands sein, sich über die Eisenbahnverhältnisse in Nordchina auseinanderzusetzen. Für Deutschland ist kein Anlaß, dabei aus seiner neutralen Stellung herauszutreten.

Klehmet

Nr. 4758

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 263 Peking, den 7. November 1900

Konsulatsverweser Tientsin* telegraphiert: „Russisches Konsulat mitteilt durch Zirkular, daß Linewitsch linkes Peiho-Uferterrain gegenüber den europäischen Niederlassungen als erobertes Eigentum der russischen Truppen beschlagnahmt.“

Dauernder Rechtstitel scheint mir durch diese einseitige Erklärung nicht geschaffen.

Werde Auffassung maßgebender Kollegen drahten.

Mumm

---

* Zimmermann.

Nr. 4759

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 271 Peking, den 8. November 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 263*.

Da englischer Gesandter russische Beschlagnahme ruhig hinnehmen will[1], werde auch ich mich mangels anderer Weisung darauf beschränken, etwaige Eigentumsrechte deutscher Staatsangehöriger zu wahren. Mumm

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Höchst charakteristisch!

Nr. 4760

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 272 Peking, den 9. November 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 271**.

Konsulatsverweser Tientsin telegraphiert: „Belgischer Konsul mitteilt durch Zirkular, daß er im Auftrage der Gesandtschaft von einem ein Kilometer langen Gebiet auf dem linken Peihoufer unterhalb des durch Russen beschlagnahmten Landes Besitz ergriffen habe."

Habe Zimmermann beauftragt, gleichen Vorbehalt wie bei russischer Okkupation zu machen.

Mumm

Nr. 4761

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 141 Berlin, den 10. November 1900

Vorantwort auf Telegramme Nr. 263, 271, 272***.

Es ist nicht Deutschlands Sache, die Frage anzuregen, ob derartige Maßnahmen nicht geeignet sind, die einheitliche Aktion, welche

---

* Siehe Nr. 4758.
** Siehe Nr. 4759.
*** Siehe Nr. 4758 bis 4760.

durch die Beratungen der Mächte in Peking erst noch zum Ausdruck kommen soll, in einem lächerlichen Lichte erscheinen zu lassen. Ew. Meldungen über Haltung, Vorschläge bzw. Schritte der übrigen Interessenten erwarte ich mit Interesse. Sondieren Sie zunächst vorsichtig, ob und welche Anhänger die — von Ihnen als persönliche Ansicht zu gebende — Anschauung dort findet, daß Belgiens Vorgehen kaum vereinbar mit seiner Neutralität ist.

Richthofen

Nr. 4762

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 771 London, den 20. November 1900

Sir Ernest Satow meldet, belgischer Gesandter habe ihm mitgeteilt, daß er im Auftrage seiner Regierung den belgischen Konsul in Tientsin angewiesen habe, die Frage einer belgischen Aneignung von Land ganz und gar fallen zu lassen. Man vermutet hier, daß Rußland, welches gefürchtet habe, Belgien könne in der Aneignungsfrage zu weit gehen, dasselbe zur Aufgabe dieses Projekts unterderhand veranlaßt habe.

In der Frage der russischen Aneignung wartet man immer noch nähere Nachrichten ab, will aber, falls sich herausstellen sollte, daß wirklich englische Interessen dadurch geschädigt werden, sehr energische Vorstellungen in Peking machen.

Hatzfeldt

Nr. 4763

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 797 London, den 30. November 1900

Unterstaatssekretär sagt mir ganz vertraulich, daß dem englischen Botschafter in St. Petersburg im Auswärtigen Ministerium betreffs der russischen Aneignung in Tientsin beruhigende Erklärungen gegeben worden seien. Die Aneignung sei hiernach durchaus vorübergehender Natur.

Ein endgültiger Beschluß über hiesige Stellungnahme in dieser wie in der belgischen Aneignungsfrage scheint noch nicht gefaßt zu sein.

Hatzfeldt

* Hier eingereiht, des Zusammenhangs halber.

Nr. 4764

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 506 Berlin, den 22. November 1900

Zu eventueller Besprechung.

Auf Wunsch hiesiger Marineleitung ist Graf Waldersee ermächtigt worden, falls dort keine Bedenken vorliegen, unserer Panzerflotte eine Fahrt den Jangtse hinauf zu gestatten*. Ein politischer Anlaß, der Fahrt entgegenzutreten, lag nicht vor, da einerseits das englisch-deutsche Abkommen uns gegen Mißdeutungen schützt und andererseits bereits sieben englische Schiffe sich am oberen Jangtse befinden und auch der französische Admiral mit einem Panzer hinaufgefahren ist.

Der Kaiserliche Generalkonsul** hat bei seiner Anwesenheit in Nanking die Errichtung einer konsularischen Vertretung daselbst angebahnt.

Richthofen

Nr. 4765

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 779 London, den 22. November 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 506***.

Als ich heute Inhalt des Telegramms sowohl mit Lord Lansdowne als auch dem Unterstaatssekretär besprach, zeigten sich dieselben

---

* Vom 15. bis 18. November hatte bereits Konteradmiral Geißler an Bord des Linienschiffs „Kurfürst Friedrich Wilhelm" in Begleitung des Generalkonsuls in Schanghai Dr. Knappe eine Fahrt den Jangtse hinauf nach Nanking zwecks Errichtung einer konsularischen Vertretung daselbst unternommen. Der tiefe Eindruck, den diese Fahrt des deutschen Kriegsschiffes auf die chinesische Bevölkerung machte, ließ bei der Marineleitung den Wunsch entstehen, die Fahrt mit dem gesamten vor der Mündung des Jangtse liegenden deutschen Panzergeschwader zu wiederholen. Feldmarschall Graf Waldersee, bei dem dieserhalb vom Chef des Admiralstabes von Diederichs angefragt wurde, telegraphierte zurück: „Gegen die Sendung der Linienschiffsdivision den Jangtse hinauf ist nichts einzuwenden, falls nicht bald eine Verwendung gegen die Wusungforts oder Tschifu bevorsteht." Über die damit von neuem aufgerollte Frage eines Angriffs auf Tschifu vgl. Nr. 4766 ff.

** Knappe in Schanghai.

*** Siehe Nr. 4764.

unter Hinweis auf meine am 31. v. Mts. (siehe Tel. Nr. 436* und Antworttelegramm Nr. 705) gemachten Mitteilungen überrascht und bemerkten, daß die seinerzeit von englischem Generalkonsul in Schanghai erstatteten Meldungen demnach wohl auf Richtigkeit beruht hätten. Der Minister betonte ferner, daß er, wie er mir bereits wiederholt versichert, durchaus für ein Zusammengehen mit Deutschland in allen chinesischen und sonstigen Fragen sei und seine ganze Kraft, soweit es von ihm abhänge, daransetzen werde, um dementsprechend zu handeln. Gegenwärtig könne er jedoch keinen Grund zu einer Flottendemonstration im Jangtse sehen. Die sich am oberen Jangtse befindenden englischen Kanonenboote seien gewissermaßen Stationäre für die verschiedenen Handelszentren. Die Entsendung einer deutschen Panzerflotte den Jangtse hinauf, welche er, falls es sich um die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion handeln sollte, sicherlich mit Freuden begrüßen werde, würde jedoch im gegenwärtigen Moment weiter nichts zur Folge haben, als die loyalen Vizekönige mißtrauisch zu machen, sowie auch Rußland zu einem gleichen Vorgehen zu veranlassen.

Ich kann nicht umhin, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß ich dem hiesigen Kabinett gegenüber immer noch damit zu kämpfen habe, das gegen den Grafen Waldersee bestehende Mißtrauen zu beseitigen. Dazu kommt, daß Rußland keine Gelegenheit vorübergehen läßt, uns hier nicht nur durch seine offiziellen Vertreter bei der Regierung, sondern auch durch seine geheimen Agenten in der Presse zu verdächtigen, und es ist mir durchaus nicht zweifelhaft, daß die gegenwärtig beabsichtigte Entsendung eines deutschen Panzergeschwaders den Jangtse hinauf russischerseits sofort benutzt werden wird, um das hier immer noch nicht ganz erloschene Mißtrauen gegen uns wieder aufzuleben**.

Hatzfeldt

Nr. 4766

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Chef des Admiralstabs Vizeadmiral von Diederichs

Konzept

Berlin, den 23. November 1900

Aus Ew. pp. Schreiben vom 20. d. Mts. und aus Mitteilungen des Grafen Waldersee an den Gesandten von Mumm ersehe ich, daß

* Siehe Nr. 4751.

** Auf die von Graf Hatzfeldt gegen die Entsendung des Panzergeschwaders nach Nanking geltend gemachten Bedenken unterblieb dieselbe. Vgl. Nr. 4767, ferner die allerdings vielfach irrigen Angaben bei Eckardstein a. a. O. II, 211 f. Von einer Weigerung Freiherrn von Eckardsteins, eine ihm in der fraglichen Angelegenheit erteilte offizielle Instruktion auszuführen, kann nach Ausweis der Akten keine Rede sein.

unter den militärischen Ressorts die Frage eines Angriffs auf Tschifu und auf die Jangtsebefestigungen von Wusung bis Nanking* erörtert wird. Indem ich die militärischen Gesichtspunkte dem Feldmarschall überlasse, welcher an Ort und Stelle übrigens auch in der Lage ist, das Ineinandergreifen der militärischen und der politischen Momente zu beobachten, beschränke ich mich ausschließlich auf die Beurteilung dieser letzteren. Ich komme dabei zu dem Schlusse, daß das in Frage stehende militärische Vorgehen sehr erhebliche politische Nachteile zur Folge haben würde. Der Generalgouverneur von Schantung hat ebenso wie die beiden Vizekönige im unteren Jangtsegebiet sich der Boxerbewegung mit aller Energie entgegengestellt und wir haben es ihm zu verdanken, wenn in der Provinz Schantung, soviel bekannt, kein einziger von den zahlreich dort anwesenden Deutschen ermordet worden ist. Die Okkupation von Tschifu würde den Sturz des Generalgouverneurs Yuan-Schi-Kai, ebenso wie ein Angriff im Jangtse den Sturz der dortigen beiden Vizekönige zur unmittelbaren Folge haben, die Unruhe im Innern der Provinz sowie auch in den daranstoßenden Gebieten würde in einem nicht im voraus zu taxierenden Umfange sich steigern und die bei diesem Angriff zuschauenden Mächte würden in unserem Vorgehen eine Bestätigung des Verdachtes erblicken, daß von deutscher Seite gerade das geschieht, was am meisten geeignet ist, die Wiederherstellung der Ordnung in China zu verhindern. Die politischen Wahrnehmungen der letzten Zeit lassen darüber keinen Zweifel, daß England eine entschiedene Abneigung gegen jedes kriegerische Vorgehen außerhalb der Provinz Tschili hat. Sollte es sich gleichwohl wider Erwarten an einem Angriff gegen Tschifu oder gegen Wusung beteiligen wollen, so würde ich daraus auf die feste Absicht der Engländer schließen, jene Positionen nicht uns allein zu überlassen, sondern sie mit uns zusammen und mindestens ebensolange wie wir besetzt zu halten, womöglich länger.

Als Ergebnis unseres Vorgehens würden wir also eine Verschlechterung unserer politischen und, wie ich annehmen möchte, unserer militärischen Lage zu verzeichnen haben. Denn es dürfte doch wohl als Axiom gelten, daß es unter allen denkbaren Verhältnissen leichter sein wird, den Chinesen als den Engländern eine von ihnen besetzte Position abzunehmen.

---

* Die Wegnahme von Tschifu war schon im Juli 1900 unter dem unmittelbaren Eindruck der Nachricht von der Ermordung des Gesandten Freiherrn von Ketteler beschlossen, jedoch aus marinetechnischen Bedenken ausgesetzt worden; der Gedanke war indessen seither wiederholt im Zusammenhang mit den militärischen Ereignissen in China neu aufgetaucht, wurde aber von Feldmarschall Graf Waldersee im Hinblick auf die winterlichen Schiffahrtsverhältnisse auf den März 1901 verschoben. Vgl. Nr. 4764, Fußnote * und Nr. 4778, Fußnote ***. Ausführliche Mitteilungen über die Genesis und das Wiederaufleben des Gedankens in den Denkwürdigkeiten Graf Waldersees a. a. O. III, 6, 54 ff., 57 ff.

Der springende Punkt im deutsch-englischen Chinaabkommen ist, daß England dadurch verhindert wird, sich an strategischen Punkten festzusetzen. Wir machen das Abkommen illusorisch, wenn wir selber jetzt die Engländer auffordern, strategische Punkte zu nehmen. Wie sich dann eine vorübergehende Okkupation, welche anfangs nur den Zweck der Wiederherstellung geordneter Zustände verfolgt, allmählich zu einer dauernden Besitznahme entwickelt, dafür fehlt es nicht an Beispielen auch in der neuesten englischen Geschichte. Deshalb ist es meine Überzeugung, daß wir bei dem geplanten gemeinsamen Vorgehen, sei es gegen Tschifu, sei es gegen die Jangtsebefestigungen, mehr zu verlieren als zu gewinnen haben.

Bülow

Nr. 4767

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 164 Berlin, den 23. November 1900

Antwort auf Telegramme Nr. 318 und 319 und Ergänzung meines Telegramms Nr. 160*.

Ein Angriff auf Tschifu oder auf eine Befestigung im Jangtse würde aus den dort bekannten Gründen im gegenwärtigen Augenblick, wo ein Anlaß zu solchem Vorgehen sich wenigstens von hier aus nicht erkennen läßt, politisch nicht zu rechtfertigen sein. Englands Mißtrauen würde schon durch bloße Anfrage erheblich gesteigert werden. Wenn wider alles Erwarten England bei Unternehmen sich beteiligte, so würde das nur sein, um das Recht der Mitbesetzung zu erlangen, also gerade das, was wir vermeiden müssen.

Die Wendung im Schlußsatz von Ew. pp. Telegramm 318, daß „Panzerschiffe zunächst im Jangtse unabkömmlich", läßt befürchten, daß die Spazierfahrt des Geschwaders flußaufwärts selbst auf deutscher Seite falsch aufgefaßt wird und um so leichter zu Unannehmlichkeiten irgendwelcher Art führen könnte. Falls diese Besorgnis dort geteilt werden sollte, stelle ich dem Ermessen des Feldmarschalls anheim, die Fahrt vorläufig zu inhibieren**.

Richthofen

---

* Die angezogenen Telegramme hatten den Telegrammwechsel zwischen Graf Waldersee und dem Chef des Admiralstabes von Diederichs über die eventuelle Besetzung Tschifus zum Gegenstand.

** Über den weiteren Verlauf der Dinge siehe Nr. 4778.

Nr. 4768

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Nr. 81 Peking, den 23. Dezember 1900

Behufs Verhandlung über Übergabe der Eisenbahn bis Schanhaiguan* ist der russische Oberst Keller trotz wiederholten Drängens erst 19. abends hier eingetroffen mit einem Vertragsentwurf, der unannehmbare Bedingungen, namentlich politischer Natur enthielt, wodurch den Russen der tatsächliche Besitz der Bahn bis zur vollständigen Auseinandersetzung mit China durch das Oberkommando verbürgt wäre. Ich halte rein militärischen Gesichtspunkt fest und lehne politische Bedingungen ab. Russen haben deshalb um neue Instruktion gebeten. Inzwischen werden technische Bedingungen soweit besprochen, daß daraus wesentliche Schwierigkeiten voraussichtlich nicht entstehen werden. Vor Unterzeichnung werde ich schriftliches Einverständnis der Engländer herbeiführen.

(gez.) Waldersee

Nr. 4769

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Nr. 91 Peking, den . . . .
[eingetroffen am 3. Januar 1901]

Für die Übergabe der Bahn bis Schanhaiguan ist mit den russischen Vertretern am 28.** Dezember ein Vertrag vereinbart worden, gegen den auch die Engländer keine grundsätzlichen Bedenken haben. Seitdem ist in den Unterhandlungen eine Stockung eingetreten, da die russischen Vertreter Erlaubnis zur Unterzeichnung nicht erhalten. Engalitschew führt Verzögerung auf Reise des Hofes Livadia-St. Petersburg oder auf europäische Verhandlungen zurück. Falls ich bis morgen ohne Nachricht bleibe, werde ich Kuropatkin anfragen, der am 22. November Übergabe der Bahn bis spätestens 13. Januar versprochen.

(gez.) Waldersee

---

* Vgl. Nr. 4757 ff.
** Richtig: am 26. Dezember.

Nr. 4770

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 6. Januar 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen:

Sir Frank Lascelles hat hier soeben folgende Mitteilung* übergeben: "According to the information received by Her Majesty's Government through the Imperial German Embassy in London and from the British Military Authorities in China, the Russians are prepared to surrender the intra-mural portion of the Shanhaikuan—Peking Railway, upon terms which are unsatisfactory and which would place the British in the position of simple caretakers. Her Majesty's Government also learn that the Russians intend to insist upon the retention of part of the Shanhaikuan Station, as well as of the bridge-works there, and of a large quantity of rolling-stock, all of which formed part of the security of the British bondholders, the Russians having no right to it, but desiring its retention for the benefit of the extra-mural portion of the line.

Sir Frank Lascelles has been directed by the Marquess of Lansdowne, to ask that, until Her Majesty's Government have had an opportunity of considering the terms of the Convention, Count Waldersee may be instructed not to sign it. Her Majesty's Government will be in a position to consider what reservations will be required to safeguard British interests, as soon as the text of the Convention has been communicated to them."

Mündlich stellte Sir Frank die Sache als „überaus ernst" hin und äußerte, daß, falls wir dem vorgebrachten Wunsche nicht entsprächen, die deutsch-englischen Beziehungen gründlich verschlechtert werden würden. Bliebe es bei den russischen Prätensionen, so sei ein allgemeiner Zusammenstoß [1] unvermeidlich, aus dem auch Deutschland sich nicht würde heraushalten können [2].

Der Argwohn der Engländer wegen der russischen Absichten auf die Bahn ist nach den Euerer Majestät bekannten, vertraulichen Auslassungen des Fürsten Engalitschew nicht unberechtigt. Andererseits sind die Russen ohne deutsches Zutun in den tatsächlichen, fast ausnahmslosen Besitz der Bahn gelangt. Generalfeldmarschall Graf Waldersee hat am 6. Oktober v. Js. den gemeinsamen Antrag der Generale Yamaguchi, Gaselee und Chaffee, Betrieb und Wiederherstellung der Bahn von Peking bis Schanhaiguan dem bisherigen englischen Unternehmer, Mr. Kinder, zu übertragen, aus militärischen

---

* Vom 5. Januar.

Gründen abgelehnt und in seiner Berichterstattung darauf hingewiesen, daß die Russen ohne Gewaltanwendung nicht weichen würden, hierzu aber die Engländer selbst nicht gewillt gewesen wären.

Was wir hiernach tun könnten, um die Bahn für die Engländer zu retten, ohne ihnen zuliebe einen offenen Konflikt mit den Russen auf uns zu nehmen, ist meines alleruntertänigsten Dafürhaltens von hier aus nicht leicht zu sagen. Dagegen scheint es mir politisch unbedenklich und im Interesse unserer guten Beziehungen zu England nützlich, wenn dem jetzigen Wunsche der englischen Regierung entsprechend Graf Waldersee veranlaßt werden könnte, mit der Unterzeichnung des Eisenbahnabkommens so lange zu warten, bis die englische Regierung Gelegenheit gehabt hat, ihre Einwendungen dagegen hier geltend zu machen. Eine wirkliche Entlastung der Verantwortung des Feldmarschalls würde indessen nur dadurch herbeigeführt werden können, daß man, vielleicht anknüpfend an den in dem Bericht des Feldmarschalls vom 29. Oktober erwähnten englisch-japanisch-amerikanischen Antrag vom 6. Oktober, in die Beratungen wegen der Bahn die Kommandierenden der anderen Kontingente, auch einschließlich des Franzosen, hineinzöge, damit diese aus eigener Wahrnehmung konstatieren können, ob und wie weit die Russen ohne Anwendung von Gewaltmitteln zur Nachgiebigkeit zu bringen sind. Eine noch weitere Verminderung der deutschen Verantwortung wäre es, wenn bei diesen Beratungen der Feldmarschall den Vorsitz an den nächstältesten General abgäbe und Deutschland durch den Generalstabschef* vertreten ließe. Falls bei dieser Gelegenheit sich eine Meinungsverschiedenheit herausbilden sollte zwischen den Russen einerseits, dem Amerikaner und dem Japaner andererseits, — welche letzteren beide nach Meldung des Grafen Waldersee sich der englischen Forderung am 6. Oktober schriftlich angeschlossen —, so wäre dies für das politische Gleichgewicht nicht unvorteilhaft. Um einer Ablehnung des einen oder anderen, sich an den Beratungen zu beteiligen, möglichst den Boden zu entziehen, würde als Gegenstand der Beratungen nicht die Rückgabe der Bahn an die Engländer, sondern etwa „die geeignetste und schnellste Art, den Vollbetrieb herbeizuführen und zu sichern“ anzugeben sein.

Euerer Majestät allerhöchster Erwägung darf ich sonach zusammenfassend die Gedanken ehrfurchtsvoll unterbreiten: 1. den Generalfeldmarschall anzuweisen, daß er die Abmachung mit den Russen, bei welcher es sich nach englischer Angabe auch um Übertragung englischen Privateigentums handeln soll, nicht abschließt, bevor von amtlicher englischer Seite die englischen Einwendungen geltend gemacht und auf ihre Berechtigung geprüft worden sind; 2. daß Euere Majestät dem Feldmarschall sagen, nach Allerhöchstdero Willensmeinung würde

* General Groß von Schwarzhoff.

die deutsche Verantwortung in diesem unerfreulichen englisch-russischen Streite am wirksamsten dadurch entlastet, daß der Feldmarschall unverzüglich Beratungen der Kommandierenden oder Chefs aller Nationalitäten ansetze, als deren Gegenstand etwa bezeichnet werden könnte „die wirksamste Art, den Vollbetrieb der Bahn möglichst schnell herbeizuführen und ihn zu sichern". Bei diesen Beratungen, von welchen die Erwägung der Rechtsfragen nachher kaum auszuschließen wäre, würde der Feldmarschall vielleicht nach der ersten Sitzung nach seinem Ermessen behufs weiterer Verminderung der deutschen Verantwortung sich durch den nächstältesten fremden General, und Deutschland durch den Generalstabschef vertreten lassen können.

Euere Majestät bitte ich, die getroffene Entscheidung mich huldreichst wissen zu lassen, damit ich den englischen Botschafter wegen Geltendmachung der behaupteten englischen Rechtsansprüche verständigen kann. Einstweilen habe ich geglaubt, durch Herrn von Mumm Euerer Majestät Generalfeldmarschall bitten zu dürfen *, er möge vor Schaffung eines Definitivums, sofern militärisch tunlich, Euerer Majestät weitere Befehle abwarten **. Den Bericht des Grafen Waldersee Nr. 2081 füge ich wegen der Bezugnahme auf den englisch-amerikanisch-japanischen Antrag vom 6. Oktober hier wieder bei.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 7/I 1901 W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Höchstens zwischen Russland und England, und soweit sind wir noch nicht, die Briten werden kneifen!
[2] So?

Nr. 4771

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Peking, den 8. Januar 1901

Kuropatkin telegraphiert: Auf allerhöchsten Befehl habe ich soeben Oberst Keller ermächtigt, die neue Konvention bezüglich Stellung der Bahn Jangtsun-Schanhaiguan zu Ihrer Verfügung zu unter-

---

* Telegramm Nr. 12 vom 6. Januar 1901.
** Am 10. Januar wurde dann Graf Waldersee durch kaiserliches Telegramm im Sinne der Bülowschen Anträge beschieden. Siehe den Wortlaut des kaiserlichen Telegramms in den Denkwürdigkeiten Graf Waldersees a. a. O. III, 83f.

zeichnen. General Gaselee hat bereits erklärt, keine wesentlichen Bedenken gegen Entwurf zu haben, und anfängliche Wünsche auf redaktionelle Änderung eines Paragraphen fallen lassen, falls nicht Weisungen aus Berlin oder London Änderungen vorschreiben.

Waldersee

Nr. 4772

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Peking, den 9. Januar 1901
Geheim

Telegramm Nr. 12* gestern gerade noch rechtzeitig angelangt, um Unterzeichnung — allerdings einigermaßen zum Mißvergnügen des Feldmarschalls — hinauszuschieben, nachdem endlich Anweisung Kuropatkins zur Unterzeichnung eingetroffen war.

Tower** erwartet umgehend Weisung aus London, ob dort gegen Abkommen Bedenken bestehen.

Mumm

Nr. 4773

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Peking, den 12. Januar 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 22***.

Nach Mitteilung Towers ist gestern abend Telegramm der englischen Regierung eingegangen, wonach diese dem russisch-deutschen Eisenbahnabkommen zustimmt, falls Rechte der Bondholders darin ausdrücklich vorbehalten werden, Abkommen noch deutlicher als geschehen als rein militärische und provisorische Maßregel bezeichnet und Rückgabe der ganzen Linie einschließlich der Strecke Schanhaiguan-Niutschwang an Eisenbahngesellschaft nach Schluß der Wirren zugesichert wird.

---

* Vgl. Nr. 4770, S. 272, Fußnote *.
** Englischer Geschäftsträger in Peking.
*** Siehe Nr. 4772.

Englischerseits ist nach London telegraphiert worden, daß Rußland diese Bedingungen niemals annehmen werde und Abkommen scheitern würde, falls englische Regierung auf ihnen bestände.

Mumm

Nr. 4774

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Nr. 99 Peking, den 12. Januar 1901

Vertrag vom 26. Dezember umfaßt die Übergabe der Bahn Schanhaiguan-Jangtsun seitens der russischen Militärbehörde an das Armeeoberkommando unter Aufhebung der zwischen dem letzteren und der russischen Militärbehörde am 13. Oktober 1900 abgeschlossenen Konvention:

1. Die nachstehende Vereinbarung, die an Stelle der in Tientsin am 13. Oktober 1900 zwischen dem Armeeoberkommando und der russischen Militärbehörde geschlossenen * tritt, bezweckt, ebenso wie diese, lediglich Regelung der militärischen Benutzung der Eisenbahn im Interesse aller verbündeten Armeen und führt insonderheit keinerlei Veränderung von Besitzansprüchen herbei.

2. Die russische Militärbehörde übergibt der Verfügung des Oberkommandierenden der verbündeten Truppen die Strecke Jangtsun—Schanhaiguan, die zum größten Teil von russischen Truppen in Besitz genommen, wiederhergestellt und auch betrieben worden ist. Die Übergabe umfaßt sämtliche dem Bahnbetrieb dienenden Anlagen, Betriebsmittel, Werkstattseinrichtungen und Materialien, soweit nicht im folgenden besondere Bestimmungen getroffen werden.

3. Die russische Militärbehörde behält sich diejenigen Teile der Geleiseanlagen und Betriebseinrichtungen der Station Schanhaiguan vor, welche notwendig sind, um die Strecke Schanhaiguan-Niutschwang betriebsfähig zu erhalten. Die demnach notwendig werdende Teilung des Bahnhofs Schanhaiguan wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden, das zwischen Vertretern der russischen Militärbehörde und des Armeeoberkommandos an Ort und Stelle abgeschlossen wird.

4. Weiter behält sich die russische Militärbehörde den Besitz aller Werkstätten, Werkstatteinrichtungen und Vorräte bei Schanhaiguan vor, die nachweislich zu Zwecken des Brückenbaues gedient haben oder für solche Zwecke bestimmt waren. Sofern es militärische Rück-

---

* Vgl. Nr. 4740, Fußnote und Nr. 4757.

sichten dem Armeeoberkommando wünschenswert erscheinen lassen sollten, die Einrichtungen der genannten Anlagen für Brückenbauzwecke in Anspruch zu nehmen, wird die russische Militärbehörde ihre diesbezügliche Mitwirkung nicht versagen.

5. Das gesamte zu der Bahn Peking—Niutschwang einschließlich der Zweiglinie Simminting gehörende bis . . . . auf derselben befindliche rollende Material wird derart geteilt, daß $^3/_5$ desselben für die Strecke Schanhaiguan—Niutschwang verfügbar bleibt. pp.

6. Alle Maschinen und Personenwagen verbleiben künftig grunsätzlich innerhalb der Strecke, zu der sie in Zukunft nach 5. gehören. pp.

7. Die russische Militärbehörde wird über Ersatz der ihr durch Beförderung von Truppen oder Gütern der verbündeten Armeen entstandenen Kosten mit den Vertretern der einzelnen Mächte eine Vereinbarung treffen.

8. Soweit seitens der russischen Militärbehörde Vereinbarungen mit Dritten abgeschlossen sind, aus denen sich Verpflichtungen für die den Betrieb Schanhaiguan—Peking leitende Verwaltung ergeben könnten, sind solche vor Abschluß dieses Vertrages zur Kenntnis des Armeeoberkommandos zu bringen. Die Erfüllung von Verpflichtungen, denen bis dahin nicht ausdrücklich zugestimmt ist, kann nicht zugesagt werden.

9. Über Materialien, welche zwecks Baues und Betriebes der bisherigen russischen bzw. deutschen Einzelstrecke angeschafft und zur gegenseitigen Aushilfe abgegeben oder ausgetauscht sind, werden die russischen und deutschen Militäreisenbahnbehörden sich gegenseitig Empfangsbescheinigung ausstellen.

10. Das auf den Bahnhöfen Tientsin, Tangku und Peitang zurzeit noch befindliche Kriegs- und Truppenmaterial kann daselbst lagern bleiben, bis die Eröffnung der Schiffahrt dessen Fortschaffung gestattet.

11. Die tatsächliche Übergabe der Bahn beginnt am . . . . und ist bis zum . . . . zu beenden. Betrieb und Schutz der Bahn geht hiernach auf das Armeeoberkommando über.

12. Vor Unterzeichnung des Vertrages erklärte der anwesende russische Vertreter, daß die russische Armeeverwaltung in der Bahn selbst die nächstliegende Garantie für die ihr aus der Wiederherstellung der Bahn erwachsenen Kosten erblickt. Nachdem die Vertreter des Armeeoberkommandos diesen Punkt als über den Rahmen militärischer Verhandlungen hinausgehend und als solchen bezeichnet haben, zu dem das Armeeoberkommando überhaupt keine Stellung nehmen könne, hat der russische Vertreter davon abgesehen, dem Vertrage eine Bedingung im Sinne der vorstehenden Erklärung hinzuzufügen.

(gez.) Waldersee

Nr. 4775

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Nr. 100 Peking, den . . . Januar 1901
[eingetroffen am 13. Januar]

Fortsetzung von Depesche 99*.

Protest Englands ist überraschend, da Gaselee ebenso wie Russen meine Absicht kennen, gesamte Eisenbahn Armeeleitung zu übergeben, und Artikel 1 jede dauernde Beeinträchtigung von privaten Rechten ausschließt, während er politische Verantwortung Oberkommandos oder gar Deutschlands mit Sicherheit ablehnt. Mein Bestreben dabei war, den Austrag russisch-englischen Streites direkten Verhandlungen beider Regierungen zu überlassen. Gegen internationale Beratungen der Höchstkommandierenden** bitte ich anführen zu dürfen, daß diese zweifellos mit politischen Rücksichten geführt werden, die gesamten politischen und privaten Rechtsfragen erörtern und unendlich lange dauern würden, da jeder Führer fortwährend Instruktionen seiner Regierung einholen müßte. Währenddessen würden Russen trotz Räumung Petschilis die von uns gesicherte Bahn behalten. Schließlich würde ein Ergebnis nur durch Abstimmung und stark verstimmende Majorisierung einer Partei zu erreichen sein, während wir durch Stimmenabgabe allein größere Verantwortung als durch Abschluß des Vertrags übernehmen. Minderwichtig, aber doch wert zu erwägen ist, daß Ansehen des Oberkommandos durch Beratungen stark beeinträchtigt würde. Angeblich sollen Engländer das Bestehen eines Separatabkommens über die Bahn zwischen Rußland und Deutschland voraussetzen. Vielleicht befriedigt in London authentische Erklärung, daß dies nicht der Fall ist. Bis auf weiteren Befehl bitte ich von der Einberufung der Höchstkommandierenden absehen zu dürfen.

(gez.) Waldersee

Nr. 4776

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Nr. 106 Peking, den 16. Januar 1901

Englische Regierung hat der geplanten Eisenbahnkonvention zwischen Oberkommando und russischer Armeeleitung zugestimmt.

* Siehe Nr. 4774.
** Vgl. Nr. 4770.

Unterzeichnung wird voraussichtlich morgen stattfinden. Bahnschutz ist bis ausschließlich Bahnhof Schanhaiguan schon von deutschen Truppen übernommen worden.

(gez.) Waldersee

Nr. 4777

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Peking, den 17. Januar 1901

Eisenbahnvertrag zwischen Oberkommando und russischer Armeeleitung ist unterzeichnet. Übergabe der Eisenbahn beginnt Sonnabend *.

Waldersee

Nr. 4778

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 17. Januar 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, meinen alleruntertänigsten Dank dafür auszusprechen, daß Euere Majestät die Gnade gehabt haben, durch General von Hahnke ** den so inhaltreichen Bericht zu meiner Kenntnis bringen zu lassen, welchen Euerer Majestät Generalfeldmarschall Graf von Waldersee unter dem 24. November v. Js. *** Euerer Majestät erstattet hat.

---

* Nach einem späteren Telegramm Graf Waldersees vom 27. Februar war an diesem Tage die Übergabe der Bahn an die englische Armeeleitung beendet.
** Chef des Militärkabinetts.
*** Der Bericht Graf Waldersees vom 24. November betraf vor allem die geplante Besitzergreifung von Tschifu, die der Feldmarschall „für nicht schwierig und bei Mitwirkung des Panzergeschwaders für leicht“ erklärte, und zu der er, „falls die politischen Verhältnisse nicht andere Gesichtspunkte ergäben“, mit Wiedereröffnung der Schiffahrt, also spätestens am 1. März 1901 vorschreiten wollte. Siehe den Wortlaut des Berichts in den Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O. III, 54 ff. Waldersee will nach seiner Erzählung mit der Verschiebung des Angriffs auf Tschifu dessen Vereitelung bezweckt haben: „Ich hatte erreicht, was ich wollte, auch daß der Kaiser nicht sagen konnte, ich hätte keinen Schneid, was ja von den Herren des Hauptquartiers mit Behagen nachgesprochen worden wäre. Vor der Geschichte kann es jetzt wohl so gedacht werden, als habe ich Tschifu angreifen wollen, tatsächlich war aber meine Absicht, ein solches Beginnen zu verhindern, und ich erreichte sie, indem ich dem Kaiser die Verantwortung zuschob. Ich habe die Überzeugung, damit nicht allein Deutschland, sondern der ganzen Welt einen Dienst geleistet zu

Euerer Majestät Direktiven gemäß habe ich mich beeilt, über das von dem Generalfeldmarschall ventilierte Unternehmen gegen Tschifu, welches er spätestens zum 1. März zur Ausführung bringen will, mir bei den besten, mir zurzeit erreichbaren Autoritäten für chinesische Verhältnisse Rats zu erholen.

Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen, an höchstwelchen ich mich zu allererst wandte, hat sich mit größter Entschiedenheit gegen den Plan ausgesprochen. Seine Königliche Hoheit betonte von vornherein, daß die Besetzung von Tschifu, da dieses Vertragshafen sei, alle anderen Nationen gegen uns aufbringen werde. Seine Königliche Hoheit fürchtet, daß durch einen solchen Akt die ostasiatische Politik Euerer Majestät schwer kompromittiert werden würde, welche bisher eine den chinesischen Verhältnissen einerseits und denen der Mächte andererseits Rechnung tragende, maßvolle und gerechte gewesen sei und ungeteilte Freude und Bewunderung errungen habe, als sie kürzlich in dem deutsch-englischen Abkommen gipfelte. Nachdem wiederholt von uns erklärt worden sei, daß Deutschland keinesfalls an Gebietserweiterungen in China dächte, hieße der beabsichtigte Schritt die deutsche Politik Lügen strafen und mindestens das deutsch-englische Abkommen vernichten. England würde zur Besitzergreifung des Jangtsetals schreiten und damit die Aufteilung Chinas herbeiführen. Rein wirtschaftlich betrachtet, habe Tschifu nicht den geringsten Wert für Deutschland, da wir durch den Besitz von Kiautschou bereits die Herren in Schantung wären und die Weiterentwicklung dieser Kolonie mit der unaufhaltbaren Lahmlegung des Handels von Tschifu gleichbedeutend wäre. Seine Königliche Hoheit ist der Ansicht, daß die bisherigen Friedensverhandlungen für chinesische Verhältnisse relativ schnell und glatt verlaufen seien, so daß es sich jetzt mehr darum handele, unter Ausnutzung unserer vorhandenen Pressionsmittel in Tschili und unter Anwendung einer Portion Geduld der chinesischen Regierung das nötige Vertrauen wiederzugeben, dessen es für die weitere wirtschaftliche und friedliche Entwicklung auf beiden Seiten dringend bedürfe.

In ähnlicher Weise erblickt Euerer Majestät Kolonialdirektor Stuebel in der Besetzung Tschifus keinen Nutzen, wobei er besonders auf die neuen außerordentlichen Unkosten davon sowie darauf hinweist, daß durch die Besetzung Tschifus unsere Position in Schantung nicht gestärkt, sondern geschwächt werde. Als weitere Nachteile führt Herr Stuebel unter anderem auch an, daß wir das Prinzip der offenen Tür verließen und, indem wir uns den Gouverneur von Schantung zum Feinde machten, direkt unsere bisher ohne ernsteren Schaden davon-

---

haben.“ Wie das obige Schriftstück beweist, überschätzt Graf Waldersee seine Verdienste in der Tschifufrage ganz ungemein. Das Verdienst, daß der Gedanke eines Angriffs auf Tschifu zurückgestellt wurde, gebührt vor allem dem Auswärtigen Amt und dem Grafen Bülow.

gekommenen wirtschaftlichen Interessen in dieser Provinz aufs Spiel setzen würden.

Hinzufügen darf ich noch, daß schon früher Admiral Tirpitz sowie Kapitän Jaeschke von der Einnahme von Tschifu abgeraten haben und beide, soviel ich weiß, von dieser Ansicht seitdem nicht zurückgekommen sind.

Die Darlegungen Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich scheinen mir schwerwiegend und treffend. Vom rein politischen Standpunkte aus möchte ich im Einklang mit denselben den Hauptgrund gegen das Tschifu-Unternehmen darin erblicken, daß wir damit England den schönsten Vorwand liefern würden, von dem Abkommen vom letzten Herbst zurückzutreten, welches uns die Freiheit des Handels am Jangtse sichert, und daß wir alsdann wieder auf Schritt und Tritt mit dem englischen Mißtrauen und Übelwollen in Ostasien und anderswo zu kämpfen haben würden, während erst die letzten Ereignisse gezeigt haben, daß wir in Ostasien im Interesse unseres Handels zurzeit wenigstens auf ein Zusammengehen mit England angewiesen sind. Erst wenn in China eine neue Bewegung ausbräche oder die in unseren Händen befindlichen Druckmittel sich klar als nicht mehr ausreichend erweisen sollten, könnte es meines alleruntertänigsten Dafürhaltens wieder an der Zeit sein, unter anderen Aktionsmitteln auch ein Zurückkommen auf Tschifu zu erwägen.

Darf ich Euerer Majestät für den Fall, daß Allerhöchstdieselben den vorstehenden Ausführungen huldreichst zustimmen wollten, den Entwurf eines allerhöchsten Telegramms vorlegen, durch welches Graf Waldersee angewiesen wird, vor Ausführung seines Vorhabens auf Tschifu zunächst noch Euerer Majestät weitere Befehle abzuwarten?

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 18/I 1901 W.

Nr. 4779

*Kaiser Wilhelm II. an den Oberkommandierenden in China Generalfeldmarschall Grafen von Waldersee**

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Berlin, den 2. Februar 1901

Ich halte bei der jetzigen Gestaltung der Lage die nach Ihrem Bericht vom 24. November von Ihnen für spätestens den 1. März in Aus-

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen. Schon vorher hatte Kaiser Wilhelm II. im Zusammenhang mit dem Immediatbericht Graf Bülows vom 17. Januar am 19. ein Schreiben an Graf Waldersee gerichtet, in dem es

sicht genommene Wegnahme von Tschifu für nicht mehr vonnöten und wegen des politischen Eindrucks für nicht mehr unbedenklich.
Euere Exzellenz wollen vor Ausführung Ihres Vorhabens meine weiteren Befehle abwarten.

Wilhelm I. R.

Nr. 4780

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 London, den 21. Januar 1901
Geheim

Der Unterstaatssekretär zeigte mir soeben im strengsten Vertrauen ein von Charles Scott erhaltenes Telegramm über eine Unterredung, welche derselbe mit dem Grafen Lamsdorff gehabt hat. In demselben meldet der Botschafter, daß der Minister ihm gegenüber in jeder Beziehung eine äußerst versöhnliche Sprache geführt habe. In der Eisenbahnfrage habe die russische Regierung nach Graf Lamsdorffs Versicherung durchweg den besten Willen gehabt, England entgegenzukommen. Wenn Schwierigkeiten entstanden seien, so dürfte dies nach dessen Ansicht auf Mißverständnissen der Militärbehörden sowie auch in nicht geringem Grade auf die „zweideutige Haltung" des Grafen Waldersee zurückzuführen sein.

In bezug auf die Erledigung einzelner noch schwebender Detailfragen über Eisenbahnmaterial usw. könne er ihm noch nichts Positives sagen, da er noch weitere Nachrichten aus China erwarte. Was das deutsch-englische Abkommen beträfe, so seien alle Gerüchte, welche in bezug auf die Stellung Rußlands hierzu in der letzten Zeit verbreitet worden seien, durchaus erfunden. Rußland stehe dem Abkommen durchaus sympathisch gegenüber [1]. Ein ähnliches, vielleicht noch weitergehendes Arrangement in China hätte eventuell auch zwischen England und Rußland getroffen werden können. Er bäte den Bot-

---

bezüglich Tschifus hieß: „Die von Eurer Excellenz erwogene Wegnahme von Tschifu wird, sofern sich die Sachlage in Nordchina nicht wieder zum Schlechteren ändert, nicht mehr vonnöten sein. Die davon erhofften verhältnismäßig geringen Vorteile könnten durch dabei drohende politische Nachteile, vor allem durch unabsehbare Verlängerung meiner ostasiatischen Aktion und durch bedenkliche Komplikationen mit anderen Mächten leicht überwogen werden. Eure Exzellenz wollen daher wegen Tschifu vorerst meine Befehle abwarten." Siehe den Text des kaiserlichen Schreibens, dessen Entwurf im Auswärtigen Amt aufgesetzt war, in den Denkwürdigkeiten Graf Waldersees III, 102 ff.

schafter, in seinem Namen in London die Versicherung abzugeben, daß die englische Regierung jederzeit auf die freundschaftlichste und loyalste Haltung Rußlands rechnen könne. Hätten Mißverständnisse stattgefunden, so sei dies nicht die Schuld der russischen Regierung, sondern von untergeordneten Persönlichkeiten gewesen, welche ihre Instruktion nicht genau verstanden hätten.

Der Unterstaatssekretär bemerkte zu diesem Telegramm: "that's all bullock. Our ambassador in Petersburg has once more been taken in [2]."

Der Unterstaatssekretär wird das gedachte Telegramm mit einem Randvermerk in diesem Sinne versehen, damit jeder etwaigen Beeinflussung einzelner Kabinettsmitglieder, bei welchen das Telegramm zirkulieren wird, vorgebeugt werde.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Unauffällig in Presse?
[2] gut

Nr. 4781

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 London, den 24. Januar 1901

Der Unterstaatssekretär zeigte mir heute eine an Sir Frank Lascelles abgegangene Instruktion in bezug auf die russischen und belgischen Aneignungen in Tientsin * sowie die von Frankreich und Japan angeblich beabsichtigte Erweiterung ihrer Konzessionen. In dieser Instruktion heißt es, daß die russischen Aneignungen, welche seitens des Herrn von Giers ** zunächst als Recht des Eroberers und jetzt als Ergebnis von Verhandlungen mit der chinesischen Regierung durch Vermittelung von Li-Hung-Tschang bezeichnet worden seien, als territoriale Erwerbung angesehen werden müßten und daher dem deutsch-englischen Abkommen, welches Rußland selbst anerkannt habe, zuwider liefen [1]. Dies beziehe sich auch auf die belgische Aneignung, welche ein Kilometer lang sei und kaum mehr als Konzession bezeichnet werden könne. Schließlich wird der Botschafter instruiert, die Kaiserliche Regierung in bezug auf ihre Ansicht in dieser Frage zu sondieren und vorzuschlagen, daß bei den Mächten eine gemeinschaftliche Demarche nachstehenden Sinnes gemacht werde: "the powers should arrive at a general agreement neither to recognise the pending

---

* Vgl. Nr. 4758—4760.
** Russischer Gesandter in Peking.

agreements amongst themselves nor the validity of any concessions or settlements obtained since the outbreak of the boxer disturbances and the siege of the legations."

Der Unterstaatssekretär bemerkte dazu, daß es schon schwer genug sei, bezüglich des russischen Vorgehens in der Mandschurei ein Auge zuzudrücken, daß die russisch-belgischen Aneignungen in Tientsin jedoch in der allerkürzesten Zeit in England einen gewaltigen Sturm [2] in der öffentlichen Meinung gegen das Kabinett und das deutsch-englische Abkommen hervorrufen würden und das Inkrafttreten von Artikel III [1] gefordert werden würde.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] !!

[2] Den wollen wir doch erst mal abwarten, und ob England wirklich etwas Ernstliches gegen Rußland unternimmt.

Schlußbemerkung Bülows:

Der Sturm bei uns würde nicht übel sein, wenn wir uns wegen der Settlements bei Tientsin von England gegen Rußland vorschieben ließen!!

Nr. 4782

Aufzeichnung des Direktors der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Stuebel

Eigenhändig

Berlin, den 25. Januar 1901

England, Frankreich und Amerika haben seinerzeit in Schanghai je ein Settlement erworben. Hier konnten die Angehörigen der drei Vertragsmächte Land erwerben und Handel treiben. Sie standen hier unter einer Art nationaler Munizipalverfassung. Das französische Settlement ist selbständig geblieben. Das englische und amerikanische Settlement sind unter Mitwirkung und Kontrolle aller Vertragsmächte zu einem internationalen Settlement unter einer internationalen Munizipalverwaltung vereinigt worden.

In den übrigen geöffneten Häfen haben England und Frankreich und neuerdings auch Deutschland und Rußland (Hankau) auch Japan Concessions erworten. Hier ist alsbald mit der Munizipalverwaltung auch das Privateigentum an dem gesamten Grund und Boden der Niederlassung an die betreffende Vertragsmacht übergegangen.

Der Rechtsform des „Settlements" wie der der „Concession" aber ist gemein, daß die Hoheitsrechte bei China zurückgeblieben sind. Settlements und Concessions sind Teile des chinesischen Zollgebiets geblieben. Chinesische Untertanen, die auf den Niederlassungen wohnen, stehen unter chinesischer Gerichtsbarkeit.

Gegenüber diesem bestehenden Niederlassungsrecht wird, solange seitens Rußlands nicht ausdrücklich erklärt wird, auf dem okkupierten

Terrain in Tientsin Hoheitsrechte zu besitzen, nur angenommen werden können, daß es sich dabei um eine den Territorialbestand Chinas nicht affizierende Niederlassung handelt, wie Rußland eine solche seit einigen Jahren in Hankau besitzt. Hierfür spricht auch der Umstand, daß Tientsin Vertragshafen ist, was eine Beeinträchtigung der Rechte der Vertragsmächte durch irgendwelche territoriale Erwerbungen einer einzelnen Macht ausschließt. Man würde sich auch vergeblich fragen, was Rußland wohl in Tientsin mit einer eigentlichen russischen Enklave mit russischen Hoheitsrechten bezwecke.

Dem englischen Vorschlage gegenüber könnte man jetzt unter Anführung dieser Gesichtspunkte die Kooperation ablehnen und es England überlassen, Rußland um Aufklärung anzugehen. Man könnte aber auch, wenn man nicht so weit gehen will, eine Anfrage an Rußland über Tragweite und Zweck seines Vorgehens in Tientsin zu richten, sich damit begnügen, Rußland gegenüber zu erklären, man nehme an, es handle sich um eine Konzession, wie die russische Konzession in Hankau, wogegen man nichts zu erinnern finde.

Der englische Vorschlag einer gemeinsamen Demarche, dahin abzielend, auch eine solche Konzession Rußlands in Tientsin nicht anzuerkennen, scheint über das Ziel hinauszuschießen. Wenn Konzessionen in China seither im Wege des Staatsvertrags geschaffen worden sind, wobei es ohne Zwang auch nicht abgegangen ist, so liegt der Fall mit dem Erwerb der neuen russischen Konzession in Tientsin nicht anders, nachdem russischerseits dieselbe jetzt auch als das Ergebnis von Verhandlungen mit der chinesischen Regierung bezeichnet wird.

Stuebel

Nr. 4783

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 19 Berlin, den 26. Januar 1901

Vor einiger Zeit hat Rußland sich am Ufer des Peiho, Tientsin gegenüber, ein Stück Uferland angeeignet. Diese Aneignung hatte gleich anfangs den Gegenstand einer Erörterung unter einigen Mächten gebildet, welche jetzt anscheinend wieder aufgenommen werden soll. Es wird darauf hingewiesen, daß General Linewitsch bei der Besitzergreifung diese als „aus dem Rechte des Eroberers“ hervorgegangen bezeichnet habe; hieraus wird der Schluß gezogen, daß Rußland sich auch die Hoheitsrechte aneigne, so daß jenes Stück Uferland nicht mehr als Bestandteil des Chinesischen Reichs anzusehen sein würde.

Die Deutsche Regierung faßte von Anfang an den erwähnten Vorgang so auf, daß Rußland dadurch ein Settlement oder eine Konzession zu erwerben beabsichtige, wie solche seitens Englands, Frankreichs, Amerikas, neuerdings auch Deutschlands und Rußlands in verschiedenen chinesischen Häfen (Rußland besitzt eine Konzession in Hankau) erworben worden sind. Zu Ew. pp. Orientierung bemerke ich, daß in einem Settlement die Fremden einer oder mehrerer bestimmter Nationalitäten das Recht haben, Land zu erwerben und Handel zu treiben, wobei sie einer Art von nationaler Munizipalverfassung unterstehen. In einer Konzession geht der ganze Privatbesitz an Grund und Boden auf den Staat über, welcher dieselbe erwirbt; so ist z. B. die russische Aneignung in Hankau eine Konzession, kein Settlement. Aber in keinem der beiden Fälle, weder bei Settlement noch bei Konzession, tritt China seine Hoheitsrechte ab, und es werden z. B. die chinesischen Zölle in den abgetretenen Uferstrecken unverändert weiter erhoben; die Bedingungen des internationalen Verkehrs werden nicht beschränkt. Aneignungen dieser Art würden also auch in Vertragshäfen ohne Vertragsverletzung stattfinden können. Von der Voraussetzung ausgehend, daß es sich bei der russischen Aneignung um eine dieser beiden Erwerbsarten, Settlement oder Konzession, handelt, daß daher weder internationale Abmachungen noch deutsche Handelsinteressen berührt sind, sieht Deutschland keinen Anlaß, sich an einer Erörterung über diesen Gegenstand zu beteiligen.

Ew. pp. wollen das Vorstehende dem Grafen Lamsdorff * freundschaftlich mitteilen. Ich zweifle nicht, daß die diesseitige Auffassung durch die Äußerungen des Ministers, welche ich mir zu telegraphieren bitte, eine weitere Bestätigung erfahren, und daß Deutschland dadurch in den Stand gesetzt werden wird, irrtümlichen Auslegungen entgegenzutreten **.

Bülow

Nr. 4784

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Osborne ***

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 16 Berlin, den 27. Januar 1901

Zu Ew. Information und eventueller Verwertung.

Die Kaiserliche Botschaft in London hat telegraphiert, daß Sir

* Seit 7. Januar 1901 russischer Minister des Äußeren.

** Die Antwort Fürst Radolins ist enthalten in Nr. 4786.

*** Am 19. Januar war Kaiser Wilhelm II. an das Krankenlager der Königin

Frank Lascelles demnächst die Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung auf die von Rußland vorgenommene Besitzergreifung eines Tientsin gegenüber am Peiho gelegenen Landstücks lenken werde. Dieser Schritt des Botschafters ist bisher nicht erfolgt, die betreffende russische Aneignung ist aber bereits seit längerer Zeit Gegenstand diesseitiger Aufmerksamkeit. Die Aufklärung der Sache wurde verzögert, weil alle kompetenten Ressortchefs von Petersburg abwesend waren. Fürst Radolin ist aber bereits im Besitz der Instruktion, bei erster sich bietender Gelegenheit festzustellen, ob es sich bei der russischen Aneignung um mehr handelt, als um ein Settlement oder eine Konzession, wie solche bereits in ziemlicher Anzahl im Besitze verschiedener Großmächte sind. Die Besitzbedingungen dieser beiden Arten von Erwerbungen sind nicht die gleichen: in einem Settlement unterstehen die Angehörigen des betreffenden fremden Staats einer Art von nationaler Munizipalverwaltung, haben das Recht, Handel zu treiben und Land zu erwerben; bei einer „Konzession" geht der ganze Privatbesitz an Grund und Boden ohne weiteres auf den erwerbenden Staat über. Aber in beiden Fällen, bei Settlement wie bei Konzession, bleiben die Hoheitsrechte bei China, es ändern sich weder die Zollnoch die sonstigen Verkehrsverhältnisse noch folglich auch der Territorialbestand des Chinesischen Reichs. Aneignungen dieser beiden Arten können also auch in einem Vertragshafen ohne Vertragsbruch vorgenommen werden, vorausgesetzt, daß sie mit Zustimmung Chinas erfolgen, an welcher Rußland gegenüber nicht zu zweifeln ist. Wenn daher die Auskunft des Fürsten Radolin, welche jetzt nach Rückkehr des Zaren in den nächsten Tagen zu erwarten ist, die Annahme bestätigt, daß Rußland und China sich lediglich wegen eines Settlement oder einer Konzession bei Tientsin verständigt haben, so liegt für einen Dritten kein Grund zum Einspruch vor. Denn deutsche Privatrechte werden — wie schon durch das Kaiserliche Konsulat in Tientsin festgestellt ist — an jener Stelle nicht berührt, und ebenso wenig ist das deutsch-englische Abkommen hierbei anwendbar, da weder der freie Verkehr beeinträchtigt (Art. I) noch der Territorialbestand des Chinesischen Reichs verändert ist. (Art. II.)

Die Antwort des Fürsten Radolin werde ich sofort nach Eingang telegraphieren.

Bülow

Viktoria von England geeilt; er verblieb nach ihrem Tode (21. Januar) noch bis zur Beisetzung (4. Februar) in England. Über seine Unterredungen mit den englischen Staatsmännern vgl. neben Nr. 4789 namentlich das kaiserliche Schreiben an den Reichskanzler vom 29. Januar und das Telegramm Freiherrn von Eckardsteins vom gleichen Tage, beide abgedruckt in Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 4987 und 4986, letzteres auch bei Eckardstein a. a. O. II, 264 ff. Vgl. auch Eckardsteins sonstige Angaben (a. a. O. II, 252 ff.) über den Aufenthalt Wilhelms II. in England.

Nr. 4785

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt von Mühlberg

Reinschrift

Berlin, den 28. Januar 1901

Der englische Botschafter suchte mich heute auf und las mir die vom Grafen Hatzfeldt bereits signalisierte Instruktion seiner Regierung vor*, worin Sir Frank beauftragt wird, zu sondieren, welche Stellung wir gegenüber den Erwerbungen Rußlands bei Tientsin einnähmen, und in Erfahrung zu bringen, ob der Charakter dieser Erwerbungen nach unserer Auffassung nicht dem auch von Rußland anerkannten deutsch-englischen Abkommen zuwiderlaufe, wonach der Territorialbestand des Chinesischen Reiches aus den gegenwärtigen Verwicklungen unvermindert hervorgehen soll.

Der Botschafter fügte hinzu, es scheine ihm, als ob Lord Lansdowne an der Frage ein besonderes Interesse nehme.

Ich habe Sir Frank geantwortet, daß die russischen Landerwerbungen bei Tientsin schon von Anfang an Gegenstand unserer Beachtung gewesen wären, und daß wir uns mit der Frage über die Natur dieser Erwerbungen beschäftigt hätten. Bisher hätten wir weder in Peking noch in St. Petersburg etwas Näheres erfahren können, wir hofften aber jetzt, nachdem Hof und Ministerien nach Petersburg zurückgekehrt seien, Aufklärung zu erhalten.

Ich bemerkte dabei, wir neigten der Ansicht zu, daß es sich bei dem Vorgehen der russischen Regierung lediglich um die Erwerbung von Settlements oder von Concessions handle, bei denen, wie der Botschafter ja wisse, die chinesischen Hoheitsrechte vollständig gewahrt und weder Handelsinteressen anderer Mächte noch irgendwelche internationalen Abmachungen berührt würden.

Wir würden aber zunächst abzuwarten haben, welche Mitteilung wir aus Petersburg erhalten.

Mühlberg

Nr. 4786

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 72 Berlin, den 29. Januar 1901

Der englische Botschafter las hier gestern eine Instruktion seiner Regierung vor, worin Sir Frank beauftragt wird, zu sondieren, welche

* Vgl. Nr. 4781.

Stellung wir gegenüber den Erwerbungen Rußlands bei Tientsin einnehmen, und in Erfahrung zu bringen, ob der Charakter dieser Erwerbungen nach unserer Auffassung nicht dem auch von Rußland anerkannten deutsch-englischen Abkommen zuwiderlaufe, wonach der Territorialbestand des Chinesischen Reiches aus den gegenwärtigen Verwickelungen unvermindert hervorgehen soll. Der Botschafter fügte hinzu, es schiene ihm, als ob Lord Lansdowne an der Frage ein besonderes Interesse nehme.

Dem Botschafter wurde geantwortet, daß die russischen Landerwerbungen von Anfang an Gegenstand unserer Beobachtung gewesen wären, und daß wir uns mit der Frage über die Natur dieser Erwerbungen beschäftigt hätten. Bisher hätten wir weder in Peking noch in St. Petersburg etwas Näheres erfahren können; wir hofften aber, nachdem Hof und Minister nach St. Petersburg zurückgekehrt seien, jetzt Aufklärungen zu erhalten. Übrigens neigten wir der Ansicht zu, daß es sich bei dem Vorgehen der russischen Regierung lediglich um die Erwerbung von settlements oder concessions handle, bei denen, wie der Botschafter ja wisse, die chinesischen Hoheitsrechte gewahrt und weder Handelsinteressen andrer Mächte noch irgendwelche Abmachungen internationaler Art berührt würden. Über diese Frage sähen wir der Antwort der russischen Regierung entgegen.

Die erwartete Antwort ist auch gestern eingetroffen und lautet:

„Graf Lamsdorff versichert mich kategorisch, daß das Stück Uferland Tientsin gegenüber eine einfache Konzession oder Settlement sei. Auf das ihm schon vor einiger Zeit zu Ohren gekommene Gerücht, es handle sich um eine Eroberung, habe er aus Livadia sofort Herrn von Giers angewiesen, diese Bezeichnung, die auf eine falsche Auffassung oder auf ein Mißverständnis des Generals Linewitsch zurückzuführen sein dürfte, richtigzustellen. Von Eroberung könne nicht die Rede sein, da ein Krieg nicht vorliege.“

Ob *vor* der diesseitigen Anfrage russischerseits schon eine Entschließung hinsichtlich des internationalen Charakters jener Erwerbung erfolgt war, ist nicht klar ersichtlich; man möchte es fast bezweifeln, da Graf Lamsdorff sagt, daß es sich um „eine einfache Konzession oder Settlement“ handle. Diese beiden Ausdrücke sind bekanntlich nicht gleichbedeutend. Beide Erwerbsarten aber lassen die chinesischen Hoheitsrechte fortbestehen, ändern also nichts an den Verkehrs- bzw. Zollverhältnissen noch an dem Territorialbestande des Chinesischen Reichs. Diese Rechtslage ist durch eine Anzahl von Präzedenzfällen festgestellt, da bekanntlich Erwerbungen beider Arten seitens der einen oder andern Macht in chinesischen Vertragshäfen keine Seltenheit sind. Ferner ist jetzt in concreto durch die uns von Graf Lamsdorff erteilte Antwort festgestellt, daß Rußland seine Ansprüche nicht über die schon bisher als zulässig erachteten internationalen Vertragsgrenzen hinaus erstrecken will.

Immerhin dürfte es nützlich sein — und hat jetzt, nachdem die russische Regierung ihren Standpunkt uns gegenüber bereits festgelegt hat, keinerlei Bedenken —, wenn auch der englische Botschafter in Petersburg um Aufklärung ersuchte.

Bülow

Nr. 4787

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 London, den 1. Februar 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 82* und unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 72**.

Seit mehreren Tagen habe ich sowohl Lord Lansdowne als auch anderen Kabinettsmitgliedern gegenüber damit zu kämpfen gehabt, eine gewisse mir nicht unbedenklich erscheinende Mißstimmung gegen uns [1] in der Frage der russischen Aneignungen in Tientsin zu beseitigen, und ich bedauere, Euerer Exzellenz melden zu müssen, daß mir dies bis jetzt noch nicht ganz gelungen ist.

Was die russischen Aneignungen selbst betrifft, so besteht man hier nach wie vor darauf, daß dieselben trotz aller gegenteiligen Versicherungen des St. Petersburger Kabinetts nicht als eine bloße Konzession, sondern als eine territoriale Erwerbung und infolgedessen im Widerspruch mit dem deutsch-englischen Abkommen zu betrachten seien. Rußland, welches beinahe gar keinen Handel in Petschili besäße, habe sich durch Sonderverhandlungen mit Li-Hung-Tschang zwischen dem Peihofluß und der Eisenbahn eine beinahe drei Meilen lange territoriale Konzession verschafft, welche bedeutend größer sei als alle bis jetzt bestehenden fremden Settlements in Tientsin zusammengenommen. Es unterläge keinem Zweifel, daß Rußland, wenn es sich jetzt auch noch so unschuldig stelle, die Absicht verfolge [2], durch diese neue territoriale Erwerbung die Verbindung zwischen Peking und dem Meere zu Wasser und zu Lande unter seine Kontrolle zu bringen. Auf dieser neuen Konzession würden sehr bald Fortifikationen entstehen [3], und Rußland werde in der kürzesten Zeit eine derartige prädominierende Stellung in Tschili erlangen, daß es sich für andere Mächte kaum mehr der Mühe lohnen werde, in der genannten Provinz und in Peking irgendwelchen Einfluß zu beanspruchen [3].

---

* Siehe Nr. 4781.
** Siehe Nr. 4786.

Die englische Regierung bedauere, daß die Kaiserliche Regierung sich nicht, wie in Artikel III des deutsch-englischen Abkommens vorgesehen sei, zunächst mit London in Verbindung gesetzt habe, um den Charakter der russischen Aneignungen zu erörtern, sondern vielmehr mit Übergehung des Londoner Kabinetts[4] mit St. Petersburg in der Frage allein Fühlung genommen habe. Das englische Kabinett, welches der öffentlichen Meinung gegenüber bereits genug Schwierigkeiten habe, das russische Verfahren in der Mandschurei mit Stillschweigen zu übergehen, werde gleich nach Zusammentritt des Parlaments bezüglich der russischen Aneignungen in Tientsin beziehungsweise des deutsch-englischen Abkommens die schärfsten Angriffe zu gewärtigen haben.

Ich werde meine Bemühungen fortsetzen, die im englischen Kabinett gegen uns entstandene Mißstimmung zu beseitigen und Euerer Exzellenz fortlaufend Bericht erstatten.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Nach unserer Haltung im Burenkrieg! dem Nichtempfang von Krüger und dem Besuch Seiner Majestät!!

[2] ist noch gar nicht bewiesen

[3] !

[4] !!

Schlußbemerkung Bülows:

Das Ganze ist ein (ziemlich plumper) Versuch, uns mit Rußland zu verhetzen, ohne daß England sich seinerseits bindet.

Nr. 4788

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 1. Februar 1901

Zu Telegramm Nr. 106**.

Ich habe lange gezögert, Mißstimmung des Kabinetts gegen uns in der Tientsinfrage zu melden, da ich eine Beseitigung derselben anfangs für leichter hielt, als sie tatsächlich ist. Heutige Unterredung mit Lord Lansdowne hat mich leider davon überzeugt, daß Mißstimmung stärker und allgemeiner ist, als ich ursprünglich annahm. Ich glaubte daher die nackte Wahrheit melden zu müssen. Sir Frank Lascelles*** hatte heute lange Konferenz mit Lord Lansdowne in dieser Frage. Es bestand die Absicht, den Kaiser nochmals und nach-

---

* Bereits abgedruckt bei Eckardstein a. a. O. II, 267 f.

** Siehe Nr. 4787.

*** Er war zur Beisetzung der Königin Viktoria nach England gereist.

drücklich anzugehen*. Ich glaube dies jedoch verhindert zu haben. Morgen, Sonnabend, hoffe ich Gelegenheit zu haben, den Kaiser nach dem Lunch in Windsor warnen zu können, damit er sich nicht festlegen läßt.

Würde Euere Exzellenz es nicht für wünschenswert halten, wenn ich erneute offizielle englische Demarche in dieser Frage zu verhindern suche? Telegramm Nr. 106 ist vorläufig lediglich Stimmungsbild.

Zunächst bin ich dem versteckten Vorwurf der Illoyalität mit aller Energie entgegengetreten. In dieser Beziehung glaube ich auch Erfolg gehabt zu haben. Im übrigen wird es vielleicht möglich sein, die Angelegenheit durch Lavieren so hinzuhalten, daß sie sich im Sande verläuft und wir, ohne Rußland vor den Kopf zu stoßen, unseren in London mit Mühe erlangten Einfluß weiter behalten.

Wie Euere Exzellenz aus dem Telegramm Nr. 106 ersehen werden, ist Rußland allerdings wieder stark an der Arbeit, uns hiesigem Kabinett gegenüber zu verdächtigen.

Ich werde sorgfältig achtgeben und gleich alles melden.

Eckardstein

Nr. 4789

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 2. Februar 1901

Im Anschluß an gestriges Privattelegramm***.

Nach Beendigung der Trauerfeierlichkeiten in Windsor befahl der Kaiser mich zu sich. Seine Majestät bedauert sehr die Mißstimmung des hiesigen Kabinetts gegen uns in der Tientsinfrage, wird sich aber selbst nicht hineinmischen und im Fall einer erneuten Anregung englischerseits bei ihm selbst wieder eine ausweichende Antwort erteilen. Da dem englischen Kabinett nach Ansicht des Kaisers besonders daran gelegen zu sein scheint zu verhindern, daß Rußland durch eventuelle Errichtung von Fortifikationen auf dem neuen Settlement die Kontrolle über die Verbindungen zwischen Peking und dem Meer erlangt, so beauftragt mich Seine Majestät in Berlin anzufragen, ob es sich eventuell empfehlen würde, wenn man sich mit der englischen Regierung in bezug auf eine neue, sei es gemeinschaftliche

---

* Vgl. darüber das Privattelegramm Freiherrn von Eckardsteins an Holstein vom 28. Januar 1901 bei Eckardstein a. a. O. II, 265.

** Bereits abgedruckt bei Eckardstein a. a. O. II, 269 f.

*** Siehe Nr. 4788.

oder identische Demarche in St. Petersburg in Verbindung setzte und eine Erklärung darüber verlangte, ob Rußland sich etwa durch eine geheime Abmachung mit Li-Hung-Tschang das Recht ausbedungen habe, Fortifikationen in dem gedachten Settlement zu errichten oder Truppen daselbst zu halten. Die von der englischen Regierung geplante Annullierung jeder seit dem Boxeraufstand erlangten Konzessionen hält der Kaiser für viel zu weitgehend.

Die Erbitterung gegen Rußland ist bei dem Kaiser gegenwärtig ganz enorm*. Er erwähnte u. a., daß Rußland durch sein perfides Verhalten ihm selbst und der deutschen Politik gegenüber die Brücken für eine Entente mit Deutschland hinter sich abgebrochen habe. Es schwebe ihm der Gedanke vor, zunächst einen Anschluß Englands an den Dreibund herbeizuführen und dann auch zu versuchen, Frankreich ganz und gar von Rußland zu trennen und soweit als möglich zu der neuen Kombination hinüberzuziehen. Als ich Seine Majestät darauf hinwies, daß wir uns doch höchstens dann auf ein Bündnis mit England einlassen könnten, wenn wir in jeder Beziehung entsprechende Gegenleistungen und Sicherheiten von demselben erhielten, und daß dieses sich nicht auf einmal, sondern nur allmählich würde erreichen lassen, erwiderte Seine Majestät, daß er vollständig einsähe, daß wir zunächst stillsitzen und uns die Engländer noch mehr kommen lassen müßten. Er habe auch deshalb weder dem König noch Lord Lansdowne und Herrn Brodrick gegenüber von einer deutsch-englischen Allianz gesprochen, sondern für England nur die Notwendigkeit hervorgehoben, angesichts der drohenden russisch-amerikanischen Gefahr mit dem Kontinent zusammenzugehen.

Seine Majestät erzählte mir ferner, daß der König sich über die Gerüchte des nahe bevorstehenden Abschlusses einer russischen Anleihe in Amerika sehr beunruhigt gezeigt und geäußert habe, daß das Zustandekommen einer solchen Anleihe englischerseits als ein erneutes Zeichen für die Unzuverlässigkeit der Amerikaner angesehen würde.

Der französische Botschafter** wurde heute nach dem Defilieren von Seiner Majestät durch eine längere Unterhaltung ausgezeichnet, ebenso die französische Deputation. Mit den Russen hat der Kaiser sich dagegen beinahe gar nicht abgegeben. Dem französischen Botschafter hat Seine Majestät gesagt, daß er wie immer von den freundschaftlichsten Gefühlen für Frankreich beseelt sei und während seines jetzigen Aufenthalts in England alles getan habe, um freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Frankreich anzubahnen.

---

* Die Mißstimmung des Kaisers gegen Rußland entsprang vor allem aus dem russischen Verhalten in der Frage des Oberkommandos, das die Russen am liebsten wieder aufgehoben gesehen hätten. Vgl. Kap. CIV.
** Paul Cambon.

Von anderer Seite erfahre ich, daß [sowohl] der König und die Königin als auch die anwesenden Minister die allgemein aufgefallene Auszeichnung des französischen Botschafters seitens des Kaisers als einen Akt hochgradigen Takts und der Courtoisie bezeichnet haben.

Eckardstein

Nr. 4790

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 84 Berlin, den 3. Februar 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 106*.

Artikel III des deutsch-englischen Abkommens verpflichtet uns zu einer vorgängigen Verständigung mit dem Londoner Kabinett über zur Wahrung der beiderseitigen Interessen zu ergreifende Maßnahmen, wenn eine dritte Macht die Verwickelungen in China zur Erlangung territorialer Vorteile daselbst benutzen sollte. Ob die letztere Bedingung vorliegt, muß also zuvor festgestellt sein, ehe jene Verständigung verlangt werden kann. Lediglich zum Zwecke dieser Feststellung haben wir uns an die russische Regierung mit der Bitte um Auskunft gewandt. Erst wenn und nachdem diese Auskunft die englische Auffassung bestätigt hätte, wäre als fernerer Schritt die Verständigung mit England in Frage gekommen. Auf einen bloßen Verdacht hin, daß eine dritte Macht künftige territoriale Erwerbungen beabsichtige, zu handeln, verpflichtet Artikel III des Abkommens nicht. Lord Lansdownes Anspruch, daß wir die Anfrage in St. Petersburg nicht ohne vorgängiges Einvernehmen mit dem Londoner Kabinett hätten stellen dürfen, findet somit in dem Abkommen keine Stütze.

Glaubt die englische Regierung tatsächliche Beweise dafür zu besitzen, daß Rußland in Tientsin nicht ein Settlement oder eine sogenannte Konzession von wirtschaftlichem Charakter gegründet, sondern eine Landaneignung von politischem Charakter, also unter Ausübung von Hoheitsrechten vorgenommen habe, so steht es ihr dann allerdings frei, unter Beibringung ihrer Beweise uns Vorschläge zu gemeinsamen Schutzmaßregeln zu machen.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4787.

Nr. 4791

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 114 London, den 3. Februar 1901

Als ich heute dem Unterstaatssekretär als auch verschiedenen Kabinettsmitgliedern den Inhalt von Telegramm Nr. 84* mitteilte, gewann ich den bestimmten Eindruck, daß die in dem genannten Telegramm enthaltenen Ausführungen eine starke Besänftigung der gegen uns entstandenen Mißstimmung zur Folge hatten. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß durch die gedachten Ausführungen Euerer Exzellenz die hier bestandene Ansicht, als hätte die Kaiserliche Regierung eine durch Artikel III des deutsch-englischen Abkommens übernommene Verpflichtung nicht erfüllt, durchaus beseitigt worden ist.

Was den Charakter der russischen Aneignung selbst betrifft, so wird man, wie ich aus Äußerungen des Unterstaatssekretärs entnehme, zunächst weitere Erhebungen anstellen [1] und der Kaiserlichen Regierung gegenüber nur für den Fall auf die Frage zurückkommen, daß weitere und greifbare Momente zutage treten, welche die russische Landaneignung als dem deutsch-englischen Abkommen zuwider erscheinen lasse. Zur Wahrung englischer Privatrechte innerhalb der genannten Landkonzession wird die englische Regierung in Petersburg sofort Protest einlegen [2].

Im übrigen hält man hier jedoch nach wie vor an der Ansicht fest, daß Rußland durch die Landaneignung in Tientsin den Zweck verfolge, die Verbindung zwischen Peking und dem Meere strategisch unter Kontrolle zu bringen [3]. Man glaubt, daß Rußland auf eine Evakuation von Peking und der Provinz Petschili seitens der alliierten Truppen hauptsächlich deswegen dränge, um nach Abzug der übrigen Kontingente selbst nach der genannten Provinz zurückkehren und sich in militärischer sowie auch politischer Beziehung eine prädominierende Stellung anzueignen [4].

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Das ist das gute Recht der Engländer.

[2] das kann uns nur recht sein.

[3] Auch dieser englische Verdacht ist begreiflich und nützlich.

[4] Darin liegt eine Aufforderung für England, die Provinz Tschili nicht vorzeitig zu räumen.

---

* Siehe Nr. 4790.

Nr. 4792

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Windsor

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 29 Berlin, den 3. Februar 1901

Nach Meldung der Kaiserlichen Botschaft in London beschweren sich englische Minister, weil wir nicht gemeinsam mit ihnen die Russen von deren Aneignung bei Tientsin verdrängen wollen. Hierzu liegt für uns weder ein deutsches Interesse noch eine Vertragspflicht England gegenüber vor, denn die Russen haben bisher lediglich eine Konzession oder ein Settlement erworben; darauf daß sie später vielleicht daselbst eine Befestigung bauen werden, läßt sich heute noch keine Aktion gründen. Daß wir uns aus freien Stücken, ohne Interesse und ohne Verpflichtung lediglich England zu Gefallen auf eine Aktion von nicht zu bemessender Tragweite einlassen sollen, kann niemand verlangen. Den Vertragspflichten, die wir gegenüber England übernommen haben oder jemals übernehmen, werden wir pünktlich nachkommen. Bis jetzt haben wir aber nicht den Eindruck gewinnen können, daß die englische Regierung bei Erwägung etwaiger Abmachungen mit uns die Eventualität größerer beiderseitiger Verpflichtungen jemals ins Auge gefaßt habe. Als einzige Ausnahme könnte auf Herrn Chamberlains Vorschläge vom Jahre 1898 hingewiesen werden, welche derselbe aber ausdrücklich als Privatgedanken bezeichnete, und deren Genehmigung durch das Parlament überdies, im Hinblick auf damalige Stimmung, ganz unsicher war. Lord Salisbury ist, wie Ew. wissen, allen unseren Sondierungen betreffs Abmachungen auf breiterer Grundlage vor und nach 1898 konsequent ausgewichen, einmal sogar mit der historischen Äußerung: „Sie verlangen zuviel für Ihre Freundschaft." Da wir gar nichts Bestimmtes verlangt hatten, so lag das „zuviel" nach Ansicht von Lord Salisbury vielleicht in dem Begriff der Gegenseitigkeit überhaupt. Gleichviel, was Lord Salisburys Beweggründe waren, so hat derselbe tatsächlich verhindert, daß ein Vertrag mit breiterer Grundlage, welcher England die deutsche Rückendeckung unter gewissen Voraussetzungen sicherte, vereinbart oder selbst nur beraten worden ist. Die Abmachung vom 16. Oktober* ist, wie gesagt, auf die vorliegende Frage nicht anwendbar, solange die Russen am Peiho nichts vornehmen, was über den Begriff von Settlement oder Konzession hinausgeht.

Ew. Ermessen stelle ich anheim, die vorstehend entwickelten

---

* Gemeint ist das deutsch-englische Jangtseabkommen vom 16. Oktober 1900, vgl. Nr. 4744.

Gesichtspunkte in geeigneter Weise zu verwerten, sowie auch, sich mit der Kaiserlichen Botschaft wegen gemeinsamer Verwertung dieses und des von mir heute direkt an die Botschaft gerichteten, Ew. gleichfalls mitgeteilten Telegramms* zu verständigen.

Bülow

Nr. 4793

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Windsor, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Windsor, den 4. Februar 1901
Geheim

Telegramm Nr. 29** unmittelbar vor gegenwärtig stattfindender Audienz Lord Salisburys bei Seiner Majestät entziffert und bei Seiner Majestät verwertet.

Seine Majestät der Kaiser wußten von den englischen Beschwerden und hatten, wie er mir soeben sagte, die Kaiserliche Botschaft (wohl Freiherrn von Eckardstein) angewiesen, bei Euerer Exzellenz den Gedanken anzuregen, daß wir und England zusammen in St. Petersburg eine freundschaftliche Zusicherung erlangen sollten, daß die Russen in ihrem Settlement keine Anstalten treffen wollten, wie durch Errichtung von Befestigungen, die unsern Handel stören könnten.

Ich machte Seine Majestät darauf aufmerksam, daß wir keine Vertragsverpflichtungen hätten, die uns nötigten, mit den Engländern den Russen in Tientsin entgegenzutreten und die Russen zu verärgern. Wir dürfen mit Bezug auf das Settlement vor allem nichts tun, was wie eine Drohung aussähe.

Seine Majestät stimmten dem letzteren bei, bemerkten aber, es werde sich schon irgendeine freundliche Form finden lassen, um die Engländer nicht abzuweisen, die Russen nicht allzusehr zu verletzen und uns den Handelsweg nach Peking offen zu lassen, da das Settlement gerade zwischen Peiho und Eisenbahn liege.

Seine Majestät der Kaiser sagten sodann in bezug auf meine Bemerkung des Verärgerns, er könne doch nicht immerzu zwischen Russen und Engländern schwanken. Er würde sich dann schließlich zwischen zwei Stühle setzen.

Ich erwiderte, im Prinzip sei das gewiß richtig, aber der Augenblick noch nicht gekommen. Vor allem müsse England die Initiative ergreifen zu einem vom Parlament genehmigten Defensivbündnis***

---

* Siehe Nr. 4790.
** Siehe Nr. 4792.
*** Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CIX.

und nur in Wirkung tretend, wenn zwei Angreifer zugleich da seien. Zugleich Sicherung von Kohlenstationen ohne englischen Widerstand[1].

Ich sei aber der Ansicht, daß das Bündnisbedürfnis in England noch nicht allgemein sei und daher noch nicht hervortreten werde. Auch sei bei den Engländern die Erkenntnis von ihrer militärischen Minderwertigkeit noch keineswegs durchgedrungen. Ich erinnerte Seine Majestät an das gestrige Bild. Meilenweit habe das Militär Spalier gebildet. Eine Ansammlung von Truppen von moralisch Deklassierten, von Idioten, von unterwüchsigen, erbärmlichen Gestalten. Die Hefe des Volkes. Man sei gestern mit Erstaunen und Schrecken gewahr geworden, daß die Engländer für den Augenblick mit ihrer Wehrfähigkeit zu Ende seien[2]. Auch das mache nachdenken, ob man sich schon jetzt zu weit mit ihnen einlassen dürfe.

Seine Majestät der Kaiser gaben dies zu. Ich möchte Euerer Exzellenz aber dringend anheimgeben, falls mit den allgemeinen Interessen vereinbar, eine Form zu suchen, welche in St. Petersburg nicht verletzt und die freundschaftliche Zusicherung zu erlangen, daß im Settlement keine militärischen Einrichtungen beabsichtigt werden, die den freien Handel auf dem Peiho beeinträchtigen könnten, da Seine Majestät hierauf großen Wert legen.

Metternich

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Und doch mindestens auch Ausführung des deutsch-englischen Abkommens über Afrika, mit dem wir bis jetzt an der Nase herumgeführt worden sind.

[2] aha

Nr. 4794

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Windsor, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Windsor, den 4. Februar 1901

Ich habe soeben mit Seiner Majestät nochmals den Inhalt der Telegramme Nr. 29* und 30 eingehend besprochen und wiederum besonders darauf hingewiesen, daß die unbegründeten englischen Beschwerden wohl hauptsächlich bezweckten, uns mit England zusammen gegen Rußland festzunageln.

Seine Majestät antworteten heute, das sei die Sache nicht wert, und auf etwaige Befürchtungen könne man keine Beschwerden gründen. Anders würde die Sache liegen, wenn eklatante Rechtsverletzungen

---

* Siehe Nr. 4792.

seitens Rußlands vorlägen, die die deutsche[1] Meinung in Aufregung setzten.

Unter diesen Umständen bin ich der Ansicht, daß mit einer verbindlichen, vagen, unverletzenden und nicht identischen Anfrage in St. Petersburg über Tientsin, Peiho, Eisenbahn, Handelsfreiheit die Sache abgetan ist.

Telegramm Nr. 29 habe ich dem Kaiserlichen Botschafter in London mit der Bitte mitgeteilt, mir heute zu telegraphieren, falls etwas Neues in der Sache verhandelt wird.

Nachschrift

Ich habe nochmals Seine Majestät gesehen. Lord Salisbury habe nicht von Tientsin gesprochen. Seine Majestät der Kaiser habe angenommen, daß die Frage den Minister nicht interessiere, und habe sie daher auch nicht berührt[2].

Metternich

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Die regt sich darüber nicht auf
[2] gut

Nr. 4795

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 41 Berlin, den 4. Februar 1901
Geheim

Liegen bis jetzt irgendwelche Anzeichen dafür vor, wie Rußland von ihm bei Tientsin okkupiertes Terrain benutzen wird? Denkt man dabei an ein bloßes Settlement bzw. eine Konzession, oder ist die Anlage von Befestigungen in Vorbereitung oder in Aussicht genommen, sodaß die Russen den Weg vom Meere nach Peking und umgekehrt in Zukunft beherrschen würden?

Ist letzteres der Fall, so bitte ich nach im strengsten Geheimnis erfolgtem Benehmen mit militärischen Stellen sich darüber auszusprechen, ob etwa äußerstenfalls russische Absichten durch ähnliche Okkupationen am Peihofluß unserer- und englischerseits vereitelt werden könnten.

Zu Ew. ausschließlich persönlichen Orientierung füge ich hinzu: Übt Rußland auf dem okkupierten Terrain Hoheitsrechte aus, z. B. durch Anlegung von Befestigungen, so müßten wir auf Grund von Artikel III des deutsch-englischen Abkommens vom Oktober v. Js. gemeinsam mit England die Ergreifung von Gegenmaßregeln erwägen.

Es wäre uns bequemer, wenn letztere, statt in gemeinsamen Vorstellungen in St. Petersburg, in Besetzungen am Peiho bestehen könnten.

Engländer sollen Besorgnisse vor russischen Überraschungen am Jangtse haben und selbst gegen Amerika und Japan mißtrauisch werden. Es heißt, daß sie deshalb heimlich starke Truppenmassen in Honkong konzentrieren und das Chinageschwader verstärken. Haben Sie irgendwelche tatsächliche Anhaltspunkte in diesen Beziehungen?

In London fürchtet man auch, Rußland werde nach Abzug der übrigen Kontingente seine Truppen nach Tschili zurückkehren lassen.

Bülow

Nr. 4796

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 Peking, den 8. Februar 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 41*.

Nach Auskunft des Kaiserlichen Konsuls Tientsin sowie des Armeeoberkommandos liegen bisher keinerlei Anzeichen dafür vor, daß Russen das bei Tientsin okkupierte Terrain zur Anlage von Befestigungswerken benutzen wollen.

Das von Russen bereits seit Sommer besetzte und zur Unterbringung ihrer Truppen benutzte Ostfort würde sich eventuell als Stützpunkt einer Befestigungsanlage eignen, doch hat in dieser Beziehung meines Wissens General Wogak dem General von Schwarzhoff beruhigende Zusicherungen gegeben.

Nach Meldung Kaiserlichen Konsulats Hongkong beträgt dortige Garnison seit November 6000 Mann, das Doppelte der Stärke vor Beginn der Unruhen. Neuerliche Verstärkung oder Absicht einer solchen nicht bekannt.

Nach Mitteilung Admirals Bendemann englisches Chinageschwader tatsächlich gegen Stand Mitte vorigen Jahres verstärkt. Nicht ausgeschlossen, daß eventuell nach Eintreffen von zur Ablösung erwarteten Schiffen, wie schon früher, ablösende und abgelöste hier bleiben. Rußland erhält zwei Panzerschiffe, einen Panzerkreuzer mehr.

Glaube nicht an russische Absichten auf Jangtsetal, schon weil Rußland im Norden noch zu sehr beschäftigt. Wahrscheinlicher scheint schon, daß Rußland mit der Zeit auch einen Teil Tschilis, zunächst linkes Peihoufer, besetzt, worauf auch eine zufällig aufgefundene mit Bericht vom 24. Januar eingereichte russische Denkschrift über Eisenbahn hindeutet.

---

* Siehe Nr. 4795.

Gegen Japan besteht auf englischer Seite allerdings gewisses Mißtrauen wegen einer seit Beginn unserer Verhandlungen öfters hervorgetretenen Intimität der beiden asiatischen Mächte, welche jedoch seit Nißis Abgang* weniger bemerkbar ist. Für englisches Mißtrauen gegen Amerika liegen keine Anhaltspunkte vor.

M u m m

Nr. 4797

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208 London, den 12. März 1901

General Gaselee telegraphiert, daß die Russen sich entgegen der Konvention vom 26. Dezember v. Js.** weigerten, bestimmte, der Eisenbahn gehörige Gebäude in Tangku, Tientsin und Schanhaiguan zu räumen und nur durch Gewalt dazu gebracht werden könnten. Auch habe der russische Konsul in Tientsin gegen ein aus militärischen Rücksichten dort gelegtes Extrageleise Protest erhoben, weil dasselbe durch die russische Konzession gehe. An diesen Protest gedächten jedoch die Engländer sich nicht zu kehren, sondern mit dem Bau der betreffenden Geleise anzufangen.

H a t z f e l d t

Nr. 4798

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 218 London, den 16. März 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 208***.

Einem heute hier eingetroffenen Telegramm des Generals Barrow zufolge hat derselbe eine Zusammenkunft mit dem russischen General Wogak gehabt. Beide seien übereingekommen, ihre Regierungen um Instruktionen zu bitten und bis dahin alles aufzubieten, um einen Zusammenstoß der englischen und russischen Truppen zu verhindern, ohne jedoch vorläufig die beiderseits vorgeschriebenen Wachtposten zurückzuziehen. General Wogak werde eventuell nach Port Arthur gehen, um dort mit Admiral Alexejew zu konferieren.

---

* Anfang Januar war der japanische Gesandte Baron Nißi durch Baron Komura, den späteren Außenminister, ersetzt worden.

** Vgl. Nr. 4769.

*** Siehe Nr. 4797.

Hiesige Regierung ist der Ansicht[1], daß die militärische Seite dieser Frage vom Grafen Waldersee als Oberstkommandierenden in der Provinz Petschili zu entscheiden sei, während die Frage des der Eisenbahn gehörigen Landes bzw. der russischen Konzession auf diplomatischem Wege zwischen London und Petersburg zu lösen sei.

Aus Äußerungen des Unterstaatssekretärs entnehme ich, daß Sir Frank Lascelles [Weisung] erhält, die Kaiserliche Regierung darum zu bitten, den Grafen Waldersee anzuweisen, sowohl diese Angelegenheit als auch die Frage der seitens der Russen entgegen der Konvention vom 26. Dezember v. Js. besetzt gehaltenen Eisenbahngebäude in Tangku und Tientsin zu regeln[2].

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Seine Majestät sind nicht dieser Ansicht; die Frage sei nicht mehr eine militärische, sondern eine diplomatische geworden, welche zwischen den Kabinetten von London und St. Petersburg auszutragen sei.

[2] Seine Majestät weisen diesen Vorschlag ab, für uns (bzw. militärisch für Generalfeldmarschall Graf Waldersee) sei die Sache mit der Übergabe der Bahn erledigt.

Nr. 4799

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Note. Unsignierte Ausfertigung

Berlin, March 17, 1901

A Telegram dated March 15 has been received from Sir E. Satow, reporting that upon a piece of land at Tientsin, which is claimed as the property of the Chinese Northern Railway and where the British Military authorities were constructing a siding, sentries have been placed by the Russian military authorities, in order to prevent the British from proceeding with the work. The piece of land in question forms part of a district recently appropriated as a concession by the Russians. Instructions have been issued to the General Officer Commanding to the effect that Count Waldersee as Commander in Chief of the Allied Forces in Chi-li, is the authority who can most conveniently settle the question of the right of British and Russian troops to the occupation of certain points. General Gaselee has accordingly been directed to ask His Excellency to settle the immediate difference which has arisen at Tientsin between the British and Russian Military authorities, but to reserve for future examination the

question of the validity of the concession as a whole or of proprietary rights within it.

The British Commander has been instructed that in the meanwhile he should not use force except to repel aggression, nor should he reject the Russian sentries.

Sir Frank Lascelles has been instructed by Lord Lansdowne to urge that immediate instructions to act in the sense proposed may be issued to Count Waldersee.

Nr. 4800

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 19. März 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen:

Sir Frank Lascelles hat nunmehr hier amtlich mitgeteilt*, der Befehlshaber der englischen Truppen in Tschili sei angewiesen, den Grafen Waldersee in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber um Schlichtung der unmittelbaren Streitigkeit anzugehen, welche zwischen den englischen und russischen Truppen über die militärische Befugnis zur Besetzung gewisser Punkte in Tientsin entstanden sei. Dagegen solle die eigentliche Rechtsfrage über die Gültigkeit der russischen Konzession in Tientsin überhaupt und über die privaten Eigentumsrechte innerhalb der Konzession späterer Prüfung und Regelung auf anderweitem Wege vorbehalten bleiben.

Die englische Regierung bittet, daß Euerer Majestät Generalfeldmarschall von hier aus schleunigst veranlaßt werden möchte, die erbetene Entscheidung zu übernehmen.

Nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten dürfte dieser englische Antrag, wie derselbe jetzt formuliert ist, schwer abzulehnen sein. Die Engländer können wohl nicht ohne Grund geltend machen, daß es eine rein militärische, zu den Befugnissen und Pflichten eines Oberbefehlshabers gehörige Aufgabe sei, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zwischen den ihm unterstellten Kontingenten und für die Verhinderung oder Beilegung von mit der militärischen Ordnung unverträglichen, offenen Feindseligkeiten Sorge zu tragen[1]. Wird der englische Antrag unsererseits einfach abgelehnt, so laufen wir Gefahr, daß die englische Regierung dies als die Erklärung betrachtet, daß wir unsern Oberbefehl, wenigstens über Engländer und Russen, als erloschen ansehen.

---

* Vgl. Nr. 4799.

Überdies verlangt England von uns jetzt nichts anderes als die Anwendung desselben Prinzips, nach welchem Graf Waldersee seinerzeit bei Regelung der Frage des militärischen Besitzes der Eisenbahnlinien Peking—Tientsin und Tientsin—Schanhaiguan verfahren ist.

Euerer Majestät glaube ich deshalb die Absendung des im Entwurf anliegenden Allerhöchsten Telegramms an Generalfeldmarschall Graf Waldersee* ehrfurchtsvollst vorschlagen zu dürfen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja. W. 19/III 1901
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Bisher haben sich die Kontingente recht wenig um Waldersee gekümmert. Wenn wir diesen Wunsch Englands erfüllen, dann muß es uns aber in der Entschädigungsfrage zu Willens sein!

Nr. 4801

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Alvensleben

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 44 Berlin, den 18. März 1901
Vertraulich

Die Kaiserliche Regierung hat wiederholt, insbesondere auch noch in der neulichen Reichstagsrede des Reichskanzlers**, den Standpunkt zur Geltung gebracht, daß sie in der Mandschurei keine eigenen Interessen wahrzunehmen hat und sie hat unter Berufung hierauf das an sie gerichtete Ansinnen, sich an gemeinsamen Schritten bei Rußland wegen der Mandschureifrage zu beteiligen, abgelehnt. Die Kaiserliche Regierung glaubt sich durch diese Haltung ein Verdienst um Rußland erworben zu haben, und sie hofft deshalb, daß ihr die Kaiserlich Russische Regierung die Beobachtung einer gleichen, neutralen und dem allgemeinen Frieden dienenden Haltung auch in andren ähnlichen Fragen möglichst erleichtern wird. Eine solche Frage bildet jetzt diejenige der englischen Eisenbahn bei Tientsin. Die englische Regie-

---

* Hier nicht abgedruckt, weil der vom Kaiser gutgeheißene Inhalt ohne weiteres ersichtlich ist. Graf Hatzfeldt erhielt durch Telegramm Nr. 144 vom 19. März Anweisung, die englische Regierung von dem Inhalt des Telegramms an Graf Alvensleben in Kenntnis zu setzen. Vgl. Nr. 4801.

** In seiner Reichstagsrede vom 15. März hatte Reichskanzler Graf Bülow bei der Erörterung des deutsch-englischen Jangtseabkommens ausdrücklich betont, daß der Vertrag sich nicht auf die Mandschurei beziehe, und daß Deutschland überhaupt an der Mandschurei kein wesentliches Interesse nehme. Vgl. auch Kap. CVI.

rung beklagt sich und hat unsere Unterstützung angerufen, weil russischerseits englischen Unternehmern die Fortführung eines Nebengeleises auf einem seit längerer Zeit in englischem Privatbesitz befindlichen Landstück mit der Begründung verwehrt werde, daß dieses Landstück zu dem später kraft Eroberungsrechts zur russischen Konzession erklärten Territorium gehöre.

Die Kaiserliche Regierung ist gegenüber diesem neuerlichen englischen Ansuchen in einer schwierigeren Lage als bezüglich der Manschurei, denn bekanntlich bestehen in Tientsin deutsche wirtschaftliche Interessen von erheblichstem Umfange, und an den Eisenbahnbauten in und bei Tientsin sind große deutsche Kapitalien engagiert, die durch eine ähnliche Verschließung der neuen russischen Konzession empfindlich geschädigt werden würden.

Die Kaiserliche Regierung will zu der materiellen Rechtsfrage keine Stellung nehmen, zumal ihr darüber nur von der einen, der englischen Seite eine Darstellung vorliegt; sie würde aber wesentlich beruhigt sein, wenn die Kaiserlich Russische Regierung den Konflikt mit den englischen Privatinteressen durch versöhnliche Behandlung im Einklang mit dem auf amerikanische Empfehlung seinerzeit auch von Rußland für die geöffneten Häfen Chinas angenommenen Prinzip der offenen Tür seines augenblicklichen bedrohlichen Charakters entkleiden würde.

Wir hoffen um so mehr auf eine Erledigung in diesem Sinne, als ja die russische Regierung wiederholt erklärt hat, sich von dem Konzert der Mächte nicht trennen zu wollen. Der gegenwärtige Konflikt aber kann, Nachrichten zufolge, die uns auch von nicht englischer Seite zugehen, leicht das ganze Konzert sprengen.

Bitte, vorstehendes ganz vertraulich an Graf Lamsdorff zu sagen.

Richthofen

Nr. 4802

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 235 London, den 20. März 1901

Als ich heute Telegramm Nr. 144* bei Lord Lansdowne verwertet, zeigte sich derselbe im höchsten Grade über meine Mitteilungen erfreut. Der Minister bat mich, Euerer Exzellenz seinen aufrichtigsten Dank für die Bemühungen der Kaiserlichen Regierung im Interesse einer friedlichen Beilegung des Tientsinzwischenfalls zu übermitteln,

* Vgl. Nr. 4800, S. 302, Fußnote *.

und versprach, den von der Kaiserlichen Regierung in St. Petersburg unternommenen Schritt* streng konfidentiell zu behandeln.

Ich habe den bestimmten Eindruck gewonnen, daß diese Mitteilung dem von gewissen Seiten hier neuerdings wieder systematisch geschürten Mißtrauensvotum gegen die deutsche Politik beträchtlich Einhalt tun wird.

Hatzfeldt

Nr. 4803

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 236 London, den 20. März 1901
Geheim

Einem heute nachmittag hier eingegangenen Telegramm General Barrows zufolge hat General Wogak von ihm verlangt, sich für die Insultierung der russischen Flagge seitens englischer Soldaten offiziell zu entschuldigen und die englischen Posten zurückzuziehen. Er selbst werde sich aber nur zurückziehen, wenn er direkten Befehl aus St. Petersburg dazu erhielte. Er, General Barrow, habe sich bereits an Graf Waldersee zur Schlichtung des Streites gewandt, gleichzeitig erklärt, daß er sich, soweit die militärische Frage in Betracht käme, einem Schiedsspruch des Feldmarschalls oder eines von demselben zu ernennenden Schiedsgerichts unterwerfen werde.

Sir Frank Lascelles erhält heute telegraphische Instruktion, die Kaiserliche Regierung zu bitten, Graf Waldersee anzuweisen, seine Vermittlung in diesem Sinne möglichst bald eintreten zu lassen.

Die Frage der besitzrechtlichen Ansprüche Englands soll dabei vorläufig offengelassen werden.

Diese neue Wendung der Dinge in Tientsin kann man sich bis jetzt hier noch nicht erklären, besonders da seit mehreren Tagen von St. Petersburg selbst aus ein versöhnlicher Ton England gegenüber angeschlagen wird.

Erst gestern wurde mir noch im Foreign Office im strengsten Vertrauen gesagt, daß man von St. Petersburg aus eine Einigung mit England auf der ganzen Linie anzubahnen suche. Mein Gewährsmann bemerkte dazu, daß man russischerseits durch unoffizielle Mittelspersonen habe andeuten lassen, man werde eventuell die Erwerbung des Jangtsegebiets seitens Englands unterstützen, falls letzteres Rußland freie Hand im Norden ließe. Er persönlich glaube aber,

---

* Vgl. Nr. 4801

daß es dabei nur darauf abgesehen sei, zwischen England und Deutschland einerseits und England und Japan andererseits Mißtrauen zu säen*.
Hatzfeldt

Nr. 4804

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 St. Petersburg, den 20. März 1901

In Ausführung des Auftrags vom 18. März Nr. 44** habe ich soeben mit dem Grafen Lamsdorff eine vertrauliche und freundschaftliche Aussprache herbeigeführt, der Minister hat mir in seiner ruhigen und sehr sachlichen Behandlung der delikaten Angelegenheit einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht.

Weder von militärischer noch diplomatischer Seite, erklärte Graf Lamsdorff, seien ihm bisher entsprechende Meldungen zugegangen; auf Grund der Zeitungsnachrichten habe er im Einvernehmen mit dem Kriegsminister den russischen Gesandten in Peking und die Militärbehörden angewiesen, unverzüglich unter Vorlegung von Kartenmaterial Bericht zu erstatten. Kuropatkin habe ferner, um einem Zusammenstoß vorzubeugen, den Befehl erlassen, die Quartiere der bisher den englischen dort unmittelbar gegenüber befindlichen russischen Truppen auf weitere Entfernung zu verlegen.

Auf meine Frage, ob die russische Regierung ihre Erwerbung in Tientsin im Sinne des vom Grafen Murawiew unter dem 18. Dezember 1899 an den hiesigen amerikanischen Botschafter gerichteten Schreibens zu behandeln gedenke, erwiderte Graf Lamsdorff unter Berufung auf die früheren Erklärungen seiner Regierung in der prinzipiellen Frage der open-door-Politik, Rußland habe beabsichtigt, in Tientsin eine

---

* Vgl. dazu auch das bei Eckardstein a. a. O. II, 277 f. mitgeteilte Privattelegramm an Holstein vom 18. März, in dem es u. a. heißt: „Rußland sucht also jetzt den Engländern eine goldene Brücke zu bauen, in der Annahme, daß es gelingen könnte, dieselben dadurch zu bewegen, Nordchina völlig aufzugeben und sich auf das Jangtsegebiet zu beschränken. Aus übereinstimmenden Äußerungen des hiesigen russischen Geschäftsträgers sowie maßgebender einheimischer Politiker fühle ich mit aller Bestimmtheit heraus, daß Rußland seit einigen Tagen hier systematisch, ohne es natürlich ernst zu meinen, das Jangtsegebiet als eine ausschließlich englische Interessensphäre hinstellt. Auch in der Presse hat sich in den letzten Tagen das Bestreben bemerkbar gemacht — augenscheinlich auf russische Einflüsterungen hin —, auf die Erwerbung des Jangtsetales als auf das natürliche Endziel der englischen Chinapolitik hinzuweisen. Die offiziellen sowohl als die unterderhand betriebenen Intrigen Rußlands gegen uns haben derartig akuten Charakter angenommen, daß unsere Stellung hier täglich schwieriger wird."

** Siehe Nr. 4801.

„Konzession unter normalen Bedingungen zu erhalten", er könne mir versichern, daß, falls tatsächlich englische Privatrechte dort bestehen, diesen durch die russische Erwerbung in keiner Weise Eintrag geschehen würde.

Der Minister betonte nachdrücklich, daß dieser Vorgang nicht geeignet sei, einen Zwischenfall zu bilden; russischerseits bestehe das aufrichtige Bestreben, eine gütliche Beilegung herbeizuführen.

Ich habe Veranlassung genommen, den Minister darauf hinzuweisen, daß wir mit Rücksicht auf unsere Haltung gegenüber dem englischen Ansinnen in der Mandschureifrage im vorliegenden Falle auf eine versöhnliche Behandlung der Angelegenheit rechnen zu können glaubten; die Kaiserliche Regierung sei auch hier von dem Bestreben geleitet, zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens mit China das Konzert der Mächte aufrechtzuerhalten. Die sehr eingehende Aussprache hat sichtlich auf den Grafen Lamsdorff Eindruck gemacht. Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß wir bei ihm in unserem Bemühen, Zwischenfälle, wie den gegenwärtigen, ihres bedrohlichen Charakters zu entkleiden, bereitwillige Unterstützung und Entgegenkommen gefunden haben. Alvensleben

Nr. 4805

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 238 London, den 20. März 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 236*.

General Barrow meldet ferner, daß er sich gezwungen gesehen habe, Verstärkungen zu den den Russen gegenüberstehenden Wachtposten zu schicken. Er bezeichnet die Lage als sehr akut und gefährlich. Hatzfeldt

Nr. 4806

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 240 London, den 21. März 1901

Sir Charles Scott meldet, Graf Lamsdorff habe ihm den Vorschlag gemacht, die sich in Tientsin gegenüberstehenden russischen und eng-

---

* Siehe Nr. 4803.

lischen Truppenteile sollten sich zur selben Zeit zurückziehen, und die besitzrechtliche Frage solle auf diplomatischem Wege erledigt werden. Der Botschafter fügt in seiner Meldung hinzu, daß Graf Lamsdorff eine ganz auffallend entgegenkommende Haltung[1] gezeigt und die Versicherung abgegeben habe, daß er Konflikt mit England unter allen Umständen vermieden sehen wolle.

Lord Lansdowne hat darauf Sir Charles Scott angewiesen, dem Grafen Lamsdorff sofort mitzuteilen, daß dieser Vorschlag den Wünschen der englischen Regierung durchaus entspreche.

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dank unserer Einwirkung für die Briten. W.

Nr. 4807

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 Peking, den 21. März 1901

Der englisch-russische Streitfall zu Tientsin ist heute in gemeinsamer Besprechung mit General Wogak und General Barrow vom militärischen Standpunkt in einer beide Teile befriedigenden Weise beigelegt worden*. Beide Wachen und Posten werden eingezogen nach gegenseitigem Salutieren. Engländer erklären, daß Verletzung russischer Flagge nicht beabsichtigt gewesen und daß angebliche Entfernung russischer Grenzzeichen weder auf Befehl noch mit Wissen der Militärbehörden geschehen ist. Arbeit auf fraglichem Gelände wird nicht fortgesetzt, bis Regierungen sich über Besitzstand geeinigt haben oder besondere Verständigung darüber erreicht ist.

Waldersee

---

* Vgl. dazu auch: Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O. III, 107 ff. Mit der Beilegung des englisch-russischen Streitfalls zu Tientsin durch deutsche Vermittelung hatten die im Zusammenhang mit dem deutsch-englischen Abkommen stehenden Fragen (Eisenbahnfrage, Frage neuer Settlements oder Besitzergreifungen) fürs erste ihren Abschluß gefunden; es blieb lediglich die Frage der Auslegung des Abkommens im Hinblick auf die Mandschurei bestehen, worin England und Deutschland nicht völlig übereinstimmten, wie ein Vergleich der Reichstagsrede des Reichskanzlers Grafen von Bülow vom 15. März mit der Oberhausrede des Staatssekretärs Lord Lansdowne vom 28. März (vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1901, S. 60 f., 214 f) ergibt. Näheres darüber siehe in Kap. CVI.



Kapitel CVI

Das Russisch-Chinesische Mandschureiabkommen und die Mächte 1901



Nr. 4808

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 London, den 7. Februar 1901

Heute abend erhielt ich** einen Privatbrief Lord Lansdownes, in welchem derselbe mich bat, ihn baldmöglichst aufzusuchen.

---

* Die im Frühjahr 1900 in China ausgebrochenen Boxerunruhen hatten sich seit Sommersanfang auch auf die Mandschurei ausgedehnt, wo seit dem russisch-chinesischen Eisenbahnabkommen von 1896 und der russischen Besitznahme von Port Arthur 1898 Rußland sich eine Machtposition geschaffen hatte. Infolge von Zusammenstößen zwischen russischen und chinesischen Truppen schritt Rußland seit Ende Juli zur Besetzung weiter Teile der Mandschurei und namentlich des wichtigen Niutschwang. Zwar beeilte sich die russische Regierung, in Berlin und London zu versichern, daß es nicht auf eine dauernde Okkupation oder gar Besitznahme abgesehen sei, daß Rußland vielmehr seine Truppen zurückziehen werde, sobald die Verhältnisse es erlaubten und geordnete Zustände geschaffen seien (vgl. Kap. CIV, Nr. 4621). Aber das immer deutlicher werdende russische Streben, sich aus der gemeinsamen Aktion der Mächte gegen die chinesische Regierung herauszuziehen, das sich als ein Buhlen um die chinesische Gunst darstellte, und eine Reise des chinesischen Gesandten in Petersburg nach dem Herbstsitz des russischen Hofes in Livadia gaben seit Herbst 1900 dem Gerüchte immer neue Nahrung, daß Rußland ein geheimes Separatabkommen mit China getroffen habe, welches auf ein Protektorat über die Mandschurei hinauslaufe. Vergeblich versicherte das russische Ministerium des Äußeren Mitte November, daß die in Livadia getroffenen Abmachungen sich auf die Modalitäten der späteren Evakuation der Mandschurei und auf die Ernennung chinesischer Gouverneure in der Mandschurei beschränke (Telegramm des Geschäftsträgers in Petersburg Grafen Pückler Nr. 385 vom 17. November). Im Januar 1901 veröffentlichte die „Times" ganz bestimmte Angaben über ein chinesisch-russisches Mandschureiabkommen, das angeblich in krassem Widerspruch zu dem freilich nicht unbedingten Beitritt Rußlands zu dem deutsch-englischen Jangtseabkommen vom 16. Oktober 1900 stände. Auch aus Peking und Tokio kamen im Laufe des Januar Nachrichten über einen chinesisch-russischen Protektoratsvertrag. Deutscherseits wurden die Nachrichten minder tragisch als in Lon-

Der Minister teilte mir mit, daß der hiesige japanische Gesandte *** im Auftrage seiner Regierung hier eine Demarche bezüglich des russischen Vorgehens in China im allgemeinen und im besonderen bezüglich der nahe bevorstehenden Ratifikation des russisch-chinesischen Abkommens, betreffend die Mandschurei †, gemacht habe. Lord Lansdowne bemerkte, daß er es für seine Pflicht halte, die Kaiserliche Regierung sofort davon in Kenntnis zu setzen und die Ansicht derselben zu sondieren. Den Sachverhalt faßte der Minister folgendermaßen zusammen:

„His Majesty's Government understand that the russian government are pressing the chinese government to ratify the agreement concluded between admiral Alexejeff and the chinese general commanding in Manchuria in regard to that province. They also understand that chinese government would like if encouraged by foreign powers, to repudiate that agreement and punish the tartar-general, who concluded it.

In these circumstances the japanese government proposes to inform the chinese Minister at Tokio that the conclusion of any such agreement would be a source of danger to the chinese government and that no arrangement affecting territorial rights in the chinese

---

don und Tokio genommen, weil man in Berlin im Gegensatz zu London die Auffassung vertrat, daß der Jangtsevertrag keine Anwendung auf die Mandschurei finde. Am 16. Januar richtete Botschafter Fürst Radolin dem Grafen Lamsdorff, der bei dieser Gelegenheit wieder die beruhigendsten Versicherungen über die russische Politik in der Mandschurei abgab, auftragsmäßig aus, daß die deutsche Politik durch irgendwelche Abmachungen über die Mandschurei nicht in neue Bahnen gelenkt werden würde. Ausdrücklich hatte Radolin zu sagen, es berühre die deutschen Interessen nicht, ob Rußland die Mandschurei dauernd oder vorübergehend besetzen oder daselbst ein Protektorat errichten wolle. Gegenüber der späteren englischen Behauptung, als ob der Jangtsevertrag doch die Mandschurei einbegreife, mag darauf hingewiesen sein, daß bei den Verhandlungen über den Jangtsevertrag Lord Salisbury selbst vorgeschlagen hatte, den Amur und seine Häfen von dem Abkommen auszuschließen, und daß er diesen seinen Vorschlag später dahin modifiziert hat, das Gebiet nördlich des 38. Parallelgrades von der Abmachung auszuschließen. Wenn in dem Vertrag selbst dann auf Lord Salisburys Vorschlag die Formulierung gewählt wurde, von den Gebietsteilen „over which they — die Russen — may exercise an influence“, so geht aus der Entstehungsgeschichte des Jangtsevertrags klipp und klar hervor, daß die Engländer kein Recht hatten, aus dieser unklaren Fassung einen Vorwurf gegen die deutsche Regierung bezüglich ihrer Haltung in der Mandschureifrage abzuleiten. Vgl. Kap. CV, Nr. 4722 und Nr. 4728.

** Wie ein Privattelegramm Graf Hatzfeldts an Holstein vom 10. Februar (Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 4988) ergibt, fand die Unterredung zwischen Lord Lansdowne und Freiherrn von Eckardstein, nicht dem Grafen Hatzfeldt statt. Das Telegramm ist also nur von Hatzfeldt unterschrieben, rührt aber von Eckardstein her. Vgl. Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 4979, Fußnote *.

*** Baron Hayashi.

† Vgl. über den Inhalt des Abkommens das folgende Schriftstück.

empire ought to be concluded between the chinese government and any one of the powers.

His Majesty's Government are disposed to make similar communication to the chinese minister in London *."

Lord Lansdowne bemerkte dazu, daß er sich sofort nach seiner Unterredung mit dem japanischen Gesandten mit Lord Salisbury und seinen hier anwesenden Kabinettskollegen angesichts der neugeschaffenen Lage in Verbindung gesetzt habe, und daß dieselben mit ihm die Ansicht teilten, daß eine Zurückweisung dieses Antrags die schwersten Konsequenzen zur Folge haben würde. Im Falle der Nichtannahme des japanischen Vorschlags werde das Kabinett in Tokio zweifellos für immer in die Arme Rußlands getrieben werden, und in China werde durch das dadurch entstehende Übergewicht des letzteren eine Lage erwachsen, welche jeden Anspruch anderer europäischer Mächte auf irgendwelchen Einfluß in Nordchina aussichtslos machen würde. Das englische Kabinett gebe sich daher der Hoffnung hin, daß die Kaiserliche Regierung ebenfalls gewillt sein werde, auf den japanischen Vorschlag einzugehen; zum Schluß rekapitulierte der Minister die Errungenschaften Rußlands in China seit den letzten Monaten, nämlich die russischen Landaneignungen in Tientsin **, die durch belgische Hilfe erlangte Kontrolle über die gesamte künftige Eisenbahnlinie von Peking über Hankau nach Kanton, Erwerbung der Shangkwantao-Kohlenminen in Petschili, absolute Kontrolle über die Mandschurei. Außerdem stehe Rußland im Begriff, sich auf der Liaotunghalbinsel neben Port Arthur und Talienwan auch noch den Hafen von Kinschow sowie ferner die Elliot-, Blonde- und Miaotao-Inseln anzueignen, wodurch der Golf von Petschili eine russische See werden würde. Die Frage, ob im Hinblick hierauf ein weiterer Versuch Englands, in Nordchina Einfluß zu behalten, zweckmäßig sei oder nicht, werde das Hauptthema der nächsten Kabinettsratssitzungen bilden. Selbst wenn auch Japan jetzt wieder in der chinesischen Frage auf seiten Englands stände, so hänge es im wesentlichen von den Entschlüssen der Kaiserlichen Regierung ab, ob England es weiter für lohnend halten werde, seine bisherige Chinapolitik fortzusetzen.

Auf die direkte Frage des Herrn Ministers, ob die Kaiserliche Regierung meiner Ansicht nach dem unabhängigen und aggressiven russischen Vorgehen in China weiter zusehen oder sich dazu verstehen werde, in Gemeinschaft mit England und Japan Rußland Halt zu [ge]bieten, erwiderte ich, daß ich nicht in der Lage sei, mich darüber zu äußern, da die Ansichten meiner Regierung in bezug auf die einzelnen russischen Erwerbungen und Pläne mir nicht bekannt seien mit Ausnahme, was die Aneignungen in Tientsin beträfe, welche,

* Lo-Fêng-Luh.

** Vgl. Kap. CV, Nr. 4758 ff.

wie ich ihm bereits mitgeteilt, nach Ansicht meiner Regierung als keine territoriale Erwerbung, sondern als ein bloßes Settlement anzusehen seien. Auch könne ich nicht sagen, ob die Kaiserliche Regierung sich überhaupt jedesmal* in einen dauernden prinzipiellen Gegensatz zu Rußland setzen werde. Sollte die Kaiserliche Regierung sich, was ich nicht voraussagen könne, wirklich eines Tages dazu verstehen, mit Rußland zu brechen, so würde dieselbe dies meiner unmaßgeblichen Meinung nach nur dann tun können, wenn sie von anderer Seite genügende Gegenleistungen und Sicherheiten erhielte.

Hatzfeldt

Nr. 4809

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 London, den 7. Februar 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 124**.

Der Unterstaatssekretär zeigte mir heute abend ein soeben eingegangenes Telegramm von Sir Ernest Satow, das, soweit ich mich erinnern kann, etwa folgendermaßen lautete:

Japanese minister informs me that ratification of Manchurian agreement imminent.

Following conditions:

1. City of Kinchow to be included in leased territory in Liaotung peninsula.

2. Governor General of the Manchurian provinces to be appointed after previous consent of Russia.

3. Russia and China to agree upon strength of the force to be maintained by the latter.

4. On the staff of each Chinese Governor General a Russian Officer to be charged with the supervision of the said force.

5. Indemnity for military expenses is to be adjusted here, but not to include damage of railway.

6. Russia wishes to purchase railway north of Shanhaikwan deducting the cost of purchase from the amount of war indemnity. The balance of this and interest to be paid out of custom revenue in Manchuria.

This information obtained by Japanese Minister in Petersburg from Monsieur de Witte. Japanese Minister believes that his Government desires combined action of powers to oppose agreement.

Hatzfeldt

---

* Statt „jedesmal" soll es vermutlich heißen: „jemals".

** Siehe Nr. 4808.

Nr. 4810

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 9. Februar 1901

In die Antwort an England wären vielleicht folgende Gedanken hineinzubringen:

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers, welche während des südafrikanischen Krieges durch ihre Haltung unzweideutig bewiesen hat, daß sie Englands Macht als einen notwendigen Faktor für die Wahrung des Gleichgewichts auf dem Erdball ansieht, erwägt jetzt auch in gleichem Geiste und entsprechend dem Artikel III des deutsch-englischen Abkommens * die durch die neuesten politischen Erscheinungen in Ostasien geschaffene Lage. Selbstverständlich kann für Deutschland der Gedanke, sich wegen der Mandschurei in scharfen Gegensatz zu einer anderen Großmacht zu setzen, nicht in Betracht kommen; es sind weder deutsche Interessen noch vertragsmäßige Verpflichtungen vorhanden, welche eine deutsche Aktionspolitik aus diesem Anlaß rechtfertigen würden, und während der deutsch-englischen Vertragsverhandlungen ist dieser Standpunkt auch deutlich hervorgetreten. Aber die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist bereit, auf die zu gewärtigenden Anfragen oder Sondierungen wegen ihrer Haltung bei einem etwa bevorstehenden Konflikt und, falls England darauf Wert legt, auch ohne solche Anfrage amtlich zu erklären:

„Wir wünschen die Erhaltung des Weltfriedens, da wir selber in Frieden leben möchten. Sollte dieser Wunsch sich nicht erfüllen, so beabsichtigen wir neutral zu bleiben, wir können aber freilich nicht vorhersehen, welche Ausdehnung und Entwickelung der einmal begonnene Konflikt nehmen, und welche Aufgaben infolgedessen die Sorge um die Wahrung des Gleichgewichts auf dem Erdball uns etwa stellen wird.“

Diese Haltung Deutschlands ist geeignet, die Beschränkung des Krieges jedenfalls zu sichern, den Krieg überhaupt unwahrscheinlich zu machen, und zwar um so mehr, da Österreich und Italien ihrer Lage und ihren Interessen entsprechend zweifellos in Übereinstimmung mit Deutschland das Gleiche erklären werden.

Bis hierher Antwortentwurf. Hoffentlich genügt den Engländern eine solche Erklärung. Offenbar sind sie durch das beschleunigte Tempo des russischen Vorgehens und das Auftauchen immer neuer

* Vom 16. Oktober 1900; vgl. Kap. CV.

russisch-belgisch-chinesischer Abmachungen aufgerüttelt und zu der Ansicht gebracht worden, daß es so nicht weiter gehen kann, und sie schwanken jetzt zwischen festem Auftreten und einer Verständigung, durch welche Rußland Nordchina und England den Jangtse bekäme. Letzterer Gedanke ist in diesen Tagen wieder mehrfach von russischen Blättern besprochen worden. Wenn England da nachgibt, dann ist es schlimm für die Abwickelung unserer Chinaexpedition und überhaupt für alle unsere Interessen in China.

Soll ich eventuell an Eckardstein privatim telegraphieren unter Zugrundelegung Ihres Telegramms an Metternich Nr. 29* (bei den Reiseakten befindlich) und die Vorteile, die diese unsere Neutralität für England tatsächlich und bestimmt haben würde, mehr ausführen?

Holstein

Nr. 4811

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Für Baron von Holstein Homburg v. d. H., den 9. Februar 1901

Besten Dank für eingehendes und interessantes Telegramm**. Mit allen Vorschlägen einverstanden. Lebhaft wünsche ich, daß die von Ihnen skizzierte Erklärung den Engländern genügen möge, denn angesichts der gegenwärtig akuten antienglischen Stimmung in Deutschland würde durch zu weitgehende Anforderungen der Engländer an uns im Sinne eines Eintretens für englische Interessen in China das Zustandekommen einer späteren Verständigung mit England auf breiter und allgemeiner Basis in hohem Grade erschwert werden.

Andererseits verkenne ich nicht, daß die Engländer jetzt zwischen festem Auftreten gegen Rußland und einer Verständigung mit Rußland hin und her zu schwanken scheinen, obwohl sie sich doch im klaren darüber sein müssen, daß durch eine solche Verständigung unmittelbar nach dem Kaiserbesuch in England das Tafeltuch zwischen uns und England für absehbare Zeit zerschnitten werden würde. Wollen wir nicht versuchen, für die von uns an England zu gebende und immerhin sehr bedeutsame Erklärung die englische Zusage zu

---

* Das Telegramm Graf Bülows an den im Gefolge des Kaisers in Windsor weilenden Grafen Metternich Nr. 29 vom 3. Februar betraf die russische Aneignung in Tientsin und verneinte die deutsche Verpflichtung, „daß wir uns aus freien Stücken, ohne Interesse und ohne Verpflichtung lediglich England zu Gefallen auf eine Aktion von nicht zu bemessender Tragweite einlassen sollen". Siehe den Wortlaut des Telegramms in Kap. CV, Nr. 4792.

** Siehe Nr. 4810.

erlangen, daß die Engländer bis zur Erfüllung der Friedensbedingungen in Petschili mit uns militärisch ausharren wollen? Hierin würde für England selbst die beste Gewähr gegen russische Überrumpelungen liegen. Wenn es unerläßlich sein sollte, den Engländern noch mehr das Rückgrat zu stärken, um uns ihre militärische Hilfe in Petschili zu sichern, bis der Frieden geschlossen und Graf Waldersee wieder zu Hause ist, stelle ich als alleräußerste Konzession an England anheim, der englischen Regierung etwa noch zu sagen: Wir seien bereit, in Tokio mitzuteilen, daß nach unserer Auffassung die chinesische Regierung keine Einzelverträge abschließen dürfe, ehe sie die Friedensbedingungen und ganz besonders auch die Kriegsentschädigungsforderungen erfüllt hätte; das Gleiche wären wir bereit, dem chinesischen Gesandten in Berlin mitzuteilen.

Vorstehende äußerste Konzession würde ich aber noch nicht von Ihnen aus an Freiherrn von Eckardstein mitteilen, sondern zunächst abwarten, was er mit Ihrer trefflichen Erklärung erreicht. — Steht es wirklich fest, daß die Russen einen solchen Vertrag mit China über die Mandschurei abschließen wollen? Jede dahingehende Absicht ist von den Russen bisher amtlich und kategorisch in Abrede gestellt worden.

Bülow

Nr. 4812

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Homburg v. d. H., an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Homburg v. d. H., den 11. Februar 1901

Antwort auf Telegramme Nr. 124* und 125**.

Bitte, Lord Lansdowne nachstehendes zu antworten:

„Wir haben kein Bedenken dagegen, daß wir sowohl der japanischen Regierung als der chinesischen Regierung, und zwar letzterer nicht bloß durch den hiesigen chinesischen Gesandten, sondern auch noch durch Herrn von Mumm sagen lassen: ‚Nach unserer Ansicht sollte die chinesische Regierung, ehe sie nicht ihre Verpflichtungen gegen die Gesamtheit der Mächte übersehen könne, und ehe nicht die Erfüllung dieser Verpflichtungen gesichert sei, Einzelverträge territorialer

* Siehe Nr. 4808.
** Siehe Nr. 4809.

oder finanzieller Bedeutung mit irgendwelchen Staaten nicht eingehen.‘ Wir bemerken aber gleich hierbei, daß diese Erklärung bei der heutigen Lage der Dinge nur den Charakter einer einfachen Meinungsäußerung tragen kann. Was das eventuelle Eintreten Rußland gegenüber betrifft, so stellen wir gleich jetzt und ganz offen fest, daß zurzeit keine genügend bedeutenden deutschen Interessen und noch weniger vertragsmäßige Verpflichtungen England gegenüber vorhanden sind, welche Deutschlands Beteiligung bei einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland rechtfertigen würden. Alle unsere vertragsmäßigen Verpflichtungen werden wir pünktlich erfüllen. Eine Vertragspflicht zu kriegerischem Vorgehen gegen Rußland allein wegen dessen faktischer Aneignung der Mandschurei und seiner übrigen nicht territorialen Fortschritte in China liegt jedoch in dem deutsch-englischen Abkommen* für keinen von beiden Kontrahenten. Zwar ist wiederholt behauptet worden, daß Deutschland sich durch den Vertrag eventuell auch zu einem bewaffneten Einschreiten verpflichtet habe. Wir möchten demgegenüber darauf hinweisen, daß diese Behauptung jedenfalls für die vorliegende Sachlage nicht zutrifft, und daß auch beim Abschluß des Abkommens kriegerische Aktionen auf Grund desselben nicht ins Auge gefaßt worden sind, wie dies schon das Fehlen von Bestimmungen über eine gesicherte Gegenseitigkeit im Kriegsfall zeigt. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat während des südafrikanischen Krieges durch ihre Haltung unzweideutig bewiesen, daß sie Englands Macht als einen notwendigen Faktor für die Wahrung des Gleichgewichts auf dem Erdballe ansieht. Sie wird deshalb, falls England vor einem Kriege stehen sollte, auf einen von England zu äußernden Wunsch ungeachtet des Mangels einer vertragsmäßigen Verpflichtung dazu folgendes erklären: ‚Wir wünschen die Erhaltung des Weltfriedens, da wir selber im Frieden leben möchten; sollte dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen, so beabsichtigen wir neutral zu bleiben; wir können aber freilich nicht vorhersehen, welche Ausdehnung und Entwicklung der einmal begonnene Konflikt nehmen und welche Aufgaben infolgedessen die Sorge um die Wahrung des Gleichgewichts auf dem Erdball uns etwa stellen wird.‘ Wir sind auch bereit, unserer Erklärung, falls die englische Regierung dies vorziehen sollte, die nachstehende Fassung zu geben: ‚Wir wünschen die Erhaltung des Weltfriedens, da wir selber in Frieden leben möchten; für den Fall, daß dieser Wunsch sich nicht erfüllen sollte, indem England in einen Krieg mit einer dritten Macht gerät, machen wir uns England gegenüber anheischig, neutral zu bleiben.‘ Eine solche Haltung Deutschlands ist geeignet, mindestens die Beschränkung des Krieges zu sichern, wenn nicht denselben überhaupt unwahrscheinlich zu machen. Dies um so mehr, da Österreich-

* Vom 16. Oktober 1900, vgl. Kap. CV.

Ungarn und Italien ihrer Lage und ihren Interessen entsprechend zweifellos in Übereinstimmung mit Deutschland dasselbe erklären werden."

Bülow

Nr. 4813

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 134 London, den 12. Februar 1901

Unter Bezug auf das Telegramm des Herrn Reichskanzlers, datiert Homburg, den 11. d. Mts. *.

Als ich heute Lord Lansdowne die Antwort auf die japanisch-englische Anregung in der mir von Euer Exzellenz vorgeschriebenen Form mitteilte, erklärte sich derselbe im hohen Grade damit befriedigt und bemerkte, daß die von Euerer Exzellenz gewählte Formulierung der sowohl den Chinesen als auch der japanischen Regierung zu übermittelnden Meinungsäußerung seiner Ansicht nach durchaus genügen werde, um einerseits China abzuhalten, die mit Rußland vereinbarten geheimen Verträge zu ratifizieren, und andererseits die japanische Regierung in ihrem beabsichtigten Vorgehen gegen die Willkür russischer Expansionspolitik in China zu ermutigen. Der Minister betonte ferner, daß die Kaiserliche Regierung dadurch, daß sie überhaupt auf die ihr durch England übermittelte japanische Anregung eingegangen sei, eine überaus kritische Situation gerettet habe. Hätte man den Antrag Japans abgewiesen, so wäre dasselbe zweifellos auf lange Zeit hin in russisches Fahrwasser geraten, und es sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß dies schließlich eine Lage herbeigeführt haben würde, welche ein Verbleiben Englands oder Deutschlands in China zum mindesten sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht hätte.

Im übrigen gab mir der Minister zu, daß es durchaus nicht notwendig sei, dem von Japan vorgeschlagenen und seitens Englands und Deutschlands bis zu einem gewissen Grade unterstützten modus procedendi einen direkt antirussischen Charakter zu verleihen [1], indem die den Chinesen zu übermittelnde Meinungsäußerung nicht nur auf Rußland, sondern auf jede andere in China interessierte Macht Anwendung fände [2].

Den zweiten Teil des Telegramms Euerer Exzellenz habe ich Lord Lansdowne gegenüber in der heutigen Unterredung noch nicht verwertet [3]. Der Minister schien so befriedigt über die von Euerer Exzellenz erhaltene Antwort zu sein, daß er auf die Eventualität der

---

* Siehe Nr. 4812.

Notwendigkeit eines weiteren und direkten Vorgehens gegen Rußland in China nicht zurückkam. Ich habe ihn jedoch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Haltung der Kaiserlichen Regierung der durch England unterstützten japanischen Demarche gegenüber nicht als Vorbote eines Umschwungs der deutschen Politik Rußland gegenüber anzusehen sei, und daß ein solcher, wenn überhaupt, höchstens dann stattfinden könne, wenn Deutschland von anderer Seite genügende Gegenleistungen und Garantien erhielte[3].

Falls ich von Euerer Exzellenz keine andere Weisung erhalte, gedenke ich Lord Lansdowne gegenüber vorläufig nicht auf letzteren Punkt zurückzukommen, sondern abzuwarten, wie die Dinge sich entwickeln, und bis er selbst die Initiative ergreift[4].

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow auf einer Abschrift:
[1] Das will ich auch nicht
[2] gut
[3] sehr richtig
[4] richtig
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Ich halte es doch für notwendig, Eckardstein ernstlich darauf aufmerksam zu machen, daß er nicht vor jeder englischen Drohung ins Mauseloch zu kriechen hat. Auf so plumpe Versuche, uns ohne jede Garantie noch Gegenkonzession von England gegen Rußland vorschieben zu lassen, fallen wir nicht herein. Wir befinden uns weder in China noch anderswo in einer Zwangslage, und England ist durchaus nicht carte forcée für uns — wenigstens solange nicht, als wir nicht die Torheit begehen, uns mit Rußland endgültig zu verfeinden, ohne dafür genügende Gegenleistungen zu erhalten. B. 13/2.

Nr. 4814

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Berlin, den 13. Februar 1901

Sofern Euere Exzellenz einverstanden sind, würde in Euerer Exzellenz Namen folgende Antwort an den Kaiserlichen Botschafter in London telegraphiert werden:

„Antwort auf Telegramm Nr. 134 *.

---

* Siehe Nr. 4813.

Bitte zu melden, wann und welche englische Erklärung in Peking abgegeben wird. Gesandter von Mumm wird alsdann telegraphisch instruiert werden, sofort nach Abgang der englischen Erklärung der chinesischen Regierung folgendes zu erklären: ‚Nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung sollte die chinesische Regierung, ehe sie nicht ihre Verpflichtungen gegen die Gesamtheit der Mächte übersehen kann, und ehe nicht die Erfüllung dieser Verpflichtungen gesichert ist, Einzelverträge territorialer oder finanzieller Bedeutung mit irgendwelchen Staaten oder Gesellschaften nicht eingehen*.‘

Auf demnächstige russische Anfrage würden wir antworten, für uns sei nur der eine Zweck maßgebend, daß nämlich vor Regelung der augenblicklichen chinesischen Fragen und namentlich vor Regulierung der Entschädigungsfrage, bei welcher Deutschland mit mehreren hundert Millionen beteiligt ist, der chinesische Staat nicht leichtsinnig große Vermögensobjekte veräußern sollte.“

Mühlberg

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
Ich bin ganz damit einverstanden, daß wir Rußland merken lassen, wie wir eine weitere schlechte Behandlung in China nicht ruhig hinnehmen können: Rußland soll uns zu einer Sortie honorable aus den chinesischen Wirren verhelfen, dann werden wir ihm auch in China und grade in China keine weiteren Schwierigkeiten bereiten.

Im übrigen nehme ich als selbstverständlich an, daß die Engländer jetzt endlich rasch und glatt hinsichtlich unserer südafrikanischen Beschwerden die von Exzellenz von Richthofen aufgestellten Forderungen ** erfüllen werden. Darin läge natürlich keinerlei Gegenleistung für die von uns England geleisteten ungeheuren Dienste, sondern die Erfüllung einer einfachen Anstandspflicht.

Seine Majestät äußerten heute, er hoffe, daß die Engländer begriffen und würdigten, was er gegen den starken Widerstand der deutschen öffentlichen Meinung für sie tue. B. 14/II.

---

* Das Telegramm ging, nachdem Graf Bülow sein Einverständnis geäußert hatte, in der vorgeschlagenen Form am 14. Februar unter Nr. 99 an Graf Hatzfeldt ab. Kaiser Wilhelm II. äußerte sich zu der japanisch-englischen Anregung einer Demarche in Peking in einer Schlußbemerkung zu einem Immediatbericht vom 20. Februar, der ihn über diese Frage orientierte, folgendermaßen: „Ich begrüße diesen Vorfall mit Freuden. Japan ist zur See so stark und hat ein so vortreffliches Material, daß sein Eintreten auf der einen oder andren Seite den Ausschlag im Golf von Petschili giebt. Es ist also unbedingt nöthig, daß Japan möglichst auf unsere Seite herübergezogen wird. Und nicht durch Rußland verlockt, l'Asie pour les Asiates erklärt!“ In ähnlichem Sinne äußerte sich der Kaiser zu König Eduard VII. bei einer Zusammenkunft in Friedrichshof am 25. Februar.

** Siehe Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 5025, Fußnote ***.

Nr. 4815

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 London, den 15. Februar 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 144 *.

Die Verhandlungen zwischen Lord Lansdowne und dem hiesigen japanischen Gesandten bezüglich der den Chinesen zu übermittelnden Meinungsäußerung haben, da der Japaner auf eine möglichst energische Fassung drängte, folgendes Resultat ergeben:

Lord Lansdowne hat dem hiesigen chinesischen Gesandten nachstehendes behufs Weiterbeförderung nach Peking übermittelt sowie auch Sir Ernest Satow beauftragt, dasselbe den chinesischen Bevollmächtigten mitzuteilen:

„In the opinion of His Majesty's Government any such agreement as that reported to have been concluded with regard to Manchuria would be a source of danger to the Chinese Government and that no arrangement affecting territorial rights in the Chinese Empire ought to be concluded between the Chinese Government and any one of the Powers."

Die japanische Regierung hat dieselbe Erklärung abgegeben, jedoch noch folgenden Satz hinzugefügt:

„All agreements arising out of present negociations should be joint and China shall make no separate agreement with any power."

Es scheint, daß Japan darauf bestanden hat, daß der Mandschureivertrag ausdrücklich in der Erklärung erwähnt wird, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil derselbe nicht nur die Mandschurei, sondern auch die Liaotunghalbinsel betrifft, nämlich die Überlassung von Kinchow an Rußland in derselben Form wie Port Arthur und Talienwan.

Sowohl nach Ansicht Lord Lansdownes als auch des hiesigen japanischen Gesandten werden die gedachten Erklärungen an die chinesische Regierung ihren Zweck nicht verfehlen, zumal da dieselben durch die von der Kaiserlichen Regierung abzugebende Meinungsäußerung, wenn dieselbe in ihrer Form auch weniger scharf gehalten ist, bis zu einem gewissen Grade gedeckt werden.

Hatzfeldt

---

* Mittels Telegramm Nr. 144 vom 14. Februar hatte Graf Hatzfeldt gemeldet, daß sich Lord Lansdowne mit dem japanischen Gesandten behufs einer gleichbedeutenden Meinungsäußerung in Peking in Verbindung gesetzt habe. Zu Telegramm Nr. 146 vgl. auch die darauf erteilte Antwort vom 17. Februar in Kap. CVII, Nr. 4864.

Schlußbemerkung von Holsteins:
So ist es richtig. Japan vorneweg, England nachschleppend. Wir folgen, unabhängig, derselben Richtung, veranlaßt durch unsere materiellen Interessen. Die Hauptsache ist, daß wir nichts tun, was so gedeutet werden kann, als wollten wir unsern Schritt entschuldigen. Derselbe ist materiell gerechtfertigt. Außerdem aber erklären wir nach England hin, daß die 200—250 Millionen Kriegsentschädigung im Augenblick für Deutschland die wichtigste Chinafrage ausmachen, und daß zur Erledigung derselben eine Erhöhung der Seezölle absolut notwendig ist.

Nr. 4816

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 53 Berlin, den 17. Februar 1901

Antwort auf Telegramm 110.

Bitte, umgehend chinesischen Bevollmächtigten die in diesseitigem Telegramm Nr. 51 formulierte Erklärung* zu machen. Entsprechend der Fassung unserer Erklärung, die nicht so weit geht wie diejenigen Englands und Japans, wollen Sie besondres Hervortreten unsererseits dabei vermeiden und etwaigen Versuchen, Deutschland vorzuschieben, ausweichen[1] **.

Zu Ew. Direktive: Zwischen uns und Japan ist in der Sache nichts vereinbart noch verhandelt worden.

Richthofen

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Richtig

Nr. 4817

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 44 London, den 16. Februar 1901
Geheim

Aus einer längeren Unterredung, welche ich vor einigen Tagen mit dem hiesigen japanischen Gesandten hatte, glaube ich den bestimmten

* Vgl. dieselbe in Nr. 4814.
** Auf englischen Wunsch veranlaßte die deutsche Regierung auch die Kabinette von Wien und Rom, sich der japanisch-englisch-deutschen Demarche

Eindruck gewonnen zu haben, daß sich die japanische Regierung, ermutigt durch die Unterstützung, welche sie in bezug auf ihren letzten, chinesische Sonderverträge betreffenden Vorschlag sowohl seitens Englands als auch in einem gewissen Grade seitens der Kaiserlichen Regierung erhalten hat, zu einem sehr energischen Vorgehen gegen russische Ausdehnungsgelüste in Korea und Nordchina im allgemeinen entschließen wird. Was Korea betrifft, so würde die japanische Regierung nach Ansicht Baron Hayashis im Falle eines russischen Versuchs, sich dort festzusetzen[1], sofort zum Äußersten schreiten, wenn sie davon überzeugt sei, daß sowohl England als auch Deutschland strikt neutral bleiben würden. Was jedoch das russische Vorgehen in der Mandschurei und besonders in der Liaotunghalbinsel beträfe, so würde man japanischerseits nur dann zu kriegerischem Vorgehen schreiten, wenn man in Tokio auf die tatsächliche Unterstützung Englands rechnen könne und einer wohlwollenden Neutralität Deutschlands sicher sei[2]. Zu Lande, bemerkte der Gesandte, werden wir mit Rußland sehr leicht fertig werden. Zur See sind unsere Rüstungen jedoch zurzeit noch nicht ganz beendet[3].

Obgleich Baron Hayashi nichts Direktes sagte, so glaube ich doch aus ferneren Äußerungen desselben entnehmen zu können, daß seine Regierung mit einem noch weitergehenden Vorschlag als dem letzten an England beziehungsweise Deutschland heranzutreten gedenkt, und zwar glaube ich, daß dieser Vorschlag darauf hinausgehen wird, England und Deutschland aufzufordern, den Chinesen für den Fall, daß die Russen nicht zurückweichen, tatsächliche Hülfe zu versprechen[4].

Ich selbst verhielt mich dem Gesandten gegenüber bei seinen Ausführungen sehr zurückhaltend und betonte nur, daß die in Tokio obwaltende Idee, als bestehe zwischen Deutschland und Rußland ein geheimes Abkommen bezüglich Koreas, völlig unbegründet und daß überhaupt kein Vertrag über Ostasien zwischen beiden Mächten vorhanden sei[5]. Im übrigen interessiere sich Deutschland sehr wenig für die Koreanische Frage, da sie ihm viel zu fern läge.

Der Gesandte erwiderte darauf, daß, wenn die erwähnte Idee nicht so lange in Tokio bestanden[6] und die Russen selbst das japanische Kabinett nicht fortgesetzt darin bestärkt hätten, Japan bereits längst Rußland gegenüber eine energischere Haltung eingenommen haben würde[7].

Für den Kaiserlichen Botschafter
H. Eckardstein

---

in Peking anzuschließen. Auch die amerikanische Regierung erteilte der chinesischen den dringenden Rat, nicht mit einer einzelnen Macht Vereinbarungen zu treffen, welche die Aufgabe von Gebiet oder finanzielle Verpflichtungen in sich schlössen. Die betreffende amerikanische Note wurde am 4. März in Berlin mitgeteilt. Vgl. Nr. 4822, Randbemerkung und S. 333, Fußnote *.

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Ein solcher ist jetzt sehr unwahrscheinlich
[2] Schraube
[3] Japan ist zur See stärker als Rußland!
[4] Schraube
[5] richtig
[6] Nachwirkung des Ostasiatischen Dreibunds
[7] warum denn nicht jetzt?

Nr. 4818

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 17. Februar 1901

Der russische Botschafter sagte mir heute im Laufe einer längeren Unterredung ohne besonderen Nachdruck, aber doch mit einiger Unruhe, Herr von Giers melde aus Peking, daß Li-Hung-Tschang ihm mitgeteilt habe, wir wollten gemeinsam mit England und Japan die Chinesen verhindern, Rußland in der Mandschurei gewisse Konzessionen zu machen. Graf Osten-Sacken fügte hinzu, Graf Lamsdorff halte schon im Hinblick auf unsere Rußland hinsichtlich der Mandschurei gemachten Zusagen diese chinesische Insinuation für völlig unbegründet.

Ich erwiderte, daß ich selbstverständlich alles aufrechterhalte, was wir Rußland hinsichtlich der Mandschurei erklärt hätten. Die Mandschurei sei uns an und für sich heute ebenso gleichgültig wie früher. Auch das deutsch-englische Abkommen beziehe sich nicht auf die Mandschurei. Solange aber China keine ausreichenden Bürgschaften für die Erfüllung der Friedensbedingungen gäbe, hätten wir ein Interesse daran, daß China sein Staatsvermögen nicht durch Verfügen über chinesische Wertobjekte verringere.

In dieser Richtung China erteilte Ratschläge und Warnungen richteten sich nicht speziell gegen Rußland, sondern gegen alle, welche Schenkungen von China zu erlangen versuchten, bevor dasselbe die Ansprüche der Mächte befriedigt habe (Belgien). Wenn wir erst selbst abgefunden sein würden —, und dazu könne Rußland bei seinem maßgebenden Einfluß auf den chinesischen Hof uns leicht verhelfen — würden wir China im übrigen nach Gutdünken schalten und walten lassen.

Graf Osten-Sacken lenkte das Gespräch auf andere Gegenstände und kam nicht wieder auf diese Angelegenheit zurück.

Bülow

Nr. 4819

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 London, den 28. Februar 1901

Der hiesige chinesische Gesandte hat heute auf Weisung aus Peking Lord Lansdowne mitgeteilt, daß Rußland die chinesische Regierung zur Ratifikation verschiedener Verträge bezüglich Nordchinas dränge. Diesen Verträgen zufolge würde jede andere Macht mit Ausnahme Rußlands von kommerziellen Unternehmungen in dem größten Teile Nordchinas ausgeschlossen sein[1]. Herr von Giers habe auf die chinesischen Einwendungen, daß derartige Abmachungen den bestehenden Verträgen mit anderen Nationen widersprächen, geantwortet, daß diese Abmachungen nur Rußland und China etwas angingen, und daß niemand das Recht habe, sich irgendwie einzumischen. Auch sei Rußland in der Lage, die Ratifikation derselben zu erzwingen[1]. Er, der Gesandte, sei beauftragt, die englische Regierung um Unterstützung gegen die russischen Ansprüche zu bitten[2], da China selbst nicht in der Lage sei, sich Rußland allein zu widersetzen*.

Wie mir der Unterstaatssekretär sagt, hat Lord Lansdowne dem Gesandten zunächst eine dilatorische Antwort erteilt. Morgen oder übermorgen werde jedoch eine Konferenz einiger Kabinettsmitglieder, darunter Lord Salisbury, stattfinden, in welcher sowohl die auf den chinesischen Antrag zu erteilende Antwort als auch die den russischen Anmaßungen gegenüber einzuschlagende Haltung beraten werden solle. Voraussichtlich werde man sich zunächst wieder mit Japan und Deutschland in Verbindung setzen.

Auf die Frage des Unterstaatssekretärs, ob die Kaiserliche Regierung sich meiner Ansicht nach einer entschiedenen Stellungnahme den Russen gegenüber in dieser Frage anschließen werde, erwiderte ich demselben, daß meiner persönlichen Ansicht nach die deutsche Regierung kaum werde weitergehen können[3], als sie es anläßlich der letzten englisch-japanischen Demarche bei den Chinesen getan habe. Was jedoch Japan beträfe, so hätte ich aus Gesprächen mit Baron Hayashi den bestimmten Eindruck gewonnen, daß man es in Tokio den Russen gegenüber jetzt ernst meine[4], und daß das englische Kabinett es ganz in der Hand habe, Japan zu einem energischen Vorgehen gegen die russischen Übergriffe zu bringen[5]. Japan und England seien in erster Linie interessiert, das Interesse Deutschlands dagegen sei in dieser Frage nicht groß genug, um sich deswegen mit Rußland zu überwerfen. Sollte jedoch die Lage in China sich so zuspitzen, daß Japan und

---

* In demselben Sinne wurde am 1. März der chinesische Gesandte in Berlin Lü-Hai-Huan vorstellig. Vgl. Nr. 4823.

eventuell auch England gezwungen werden sollten, Rußland gegenüber zum Äußersten zu schreiten, so glaubte ich auf Grund meiner persönlichen Beobachtungen ihm jetzt schon mit Bestimmtheit sagen zu können, daß Deutschland England und Japan gegenüber eine durchaus wohlwollende Neutralität bewahren werde[6].

Der Unterstaatssekretär erwiderte, daß er diese Gesichtspunkte sowohl Lord Lansdowne als auch den übrigen Kabinettsmitgliedern gegenüber bei der bevorstehenden Konferenz zur Geltung bringen werde.

Baron Hayashi hat in den letzten Tagen wiederholt bei mir vorgesprochen, ohne mich anzutreffen. Um möglichst desinteressiert zu erscheinen, habe ich von den Besuchen weiter keine Notiz genommen. Dagegen habe ich eine Einladung des japanischen Gesandten zum Diner am nächsten Montag angenommen. Sollte er mir irgendwelche Eröffnungen machen, so werde ich nicht verfehlen, sofort zu berichten. Die in der heutigen „Times" veröffentlichten Mitteilungen ihres Korrespondenten in Peking bezüglich russisch-chinesischer Sonderabmachungen werden in ihren sämtlichen Punkten 1 bis 12 auf dem Foreign Office als authentisch betrachtet, obgleich Sir Ernest Satow noch nicht über diese letzten Nachrichten berichtet hat.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] !
[2] China soll in der Indemnitätsfrage* Garantien geben!
[3] jetzt noch nicht
[4] ja
[5] sehr richtig, das hängt allein von England ab
[6] gut

Nr. 4820

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 28. Februar 1901

Zu Telegramm Nr. 172***.

Als ich dem Unterstaatssekretär heute [in möglichst freundlicher Form] plausibel zu machen suchte, daß es deutschem Interesse kaum entsprechen dürfte, weiterzugehen, als die Kaiserliche Regierung dies bereits in der letzten Phase getan habe, und zwar lediglich, um England Entgegenkommen zu beweisen, zeigte derselbe Verständnis

---

* Siehe darüber Kap. CVII.
** Bereits veröffentlicht bei Eckardstein a. a. O. II, 309 ff., jedoch mit mehrfachen charakteristischen Abänderungen.
*** Siehe Nr. 4819.

für meine Ausführungen. Er bemerkte dazu, daß er persönlich vollständig einsehe, daß die Interessen Deutschlands in den schwebenden chinesischen Fragen nicht groß genug seien, um es deshalb zu einem Konflikt mit Rußland kommen zu lassen. Auch stimmte er meinen Darlegungen bei, daß Japan und England durch die russischen Übergriffe in erster Linie betroffen seien, während Deutschland erst in zweiter Linie käme. Was Japan beträfe, so glaube auch er, daß dasselbe im Begriff stehe, sich zu einer energischen Politik Rußland gegenüber aufzuraffen. Was England beträfe, so sei es bedauerlich, daß dasselbe gegenwärtig noch gezwungen sei, 200 000 Mann in Südafrika im Felde zu halten [1]. Wäre dies nicht der Fall, so würde England bereits längst den russischen Übergriffen gegenüber ganz andere Saiten aufgezogen haben [2]. Die letzte Entwickelung der Dinge in Südafrika berechtige aber zu der Hoffnung, daß es bald möglich sein werde, einen ansehnlichen Bruchteil der dort verwandten Streitkräfte nach China senden zu können [3]. Leider spitzten die Verhältnisse in China sich jedoch derartig zu, daß nur ein schleuniger Eingriff tatsächliche Wirkung üben könnte. Obgleich die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder im Prinzip für eine entschiedene Haltung Rußland gegenüber in China und sonstwo sei, so werde seiner Ansicht nach dieses unleugbare Handicap Englands [4] zweifellos eine große Rolle bei den morgen zu fassenden Entschlüssen der Konferenz der hier anwesenden Kabinettsmitglieder spielen.

Mein persönlicher Eindruck ist, daß Herzog von Devonshire, Herr Chamberlain, Herr Balfour sowie auch Lord Lansdowne, der stets die ihm vom Unterstaatssekretär vorgetragene Auffassung zur Geltung bringt, in der morgigen Konferenz dafür eintreten werden, daß man versuchen solle, zunächst Japan vorzuschieben [5] und demselben die Zusicherung tatsächlicher Unterstützung im Fall der Not zu geben. Daß Lord Salisbury sich dieser Ansicht anschließen wird, halte ich jedoch für ausgeschlossen. Derselbe hält, soweit ich in Erfahrung gebracht habe, nach wie vor an dem Grundsatz fest, daß die Interessen Englands in Nordchina nicht derartig vitaler Natur sind, daß sie das Risiko eines Krieges verlohnen würden. In einer Überlassung Nordchinas an die Russen würde der Premierminister nicht nur einen Ausweg aus den Schwierigkeiten des Augenblicks erblicken, sondern auch den Ausgangspunkt für eine eventuelle Verständigung Rußlands und sollte dieselbe auch nur provisorischer Natur sein. Daß Lord Salisbury Mitte Juli vorigen Jahres in diesem Sinne in Petersburg hat verhandeln lassen, weiß ich mit absoluter Gewißheit.

Zwar glaube ich nicht, daß Lord Salisbury noch lange am Ruder bleiben wird [2], und der Herzog von Devonshire * dürfte bald sein Nach-

* In dem Abdruck bei Eckardstein wird statt des Herzogs von Devonshire der richtige spätere Premier Balfour genannt. Offenbar genierte es Eckardstein, falsch prophezeit zu haben.

folger werden. Solange aber der gegenwärtige Premierminister noch Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik ausübt, müssen wir mit der Möglichkeit einer Evakuation Nordchinas seitens Englands sowie einer Annäherung desselben an Rußland rechnen.

Eckardstein

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
1 Auf die kommt es nicht an, sondern auf die Flotte!
2 ?
3 espérons-le
4 aha
5 warum nicht?

Nr. 4821

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 1. März 1901

Zu Telegramm 172*.

Wenn der englische Ministerrat sich dafür entscheidet, Japan im Stich zu lassen und Rußland Konzessionen zu machen, so liegt die Ursache dieser Rückzugspolitik weniger im Südafrikanischen Kriege als in Lord Salisbury. Ich stelle anheim, ob Sie bei nächster Besprechung etwa in folgendem Sinne sich äußern wollen:

„Es sei zwar nicht Ihre persönliche Ansicht, wohl aber die Ansicht einflußreicher politischer Kreise in Berlin, daß die Zauder- und Rückzugspolitik Englands nicht durch Südafrika, sondern durch Lord Salisbury veranlaßt sei. Letzteren halte man in Berlin für keineswegs bösartig, aber für schwach und deshalb unberechenbar. Wie England durch Südafrika, so sei heute Rußland durch innere Finanznot behindert; der mächtigste Mann in Rußland, der Finanzminister Witte, sehe im Falle eines Konflikts, ja schon bei Eintritt einer hochgradigen politischen Spannung, den Untergang des Goldwährungssystems und als Folge davon seinen eigenen Sturz mit Sicherheit voraus. Es sei deshalb ausgeschlossen, daß Rußland, falls England und Japan fest aufträten, es zum Kriege würde kommen lassen, um so mehr, da Deutschland und Amerika sich auf die englisch-japanische Seite gestellt und dieser ihre zunächst allerdings nur moralische Billigung ausgesprochen hätten. Aber in Berlin werde angenommen, daß unter dem Einflusse von Lord Salisbury England prinzipiell vor Rußland schrittweise zurückweichen und diesem gegenüber sich in die Lage bringen werde, in der z. B. Deutschland, wenn es Metz zurückgäbe, Frankreich gegen-

---

* Siehe Nr. 4819.

über sein würde, das heißt nach zwei oder vier oder acht Jahren werde der Gegner, durch den ersten Erfolg kühn gemacht, und mit verminderter Scheu vor dem zu erwartenden Widerstande, mit weiteren Ansprüchen hervortreten, die dann schließlich doch zum Kriege und zwar unter ungünstigeren Voraussetzungen führen müßten. Dies sei die Politik, die man in Berlin als untrennbar von der Persönlichkeit Lord Salisburys betrachte, und wenn unsere Nachrichten richtig seien, so werde auch die Politik von Japan durch ein ähnliches Mißtrauen gegen den englischen Premierminister beherrscht.

Daß Deutschland in Peking seine Erklärung gegen die chinesischen Veräußerungen abgegeben, sich damit also zum ersten Male auf die antirussische Seite gestellt habe, sei lediglich der persönlichen Autorität von Lord Lansdowne zuzuschreiben, den man in Berlin für zuverlässig, wenn auch nicht für mächtig genug ansehe, um die aus Schwäche entspringenden erratischen Bewegungen von Lord Salisbury zu fixieren. Zu weiterem Vorgehen werde Deutschland, für welches die Mandschurei keinen Krieg mit Rußland wert sei, nicht Lust haben, namentlich nicht, solange England rittlings auf dem Zaune sitzen bleibe mit einem Bein nach jeder Seite hin. Dieses Bild von der gegenwärtigen englischen Politik werde vervollständigt durch die Nachrichten, die wir gestern und heute aus Petersburg erhalten hätten, wo Graf Lamsdorff fortfahre, mit dem englischen Botschafter* die Opportunität und die Modalitäten der Räumung von Nordchina durch die englischen Truppen zu erörtern. Ein eventuelles Zurückweichen, heute, würde nach Berliner Auffassung den Kampf ums Dasein für England in wenigen Jahren nur um so unvermeidlicher machen. Wenn alsdann Lord Salisbury von der politischen Bühne verschwunden sei, werde man deutscherseits bei Beurteilung der englischen Politik einen anderen Maßstab anlegen können als heute, wo jeder nüchterne deutsche Politiker die Gefahr fortgesetzt im Auge behalten müsse, daß Lord Salisbury uns in China ähnlich in die Nesseln setze, wie das vor etwa 40 Jahren Lord Palmerston den Franzosen in Mexiko besorgt habe.“

Erwägen Sie, ob es nützlich ist, wenn Sie die vorstehende Auffassung, welche auch da vorherrscht, wo in Berlin englische Sympathien vorhanden sind, mit englischer Offenheit zum Ausdruck bringen, natürlich mit der Verwahrung, daß Sie persönlich dies für einen Irrtum halten. Ich glaube auch gar nicht, daß Sie dort damit jemanden in Verwunderung setzen werden, nachdem König Eduard unserem Kaiser offen gesagt hat, daß die Sympathien von Lord Salisbury nach Frankreich hingehen.

Vielleicht können Sie den Engländern die Lehre jenes alten Franzosen in Erinnerung bringen, der zu sagen pflegte, daß, wenn jemand

---

* Sir Ch. S. Scott.

kneifen will, er immer erst im letzten Augenblick, sur le terrain, kneifen soll, weil man dann die Chance hat, daß der Gegner noch vorher kneift. Rußlands heutige Verhältnisse sind ganz darnach angetan, daß es vor England und Japan kneift, falls diese beiden ihrerseits nicht allzu früh kneifen. Aber freilich darf man annehmen, daß den Russen die Nervenstimmung von Lord Salisbury bekannt ist, und daß sie deshalb möglichst lange eine feste Haltung bewahren werden.

Holstein

Nr. 4822

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 London, den 1. März 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 172*.

Lord Lansdowne ließ mich heute nachmittag durch einen Privatbrief bitten, ihn möglichst bald aufzusuchen.

Der Minister sagte mir zunächst, daß die von dem chinesischen Gesandten gestern bei ihm unternommene Demarche nicht, wie er angenommen habe, auf eine von Peking aus erteilte Instruktion zurückzuführen sei, sondern auf eine telegraphische Weisung, welche derselbe vom Vizekönig von Wutchang erhalten habe. Heute nachmittag sei der chinesische Gesandte wieder bei ihm erschienen und habe ihm mitgeteilt, daß er nunmehr auch von Peking Weisungen erhalten habe. Dieselben beträfen im Grunde genommen dasselbe, was er, der Gesandte, ihm bereits gestern im Auftrage des Vizekönigs von Wutchang gesagt habe. Nur enthalte der von letzterem gewählte Wortlaut die Bitte um: „Material assistance against the russian encroachments", während die Instruktionen aus Peking eine „Mediation" der beteiligten Mächte den russischen Anforderungen gegenüber verlangten. Eine gleiche Instruktion hätten die chinesischen Vertreter in Berlin, Tokio ** und Washington *** behufs Sondierung der betreffenden Kabinette erhalten.

Lord Lansdowne teilte mir ferner mit, daß er Sir Ch. Scott anfangs Februar beauftragt habe, den Grafen Lamsdorff darauf aufmerksam zu machen, daß die englische Regierung bezüglich der wiederholt in der Presse auftauchenden Gerüchte über geheime russische Verträge mit China demnächst gezwungen sein werde, im Parlament Auf-

---

* Siehe Nr. 4819.

** Li-Shêng-toh.

*** Wu-Ting-Fang.

klärungen zu geben. Einer direkten Äußerung der russischen Regierung in dieser Frage werde daher das englische Kabinett mit Dank und Interesse entgegensehen.

Graf Lamsdorff habe darauf Sir Ch. Scott bestimmte offizielle Erklärungen abgegeben, welche in einem von dem Botschafter verfaßten Bericht vom 6. Februar d. Js.* niedergelegt seien.

Aus diesem Bericht, dessen Wortlaut ich morgen Euerer Exzellenz durch Feldjäger einreichen werde, geht hervor, daß die russische Regierung direkt ableugnet, irgendwelche Abmachungen mit China getroffen zu haben, mit Ausnahme eines modus vivendi, welcher zwischen den russischen und chinesischen Behörden in der Mandschurei bezüglich der dortigen Verhältnisse vereinbart worden sei.

Aus Anlaß weiterer Informationen, welche die großbritannische Regierung über russisch-chinesische Verträge erhalten habe, sei Sir Ch. Scott darauf erneut beauftragt worden, um Aufklärungen zu bitten. Graf Lamsdorff habe hierauf zunächst erklärt, daß er selbst nicht wisse, ob und welche Abmachungen seitens der russischen Lokalbehörden in China getroffen worden seien, daß er jedoch die Erlaubnis des Zaren einholen werde, der englischen Regierung detaillierte Aufklärungen über etwaige russisch-chinesische Verträge zu geben. Vorgestern am 27. Februar sei ein Telegramm von Sir Ch. Scott eingetroffen, welches besage, daß Graf Lamsdorff ihm erneut versichert habe, daß außer den ihm bereits mitgeteilten keinerlei andere Abmachungen zwischen Rußland und China existierten. Nur seien in den ihm gemachten Mitteilungen einige kleine formelle Abänderungen vorzunehmen.

(Dieselben sind in dem Euerer Exzellenz durch Feldjäger zugehenden Wortlaut des Berichts von Sir Ch. Scott mit roter Tinte bezeichnet und sind ohne jede Bedeutung.)

Auf die Frage Lord Lansdownes, welche Haltung die Kaiserliche Regierung meiner Ansicht nach diesem perfiden Benehmen Rußlands gegenüber einnehmen werde, gab ich dem Minister dieselben Antworten, welche ich gestern dem Unterstaatssekretär nach meinem Telegramm Nr. 172 erteilt hatte.

Der Minister zeigte bis zu einem gewissen Grade Verständnis für meine Ausführung. Er bat mich schließlich, Euerer Exzellenz anheimzustellen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, in Petersburg gemeinschaftlich Aufklärungen zu erbitten und zu versuchen, die Chinesen bis auf weiteres mit einer Antwort auf ihre Demarche hinzuhalten.

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß die heute stattgehabte Chinakonferenz kein definitives Resultat ergeben hat. Für Anfang

---

* Veröffentlicht im Englischen Blaubuch und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 66, S. 142 f.

nächster Woche soll jedoch, wie ich erfahren, ein Ministerrat zur speziellen Beratung dieser Fragen einberufen werden.

Hatzfeldt

Randbemerkung des Grafen von Bülow am Kopfe des Schriftstücks:
Mr. White sagte mir heute, die amerikanische Regierung werde hier erklären, daß auch sie gegen Separatabmachungen von China mit anderen Mächten protestiere *.

Nr. 4823

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt von Mühlberg

Reinschrift

Berlin, den 2. März 1901

Der chinesische Gesandte gab bei Überreichung der anliegenden Note ** nochmals dem Dank seiner Regierung Ausdruck für den gemeinsamen Rat der Mächte — außer Rußland —, während der schwebenden Friedensverhandlungen keine besonderen Abkommen mit einer einzelnen Macht abzuschließen. Er habe den telegraphischen Befehl erhalten, nochmals zu bitten, doch bei Rußland in Gemeinschaft mit den beteiligten Mächten darauf hinzuwirken, daß das Zustandekommen des Mandschureiabkommens solange verschoben werde, bis die Friedens- und Entschädigungsverhandlungen beendigt seien.

Der Gesandte teilte ferner mit, daß Li-Hung-Tschang und Prinz Ching angewiesen seien, die russischen Bedingungen zu prüfen und auf Ausmerzung der drückendsten unter ihnen hinzuwirken. Aber China sei ein alter Mann, der sich nicht selber helfen könne, es rechne deshalb auf den Beistand der anderen Mächte.

Mühlberg

Nr. 4824

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Helgoland, an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Helgoland, den 5. März 1901

Ihr gestriger Bericht China betreffend *** hat mich außerordentlich überrascht und sehr interessiert. Welch eine interessante Lage! Und

---

* Die dahingehende amerikanische Note wurde am 4. März in Berlin mitgeteilt. Vgl. Nr. 4816, Fußnote **.

** Hier nicht abgedruckt, weil schon genügend inhaltlich charakterisiert.

*** Durch Immediatbericht vom 3. März (nicht 4. März) waren dem Kaiser Graf Hatzfeldts Telegramm Nr. 175 (siehe Nr. 4822) und das voraufgehende

wie schön wäre es, wenn wir ein paar Geschwader Schlachtschiffe jetzt fertig hätten. Ich kann Ihre Instruktion an Graf Hatzfeldt* nur völlig unterschreiben, sie deckt sich mit dem, was ich den Engländern, als ich drüben war, auch schon gesagt habe. Der Zweck und der Grund des chinesischen Vorgehens** ist mir noch nicht klar, ich mißtraue diesen Hallunken. Ein Notschrei dieser Schurken an „die rothaarigen Barbaren", ihre ärgsten Feinde noch dazu, um Hilfe von ihnen zu erhalten, ist höchst unnatürlich, noch dazu gegen Rußland, im höchsten Grade verdächtig. Sollten die Chinesen nicht etwa diesen Coup ausgespielt haben, um einen Zankapfel zwischen die uneinigen Mächte zu werfen? Oder sollten die Russen nicht etwa die Chinesen zu diesem Vorgehen aufgehetzt haben, einmal um zu sehen, wie weit sie es mit den Engländern treiben können, ohne daß dieselben es zum Kampf mit ihnen kommen lassen, zum anderen, um zu konstatieren, wie weit der casus foederis für uns in dem vermeintlichen, von mir jüngst in London geschlossenen Bündnisse reicht? Ich habe Prinz Heinrich, Tirpitz und Diederichs den Inhalt vorgelesen, sie stimmen alle darin überein als Chinesenkenner, daß das Vorgehen der Chinesen im äußersten Maße ungewöhnlich sei. Wenn Japan und England zusammengingen, so genügten die beiden, um Rußland in Petschili und Umgegend vollkommen zu zerschmettern, aber sie müßten es bald tun, ehe die Russen zu stark werden. Wir brauchten dabei aktiv durchaus nicht beteiligt zu sein und könnten den Engländern, sobald dieselben erst Feuer gerissen hätten, die Franzosen vom Halse halten durch eine äußerst wohlwollende Neutralität. Das würde fürs erste völlig genügen und die Engländer erleichtern und schneidig machen, wenn sie diese Rückendeckung von uns hätten. Es kommt eben hier sehr schnell die Situation, die ich für die Franzosen immer vorhergesehen hatte, daß sie sich entscheiden müssen, ob sie in China mit Europa oder mit Rußland gegen Europa gehen wollen. Geschieht letzteres, werden sie von England und Japan rettungslos geschlagen und werden Annam und Tonking, alle Kolonien los für immer; die können sie nur behalten, wenn sie neutral bleiben, was sicher geschehen wird, wenn wir dasselbe tun. Damit haben die Engländer den Rücken . . .***. Daß die Russen jetzt so rücksichtslos vorgehen, hat seinen Grund in Transvaal und in Lord Salisbury. Dieser alleine

---

Privattelegramm Freiherrn von Eckardsteins vom 28. Februar (siehe Nr. 4820) sowie die Holsteinsche Direktive vom 1. März (siehe Nr. 4821) mitgeteilt worden. Der Kaiser sprach durch Randbemerkung sein vollkommenes Einverständnis aus.

* Siehe Nr. 4821.

** Nämlich des chinesischen Hilferufs in London und Berlin.

*** Zifferngruppe fehlt; vermutlich: frei.

würde ihnen gegenüber schon zu gewöhnlichen Zeiten kneifen. Dieser aber durch Transvaal gehandicapt, wird sicher erst recht kneifen*.

Wilhelm I. R.

Nr. 4825

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Bremen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Berlin, den 6. März 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät huldvolles und so interessantes Telegramm aus Helgoland** habe ich mit ehrfurchtsvollstem Danke erhalten. Ich bin glücklich, daß meine Direktiven nach London Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Intentionen entsprochen haben.

Aus der Vergleichung der aus Tokio, Peking und London eingelaufenen vertraulichen Nachrichten geht hervor, daß der Hilferuf Chinas an die Mächte in erster Stelle durch Japan veranlaßt worden ist. Marquis Ito*** möchte für seine Person gern Ruhe haben, sieht aber seine Stellung gefährdet, falls er die antirussische Gesinnung der Mehrheit des japanischen Volkes ganz unberücksichtigt läßt. Er scheint deshalb den Chinesen den Wink gegeben zu haben, sich um Rat und Hilfe nach außerhalb zu wenden. Gleichzeitig hat er auch den Engländern zu verstehen gegeben, daß Japan, wenn allein gelassen, genötigt sein konnte, sich irgendwie mit Rußland zu verständigen. An dem aufrichtigen Wunsch der chinesischen Regierung, die

---

* Vgl. dazu auch Holsteins Privattelegramm an Eckardstein vom 7. März: „Der Kaiser hat sich sowohl mit allen dortseitigen deutschen Ausführungen wie auch mit der in dem diesseitigen Telegramm enthaltenen Anregung rückhaltlos einverstanden erklärt und sich dahin ausgesprochen: ‚Wenn die Engländer kneifen, obwohl im Kriegsfall — zu dem es übrigens Rußland absolut nicht kommen lassen wird — meine Neutralität ihnen Frankreich vom Leib halten würde, so liegt das lediglich an der Eigenart von Lord Salisbury; Transvaal ist nur Vorwand.‘ Für den Fall, daß Lord Salisbury seinen Verzicht auf eine aktive Interventionspolitik mit Zweifeln an der Aufrichtigkeit der deutschen Neutralität begründen sollte, gab Holstein Eckardstein an die Hand, daß Lord Lansdowne sich doch eine direkte Erklärung vom Kaiser geben lassen möge. „Ein Kaiserwort wird den Engländern doch genügen“(Eckardstein a. a. O. II, 312). Ausdrücklich betont Holstein übrigens in einem etwas späteren Privattelegramm (vom 26. März, vgl. Eckardstein a. a. O. II, 324), daß der Kaiser nicht etwa auf einen Krieg Englands mit Rußland-Frankreich spekuliere: „Nicht, daß der Kaiser Krieg erwartete — er ward im Gegenteil überzeugt, daß dann die Russen zurückweichen würden. Aber die Engländer werden immer und allemal kneifen, solange Salisbury regiert.“

** Siehe Nr. 4824.

*** Japanischer Ministerpräsident.

Mandschurei, Mongolei und Chinesisch-Turkestan lieber nicht abzutreten, falls es sich vermeiden läßt, ist nicht zu zweifeln. Der Erfolg der diesbezüglichen chinesischen Bemühungen läßt sich aber meines alleruntertänigsten Erachtens bisher nicht absehen, denn Lord Salisbury wird alles, was er an Autorität besitzt, in die Wagschale werfen, um zu verhindern, daß England wegen dieser Frage einen Krieg riskiert. Schon aus Eigensinn wird Lord Salisbury an dem Grundsatz festhalten, der von jeher das Leitmotiv seiner Politik gebildet hat, daß nämlich England sich damit begnügen soll, seine Interessen durch Dritte (am liebsten durch uns) verteidigen zu lassen, und daß es im schlimmsten Falle lieber kompensieren als selbst fechten soll. Lord Salisbury hat diesen Grundsatz so oft betätigt, daß man denselben in St. Petersburg genau kennt und dementsprechend die russische Politik einrichtet.

Wie sehr hoffe ich, daß Euere Majestät in Helgoland gutes Wetter, guten Wind und gute See hatten und heute in Bremen beste Austern und besten Rheinwein finden werden. Ich habe gestern im Reichstag für Euerer Majestät Politik zwei Lanzen gebrochen*.

Bülow

---

* Graf Bülow hatte am 5. März im Reichstag bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amts die Außen- und Innenpolitik des Kaisers gegenüber Bemängelungen des Abgeordneten Schaedler, der an dem langen Aufenthalt des Kaisers in England im Januar und Februar und überhaupt an der Englandfreundlichkeit des Kaisers Anstoß nahm, und des Abgeordneten Richter, der nicht genügende Wahrnehmungen der Interessen von Industrie und Handel sowie der Konsumenten tadelte, verteidigt. Bülow betonte gegenüber dem Abgeordneten Schädler, daß der Besuch des Kaisers anläßlich der schweren Erkrankung und des Todes seiner Großmutter zunächst durch rein menschliche Empfindungen veranlaßt sei, daß aber doch kein Anlaß vorliege, es übelzunehmen, wenn bei diesem Anlaß in England der Wunsch hervorgetreten sei, freundliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen. Nachdrücklich betonte der Kanzler in diesem Zusammenhange: „Selbstverständlich ist volle und dauernde Gleichberechtigung zwischen dem deutschen und englischen Volk die conditio sine qua non jedes Zusammengehens und Zusammenwirkens zwischen beiden. In unserem Verhältnis zu England hat sich nichts, gar nichts politisch geändert, seitdem ich Mitte Dezember hier erklärt, daß wir gerne bereit seien, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und absoluter Parität mit England in Frieden und Freundschaft zu leben. Wenn also der Kaiser durch seinen Aufenthalt in England die Bahn freigemacht hat für die Fortsetzung eines solchen normalen und guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England, so ist das für beide Länder und für den Weltfrieden nur nützlich. Gewiß bestehen zwischen Deutschland und England manche Reibungsflächen, es bestehen aber auch viele und notwendige Berührungspunkte. Es ist kein politischer Grund vorhanden, weshalb wir die Beziehungen zu England nicht ebenso pflegen sollen, wie andere Mächte es tun.“ Und weiterhin: „Man kennt den Kaiser sehr wenig, wenn man glaubt, daß für seine Haltung andere Motive maßgebend sind als die gewissenhafte Sorge für die Sicherung des Reiches, und man würde mich sehr wenig kennen, wenn man glauben wollte, daß ich für eine andere als für eine streng sachliche Real-

Nr. 4826

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 London, den 5. März 1901

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 114 *.

Baron Hayashi, bei welchem ich gestern abend dinierte, brachte mir gegenüber nach dem Essen das Gespräch auf die letzte Entwickelung der Dinge in China. Er bezeichnet die Lage als äußerst ernst und fragte mich, was man in Berlin darüber dächte. Ich erwiderte dem Gesandten, daß ich in den letzten Tagen nur sehr wenig aus Berlin gehört hätte und ihm daher keine Auskunft über den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung in diesen Fragen geben könne. Wenn er mich um meine persönliche Ansicht frage, so könne ich ihm nur sagen, daß ich vollständig begriffe, wenn man in Tokio die Lage als ernst ansähe, da, was niemand bestreiten könne, durch das russische Vorgehen in Nordchina die vitalsten Interessen Japans berührt würden. Dies beträfe in einem hohen Grade auch England; Deutschland sei dagegen erst in zweiter Linie betroffen, indem es in China so gut wie keine politischen, sondern lediglich Handelsinteressen besäße [1]. Aus diesem Grunde werde es sich für Deutschland auch nicht verlohnen, Schritte zu tun, durch welche es wegen dieser Fragen in einen Krieg mit Rußland verwickelt werden könnte. Daß, wie in Tokio lange Zeit irrtümlicherweise angenommen worden sei, russisch-deutsche Verträge bezüglich Ostasiens beständen, hätte ich ihm bereits vor einiger Zeit auf seine Anfrage hin authentisch als durchaus unbegründet bezeichnen können [2]. Deutschland habe in Ostasien keinerlei Verpflichtungen, durch welche es gebunden sei, im Falle eines japanisch-russischen oder sonstigen Konflikts sich auf Seite der Gegner Japans zu stellen. Ich könne ihm im Gegenteil auf Grund persönlicher Wahrnehmungen mit aller Bestimmtheit versichern, daß Deutschland für

---

politik zu haben sei, eine Politik, die gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten haben will, die mit uns in Frieden leben wollen, aber nur unter voller Wahrung und voller Aufrechterhaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, welche das deutsche Volk durch seine Kämpfe, durch seine Arbeit, durch seine Kulturhöhe als ein unveräußerliches Anrecht für sich in Anspruch nehmen darf."

* Durch Telegramm Nr. 114 vom 1. März war dem Grafen Hatzfeldt ein Telegramm des Gesandten Mumm in Peking weitergegeben worden, wonach die Bedingungen, die die russische Regierung der chinesischen neuerdings hinsichtlich der Mandschurei stellte, erheblich härter waren, als sie in den ersten Vertragsentwürfen vorgesehen waren. Im Anschluß daran erhielt Graf Hatzfeldt die Direktive: „Wir können abwarten, was die englischen Minister beschließen, sowie, was etwa Baron Hayashi Ihnen mitzuteilen hat. An dem diesseitigen Ew. pp. bekannten Standpunkt hat sich bisher nichts verändert."

den Fall, daß Japan allein oder Japan und England zusammen gezwungen werden sollten, Rußland in China durch Gewalt Halt zu gebieten, absolut neutral bleiben würde[2].

Baron Hayashi sagte darauf, daß er sich seinerzeit sehr gefreut habe, die fälschliche Annahme russisch-deutscher Verträge bezüglich Koreas und Ostasiens im allgemeinen bei seiner Regierung zerstören zu können. Dies sei ihm auch im vollsten Maße gelungen und habe wesentlich dazu beigetragen, Marquis Ito von seinen russischen Neigungen abzubringen. Während derselbe früher die Ansicht vertreten habe, daß eine Einigung mit Rußland bezüglich Koreas und anderer Fragen den japanischen Interessen am dienlichsten sei, habe der Premierminister sich jetzt davon überzeugt, daß ein Zusammengehen Japans und Rußlands unmöglich sei, weil letzteres trotz aller gegenteiligen Versicherungen darauf ausgehe, sich ganz Nordchina inklusive Korea anzueignen.

Aus diesem Grunde habe man auch in Tokio vor einigen Wochen den russischen Neutralisierungsvorschlag Koreas rundweg abgelehnt. Hätte man die Überzeugung gehabt, daß Rußland diesen Vorschlag bona fide gemeint hätte, so wäre man vielleicht im Interesse des Friedens auf denselben eingegangen. In Tokio bestände jetzt die allgemeine Ansicht, daß ein Krieg mit Rußland früher oder später unvermeidlich sei, und es gäbe eine große Anzahl einflußreicher Politiker (denen er sich anschlösse), welche die Ansicht verträten, daß der Moment gekommen sei, Rußland gegenüber das Prävenire zu spielen und baldmöglichst loszuschlagen. Andererseits machten sich jedoch auch Bedenken wegen der gegenwärtigen Stärke der Flotte geltend. Daß die Russen[3] zu Land während der nächsten zwei Jahre nicht geschlagen werden würden, darüber seien sich sämtliche japanischen Generale einig. Bevor eine größere japanische Truppenmacht jedoch in Korea auf der Liaotunghalbinsel oder sonstwo gelandet werden könne, müsse die feindliche Flotte zunächst unschädlich gemacht sein. Zwar nehme man in Tokio an, daß die japanische Flotte auch in ihrer gegenwärtigen Stärke der russischen allein überlegen sei[4]. Da man aber nicht wisse, ob Frankreich im Fall eines japanisch-russischen Zusammenstoßes neutral bleiben oder sich auf die Seite Rußlands stellen werde, wodurch im letzteren Falle die japanische Flotte eine ziemlich bedeutende Übermacht zu bekämpfen haben würde, so glaubte seine Regierung sich zunächst gegen diese Eventualität durch eine gegebenenfalls geheim zu haltende Abmachung mit einer anderen Großmacht (und zwar erschiene England hierzu aus vielen Gründen am geeignetsten)[5] schützen zu müssen. Er, der Gesandte, habe daher am vergangenen Sonnabend im Auftrage seiner Regierung eine diesbezügliche Demarche im Foreign Office gemacht. Sowohl Lord Lansdowne als auch der Unterstaatssekretär hat ihm darauf geantwortet, daß England für den Moment, da es 200 000 Mann Truppen in Süd-

afrika noch bis auf weiteres halten müsse, leider nicht in der Lage sei, sich in der gewünschten Weise zu binden[6]. Auf seine, des Gesandten, Einwendung, daß es für England gar nicht notwendig sein würde, mehr Truppen in China zu landen, da Japan zu Lande sowohl einer russischen als auch eventuell französischen Streitmacht zusammengenommen bedeutend überlegen sei, daß die englische Flotte vielmehr nur in Frage kommen würde (und dies auch nur für die Eventualität, daß Frankreich nicht neutral bleiben sollte), erwiderte Lord Lansdowne, daß ihm die japanische Anregung plausibel erscheine, und daß er dieselbe im nächsten Kabinettsrat zur Erörterung stellen werde. —

Baron Hayashi bat mich, diese seine Ausführungen streng geheim zu behandeln und bis auf weiteres auch nicht auf dem Foreign Office merken zu lassen, daß mir die japanische Demarche sowie die vorläufige Antwort darauf bekannt sei.

(Fortsetzung folgt.)

Hatzfeldt

Randverfügung des Grafen von Bülow:
Wenn die Engländer die Japaner für den Fall eines japanisch-russischen Kriegs nicht einmal gegen die Möglichkeit eines Zusammengehens Frankreichs mit Rußland schützen wollen, so ist es klar, daß sie (aus Angst wegen Indien) überhaupt unter keinen Umständen fechten, sondern nur andere (und uns besonders) vorschieben und mit Rußland brouillieren wollen. B. 6/3.

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Sehr gut
[2] richtig
[3] soll wohl heißen: Japaner
[4] das nehmen auch die Russen an!
[5] ja
[6] ! !

Nr. 4827

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 6. März 1901

Fortsetzung von Telegramm Nr. 184*.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs berührte Baron Hayashi auch die Frage, ob Rußland tatsächlich auf der Ratifikation der vereinbarten Verträge bestehen oder infolge der von einigen Mächten den Chinesen gegenüber abgegebenen Erklärungen zurückweichen werde[1]. Er bemerkte dazu, daß er sowohl den Gesandtenposten in Petersburg als

---

* Siehe Nr. 4826.

auch in Peking längere Zeit innegehabt habe und die maßgebenden Persönlichkeiten und Faktoren an beiden Plätzen genau kenne. Auf Grund seiner dortigen Erfahrungen glaube er, daß Rußland, wenn es überhaupt freiwillig zurückweichen sollte, dieses nur provisorisch und scheinbar tun werde[2]. Auch meinten es die chinesischen Bevollmächtigten seiner Ansicht nach mit dem kürzlich an die Mächte gerichteten Appell um Hilfe gegen die russischen Übergriffe nicht ernst*. Die letzte Demarche derselben verfolge lediglich den Zweck, die Mächte gegeneinander auszuspielen[3]. Daß Li-Hung-Tschang, welchen er persönlich sehr genau kenne, im russischen Solde stände, unterläge keinem Zweifel. Derselbe sei entschlossen, eine Ratifizierung der russischen Verträge herbeizuführen, und versuche, die anderen Mächte Rußland gegenüber nur auszuspielen, um einen möglichst hohen Preis von letzterem für sich selbst herauszudrücken. Was jedoch die Vizekönige des Jangtse sowie Südchinas im allgemeinen beträfe, so habe er die bestimmte Ansicht, daß dieselben es mit ihren Bemühungen, den definitiven Abschluß der russisch-chinesischen Verträge zu vereiteln, ernst meinten[4].

Auf meine Bemerkung, daß Amerika sich nunmehr auch der Erklärung anderer Mächte bezüglich separater Abkommen mit China angeschlossen habe, erwiderte der Gesandte, daß die Vereinigten Staaten der in Tokio vorherrschenden Ansicht zufolge viel zu unberechenbar seien, um ernst genommen zu werden, und daß er denselben zum mindesten ebenso mißtraue als Rußland.

Auf die Haltung Deutschlands für den Fall eines russisch-japanischen Konflikts kam Baron Hayashi nicht mehr zurück. Ich habe aus meiner Unterredung mit demselben den Eindruck gewonnen, daß die Gewißheit einer neutralen Haltung Deutschlands den Japanern im Kriegsfall vollständig genügen würde[5], vorausgesetzt, daß England einigermaßen auf die Wünsche Japans eingeht.

Hatzfeldt

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich stelle Vorlage des ganzen Eckardsteinschen ** Telegramms mit kurzem Immediatbericht im Sinne meiner Marginalien zu demselben anheim. B. 6/3.
Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Wenn England so weiter kneift, gewiß nicht
[2] natürlich
[3] sehr wahrscheinlich
[4] gewiß richtig
[5] sehr richtig!
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Wenn England mehr von uns verlangen sollte, so würde das eben nur beweisen, daß es zwar unter keinen Umständen fechten, aber sehr gern uns gegen Rußland vorschieben und uns mit Rußland aneinander bringen möchte.

---

* Siehe Nr. 4823.
** Muß heißen: Hatzfeldtschen.

Nr. 4828

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 127 Berlin, den 9. März 1901

Auf Telegramm Nr. 197*.

Auch in London (und zwar schon vor Abschluß des deutsch-englischen Abkommens) wie in Petersburg und Tokio habe ich keinen Zweifel darüber gelassen, daß f ü r D e u t s c h l a n d die mandschurische Frage kein besonderes Interesse darbiete. Aber nirgends und zu keiner Zeit ist es mir eingefallen, der Haltung anderer Mächte zu präjudizieren oder mich zum Richter über die Interessen dritter Mächte aufzuwerfen. Niemals habe ich irgendwelche Äußerungen getan, aus denen hervorgehen oder entnommen werden könnte, daß ich ein Interesse a n d e r e r S t a a t e n an der Mandschurei bestritte.

Euere pp. wollen dies sofort Lord Lansdowne mit Bezug auf den mich betreffenden Passus der Äußerung Graf Lamsdorffs mitteilen.

B ü l o w

Nr. 4829

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 198 London, den 8. März 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 197**.

Der letzte Ministerrat, welcher sich stundenlang mit den schwebenden chinesischen Fragen beschäftigte, hat noch keine definitiven Ent-

---

* Nach Telegramm Nr. 197 vom 8. März hatte Graf Lamsdorff dem englischen Botschafter auf seine wiederholte Nachfrage nach dem Text des Mandschureivertrages mit Ausflüchten geantwortet, die darauf hinausliefen, den deutschen Reichskanzler in den Augen der englischen Staatsmänner zu kompromittieren. Es hieß in der betreffenden Depesche des englischen Botschafters, die der englische Unterstaatssekretär am 8. März zu Graf Hatzfeldts Kenntnis brachte, über Graf Bülows Äußerungen u. a.: „Besides the Russian Government was in close touch with the German Government. Count Bülow hat told the Russian Government repeatedly that the Manchurian arrangements did not concern, in his opinion, any other power. He said that he regretted the violent distrust of the loyalty of Russia in British Parliament and press which greated the greatest irritation in highest quarters in Russia and that he feared that the Emperor might finally lose his patience.“ Vgl. dazu Eckardsteins Privatbrief an Holstein vom 9. März 1901. Eckardstein a. a. O. II, 312 f.

** Siehe die voraufgehende Fußnote.

schlüsse gefaßt[1]. Den Schwerpunkt bildete die Frage, ob und wie weit man den japanischen Wünschen[2] (siehe diesseitiges Telegramm Nr. 184*) bezüglich einer Übernahme der Garantie, Frankreich im Fall eines japanisch-russischen Konflikts in Schach zu halten, entgegenkommen solle, und welche sonstigen Maßnahmen sich für die Ermutigung Japans[3] zu einem Vorgehen gegen Rußland empfehlen würden.

Sowohl Lord Lansdowne als auch der Unterstaatssekretär brachten mir gegenüber gestern, ohne zu wissen, daß mir der japanische Antrag bekannt war, das Gespräch auf zwei Punkte, mit welchen sie sich ganz besonders zu beschäftigen schienen, betonten aber ausdrücklich, daß es sich dabei vorläufig nur um eine rein akademische Erörterung handele, und baten mich, ihre Äußerungen, falls ich dieselben überhaupt verwerten sollte, so in diesem Sinne und nicht als eine Demarche des englischen Kabinetts meiner Regierung zu übermitteln.

Punkt 1 betrifft den Gedanken einer auf Grundlage des deutsch-englischen Abkommens** zu vereinbarenden „protocole de désintéressement" unter einzelnen Mächten, wodurch Japan der soupçon benommen werden soll, als könnten dieselben eventuell japanisch-russischen Konflikt dazu benutzen, um sich für territoriale oder sonstige Vorteile herauszuschlagen und Japan selbst wie im Jahre 1895 um die Früchte seines Sieges zu bringen[4].

Punkt 2 betrifft die Frage, ob Deutschland eventuell geneigt sein würde, für den Fall eines russisch-japanischen Konflikts in Gemeinschaft mit England in Paris eine Erklärung abzugeben, daß beide Mächte im Interesse des europäischen Friedens die Lokalisierung eines solchen sich in Ostasien abspielenden Krieges wünschten und selbst strikte Neutralität bewahren würden[5]. Sollte jedoch irgendeine europäische Macht sich in den japanisch-russischen Krieg hineinmischen, so würden die genannten beiden Mächte „reconsider their attitude".

Was Punkt 1 betrifft, so habe ich mich, da mir derselbe in bezug auf seine praktische Durchführung bis jetzt noch durchaus unklar geblieben ist, Lord Lansdowne gegenüber gar nicht geäußert[6].

Bezüglich Punkt 2 habe ich dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gesagt, daß eine derartige Erklärung in Paris meiner persönlichen Ansicht nach überflüssig sein dürfte, da Frankreich sowieso nicht wagen würde, sich in einen japanisch-russischen oder eventuell auch japanisch-englisch-russischen Konflikt in China hineinzumischen, solange Deutschland mit Gewehr bei Fuß eine seinen eigenen Interessen entsprechende Neutralität bewahrt[7]. Nach welcher Richtung hin Deutschland gegebenenfalls schon im eigenen Interesse seine „balance of power" geltend machen würde, darüber könnte

---

* Vgl. Nr. 4826 und 4827.

** Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CIX.

in England doch kein Zweifel bestehen[8]. Nächsten Dienstag findet ein anderer Ministerrat zur Beratung der in China weiterzuverfolgenden Politik statt[9]. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Immer langsam voran

[2] hic haeret, hic Rhodus, hic salta!

[3] darauf kommt es jetzt an!

[4] Eine allein von englischer Seite ausgehende derartige Erklärung an Japan würde schon vollständig genügen, um den Japanern Mut zu machen. Daß wir mit unserer kleinen Flotte ihnen nachher ihren Gewinn abjagen würden, glaubt in Japan niemand. Japan verlangt auch gar keine solche Erklärung von uns.

[5] das können wir in London und Tokio, nicht aber in Paris erklären und jedenfalls unter gar keinen Umständen, solange nicht der erste Schuß gefallen ist.

[6] gut

[7] sehr richtig

[8] darüber besteht auch gar kein Zweifel in England, man will nur uns vorschieben, um hernach selbst nichts zu tun.

[9] nur immer langsam voran!

Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Die Engländer sollten doch endlich sagen, was sie selbst tun wollen, statt immer nur bei anderen anzufragen.
Eine einfache Zusage von England an Japan hinsichtlich des Stillhaltens von Frankreich würde für Japan und eine einfache Demarche des englischen Botschafters in Paris eventuell für Frankreich genügen. B. 9/3.

Randbemerkung von Holsteins auf einer Abschrift der Entzifferung:
Beide Punkte sind m. E. abzulehnen. In Punkt 1 sowohl wie in Punkt 2 nehmen wir für England Partei, ohne englische Rückendeckung für den Fall, daß wir angegriffen werden*. H.

Nr. 4830

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt***

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 128 Berlin, den 9. März 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 198***.

Daß England wie Japan mit unserer Neutralität bestimmt rechnen können, weiß man dort bereits. Lord Lansdowne sowohl wie der Unterstaatssekretär werfen jetzt lediglich Fragen auf über unsere Haltung für gewisse Eventualitäten, ohne ihrerseits zu sagen, was

* In diesem Sinne äußerte sich Holstein auch in einem Privattelegramm an Eckardstein vom 9. März 1901. Vgl. Eckardstein a. a. O. II, 314.

** Abgedruckt auch in Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 4993.

*** Siehe Nr. 4829.

denn England tun werde. Solange wir über die Haltung Englands nicht Sicherheit haben, ist es für uns unmöglich, zu den Fragen, die solange rein akademisch sind, irgendwie Stellung zu nehmen.

In diesem Sinne bitte ich sich dort zu äußern.

Richthofen

Nr. 4831

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 210 London, den 13. März 1901

Baron Hayashi hat hiesiger Regierung mitgeteilt, daß der japanische Gesandte in Berlin* auf eine im Auftrage seiner Regierung dort unternommene Sondierung in bezug auf die Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung zum russischen Vorgehen in China die Antwort erhalten habe, die Mandschureifrage biete für Deutschland selbst zwar kein besonderes Interesse dar, doch sei die Kaiserliche Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegen jedes Separatabkommen zwischen China und irgendeiner anderen Macht. Im Falle eines russisch-japanischen Konflikts werde die Kaiserliche Regierung Japan gegenüber eine wohlwollende Neutralität bewahren.

Er, Baron Hayashi, bitte die englische Regierung um eine definitive Antwort auf die Frage, welche Haltung sie Rußland beziehungsweise Frankreich gegenüber einzunehmen gedenke.

Auf die Frage Lansdownes und des Unterstaatssekretärs, ob die dem japanischen Gesandten in Berlin erteilte Antwort mit meinen Informationen übereinstimme, und was die Kaiserliche Regierung unter einer wohlwollenden Neutralität verstehe, erwiderte ich, daß ich seitens meiner Regierung keinerlei Informationen über die japanischerseits in Berlin stattgehabte Sondierung erhalten habe. Befremdet darüber, daß mir eine derartige anscheinend bereits vor mehreren Tagen bei meiner Regierung unternommene japanische Demarche noch nicht bekannt sei, sagte man mir, daß Sir Frank Lascelles umgehend instruiert werden würde, seinerseits sich die betreffende Information zu verschaffen und bei der Kaiserlichen Regierung anzufragen, was unter der den Japanern versprochenen wohlwollenden Neutralität gemeint sei**.

Hatzfeldt

---

* Inouye Katsunoske.

** Vgl. das folgende Schriftstück. Graf Hatzfeldt wurde durch Telegramm Nr. 133 vom 14. März verständigt, es habe kein Anlaß vorgelegen, über die

Nr. 4832

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Reinschrift von der Hand des Legationsrats Zahn

Berlin, den 14. März 1901

Sir Frank Lascelles las mir heute eine Depesche seiner Regierung vor, die ihn anwies, bei uns anzufragen, wie wir uns im Falle eines Streites zwischen England und Japan einerseits und Rußland andrerseits verhalten würden. Diese Anfrage sei durch eine Mitteilung veranlaßt worden, die der hiesige japanische Gesandte über Erklärungen unsrerseits ihm gegenüber gemacht hätte. Die englische Regierung wünsche vor allem zu wissen, was wir unter dem Begriff „wohlwollende Neutralität“ verständen.

Ich antwortete Sir Frank, daß dieser Begriff doch vollständig klar und präzis sei. Der Ausdruck bedeute nichts mehr und nichts weniger als die Einhaltung einer korrekten und strikten Neutralität, die weder den einen noch den anderen Teil in irgendeiner Weise begünstige. Der Botschafter möchte mir gestatten, dies mit Beispielen zu illustrieren, vielleicht sei der Ausdruck „wohlwollende Neutralität“ von uns gerade im Hinblick auf diese uns gegenwärtigen Beispiele gebraucht worden. Wir erblickten beispielsweise keine wohlwollende Neutralität in einer solchen, wie sie England uns gegenüber im Krieg von 1870/71 geübt habe; er würde sich vielleicht der längeren Korrespondenz erinnern, die über Inhalt und Tragweite einer wohlwollenden Neutralität zwischen unseren beiden Regierungen damals geführt worden sei. Einer wohlwollenden Neutralität würde es ferner unmöglich sein, den einen Teil mit vollständigen Batterien und mit Kriegsmaterial zu versehen. Eine wohlwollende Neutralität sei daher beispielsweise auch nicht die von uns den Buren gegenüber beobachtete; denn eine solche würde uns verhindert haben, England, wie es geschehen sei, mit Kriegsmaterial zu versorgen*.

Sir Frank nahm diese Ausführungen lächelnd entgegen und bemerkte, daß er den gebrauchten Ausdruck „wohlwollende Neutralität“ auch niemals anders als in dem entwickelten Sinne verstanden habe.

Mühlberg

Unterredung des Staatssekretärs mit dem japanischen Gesandten etwas mitzuteilen, weil bei derselben weder von deutscher noch von japanischer Seite etwas Neues gesagt worden sei.

* Vgl. auch Holsteins Privattelegramm an Eckardstein vom 14. März 1901 bei Eckardstein a. a. O. II, 319.

Nr. 4833

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 237 London, den 20. März 1901

Herr Hayashi hat gestern abend im Foreign Office den Wortlaut der Modifikationen mitgeteilt, welche Graf Lamsdorff den Chinesen vorgeschlagen und wovon die japanische Regierung Kenntnis erlangt habe. Bei Mitteilung dieser Modifikationen erwähnte Baron Hayashi, daß Graf Lamsdorff dem chinesischen Gesandten in St. Petersburg erklärt habe, er werde den Entwurf dieses modifizierten Abkommens zurückziehen, wenn dasselbe nicht bis zum 28. d. Mts. unterzeichnet sei, und dann China viel stärkere Bedingungen auferlegen.

Der Gesandte sagte ferner „that this convention, though modified, was in the opinion of the Japanese Government still most dangerous both on account of its contents and being negociated behind the back of the Powers. Such separate convention would materially lessen the capacity of China to meet her obligations towards the other Powers. The Japanese Government wishes therefore the British Government to unite with them in again advising the Chinese Government not to sign the amended draft convention".

Wie mir Lord Lansdowne heute sagt, hat er auf Grund dieser neuen japanischen Anregung sowohl dem hiesigen chinesischen Gesandten eine entsprechende Erklärung abgegeben als auch Satow angewiesen, sofort dem Hofe durch die Vizekönige des Jangtse eine gleiche Warnung zukommen zu lassen *. Der Minister bemerkte dabei, daß er absichtlich auch die Vizekönige dazu benutzt habe, weil anzunehmen sei, daß Li-Hung-Tschang eine derartige Warnung dem Hofe nicht zuverlässig weitergeben werde.

---

* Nach einer Mitteilung Sir Frank Lascelles lautete der betreffende Passus einer Depesche Lord Lansdownes an den Botschafter in Berlin:

„Lord Lansdowne repeated to Chinese Ministre the warning given to China with regard to the conclusion by her of separate agreements with any individual Power.

His Majesty's Government consider that it would be useful if the German Government could reiterate that they remained of the opinion they had already expressed."

Dazu äußerte sich Unterstaatssekretär von Mühlberg in einer Fußnote:
„S. E. der Herr Staatssekretär hat dem englischen Botschafter erwidert, daß wir einen solchen Schritt unsererseits für Einmischung und im Interesse einer friedlichen Beilegung der Angelegenheit sogar für schädlich hielten, nachdem wir der chinesischen Regierung bereits den Rat erteilt hätten, sich an das Konzert der Mächte mit ihrem Anliegen zu wenden."

Wie mir der Unterstaatssekretär sagt, glaubt er aus Äußerungen des Baron Hayashi entnehmen zu können, daß die japanische Regierung sich auch mit demselben Antrag nach Berlin wenden werde.

Hatzfeldt

Nr. 4834

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 150 Berlin, den 22. März 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 237*.

Hier hat japanischer Gesandter gleichen Schritt getan und darauf die Antwort erhalten, daß für uns die Sache erledigt sei, indem wir China anheimgegeben hätten, die Angelegenheit vor die in Peking versammelten Vertreter der Mächte zu bringen.

Mühlberg

Nr. 4835

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 245 London, den 22. März 1901

Hiesiger chinesischer Gesandter hat heute wieder auf Grund eines Kaiserlichen Edikts die hiesige Regierung um Hilfe gegen die russischen Übergriffe gebeten. Er erwähnte, daß Rußland mehr denn je auf die Unterzeichnung des Mandschureivertrags dränge und mit Gewalt drohe. Er schlug vor, die englische Regierung möchte zunächst in St. Petersburg eine Verlängerung der Unterzeichnungsfrist durchzusetzen suchen und im übrigen China tatsächlich Hilfe im Falle der Not gewähren.

Lord Lansdowne hat dem Gesandten geantwortet, daß eine Demarche zur Verlängerung der Unterzeichnungsfrist gar keinen Sinn haben würde. Der Hof solle einfach weiter, wie ihm dies von mehre-

---

* Siehe Nr. 4833.

ren Mächten bereits angeraten sei, auf der Weigerung, Separatverträge mit Rußland oder irgend einer anderen Macht zu unterzeichnen, bestehen und das Weitere werde sich dann finden.

Sir Ernest Satow telegraphiert, daß Artikel 8 des Mandschureivertrags dahin modifiziert sei, daß die Mongolei, Chinesisch-Turkestan, Ili und so weiter zwar weggelassen seien, dagegen heiße es jetzt in dem Artikel „Mandschurei und so weiter".

Lord Lansdowne bemerkte hierzu, daß dieses „und so weiter" beinahe noch weittragender sei als die frühere Fassung.

Satow meldet ferner, daß Li-Hung-Tschang fortfahre, dem Hofe die sofortige Unterzeichnung des Vertrages zu empfehlen, und darauf hinweise, daß andernfalls Rußland weit härtere Bedingungen stellen werde.

Hatzfeldt

Nr. 4836

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift von der Hand des Legationsrats Zahn

Berlin, den 22. März 1901

Graf Osten-Sacken bemerkte in allgemeinerer Unterhaltung heute, daß die Teilnahme Deutschlands an der Demarche in Peking in St. Petersburg nicht recht verstanden worden sei, da sie einesteils mit den Zusagen, welche Deutschland an Rußland hinsichtlich der Mandschurei erteilt habe, nicht in vollem Einklang stehe, und andrerseits auch die von dem Herrn Reichskanzler in seiner Rede* betonte Beschleunigung der Kriegskostenentschädigungszahlung nicht erzielt habe.

Ich erwiderte Graf Osten-Sacken, daß die russische Regierung uns in China in letzter Zeit mehrfach vor faits accomplis gestellt und uns durch Unterlassen einer vorherigen Benachrichtigung außerstande gesetzt habe, sei es unsere Politik rechtzeitig in dem russischen Absichten freundlichen Sinne zu orientieren, sei es gegen solche Absichten bestehende Bedenken in St. Petersburg geltend zu machen[1]. So sei es mit dem Mandschureivertrag geschehen, dessen erster Entwurf, wenn die Zeitungsmeldungen richtig seien, zudem nicht bloß die Mandschurei umfasse, für welche Graf Bülow in seiner Reichstagsrede unsere Zusage des Desinteressements ausdrücklich bestätigt und

---

* Gemeint ist Graf Bülows Reichstagsrede vom 15. März, in der er sich ausführlich über die Lage der Friedens- und Kriegskosten-Verhandlungen mit China ausgelassen hatte.

öffentlich bekanntgegeben habe, sondern darüber hinaus weite Strecken des Chinesischen Reichs, auf deren kommerzielle Erschließung der deutsche Handel sein Augenmerk teils bereits gerichtet habe, teils in Zukunft jederzeit richten könne. So sei es ferner mit der Schaffung der russischen Konzession in Tientsin geschehen*. Diese Konzession in ihrer weiten Ausdehnung und mit der Möglichkeit der Unterbindung des Verkehrs zwischen Tientsin und dem Norden sei direkt geeignet, deutsche Interessen zu beeinträchtigen; dessenungeachtet habe Deutschland aus Liebenswürdigkeit gegen Rußland jederlei Einspruch unterlassen. Endlich sei auch die Unterstützung, welche die Belgische Gesellschaft zur Erlangung der Bahnbaukonzession Peking—Hankau von russischer Seite gefunden habe, im Hinblick darauf, daß Hankau mehr und mehr zu einem deutschen Handelszentrum werde, uns nicht bequem gewesen. Es sei meines Erachtens nicht zu leugnen, daß sowohl Einflußrechte in Mongolien und der Tatarei als auch der okkupierte Landstreifen in Tientsin und die Bahnbaukonzession Vermögenswerte repräsentierten, die, wenn sich China ihrer entäußern wollte, als Garantie für eine Kriegskostenzahlung wohl mit hätten in Erwägung gezogen werden können. Um nach unseren Kräften dazu beizutragen, daß, solange uns unsere Kriegskosten und sonstigen Schäden nicht ersetzt seien**, ähnliche Veräußerungen chinesischer Vermögenswerte nicht weiter erfolgen, hätten wir unseren bezüglichen Ratschlag an die chinesische Regierung ergehen lassen.

Graf Osten-Sacken erwiderte dem entgegen, daß auch unsererseits für Rußland empfindliche Maßnahmen ohne zuvorige Verständigung mit dem Petersburger Kabinett erfolgten, so z. B. der Bau der Bagdadbahn[2].

Ich antwortete ihm, daß dieser Vergleich mir gänzlich unzutreffend zu sein scheine, da es sich hier um einen Bahnbau in einem allen Staaten befreundeten, in seiner Souveränität unbeschränkten Lande handle, während die in China getroffenen Maßnahmen in einem von allen Mächten kriegerisch okkupierten Lande ohne Zustimmung der Mitokkupanten stattfänden.

Richthofen

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Die Russen müssen endlich aufhören, uns als quantité négligeable zu betrachten. —
Wenn sie uns zu unserer Entschädigung in China verhelfen, wird sich auch für sie alles leichter gestalten

[2] darüber habe ich Osten-Sacken wiederholte und völlig beruhigende Erklärungen gegeben

---

* Vgl. Kap. CV, Nr. 4758 ff.

** Vgl. dazu Kap. CVII.

Nr. 4837

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein**

Reinschrift

Berlin, den 27. März 1901

Die Aufgabe, Japan zu einer energischen Politik, d. h. zur Geltendmachung seiner Ansprüche auf Korea zu bewegen, überlassen wir am besten an England.

Für Deutschland, welches seine Beziehungen zu Rußland nach Möglichkeit wahren möchte, ist Japan ein kompromittierender Kamerad, da es offenkundige Erwerbspolitik treibt. Die Japaner wissen, daß zurzeit niemand den Bestand ihres Inselreiches bedroht und sind deshalb für ein Defensivbündnis nicht leicht zu interessieren. Wenn wir heute den Japanern von einer Vereinbarung zu beiderseitigem Nutzen sprächen, so würden sie ihrerseits dabei weniger die gemeinsame Verteidigung als den gemeinsamen Angriff ins Auge fassen. Da diese Geistesrichtung der Japaner allgemein, insbesondere aber in Petersburg bekannt ist, so würde schon der Umstand allein, daß wir mit den Japanern in Besprechungen über eine gemeinsame politische Haltung eintreten, russischerseits als ein Zeichen angesehen werden, daß wir aus unserer bisherigen rein defensiven Haltung zu einer Angriffspolitik übergehen wollen. Es ist aus naheliegenden Gründen nicht vorteilhaft, daß wir uns heute ohne andere Anlehnung als den wackeligen Dreibund einem derartigen Verdachte aussetzen, welcher darnach angetan ist, die chauvinistischen Elemente und Regungen des Zweibundes in den Vordergrund zu bringen.

Ganz anders läge die Sache, wenn England etwa in kommender Zeit sich zu dem Entschluß einer Angliederung an den Dreibund aufraffte, und wenn alsdann Japan gewissermaßen als Anhängsel von England mit hineingenommen würde. Einesteils würde in diesem Falle das Schwergewicht Englands, welches sowohl in Asien wie in Europa wesentlich auf der Defensive steht, als Gegengewicht gegen die japanische Regsamkeit dienen können; wenn aber auch nicht, so würde jener neue Bund so stark sein, daß die Empfindungen der andern Mächte für uns nicht von der praktischen Bedeutung sein würden wie gegenwärtig, wo es sich empfiehlt, Japan seine eigenen Wege, eventuell zusammen mit England, gehen zu lassen. Auf jeden deutschen Annäherungsversuch würden die Japaner mit der Frage reagieren, ob wir ihnen helfen wollen, nach Korea hineinzukommen oder die Russen aus der Mandschurei herauszubringen. Auf dieser

---

* Die Aufzeichnung wurde mittels Erlasses Nr. 337 nach London, gleichzeitig auch nach Petersburg und Peking mitgeteilt.

Basis würde keine Verständigung zu erzielen sein. Wir haben der japanischen Regierung mitteilen lassen, daß wir mit Rußland keinerlei politische Abmachungen, besonders keine solche hinsichtlich Koreas haben, daß wir daher bei einem russisch-japanischen Konflikt bestimmt neutral bleiben und nach menschlicher Berechnung durch unsere Neutralität auch die Neutralität Frankreichs herbeiführen würden. Über diese Erklärung hinaus werden wir nicht füglich gehen können.

Holstein

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Exzellenz von Holstein

Besten Dank für dieses meisterhafte Promemoria, dessen Ausführungen ich mich in allen Punkten anschließe. B. 28/III.

Nr. 4838

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 4. April 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht alleruntertänigst zu melden, daß soeben Graf Osten-Sacken im Auftrage seiner Regierung hier folgendes mitgeteilt hat:

Die russische Regierung habe durch ein Abkommen mit China die allmähliche Rückgabe (restitution) der Mandschurei an letzteres zu regeln beabsichtigt. Gegenstand der Verhandlungen hätten die Bedingungen der Räumung (évacuation) gebildet. Inzwischen habe jedoch die russische Regierung in Erfahrung gebracht, daß die angestrebte Verständigung Anlaß zur Ausstreuung falscher Nachrichten gegeben und infolge dieser überall große Beunruhigung verursacht habe [1], so daß jene Abmachung, welche ein Beweis der freundlichen Gesinnungen Rußlands für das Himmlische Reich hatte sein sollen, eher geeignet gewesen wäre, diesem Verlegenheiten zu bereiten.

Auf Grund dieser Erwägungen werde die russische Regierung China gegenüber auf dem Abschlusse jener Vereinbarung (entente) nicht bestehen, sie verzichte vielmehr auf jede weitere Verhandlung über diesen Gegenstand*. Rußland werde mit Ruhe den weiteren

---

* Tatsächlich veröffentlichte der russische Regierungsanzeiger vom 5. April ein umfangreiches Kommuniqué, das den Verzicht Rußlands auf Abschluß des Mandschureiabkommens aussprach und die Verantwortung dafür, daß die lediglich friedlichen Zwecken dienende Abmachung gescheitert sei, der durch die übrigen Mächte beeinflußten Haltung Chinas zuschob. Schon vorher hatte verlautet, daß China die Unterzeichnung des Mandschureiabkommens abgelehnt hatte; der Verzicht Rußlands war also kein freiwilliger.

Gang der Ereignisse abwarten und dabei an seinem schon mehr als einmal kundgetanen Programm festhalten[2].

Nach dieser Mitteilung gab der Botschafter persönlich und vertraulich der Besorgnis Ausdruck, daß auf russischer Seite eine gewisse Gereiztheit (ressentiment) gegen Deutschland zurückbleiben werde, weil dieses die Schwierigkeiten Rußlands durch die in Peking abgegebene Erklärung vermehrt habe, daß es für China angezeigt erscheine, sich aller Sonderabmachungen mit einzelnen Regierungen zu enthalten, solange nicht die Gesamtsumme seiner finanziellen und anderweitigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Konzert der Mächte geregelt sei. Der Botschafter ließ einfließen, daß es besser gewesen sein würde, wenn Euerer Majestät Regierung diese Bedenken der russischen Regierung direkt mitgeteilt hätte[3]. Ich erwiderte dem Botschafter darauf mit der naheliegenden Bemerkung, daß die russische Regierung durch die vollständige Geheimhaltung ihrer Mandschureiverhandlungen mit China[4] uns jede Gelegenheit zur vertraulichen Erörterung etwaiger Bedenken sorgfältig entzogen habe[5]. Graf Osten-Sacken wandte darauf ein, Rußland habe lediglich nach Maßgabe seiner Interessen gehandelt[6], worauf ich entgegnete, Euerer Majestät Regierung habe auch ebendasselbe getan, denn Deutschland habe unleugbar im gegenwärtigen Augenblick ein sehr erhebliches Interesse daran, daß die Einnahmequellen des Chinesischen Reichs in keiner Hinsicht vermindert[7] und jeder Anlaß zum Konflikt unter den Mächten in China vermieden würde. Der Botschafter bemerkte hierauf, in Petersburg bestehe, wie er zu wissen glaube, die Ansicht, daß Euerer Majestät Regierung durch jene Warnung an China, welche auch auf die Haltung anderer Kabinette von weittragender Bedeutung gewesen sei, der englischen Regierung einen Gefallen habe erweisen wollen[8], daß aber England sich dafür wohl kaum erkenntlich erweisen werde. Ich hob demgegenüber hervor, daß Deutschlands derzeitiges Interesse an der Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit Chinas offenkundig und bedeutend genug sei, um für sich allein unseren an China erteilten Ratschlag zu rechtfertigen[4].

Was die am Schlusse der russischen Mitteilung abgegebene Erklärung anlangt, daß Rußland an seinem mehrfach kundgegebenen Programm festhalte, so dürfte damit die wiederholt abgegebene Versicherung gemeint sein, daß Rußland die Mandschurei räumen[9] werde, sobald die dortigen Zustände und insbesondere die Sicherheit der russischen Bahnlinien dies gestatteten[10].

Frhr. v. Richthofen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Ach du unschuldsvoller Engel du!

[2] d. h. die Mandschurei einfach ohne Vertrag behalten und nicht wieder herausgeben

[3] warum hat denn Rußland uns das Abkommen verheimlicht, und es darauf ankommen lassen, daß die Chinesen es uns verriethen?!
[4] richtig
[5] ja leider!
[6] ebenso wir!
[7] ja
[8] Unsinn
[9] oder behalten
[10] das wird in den nächsten 20 Jahren wohl kaum der Fall sein können
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Chinesen haben eben einfach abgelehnt! Die Vertragsbestimmung den andren Europäern verrathen, und nun kann der ursus asiaticus den Honigtopf nicht in Güte kriegen! Darüber ärgert er sich, daß sein fein gesponnenes Plänlein heraus gekommen, und da müßen wir natürlich die Schuld tragen! Denn er wird nun den Honig einfach „rauben", welchen Schein er lieber vermieden hätte! Außerdem kostet das alles Geld

Nr. 4839

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 318 London, den 23. April 1901
Geheim

Sir Charles Scott meldet, Graf Lamsdorff habe sowohl ihm als auch dem japanischen Gesandten erklärt, daß ein offizieller Vertragsentwurf in bezug auf die Mandschurei überhaupt niemals bestanden habe. Die ganzen Verhandlungen mit den Chinesen hätten den Zweck gehabt, bestimmte Punkte zur Sicherstellung gewisser russischer Interessen in der Mandschurei klarzulegen. Der Unterstaatssekretär bemerkte hierzu streng vertraulich, daß die Zumutung des Grafen Lamsdorff, man solle dieser Erklärung Glauben schenken, etwas zu weit ginge, da der von den Chinesen mitgeteilte offizielle Text der russischen Forderungen sich bereits seit Wochen in den Händen des Foreign Office befände.

Hatzfeldt



Kapitel CVII

Die Kriegsentschädigungsfrage 1901



Nr. 4840

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 511 Berlin, den 23. November 1900

Herr von Mumm regt die Frage der von China zu verlangenden Kriegsentschädigung an, indem er vorschlägt, daß wir, um nicht zu kurz zu kommen, angesichts der z. B. von Rußland zu gewärtigenden beträchtlichen Ansprüche beizeiten, und ehe andre Mächte ihre Entschlüsse festgelegt haben, auf eine geeignete Vereinbarung hinarbeiten sollten. Seine Kollegen neigten der Ansicht zu, daß Feststellung des Prinzips und Ausführung durch die Kabinette selbst zu erfolgen habe. Sir Robert Hart * habe gesprächsweise die äußerste finanzielle Leistungsfähigkeit Chinas für Kriegskostenzahlung auf fünfzig Millionen Pfund berechnet. Rußland solle angeblich allein für die mandschurische Bahn acht Millionen fordern wollen.

Bitte, zunächst die Ansicht der dortigen Regierung über die Behandlung der Frage zu ermitteln. Wir unsererseits würden mit jedem Weg einverstanden sein, welcher Ersatz der erwachsenen Kosten am besten sicherstellt.

Richthofen

Nr. 4841

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 166 Berlin, den 23. November 1900

Antwort auf Telegramme Nr. 305 und 306 **.

Bereits verauslagte und vermutlich noch zu erwartende Kosten

---

* Generalzollinspektor der chinesischen Seezollämter.

** Der wesentliche Inhalt dieser beiden vom 17. und 18. November datierten Telegramme Mumms ergibt sich aus Nr. 4840.

des Reichs für Chinaexpedition werden hier auf zusammen mindestens fünfzehn Millionen Pfund veranschlagt. Diesen Betrag wollen Ew. pp., sofern dort von andrer Seite in der Kriegsentschädigungsfrage Schritte geschehen, unserem Anspruch zugrunde legen.

Lediglich zu Ihrer persönlichen Direktive füge ich hinzu, daß ich mit der englischen Regierung wegen der Frage in Fühlung getreten bin und mir danach weiteres vorbehalte.

Richthofen

Nr. 4842

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 796 London, den 29. November 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 511*.

Bei mehrfachen Besprechungen der Kriegsentschädigungsfrage im Foreign Office habe ich den Eindruck gewonnen, daß man hier der Behandlungsweise dieser Frage noch nicht nähergetreten ist, daß man aber im allgemeinen der Ansicht ist, daß die zu erhebenden Ansprüche möglichst maßvoll zu gestalten seien, um so die finanzielle Lage Chinas nicht allzusehr zu gefährden.

Lord Lansdowne hat mir heute mitgeteilt, daß er sich freuen würde, über die Behandlung der Frage in einen näheren Meinungsaustausch mit uns zu treten.

Hatzfeldt

Nr. 4843

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 255 Berlin, den 27. Dezember 1900

Bei den Verhandlungen mit der chinesischen Regierung, welche jetzt bevorstehen, wird die Haltung Rußlands von schwerwiegender Bedeutung sein, da der russische Einfluß am chinesischen Hofe sowohl wegen der geographischen wie auch wegen der diplomatischen Lage der maßgebende ist. Wir hoffen, daß derselbe demnächst zugunsten der Annahme der in der Kollektivnote** bezeichneten Forderungen

---

* Siehe Nr. 4840.

** Vom 22. Dezember. Vgl. Kap. CIV, Nr. 4693, Fußnote.

ausgeübt werden wird. Deutschland hat nicht das mindeste Interesse daran, den russischen Einfluß in China einzuschränken. Wir haben daher, obschon manche russische Forderungen und Maßnahmen, wie zum Beispiel die eilige Räumung von Peking durch die russischen Truppen*, geeignet waren, die Stellung der übrigen Mächte und die Verhandlungen zu erschweren, bisher doch immer daran festgehalten, eher die Ansprüche der Mächte herabsetzen als die Einhelligkeit stören zu lassen. Daß diese Einhelligkeit auch bei den beginnenden Verhandlungen mit China und bis zu Ende gewahrt bleiben wird, nehme ich um so mehr an, als Rußlands eigenes Interesse einen baldigen befriedigenden Abschluß, von welchem wiederum die Räumung der Hauptstadt und der Provinz Tschili abhängen würde, erheischen muß. Die Forderungen der Mächte sind dreierlei Art: Strafe, Entschädigung, Garantien zur Vermehrung der persönlichen Sicherheit der Fremden und zur Vermehrung der Sicherheit der Kriegskontribution. Da alle diese Punkte unter russischer Mitwirkung festgesetzt worden sind, so dürfen wir auch auf russische Mitwirkung bei der Durchführung rechnen. Wir zweifeln nicht, daß Rußland, schon um die Räumung der Provinz Tschili zu beschleunigen, dem Konzert der Mächte seine Unterstützung leihen und dadurch die anderen der unangenehmen Notwendigkeit überheben wird, ihre ohnehin auf das notwendige Minimum reduzierten Forderungen gruppenweise von China zu erzwingen. Immerhin wird es nützlich sein, wenn Ew. bei Besprechung der Angelegenheit mit den dortigen maßgebenden Persönlichkeiten auch auf diese letztere Alternative als eventuelle ultima ratio leicht hindeuten, jedoch nur für den Fall, daß Rußland seine Absonderung vom Konzert der Mächte allzudeutlich markieren sollte.

Bülow

Nr. 4844

Der Botschafter in London Graf Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 870 London, den 28. Dezember 1900

Unterstaatssekretär sagt mir, daß gemäß telegraphischem Bericht Satows dort in der Frage der bei den bevorstehenden Verhandlungen unter den dortigen Vertretern zu beobachtenden Präzedens bisher keine Einigung erzielt worden sei**. Mr. Bertie bemerkte hierzu vertraulich, daß man hier nach wie vor an der Auffassung festhalte, daß die an

* Vgl. Kap. CIV.
** Vgl. Kap. CIV, Nr. 4692.

der Einschließung Pekings nicht beteiligt gewesenen Mächte auch trotz Unterzeichnung der Kollektivnote nicht berechtigt seien, beim Abschluß des Friedens entscheidend mitzusprechen, sondern daß ihnen nur une voix consultative zugestanden werden könne. Nach hier vorliegenden Nachrichten habe sich zudem der spanische Gesandte * als zum Vorsitz nicht befähigt erwiesen und dürfte auch wie sein belgischer ** und holländischer *** Kollege unter russisch-französischen Einfluß stehen.

Der Wortlaut der Instruktion, welche Satow jetzt in der Frage erhalten soll, lautet: "We hold that the representatives of Spain, Holland and Belgium, which powers did not take part in the expedition to Peking, are not entitled to an equivalent representation with the other powers. Endeavour to obtain adhesion of your feels † to the view and suggest that the expeditionary power should choose their own president."

Der Unterstaatssekretär bat mich, Euerer Exzellenz hiervon Mitteilung zu machen, und sprach die Hoffnung aus, daß die beiderseitigen Vertreter in Peking, eventuell unter Mitwirkung ihres österreichischen †† und italienischen Kollegen †††, eine befriedigende Lösung in der Frage herbeiführen würden.

Hatzfeldt

Nr. 4845

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 587 Berlin, den 29. Dezember 1900

Antwort auf Telegramm 870 §.

Nachdem wir mit der bisherigen Geschäftsordnung einen doch immerhin relativ befriedigenden ersten Aktschluß erreicht haben, ist die Notwendigkeit der jetzt von England angeregten Neuerung für mich nicht recht ersichtlich, und das Mißverhältnis zwischen der Besserung, die man im günstigsten Fall erhoffen kann, und den gegenüberstehenden sehr ernsten Bedenken tritt heute noch mehr hervor als in der Darlegung des diesseitigen Telegramms 460 vom 9. November §§. Die bisherige Gruppierung der Mächte läßt vermuten, daß

---

* Bologan, Doyen.
** Maurice Joostens.
*** F. M. Knobel.
† Fehlerhafte Entzifferung für „friends".
†† Freiherr Czikann von Wahlborn.
††† Marquis Salvago Raggi.
§ Siehe Nr. 4844.
§§ Vgl. Kap. CIV, Nr. 4665.

Rußland, Frankreich, Amerika und Japan in dieser Frage geschlossen gegen England und den Dreibund gehen werden, erstens um den Riß möglichst weit zu machen, und sodann um sich durch diesen Freundschaftsbeweis die Sympathien der drei Kleineren für die Konferenz und außerhalb derselben dauernd und fest zu sichern.

Herr von Mumm ist dem englischen Wunsche entsprechend angewiesen, die Sache zunächst mit seinem englischen Kollegen hinsichtlich der Vorteile und Bedenken zu erörtern und sein Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß nicht etwa die gegnerischen Elemente in dieser Frage einen willkommenen Einigungspunkt finden — eine Eventualität, deren größere oder geringere Wahrscheinlichkeit sich von hier aus nicht genau beurteilen läßt.

Ew. wollen diesen Standpunkt möglichst schnell zur Kenntnis der englischen Regierung bringen*.

Bülow

Nr. 4846

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt***

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 1265 Berlin, den 29. Dezember 1900

Ganz vertraulich

Als Ew. pp. auf Weisung von hier aus gegen Ende v. Mts. sich bei der dortigen Regierung erkundigten, wie dieselbe sich die Regelung der von China zu leistenden Kriegsentschädigungen denke, ist Ihnen erwidert worden, daß man dort der Frage noch nicht nähergetreten sei. Zugleich aber hat Lord Lansdowne Ihnen gesagt, daß er sich freuen würde, über die Behandlung der Frage mit uns in näheren Meinungsaustausch zu treten. Inzwischen ist in Peking den chinesischen Unterhändlern die gemeinsame Note*** übergeben worden, in deren nunmehrigem Artikel 6 das Prinzip der Entschädigungspflicht Chinas festgelegt und ferner die Verpflichtung des letzteren ausgesprochen ist, in einer für die Mächte annehmbaren Weise finanzielle

---

* Vgl. auch Holsteins Privatbrief an Eckardstein vom 29. Dezember. Eckardstein a. a. O. II, 228.

** Vgl. dazu Holsteins Privatbrief an Eckardstein vom gleichen 29. Dezember (Eckardstein a. a. O. II, 228): „Der Erlaß wegen der Entschädigungsansprüche ist aufgebaut auf vier Gutachten, die wir von Herrn von Brandt, den Professoren Hirth und Schumacher und dem Chef der deutschen Firma Melchers in Schanghai — also lauter Spezialisten — eingefordert haben. Auch einige Ideen des früheren Generalkonsuls in Schanghai, jetzigen Kolonialdirektors Stuebel, sind darin verwertet."

*** Vom 22. Dezember 1900.

Maßnahmen einzuführen, welche die Zahlung der Entschädigungen und den Anleihedienst gewährleisten. Es scheint daher der Moment gekommen, wo der auch von Lord Lansdowne gewünschte Meinungsaustausch über die Einzelheiten der zu treffenden Ausführungsmaßnahmen und namentlich über den zur Beschaffung der nötigen Geldmittel in China einzuschlagenden Weg nicht länger hinauszuschieben ist.

Ew. pp. bitte ich, die Sache mit Lord Lansdowne im engsten Vertrauen zu besprechen und dabei etwa dem nachstehend skizzierten Gedankengang zu folgen: Die Verdienste, welche sich Sir Robert Hart durch seine langjährige Leitung der chinesischen Seezollverwaltung erworben hat, finden bei uns volle Würdigung. Wir erkennen nicht bloß seine hervorragende Sachkenntnis an, sondern auch seine Unparteilichkeit und die gerechte Berücksichtigung, welche er unsern wirtschaftlichen Interessen durch die in neuerer Zeit erfolgte Zulassung mehrerer Deutscher zum Seezolldienst bezeigt hat. Wir wünschen keine Einschränkung der Machtbefugnisse Sir Rob. Harts und würden uns freuen, wenn derselbe noch lange in seiner Stellung verbleibt. Wir betrachten es auch als im Interesse des deutschen Handels liegend, wenn Sir Robert Hart seinerzeit einen von gleichem Geiste beseelten Nachfolger englischer Nationalität erhält, und wir würden bereit sein, hierfür einzutreten, sofern sich, wie zu erwarten, Konkurrenzbestrebungen anderer Mächte geltend machen sollten.

Von dieser Auffassung aus glauben wir, daß für die Aufbringung der chinesischen Kriegskosten in erster Linie und hauptsächlich auf Sir Rob. Hart und seine Verwaltung zu rechnen ist. Die Einrichtung einer europäischen Leitung oder selbst nur einer europäischen Kontrolle des g e s a m t e n chinesischen Staatsfinanzwesens halten wir für ausgeschlossen. Die Übertragung der in dieser Richtung für Staaten von weit geringerem Umfang, wie z. B. Ägypten und neuerdings Griechenland, geschaffenen Einrichtungen auf das Chinesische Reich erachten wir für kaum ausführbar. Auch ein Zurückgreifen auf innere chinesische Abgaben, wie z. B. Grundsteuern, in größerem Maßstabe würde schwerlich zum Ziele führen. Die fremden Mächte werden sich somit zur Befriedigung ihrer Forderungen im wesentlichen auf die Seezollverwaltung angewiesen sehen. Eine Tilgung der Kriegsforderungen durch Teilzahlungen direkt aus chinesischen Staatsmitteln wird damit ausgeschlossen. Es bleibt vielmehr nur der Weg einer zu verzinsenden und in Jahresraten zu amortisierenden Anleihe übrig. Die erforderlichen jährlichen Zins- und Amortisationsraten k ö n n e n nach sachverständigem Urteil von der Seezollverwaltung aufgebracht werden. Die dazu notwendig werdende Erhöhung — vielleicht Verdoppelung oder selbst Verdreifachung — der Sätze des bestehenden Zolltarifs würde nach den bisher zu unserer Kenntnis gelangten Stimmen von Interessenten den fremden Handel nicht wesentlich beeinträchtigen. Ob neben den Seezöllen noch die eine oder die

andre, ihnen verwandte und einer gleichen Verwaltungsorganisation fähige Abgabe mit heranzuziehen ist, mag weiterer Prüfung vorbehalten bleiben. Dagegen dürfte allerdings die Abschaffung des Likin oder richtiger dessen Ersatz durch genau fixierte Zuschläge zu den Zollsätzen gleichzeitig in die Hand zu nehmen sein.

Eine entsprechende Ausgestaltung des Seezollwesens unter Erweiterung der Befugnisse Sir Robert Harts und hinreichender Vermehrung seiner Beamtenschaft erscheint somit nach unserer Auffassung als das für die Regelung der finanziellen Frage anzustrebende Ziel. Dabei wird eine möglichst direkte Abführung der vom Seezoll aufgebrachten Tilgungsbeträge an die europäischen Zahlstellen unter Ausschluß chinesischer Zwischeninstanzen von Vorteil sein. Die Durchführung der Reform wird Sir Rob. Hart anvertraut werden können. Nur wird, nicht um ihn zu beschränken, sondern lediglich im Interesse der Erzielung billigerer Bedingungen für die Anleihe vielleicht neben ihm ein Beirat, am einfachsten wohl bestehend aus Mitgliedern des diplomatischen Korps in Peking, zu errichten sein.

Die Kaiserliche Regierung hat infolge bekannter Umstände höhere Aufwendungen für das gemeinsame, bewaffnete Einschreiten in China gemacht als andre Staaten. Aber auch Englands Aufwendungen für den gleichen Zweck sind nicht unbeträchtlich. Beide Regierungen haben daher, wie wir glauben, dasselbe Interesse daran, daß ihre Auslagen baldigst erstattet werden, und zwar in einer Weise, welche die Autonomie der chinesischen Verwaltung am wenigsten beeinträchtigt und damit zugleich dem europäischen Handel in China die bisherigen günstigen Existenzbedingungen auch für später gewährleistet. Als der rascheste und geeignetste Weg hierzu erscheint uns die Heranziehung des Seezolldienstes in seiner ihm von seinem gegenwärtigen Leiter gegebenen Gestalt.

Die Kaiserliche Regierung wendet sich deshalb zuerst an England in der Hoffnung, mit ihm am ehesten zu einer Verständigung an der Hand der vorstehend entwickelten, der näheren Prüfung und Ausgestaltung offenstehenden Grundzüge zu gelangen, damit auf der so geschaffenen Grundlage alsdann mit den übrigen Mächten verhandelt werden kann. Es wird gut sein, dabei zwei Gesichtspunkte nicht aus dem Auge zu verlieren, nämlich erstens, daß das für das chinesische Staatswesen benötigte Geld um so billiger und leichter zu beschaffen sein wird, je gesicherter der Dienst der Schuld dasteht, und zweitens, daß die Gläubiger der alten Anleihen nicht zu Schaden kommen dürfen durch Entwertung ihrer Titres infolge Emission der neuen Anleihe.

Eine schleunige Inangriffnahme der finanziellen Frage erscheint geboten, weil sonst von anderer Seite eine Initiative ergriffen und die Sache in unerwünschte Bahnen geleitet werden könnte.

Einer baldigen Äußerung der dortigen Regierung über unsere vorstehende Anregung werden wir entgegensehen dürfen.

Ew. pp. wollen sich schließlich ermächtigt halten, Lord Lansdowne die Substanz unserer Anregung in Gestalt eines streng vertraulichen Aide mémoire zu hinterlassen.

Bülow

Nr. 4847

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 London, den 2. Januar 1901

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 1265*.

Die Indemnitätsfrage habe ich gestern mit Lord Lansdowne nur kurz besprechen können. Der Minister ist nach wie vor geneigt, mit uns in näheren Meinungsaustausch über die Behandlung derselben zu treten. Er hat gestern Sir Ernest Satow beauftragt, mit Herrn von Mumm engere Fühlung in der Angelegenheit zu nehmen und baldmöglichst über deren Entwickelungsgang zu berichten.

In bezug auf die Höhe der zu fordernden Summe bemerkte der Minister, daß England und Deutschland durch exorbitante Forderungen der Mächte [und] die dadurch nötig werdende sehr bedeutende Erhöhung der Einfuhrzölle am meisten leiden würden, da sie bei weitem den größten Handel in China in Händen hätten. Frankreich und Rußland seien außerdem direkte Grenznachbarn Chinas und würden aus einer zu großen Erhöhung der Seezölle insofern Kapital schlagen, als sie die Einfuhr nach China über Landgrenzen fördern würden.

Was Sir Robert Hart betrifft, so bemerkte der Minister, daß derselbe leider chinesischer als die Chinesen sei, wie aus seinem bekannten, vor einiger Zeit veröffentlichten Aufsatz hervorgehe. Er sei aber der einzigste Europäer in China, welcher eine Revision des Zollwesens durchführen könne.

Ich übersende morgen Lord Lansdowne ein vertrauliches Aide mémoire über die Substanz unserer Anregung und hoffe in den allernächsten Tagen Gelegenheit zu einer ausführlichen Besprechung der Frage mit demselben zu haben.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 4846.

Nr. 4848

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 5 Berlin, den 2. Januar 1901

Der englische Botschafter las mir gestern einen Privatbrief von Lord Lansdowne vor, wo dem lebhaften Wunsche des Zusammengehens mit Deutschland in möglichst vielen Fragen Ausdruck gegeben war. Sodann erwähnte der englische Minister, daß hoffentlich Deutschland in der Frage der Ausschließung der drei kleinen Staaten bzw. der Herabsetzung ihrer Stimmen auf ein bloß konsultatives Votum mit England zusammengehen werde. Ich habe mich im Sinne des diesseitigen Telegramms Nr. 587* geäußert und kann mich von der Anschauung nicht trennen, daß das mit diesem Antrage verbundene Risiko sowohl für England wie auch für uns ganz außer Verhältnis ist mit den dadurch im besten Falle zu erreichenden Vorteilen. Wenn England daher nicht auf den Antrag verzichten will, würde doch der englischen Regierung vor formeller Einbringung desselben bei der Konferenz eine möglichst vorsichtige Sondierung der gegnerischen oder zweifelhaften Kabinette, insbesondere des französischen, zu empfehlen sein.

Hinsichtlich der Entschädigung meinte Lord Lansdowne, daß für diese doch nur die Seezölle würden herangezogen werden können, und daß eine Erhöhung dieser letzteren ausgeschlossen, weil schädlich für den wesentlich englischen und deutschen Importhandel sei. Ich erwiderte entsprechend dem Erlaß Nr. 1265** im wesentlichen, daß nach unseren Erfahrungen die Zölle weder vom Importeur noch vom Vermittler, sondern vom Konsumenten getragen würden, daß dieselben außerdem infolge der ungeheuren Entwertung des Silbers heute im Vergleich mit der Zeit ihrer ersten Festsetzung nur noch einen kleinen Bruchteil repräsentieren, sodaß ihre Verdoppelung nichts und ihre Verdreifachung nur weniges in dem Wertverhältnis jener ersten Periode ändern würde.

Ew. pp. teile ich das Vorstehende zur Regelung Ihrer Sprache in der Geschäftsordnungs- und in der Entschädigungsfrage mit. Der Brief von Lord Lansdowne war natürlich vor Kenntnis der in Telegramm 587 und im Erlaß Nr. 1265 entwickelten Ansichten geschrieben.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4845.

** Siehe Nr. 4846.

Nr. 4849

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 London, den 2. Januar 1901

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 587*.

Als ich Lord Lansdowne gestern unsere Zweifel in bezug auf die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit der Durchführung des englischen Vorschlags auf Eliminierung der kleinsten Mächte, denen nur eine „voix consultative“, aber nicht „délibérative“ zuzugestehen sei, mitteilte, erwiderte derselbe, daß er sich der Schwierigkeiten und Gefahren, welche eine derartige Maßnahme mit sich bringen würde, wohl bewußt sei. Er bedauere sehr, daß statt identischer Noten eine Kollektivnote überreicht worden sei, wodurch eine Eliminierung erschwert werde. Im übrigen gebe es eine Anzahl von Präzedenzfällen, bei denen die kleinsten Mächte nur eine „voix consultative“ bei Verhandlungen gehabt hätten, wie z. B. Griechenland im Berliner Kongreß. Ob dies auf die gegenwärtigen Verhandlungen in Peking Anwendung finden könne, sei allerdings eine Frage der Auffassung.

Aus ferneren Äußerungen des Ministers habe ich den Eindruck gewonnen, daß derselbe auf seinem Eliminierungsvorschlag nicht hartnäckig besteht** und nur dann auf denselben ernstlich zurückkommen wird, wenn es ihm gelingen sollte, Japan zu sich herüberzuziehen. In bezug auf letztes bemerkte der Minister: „Es ist sehr zu bedauern, daß Japan einerseits voll Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt ist und andererseits auch kein Vertrauen zu England hat.“

Hatzfeldt

Nr. 4850

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 11 Berlin, den 5. Januar 1901

Der amerikanische Botschafter teilt hier das folgende Telegramm seiner Regierung mit:

---

* Siehe Nr. 4845.

** Nach einem weiteren Telegramm Graf Hatzfeldts vom 3. Januar (Nr. 8) ließ Lord Lansdowne mit Rücksicht auf die abratende Stellungnahme der deutschen Regierung den Eliminierungsvorschlag endgültig fallen.

"The United States Minister in Pekin* calls attention to the fact that the Chinese Government, having accepted the formulated demands of the Powers, can forthwith execute all of them except Articles 6 and 11, relating respectively to adjustment of indemnities and to amending existing treaties of commerce. These two subjects will necessarily involve protracted negotiations, requiring expert knowledge and intimate comparison of the views of the Powers at every stage. It is believed that it would be most difficult to conduct such negotiations at Pekin, especially if to do so might delay execution of the other precise demands which have been granted and can be disposed of on the spot. The President thinks it would be wise to separate those subjects requiring the negotiation of a special convention, or of conventions, from the subjects which are settled and now executory, and while leaving the representatives of the Powers in China to see to the immediate execution of the latter class, to arrange for transferring the former class of conventional negotiations to some European Capital, or to Washington. The President would be glad to invite and provide for a Conference of Plenipotentiaries at Washington, or would acquiesce in the selection of any other Capital agreeable to the Powers interested."

Hiernach kann für die weiteren Beratungen außer Peking nur Washington in Frage kommen, denn die Wahl einer europäischen Hauptstadt und Ablehnung der Einladung nach Washington würde die Amerikaner verletzen. Peking ist jedenfalls weit geeigneter als Washington. Der befriedigende Verlauf der bisherigen Verhandlungen beruht wesentlich auf dem Umstande, daß die Gesandten Conger und Pichon, durch eigene Erfahrung belehrt, bei ihren Regierungen die Annahme der praktisch-nützlichen Vorschläge nachdrücklich befürworteten. Vielleicht ist der Wunsch, von Congers Einwirkung sich freizumachen, einer der Beweggründe der amerikanischen Regierung bei der Einladung nach Washington. Dort würde sich statt dessen der Einfluß von Wu-Ting-Fang** und von Graf Cassini*** fühlbar machen. Durch das Ausscheiden von Conger und Pichon würde ein stetiges Zusammengehen von Amerika, Rußland, Frankreich und Japan wesentlich erleichtert werden, und die Folgen der Bildung dieser Gruppe würden sich weit über den Gegenstand und die Zeit der Konferenz hinaus erstrecken.

Deutschlands unmittelbare Hauptzwecke — Bestrafung von ein paar Schuldigen und Entschädigung für die aufgewandten Kosten — würden voraussichtlich auch in Washington zu erreichen sein. Li-Hung-Tschang hat dem Grafen Waldersee soeben gesagt, daß China

---

* Conger.
** Chinesischer Gesandter in Washington.
*** Russischer Gesandter in Washington.

eine Kriegsentschädigung von 100 Millionen Pfund wohl werde zahlen müssen, und daß es diesen Betrag auch aufbringen könne. Die Finanzfrage dürfte hiernach keine unübersteiglichen Schwierigkeiten bieten. Aber nach unserer Auffassung verdient der Gedanke ernste Erwägung, ob nicht in Washington bedeutend leichter als in Peking die erwähnte Quadrupelgruppe praktisch wirksam gemacht und dann auch bei späteren Gelegenheiten zur Anwendung gebracht werden würde.

Ohne bei dieser Erwägung das deutsche Interesse in Abrede zu stellen, erkennen wir doch an, daß die analogen Interessen Englands viel ernsterer Natur sind. Wenn daher England im Gegensatz zu der diesseitigen Beurteilung der Sache die Verlegung der Konferenz nach Washington für keine Verschlechterung der Lage hält, werden auch wir glauben, uns damit abfinden zu können.

Ew. pp. bitte ich, sich baldmöglichst über den dortigen Standpunkt vertraulich zu orientieren*.

Bülow

Nr. 4851

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 6. Januar 1901

In bezug auf den neuen amerikanischen Vorschlag habe ich sofort mit dem Unterstaatssekretär Fühlung genommen. Derselbe ist persönlich ganz entschieden gegen eine Verlegung jedweder Verhandlungen nach Washington, und zwar aus denselben Gründen wie von Euerer Exzellenz angedeutet. Er glaubt, daß man zunächst versuchen müsse, an Peking*** als dem geeignetsten Ort für sämtliche Verhandlungen festzuhalten. Sollte sich dies nicht erreichen lassen, so ist er dafür, den betreffenden Teil der Verhandlungen nach Rom zu verlegen.

In diesem Sinne wird er morgen Lord Lansdowne Vortrag halten.

Vorläufig bittet er, die von ihm ausgesprochenen Ansichten nur als seine persönlichen zu betrachten.

Eckardstein

---

* Vgl. auch Holsteins Privattelegramm an Eckardstein vom 5. Januar 1901. Eckardstein a. a. O. II, 241.

** Bereits veröffentlicht bei Eckardstein a. a. O. II, 241 f. Vgl. auch Eckardsteins Privattelegramme vom 7. und 10. Januar, daselbst S. 243 f., 247 f.

*** Vgl. Nr. 4850.

Nr. 4852

*Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow**

Privatschreiben. Ausfertigung

Peking, den 7. Januar 1901
[eingetroffen am 26. Februar]

pp. In der Kriegsentschädigungsfrage hatte ich gestern lange Unterredungen mit Sir Robert Hart und mit Legationssekretär Tower, der den erkrankten Gesandten Satow vertritt. Sir Robert bezeichnet 50—60 Millionen Pfund als die Grenze von Chinas finanzieller Leistungsfähigkeit, ein Betrag, der aber nicht genügt, wenn ich befohlenermaßen 300 Millionen Mark für unsere Forderung ansetze. Tower legt anscheinend weniger Wert auf rasche Auszahlung einer angemessenen Kriegsentschädigung als auf die Entwicklung der britischen Handelsinteressen und begegnet sich mit Sir Robert in der meines Dafürhaltens etwas übertriebenen Besorgnis, das Huhn umzubringen, das die goldenen Eier legt. Heute konferiere ich mit Hillier, dem hiesigen Präsidenten der Hongkong and Shanghai Bank, und werde dann Euerer Exzellenz ausführlich schriftlich und kurz telegraphisch berichten. England hat gut reden; es ist so viel reicher wie wir, und sein Handel ist immerhin noch so viel bedeutender als der unsrige, daß eine Hebung des gesamten chinesischen Handels ihm in weit größerem Maße zugute kommt als uns. Auch profitiert in dem reinen Kaufmannsstaat England davon ein jeder, während bei uns für die ackerbautreibenden Steuerzahler eine Hebung unseres Ausfuhrhandels noch nicht ohne weiteres den Steuerzuschlag ausgleichen würde, den eine von uns selbst zu tragende Kriegskostenentschädigung ausmachen würde. pp.

A. v. Mumm

Nr. 4853

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 15 Berlin, den 8. Januar 1901

Die amerikanische Regierung schlägt vor, wegen der Schwierigkeit, welche weitere Beratung, namentlich der Artikel 6 und 11 der

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen. Ein anderer Abschnitt des Briefes ist veröffentlicht in Kap. CIV, Nr. 4697.

Note in Peking machen würde, die Konferenz nach einer andern Hauptstadt zu verlegen. Der Präsident lädt nach Washington ein.

In London, wo amerikanische und russische Vertreter energisch auf Verlegung dringen, ist man grundsätzlich gegen Verlegung, würde keinenfalls für Washington, Haag oder Brüssel stimmen, allenfalls für Rom.

Diesseits ist in London gesagt worden, daß, nachdem der Präsident nach Washington eingeladen habe, die Amerikaner durch Verlegung der Konferenz nach irgendeiner andern Hauptstadt sich gekränkt fühlen müßten. Es sei dies ein Grund mehr, um an Peking jedenfalls festzuhalten mit der unwiderleglichen Motivierung, daß grade Artikel 6 und 11 wiederholte l o k a l e Prüfungen, Untersuchungen, Gutachten erheischen würden, daß daher nach Verlegung der Konferenz eine Spezialkommission als Sukkursale würde in Peking zurückbleiben müssen; hieraus würde sich eine Verschleppung des Abschlusses ergeben, die man im Interesse Chinas und des Friedens nicht würde verantworten können. Wenn Deutschland, England, Österreich und Italien die Verlegung aus diesem rein sachlichen Grunde ablehnten, so könne niemand sich verletzt fühlen, wohl aber dann, wenn wir sagen wollten, die Hauptstadt A paßt uns nicht, wohl aber die Hauptstädte B und C.

Stelle anheim, in diesem Sinne mit Ihrem englischen, eventuell auch Ihren übrigen Kollegen zu sprechen.

Man irrt wohl nicht, wenn man als Hauptgrund des Verlegungsgedankens bei der russischen wie bei der amerikanischen Regierung den Wunsch ansieht, Conger und Pichon kaltzustellen. Aus demselben Grunde sollten w i r an Peking festhalten. Vielleicht wird Pichon auch in dieser Frage den amerikanisch-russischen Wünschen in Paris entgegenzuarbeiten geneigt sein.

R i c h t h o f e n

Nr. 4854

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 11 Berlin, den 6. Januar 1901

Ganz geheim

Selbst entziffern. Nach Kenntnisnahme zu verbrennen.

Dank für Telegramm Nr. 10*.

Ausschließlich zu Ew. Orientierung bemerke ich, daß eine verfrühte Rückkehr des Generalfeldmarschalls den Interessen Seiner Ma-

* In Telegramm Nr. 10 vom 4. Januar hatte Mumm von Schwarzenstein beiläufig erwähnt, daß Graf Waldersee die Heimkehr dringend ersehne. Die

jestät des Kaisers und Königs wie unseres Landes nicht zuträglich sein würde. Suchen Sie, unauffällig und ohne sich zu dekuvrieren, solche zu verhindern und halten Sie mich über diesbezügliche Absichten des Grafen Waldersee auf dem laufenden.

Bülow

Nr. 4855

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 — Peking, den 9. Januar 1901

Ganz geheim
Für Reichskanzler persönlich

Antwort auf Telegramm Nr. 11 *.

Schon an der Macht der Verhältnisse wird Absicht des Feldmarschalls wie früher so auch jetzt voraussichtlich zunächst scheitern. Transportschwierigkeiten gestatten Abreise ohnehin schwerlich vor Mitte März.

Bedenken gegen verfrühte Rückkehr heute noch ebenso stark wie nach Telegramm Nr. 139 vom 6. Oktober **. Werde auftragsgemäß wirken.

Mumm

Nr. 4856

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 39 — Berlin, den 17. Januar 1901

Nach einer Reutermeldung aus Washington von gestern sollen die Vereinigten Staaten Neigung haben, beschleunigte Räumung von Peking und Tschili diplomatisch anzuregen, und zwar wie ausdrück-

---

Tagebucheintragungen Graf Waldersees aus dieser Zeit lassen nicht darauf schließen, daß er damals bereits chinamüde gewesen sei. Vgl. die Bemerkung zum 1. Januar 1901: „Ich habe das Jahr in guter Gesundheit begonnen und sehe vertrauensvoll in die Zukunft. Ob ich aus meiner recht eigenartigen Stellung das gemacht habe, was von mir erwartet worden ist, kann sich wohl erst später herausstellen, ich gehe meinen Weg wie bisher weiter und sehe der Beurteilung ruhig entgegen". Denkwürdigkeiten III, 79.

* Siehe Nr. 4854.

** Nach einem Aktenvermerk ein Privattelegramm, das nicht eingetragen wurde.

lich erwähnt wird, um dadurch den Wünschen Chinas zu entsprechen *. Auch diplomatische Andeutungen, welche vorläufig ohne bestimmten Antrag hier und in Wien gemacht worden sind, scheinen den gleichen Gedanken zu verfolgen. Wir können uns also wohl auf einen amerikanischen Versuch einrichten, die tatsächliche Beseitigung des englischen Zusatzantrages in der Note zu erlangen, inhalts dessen die Räumung erst für den Zeitpunkt verheißen wird, wo China sich den Forderungen der Mächte gefügt (conformé), nicht dieselben einfach angenommen haben wird.

Der Kaiserliche Botschafter in Washington wird heute mit Instruktionen versehen, welche ihn in den Stand setzen, bei der amerikanischen Regierung jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß die Räumung nur in Gemäßheit jenes Zusatzantrages erfolgen wird, und daß die einzige Art, dieselbe zu beschleunigen, darin zu sehen ist, wenn Amerika den Chinesen zur Nachgiebigkeit im Rahmen der Kollektivnote rät.

Ew. wollen das Vorstehende dort baldmöglichst besprechen und dabei nochmals betonen, daß Deutschland weder territorialen noch pekuniären Gewinn sucht — die hiesigen Ressortbehörden sind jetzt eben eifrig mit der Zusammenstellung des verausgabten genauen Kostenbetrages beschäftigt —, daß wir aber nicht beabsichtigen, behufs Verbesserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen noch finanzielle Opfer zu bringen.

Richthofen

Nr. 4857

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 29 Berlin, den 19. Januar 1901
Geheim

Selbst entziffern.

Feldmarschall meldet Seiner Majestät, daß er nach Zeichnung der Friedensbedingungen ** auf Expeditionen außerhalb des besetzten Gebietes verzichte, soweit nicht von Chinesen durch Truppenansammlung oder anderes direkte Veranlassung gegeben wird; daß er dagegen

---

* China hatte diesen Wunsch in sehr nachdrücklicher Form bei der Annahme der Kollektivnote vom 22. Dezember 1900 ausgesprochen (16. Januar 1901). Vgl. Kap. CIV, Nr. 4698, S. 194, Fußnote **.

** Sie war am 16. Januar erfolgt. Vgl. Kap. CIV, Nr. 4698.

innerhalb des besetzten Gebiets volle Freiheit des Handelns sich vorbehalte.

Es ist wünschenswert, wie bisher so auch fernerhin dem Feldmarschall freie Hand zu lassen, aber die Möglichkeit ist andererseits auch nicht ausgeschlossen, daß sich grade bei dieser Frage zwischen der militärischen und politischen deutschen Auffassung eine Divergenz herausstellt. In solchem Falle ersuche ich um sofortigen vertraulichen Bericht. Ich bin zu dieser Direktive durch die Erwägung veranlaßt, daß wir ohnehin schon mit mancherlei Widerständen zu rechnen, dieselben bisher auch im großen und ganzen nicht ohne Erfolg bekämpft haben, daß wir aber unsere Gegner doch vielleicht in eine unerwünscht vorteilhafte Lage setzen und selbst innerhalb Deutschlands den Widerspruch gegen die Regierungspolitik wesentlich verstärken würden, wenn es gelänge, die Annahme glaubhaft zu machen, daß die Expeditionen keinem militärischen Bedürfnis mehr entsprechen.

Selbstredend wird noch bei Behandlung dieser Frage die denkbar größte Rücksichtnahme auf die militärische Oberleitung nicht aus den Augen verloren werden.

Richthofen

Nr. 4858

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 53 Peking, den 23. Januar 1901
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 29*. Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 139 und Nr. 343**.

Feldmarschall hält Beginn der Erfüllung der Friedensbedingungen, etwa Bestrafung der bezeichneten Schuldigen unter formeller Verpflichtung zur Zahlung der von den einzelnen Regierungen geforderten Kriegsentschädigungen seitens der chinesischen Regierung für erforderlich, bevor eine Änderung der jetzigen Dislokation vorgenommen

* Siehe Nr. 4857.

** Nach Telegramm Nr. 343 Mumms vom 28. November 1900 hätte Graf Waldersee schon damals den dringenden Wunsch gehabt, noch vor Winter heimkehren zu können. Mumm vertrat dagegen die Ansicht: „Jede verfrühte Nachgiebigkeit der Mächte, wie sie in jetziger Rückkehr des Feldmarschalls liegen würde, würde Gang der Verhandlungen auf das ungünstigste beeinflussen und Abschluß verzögern.“ — Telegramm Nr. 139 befindet sich nicht bei den Akten. Vgl. Nr. 4855, Fußnote **.

werden kann. Alsdann könne Räumung von Peking[1] und Pautingfu erfolgen unter Verminderung der Truppen in Tschili. Tientsin und weitere Umgebung müsse besetzt bleiben, bis zuverlässige Ruhe wiederhergestellt und Art der Zahlung der Kriegskosten fest vereinbart sei. Graf von Waldersee hat mich gebeten, vorstehendes hiesigen Kollegen mitzuteilen und chinesischer Regierung gegenüber als Druckmittel zur Herbeiführung schleuniger Erfüllung der Forderungen zu benutzen. Ich habe jedoch dies Verlangen, dem ich mich allerdings auf die Dauer schwer würde entziehen können, nach Telegramm Nr. 3* vorläufig dilatorisch behandelt, da in der vom Feldmarschall vorgeschlagenen Normierung der Vorbedingungen einer Änderung der Dislokation immerhin bereits eine Bindung seinerseits liegt.

Mumm

Randbemerkung des Grafen von Bülow:

[1] Vorher wird der Hof sicher nicht nach Peking zurückkehren, was doch sehr wünschenswert ist.

Nr. 4859

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 37 Berlin, den 29. Januar 1901

Zur vertraulichen Information und vorläufigen Direktive in Entschädigungsfrage:

Zur Befriedigung der Entschädigungsforderungen der Mächte können in Frage kommen: 1. jährliche Abschlagszahlungen, 2. Aufnahme einer von den Mächten garantierten Anleihe unter Konversion der alten Anleihen, 3. Aufnahme einer neuen Anleihe durch China unter Verpfändung einzelner sicherer Einnahmequellen.

Gegen Abschlagszahlungen spricht, daß lange Zeit bis zur Tilgung der Forderungen vergeht, und daß dieser Modus von einzelnen Mächten leicht als Vorwand benutzt werden könnte, um Faustpfänder zu verlangen.

Für garantierte Anleihe mit Konversion würde Zustimmung anderer Mächte voraussichtlich nicht zu erlangen sein. Konversion erscheint außerdem schwierig wegen Unkündbarkeit eines Teils der alten Anleihen, abgesehen davon, daß noch andere Gründe dagegen sprechen.

---

* Telegramm Nr. 3 vom 2. Januar hatte den Gesandten Mumm angewiesen, die Frage der Besatzungsverhältnisse in China einstweilen dilatorisch zu behandeln.

Bleibt Aufnahme einer Anleihe durch China gegen Verpfändung gewisser Einnahmequellen. Hierzu eignet sich nach unserer Ansicht, und um die Entschädigungsfrage so schnell wie möglich zu einem gewissen Abschluß zu bringen, nur Erhöhung der Einfuhrzölle auf etwa 10 Prozent in Gold. Letztere, welche effektiv sich nur auf etwa 3% belaufen, und die in den Jahren 1896—1898 durchschnittlich rund $7^1/_2$ Millionen Taels ergaben, würden sich dann rund auf 25 Millionen Haikuan Taels jährlich erhöhen. Abzüglich des jetzt für alte Anleihen aus Einfuhrzöllen beanspruchten Betrages von jährlich $7^1/_2$ Millionen Haikuan Taels bleiben $17^1/_2$ Millionen Haikuan Taels, gleich rund 50 Millionen Mark, womit neue Anleihe von einer Milliarde Mark mit $4^1/_2$% verzinst und $^1/_2$% amortisiert werden könnte.

Heranziehung von Grundsteuer, Salzmonopol und Likin für Anleihedienst erscheint bedenklich, da hierfür kein geeignetes Personal vorhanden und Eingriff in innere Verwaltung über Machtsphäre der Mächte hinausgreift und leicht folgenschwere Unzufriedenheit in chinesischen Kreisen hervorrufen kann. Für Aufhebung bzw. Änderung in Erhebung des Likin scheint jetziger Zeitpunkt ungeeignet.

Kosten unserer Expedition vorläufig auf vierhundert Millionen Mark geschätzt.

Ausführliche Instruktion folgt.

Bülow

Nr. 4860

*Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.**

Abschrift

Hauptquartier, Peking, den 4. Februar 1901
[eingetroffen am 8. April]

Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät möchte ich nicht unterlassen meinen untertänigsten Dank zu Füßen zu legen für die bisherige Belassung des Panzergeschwaders in Ostasien.

Ich habe dieselbe mit Freuden begrüßt sowohl aus allgemeinen politischen Rücksichten wegen der doch immer noch unklaren Lage, und weil im Orient Machtentfaltung immer Achtung einflößt, sodann aber auch im deutschen Interesse.

Wenn ich in meinem letzten alleruntertänigsten Schreiben die Ansicht auszusprechen wagte, daß Euer Majestät durch Schaffung

* Hier des Zusammenhangs wegen eingereiht, obwohl erst am 8. April im Auswärtigen Amt eingegangen; abgedruckt auch in den Denkwürdigkeiten Graf Waldersees a. a. O. III, 93 f.

eines Armeeoberkommandos der Gesamtheit einen unschätzbaren Dienst geleistet, so möchte ich dies dahin erweitern, daß Euer Majestät durch die Entsendung so gewaltiger See- und so erheblicher Landstreitkräfte nach Ostasien und durch Übertragung des Armeeoberkommandos an einen deutschen General die Interessen Deutschlands in nachhaltigster Weise gefördert haben.

In der Heimat mag dies infolge von politischer Kurzsichtigkeit und Verranntheit nicht voll gewürdigt werden, hier wird es von allen Deutschen mit Dank und Stolz begrüßt, von allen Nationen aber gewürdigt.

Von Anbeginn meiner Tätigkeit hier habe ich Euer Majestät Interessen dadurch zu dienen geglaubt, daß ich Konflikte mit den andern Kontingenten nach Möglichkeit vermiede[1]. Ich glaube, daß mir dies, ohne meiner hohen Stellung etwas zu vergeben, gelungen ist, und ich mit allen auf dem besten Fuße stehe und die mir gebührende Stellung unangefochten einnehme.

Bei dem Verkehr mit den Japanern, die eine gewisse politische Empfindlichkeit vielleicht noch nicht ganz überwunden hatten, schien mir etwas Zurückhaltung ihrerseits vorzuwalten. Sie ist aber völlig gewichen; der Japaner leidet noch an der Besorgnis, man könne ihn als zu einer noch nicht zünftigen Nation gehörig betrachten und ist sehr empfänglich, wenn er sich, wie bei mir, vom Gegenteil überzeugt. Ich bin ihnen ganz unbefangen und offen entgegengetreten und habe ihre militärische Tüchtigkeit mehrfach hervorgehoben, was ich mit gutem Gewissen tun konnte. Ich glaube, daß es hierauf zurückzuführen ist, daß sowohl der japanische Gesandte als der General Yamaguchi mir mitgeteilt haben, Seine Majestät der Kaiser würde es gern sehen, wenn ich vor meiner Rückkehr nach Europa Japan besuchen würde[2].

Sollten Euer Majestät seinerzeit die Genehmigung hierzu erteilen, so würde meine alleruntertänigste Bitte dahin gehen, dies mit kleinem Gefolge auf Euer Majestät Kreuzer „Hertha“ tun zu dürfen[3].

Ob es sich empfehlen dürfte, alsdann noch andere Kriegsschiffe dort zu zeigen, werden Euer Majestät allein zu übersehen vermögen.

Der so langsame Gang der Friedensverhandlungen und die Lauheit der anderen Mächte betrüben mich tief, und fürchte ich, daß die deutschen Geldforderungen bei weitem nicht zu erreichen sein werden*. Die Hauptschuld trägt wohl Rußland, dem sich Japan und Amerika angeschlossen haben; ich vermag aber England von Schuld nicht ganz freizusprechen; es ist in Tschili und besonders von Tschili ausgehend zu einer energischen Kriegführung nicht zu brin-

---

* In der Frage der deutschen Geldforderungen hatte Graf Waldersee von Anfang an einen energischen Standpunkt eingenommen. Vgl. seine Tagebucheintragungen zum 3. Januar 1901. Denkwürdigkeiten III, 80.

gen und geht im Jangtse seine eigenen Wege, wo es die Vizekönige durch Geld an seine Interessen zu fesseln sucht. —

Wenn ich an einen nahen Friedensschluß noch nicht zu glauben vermag, so befinde ich mich im Widerspruch mit den Vertretern der meisten Mächte, die die Räumung Pekings für nahe bevorstehend erachten. Ehe die Hinrichtungen, die nun seit Monaten schon verlangt, nicht erfolgt sind, ist noch kein sicherer Anhalt dafür da, daß China wirklich den Frieden will. Sollte es indes zum Frieden kommen, so werden immer zwei Monate vergehen, ehe die Räumung Pekings erfolgen kann, denn die Hersendung von Transportschiffen aus Deutschland ist in kürzerer Zeit kaum zu bewirken, und von einer Ansammlung großer Truppenmassen bei Tientsin möchte ich aus sanitären Rücksichten abraten; wenn das erste Transportschiff die Takureede verläßt, darf auch erst der Eisenbahntransport von Truppen, dem ja alle Material-, etc. Transporte voraufgehen könnten, von Peking aus beginnen.

Euer Majestät haben mir durch den Chef des Marinekabinetts die Vervielfältigung acht verschiedener Schiffstabellen zusenden lassen, und sage ich für die hochinteressante Gabe meinen alleruntertänigsten Dank.

Oberst Grierson war durch Euer Majestät hübsche Neujahrskarte hocherfreut; er hat mich gebeten, Euer Majestät mit seinem untertänigsten Dank auch anliegende beide Photographien zu Füßen zu legen.

Dieselben beziehen sich auf die große Parade der englisch-indischen Truppen am Neujahrstage.

(gez.) Graf Waldersee

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] einverstanden
[3] ja

Nr. 4861

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Homburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 11 Berlin, den 8. Februar 1901

Mit Graf Schlieffen, der heute abend nach Homburg fährt, ist die Frage der Räumung besprochen worden. Er teilt die Ansicht, daß eine Verminderung der Land- und Seestreitkräfte in China erst eintreten kann, wenn die diplomatische Aufgabe erledigt, d. h. die

Erfüllung der Forderungen der Mächte durch China sichergestellt ist. Bis dahin müssen die Kommando- und Truppenverhältnisse unverändert bleiben, um der Welt zu zeigen, daß es uns nach wie vor voller Ernst ist.

Mühlberg

Nr. 4862

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Peking, den 15. Februar 1901

Ganz geheim
Für Reichskanzler persönlich

Angesichts der fortgesetzten Verzögerung unserer Verhandlungen durch Sir E. Satow stelle ich zur Erwägung, in London — aber im Interesse meiner dienstlich wichtigen vortrefflichen persönlichen Beziehungen zu Sir E. Satow selbstverständlich ohne Vorwurf gegen denselben und ohne Bezugnahme auf meine Andeutung — die Wichtigkeit eines raschen Abschlusses[1] erneut zur Sprache zu bringen.

Ob etwa neben der theoretischen Umständlichkeit und dem Eigensinn meines sonst klugen und sympathischen englischen Kollegen Instruktionen seiner Regierung sein Verhalten beeinflussen, sei es, daß diese von Fortdauer chinesischer Wirren dauernde Trübung unseres Verhältnisses zu Rußland erhofft[2], oder daß sie Abschluß südafrikanischer Angelegenheit abwarten möchte[3], werden Euere Exzellenz besser als ich beurteilen können.

Mumm

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] An welchem wir ein eminentes Interesse haben

[2] sehr wahrscheinlich

[3] auch das ist möglich

Nr. 4863

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 Peking, den 16. Februar 1901

Sitzungsbericht.

pp. Bezüglich Kriegskosten beschlossen, Regierungen um Instruktion über nachstehende Fragen zu bitten:

1. Sind Regierungen einig über Art der Feststellung der Kriegskosten?

2. Werden sie bei Aufstellung derselben nach gemeinsam verabredeten Regeln verfahren oder nach eigener Schätzung?

3. Wollen sie gemeinsam eine Gesamtsumme verlangen oder Forderungen getrennt vorbringen?

4. Österreichischer und italienischer Vertreter wollen wissen, ob Entschädigungen für die während der Belagerung der Gesandtschaften getöteten oder verwundeten Militärs zu[gleich] * in Kriegskostenentschädigung aufgenommen werden oder von uns hier vorzubringen sind. Gleiche Frage auch bezüglich Sir E. Seymour gestreift.

Interessant ist Äußerung des russischen Gesandten, seine Regierung werde wohl Feststellung der Prinzipien mit anderen gemeinsam vornehmen, aber bei Vorbringung und Durchsetzung der Forderungen selbständig vorgehen wollen.

Amerikanischer Gesandter verlas auftragsgemäß Vorschlag, zunächst Leistungsfähigkeit Chinas festzustellen und sodann Gesamtsumme unter Staaten im Verhältnis ihrer Ausgaben und Verluste zu verteilen.

Wenig Geneigtheit hierzu.

Mumm

Nr. 4864

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 102 Berlin, den 17. Februar 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 146 **.

Herr von Mumm ist nunmehr angewiesen, unverzüglich den chinesischen Bevollmächtigten die in Telegramm 99 *** formulierte Erklärung abzugeben. Hiesigem chinesischen Gesandten habe ich gleiche Mitteilung gemacht.

Wir teilen die Hoffnung Lord Lansdownes, daß die Erklärungen den von ihm gewünschten Erfolg haben und so dazu beitragen werden, den endlichen Abschluß der chinesischen Wirren zu beschleunigen. An diesem raschen Abschluß haben wir, wie immer wieder zu betonen ist, ein ganz eminentes Interesse. Dazu gehört neben der Bestrafung der Schuldigen vor allem die rasche und befriedigende Erledigung der Entschädigungsfrage. Die Wiedereinbringung der von uns aufgewendeten Kriegskosten, die nach vorläufigem Überschlag bis gegen Sommer d. Js. sich auf etwa 200—250 Millionen Mark belaufen werden, bildet im Augenblick für uns die wichtigste Seite der Chinafrage. Zur

---

* Für fehlende Gruppe eingesetzt.

** Siehe Kap. CVI, Nr. 4815.

*** Vgl. Kap. CVI, Nr. 4814 nebst Fußnote *, S. 321.

schnellen Erledigung derselben ist aber eine Erhöhung der Seezölle unbedingt notwendig. Die hiergegen anscheinend auf englischer Seite und besonders bei Sir Ernest Satow vorläufig noch bestehenden Bedenken können neben dem Hauptzweck der schleunigen Finalisierung der Chinafrage nur eine mehr untergeordnete Bedeutung haben. Wir müssen daher erwarten, daß die englische Regierung jetzt ungesäumt die finanzielle Frage mit uns zusammen zum Abschluß bringt. Wir warten noch immer auf die Ihnen in Aussicht gestellte Denkschrift zur Beantwortung unserer ausführlichen Darlegungen.

Bitte hiernach nachdrücklich darauf zu dringen, daß man dort in der Finanzfrage ein rascheres Tempo einschlägt und danach auch Sir Ernest Satow instruiert, damit nicht durch nebensächliche Erwägungen der Abschluß weiter verzögert wird.

Richthofen

Nr. 4865

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 159 London, den 19. Februar 1901

Bei heutiger Unterredung habe ich die Entschädigungsfrage wieder berührt und Lord Lansdowne auseinandergesetzt, ein wie eminentes Interesse die Kaiserliche Regierung an der raschen und befriedigenden Lösung derselben nehme. Der Minister sagte mir, daß die hiesige Regierung vor allem den Wunsch hege, mit Deutschland zu einem Einverständnis über die Behandlung der Frage zu gelangen, sich jedoch noch kein abschließendes Urteil gebildet habe. Er persönlich meine, daß, ehe die Frage der Aufbringung des Geldes gelöst werden könne, man wohl vor allem die ungefähre Höhe der zu gewärtigenden Ansprüche kennen müsse. Da diese wahrscheinlich die finanzielle Leistungsfähigkeit Chinas erheblich übersteigen dürften, würden wohl vorerst verschiedene Reduktionen in den Ersatzforderungen eintreten müssen. Gegen eine beträchtliche Erhöhung der Seezölle schien Lord Lansdowne Bedenken zu hegen und eher zu glauben, daß vielleicht eine Regelung der Likinfrage versucht werden könne.

Da der Minister zu seinen Ausführungen ausdrücklich bemerkte, daß dies seine rein persönliche und vorläufige Ansicht sei, habe ich mich damit begnügt, nochmals die Auffassung der Kaiserlichen Regierung hervorzuheben und mir eine weitere sachliche Diskussion nach Empfang des in Aussicht gestellten Promemorias vorbehalten.

Hatzfeldt

* Hier vor dem folgenden Schriftstück eingereiht des Zusammenhangs wegen.

Nr. 4866

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 London, den 19. Februar 1901

Die Nachrichten in der hiesigen Presse über angeblich von Graf von Waldersee geplante größere militärische Expeditionen* scheinen hier auch in Regierungskreisen einige Besorgnis zu erregen. Lord Lansdowne, welcher mich um eine Unterredung ersucht hat, sagte mir heute, daß es der englischen Regierung, nachdem sie wiederholt und bestimmt, zuletzt noch am vergangenen Freitag im Unterhause, ihre prinzipielle Abneigung gegen jede Expedition in das Innere Chinas verkündet habe, jetzt mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung und angesichts der noch ungeklärten Lage in Südafrika außerordentlich schwer fallen würde, ihr Einverständnis mit einer so weitgehenden Operation zu erklären. Der Minister bat mich, dies zu Euerer Exzellenz Kenntnis zu bringen und hinzuzufügen, daß andererseits die englische Regierung fortgesetzt den größten Wert darauf lege, in loyalster Weise den bei Annahme des deutschen Oberkommandos übernommenen Verpflichtungen nachzukommen und überhaupt in der chinesischen Frage mit Deutschland zu gehen. Sollte, wie er fast annehmen möchte, die Bekanntgabe dieser militärischen Pläne nur den Zweck verfolgen, den chinesischen Hof gefügiger zu machen, sei er gern bereit, hierzu nach Möglichkeit behilflich zu sein.

Ich erwiderte Lord Lansdowne, daß mir nichts Näheres über die betreffenden Zeitungsgerüchte bekannt sei und wies darauf hin, daß danach durchaus nicht ausgeschlossen sei, daß es sich lediglich um eine Säuberung der Provinz Petschili handele.

Hatzfeldt

Nr. 4867

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 58 Berlin, den 21. Februar 1901
Geheim

Nur für Euere pp.

Graf Waldersee telegraphierte Seiner Majestät unterm 18. d. Mts.:

„Für Anfang März bereite ich vor: Ausdehnung der Besetzung auf den Süden Tschilis bis zu den Grenzen von Schantung und Honan sowie Einmarsch in Provinz Schansi von Nordost und Ost her."

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.

Ankündigung einer großen Expedition hat in öffentlicher Meinung sowie auch bei Kabinetten, namentlich in Washington und London, lebhaft beunruhigt und leistet Ausstreuungen über Uneinigkeit der Mächte Vorschub. Ich nehme an, daß nur Druck auf chinesische Regierung beabsichtigt ist*, Plan also nicht mehr ausgeführt wird, sobald Bestrafungsfrage geregelt. Wenn die in Telegramm Nr. 120 gemeldeten Rückkehrabsichten des Chinesischen Kaisers durch jene Ankündigung durchkreuzt würden, wäre dies vom politischen Standpunkte aus sehr zu bedauern. Drahtantwort.

Bülow

Nr. 4868

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 — Berlin, den 21. Februar 1901

Infolge des Euerer Majestät telegraphisch gemeldeten Telegramms Euerer Majestät Botschafters in London über Besorgnisse der englischen Regierung vor neuen, weiter ausgreifenden Unternehmungen Ew. Majestät Generalfeldmarschalls Grafen von Waldersee** habe ich soeben zur Beruhigung nachstehendes an Graf Hatzfeldt telegraphiert***:

„Die Anregung des Feldmarschalls wegen eines Vorstoßes weiter nach dem Innern von China zu ist, wie alle militärischen Maßnahmen desselben, ohne Vorwissen der Kaiserlichen Regierung[1] erfolgt. Die Anregung ist sichtlich darauf berechnet, als Drohung zu wirken und den chinesischen Hof nachgiebiger gegen die grade auf englisches Verlangen noch verschärften Strafforderungen zu machen. Die Chi-

---

* Vgl. dazu Graf Waldersees Tagebuch zum 10. Februar: „Um etwas mehr Leben in die Diplomaten zu bringen, habe ich mehrfach ausgesprochen, daß ich mich darauf einrichtete, in spätestens vierzehn Tagen größere Operationen anzuordnen. Ich will in Schantung einbrechen und die Franzosen veranlassen, das gleiche in Schanzi zu tun . . . Da die Chinesen durch Giers von meinem bösen Absichten Kenntnis haben und sowohl Rußland als Amerika und Japan einen baldigen Frieden wünschen, so hoffe ich beide Teile etwas zur Eile aufgemuntert zu haben.“ Ferner zum 16. Februar: „Ich habe mich nun kurz entschlossen und in einem Armeebefehl allen Kontingenten aufgegeben, sich so einzurichten, daß noch gegen Ende des Monats die Offensive ergriffen und in gebirgigen Gegenden geführt werden kann . . . Ich habe meinen Armeebefehl noch gestern abend ausgegeben und dafür gesorgt, daß er auch bei Li-Hung-Tschang bekannt wird.“ Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee III, 95, 98.

** Vgl. Nr. 4866.

*** Telegramm Nr. 106.

nesen werden ihr Verhalten nicht nur in der Friedensfrage, sondern auch in der Frage der Ratifikation der Verträge wegen Abtretungen, Konzessionen usw. davon abhängig machen, ob die jetzige Anregung des Feldmarschalls durch England und Japan unterstützt oder von Deutschland allein durchgeführt wird. Die deutschen Truppen sind stark genug, allein zu marschieren, die Wahrnehmung aber, daß Deutschland sich in dieser Frage von England und Japan trennt, wird von entscheidender Bedeutung für die chinesischen Entschließungen in der Ratifikationsfrage sein.

Die englische und auch die japanische Regierung haben daher das größte Interesse daran — ein größeres als Deutschland! —, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und Deutschland hinsichtlich der Walderseeschen Anregung zutage treten. Ew. Exzellenz bitte ich hiernach, Lord Lansdowne eindringlich klarzumachen, daß ein Zurückbleiben der Engländer in dieser Frage auch den englisch-japanischen Schritt wegen Konzessionen, Mandschurei * usw. zu Fall bringt. Wird dagegen die Anregung des Feldmarschalls durch England und womöglich auch durch Japan unterstützt, so ist die Nachgiebigkeit der Chinesen in allen von diesen drei Mächten gleichartig behandelten Fragen als sicher anzusehen, und die drei Mächte werden alsdann gar nicht in die Lage kommen, die Drohung des Feldmarschalls ausführen zu müssen."

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf eines Duplikats der Entzifferung in Abschrift:
Einverstanden
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ist nicht zutreffend und hätte weggelassen werden sollen.

Nr. 4869

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 London, den 21. Februar 1901

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 106 **.

Lord Lansdowne, bei welchem ich heute obiges Telegramm verwertet habe, bemerkte, daß nach den heutigen Zeitungsnachrichten die Anregung des Feldmarschalls anscheinend bereits gut gewirkt habe. Eine amtliche Bestätigung der Nachricht aus Peking liege allerdings noch nicht vor. Der Minister versicherte mir wiederum,

---

* Vgl. Kap. CVI.
** Vgl. Nr. 4868 nebst Fußnote ***.

daß er das von Graf Waldersee angewendete Pressionsmittel nach Möglichkeit unterstützen werde, wies aber auch von neuem darauf hin, wie äußerst schwer eine Verwendung englischer Truppen außerhalb der Provinz Petschili der hiesigen öffentlichen Meinung mundgerecht gemacht werden könne. Dem chinesischen Gesandten*, welcher sich gestern in der Frage im Foreign Office erkundigt hat, habe er bedeuten lassen, daß ein sofortiges Nachgeben seitens des chinesischen Hofes am ehesten die militärischen Pläne des Grafen von Waldersee zwecklos machen würde. In der heutigen Unterhaussitzung wolle er eine Interpellation dahin beantworten lassen, daß bis jetzt nur der betreffende Armeebefehl des Feldmarschalls bekannt sei; die Regierung habe um nähere Mitteilungen über Zweck und Umfang der geplanten Expedition gebeten und werde erst dann entscheiden können, ob dem dortigen englischen Befehlshaber neue Instruktionen zu geben seien. Lord Lansdowne hofft durch diese ausweichende Antwort für eine weitere Wirkung der Anregung des Feldmarschalls Zeit zu gewinnen.

Unterstaatssekretär Mr. Bertie sagt mir, daß nach den hier vorliegenden Nachrichten der eigentliche Vorstoß gegen die Provinz Schansi den deutschen und italienischen, eventuell in Verbindung mit den französischen Truppen zugedacht sei; das englische Kontingent solle dagegen die linke Flanke auf einer Route decken, welche innerhalb der Provinz Petschili liegt. Ich habe den Eindruck, daß die Bestätigung dieser letzteren Disposition der hiesigen Regierung sehr willkommen sein würde.

Mr. Bertie versichert mir, daß hier nichts über die japanische Auffassung in der Frage bekannt sei. Der hiesige japanische Gesandte habe sich diese Woche noch nicht auf dem Foreign Office gezeigt.

Hatzfeldt

Nr. 4870

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Abschrift

Nr. 141 Peking, den 21. Februar 1901

Da chinesische Regierung nunmehr alle bisher von den Gesandten gestellten Bedingungen zugestanden hat**, halte ich vorläufig Ver-

* Lo-Feng-Luh.

** Am 21. Februar war ein kaiserlich chinesisches Edikt erschienen, das sämtliche von den Gesandten geforderten Strafen sanktionierte. Vgl. auch Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1901, S. 308 f.

tagung der in Telegramm 138* gemeldeten offensiven Absichten für geboten**.

Waldersee

Nr. 4871

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Wiesbaden

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 43 Berlin, den 25. Februar 1901

Herr von Mumm telegraphiert mir ganz geheim:

„Feldmarschall sagt mir, er sehe seine Aufgabe hier als erledigt an, sobald Chinesen Zahlung der Kriegsentschädigung zugesagt haben würden."

Ich kann der Auffassung des Feldmarschalls mit der Maßgabe beipflichten, daß die Zahlung der Kriegsentschädigung von den Chinesen nicht bloß zugesagt, sondern auch gewährleistet sein muß; eine einfache chinesische Zusage bedeutet nichts. In diesem Sinne bitte ich Ew. pp., das Interesse der auswärtigen Politik wahrzunehmen, falls von irgendeiner Seite versucht werden sollte, der Auffassung des Grafen Waldersee bei Seiner Majestät Eingang zu verschaffen.

Bülow

Nr. 4872

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 66 Berlin, den 27. Februar 1901

Seine Majestät wünscht zu wissen, ob nach Ihrem und Generalfeldmarschalls Urteil Rückkehr der Panzerschiffe schon jetzt ohne Nachteil erfolgen kann, oder ob vorläufiges Verbleiben derselben von Vorteil sein würde für Beschleunigung des Abschlusses und insbesondre für schnellere Sicherstellung der Entschädigungszahlung. Drahtantwort.

Bülow

---

* Vgl. Nr. 4867.

** Vgl. auch Graf Waldersees ausführlicheren Bericht vom gleichen Tage. Denkwürdigkeiten des Grafen Waldersee a. a. O. III, 98 f.

Nr. 4873

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 Peking, den . . . Februar 1901
[eingetroffen am 1. März]

Antwort auf Telegramm Nr. 66 *.

Generalfeldmarschall hält an Auffassung fest **, daß die ausgezeichneten Dienste, die Geschwader durch seine Anwesenheit im Jangtse geleistet hat, in erhöhtem Maße bei der Auseinandersetzung über die Entschädigungen zur Geltung kommen werden, und würde daher vorzeitige Zurückziehung bedauern.

Auch ich glaube, daß vorläufige Belassung für weiteren Gang der Verhandlungen und Annahme Garantie für Erfüllung unserer Forderungen sowie für ferneres Wohlverhalten der Jangtsegouverneure von Vorteil sein wird.

Mumm

Nr. 4874

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 151 Peking, den 2. März 1901

Li-Hung-Tschang hat Unterlassung weiterer Expeditionen und Erlaubnis erbeten, chinesische Truppen bis 15 km an Garnisonen Verbündeter heranzuschieben, um Räuberunwesen zu unterdrücken. Unter ausdrücklicher Wahrung voller Freiheit Handelns habe ich Einstellung

---

* Siehe Nr. 4872.

** Vgl. Nr. 4860 und ferner Graf Waldersees Tagebuch zum 12. Februar: „Im Laufe der letzten Monate bin ich wiederholt von Berlin gefragt worden, ob das Panzergeschwader nicht nach der Heimat zurückkehren könne. Ich habe mich mit Entschiedenheit dagegen ausgesprochen, und der Kaiser hat es gutgeheißen." Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O. III, 96. Ebenso trug Graf Waldersee am 2. März in sein Tagebuch ein: „Es ist schon wieder eine Anfrage gekommen, ob das Panzergeschwader nicht nach Hause fahren könne. Ich habe mich sehr entschieden dafür ausgesprochen, das Geschwader hier zu belassen, bis die Hauptbedingungen erfüllt seien. Es macht im Jangtse einen großen moralischen Eindruck, seine Abberufung würde die Chinesen sogleich ermutigen." Daselbst S. 101. Erst Ende März änderte Graf Waldersee seine Auffassung. Vgl. Nr. 4883, S. 395, Fußnote *.

der Expeditionen in Aussicht gestellt, soweit nicht Räuber, Boxer oder chinesische Truppen Veranlassung geben würden*. Die regulären Truppen, deren Stärke und Stellung mir mitgeteilt wird, sollen außerhalb des besetzten Gebietes ungehindert bleiben dürfen, aber Demarkationslinie selbst mit Patrouillen nicht überschreiten.

W a l d e r s e e

Nr. 4875

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben*** *an den Reichskanzler Grafen von Bülow*

Ausfertigung

Nr. 145 St. Petersburg, den 1. März 1901

Die ersten Eindrücke, die ich hier seit meiner am vorigen Dienstag erfolgten Ankunft von meinem neuen Posten empfangen habe, kann ich nur als sehr angenehme bezeichnen. Graf Lamsdorff bewies mir dadurch, daß er mich bereits am nächsten Morgen empfing, obgleich er am Mittwoch den regelmäßigen Diplomatenempfang abhält und dadurch während des ganzen Nachmittags in Anspruch genommen ist, wie sehr ihm daran lag, möglichst schnell die Beziehungen zu mir aufzunehmen. Er erinnerte sich in unserer sehr freundschaftlichen halbstündigen Unterredung unserer früheren Bekanntschaft und hat mir durch seine ruhige und positive Art, geschäftliche Fragen zu behandeln, sehr gefallen.

In seinen Äußerungen über die chinesischen Angelegenheiten war Graf Lamsdorff bemüht, wie ich bereits zu berichten die Ehre hatte, auf die Gefahren hinzuweisen, die aus der Fortdauer [1] des gegenwärtigen Zustandes entstehen könnten. Um denselben vorzubeugen, komme es darauf an, die Rückkehr des chinesischen Hofes nach Peking zu ermöglichen, indem die fremden Truppen nach Tientsin zurückgezogen würden [2], von wo aus die Mächte vollkommen imstande sein würden, die Ausführung der China auferlegten Bedingungen durchzusetzen. Eine unter dem Drucke der fremden Bajonette [3] in Peking wiederhergestellte Regierung könnte nicht die erforderliche Autorität gegenüber einer Bevölkerung von 400 Millionen besitzen. Auch sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der chinesische Hof es vorziehen würde, Peking als Hauptstadt aufzugeben und den

---

* Zu ergänzen: zu ihrer Durchführung.

** Der bisherige Gesandte in Brüssel Graf von Alvensleben war im Februar 1901 an Stelle des nach Paris versetzten Fürsten von Radolin zum Botschafter in Petersburg ernannt worden.

Sitz der Regierung definitiv nach Singanfu zu verlegen. Bauten, von denen es heiße, daß sie dort in Angriff genommen seien, schienen darauf hinzudeuten, daß diese Eventualität chinesischerseits bereits ins Auge gefaßt sei[4].

Ich habe dem Minister entgegengehalten, daß auch uns dringend daran gelegen sei, möglichst bald in Ehren heimkehren zu können. Um dies zu erreichen, erscheine es aber gerade notwendig, den Chinesen durch eine starke Truppenmacht jederzeit den Mut zu erneuten Ausflüchten zu benehmen[5]. Da Rußland mit der Behandlung chinesischer Verhältnisse weit mehr vertraut sei als andere Mächte, würde es vermutlich Mittel und Wege zu finden wissen, um eine beschleunigte Lösung der Wirren zu erleichtern. Was die Verlegung der Hauptstadt betreffe, so äußerte ich meine Zweifel darüber, schon wegen der großen Schwierigkeiten der Verbindungen.

Graf Lamsdorff teilte mir mit, daß meine Antrittsaudienz bei Seiner Majestät dem Kaiser wegen der religiösen Übungen in der gegenwärtigen ersten Fastenwoche voraussichtlich erst anfangs künftiger Woche stattfinden werde.

Ich habe auch unverzüglich meine Kollegen aufgesucht und muß das sehr freundliche Entgegenkommen, welches ich in erster Linie seitens der Botschafter von Österreich-Ungarn und Italien*, aber nicht minder bei den Botschaftern der anderen Großmächte gefunden habe, besonders hervorheben.

Bei Äußerungen des Marquis de Montebello über die chinesischen Angelegenheiten führte derselbe die gleiche Sprache, wie ich sie kurz zuvor vom Grafen Lamsdorff vernommen hatte und vorstehend zu berichten die Ehre gehabt habe.

A l v e n s l e b e n

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig! Daran ist er aber allein Schuld

[2] natürlich! Die alte Leier, wir müssen erstmal a l l e h e r a u s! Nachher gehen die R u s s e n a l l e i n wieder hinein.

[3] ob der Druck in Peking oder von Tientsin aus geschieht, ist gleich, der Druck ist eben nöthig und geht in Peking besser

[4] schadet garnichts! Dann ist ja der Hof n i c h t i n P e k i n g und somit nicht unter R u s s i s c h e m E i n f l u ß, was doch das wichtigste

[5] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:

Wenn der Hof sich weiter westlich oder südlich eine neue Residenz gründet, kommt er unter E u r o p ä i s c h e n E i n f l u ß und die Russen sind geprellt und nützt ihnen ihre ganze Aktion nach Peking nichts. Der Gedanke ist in England schon ernstlich erwogen und ihnen nicht unangenehm.

---

* Graf Morra di Lavriano.

Nr. 4876

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 170 Peking, den 11. März 1901

Feldmarschall drängt vielleicht auch direkt bei Seiner Majestät* unter Begründung, daß aus klimatischen Rücksichten militärischer Druck nach Mitte Mai ausgeschlossen, auf baldigste Geltendmachung der staatlichen Entschädigungsansprüche bei chinesischer Regierung. Kollegen, von [mir]** sondiert, erklären sich unter Festhaltung an Beschluß Telegramms Nr. 141*** außerstande, über Mittel und Wege zur Aufbringung der Kriegskosten zu beraten, solange nicht Gesamtsumme der Regierungsforderungen feststehe und Anfragen in Telegramm Nr. 111 † beantwortet seien.

Im Interesse eines brauchbaren Ergebnisses in Frage Aufbringung der Kriegsentschädigung würde Erzielung vorherigen Einverständnisses mit englischem Kabinett sehr wesentlich sein.

Mumm

Nr. 4877

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 Peking, den 12. März 1901

Sitzungsbericht.

Auf Anfrage Satows bezüglich Bestrafung der Provinzschuldigen erklärte Herr von Giers, seine Regierung betrachte Bestrafungen als abgeschlossen, weshalb er sich an deren weiterer Erörterung nicht mehr beteiligen könne. Diese Erklärung im Widerspruch mit bisherigem Verhalten russischen Gesandten, der noch am 3. d. Mts. einer Note an chinesische Bevollmächtigte zustimmte, in der u. a. Strafforderung für Provinzschuldige ausdrücklich angekündigt und vorbehalten wurde. Nachdem Pichon zur Rechtfertigung der Strafforderung Aufstellung mitgeteilt, wonach anläßlich Boxerunruhen in Provinzen 233 und in Peking (abgesehen von den bei der Verteidigung

---

* Es geschah tatsächlich durch Bericht vom 9. März. Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O. III, 105 f.

** An Stelle unverständlicher Gruppe eingefügt.

*** Nach Mumms Telegramm Nr. 141 vom 1. März hatten die Gesandten sich bereiterklärt, der Kriegsentschädigungsfrage näherzutreten, sobald sämtliche beteiligten Regierungen wenigstens annähernd die Höhe der voraussichtlichen Kriegskosten mitgeteilt hätten.

† Siehe Nr. 4863.

Gefallenen) 7 ausländische Christen (Männer, Frauen und Kinder), nämlich 113 Engländer, 80 Amerikaner, Schweden und Norweger, 24 Franzosen, 11 Belgier und Niederländer, 10 Italiener, 1 Deutscher und 1 Schweizer *, auf teilweise gräßliche Weise ermordet worden sind, und Zahl der ermordeten Chinesenchristen nach mäßiger Schätzung auf 30 000 angegeben hatte, wurde auf Satows Antrag einstimmig gegen Herrn von Giers beschlossen, Votum im Schlußsatz Telegramms Nr. 141 ** aufrechtzuerhalten und Entscheidung über Geltendmachung der Forderung der Regierungen einzuholen.

Erörterung verschiedener das Gesandtschaftsviertel betreffender Fragen sanitärer und polizeilicher Art.

Auf Anfrage von Huan *** Konstatierung der Unmöglichkeit, ohne weitere Weisungen (im Sinne meines Telegramms Nr. 170) † Frage Beschaffung der Kriegsentschädigung durch China in Angriff zu nehmen. Satow, Komura, Rockhill †† für Einigung unter Kabinetten über Prinzipien und Geltendmachung en bloc durch Gesamtheit der Vertreter, Herr von Giers wiederholt Erklärung aus Telegramm Nr. 111 †††.

Mumm

Nr. 4878

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 90 Berlin, den 18. März 1901

Die durch die ostasiatische Expedition dem Deutschen Reiche verursachten und China zur Last fallenden Kosten beziffern sich nach den nunmehr vorliegenden genauen Berechnungen für den Fall, daß die Expedition bis zum 1. Mai d. Js. zu Ende geht, auf rund zweihundertvierzig Millionen Mark.

Bitte, diese Summe nunmehr dort als Kriegskostenforderung der Kaiserlichen Regierung anzumelden §.

---

* In vorstehender Zusammenstellung, die zum Teil verstümmelt wiedergegeben erscheint, hat eine der Entzifferung vom Vortragenden Rat Klehmet für den Reichskanzler angeheftete richtigstellende Notiz Berücksichtigung gefunden.

** Nach Telegramm Nr. 141 vom 1. März sollte die Todesstrafe in bezug auf zehn Hauptschuldige durchgeführt werden.

*** Chinesischer Zollbeamter in Tientsin.

† Siehe Nr. 4876 nebst Fußnote ***.

†† Amerikanischer Kommissar in China.

††† Siehe Nr. 4863.

§ Vgl. Graf Waldersees Tagebucheintragung vom 20. März: „Endlich, endlich ein Lichtpunkt im Dunkel der Friedensverhandlungen! Wir wissen jetzt

Für jeden weiteren Monat, den das Expeditionskorps über den 1. Mai hinaus in China verbleibt, erhöht sich unsere Forderung um rund sieben Millionen achthundertausend Mark.

Erfolgt die Zurückziehung der Expedition so spät, daß die Hinaussendung von Ersatz für die Ende September abzulösenden Mannschaften erforderlich wird, so tritt eine weitere Erhöhung um rund 22 Millionen Mark hinzu.

Findet Zahlung der Kriegskostenentschädigung erst nach dem 1. Juli d. Js. statt, so erhöht sich die Forderung für jeden Monat um rund 600 000 Mark.

Inwieweit es der Mitteilung näherer Angaben bedarf, wird von dem Gang der Erörterung der Frage abhängen müssen.

Bülow

Nr. 4879

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 99 Berlin, den 25. März 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 197*.

Wir haben die jetzt noch zur Verhandlung stehenden weiteren Bestrafungen, an denen wir kein eigenes Interesse haben, lediglich unter dem Gesichtspunkte behandelt, daß wir England und Amerika für die in der Frage der Bestrafung der Schuldigen aus der Provinz Tschili unserm Standpunkt gewährte Unterstützung unsere Gegendienste nicht versagen wollen. Wenn Ew. pp. indes glauben, ohne Störung Ihrer Beziehungen zu den Vertretern dieser beiden Mächte, deren guten Willen wir noch nötig haben, namentlich für die Entschädigungsfrage, auf weitere Herabminderung der Zahl der Bestrafungen eingehen zu können, so haben Sie darin freie Hand.

Mühlberg

---

die Summe, die Deutschland fordert. Ich denke, es wird nun alles in ein schnelleres Tempo kommen." Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O. III, 108.

* Nach Mumms Telegramm Nr. 197 vom 22. März war einstimmig in der Gesandtenkonferenz beschlossen worden, die Zahl der Todesstrafen von 10 auf 4 zu vermindern, dagegen an den früher bereits in Aussicht genommenen Verbannungen, Degradierungen usw. festzuhalten.

Nr. 4880

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Nr. 199 Peking, den 23. März 1901
Ganz geheim

Vermute nach unfreundlichen Äußerungen des Feldmarschalls über lange Dauer seines hiesigen Aufenthalts, daß er vielleicht bei Seiner Majestät über angebliche Hinausziehung der Verhandlungen durch diplomatisches Korps Beschwerde führen und aus militärischen Gründen auf Beschleunigung drängen wird*.

Vorwurf würde jedenfalls nicht auf mich gemünzt sein, da Feldmarschall wiederholt und erst neuerdings wieder mein Wirken im Interesse eines beschleunigten Abschlusses anerkannt hat.

Mumm

Randverfügung des Grafen von Bülow:
Aus Gründen allgemeiner äußerer wie innerer Politik, im Hinblick auf die Weltlage wie die Stimmung im Reichstag und (last not least) auch mit Rücksicht auf die Wünsche Seiner Majestät ist ein baldiger Abschluß der chinesischen Angelegenheit im höchsten Grade wünschenswert. B. 24/III.

Nr. 4881

*Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 Peking, den 23. März 1901

Auf Grund sorgfältiger Beobachtung melde ich pflichtmäßig, daß ungeachtet aller Bemühungen des Gesandten Euerer Majestät die Friedensunterhandlungen, wenn sie so langsam wie bisher fortgehen, viele Monate dauern müssen, besonders wenn einzelne Gesandte selbst in minder wichtigen Fragen durch angebliche Einholung von Instruktion Aufschub von mehreren Wochen erreichen; namentlich englischer Gesandter scheint Verhandlungen absichtlich zu verlangsamen. Fragen, die vor Monaten hätten klargestellt sein können, wie Gesandtschaftswache, sind noch im Stadium der Kommissionsberatung. Chinesische Friedensunterhändler haben keine Schuld an Verschleppung, haben besten Willen, Abschluß herbeizuführen, sind überzeugt, daß allein Euerer Majestät Initiative die baldige Stellung der Forderungen[1] be-

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.
** Abgedruckt: Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O. III, 113.

wirken kann, doch fürchten Attachés bei langem Aufschub nachteilige Einflüsse am Kaiserhofe. Auch soll Li-Hung-Tschang beabsichtigen, falls bis Mitte Mai nicht annähernd Abschluß erreicht ist, die dann eintretende Unmöglichkeit größerer Operationen zu benutzen, um durch Verzögerung günstigere Bedingungen zu erreichen. Mit Anwachsen der Kriegskosten vermindert sich Zahlungsfähigkeit Chinas in gleichem Maße. Als Oberbefehlshaber muß ich melden, daß die Generale langem Verweilen ihrer Truppen in bisheriger Untätigkeit und bei kommender ungesunder Jahreszeit nicht ohne Besorgnis entgegensehen.

W a l d e r s e e

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist ja unerhört

Nr. 4882

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 24. März 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß es vorwiegend an der englischen Regierung liegt, wenn die Regelung der von China den Mächten zu zahlenden Entschädigungen nicht vom Flecke kommt*. Auf die vielfachen durch Euerer Majestät Botschaft in London an das dortige Kabinett gerichteten Vorstellungen und präzisierten Vorschläge waren bisher teils gar keine, teils ausweichende und allgemein gehaltene Antworten zu erlangen. Um das Londoner Kabinett endlich vorwärts zu drängen, würde es sich meines ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens empfehlen, einen genauen Kenner der einschlägigen chinesischen Verhältnisse schleunigst nach London zu entsenden, welcher imstande ist, in mündlicher Aussprache mit den englischen Staatsmännern denselben die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der von uns seit Monaten empfohlenen

---

* Dieselbe Auffassung kommt auch in den Berichten und Tagebuchnotizen Graf Waldersees wiederholt zum Ausdruck. Vgl. namentlich Waldersees Immediatbericht vom 28. März. Denkwürdigkeiten a. a. O. III, 114 ff. Es heißt darin u. a.: „Auf Grund sechsmonatlicher Anwesenheit auf chinesischem Boden habe ich mir die Ansicht gebildet, daß England dieselben“ — gemeint sind die Entschädigungsverhandlungen — „absichtlich in die Länge zieht. Bei der Schärfe seines Gegensatzes zu Rußland liegt sein Interesse darin, ein starkes deutsches Kontingent, mit dem es unter demselben Oberbefehl steht, hier möglichst lange festzuhalten und Rußland gegenüber als — wenigstens hier in China — mit Deutschland verbündet zu erscheinen.“ Vgl. auch Nr. 4917. Ähnlich äußerte sich Graf Waldersee in einem Schreiben an Generalstabschef Graf Schlieffen vom gleichen Tage. Daselbst S. 116 ff.

Beschaffung der Geldmittel durch Erhöhung der chinesischen Seezölle überzeugend darzulegen und alle etwa von englischer Seite erhobenen Einwendungen, wie namentlich diejenige der vermeintlich zu befürchtenden Schädigung des Seehandels, aus eigener gründlicher Wissenschaft sofort und eingehend zu widerlegen.

Für diese Aufgabe besitzen Euere Majestät eine meines ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens vortrefflich geeignete Persönlichkeit in dem Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts und früheren Generalkonsul in Schanghai Dr. Stuebel. Derselbe könnte neben der chinesischen Entschädigungsfrage zugleich auch die Erledigung der deutschen Reklamationen aus Südafrika* betreiben, bei denen eine Aufmunterung der bisherigen englischen Langsamkeit und Dickfelligkeit ebenfalls dringend am Platze wäre.

Euerer Majestät wage ich daher die alleruntertänigste Bitte vorzutragen,

Allergnädigst genehmigen zu wollen, daß Dr. Stuebel für diese beiden Missionen ohne Zeitverlust nach London entsandt werde.

Sein Aufenthalt daselbst würde voraussichtlich nur von kurzer Dauer zu sein brauchen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden. 25/III 1901 W.

Nr. 4883

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 25. März 1901

Seine Majestät sind mit der Entsendung des Kolonialdirektors Dr. Stuebel nach London einverstanden**. Seine Majestät sind betroffen und enttäuscht durch die hinhaltende und wenig freundliche Haltung Englands in der Entschädigungsfrage und rechnen auf eine baldige günstige Wendung in dieser Beziehung. Seine Majestät erwähnten hierbei, daß Sir Frank Lascelles allerhöchstihm gegenüber bereits vor Wochen hervorgehoben habe, wie grade für Deutschland die Entschädigungsfrage von der größten auch innerpolitischen Bedeutung sei.

Seine Majestät befahlen ein Telegramm an Graf Waldersee, um diesen von der Entsendung des Dr. Stuebel nach London in Kenntnis

---

* Vgl. Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 5025, Fußnote ***.

** Über die Mission Stuebels nach London vgl. auch Freiherr von Eckardstein a. a. O. II, 289 ff., 323, 326.

zu setzen. Gleichzeitig regten Seine Majestät den Gedanken an, Rußland, Frankreich und Japan zu unserer Unterstützung in der Entschädigungsangelegenheit heranzuziehen [1].

Beiläufig meinten Seine Majestät, daß, wenn die Chinesen bzw. die anderen Mächte Sperenzchen machten, Deutschland, dessen Gesandter allein ermordet worden sei, auch allein eine Entschädigung erzwingen könne, beispielsweise „durch Beschlagnahme der Seezölle“ [2].

Seine Majestät kamen auch darauf zurück, daß die baldige Zurückberufung der Panzerdivision immer notwendiger werde*.

Ich stelle Immediatbericht anheim mit kurzer Meldung über das diesseits Erfolgte und eventueller Darlegung, wie die Verhältnisse hinsichtlich der Seezölle liegen.

Bülow

Randbemerkungen von Holsteins:

[1] Aber vielleicht erst, wenn Stuebel in England nicht vorwärts kommt, nicht jetzt gleich.

[2] in England vielleicht als Druckmittel verwerten.

Nr. 4884

Der Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Stuebel, z. Z. in London, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 258 London, den 27. März 1901

Ich habe heute Lord Lansdowne und Unterstaatssekretär Mr. Bertie gesehen.

Wollte man China ohne weiteres für Anleihezwecke die Erhöhung der Seezölle über 5—10% zugestehen, begebe man sich aller Pressionsmittel für Reformen (Likin, Inlandsschiffahrt), auf die der englische Handel mit einem Anteil von 60% vom Gesamthandel Anspruch erheben müsse. Mit dem Ertrag über 5—10% denke man sich die Provinizialbehörden für Aufhebung des Likin zu entschädigen. Man halte in Peking eine Kontrolle auch bei Heranziehung anderer Steuerquellen für möglich.

---

* Auch Graf Waldersee änderte um die gleiche Zeit seine Ansicht bezüglich der Zurückberufung der Panzerdivision und des Expeditionskorps. In einem Berichte vom 28. März (Denkwürdigkeiten a. a. O. III, 115) führt er dafür den doch nicht erst jetzt in Erscheinung tretenden russisch-englischen Gegensatz ins Feld. „Da in Ostasien und speziell in Tschili englische und russische Interessen scharf gegenüberstehen, so halte ich die Gefahr nicht für ausgeschlossen, daß Deutschland durch die Anwesenheit seines Expeditionskorps in die Möglichkeit versetzt werden könnte, in Differenzen verwickelt zu werden, und scheint mir die Zurückziehung oder erhebliche Verminderung des deutschen Expeditionskorps, sobald der Stand der Unterhandlungen es irgend zuläßt, schon aus diesem Grunde sehr wünschenswert.“

Werde morgen an der Hand des englischen Memorandums vom 26. März, cf. Botschaftsbericht Nr. 105*, weiter verhandeln. pp.

Stuebel

Nr. 4885

Der Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Stuebel, z. Z. in London, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 262 London, den 28. März 1901

Unterstaatssekretär Mr. Bertie blieb heute bei Besprechung des englischen Memorandums vom 26. März dabei, daß England sich nicht ohne Äquivalent auf Erhöhung der Einfuhrzölle über 5% einlassen könne. England habe seinem Handel auch schon früher große Opfer bringen müssen. Seine Weltpolitik habe England immer viel Geld gekostet. Außer England seien in weit geringerem Maße nur Amerika und Deutschland an chinesischer Einfuhr beteiligt. Alle anderen Mächte hätten gut Vorschläge machen, ihr Handel hätte darunter nicht zu leiden. Man werde sich wie bei einem bankerotten Schuldner mit soviel Schilling auf das Pfund begnügen müssen.

Vorschlag des Sir Robert Hart wegen 50 Millionen Pfund, zahlbar in 5% Annuität während 30 Jahren. Ferner Vorschlag der Hongkong Bank wegen 55 Millionen Pfund Bonds mit 5% Verzinsung und halbprozentiger Amortisation. Beide Vorschläge vermeiden jede Erhöhung der Seezölle. Vergleiche auch heutiges Pekingtelegramm der „Times".

Ich beabsichtige morgen oder baldmöglich noch einmal Lord Lansdowne zu sehen.

Kann ich eventuell dann abreisen?

Stuebel

Nr. 4886

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 165 Berlin, den 29. März 1901

Für Kolonialdirektor Stuebel. Zu Telegramm Nr. 262**.

Meines Erachtens ist es für Deutschland notwendig, bei den Ent-

---

* Mittels Berichts Nr. 105 vom 26. März hatte Freiherr von Eckardstein ein englisches Memorandum vom 25. (nicht 26.) März übersandt, das zu der Frage der Sicherung der Entschädigungsforderungen Stellung nahm. Vgl. auch Eckardstein a. a. O. II, 324.

** Siehe Nr. 4885.

schädigungsverhandlungen zunächst aus der bisherigen Isolierung herauszukommen. Zur Erreichung dieses Ziels sehe ich nur das eine Mittel, daß wir uns nachgiebig und bereit zeigen, gemeinsam mit England und Japan von China die Beseitigung der für den Handel hinderlichen Likinzölle zu verlangen. China wird sich wahrscheinlich fügen, schon um Peking schneller von fremder Besatzung freizumachen. Ob die von England und Japan gewünschte Zollreform nachher bei der Durchführung auf innere Schwierigkeiten stößt, kann uns gleichgültig sein, wenn wir jetzt nur als Kompensation für die Mitwirkung bei Aufhebung der Likinzölle eine Erhöhung der Seezölle oder Erschließung anderer Einnahmequellen und damit die Möglichkeit eines anständigen Abschlusses des Chinaunternehmens erlangen. Vorläufig ist Ew. Anwesenheit in London noch unentbehrlich.

Bülow

Nr. 4887

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Herrn Baron von Holstein — London, den 30. März 1901

Ich habe Herrn Stuebel nicht nur mit sämtlichen maßgebenden offiziellen Persönlichkeiten in Verbindung gebracht, sondern auch mit der Hongkong and Shanghai Bank, den Rothschilds sowie anderen maßgebenden Finanzleuten, welche in China interessiert sind. Ich selbst habe mein möglichstes getan, damit Dr. Stuebel nicht unverrichteter Sache zurückreist. Leider sehe ich keine Aussicht für einen günstigen Verlauf der Verhandlungen auf Basis der Zollerhöhung und Aufhebung der Likinzölle. Lord Lansdowne sagte mir gestern, daß die Regierung sofort eine große Anzahl von Stimmen im Parlament verlieren würde, wenn sie unseren Wünschen entspräche. Er habe von Anfang an den Wunsch gehabt, auch in der Indemnitätsfrage mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, doch müsse diese Frage mit allgemeinen Reformen in bezug auf Handelserleichterungen in China Hand in Hand gehen. pp.

Eckardstein

---

* Bereits veröffentlicht bei Freiherr von Eckardstein a. a. O. II, 326 f.

Nr. 4888

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Direktor der Kolonialabteilung Stuebel, z. Z. in London**

Konzept

Berlin, den 30. März 1901

Nach Ew. pp. bisheriger Berichterstattung erscheint die Aussicht leider gering, daß die englische Regierung noch zu einem Eingehen auf unsere Anregung einer ausreichenden Erhöhung der Seeeinfuhrzölle ihre Zustimmung geben würde. Die Motive dieser englischen Haltung sind uns noch nicht völlig klar. Lord Lansdowne hat uns unlängst noch wissen lassen, daß er einer Erhöhung der Seezölle durchaus nicht grundsätzlich abgeneigt sei. Die überwiegende Mehrzahl der fremden Kaufleute in China erblickt in einer Verdoppelung und selbst Verdreifachung jener Zölle keine Gefahr für ihren Handel. Wie wenig die chinesische Regierung selbst, und zwar Sir Robert Hart eingeschlossen, eine solche Maßnahme für unausführbar erachtet, geht neben bekannt gewordenen Auslassungen des Vizekönigs Liu-Kun-Yi auch aus der Ew. pp. anderweit im Auszug zugehenden Veröffentlichung Sir Robert Harts in der „North American Review" vom 15. Januar 1901 hervor, wonach eine chinesischerseits eingesetzte Kommission noch kurz vor Ausbruch der Unruhen Einfuhrzölle von 15% vom Werte und Ausfuhrzölle von zusammen $7\frac{1}{2}$% vom Werte vorgeschlagen hat. Wir wollen hoffen, daß die englische Haltung nicht auf der Kalkulation beruht, unser Drängen auf Entschädigung politisch auszunutzen. Den anfänglichen Einwand, daß durch die Erhöhung der Seezölle der Landimport über die französische und russische Grenze einseitig begünstigt werden würde, scheint man dort inzwischen zurückgestellt zu haben, wie er denn auch in der Tat kaum ins Gewicht fallen kann angesichts der noch auf lange Zeit hinaus unüberwindlichen Schwierigkeiten des Transports größerer Warenmengen von Tonking oder auch von Ostsibirien aus ins Innere von China hinein.

Vielleicht stoßen sich die Engländer, wie Professor Hirth in seiner Ew. pp. gleichzeitig zugehenden Zuschrift ausführt, daran, daß nur die Einfuhrzölle, an denen England in erster Linie interessiert ist, nicht auch die Ausfuhrzölle betroffen werden sollen.

Wie dem auch sein mag, wir möchten nach den mehrfachen entgegenkommenden Erklärungen Lord Lansdownes die Hoffnung noch

---

* Vgl. zu dem Erlaß auch das Privattelegramm von Holsteins an Freiherrn von Eckardstein vom 1. April 1901 bei Eckardstein a. a. O. II, 292.

nicht aufgeben, mit England zu einer billigen Einigung über die Entschädigungsfrage zu gelangen, auf deren rasche Erledigung übrigens nicht wir allein, sondern, wie wir wissen, z. B. auch die Japaner Gewicht legen. Immer von unserm oft betonten Standpunkt ausgehend, daß es uns nur auf die Zahlung, nicht aber auf die Modalitäten derselben ankommt, wollen wir uns deshalb den englischen Wünschen, wenngleich wir dieselben nicht als hinreichend begründet anerkennen, nach Möglichkeit anzupassen suchen.

Wir haben sonach auch nichts gegen die Abschaffung des Likin und wollen nur wünschen, daß die in dieser Beziehung von England zu machenden Vorschläge sich als durchführbar erweisen. Wenn nicht anders möglich, würden wir uns auch darein finden, daß die Erhöhung der Einfuhrzölle, insoweit sie für die Kriegskosten freibleiben soll, auf 5% in Gold vom effektiven Wert der Ware begrenzt wird, und weitere Zuschläge zur Entschädigung für den Likin verwendet werden. Um den so entstehenden Ausfall zu decken, würde dann freilich wohl die Heranziehung der Ausfuhrzölle um so mehr in Frage kommen, wenn nach den englischen Wünschen auch bei dem Opiumzoll eine Erhöhung ausgeschlossen wird. Zur weiteren Deckung der Ausfälle würden dann noch etwa die Erträge der Native Customs (Dschunkenzoll), der Salzabgabe und endlich die schon oftmals angeregte Umgestaltung des Tributreistransports in Betracht kommen.

Ew. pp. wollen versuchen, ob etwa ein nach den vorstehenden Gesichtspunkten aufzustellendes Programm bei der dortigen Regierung bessere Aufnahme finden würde.

Vielleicht haben Ew. pp. oder auch der Kaiserliche Botschafter Gelegenheit darauf hinzudeuten, wie doch auch England für die Durchsetzung der von ihm in Aussicht genommenen Reformen auf dem Gebiet von Handel und Verkehr mehr oder weniger darauf angewiesen sein werde, sich der Mitwirkung der übrigen Mächte zu versichern.

Mühlberg

Nr. 4889

Der Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Stuebel, z. Z. in London, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 274 London, den 2. April 1901

Heutige Unterredung mit Unterstaatssekretär Mr. Bertie hat mich überzeugt, daß man hier für den Augenblick nicht geneigt ist, sich mit uns auch nur über Grundsätze in der Indemnitätsfrage zu verständigen. Man müsse zunächst weitere gutachtliche Äußerungen aus

Peking abwarten. Ebensowenig Entgegenkommen fand ich für unsere südafrikanischen Reklamationen *. Einige Details sollen morgen noch besprochen werden. Ich werde daher noch morgen oder übermorgen abreisen.

Stuebel

Nr. 4890

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt **

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein — London, den 2. April 1901

Zu Herrn Stuebels Telegramm Nr. 274 ***.

Es ist mir jetzt durchaus nicht mehr zweifelhaft, daß in den letzten Tagen hier ganz besonders stark von russisch-französischer Seite gegen uns intrigiert worden ist, und zwar diesmal durch den französischen Botschafter, wie ich bereits in einem früheren Telegramm angedeutet. Herr Stuebel hat auch diesen Eindruck gewonnen. Rußland und Frankreich scheinen auch nicht die allergeringste Verständigung, selbst in der Indemnitätsfrage, zwischen uns und England aufkommen lassen zu wollen. Der sehr rührige Herr Cambon hat, wie ich aus Äußerungen verschiedener Mitglieder des Foreign Office und von Kabinettsmitgliedern entnehmen zu können glaube, hier etwa folgendes gesagt: „Frankreich wünscht den Frieden und arbeitet in diesem Sinne auch in St. Petersburg. Delcassé geht wahrscheinlich sehr bald dorthin und wird dafür sorgen, daß alle Mißverständnisse zwischen Rußland und England aus dem Wege geräumt werden. Bindet Euch daher in keiner Weise mit irgendeiner Macht in bezug auf China, sondern wartet ab, was Delcassé aus St. Petersburg zurückbringt."

Für den Moment hat diese Lockung hier jedenfalls Eindruck gemacht. Daher die plötzliche Zurückhaltung uns gegenüber. Ich hoffe jedoch mit Bestimmtheit, daß es gelingen wird, diese französische Intrige bald zu zerstören. Lord Lansdowne ist heute nachmittag auf Osterferien gegangen und trifft erst nächsten Dienstag hier wieder ein. Ich werde jedoch in den nächsten Tagen verschiedene andere maßgebenden Kabinettsmitglieder sehen und in vorsichtiger, aber nachdrücklicher Weise den Franzosen entgegenarbeiten.

Eckardstein

---

* Vgl. Bd. XVII, Kap. CXI, Nr. 5025, Fußnote ***.
** Bereits veröffentlicht bei Eckardstein a. a. O. II, 328 f.
*** Siehe Nr. 4889.

Nr. 4891

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 186 Peking, den 4. April 1901

Der englische Gesandte hat mir heute gesagt, die Friedensunterhandlungen sind ins Stocken geraten, weil seine Regierung die Höhe ihrer Kriegsentschädigung nicht angibt, und weil auch die von ihren Regierungen schon instruierten Gesandten ihre Forderungen nicht mitteilen *.

Waldersee

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
Sofort London mitth[eilen].
Also wieder liegts an England! und diesmal eingestandener Maßen durch den Engl[ischen] Gesandten selbst zugegeben! W.

Nr. 4892

Aufzeichnung des Direktors der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Stuebel

Eigenhändig

Berlin, den 6. April 1901

Ich hatte erste Unterredungen mit Lord Lansdowne und dem Unterstaatssekretär Mr. Bertie am 27. März. Man verwies mich auf das englische Memorandum vom 26. März, das die englische Antwort auf die deutsche Denkschrift über die Frage enthält, in welcher Weise China die Entschädigungsforderungen der Mächte befriedigen kann. In dem englischen Memorandum wird der diesseitigen Ansicht zugestimmt, daß es sich nicht empfiehlt, jetzt mit der Aufhebung des Likin vorzugehen. Es wird aber auf der anderen Seite die Erhöhung der Einfuhrzölle auf über 5% des Wertes der Einfuhr nur insoweit als

---

* Vgl. dazu die Tagebucheintragungen Graf Waldersees zum 4. April. Denkwürdigkeiten a. a. O. III, 120. Am 7. April verzeichnet Waldersee dann in seinem Tagebuch die Worte: „Allmählich habe ich mir die bestimmte Ansicht gebildet, daß an der Verschleppung der Unterhandlungen der englische Gesandte die Hauptschuld trägt; ich war aber noch unsicher, ob er nach Instruktion handle, oder es seine unzureichende Beanlagung, gepaart mit den Schwächen eines verknöcherten Bureaukraten, Juristen und alten Junggesellen, daran Schuld sei. Jetzt bin ich überzeugt, daß er von der Regierung instruiert ist, die Sache in die Länge zu ziehen, und sein Naturell ihm dabei zu Hilfe kommt.“

annehmbar bezeichnet, als China dafür den Likin beseitige und überhaupt dem Handel Erleichterungen gewähre.

An dieser Auffassung ist englischerseits während der Verhandlungen festgehalten worden; Lord Lansdowne hat ihr in seiner Rede im Oberhaus vom 28. März Ausdruck gegeben. Sowohl der ursprünglich deutsche Vorschlag der Verdoppelung der Seeeinfuhrzölle bei Fortdauer des gegenwärtigen vertragswidrigen Zustandes bei Erhebung von Likin als auch der japanische Vorschlag der Verdoppelung der Seeeinfuhrzölle und der gänzlichen Beseitigung des Likin mit der Maßgabe, daß es China zu überlassen sei, dafür neue Steuerquellen zu eröffnen, wurden englischerseits als unannehmbar bezeichnet. Ebenso wurde englischerseits die Erhebung der Seeeinfuhrzölle in Gold und die Heranziehung von Ausfuhrzöllen von der Hand gewiesen.

Man habe, wurde ausgeführt, darauf Rücksicht zu nehmen, daß der englische Handel mit mehr als 60 Prozent an dem Gesamteinfuhrhandel beteiligt sei, also weit mehr als der Handel einer andern Nation von einer Erhöhung der Seeeinfuhrzölle getroffen werde. Ebenso werde fast ausschließlich die englische Industrie getroffen werden, wenn höhere Einfuhrzölle in China dort die Entwickelung einer Eigenindustrie zur Folge haben sollten. Wenn auch englische Interessenten früher selbst eine Verdoppelung der Seeeinfuhrzölle für unbedenklich erklärt hätten, so sei dies immer nur unter der Voraussetzung eines in der Beseitigung des Likin zu erblickenden vollwertigen Äquivalents geschehen. Um in dieser Richtung ganz sicher zu gehen, würde englischerseits auch heute einer Erhöhung der Seeeinfuhrzölle über 5% des Wertes nur in Form einer Surtaxe zugestimmt werden können, was ihr die Eigenschaft als Deckungsmittel bei Kreditoperationen nehmen würde.

Auf die Einwendung, daß auch England ein Interesse habe, für seine Kriegskosten volle Entschädigung zu erhalten, wurde erwidert, daß England seit jeher Kriegskosten als Kapital betrachtet habe, das es im Interesse seines Handels investiere, und daß es eher auf Erstattung von Kriegskosten verzichten als durch ihre Einziehung seinem Handel eine Schädigung zufügen werde. England habe sich seine Weltpolitik immer viel Geld kosten lassen. Auch jetzt werde man sich in China wie einem bankerotten Schuldner gegenüber mit soviel Schillingen auf das Pfund für abgefunden erklären müssen. Auf die Frage, ob man englischerseits annehme, daß auch die übrigen Mächte sich dieser Auffassung anschließen, wurde erwidert, daß Amerika nur 5 Millionen Pfund Sterling beanspruche und auch Frankreich anscheinend nicht geneigt sei, übermäßige Forderungen zu stellen.

Als wirklichen Grund für die Haltung der englischen Regierung unseren Wünschen gegenüber ist mir die Besorgnis genannt worden, durch eine auch nur eingebildete Schädigung des englischen Einfuhr-

handels in China aus Lancashire etwa 100 Stimmen im Parlament zu verlieren. Das mag bis zu einem gewissen Punkte richtig sein. Wenn ich aber im Anfang der Verhandlungen noch den Eindruck gewonnen hatte, daß man zwar im Punkte der Verdoppelung der Seeeinfuhrzölle nicht nachgeben werde, sonst aber nicht abgeneigt sei, sich mit uns über Grundsätze in der Indemnitätsfrage zu einigen, so ist doch gegen Schluß der Verhandlungen auch eine solche Einigung mit dem Bemerken abgelehnt worden, man müsse zunächst weitere gutachtliche Äußerungen aus Peking abwarten. Ich hatte den Eindruck, daß man im Augenblick eine Verständigung mit uns nicht wolle, weil man uns aus irgendeinem Grunde mißtraut. Lord Rothschild sagte mir noch am Abend vor meiner Abreise: „Sie haben nichts erreicht, ich hätte Ihnen das voraussagen können.“ Eine gewisse pikierte Stimmung kam insbesondere in den Unterredungen mit dem Unterstaatssekretär Mr. Bertie über südafrikanische Reklamationen zum Ausdruck. Man markierte hier offenbar, für wie unbequem und auch unberechtigt man unser Drängen halte.

In den Finanzkreisen Londons (Rothschild, Hongkong and Shanghai Bank) wurde die Ansicht vertreten, daß weder der europäische Markt jetzt zur Aufnahme größerer Quantitäten chinesischer Papiere vorbereitet sei, noch daß ohne Erhöhung der Seezölle von einer geeigneten Unterlage für eine chinesische Anleihe die Rede sein könne. Meines Erachtens wird es sich daher empfehlen, zunächst in Peking über die Höhe der Entschädigungsforderungen der Mächte und die nach Maßgabe der augenblicklichen Finanzlage Chinas zur Befriedigung jener Entschädigungsforderungen bereitzustellenden Jahresraten sich zu verständigen. Erscheinen diese Jahresraten ungenügend, weil außer Verhältnis zu dem abzutragenden Kapital, so könnte eine Verständigung versucht werden dahingehend, daß nach Ablauf einer Frist von 3 oder 5 Jahren weiter über eine etwaige Erhöhung der Jahresraten *nach Maßgabe der dann veränderten Finanzlage des Landes* verhandelt werden soll.

An Sachverständigenvorschlägen lagen in London bereits vor: der des Sir Robert Hart, wonach eine Gesamtsumme von 50 Millionen Pfund Sterling durch über 30 Jahre sich erstreckende 5%ige Annuitäten abgezahlt werden soll, und der des Pekingagenten der Hongkong and Shanghai Bank, wonach China handelsfähige Bonds in Höhe von von 55 Millionen Pfund Sterling bei 5% Verzinsung und $^1/_2$% Amortisation in Zahlung geben würde. Beide Vorschläge vermeiden jede Erhöhung der Seezölle, bleiben insofern also hinter dem englischen Vorschlag (englisches Memorandum vom 26. März) zurück, wonach eine Erhöhung der Seeeinfuhrzölle auf genau 5%, auch bezüglich der seither zollfreien Güter, in das Auge gefaßt wird, und stützen sich in der Hauptsache auf die Salzsteuer.

Stuebel

Nr. 4893

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 293 London, den 9. April 1901

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 179, betreffend Graf Waldersees Meldung*.

Wie mir Lord Lansdowne heute sagte, wird die Höhe der englischen Kriegsentschädigung rund 6 Millionen Pfund Sterling betragen. Sir Ernest Satow erhält in den nächsten Tagen hiervon Kenntnis.

Den Informationen des Foreign Office zufolge soll die russische Forderung 17 und die französische etwa 13 Millionen Pfund Sterling betragen.

Lord Lansdowne hat vor einigen Tagen Satow um telegraphische Auskunft über verschiedene Punkte ersucht und wird, wie er mir heute sagte, sich nach Eintreffen derselben mit der Kaiserlichen Regierung in bezug auf die weitere Behandlung der Indemnitätsfrage in Verbindung setzen.

Hatzfeldt

Nr. 4894

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Alvensleben

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 53 Berlin, den 12. April 1901

Ew. pp. stelle ich anheim, bei geeigneter Gelegenheit dort erneut hervorzuheben, daß wir unsere Truppen in die Heimat zurückkehren zu lassen bereit seien, sobald die Zahlung unserer Kriegskosten einigermaßen sichergestellt sei. Wir nähmen an, daß die russische Regierung bezüglich sowohl Kosten als baldiger Räumung zurzeit das gleiche Interesse habe. Wir würden uns deshalb freuen, wenn die dortige Regierung auch ihrerseits auf baldige Erledigung der Kostenfrage hinwirken wollte.

Richthofen

---

* Vgl. Nr. 4891.

Nr. 4895

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 303 London, den 13. April 1901

Lord Lansdowne sagte mir heute, daß Amerika der Gesandtenkonferenz in Peking den Vorschlag gemacht habe, die Mächte sollten sich im Interesse einer möglichst baldigen Erledigung der Indemnitätsfrage dahin einigen, daß die Gesamtsumme der von China zu zahlenden Entschädigung auf nicht mehr als 40 Millionen Pfund festgesetzt würde, welche in Proportion mit den von den einzelnen Mächten verauslagten Kosten zu verteilen seien. China solle eine Anleihe in dieser Höhe aufnehmen, welche durch verschiedene Einnahmequellen sicherzustellen sei.

Der Minister bemerkte hierzu, daß er sich zu keiner Stellungnahme diesem Vorschlage gegenüber entschließen würde, ohne vorher mit der Kaiserlichen Regierung Fühlung genommen zu haben, und ersuchte mich, Euere Exzellenz um Mitteilung der Auffassung der Kaiserlichen Regierung zu bitten.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs erwähnte Lord Lansdowne, daß es seiner Ansicht nach für China nicht schwer sein dürfte, eine Summe, welche 40 Millionen nicht überstiege, auf dem Wege einer Anleihe aufzubringen, ohne daß dadurch Maßnahmen erforderlich würden, welche den Handel beeinträchtigen könnten. Er werde sich wieder mit den hiesigen in China interessierten Kreisen in Verbindung setzen und die Detailfragen über eine derartige Anleihe sowie die dazu notwendigen Sicherheiten erörtern.

Bei Berührung der Frage der Zurückziehung der Besatzungstruppen bemerkte der Minister, daß er wohl wisse, wie sehr Graf Waldersee eine baldige Heimkehr der Truppen wünsche, und fügte hinzu, daß dies wohl opportun erscheinen würde, sobald die Indemnitätsfrage einigermaßen geregelt sei. Die übrigen Reformfragen könnten dann in Ruhe auch ohne Anwesenheit größerer Truppenkontingente erledigt werden.

Der Persönlichkeit und Tätigkeit des Grafen Waldersee spendete der Minister das höchste Lob und betonte, mit welchem Takt der Feldmarschall die größten Schwierigkeiten überwunden habe. Er sei davon überzeugt, daß sich die Dinge ohne den Grafen Waldersee als Oberkommandierenden noch weit schwieriger gestaltet haben würden.

H a t z f e l d t

Nr. 4896

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 188 Berlin, den 16. April 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 303*.

Bei dem verhältnismäßig geringfügigen Umfang, in welchem die Vereinigten Staaten an der gemeinsamen militärischen Aktion sich beteiligt haben, können dieselben schon von vornherein eine besondere Berücksichtigung für ihren auch hier vorgebrachten Vorschlag nicht beanspruchen. Die anscheinend willkürlich gegriffene Begrenzung auf 40 Millionen Pfund steht jedenfalls mit den Urteilen anerkannter, dem fremden Handel sicherlich nicht feindselig gesonnener Autoritäten, wie Sir Robert Hart, Hongkong-Shanghai-Bank u. a., welche die finanzielle Leistungsfähigkeit Chinas weit höher berechnen, nicht im Einklang und kann daher bis auf weiteres nicht als maßgebend gelten. Wie Herr von Mumm uns meldet, beziffert die Pekinger Gesandtenkommission die Gesamtforderung für die Zeit bis 1. Mai d. Js. schon auf 63 Millionen Pfund. Die Ausfälle bei Annahme des amerikanischen Vorschlags würden also recht beträchtlich sein. Nach früheren Erfahrungen, z. B. mit der Kriegsschuld der Türkei aus dem Kriege von 1877 und 1878, könnten aber solche Ausfälle für manche Mächte ein willkommenes Pressionsmittel abgeben, um zu gelegener Zeit von China allerlei Sondervorteile zu erzwingen. Es würde also damit ein nach unserer Auffassung recht bedenkliches Moment zukünftiger Beunruhigung in Ostasien geschaffen werden.

Bitte, Lord Lansdowne in Beantwortung seiner Anfrage, die hier angenehm empfunden worden ist, die vorstehenden Bedenken gegen den amerikanischen Vorschlag mitzuteilen und dabei hinzuzufügen, wie uns vor definitiver Stellungnahme die in Aussicht gestellten Mitteilungen über das Ergebnis der Befragung der dortigen Interessenten bezüglich des Details der auch von uns für kaum vermeidlich erachteten Anleihe von großem Interesse sein würden.

Wir freuen uns, die Anschauungen des Ministers betreffs der baldigen Heimberufung der Truppen durchaus teilen zu können.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4895.

Nr. 4897

Kaiser Wilhelm II., z. Z. an Bord S. M. S. „Kaiser Wilhelm II." in Kiel, an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Telegramm. Abschrift

Nr. 1 Kiel, den 18. April 1901

Erhalte soeben Nachricht aus Peking, daß ganzer Kaiserpalast mit Wohnung des Feldmarschalls Grafen von Waldersee heruntergebrannt ist. Feldmarschall mit knapper Not gerettet, General von Schwarzhoff vermißt. Brandstiftung wahrscheinlich. Euere Exzellenz werden die Güte haben, umgehend per Ultimatum gegen die chinesische Regierung vorzugehen und die Schadenersatzsumme in von mir früher bestimmter voller Höhe unter Androhung militärischer Gewalt zu fordern. Vermutlich werden die Russen die Chinesen aufgehetzt haben.

(gez.) Wilhelm I. R.

Nr. 4898

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 22 Berlin, den 18. April 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät allergnädigstes Telegramm * habe ich mit ehrfurchtsvollem Dank erhalten. Wie tief beklagenswert ist der Tod des Generals von Schwarzhoff, eines so ausgezeichneten Offiziers. Gott sei Lob und Dank, daß der Feldmarschall aus schwerer Gefahr gerettet worden ist.

Auch ich bin der Ansicht, daß die Gelegenheit benutzt werden muß, um China noch schärfere Daumschrauben anzusetzen, nur möchte ich ehrfurchtsvollst vorschlagen, hierüber vor allem die Ansicht des Generalfeldmarschalls einzuholen **. Insbesondere würde durch Graf Waldersee noch festzustellen sein, ob eine Brandstiftung von chinesischer Seite wirklich vorliegt, und vor allem wie die militärischen Chancen für ein isoliertes deutsches Vorgehen gegen China liegen. Die gegen-

---

* Siehe Nr. 4897.

** Vgl. den von Graf Waldersee am 20. April erstatteten Bericht. Denkwürdigkeiten a. a. O. III, 126 ff. Es heißt darin über die Entstehung des Brandes: „Über die Entstehung des Brandes habe ich sofort eingehendste Untersuchung angeordnet. Sie liegt mir abgeschlossen vor, und bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß böswillige Brandstiftung durch Chinesen nicht vorliegt."

wärtige allgemeine Konstellation steht so, daß wir bei einem militärischen Vorgehen zurzeit auf die Unterstützung keiner anderen Macht zu rechnen haben würden. Rußland würde uns in dieser Richtung nur Schwierigkeiten machen. England hat auf das bestimmteste erklärt, daß es sich auf keine weiteren militärischen Exkursionen einlassen werde; Frankreich wird, sobald wir uns in irgendwelchen Gegensatz zu Rußland und England stellen, jedenfalls nicht mit uns sein; Amerika hat Petschili bereits nahezu evakuiert; von Japan, welches in seiner Finanznot Rußland neuerdings direkt um Hülfe angegangen haben soll, ist eine aktive Mitarbeit nicht zu erwarten, zumal solange dort Itô am Ruder ist.

Eine größere Entschädigungssumme zu zahlen, ist China augenblicklich außerstande aus Mangel an baren Mitteln. Um solche aufzubringen bietet sich nur der Weg einer Anleihe. Dazu bedarf es wiederum eines gemeinsamen Vorgehens wenigstens einiger der europäischen Großmächte. Sowie wir mit einer Separatforderung bei China auftreten wollten, würde letzteres dies sofort benutzen, um sich hinter andere Mächte zu stecken, und wir würden, ohne etwas zu erreichen, nur unsere Chancen verringern. Im Wege eines einseitigen Vorgehens würde es uns, soweit sich die Verhältnisse von hier aus übersehen lassen, schwerlich gelingen, erheblichere Geldsummen direkt in unsere Gewalt zu bekommen, noch auch die Chinesen zu größeren Zahlungen an uns zu zwingen. Dagegen würden wir durch einen vergeblichen Versuch an unserer Stellung und an unserem Prestige Einbuße erleiden. Darüber, ob es etwa möglich wäre, vermittels einer Aktion manu militari unsere Entschädigungsforderungen zu einem Teil direkt einzutreiben, möchte ich dem Urteil Euerer Majestät Generalfeldmarschalls nicht vorgreifen*.

Bülow

Nr. 4899

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 191 — Berlin, den 20. April 1901

Graf Osten-Sacken hat hier auf telegraphische Weisung Übernahme einer Garantie à trois seitens Deutschlands, Frankreichs und Rußlands für eine chinesische Anleihe in Höhe der für diese drei Mächte von China zu fordernden Entschädigungssummen vorgeschla-

* Auf die Vorstellungen des Reichskanzlers verzichtete Kaiser Wilhelm II., zumal da sich der Verdacht einer Brandstiftung nach den Meldungen Graf Waldersees nicht bestätigte, auf die Durchführung des in der ersten Aufwallung verfügten Ultimatums.

gen. Andere Mächte sollten auf Wunsch sich später anschließen können.

Wir haben die russische Regierung zunächst um Angabe näherer Details insbesondere auch darüber gebeten, welche chinesischen Einkünfte dem Dienste der projektierten garantierten Anleihe zu affektieren seien, und wie diese Einkünfte von denjenigen abzutrennen seien, welche China den nicht an der Garantie beteiligten Mächten zu überweisen haben würde.

Ich stelle Ew. pp. Erwägung anheim, ob Sie es für zweckdienlich halten, dies ganz vertraulich an Lord Lansdowne mitzuteilen.

Bülow

Nr. 4900

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für den Herrn Reichskanzler — London, den 20. April 1901

Telegramm Nr. 191 * erhalten und habe Inhalt der mir erteilten Ermächtigung entsprechend ganz vertraulich bei Lord Lansdowne verwertet. Der Minister sprach seinen Dank für die Mitteilung aus, die ihm offenbar einen gewissen Eindruck machte. Er drückte die Hoffnung aus, daß wir auf den russischen Vorschlag nicht eingehen würden [1], welcher die bedenklichsten Folgen für die Erhaltung der Einigkeit unter den in China beteiligten Mächten haben würde, und ließ dann durchblicken, daß er sich die Sache noch näher überlegen wolle und mir dann eine weitere Mitteilung darüber zu machen hoffe. pp. **

Hatzfeldt

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Nachdem England unsere so maßvollen und wohlbegründeten Vorschläge in der Entschädigungsfrage mit Unhöflichkeit abgelehnt hat

Nr. 4901

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 20. April 1901

Nach dem anliegenden telegraphischen Sitzungsbericht des Herrn von Mumm *** unter Nr. 3 erbitten die Gesandten in Peking telegra-

* Siehe Nr. 4899.
** Den Schluß des Telegramms siehe in Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 5002.
*** Hier nicht abgedruckt.

phische Zustimmung ihrer Regierungen dazu[1], den Kontingentskommandeuren schriftlich zu erklären, sie hielten eine teilweise Zurückziehung der Truppen schon jetzt für möglich, die gänzliche Räumung jedoch erst nach Erfüllung der Artikel 2 (Bestrafung und Einstellung der Beamtenprüfungen) und 10 (kaiserliche Schutz- und Warnungsedikte) und ferner nicht eher, als bis die chinesische Regierung die ihr von den Mächten noch anzugebenden Grundzüge für die Erfüllung der Entschädigungspflicht, nämlich die Gesamtsumme und den Modus ihrer Zahlung angenommen habe.

Sachlich dürfte gegen diese vorsichtige Formulierung, die unserm bisherigen Standpunkt nichts vergibt, wie Herr von Mumm wohl mit Recht hervorhebt, nichts einzuwenden sein. Andererseits wäre es mißlich, wenn wir allein unsere Zustimmung versagen wollten[2].

Darf Herrn von Mumm die erbetene Ermächtigung für den Fall der Zustimmung der übrigen Großmächte erteilt werden[2]?

(Die österreich-ungarische Regierung hat hier um Mitteilung unserer Entschließung gebeten, da sie sich nach uns richten wolle.)

Richthofen

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Einverstanden B.
[2] ja

Nr. 4902

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 312 London, den 20. April 1901

Als ich vor einigen Tagen Telegramm Nr. 188* bei Lord Lansdowne verwertete, sagte mir derselbe, daß er die Gefahr, daß zu beträchtliche Ausfälle für manche Mächte ein willkommenes Pressionsmittel abgeben könnten, um zu gelegener Zeit von China allerlei Sondervorteile zu erzwingen, vollständig einsehe. Er werde dafür dem Kabinett anempfehlen, sich dem amerikanischen Vorschlag gegenüber ablehnend zu verhalten.

---

* Siehe Nr. 4896.

Trotzdem der amerikanische Botschafter, wie ich vertraulich erfahre, in den letzten Tagen wiederholt auf das eindringlichste versucht hat, Kabinettsmitglieder für den amerikanischen Standpunkt zu gewinnen, hat Lord Lansdowne in der gestrigen Kabinettssitzung durchgesetzt, daß man englischerseits dem amerikanischen Vorschlag nicht nähertritt.

Wie der Minister mir heute sagt, sei er besonders nach Empfang der letzten Sitzungsberichte aus Peking der Ansicht, daß es vielleicht am besten wäre, wenn zunächst die Totalsumme sämtlicher Forderungen der Mächte g e n a u festgestellt und dann den Chinesen behufs Äußerung, inwieweit sie imstande seien, diese Summe aufzubringen, mitgeteilt würde. Von den Chinesen sei eine Erklärung zu verlangen, wieviel sie etwa gleich zahlen könnten und wieviel allmählich, und welche Maßnahmen sie zur Deckung dieser Forderungen vorzuschlagen hätten. Die Antwort der Chinesen würde dann von der Gesandtenkonferenz in Peking zu beraten und eventuell Gegenvorschläge zu machen sein [1].

Sollte es sich herausstellen, daß die Chinesen die verlangte Totalsumme nicht aufbringen können, ohne daß dadurch der Handel geschädigt würde [2], so könnte man dann vielleicht versuchen, zu einem Kompromiß zu gelangen, und in den Forderungen etwas nachlassen.

Was die Zurückziehung der Truppen betrifft, so ist Lord Lansdowne dafür, daß entsprechend dem letzten Vorschlag der Gesandtenkonferenz jetzt schon der Anfang gemacht würde, einen Teil der Kontingente zurückzuziehen. Das Gros müsse jedoch so lange in Tschili verbleiben, bis Artikel 2 und 10 der Kollektivnote erfüllt wären, sowie eine Erklärung seitens der Chinesen erreicht sei, daß sie die eventuell vereinbarte Summe der Entschädigungen gleich oder gradatim unter Hinzuziehung gewisser zu bezeichnender Hilfsquellen zahlen würden. Der Minister bemerkte dabei, es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß eine von den Chinesen i n G e l d s a c h e n abgegebene schriftliche Erklärung dem chinesischen Brauche entsprechend von denselben strikte befolgt werden würde.

In der Frage der Festsetzung der Stärke der Gesandtschaftswachen bemerkte Lord Lansdowne, daß er eventuell gern bereit sein würde, Satow zu instruieren, sich dem Standpunkt seines deutschen Kollegen, wie er im letzten Sitzungsbericht niedergelegt sei, anzuschließen.

H a t z f e l d t

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Wird dadurch die ganze Frage nicht noch mehr in die Länge gezogen?

[2] !

Nr. 4903

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 129 Berlin, den 21. April 1901

Zur vertraulichen Information.

Graf Osten-Sacken hat hier auf telegraphische Weisung Übernahme einer Garantie à trois seitens Frankreichs, Deutschlands und Rußlands für eine chinesische Anleihe in Höhe der für diese drei Mächte von China zu fordernden Entschädigungssumme vorgeschlagen. Andere Mächte sollten auf Wunsch sich später anschließen können. Wir haben die russische Regierung zunächst um Angabe näherer Details, insbesondere auch darüber gebeten, welche chinesischen Einkünfte dem Dienste der projektierten garantierten Anleihe zu affektieren seien, und wie diese Einkünfte von denjenigen abzutrennen seien, welche China den nicht an der Garantie beteiligten Mächten zu überweisen haben würde.

Abgesehen von dieser finanztechnischen Schwierigkeit gibt der russische Vorschlag auch Anlaß zu ernsten politischen Bedenken. Trotz aller Ableugnungen kann man mit der Tatsache rechnen, daß in Rußland ein dringendes Geldbedürfnis vorhanden ist. Der russische Kredit würde im Augenblick jedoch die Aufnahme einer neuen Anleihe nur unter solchen Bedingungen ermöglichen können, welche den Kurs der alten russischen Anleihen fühlbar drücken und dadurch Mißstimmung in Frankreich hervorrufen würden. Die von Rußland gewünschte Kollektivgarantie Deutschlands und Frankreichs für einen Betrag von mehreren hundert Millionen Mark würde daher den russischen Finanzen von erheblichem Nutzen sein, abgesehen von der politisch für Rußland nützlichen, für England und Japan entmutigenden Wirkung, welche das Wiederauftauchen des ostasiatischen Dreibundes von 1895 zur natürlichen Folge haben müßte. Anderweite Symptome gestatten den Schluß, daß gerade diese politische Wirkung in Petersburg keineswegs außer Berechnung gelassen ist. Eine Entfremdung von England und Japan würde für Deutschland bei der Unsicherheit der herrschenden Strömungen in Rußland und Frankreich nicht gerade erwünscht sein. Andererseits aber ist es angesichts der schroff ablehnenden Haltung, welche England bisher bei den Erörterungen der Entschädigungsfrage gezeigt hat, für uns nicht ratsam, den russischen Vorschlag, an dessen Annahme durch uns sich wahrscheinlich mancherlei russische Konzessionen knüpfen würden, kurzer Hand zurückzuweisen, wenn auch eine Verständigung mit England auf vernünftiger Basis wünschenswerter sein würde, falls erreichbar.

Ich halte es bei jetziger Sachlage nicht für zweckdienlich, wenn Ew. von sich aus die Initiative der Mitteilung und Besprechung des russischen Vorschlags nehmen, außer etwa gegenüber Ihrem englischen Kollegen. Ich stelle anheim, ob Sie diesem einen ganz vertraulichen Wink im Sinne des Vorstehenden geben zu können glauben, ohne daß er durch den Argwohn verstimmt wird, Sie wollten damit einen Druck auf die Entschließungen der englischen Regierung ausüben. Letztere schlägt übrigens neuerdings einen versöhnlicheren Ton an. Lord Lansdowne hat dem Grafen Hatzfeldt gestern gesagt, er habe dem Kabinett die Ablehnung des amerikanischen Vorschlags — Beschränkung auf 40 Millionen Pfund — empfohlen. (Die Ablehnung soll auch, wie Graf Hatzfeldt unter der Hand erfahren hat, tatsächlich beschlossen worden sein.) Der Minister hat ferner gesagt, er sei besonders nach Empfang der letzten Sitzungsberichte aus Peking der Ansicht, daß es vielleicht am besten wäre, wenn zunächst die Totalsumme sämtlicher Forderungen der Mächte genau (d. h. wohl unter Zugrundelegung der wirklich gehabten Ausgaben) festgestellt und dann den Chinesen behufs Äußerung, inwieweit sie imstande seien, diese Summen aufzubringen, mitgeteilt würde. Von den Chinesen sei eine Erklärung zu verlangen, wieviel sie etwa gleich zahlen könnten, und wieviel allmählich, und welche Maßnahmen sie zur Deckung dieser Forderungen vorzuschlagen hätten. Die Antwort der Chinesen würde dann von der Gesandtenkonferenz in Peking zu beraten und eventuell Gegenvorschläge zu machen sein. Sollte es sich herausstellen, daß die Chinesen die verlangte Totalsumme nicht aufbringen können, ohne daß dadurch der Handel geschädigt würde, so könnte man dann vielleicht versuchen, zu einem Kompromiß zu gegelangen, und in den Forderungen etwas nachlassen.

Diese letztere Einschränkung des englischen Ministers ist allerdings danach angetan, die Chinesen zu einer möglichst niedrigen Normierung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu ermutigen. Um dem entgegenzuwirken, dürfte es sich empfehlen, wenn Ew., sobald die Entschädigungsfrage zur direkten Verhandlung mit den Chinesen kommt, einigen Großwürdenträgern sowohl in Peking als am Jangtse vertraulich mitteilen lassen: Mehrere Chinakenner von hoher Autorität hätten der deutschen Regierung übereinstimmend erklärt, die Großmandarine Chinas würden imstande sein, sich mit mehreren hundert Millionen an der Kriegskontribution zu beteiligen, und es empfehle sich daher, daß die deutsche Regierung den chinesischen Hof darauf hinweise. Die deutsche Regierung habe aber bisher nicht die Absicht, diesem Rate zu folgen, da sie glaube, daß auch ohne dieses Zwangsverfahren die Finanzquellen Chinas für die ihnen gestellten Aufgaben genügen würden.

Zunächst werden wir jetzt an Lord Lansdowne unsere Zustimmung zu dem Gedanken mitteilen, daß die Fixierung der einzelnen

Forderungen möglichst bald herbeizuführen und die Totalsumme alsdann den Chinesen zur Äußerung mitzuteilen sein wird.

Richthofen

Nr. 4904

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 194 Berlin, den 22. April 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 312*.

Dem Gedanken Lord Lansdownes, daß zunächst genaue Fixierung der Forderungen der einzelnen Mächte baldmöglichst herbeizuführen und dann die Totalsumme den Chinesen zur Äußerung darüber mitzuteilen sei, wieviel sie gleich zahlen könnten und wieviel allmählich und unter welchen Deckungsmaßnahmen, können wir nur beipflichten.

Die von Lord Lansdowne mit Recht betonte Notwendigkeit genauer Feststellung der Forderungen — d. h. wohl unter Zugrundelegung der wirklichen Ausgaben — wird um so wichtiger sein, falls sich bei gewissenhafter Prüfung der chinesischen Zahlungsvorschläge tatsächlich die Unmöglichkeit der vollen Befriedigung herausstellen sollte. Nach vertraulichen Meldungen des Herrn von Mumm und andren Anzeichen scheint der Verdacht nicht ungerechtfertigt, daß einzelne Mächte — wir meinen natürlich nicht England — ihre Kalkulationen von vornherein schon so eingerichtet haben, daß sie selbst bei einer beträchtlichen Reduktion nicht nur keinen Schaden leiden, sondern sogar noch Profit haben würden. Wir dagegen haben, nicht ohne Kampf mit unsern inneren Ressorts, unsere Forderung so streng auf die effektiven Aufwendungen beschränkt, daß wir selbst bei Befriedigung in voller Höhe unserer Anmeldung wahrscheinlich noch zu kurz kommen werden. Uns gegenüber wäre also eine einfach prozentuale Reduktion der angemeldeten Forderungen eine direkte Unbilligkeit, die wir uns um so weniger gefallen lassen könnten, als wir nicht in annähernd gleichem Maße wie England — bei dessen so viel stärkeren Handelsinteressen in China — in Handelsvorteilen eine Kompensation finden könnten.

Auf die von Lord Lansdowne weiter berührten Fragen behalte ich mir vor, demnächst zurückzukommen.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4902.

Nr. 4905

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 270 Peking, den 24. April 1901

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 129*.

Sollten die verschiedenen Mächte, was bei Annahme des russischen Vorschlags nicht ausgeschlossen erscheint, verschiedene Zahlungsarten mit China vereinbaren, so wäre allerdings Verteilung der wenig kontrollierbaren Einnahmequellen als Sicherheiten für die einzelnen Zahlungsarten schwer durchführbar.

Für Garantie einer allgemeinen Anleihe ist Japan zu haben, möglicherweise nach der mir freilich einigermaßen zweifelhaft scheinenden Ansicht des amerikanischen Geschäftsträgers** auch Amerika, während allerdings Gefahr vorliegt, daß Japan, das bisher mit uns gegangen, bei Auftauchen des erwähnten Dreibundes kopfscheu wird. Rußland fürchtet wohl steckenzubleiben, wenn bei allgemeiner Anleihe jeder Staat in Höhe seiner Forderungen entsprechenden Anteil für Anleihe liefern müßte.

Totalsumme sämtlicher Forderungen stellt sich auf rund 65 Millionen Pfund Sterling, zu deren Beschaffung nach englischer Ansicht bei nichtgarantierter Aufnahme eine Anleihe im Nominalbetrag von 85 Millionen nötig wäre.

In letzter Sitzung der Finanzkommission sind chinesische Finanzexperten, nämlich Hsu-Shou-Peng und Chow-Fu, Gehilfen von Friedensbevollmächtigten sowie von Finanzminister Natung, über ihre Vorschläge zur Aufbringung einer beispielsweise angenommenen Summe von 450 Millionen Taels gehört worden. Alle verneinten Möglichkeit, irgendeine Summe ohne Anleihe bar zu bezahlen, schlugen als Sicherheiten für Anleihe bzw. Abschlagszahlungen Erhöhung der Seezölle auf 5 Prozent effektiv, Dschunkenzölle und Salzmonopol vor, erklärten, sie würden hocherfreut und dankbar sein, wenn eine weitere Erhöhung der Einfuhrzölle genehmigt würde. Als Zahlungsmodus schlugen sie in erster Reihe Annuitäten vor, sodann, angeregt vielleicht durch mißverstandene russische Einflüsterungen, Abschlagszahlungen an diejenigen Mächte, die damit einverstanden, Barzahlung an die anderen mittels einer Anleihe, die durch sämtliche Staaten zu garantieren sei! Fähigkeit Chinas, die geforderte Zahlung zu leisten, verneinten sie nicht, baten aber um lange Amortisationstermine.

Mumm

---

* Siehe Nr. 4903.
** H. G. Squiers.

Nr. 4906

*Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow**

Privatbrief. Ausfertigung

Peking, den 24. April 1901
[eingetroffen am 7. Juni]

pp. Wir stecken bis über die Ohren in der Indemnitätsfrage, ohne daß ich bisher „Land" sehe. Das einfachste Mittel zur Befriedigung wären offenbar die Seezölle, aber dagegen sträubt sich England mit Energie, da es die Zollerhöhung als Kompensationsobjekt bei späteren Verhandlungen verwerten will. Bei meinem französischen Kollegen finde ich in fast allen Fragen wertvolle Unterstützung, wie überhaupt das Verhältnis der Deutschen und Franzosen hier draußen ein überraschend gutes ist. Neben der Hebung des deutschen Einflusses in Ostasien wird die Besserung der Beziehungen zu unserem interessanten westlichen Nachbar eins der bleibenden Ergebnisse der Chinaexpedition sein. Die Amerikaner mit ihrem Vorschlag, die Gesamtentschädigungsforderungen auf 40 Millionen Pfund zu begrenzen, sind rechte Heuchler. Sie haben mit ihren 25 Millionen Golddollars so unverschämt viel gefordert, daß sie auch bei der Reduktion auf die Hälfte noch immer einen hübschen Profit machen würden, während die Mächte, welche nur ihre wirklichen Ausgaben verlangt haben, bei einer Reduktion direkt zu kurz kommen würden. Auch die italienische Forderung, bei der auf den herausgesandten Mann ungefähr 2000 Pfund (!) kommen, zeichnet sich nicht gerade durch Bescheidenheit aus. Mit demselben Maßstab gemessen würden wir ungefähr 800 Millionen Mark beanspruchen können. Uns aber wird stets sorgfältig auf die Finger gepaßt, insbesondere von unseren angelsächsischen Vettern, und Sir Ernest Satow rechnet mir täglich vor, welche Beträge in unseren beiden Nachtragsetats — Kiautschou pp. — von Rechts wegen nicht von China zurückverlangt werden dürften. Überhaupt flickt uns die englische und amerikanische Presse am Zeug, wo sie kann, und die Schuld an allem schiebt sie immer uns in die Schuhe. Meine angeblichen Differenzen (!) mit dem Feldmarschall sind eine Laffansche** Erfindung, und Reuter faselt von Festungswerken, die die Kaiserliche Gesandtschaft aufwirft, und von der Blutgier des in der betreffenden Kommission beiläufig gar nicht vertretenen und an der Frage auch sonst nicht interessierten deutschen Gesandten bezüglich der Provinzbestrafungen. Den de facto von den Boxern ausgebrannten Pekingklub im Werte von 300 000 Taels — etwa das Zehnfache des wirklichen Wertes — soll die Deutsche Gesandtschaft

* Hier eingereiht, obwohl erst am 7. Juni in Berlin eingetroffen.
** Herausgeber der „New York Sun".

„gelootet“ haben, und Sir Robert Hart, mit dem ich andauernd die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalte, und mit dem ich auf vertragsmäßigem Wege einen für beide Teile vorteilhaften Geländeaustausch vorgenommen, wird als von Haus und Hof vertrieben dargestellt! Der Geduldige muß viel leiden. pp.

A. v. Mumm

Nr. 4907

Der Oberkommandierende in China Generalfeldmarschall Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 215 — Peking, den 29. April 1901

Die Anfrage des diplomatischen Korps, ob schon jetzt mit partieller Räumung begonnen werden könne, wurde in Konferenz der Generäle verhandelt.

General Voyron erklärte, in 14 Tagen mit der Zurückziehung von 9000 Mann beginnen und in 6 Wochen endigen zu wollen; aus Gesundheitsrücksichten läßt er nur Kolonialtruppen hier. Mit Gaselee und Yamaguchi bin ich der Ansicht, daß partielle Räumung noch nicht zulässig. Italien und Österreich enthielten sich der Äußerung, Rußland war nicht vertreten. Mit mir sind sämtliche Generäle der Ansicht, daß, sobald Indemnität von China angenommen, Räumung erfolgen kann, daß die 2000 Mann in Peking, 6000 Bezirk Tientsin, 3000 Mann Eisenbahnschutz, 1500 Mann Schanhaiguan, im ganzen 12 500 Mann im Verein mit Flotten auf Takureede, Festhaltung Schanghais und Flotten auf Wusungreede vollkommen genügen, um China zu zwingen, die Art der Zahlung der Indemnität anzunehmen. Infolgedessen kommt es darauf an, daß die Höhe der Indemnität den Chinesen sofort mitgeteilt und die Frage der Art der Zahlung getrennt behandelt wird. In Taku sind die Schwierigkeiten der Einschiffung so groß, daß die Räumung nur ganz allmählich vor sich gehen kann und viele Monate erfordern wird.

Waldersee

Nr. 4908

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 145 — Berlin, den 1. Mai 1901

Jetzt, im Gegensatz zu unserm bisherigen, nunmehr von der Mehrheit Ihrer Kollegen angenommenen Standpunkt, ein bloßes Zahlungs-

versprechen als genügende Vorbedingung der Räumung unsererseits ausdrücklich zu erklären, halte ich für bedenklich. Neben der Anerkennung der Zahlungspflicht müßten zum mindesten noch allgemeine Grundlagen für den Modus der Zahlung chinesischerseits angegeben sein. Mit dieser Einschränkung können Ew. pp. die militärische Ansicht des Generalfeldmarschalls unter Berufung auf ihn bei Ihren Kollegen befürworten.

Bülow

Nr. 4909

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 302 Peking, den 7. Mai 1901

Erörterung des Berichts der Finanzkommission * vertagt, um Instruktionen der Regierungen bezüglich der Kommissionsvorschläge abzuwarten.

Russischer, französischer, japanischer sowie persönlich österreichisch-ungarischer Gesandter für eine von allen Mächten solidarisch garantierte Anleihe. Amerikanischer Vertreter meint, seine Regierung werde schwerlich Garantien zustimmen, übrige Gesandte ohne Instruktion.

Französischer Gesandter gibt provisorisch als Maximum der französischen Gesamtforderung bis 1. Juli einschließlich Rücktransport der Truppen 286½ Millionen Franken an, nachher monatlich 6 bis 7 Millionen mehr. Englischer Gesandter erklärt, seine Regierung beabsichtige, dem Beispiele der anderen folgend, auch Marinekosten in Ersatzforderung aufzunehmen, wodurch sich letztere auf etwa 6½ Millionen Pfund erhöhe.

Auf meinen Antrag in Ausführung von Telegramm Nr. 144 ** beschlossen, chinesischen Bevollmächtigten den von uns auf 450 Millionen Taels geschätzten Gesamtbetrag als ungefähre derzeitige Gesamtsumme der erwachsenen Kosten und Schadenersatzansprüche zu bezeichnen und sie zur Äußerung darüber aufzufordern, wie sie diese Schuld zu zahlen gedenken. Amerikanischer, englischer, russischer

* Am 1. Mai war in der zur Prüfung der Entschädigungsfrage von der Gesandtenkonferenz niedergesetzten Finanzkommission der Bericht erstattet worden, in dem die Gesamthöhe der Kosten- und Schadenersatzansprüche der Mächte auf ca. 450 Millionen Taels veranschlagt wurden.

** Durch Telegramm Nr. 144 vom 1. Mai war Gesandter von Mumm angewiesen, bei seinen Kollegen darauf zu dringen, daß endlich die Gesamthöhe der Forderungen ohne Verzug festgestellt und der chinesischen Regierung übermittelt werde.

Gesandter stimmen mit Rücksicht auf ihres Erachtens möglicherweise erforderlich werdende Reduktion nur unter der Reserve zu, daß diese Summe eben nur den Gesamtbetrag der erwachsenen Kosten und Verluste und noch nicht die Forderung an China darstelle. Englischer Gesandter erklärt wiederholt, daß seine Regierung dem amerikanischen Vorschlag einer Reduktion auf 40 Millionen nicht unsympathisch gegenüberstehe. Pichon und Czikann hingegen haben Weisung, denselben abzulehnen. pp.

Mumm

Nr. 4910

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 152 Berlin, den 9. Mai 1901

Nur für Ew. pp. persönlich.

Seine Majestät drängen sehr auf unverzügliche Rückberufung der Panzerschiffe. Mit Rücksicht hierauf bitte ich Ew. pp., Ihr Äußerstes zu tun, um in der Entschädigungsfrage irgendeinen wenigstens vorläufigen Abschluß zu erzielen, durch den die Heimreise des Gros unserer Landtruppen motiviert und damit auch die Zurückziehung des Panzergeschwaders ermöglicht werden kann.

Richthofen

Nr. 4911

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Straßburg i. E.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Berlin, den 10. Mai 1901

Euerer Majestät allergnädigstes Telegramm vom gestrigen Tage* habe ich mit ehrfurchtsvollstem Danke erhalten. Der von Euerer Maje-

---

* Es hieß in dem Telegramm u. a.: „Ich muß nun Mitte Mai definitiv die Linienschiffsdivision heimrufen. Da die Verhandlungen seit November, wo die Rückberufung ins Auge gefaßt worden, nicht weitergekommen sind, so kann nicht länger gewartet werden. Im Juni und Juli sind starke Stürme im Indischen Ocean, und muß derselbe vorher passirt sein. Dann würden die Schiffe in die Reparaturperiode gehn und gerade zum Manöver bei Danzig, wo sie absolut sein müssen, fertig sein.“ Um die gleiche Zeit telegraphierte Kaiser Wilhelm II. an Graf Waldersee: „Anfangs Frühjahr

stät mit Recht beklagte langsame Gang der Verhandlungen über die Entschädigungen liegt nicht an uns — auch Herr von Mumm hat seine Schuldigkeit getan —, sondern an den Schwierigkeiten, welche uns England, Rußland, Amerika, Frankreich und selbst Japan fortgesetzt bereiten. Immerhin ist die Entschädigungsfrage, trotzdem alle diese Mächte uns in keiner Weise dabei unterstützt haben, vorwärtsgerückt, und wir sind eben jetzt im Begriff, in der Hauptsache zu einem gewissen Abschluß zu gelangen, der die Räumung von Petschili im wesentlichen ermöglichen wird. Wie ich Euerer Majestät schon früher hatte darlegen dürfen*, ist ohne Kooperation mit den anderen Mächten für uns von China überhaupt nichts zu erreichen.

Was die Rückkehr der Schlachtschiffe anbelangt, so habe ich mich sofort nach Eingang Euerer Majestät Telegramms mit den zuständigen Stellen, insbesondere Graf Schlieffen, in Verbindung gesetzt. Der Chef Euerer Majestät Generalstabs hat sich im wesentlichen dahin ausgesprochen, daß die Fortnahme des Panzergeschwaders, solange das Gros von Euerer Majestät Expeditionstruppen sich noch auf chinesischem Boden befindet, ihm militärisch in hohem Grade bedenklich erscheine. Von meinem politischen Standpunkt aus kann ich mich ähnlichen Bedenken nicht verschließen. Insbesondere liegt leider die Gefahr vor, daß Euerer Majestät Expeditionstruppen, sobald denselben mit den Panzerschiffen ihr kräftigster Rückhalt genommen ist, von russischer Seite Verlegenheiten bereitet werden können [1]. Sowohl eine mir kürzlich zugegangene private und vertrauliche Mitteilung vom Grafen Alvensleben als auch Nachrichten, die ich über Rom erhielt, bestätigen das Vorhandensein einer uns durchaus nicht günstigen Stimmung in St. Petersburg [2]. Diese schlechte Stimmung beansprucht zurzeit unsere erhöhte Beachtung um deswillen, weil nunmehr die russische 400 Millionenanleihe in Paris abgeschlossen ist, und Rußland sich somit im gesicherten Besitz von neuen Geldmitteln sieht. Wie Herr von Holleben meldet, ist man auch in Amerika bereit, Rußland Geld darzuleihen.

Es ist alle Ursache anzunehmen, daß in der Entschädigungsfrage in den nächsten Wochen [3] ein greifbares Resultat erzielt wird. Im Reichsmarineamt hält man es für möglich, daß Euerer Majestät Panzerschiffe noch rechtzeitig in der Heimat sein können [4], wenn dieselben China anfangs Juli verließen. Bei den so schwerwiegenden militärischen und politischen Bedenken, welche gegen die Trennung

---

angelegtes Kaisermanöver bei Danzig in Aussicht genommen. Dazu Mitwirkung Flotte in großem Stil, Landungsmanöver, Evolutionen etc., brauche Panzerdivision dazu. Zar hat bereits für Flottenmanöver Erscheinen in Aussicht gestellt. Division würde im Laufe des Monats oder Ende Mai zurück müssen. Können Sie dieselbe dann entlassen?" Vgl. Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O. III, 138, Fußnote.

* Vgl. Nr. 4898.

von Expeditionskorps und Panzerflotte sprechen, wage ich Euere Majestät in tiefster Ehrfurcht zu bitten, von der Rückberufung der Flotte im gegenwärtigen Moment noch absehen zu wollen [5].

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wodurch? Die Russen sind eben bis auf den letzten Mann abmarschirt!

[2] sie wird nicht besser je länger wir in China bleiben!

[3] vielleicht auch Monaten?

[4] gänzlich ausgeschlossen für Theilnahme am Manöver

[5] Nein! sie muß im Mai zurück!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ich kann mich in allen Punkten mit obigen Ausführungen nicht ganz einverstanden erklären. Was die Nothwendigkeit der Panzerdivision für die Truppen betrifft, so hat sie mit denselben gar keine Verbindung. Die Schiffe liegen einzeln in entfernten Häfen umher, haben absolut nichts zu thun, und die Mannschaften werden dadurch nicht besser. Wenn das Reichsmarineamt der Ansicht ist, daß die Division rechtzeitig zum Manöver sein kann, wenn sie im Juli China verlässt, so ist das völlig falsch. Das Reichsmarineamt ist nicht in der Lage, über die taktische militärische Verwendbarkeit der Schiffe im Geschwaderverbande zu urtheilen, und ist das auch nicht seine Aufgabe; letztere liegt nur auf dem Gebiete der Erhaltung derselben, des Baues und der Verwaltung. Auf Grund von mir eingezogener Meldungen ist für die Rückfahrt, — da sie in die schlechte Jahreszeit fällt, — 2 Monate anzusetzen, danach im heimischen Hafen mindestens 14 Tage — 3 Wochen Reparaturen. Danach braucht S[eine] K[önigliche] H[oheit] Prinz Heinrich die Division wenigstens 4 Wochen im Geschwader, um sie mit der anderen einzufahren und Evolutioniren. Denn ein Seemanöver im Geschwader vor Mir ist ausgeschlossen, wenn eine Division im Golf von Petschili, die andere vor Kiel ausgebildet ist, das hätte Adm[iral] v. Tirpitz Ew. Exzellenz auch sagen können. Den Collisionsgefahren dürfen die Schiffe und S[eine K[önigliche] H[oheit] nicht ausgesetzt werden, und das geht nur durch Exerziren im Geschwaderverbande, was in China nicht geübt werden kann, also in der Heimath nachgeholt werden muß. Obige Berechnung ergiebt knapp 3 Monate, wenn alles ohne Anstand geht; es muß die Division im Mai zurück, das ist mein auf militärischen Gründen basirter wohlüberlegter Wille! Erklären Ew. Exzellenz sich aus politischen Gründen, nach diesen Ausführungen, doch noch absolut dagegen, dann muß ich das Kaisermanöver absagen und den Zaren wieder ausladen; denn mit dem elenden Rest in der Heimath ist nichts ordentliches zu machen! Ob dieses Verfahren in Russland, wo — wie Ew. Exzellenz melden — grade die Stimmung gegen uns unfreundlich ist, [diese] verbessern wird, überlasse ich Ihnen zu beurtheilen. Truppen haben die Russen in Petschili keine mehr, die letzten sind gestern von unsren Soldaten feierlich fortescortirt worden; der Oberkommandirende ist nach Port Arthur fort. Also uns zu schädigen ist keine Gelegenheit. Ihre Stimmung wird sich aber nach allem, was ich weiß, wesentlich verbessern, wenn sie sehen, daß auch wir Räumungsvorbereitungen und den Anfang zum Räumen machen, und das ist die Heimrufung unserer Schiffe. Dieselben haben weder England noch Japan noch Amerika oder Russland uns gegenüber gefügig oder liebenswürdig gemacht, trotz ihrer 6 monatlichen Anwesenheit. Sie ändern an den Verhältnissen durch ihr Verbleiben bestimmt nichts mehr. Daß Russland auf uns schlecht zu sprechen ist, ist ja leider seit etwa 1½ Jahren leider nichts neues; hat aber verschiedene Gründe. Neben China ist noch ein anderer. Prinz Engalitscheff hat vor einiger Zeit vor Zeugen laut erklärt: „Wenn

Deutschland nicht bald sich aus Kleinasien hinausscheert und die Finger von der Bagdadbahn läßt, dann erklären wir ihm in 2 Jahren den Krieg." Unter diesen Umständen ist ein Anfang mit Zurückziehung geboten, und unsere Schiffe sind zu Hause nöthig. Die 400 Mill[ionen]* werden vielleicht zum Theil zum Hindern unsrer Bagdadbahn und unsres Einflusses in der Türkei benutzt werden.

Nr. 4912

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Straßburg i. E.

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 36 Berlin, den 11. Mai 1901

Euerer Majestät allergnädigste Verfügung auf mein Telegramm vom 10. d. Mts. habe ich mit ehrfurchtsvollstem Dank erhalten. Ew. Majestät wissen, daß die Rückberufung des Panzergeschwaders auch mein aufrichtigster Wunsch ist. Ich werde alles, was irgend in meinen Kräften steht, tun, um Ew. Majestät noch im Laufe dieses Monats die Rückberufung des Panzergeschwaders und des Gros des Expeditionskorps zu ermöglichen. Im einzelnen darf ich mir ehrfurchtsvollst vorbehalten, Ew. Majestät alleruntertänigsten Vortrag zu erstatten, wenn ich Ew. Majestät huldvoller Erlaubnis gemäß mich bei Ew. Majestät in Urville am 17. d. Mts. melden darf.

Bülow

Nr. 4913

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 155 Berlin, den 11. Mai 1901

Von unserm Standpunkte aus kommt es jetzt darauf an, daß möglichst schnell jeder Staat über den ihm geschuldeten Betrag ein formelles Schuldanerkenntnis der chinesischen Regierung erhält. Verpflichtet sich die chinesische Regierung außerdem zugleich zu einer Verzinsung dieses Schuldbetrags, so würden wir erstens uns mit einem mäßigen Zinsfuß begnügen und zweitens in einer derartigen formellen Verpflichtung die Basis für den Räumungsbeginn unsererseits finden

---

* D. h. die neuerdings von Frankreich an Rußland bewilligte Anleihe.

können. Die nähere Ausgestaltung hinsichtlich der Amortisation des Kapitals sowie der Garantien für Zins- und Amortisationszahlung könnte in weiteren Verhandlungen nachfolgen.

Richthofen

Nr. 4914

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 49 Berlin, den 11. Mai 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 83*.

Wir haben seit längerer Zeit alle Anstrengungen gemacht, um England für eine derartige Erhöhung der Seezölle zu gewinnen, ohne daß bis jetzt der englische Widerspruch überwunden worden wäre. Wenn die französische Regierung nunmehr in derselben Richtung wirken will, so können wir ihrer Aktion, die uns früher als Unterstützung besonders willkommen gewesen wäre, auch jetzt noch besten Erfolg wünschen.

Richthofen

Nr. 4915

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 305 Peking, den 10. Mai 1901
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 152**.

Werde alles tun, um chinesische Bevollmächtigte zur baldmöglichsten Abgabe einer genügenden Antwort auf unser in Telegramm Nr. 302*** gemeldetes Schreiben zu bestimmen, obwohl bei dem chinesischen Charakter zunächst nur ausweichende Erklärungen zu erwarten sind. Zur Beschleunigung würde es vielleicht beitragen, wenn ich zu der bestimmten Erklärung ermächtigt würde, daß nach Eingang einer befriedigenden Antwort an Rückzug unserer Truppen gedacht werden würde[1].

---

* Laut Telegramm Nr. 83 vom 11. Mai hatte sich Minister Delcassé gegenüber Fürst Radolin für eine Erhöhung der Seezölle auf 10% ausgesprochen.
** Siehe Nr. 4910.
*** Siehe Nr. 4909.

Sicherer wäre es freilich, wenn unter den Mächten schon jetzt über Zahlungsart und Sicherheiten eine Einigung erzielt würde, zu deren Herbeiführung zumeist eine Einwilligung Englands in Zollerhöhung beitragen würde[2]. Mumm

---

Bemerkung des Grafen Bülow am Kopfe des Schriftstückes:
Danach scheinen die Schwierigkeiten noch immer hauptsächlich bei England zu liegen! B. 13/5
Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Eine solche Erklärung könnte ich bei Seiner Majestät erbitten.
[2] !

Nr. 4916

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 308 Peking, den 11. Mai 1901

In soeben eingegangener Note akzeptieren chinesische Bevollmächtigte den Betrag der 450 Millionen Taels und schlagen dessen Tilgung unter Außerachtlassung der Zinsen innerhalb von 30 Jahren vom Juli 1902 ab durch jährliche Zahlung von 15 Millionen vor, welche Summe sie als Grenze von Chinas finanzieller Leistungsfähigkeit bezeichnen. Zur Aufbringung der 15 Millionen wollen sie 10 Millionen aus Salzmonopol, 3 aus Dschunkenzöllen und 2 aus Likin nehmen.

In Berücksichtigung von Chinas Finanzlage bitten Bevollmächtigte schließlich, wenn angängig, eine Reduzierung der Summe von 450 Millionen in Betracht ziehen und zur Deckung des Ausfalls der Staatseinnahmen Erhöhung der Seezölle um ein Drittel gestatten zu wollen.

Mumm

Nr. 4917

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Urville, an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Urville Schloß, den 14. Mai 1901

Sehr erfreut über Mitteilung die Kriegskostenzahlung Chinas betreffend*. Heute lief Bericht Grafen Waldersees hier ein**, daraus fol-

---

* Durch Telegramm des Reichskanzlers vom 14. Mai war Kaiser Wilhelm II. von der Annahme der Kriegsentschädigungsforderung von 450 Millionen Taels (vgl. Nr. 4916) in Kenntnis gesetzt worden.
** Gemeint ist der in den Denkwürdigkeiten Graf Waldersees (a. a. O. III, 114 ff) abgedruckte Bericht vom 28. März 1901. Vgl. Nr. 4882, Fußnote *.

gendes als Hauptsache: Infolge sechsmonatlicher eingehender Beobachtung kommt der Feldmarschall zu dem Resultat, daß England ganz allein die Abschließung des Friedens verhindert[1]. Alle anderen Nationen in ihren militärischen wie diplomatischen Vertretern einig, daß Friedensschluß eilig nötig und Abmarsch dringend zu wünschen. Allein England sei dagegen[2]. Seine beiden Vertreter gäben sich nicht die geringste Mühe zur Herbeiführung der Beendigung und täten nichts. Gaselee sei äußerlich sehr zuvorkommend und erkenne scheinbar Oberkommando an, aber nur, wenn es sich Rußland gegenüber um etwas handelt[3]. Er überschwemmt Oberkommando mit Anfragen, Bitten und Anträgen, sowie es sich um Differenzen mit Rußland[4] handelt. Sonst nimmt er keine Notiz von ihm. England sei in eine stetig wachsende Spannung mit Rußland geraten, vor dem es Angst[5] habe, und dem gegenüber es — in China wenigstens — als mit uns alliiert erscheinen will[6], wenn auch nur in Form gemeinschaftlicher Kommandoführung. Daher will England nichts von Räumung wissen[7] und hegt den lebhaften Wunsch, daß wir möglichst starkes Kommando in Tschili belassen, um Rußland zu ärgern und dessen Zorn auf uns abzulenken[8], während England heimlich in St. Petersburg gegen uns schürt und uns als die Begehrlichen darstellt[9], welche China nicht verlassen wollen. Daher die Gereiztheit Rußlands gegen uns. Es sei absolut nötig, möglichst bald mit Räumung zu beginnen[10]. Das erschrecke einerseits England, welchem gezeigt werde, daß wir seine Geschäfte — vor allem seine Vertretung gegen Rußland — nicht besorgen, zum anderen beruhige es Rußland. Zu dem sei die Temperatur stark im Steigen und in vier Wochen Regenzeit. Von Mitte Mai an sei auf 40 Grad Hitze zu rechnen und danach im Regen auf Dysenterie und Typhus mit schweren Verlusten[11]. Er bitte daher dringendst, mit Abrücken zu beginnen, sobald Indemnitätszahlung seitens Chinas zugestanden. Ich bin völlig einverstanden und habe das dem Feldmarschall telegraphiert[12]. Es sind wieder die infamen falschen Briten, die den Zusammenstoß mit Rußland scheuend uns dazwischen schieben wollen. Daher müssen wir fort, sobald als möglich[13], und die beiden allein lassen.

Wilhelm I. R.

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Das haben auch wir hier seit Monaten vermutet

[2] Es liegt im englischen Interesse, die chinesische Wunde offen zu lassen, um die Aufmerksamkeit von Afrika abzulenken, und solange es durch den afrikanischen Krieg gelähmt ist.

[3] richtig

[4] richtig! dies trat namentlich und in gradezu naiver Form nach dem Besuch Seiner Majestät in England (Februar d. Js.) in die Erscheinung.

[5] Das ist freilich der Schlüssel für die englische Chinapolitik

[6] Das darf aber nicht pro nihilo der Fall sein, sondern nur gegen reale englische Gegenleistungen

[7] natürlich
[8] sehr richtig!
[9] plus que prodable
[10] ja!
[11] wenn wir es dahin kommen lassen, erhebt sich in Deutschland ein wahrer Sturm gegen die Leitung unserer auswärtigen Politik.
[12] gut!
[13] ja!

Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:

1. Ich bitte mir für die oben angegebene Rücksprache * den Entwurf eines Telegramms an Seine Majestät mitzubringen, in welchem ich für diese hochinteressante Mitteilung danke, deren Inhalt Seiner Majestät und meine Wahrnehmungen und Vermutungen bestätigte. Ich stelle zur Erwägung, ob hieran Anträge wegen Abberufung des Gros des Expeditionskorps zu knüpfen sind.

2. Die Hauptsache ist, daß das Gros des Expeditionskorps nicht nur aus Petschili, sondern ganz aus China zurückgezogen wird. Ich bitte, mir umgehend die durchschlagendsten Gründe gegen das Belassen eines größeren Truppenverbandes in Kiautschou und Schantung zusammenzustellen.

3. Unser Abzug ist seiner Zeit nach London ohne jede Spitze oder Mißtrauen gegen England, mit rein sachlich-hygienischer Motivierung, nach St. Petersburg in freundlicher Form und unter Anknüpfung an das, was wir dort immer erklärt haben, mitzuteilen.

4. Wegen Behandlung in unserer Presse behalte ich mir Bestimmung vor.

B. 15/5

Nr. 4918

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Urville

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 37 Berlin, den 15. Mai 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bitte ich meinen ehrfurchtsvollsten Dank zu Füßen legen zu dürfen für die in dem gnädigen Telegramm von gestern ** enthaltenen hochinteressanten Mitteilungen, welche Euerer Majestät frühere Wahrnehmungen und Vermutungen bestätigen. Es liegt offenbar im englischen Interesse, die chinesische Wunde offenzuhalten, um die Aufmerksamkeit von Südafrika abzulenken, solange England durch den dortigen Krieg gelähmt ist. Der Schlüssel für Englands Chinapolitik ist in der Tat in seiner Angst vor Rußland zu suchen, dem gegenüber es uns ausspielen möchte, wie dies in geradezu naiver Form namentlich nach Euerer Majestät Besuch in England im Februar d. Js. in die Erscheinung trat. Natürlich dürfen wir uns nicht in dieser Weise ausnutzen lassen und jedenfalls nicht ohne vollwichtige und reale Gegenleistungen Englands. Selbst

---

* Zu dieser waren gebeten: Frh. von Richthofen, von Holstein, von Mühlberg und Klehmet.

** Siehe Nr. 4917.

ein deutsch-englisches Bündnis, welches in seiner Betätigung lokal auf China beschränkt wäre, würden wir trotz etwaiger scheinbar verlockender Kompensations-Anerbietungen ablehnen müssen.

Sehr richtig scheint mir deshalb auch die Bemerkung, daß das weitere Verbleiben des Gros des Expeditionskorps in China, auch abgesehen von den vorliegenden sanitären Gründen, nicht mehr in unserm Interesse liegt, weil es die Russen unnötig reizen und uns lediglich zum Puffer zwischen Rußland und England machen würde. Euere Majestät treffen hinsichtlich der politischen Gesamtlage den Nagel auf den Kopf mit dem Schlußwort des Telegramms, daß wir nunmehr England und Rußland in China allein lassen und zu diesem Zweck den Abzug unserer Truppen für die allerkürzeste Frist ins Auge fassen müssen.

Die Umstände haben sich nach den letzten Nachrichten hierfür günstig gestaltet. China hat die gesamte Kriegskostenforderung von 450 Millionen einfach angenommen, und England hat begriffen, daß seine bisherige Politik uns gegenüber nicht verfängt, und hat sich deshalb endlich entschlossen, einen greifbaren Vorschlag zur Aufbringung der Kriegskosten zu machen. Nach diesem Vorschlag soll jeder Staat über die volle Höhe seiner Forderung von China Bonds ausgestellt erhalten, die mit 4 % zu verzinsen und mit mindestens ½ % jährlich zu amortisieren sind. Die Mittel zur Zahlung dieser Zins- und Amortisationsbeträge würde China aus der Salzsteuer, den Dschunkenzöllen und aus einer mäßigen Erhöhung der Seezölle zu entnehmen haben. Auf der Basis dieses Vorschlags, über desssen nähere Ausgestaltung wir noch mit London verhandeln, dürfte sich die Aussicht eröffnen, daß wir mit einiger Sicherheit allmählich wieder zu unserm Gelde kommen. Es wird hoffentlich nur noch einer ganz kurzen Frist bedürfen, um den Vorschlag in seinen Einzelheiten näher festzulegen und bei der chinesischen Regierung die Annahme des Vorschlags durchzusetzen. Alsdann wird dem unverzüglichen Abmarsch der deutschen Truppen aus China wie der Heimberufung des Panzergeschwaders nichts mehr im Wege stehen.

Bülow

Nr. 4919

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 314 Peking, den 14. Mai 1901

In der Generalkonferenz ist in Aussicht genommen worden, während der Übergangszeit der nächsten Jahre in Provinz Tschili zu be-

lassen von England, Frankreich, Japan und Deutschland je 2600[1] und von Italien etwa 700 Mann, während Rußland sich nur an Besetzung von Schanhaiguan mit 300 Mann beteiligen, in Peking Gesandtschaftswache von 300 Mann und eventuell in Tientsin einen Posten von höchstens einer Kompagnie zurücklassen will. Amerika und Österreich belassen lediglich Gesandtschaftswache von 150 bzw. 200 Mann.

M u m m

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Ist das für uns nicht zu viel?? mir scheint 1200 Mann würden es für uns auch tun. B.

Nr. 4920

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 316 Peking, den 14. Mai 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 155*.

Gewünschte Schulderkenntnis für jeden einzelnen Staat nebst Anerkennung der Verpflichtung zur Verzinsung meines Erachtens selbst unter Angabe der zur Sicherstellung zu verwendenden Einnahmen verhältnismäßig rasch zu erhalten, wenn nur England und Amerika sich entschließen, die bisher nur als allgemeine Angabe der erwachsenen Kosten erfolgte Mitteilung über Höhe ihrer eventuellen Ansprüche in Form einer F o r d e r u n g an die chinesische Regierung vorzubringen und sich mit uns über die generellen Sicherheiten zu einigen.

M u m m

Nr. 4921

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 166 Berlin, den 17. Mai 1901

So dringend wünschenswert der baldige Abmarsch des Gros unseres Expeditionskorps ist, so wäre es doch im Interesse der Sache geraten, daß eine bezügliche Mitteilung an die Generale und äußerlich erkennbare Aufbruchsvorbereitungen nicht eher erfolgen, als bis die —

---

* Siehe Nr. 4913.

wenigstens grundsätzliche — Regelung der Entschädigungsfrage gesichert erscheint, und bis bezüglich des Nichtwiederauflebens der Boxerbewegung Klarheit geschaffen ist.

An die Regelung der Entschädigungsfrage wollen Ew. pp. Ihre volle Kraft setzen.

Außerdem müssen wir natürlich vermeiden, daß, während unsere Truppen auf der See schwimmen, die fremdenfeindliche Bewegung, zu deren Unterdrückung sie nach China gesandt wurden, wieder auflebt.

Richthofen

Nr. 4922

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Urville, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Urville, den 17. Mai 1901

Seine Majestät der Kaiser haben soeben auf meinen und des Kriegsministers* gemeinsamen Vortrag die Kabinettsordre unterzeichnet, durch welche das Gros des Expeditionskorps aus China zurückgezogen wird. Den vollständigen Text dieser Ordre hoffe ich morgen telegraphisch übermitteln zu können**. In China sollen nur 3 bis 4000 Mann zurückbleiben, nämlich 3 Regimenter Infanterie à 3 Bataillone à 3 Kompagnien und etwas Jäger zu Pferde, Feldartillerie, Pioniere und Train. Der Kriegsminister will sofort Schiffe für den Rücktransport des Expeditionskorps chartern, die aber angeblich erst in drei Wochen zur Abfahrt von Deutschland bereit sein können. Hiernach würde die Einschiffung der Truppen in China nicht vor zwei Monaten beginnen können. Seine Majestät haben an Grafen von Waldersee telegraphiert, daß er mit dessen Vorschlägen von Ende März, betreffend demnächstige Verringerung des Expeditionskorps, einverstanden sei. Mein Vorschlag, die Rückberufung des Expeditionskorps amtlich und positiv erst Ende dieses Monats auszusprechen, um gegenüber den Chinesen und anderen Mächten für die Finalisierung der Entschädigungsfrage ein Druckmittel in der Hand zu haben, wurde von Seiner Majestät akzeptiert. Es trat hierbei jedoch sehr deutlich und entschieden der allerhöchste Entschluß hervor, mit Panzerflotte und Expeditionskorps China so rasch wie möglich zu räumen.

Bülow

---

* von Goßler.

** Veröffentlicht im „Reichs- und Staats-Anzeiger" vom 30. Mai 1901. Vgl. dazu auch Denkwürdigkeiten des Grafen von Waldersee a. a. O III, 136.

Nr. 4923

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Titisee, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Titisee, den 23. Mai 1901

Für Seine Majestät den Kaiser und König

Euerer Majestät gnädiges Telegramm von heute früh * habe ich soeben mit ehrfurchtsvollstem Dank erhalten. Den von Euerer Majestät an den Generalfeldmarschall Grafen Waldersee gegebenen Befehl habe ich sofort zur Kenntnis des Auswärtigen Amts gebracht und dasselbe angewiesen, Euerer Majestät unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten hinsichtlich Benachrichtigung der Kabinette, welche der Errichtung des Oberkommandos seinerzeit ihre Zustimmung gegeben haben. Ich glaube, daß es — auch für die definitive Regelung der Entschädigungsfrage — einen guten Eindruck machen würde, auf diplomatischem Wege das Einverständnis der Mächte zu der Aufhebung des Oberkommandos einzuholen. Wie ich aus Berlin höre, wird in Peking die Frage der Fortdauer eines gemeinsamen Oberbefehls unter jährlichem Wechsel erwogen. Auch hierüber wird das Auswärtige Amt Euerer Majestät alleruntertänigst Vortrag halten, insbesondere über manche Bedenken, welche gegen den Turnus zu sprechen scheinen. Daß zum Schutz des Jangtse ein Bataillon in Schanghai bleibt, finde ich ausgezeichnet. pp.

Bülow

Nr. 4924

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Alvensleben **

Telegramm. Konzept

Nr. 77 Berlin, den 24. Mai 1901

Nachdem die im Sommer v. Js. in der chinesischen Provinz Tschili ausgebrochene fremdenfeindliche Bewegung durch die Operationen der

---

* Durch Telegramm vom 23. Mai aus Prökelwitz hatte Kaiser Wilhelm II. dem Reichskanzler mitgeteilt, daß er nunmehr den Befehl zur Rückberufung des Expeditionskorps, der bisher geheimgehalten war, an Graf Waldersee ergehen lasse.

** Identische Telegramme ergingen an die Missionen in London, Paris, Wien, Rom, Washington und Tokio. Gleichzeitig teilte Kaiser Wilhelm II. den beiden verbündeten Monarchen in Wien und Rom sowie dem Russischen Kaiser und dem Könige von England persönlich die Auflösung des Ober-

Streitkräfte der verbündeten Mächte unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee niedergeworfen, den Chinesen die Überlegenheit der Machtmittel der Verbündeten eindringlich zum Bewußtsein gebracht worden ist und nach Lage der Sache größere militärische Aufgaben in Tschili zurzeit nicht mehr vorliegen, haben Seine Majestät der Kaiser und König in Aussicht genommen, die Tätigkeit des von ihm seinerzeit übernommenen Oberkommandos einstellen zu lassen und dasselbe heimzurufen.

Ew. pp. wollen vorstehendes unverzüglich der dortigen Regierung mitteilen und dabei der Überzeugung Ausdruck geben, daß die allerhöchste Absicht den dortigen Anschauungen begegne. Zugleich ist hinzuzufügen, daß unserseits nichts dawidersteht, wenn die Entscheidung über die weitere Gestaltung der von den Generalen in Tschili für militärisch notwendig erklärten Oberleitung über die dort verbleibenden Truppen der Beschlußfassung der Kontingentskommandeure in Tschili überlassen bleibt.

Umgehender Drahtbericht über die Ihnen zuteil werdende Antwort.

Richthofen

Nr. 4925

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 241 Berlin, den 23. Mai 1901

Aus dem telegraphischen Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Peking über die gestrige Sitzung der Gesandten geht hervor, daß die Verhandlungen sich aufs neue zersplittern und verlangsamen, weil neben der Frage der Erlangung formeller Zahlungsversprechen (Bonds) von China zugleich die Deckungsfrage und sogar die weitschichtige Frage der Gewährung neuer handelspolitischer Vorteile erörtert wird.

Wir haben deshalb, um endlichen vorläufigen Abschluß zu beschleunigen, Herrn von Mumm angewiesen, in Konferenz zu erklären, daß wir Satows Antrag auf endgültige Limitierung der bis 1. Juli berechneten Gesamtforderung auf 450 Millionen Taels annehmen, und ferner, daß wir unsererseits zunächst nur von China ein formelles Zahlungsversprechen über unsern Anteil an den 450 Millionen Taels nebst 4% Zinsen und später festzusetzender Amortisationsquote, etwa in Form

---

kommandos in China mit. Vgl. dazu auch Denkwürdigkeiten des Grafen Waldersee a. a. O. III, 138 ff. Ebendort eine Reihe abschließender Berichte des Feldmarschalls, die dessen in China und auf einer Besuchsreise in Japan gewonnene Eindrücke auch in politischer Hinsicht zusammenfassen.

eines kaiserlichen Edikts oder in Form von Bonds, verlangen. Herr von Mumm solle darauf dringen, daß Verhandlungen in Konferenz sowie mit China zunächst auf Erlangung solcher Zahlungsversprechen beschränkt, alles weitere zu demnächstiger Verhandlung zurückgestellt wird.

Ew. pp. wollen dortige Regierung bitten, sie möchte möglichst umgehend analoge Instruktion an Sir E. Satow gelangen lassen.

Richthofen

Nr. 4926

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 Berlin, den 30. Mai 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst meine heute früh erfolgte Rückkehr hierher.

Ich bin glücklich, Euerer Majestät gleichzeitig folgende Meldungen Euerer Majestät Gesandten in Peking unterbreiten zu dürfen: Li-Hung-Tschang hat Herrn von Mumm amtlich ein vom 27. d. Mts. datiertes Edikt des Kaisers von China übermittelt, durch welches sich der Kaiser namens des Chinesischen Reichs nochmals feierlich verpflichtet, die Gesamtforderung der Mächte in Höhe von 450 Millionen Taels nebst Zinsen zu zahlen. Da in diesem Edikt die Höhe der Zinsen auf $3\frac{1}{2}$%* angegeben war, hat Herr von Mumm hiergegen Einspruch erhoben. Infolgedessen haben mittelst Note vom 29. d. Mts. die chinesischen Bevollmächtigten dem Doyen des diplomatischen Korps in Peking folgendes weitere, vom 28. d. Mts. datierte kaiserliche Edikt mitgeteilt: „4 % Zinsen für die Entschädigung von 450 Millionen Taels an die Mächte werden genehmigt.“ Hieran anschließend bitten die chinesischen Bevollmächtigten in derselben Note um baldigste Zurückziehung der fremden Truppen. — Gleichzeitig hiermit haben die chinesischen Bevollmächtigten auf Grund der mit ihnen von Herrn von Mumm geführten geheimen Spezialverhandlungen noch eine besondere geheime Note an ihn gerichtet, welche in chinesischer Sprachweise ein spezielles Anerkenntnis des deutschen Anspruchs von insgesamt 90 Millionen Taels enthält und als solches erforderlichenfalls in Zukunft verwertet werden kann. Eine Bekanntgabe dieser geheimen Note im jetzigen Augenblick würde, wie Herr von Mumm meines ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens mit Recht hervorhebt, auf die anderen verbündeten Mächte leicht verstimmend wirken können und darum besser unterbleiben [1].

---

* Richtig: $3\frac{1}{3}$%.

Angesichts des Vorstehenden liegen gegen die sofortige Durchführung der von Euerer Majestät erlassenen Befehle wegen Auflösung des Oberkommandos und Reduzierung des ostasiatischen Expeditionskorps politische Bedenken nicht mehr vor. Euerer Majestät Kriegsminister und den Chef Euerer Majestät Generalstabs habe ich hiervon umgehend benachrichtigt. Auch wird heute Euerer Majestät allerhöchste Ordre an mich wegen Auflösung des Oberkommandos und wegen Verminderung des Expeditionskorps im „Reichsanzeiger" bekanntgegeben werden.

Was den Zeitpunkt anlangt, zu welchem das Oberkommando außer Funktion zu treten hat, so darf ich ehrfurchtsvoll annehmen, daß es Euerer Majestät allerhöchsten Intentionen entspricht, wenn dem Generalfeldmarschall Grafen von Waldersee die genauere Bestimmung darüber unter Berücksichtigung der ihm ja am besten bekannten örtlichen Verhältnisse überlassen bleibt.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden. 30/V 1901 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Geheim zu halten

Nr. 4927

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 275 Berlin, den 21. Juni 1901

Herr von Mumm meldet vom 19. d. Mts.:

„Das in zwei letzten Sitzungen glücklich erzielte Einvernehmen über die Garantie ist englischerseits wieder völlig in Frage gestellt, indem Sir Ernest — trotzdem die von ihm in vorletzter Sitzung gemachte Reserve seiner Regierung bezüglich Zollerhöhung über 5% völlig freie Hand läßt — erklärt, daß seine Regierung nicht einwilligen werde, Erhöhung der Seezölle von 5 auf 10% als Eventualgarantie* anzunehmen. Damit ist die Voraussetzung der russisch-französischen Annahme, das Salzmonopol als Garantie anstatt der Erhöhung der Seezölle, von England zurückgewiesen."

---

* Die russische und die französische Regierung hatten zu der grundsätzlich beschlossenen Verwendung der Salzsteuer und des Dschunkenzolls zur Deckung der chinesischen Kriegsschuld ihre Zustimmung nur dann definitiv geben wollen, wenn eine Erhöhung der Seezölle von 5% auf 7 1/2 als Eventualgarantie für den Fall der Insuffizienz der übrigen Garantien für den Zinsendienst in Aussicht genommen würde. Vgl. Nr. 4929.

Wir halten fest an unserer der dortigen Regierung früher gegebenen Zusage, auf der bekanntlich auch von uns für sachlich gerechtfertigt gehaltenen Erhöhung der Seezölle unsererseits nicht insistieren zu wollen. Wir möchten aber doch zur Erwägung stellen, ob nicht die englische Regierung besser täte, den französisch-russischen Wünschen in diesem Punkt einiges Entgegenkommen zu zeigen, schon damit nicht die ganze Schuld an der abermaligen Verzögerung des Abschlusses auf England fällt, wobei auch wir, nebenbei, gegenüber der allgemeinen Meinung in eine mißliche Lage geraten würden. Die von Frankreich und Rußland zur Bedingung ihrer Zustimmung gemachte Eventualgarantie aus den von 5 auf 10 % weiter zu erhöhenden Seezöllen würde selbst nach den englischen Berechnungen kaum effektiv werden, jedenfalls nicht in den nächsten Jahren, in denen entweder keine oder doch nur eine geringe Amortisation stattfindet. Mittlerweile aber würde England ausreichend Zeit haben, die von ihm beabsichtigten Verhandlungen über die von China für die weitere Seezollerhöhung zu gewährenden Kompensationen durchzuführen. Zudem scheint auch die englische Regierung durch den auf Antrag Satows angenommenen Zusatz vollkommen gedeckt, wonach es jeder Regierung freistehen soll, bei einer Zollerhöhung über 5 % effektiv ihre Vorbehalte zu machen.

Wir verstehen hiernach nicht recht, weshalb die englische Regierung die von ihrem Vertreter bereits angenommene Bestimmung nachträglich ablehnt. Vielleicht könnte sie mindestens doch eine andre Formulierung vorschlagen, durch welche sie noch weniger vinkuliert wird.

Richthofen

Nr. 4928

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 211 St. Petersburg, den 1. Juli 1901

Die eingehende Unterredung, die ich soeben mit Graf Lamsdorff hatte, überzeugte mich davon, daß er unsere Auffassung über den Verlauf der Pekinger Verhandlungen und insbesondere den Eindruck von der Haltung Englands vollkommen teilt[1]. Der Minister glaubt ebenfalls Hintergedanken dabei vermuten zu sollen, daß England fortgesetzt die Verhandlungen in die Länge zu ziehen weiß, sobald der Abschluß nahe scheint. Übrigens bestehe eine Meinungsverschiedenheit nicht sowohl zwischen Rußland und England, als zwischen England und sämtlichen anderen Mächten, da auch England anfänglich der eventuellen Erhöhung der Einfuhrzölle über 5 % hinaus zugestimmt hatte und erst nachher wieder zurücktrat, ohne jedoch hier parlamen-

tarische Rücksichten dafür geltend zu machen. Da es sich hier nur um eine Eventualität handele, hätte diese Frage vielleicht offen gelassen und der etwaige Eintritt abgewartet werden können. Es sei aber kaum zweifelhaft, daß China dann sein Interesse verstehen und ebenso wie gegenwärtig England die Situation zum eigenen Vorteil ausnützen würde. England treibe eine gefährliche Politik, die sich nur mit der Lösung augenblicklicher Situationen beschäftige und außer acht lasse, daß die Uneinigkeit der Mächte in Ostasien der gelben Gefahr wesentlich Vorschub leiste.

Zurzeit sei er außerstande, sich ein Bild von der weiteren Entwickelung zu machen oder gar einen Plan zu entwerfen. Er hoffe dazu vielleicht baldigst Anhaltspunkte von Herrn von Giers zu erhalten, dessen Instruktionen diesem sehr weiten Spielraum im Interesse eines baldigen Endes ließen. Graf Lamsdorff wisse sich, wie er ausdrücklich betonte, in dieser Auffassung vollständig einig mit unserem Standpunkt. Alvensleben

---

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Gut

Nr. 4929

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 512 London, den 19. Juli 1901

Nachdem ich bereits vorgestern Telegramm Nr. 304* bei Lord Lansdowne verwertet hatte, kam ich in meiner heutigen Unterredung mit demselben wieder auf die Frage zurück. Der Minister zeigte mir darauf ein soeben von Lord Gough** erhaltenes Telegramm über eine Unterredung desselben mit dem Herrn Unterstaatssekretär in gedachter Frage und sagte, er habe ebenfalls ein Telegramm aus Peking erhalten, wonach der Kaiserliche Gesandte sich im Prinzip dem russischen Vorschlag einer weiteren Erhöhung der Seezölle über 5 % hinaus als Eventualgarantie angeschlossen habe. Lord Lansdowne rekapitulierte darauf die verschiedenen Phasen in der Indemnitätsfrage, betonte, daß er lediglich der Kaiserlichen Regierung zu Gefallen an einer Fixierung der Indemnitätssumme auf 450 Millionen Taels festgehalten habe, daß er dem Wunsche der Kaiserlichen Regierung nachgekommen sei, die Verzinsung der Bonds statt auf 3 auf 4 % festzusetzen, sowie in der Amortisationsfrage den englischen Vorschlag fallen gelassen und sich dem

---

* Durch Telegramm Nr. 304 vom 16. Juli war Freiherr von Eckardstein beauftragt worden, in London zur Nachgiebigkeit wegen der letzten Differenzen über eine eventuelle Erhöhung der chinesischen Seezölle zu mahnen.
** Englischer Botschaftsrat in Berlin.

von Herrn von Mumm in Peking vorgeschlagenen Plane angeschlossen habe.

Niemandem sei mehr an einer möglichst schleunigen Erledigung der Indemnitätsfrage gelegen als ihm selbst. Jede weitere Erhöhung der Seezölle über 5 % ad valorem, selbst nur als Eventualgarantie, sei jedoch für die englische Regierung sowohl vom kommerziellen Gesichtspunkt als auch aus innerpolitischen Gründen nach wie vor unannehmbar. Der Minister wiederholte darauf die in Telegramm Nr. 454 und 463 gemeldeten, von dem Unterstaatssekretär Mr. Bertie geäußerten Argumente der englischen Regierung gegen eine verfrühte Festlegung der Seezollfrage, wodurch nach englischer Ansicht nur Rußland und Frankreich gewinnen würden, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Kaiserliche Regierung ihn darin unterstützen würde, daß statt eines Kompromisses in der Erhöhung der Seezölle folgende Erklärung der englischen Regierung angenommen würde:

„The British Government are prepared in order to meet the views of other powers to agree that should the revenues already ...* marked for the service of the bonds prove insufficient for the purpose, they will, when time comes, consider, in concert with the powers concerned, what financial measures China should be required to adopt in order to make good the deficit."

Lord Lansdowne bemerkte hierzu, daß es nach Ansicht der englischen Regierung ausgeschlossen erscheine, daß, wenn die bis jetzt für eine Verpfändung ins Auge gefaßten chinesischen Einnahmen herangezogen würden, sich ein Defizit ergeben würde. Wenn Rußland darauf bestehe, daß eine weitere Erhöhung der Seezölle jetzt bereits als Eventualgarantie vorgesehen und festgelegt würde, so habe es dabei „ulterior motives".

Sowohl dem amerikanischen als auch dem japanischen Vertreter gedenkt Lord Lansdowne gleich Mitteilung zu machen und um Unterstützung seitens ihrer Regierungen zu bitten.

Eckardstein

Nr. 4930

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z.Z. in Norderney***

Entwurf von der Hand des Vortragenden Rats Rücker-Jenisch

Berlin, den 26. Juli 1901

Nachdem schon vor ungefähr vier Wochen die Berichterstattung des Kaiserlichen Gesandten in Peking auf Grund einstimmiger Be-

* Zifferngruppe fehlt.
** Der Bericht ist zwar nicht abgegangen, mag hier aber wegen seiner klaren und übersichtlichen Gesamtdarstellung aufgenommen werden.

schlußfassung der dortigen Gesandtenkonferenz der bestimmten Erwartung Raum gegeben hatte, daß die Frage bezüglich der Sicherheiten für die chinesische Kriegsentschädigung binnen kurzem befriedigend erledigt sein werde, wurde durch die Haltung der englischen Regierung, die zu wiederholten Malen ihren Vertreter in Peking desavouierte, die Erzielung eines Einvernehmens wieder ernstlich in Frage gestellt. Die russische und französische Regierung hatten ihre Zustimmung zur Verwendung der Salzsteuer und des Dschunkenzolles zur Deckung der Kriegsschuld davon abhängig gemacht, daß die Mächte schon heute ihr prinzipielles Einverständnis damit erklärten, eine Erhöhung der Seezölle von 5% auf 7½% für den Fall in Erwägung zu ziehen, daß sich in der Zukunft die übrigen Sicherheiten für den Zinsdienst als nicht ausreichend erweisen sollten. Jeder Macht sollte dabei freistehen, die ihr gutdünkenden Vorbehalte zu machen. Dieser Vorschlag Rußlands und Frankreichs fand den einstimmigen Beifall der Gesandten. Die englische Regierung hingegen wollte von dieser subsidiären, vermutlich nie praktisch werdenden Heranziehung der etwa später zu erhöhenden Seezölle zu den Garantien durchaus nichts wissen.

Nach langwierigen Verhandlungen erklärte sich die englische Regierung endlich bereit, an Stelle der angeregten Eventualgarantie eine Erklärung des Inhalts abzugeben, daß sie für den Fall, wo die vereinbarten Garantien für die Zinszahlungen nicht genügen sollten, in Gemeinschaft mit den andern Mächten zu erwägen bereit sein würde, welche weitere finanzielle Forderungen an China zu stellen seien. Dieser Vermittelungsvorschlag wurde von uns bei den übrigen Großmächten einschließlich Japans mit Ausnahme der Vereinigten Staaten befürwortet und dessen Annahme besonders in Petersburg warm unterstützt. Es hatte dies die Folge, daß Graf Lamsdorff, welcher vor allem vermeiden wollte, daß in der Haltung der russischen Regierung eine Nachgiebigkeit an England erblickt werden könnte, erklärte, sich damit begnügen zu wollen, daß die Mächte sich vorbehielten, für den Fall künftiger unregelmäßiger Zahlungen sich über die dann anzuwendenden Mittel zu verständigen.

Auf Grund dieser vermittelnden englischen bzw. russischen Anschauungsweise ist dann am . . . d. Mts. schließlich ein einstimmiger Beschluß in Peking gefaßt worden, welcher von allen Regierungen gutgeheißen wurde und in einem Schlußprotokoll niedergelegt werden soll. Danach sind für die Verzinsung der 4% Kriegsschuld in Höhe von 450 Millionen Taels bestimmt:

1. Die Seezölle, die auf 5% effektiv erhöht werden, 2. die Dschunkenzölle, 3. die Salzsteuer. Die Amortisation der Kriegsschuld, welche aus den Überschüssen der Zinsen und den durch Abzahlung älterer Anleihen freiwerdenden chinesischen Einnahmen bestritten werden wird, soll nach dem aufgestellten Tilgungsplan in zirka 40 Jahren beendet sein.

Ew. pp. darf ich gehorsamst anheimstellen, Seiner Majestät dem Kaiser und König von dem erfolgten Abschluß der Verhandlungen geneigtest Mitteilung zu machen.

Nr. 4931

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Norderney, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Molde

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Norderney, den 31. Juli 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich über den Fortgang der Verhandlungen in der chinesischen Entschädigungsfrage nachstehendes in tiefster Ehrfurcht zu melden:

Nach langwierigen Verhandlungen, die wiederholt durch englisch-russische Gegensätze ins Stocken geraten waren, haben sich nunmehr alle Mächte dahin geeinigt, daß als Sicherheiten für den Zinsdienst der 450 Millionen Taels betragenden, nach dem Kurs des 1. April d. Js. in Gold zu berechnenden 4prozentigen chinesischen Kriegsentschädigung

1. die auf 5 % effektiv erhöhten Seezölle,
2. die Dschunkenzölle und
3. die Salzsteuer herangezogen werden sollen.

Jede Macht soll in Höhe ihrer Forderungen 4prozentige chinesische Bonds erhalten, welche aus den Überschüssen der Zinsen und den durch Abzahlung älterer Anleihen frei werdenden chinesischen Einnahmen bis zum Jahre 1940 zu amortisieren sind.

Rußland hatte zunächst seine Zustimmung zu der Verwendung der obenerwähnten Einnahmequellen von einer schon jetzt zu beschließenden Eventualerhöhung der Seezölle auf 7½ % abhängig gemacht, eine Bedingung, die bei England auf den zähesten Widerspruch stieß. Schließlich gelang es unseren vermittelnden Bemühungen, einen Kompromiß zu erzielen, wonach sich Rußland mit der Erklärung begnügt, daß, falls die vorgesehenen Einkünfte Chinas für den Zinsdienst nicht ausreichen sollten, die Mächte sich vorbehielten, über die dann anzuwendenden Mittel sich zu verständigen.

Die Sicherheit der älteren Anleihen mit China wird durch dieses Abkommen nicht beeinträchtigt. Dieselben erhalten vielmehr durch Erhöhung der zu ihrer Verzinsung angewiesenen Seezölle eine breitere Basis.

Die von uns unter der Hand fortdauernd angespornten chinesischen Bevollmächtigten befinden sich in guter Stimmung. Sofern nicht im letzten Augenblick kaum zu erwartende Schwierigkeiten auftauchen,

dürfte die glückliche Lösung dieser den wichtigsten Bestandteil der Pekinger Friedensverhandlungen bildende Frage in nächster Zeit bevorstehen.

Bülow

Nr. 4932

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in London Freiherrn von Eckardstein

Telegramm. Konzept

Nr. 326 Berlin, den 6. August 1901

Der Kaiserliche Gesandte in Peking meldet:

„Alle Gesandten bereit, der von Finanzkommission verfaßten Redaktion der Schlußredaktion zuzustimmen, außer Satow, der zwar bei dieser Redaktion mitgearbeitet, jedoch aus Mangel an Instruktion Verlegung der für heute anberaumten Sitzung beantragt hat. Befürchte englische Abänderungsvorschläge, die das mühsam erzielte Kompromißwerk gefährden könnten.“

Ew. wollen Lord Lansdowne darauf aufmerksam machen, daß bei den Beratungen der letzten Zeit England es nur der vermittelnden Tätigkeit des deutschen Gesandten zu verdanken hatte, wenn es mit einzelnen seiner Anträge nicht gänzlich isoliert blieb; daß es aber doch auf die Dauer etwas viel verlangt ist, daß wir in Fragen, wo wir selber minder interessiert sind, das englische Interesse fördern sollen, während England auf unsere Wünsche, namentlich auf den einer endlichen Finalisierung der Finanzfrage, keinerlei Rücksicht nimmt.

Falls der Minister fragen sollte, wo und wann England von Isolierung bedroht gewesen sei, würde ihm als ein Beispiel unter mehreren folgendes gesagt werden können:

Die chinesischen Bevollmächtigten hatten in Note an Doyen, in welcher endgültige Zustimmung zur Abgrenzung des Gesandtschaftsviertels ausgesprochen war, gesagt, Abschluß sei leider verzögert worden durch umständliche private Verhandlungen, welche — neben den Verhandlungen des diplomatischen Korps — der englische Gesandte bezüglich englischer Sonderwünsche geführt habe. Der englische Gesandte verlangte vom diplomatischen Korps die Rücksendung dieser Note an Li-Hung-Tschang. Die übrigen Vertreter, besonders ein Teil derselben opponierten der Auffassung, daß der Inhalt der Note einen solchen Schritt rechtfertige. Die Angelegenheit ward jedoch dank der Tätigkeit des deutschen Gesandten gütlich erledigt. Li-Hung-Tschang bat selber um Rücksendung seiner Note und sandte eine andere, wo der Vorwurf gegen England weggelassen war.

Mühlberg

Nr. 4933

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Homburg, den 7. August 1901

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelcher heute Sir Frank Lascelles in meiner Gegenwart empfing, hat dem englischen Botschafter in freundlicher, aber bestimmter und eingehender Weise auseinandergesetzt, daß die endliche Finalisierung der Finanzfrage im Interesse aller Teile dringend geboten sei.

Sofort nach Beendigung der Audienz richtete Sir Frank Lascelles ein mir vorher unterbreitetes Telegramm an seine Regierung, in welchem er die Notwendigkeit darlegt, daß der englische Gesandte in China ohne Verzug angewiesen werde, der von der Finanzkommission verfaßten Redaktion der Schlußredaktion zuzustimmen, nicht aber mit Abänderungsvorschlägen hervorzutreten.

Bülow

Nr. 4934

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 560 London, den 8. August 1901

Als ich gestern bei Lord Lansdowne Telegramm Nr. 326* verwertete, sagte mir derselbe, daß das Protokoll in gewissen Punkten keineswegs mit den Ansichten der englischen Regierung übereinstimme. Hierzu gehöre in erster Linie der Passus, welcher den Chinesen das Recht [gebe]**, jeden Augenblick ohne weiteres die gesamte Anleihe oder einen Teil derselben zurückzahlen zu dürfen, wodurch es jeder einzelnen Macht freistünde, den Chinesen behufs Ausgleichs des ihr zufallenden Anteils oder der gesamten Anleihe Vorschüsse zu machen und damit verbunden Separatabmachungen zu treffen. Nach Ansicht der englischen Regierung müsse der genannte Passus Stipulationen enthalten, welche ein einseitiges Vorgehen irgendeiner Macht in dieser Hinsicht für die Zukunft verhinderten.

Zu anderen, wenn auch weniger wichtigen Punkten, welchen England nicht beistimmen könne, gehöre die im letzten Augenblick vom russischen Gesandten veranlaßte Stipulation, daß die native duties

---

* Siehe Nr. 4932.

** Eingesetzt für fehlende Gruppe.

der Vertragshäfen nicht für die Garantie der neu auszugebenden Bonds herangezogen werden sollten, sowie die Frage der Zahlung in Taels.

Der Minister sagte, daß Satow über all diese Punkte gestern telegraphisch Instruktion erhalten habe, und daß er hoffe, es werde ihm bald gelingen, sich mit seinen Kollegen hierüber zu einigen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bemerkte Lord Lansdowne, daß nach Ansicht der englischen Regierung die Verhandlungen über Artikel 11 bezüglich Kommerzreformen, wenn dieselben in Peking geführt würden, kaum Aussicht auf irgendwelchen erfolgreichen Ausgang haben dürften. Er sei daher der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, wenn die betreffenden Verhandlungen nach einem anderen Ort, z. B. Schanghai, verlegt würden, und daß zunächst die hauptsächlich am chinesischen Seehandel interessierten Mächte versuchten, zu einer Verständigung unter sich zu gelangen. Der Minister bemerkte, daß er für eine Meinungsäußerung der Kaiserlichen Regierung in dieser Frage dankbar sein würde. Er betonte ferner, daß es sich nach Ansicht der englischen Regierung empfehlen würde, die Frage der Konvertierung der Seezölle zu 5 % effektiv ad valorem ebenfalls nicht der Konferenz in Peking zu überlassen, sondern eventuell auch in Schanghai zu beraten*.

Als ich zum Schluß nochmals im Sinne des Telegramms Nr. 326 behufs einer endlichen Erledigung der Finanzfrage auf das nachdrücklichste auf Lord Lansdowne einsprach, erwiderte derselbe, daß es ein großer Irrtum sein würde zu glauben, als habe die englische Regierung nicht ebenfalls das größte Interesse an einer möglichst baldigen Beendigung der gedachten Frage. Er sei jedoch fest davon überzeugt, daß jede Übereilung bei Beseitigung momentaner Schwierigkeiten sich in der Zukunft für die hauptsächlich am chinesischen Handel beteiligten Mächte bitter rächen werde.

Eckardstein

Nr. 4935

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 471 Peking, den 8. August 1901

Englischer Gesandter Instruktion erhalten. Einen Hauptzankapfel zwischen ihm und von Giers bildet zurzeit ein ursprünglich von japa-

* Im gleichen Sinne äußerte sich Lord Lansdowne in einem Memorandum vom 8. August, das im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenkunft König Eduards VII. mit Kaiser Wilhelm II. in Homburg v. d. H. (11. August) aufgesetzt war. Vgl. Bd. XVII, Kap. CIX, Anhang.

nischem Gesandten beantragter, aber auf mein durch Telegramm Nr. 224 und durch zu erwartenden russischen Widerspruch veranlaßtes Zureden von ihm wieder fallengelassener, dann aber von englischem Gesandten aufgenommener Zusatz in Schlußprotokoll, wonach der chinesischen Regierung ausdrücklich untersagt wird, ohne Genehmigung der anderen Vertragsmächte die Kriegsschuld anders als im Amortisationsplan vorgesehen zu tilgen oder zu konvertieren.

Dieser Punkt meines Erachtens ohne praktische Bedeutung, nachdem durch Aufnahme des Amortisationsplans in das Schlußprotokoll und Bindung der chinesischen Regierung an denselben obige Folgerung sich von selbst ergibt, während nach wie vor niemand der chinesischen Regierung verwehren kann oder will, ihre Bonds auf offenem Markt zurückzukaufen. Während indessen England sich bei jetziger Fassung beruhigen könnte, ist es für Rußland weniger leicht, sich auf einen neuen und augenscheinlich gegen Rußland gerichteten Zusatz einzulassen. Sodann erhebt England Bedenken gegen die in Telegramm Nr. 464 erwähnte Umwandlungskommission *, die angeblich englische Interessen denen anderer nicht gleichberechtigter Mächte unterordnen würde. Englische Regierung denkt statt dessen an den in Japan befolgten Modus, wonach die einzelnen Staaten nacheinander den Tarif vertragsmäßig festsetzen und die dem einen Staate gewährten Vorteile durch Meistbegünstigung allen anderen zufallen. Englische Regierung übersieht, daß es sich diesmal nicht um Abschluß einzelner Verträge, sondern um Ausführung eines gemeinsamen Beschlusses handelt. Englische Regierung scheint daneben an eine Kommission der am chinesischen Handel meistinteressierten Nationen England, Deutschland, Japan, Amerika zu denken, was jedoch die nicht beteiligten Staaten verletzen und deren Zustimmung zum Schlußprotokoll verzögern dürfte. Da England die Forderung der Majoritätsbeschlüsse hat fallen lassen, hat es ohnehin Handhabe, alle ihm nicht passenden Beschlüsse zu verhindern. Schließlich verlangt englische Regierung die Aufnahme folgenden Satzes in Schlußprotokoll:

„England will repay to the receiving board for disposal as the powers may decide any surplus remaining over after satisfying legitimate english claims.“ Da nicht alle Staaten bereit sein werden, analoge Erklärungen abzugeben, dürfte es schwer sein, diese einseitige englische, in ihrer Tragweite schwer übersehbare Erklärung in Schlußprotokoll aufzunehmen. Werde versuchen, englischen Gesandten zu bestimmen, sich mit Aufnahme in Sitzungsprotoll zu begnügen.

Mumm

---

* Bei der „Umwandlungskommission“ handelte es sich nach Telegramm Nr. 460 [nicht 464] vom 31. Juli um eine Kommission zur Erhöhung der Zölle, zu der nach einer bis dahin übereinstimmenden Auffassung der Gesandten von sämtlichen Vertragsstaaten Vertreter zugezogen werden sollten.

Nr. 4936

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 9. August 1901

Die beiden Telegramme des Kaiserlichen Gesandten in Peking Nr. 471 und 474 * sowie der telegraphische Bericht aus London Nr. 560** betreffen die Verschleppungsversuche der britischen Regierung gegenüber den von der Pekinger Gesandtenkonferenz gefaßten Beschlüssen zur Reform der chinesischen Finanzen. Der Londoner Bericht Nr. 560 und der Pekinger Bericht Nr. 471 geben ziemlich übereinstimmend die Gründe wieder, aus denen das Kabinett von St. James seine Zustimmung zu der von den Gesandten aufgestellten Fassung des Schlußprotokolls verweigert. Der Pekinger Bericht Nr. 474 charakterisiert die Haltung der Vertreter der übrigen Großmächte gegenüber dem britischen Widerstande. Es wird den Gesandten zu überlassen sein, die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König Sir Frank Lascelles allerhöchstselbst auseinandergesetzt hat***, daß die endliche Finalisierung der chinesischen Finanzfrage im Interesse aller Teile dringend geboten sei, kann ein weiterer Druck auf England vor der Hand nicht in Frage kommen. Eine Antwort auf die wohl mehr aus Höflichkeit oder um Zeit zu gewinnen gestellte Frage Lord Lansdownes, wie die Kaiserliche Regierung sich zu der Frage der Verhandlungen über die finanz- und handelspolitischen Reformen in China stelle, wird, wenn man englischerseits auf die Sache nicht zurückkommt, nicht erteilt zu werden brauchen.

Holstein

Nr. 4937

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Homburg, den 10. August 1901

Englischer Botschafter suchte mich heute auf, um mir unter Bezugnahme auf Frage der chinesischen Entschädigung an der Hand eines

* Siehe Nr. 4935. Nach Telegramm Nr. 474 hätte namentlich auch der amerikanische Gesandte in Peking auf der Einsetzung der Zollumwandlungskommission bestanden.

** Siehe Nr. 4934.

*** Vgl. Nr. 4933.

dickleibigen Materials den englischen Standpunkt zu entwickeln. Der Botschafter hob zwei Punkte hervor:

1. Les Russes voudraient exclure de l'arrangement la partie de l'article VI qui interdit à la Chine la faculté de consentir à rembourser la dette autrement que par le jeu de l'amortissement. L'Angleterre veut maintenir cet article.

2. Ensuite l'Angleterre ne peut charger une commission comme celle projetée de la conversion des droits ad valorem dans des droits spécifiques.

Der englische Botschafter behauptet, daß nach Auffassung der englischen Regierung die Verantwortung für den in den Verhandlungen eingetretenen Stillstand nicht England, sondern Rußland treffe. Ich habe Sir Frank Lascelles erwidert, daß ich über die von ihm vorgebrachten Details mein Urteil reservieren müsse; im übrigen aber nur nachdrücklich darauf hinweisen könne, wie alle Mächte und gerade England bestrebt sein sollten, endlich die Finalisierung der Finanzfrage zustande zu bringen. Es mache in der Welt wie auf Seine Majestät den Kaiser einen geradezu deplorablen Eindruck, daß, während die Chinesen jetzt guten Willen zeigen und alle Welt das Ende der chinesischen Schwierigkeiten herbeisehnt, nur die Diplomaten noch immer nicht in der wichtigsten chinesischen Frage zu einem Übereinkommen gelangen können.

Bülow

Nr. 4938

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 486 Peking, den 11. August 1901

Satow hat in heutiger Finanzkommissionssitzung Forderung der Amortisationsklausel fallengelassen. Es bleibt also als Hauptdifferenzpunkt Frage der internationalen Umwandlungskommission, der Satow nach seiner neuesten Instruktion nicht zustimmen darf, er will Unterzeichnung des Protokolls deswegen nicht aufhalten, vorbehält sich aber, falls die anderen Mächte auf Beibehaltung der Kommission und ihrer Erwähnung im Protokoll bestehen, Beifügung einer Erklärung zu seiner Unterschrift, daß England Einsetzung dieser Kommission nicht zustimme. Obgleich diese nachträgliche Abänderungsforderung Englands ungerechtfertigt erscheint, werde ich der Förderung des Ganzen wegen, wenn russischer und amerikanischer Gesandter in Sitzung morgen nicht ihrerseits auf Beibehaltung der Kommission bestehen, meinerseits keine Schwierigkeiten machen, zumal da Deutschland ohnehin in der nach streng vertraulicher Mitteilung Satows anscheinend von England ge-

wünschten Kommission von nur vier Mitgliedern vertreten sein wird. Wegen einiger weiterer Punkte, wie über Basis der Zollumwandlung und Verwaltung der Dschunkenzölle durch Seezollbehörde in den Nichtvertragshäfen, erwartet Satow noch Instruktion. pp.

Mumm

Nr. 4939

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 489 Peking, den 12. August 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 486*. Sitzungsbericht.

Vertreter der Großmächte sprachen nacheinander sämtlich Bedauern über Zurücktreten Englands von dem einmal gefaßten und der chinesischen Regierung amtlich mitgeteilten Beschluß betreffend Internationale Zollumwandlungskommission aus, erklären jedoch, um nicht die bisher mühselig gewahrte Einstimmigkeit des Beschlusses zu gefährden, dem Vermittlungsvorschlag Satow, wonach ohne Nennung der Kommission nur erklärt wird, Umwandlung solle möglichst bald vorgenommen werden, unter der Bedingung zustimmen zu wollen, daß danach seitens der englischen Regierung weitere Bedenken gegen Schlußprotokoll nicht vorgebracht beziehungsweise aufrechterhalten werden würden. Kleinstaaten folgten mit Widerstreben im Bewußtsein, daß ihre Aussicht auf Mitwirkung bei Umwandlung damit begraben sei, dem gegebenen Beispiel. Satow dankte für Entgegenkommen und sprach Hoffnung aus, demnächst seine Reserven zu den gestern gemeldeten zwei Punkten, Umwandlungsbasis und Verwaltung der Dschunkenzölle, fallenlassen zu dürfen.

Auf dringenden englisch-französischen Antrag Bestimmung aufgenommen, wonach fremder Reis, Zerealien und Mehl sowie Gold und Silber nach wie vor zollfrei bleiben, japanischer Antrag, Maschinen gleichfalls zollfrei einzuführen, fallengelassen. Ich glaubte, nach Erlaß Nr. 15 keine Veranlassung zu haben, Zollfreiheit für andere Einfuhrartikel neben diesen von Anfang an von England, Frankreich, Japan gewünschten und von den anderen Regierungen zugelassenen Ausnahmen zu verlangen.

Somit bis auf obige zwei Fragen und die in Telegramm Nr. 483 erwähnte Frage der Tonnenzahl alle Punkte erledigt. Finanzkommission autorisiert, sobald Satow Englands Zustimmung zu der im übrigen einstimmigen Beschlußfassung über erstere dem Doyen angezeigt und

---

* Siehe Nr. 4938.

Übereinstimmung über letztere erzielt worden ist, Note mit Protokollentwurf den chinesischen Bevollmächtigten zu senden.

Mumm

Nr. 4940

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 491 Peking, den ... August 1901
[eingetroffen am 14. August]

Satow bittet nunmehr auftragsgemäß seine Kollegen um Mitteilung, ob sie bereit sind, eine analoge Erklärung wie die in Telegramm Nr. 471 * Schlußabsatz gemeldete ihrerseits abzugeben. Habe zunächst persönlich erklärt, unsere Kriegskostenforderung sei auf Grund der tatsächlichen Ausgaben, nicht nach Art der englischen auf Grund voraussichtlicher Kosten aufgestellt; ebenso würde die Summe der Privatforderungen demnächst definitiv angegeben werden können, sodaß ein Überschuß nicht zu erwarten sei. Immerhin sehe ich gerade deshalb keine Bedenken gegen Abgabe einer analogen Erklärung, die ich mangels Gegenbefehls abgeben werde, si omnes.

Mumm

Nr. 4941

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept

Nr. 77 Berlin, den 16. August 1901

Herr von Mumm telegraphiert soeben:

„Satow hat die letzten Reserven fallenlassen. Nachdem sodann auf seinen Antrag als Basis für Zollumwandlung mittlerer Wert der Importwaren während der Jahre 1897, 1898, 1899 angenommen war, ist Wortlaut des Schlußprotokolls paraphiert worden und wird morgen den chinesischen Bevollmächtigten im Entwurf zugestellt werden **."

Mühlberg

---

* Siehe Nr. 4935.

** Mit der endgültigen Vereinbarung über das Schlußprotokoll und seiner Annahme durch die chinesische Regierung waren die weitläufigen Verhandlungen über die Kriegsentschädigungsfrage in der Hauptsache abgeschlossen. Schon

am 20. August erfolgte die Veröffentlichung des Protokolls durch die Gesandtschaften (vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1901, S. 313 ff.); am 7. September wurde es in aller Form von den Vertretern der Mächte und den Bevollmächtigten der chinesischen Regierung vollzogen. Der endgültige Text ist u. a. veröffentlicht im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ vom 16. Oktober 1901.

Die Unterzeichnung des Schlußprotokolls stellte den Friedenszustand zwischen den Mächten und China in aller Form wieder her. Es handelte sich jetzt nur noch darum, die endgültige Verteilung der chinesischen Kriegsentschädigung zu regeln, ihre Abtragung zu sichern, ferner darum, die noch von den Mächten okkupierten Teile Chinas, insbesondere Tientsin und Schanghai zu räumen und ersteres nach Auflösung der internationalen Besetzung der chinesischen Verwaltung zurückzugeben. Die Verhandlungen darüber zogen sich bis tief in das Jahr 1902, teilweise noch bis in das Jahr 1903 hinein. Über die Verteilung der Kriegsentschädigung unter die Mächte kam am 14. Juni eine Vereinbarung zustande. Doch ergaben sich aus der Zahlungsunfähigkeit Chinas neue Schwierigkeiten. Bezüglich der Übergabe der Verwaltung Tientsins nach Auflösung der bisher dort bestehenden provisorischen Regierung in chinesische Hände kamen die Mächte in einem den Vertretern Chinas am 14. Juli übermittelten und am 18. Juli angenommenen identischen Vorschlag überein, mit der Übergabe vorzugehen, sobald die deutscherseits aus militärischen Gründen gestellten Bedingungen der Entfestigung Tientsins und der Durchführung der Regulierung des Peihoflusses von China anerkannt worden seien. Die Rückgabe Tientsins an die chinesische Verwaltung ging am 14. August 1902 vor sich. Alle diese Fragen bieten, von der Räumung Schanghais abgesehen (vgl. darüber Kap. CVIII), vom Standpunkt der großen Politik betrachtet kein erhebliches Interesse und können hier übergangen werden.

Deutscherseits glaubte man für sich in Anspruch nehmen zu können, vor allem in der grundlegenden Frage der Kriegsentschädigung das möglichste zur Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten und damit zur Erhaltung des Friedens getan zu haben. In einer Aufzeichnung, die Reichskanzler Graf Bülow am 13. August 1901 dem Kaiser im Hinblick auf dessen bevorstehende Begegnung mit König Eduard VII. in Wilhelmshöhe überreichte, hieß es darüber:

„In allen chinesischen Detailfragen bestand die Aufgabe des deutschen Gesandten während der ganzen langen Monate der Verhandlungen darin, die Einigkeit zwischen den Mächten zu erhalten. In der letzten Zeit modifizierte sich die Rolle desselben dahin, daß es sich meistens darum handelte, einen Bruch zwischen England einerseits und den übrigen Interessenten andererseits zu verhindern. Dies ist Herrn von Mumm auch mehrfach gelungen, und es ist wesentlich seiner Tätigkeit zu verdanken, daß die Verhandlungen heute dem Abschluß ziemlich nahe gerückt zu sein scheinen. Instruktionen über Einzelfragen sind im ganzen Laufe der Verhandlungen nur ausnahmsweise erteilt worden. Die permanente Direktive unseres Vertreters blieb und bleibt immer die, auf Erhaltung oder Herbeiführung des Einvernehmens hinzuwirken.“ Siehe den vollen Wortlaut der Aufzeichnung in Bd. XVII, Kap. CIX, Anhang Nr. 5034, Anlage.



Kapitel CVIII

Die Räumung von Schanghai 1900–1902



Nr. 4942

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 399 Peking, den 15. Juni 1901

Unter Verschweigung der Tatsache, daß England in Schanghai zurzeit 2500 Mann Truppen unterhält, und daß Japan und Frankreich dort Garnisonen stationiert haben, an deren Zurückziehung wenigstens letzteres schwerlich in absehbarer Zeit denkt*, suchen tendenziöse Reutertelegramme zum Zweck unserer Einschüchterung in anmaßender Sprache Stimmung gegen Verbleiben deutscher Garnisonen zu machen und erheben den durch nichts begründeten Anspruch, als seien wir England Erklärungen für diesen Verbleib unserer Truppen schuldig.

Unbequemlichkeit unserer Garnisonen für erträumte englische Alleinherrschaft im Jangtsetal ließ mich kürzlich schon gesprächsweise Sondierung Gaselees erkennen, [ob eine] ** Verständigung über beiderseitige Zurückziehung möglich sei, worauf ich erwiderte, daß Feldmarschall angesichts Unsicherheit [der] Lage im Norden wenigstens vorläufig Belassung einer Garnison in Schanghai für absolut erforderlich halte, um Generalgouverneure in ihrer bisherigen friedlichen Haltung zu bestärken.

Mumm

---

* Über die Besetzung Schanghais im Sommer 1900, die im Hinblick auf die Bedrohung der dortigen europäischen Niederlassungen erfolgt war, vgl. Kap. CV, Nr. 4703, 4704, 4708 und 4717. Deutscherseits waren zunächst zwei Kompagnien beteiligt, die später ebenso wie die französische Besatzung auf annähernd ein Bataillon verstärkt wurden; doch überwog, wie der englische Unterstaatssekretär Lord Cranborne im Parlament feststellte, um die Mitte des Jahres 1901 die englische Garnison an Stärke alle anderen fremden Garnisonen zusammengenommen. Trotzdem gereichte die deutsche Besatzung, die man englischerseits im Sommer 1900 durchaus nicht als „in any way unfavourable to the policy of Her Majesty's Government" erklärt hatte (vgl. Kap. CV, Nr. 4717), der englischen öffentlichen Meinung mehr und mehr zur Beschwer, wozu der deutsche Plan, eine Kaserne für die Unterkunft der bisher in Holzbaracken logierten Truppen zu errichten, beitragen mochte.

** Gruppe fehlt, die Ergänzung dürfte unzweifelhaft sein.

Nr. 4943

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 255 | Peking, den 9. Juli 1901
[eingetroffen am 25. August]

Euerer Exzellenz beehre ich mich, im Anschluß an anderweite Berichterstattung in der Anlage einen Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls in Schanghai über die Anwesenheit fremder Truppen daselbst* gehorsamst vorzulegen.

Daß die auf die Zurückziehung unserer Truppen gerichtete Demarche Shêngs dessen beziehungsweise Liu-Kun-Yis eigener Initiative entsprossen ist, ist möglich, aber mir nicht gerade allzu wahrscheinlich. Bei dem dringenden Wunsche der Engländer, uns aus Schanghai los zu sein, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß sie es sind, die Shêng seine Worte souffliert haben.

Wie dem aber auch sei, der chinesische Wunsch als solcher kann bei uns nicht allzu schwer ins Gewicht fallen, wogegen zu prüfen sein wird, ob nicht Rücksichten auf andere Großmächte angesichts des Standes unserer diplomatischen Beziehungen diese Zurückziehung erforderlich erscheinen lassen.

Zunächst indessen kommt das militärische Interesse in Betracht, und da ist festzustellen, daß die Belassung unserer Truppen auf Antrag des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee erfolgt ist, der dieselbe im Interesse der Aufrechterhaltung friedlicher Verhältnisse für dringend wünschenswert bezeichnet hat, eine Ansicht, der, soviel mir bekannt, auch Vizeadmiral Bendemann beitritt. Auch ich glaube, daß in der Anwesenheit fremder Truppen in Schanghai eine starke Bürgschaft für ein fremdenfreundliches und friedenerhaltendes Benehmen der Jangtse-Generalgouverneure liegt, welche zudem vermutlich nicht immer Persönlichkeiten vom Typ eines Tschang-Tschi-Tung oder Liu-Kun-Yi sein werden. Jedenfalls würde es sich meines unmaßgeblichen Erachtens empfehlen, vor einer etwaigen Zurückziehung unserer Truppen die militärische Meinung des Feldmarschalls in der Frage einzuholen.

---

* Nach dem vom 1. Juli datierten Bericht des Generalkonsuls Knappe war der chinesische General-Eisenbahndirektor Shêng bei ihm wie bei den Konsuln der übrigen Besatzungsmächte im Auftrage des Vizekönigs Liu-Kun-Yi wegen Zurückziehung der fremden Truppen aus Schanghai vorstellig geworden. Eine gleiche Demarche erfolgte Anfang August seitens der chinesischen Regierung direkt bei den Besatzungsmächten, in Berlin durch Verbalnote der chinesischen Gesandtschaft vom 2. August.

Ob unsere politischen Beziehungen zu England es erforderlich machen, diesem Staate den Gefallen zu tun, unsere Truppen zurückzuziehen, wird sich an der Zentrale besser beurteilen lassen als hier, und ich möchte durch diesen Bericht dortige politische Zirkel nicht stören. Diesen Vorbehalt vorausgeschickt, darf ich aber vielleicht darauf hinweisen, daß angesichts der Sprache, in der „Reuter“ die englische Forderung nach Zurückziehung unserer Truppen urbi et orbi verkündet hat, eine Nachgiebigkeit unsererseits einer gewissen Anerkennung der englischen Suprematie in diesem für uns so interessanten Gebiete gleichkommen würde. Will England, daß Schanghai von fremden Truppen geräumt wird, so sollte England, anstatt andere einschüchtern zu wollen, es doch einmal mit der Zurückziehung seiner eigenen Truppen versuchen und damit den Verdacht beseitigen, als ob es gewillt sei, seine eigene Stellung in Schanghai mit anderem Maße zu messen als die anderer Staaten. Ich bin überzeugt, daß, wenn England freiwillig zurückzieht, auch Frankreich, wenn nicht zwingende militärische Gründe für die Belassung seiner Truppen sprechen, seine Garnison aufheben wird, und daß wir, vom rein politischen Standpunkte aus betrachtet, alsdann beruhigt das gleiche tun können. Die Japaner kommen meines Dafürhaltens bei dieser Frage nicht sehr in Betracht. Sie werden tun, was wir übrigen machen. Immerhin dürfte bei Beurteilung der englischen Vorschläge nicht ganz außer acht zu lassen sein, daß nach Zurückziehung sämtlicher Garnisonen die englische Stellung günstiger sein wird, wie die der übrigen interessierten Mächte, indem England, gestützt auf die Nähe von Hongkong und auf seine starke Flotte, leichter als irgendeine andere Macht seine Garnison in Schanghai wieder einrichten kann, sobald es dazu die Neigung verspürt.

Diese Situation war aber auch früher schon vorhanden und liegt in den Verhältnissen begründet. Sie auszunutzen wird England in Zukunft vielleicht weniger Lust verspüren als in der Vergangenheit, nachdem es gesehen hat, daß die Entsendung englischer Truppen nach Schanghai die Entsendung anderer fremder Truppen dorthin leicht im Gefolge haben kann, wodurch, wie im vorigen Sommer geschehen, die künstlich aufrechterhaltene Mythe von der englischen Interessensphäre am Jangtse stark erschüttert werden kann.

Um also das Gesagte zusammenzufassen, so neige ich aus militärischen Gründen, deren Aufstellung ich allerdings kompetenteren Beurteilern überlassen möchte, vorläufig noch dahin, die militärische Besetzung Schanghais durch fremde Truppen für wünschenswert zu halten, bis sich die Verhältnisse im Norden nach Abzug unserer Truppen klarer übersehen lassen. Dann aber sollte die Initiative zur Räumung meines Erachtens von England ausgehen, das sich als lokal stärkste Macht dabei am wenigstens vergeben würde. Und es müßte diese Räumung durch freundschaftlichen diplomatischen Meinungsaustausch und nicht durch Drohungen in Parlament und Presse eingeleitet werden, die ein Zurück-

ziehen unserer Truppen in den Augen der Welt als ein Zurückweichen vor Englands Macht und als eine Anerkennung von Englands Einfluß erscheinen lassen würden.

Dem Kaiserlichen Generalkonsul habe ich auf seinen Bericht erwidert, daß ich mit der Art und Weise, wie er Shêng geantwortet habe, durchaus einverstanden bin.

A. v. Mumm

Nr. 4944

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Gesandten in Peking Mumm von Schwarzenstein

Telegramm. Konzept

Nr. 260 Berlin, den 9. August 1901

Euer pp. teile ich zu Ihrer streng vertraulichen Information nachstehendes Telegramm des Kaiserlichen Geschäftsträgers in London vom 8. d. Mts. mit:

„Wie mir Lord Lansdowne sagt, hat der Vizekönig Liu den Hof gebeten, bei den Mächten behufs Zurückziehung sämtlicher Truppen von Schanghai vorstellig zu werden. Der Minister bemerkte hierzu, daß England im Begriff stände, von den zurzeit in Schanghai stationierten zwei Bataillonen eins sofort zurückzuziehen. Das verbleibende Bataillon wolle die englische Regierung ebenfalls abberufen, wenn die Truppen der übrigen Mächte zurückgezogen würden. Nach Ansicht der freundlich gesinnten Vizekönige des Jangtse sei eine Besetzung von Schanghai nicht mehr notwendig und würde höchstens Anstoß zu Unruhen geben."

Auf diese Mitteilung ist keine unmittelbare Antwort erforderlich. Wenn die Sache wieder zur Sprache kommt, wird diesseits darauf hinzuweisen sein, daß sowohl die fortdauernd beunruhigenden Nachrichten, welche aus Schanghai übereinstimmend durch alle telegraphischen Agenturen einschließlich „Reuter" gebracht würden, wie auch die in Euer pp. Telegramm Nr. 466 erwähnte amtliche Kundgebung* geeignet seien, uns zur Vorsicht zu mahnen. Natürlich wünschten wir aus verschiedenen Gründen, das in Schanghai isoliert stehende kleine Kommando zurückzuziehen, sobald die Verhältnisse es gestatteten. Aber dafür sei erforderlich, daß die Sicherheit der Fremden in jener Gegend außer allem Zweifel sei.

Mühlberg

---

* Die in Telegramm Nr. 466 vom 5. August erwähnte chinesische Kundgebung ließ auf dilatorische Absichten der chinesischen Friedensbevollmächtigten schließen.

Nr. 4945

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 29. September 1901

Euere Exzellenz haben in dem Schreiben vom 20. d. Mts. im Auftrag Ihrer Regierung und unter Hinweis auf das Drängen von chinesischer Seite die Ansicht der Kaiserlichen Regierung darüber erbeten, ob es möglich wäre, für eine gemeinsame Evakuation Schanghais einen bestimmten Zeitpunkt festzusetzen*.

Ich beehre mich, hierauf zu erwidern, daß die Kaiserliche Regierung, obwohl auch ihr aus verschiedenen Gründen, insbesondere solchen militärischer und finanzieller Natur, eine baldige Rücknahme ihrer Truppen aus Schanghai nur erwünscht wäre, es nicht für möglich hält, schon jetzt den Zeitpunkt dafür zu bestimmen. Die verschiedenen, noch immer einlaufenden Nachrichten von neuen aufrührerischen Bewegungen, namentlich nördlich des Jangtses, lassen leider keinen Zweifel darüber, daß eine dauernde Beruhigung der Zustände in China noch nicht eingetreten ist. Es darf hierbei erwähnt werden, daß nach einer eben eingetroffenen Meldung aus Schanghai dort in diesen Tagen das Eintreffen eines Bataillons japanischer Infanterie erwartet wird, welches die bis dahin dort stationierten japanischen Seeleute ablösen soll. Offenbar hegt also auch die japanische Regierung, welche sich stets am besten über die Verhältnisse in China informiert gezeigt hat, zu deren Festigung noch kein Vertrauen. Während aber England in Hongkong einen Waffenplatz ersten Ranges besitzt, von wo aus es in kürzester Frist nach jedem beliebigen Punkte der chinesischen Küste ansehnliche Streitkräfte werfen kann, entbehrt Deutschland eines solchen Platzes und würde also im Falle einer erneuten Bedrohung der deutschen wirtschaftlichen Interessen durch abermalige Unruhen auf den zeitraubenden Weg der Heranziehung von Truppen aus der Heimat angewiesen sein. Tsingtau kommt hierfür um so weniger in Betracht, als, wie ich ganz vertraulich bemerke, den deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen in Schantung zurzeit von der chinesischen Provinzialverwaltung Schwierigkeiten bereitet werden, zu deren Behebung ein schon durch die bloße Möglichkeit der Heranziehung von deutschen Verstärkungen aus Schanghai erhöhter Druck erwünscht erscheint.

---

* Nach dem Schreiben Sir Frank Lascelles' vom 20. September war er beauftragt „to ascertain the views of the Imperial Government as to the possibility of fixing a date of a joint evacuation."

Die Kaiserliche Regierung trägt hiernach zurzeit Bedenken, die Verantwortung für eine gegen den Rat ihrer militärischen Sachverständigen vorzunehmende Zurückziehung der deutschen Garnison aus Schanghai und für die daraus möglicherweise resultierende Schädigung der Interessen der deutschen Kolonien in China zu übernehmen. Sie hält vielmehr dafür, daß ein ferneres Verbleiben der fremden Garnisonen in Schanghai einstweilen noch im Interesse der weiteren Befestigung der Zustände liegt.

Richthofen

Nr. 4946

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

A. 17 Peking, den 21. Januar 1902
[eingetroffen am 12. März]

Als im vergangenen Jahre die englische Regierung durch bestellte Interpellationen im Parlament, durch inspirierte Angriffe in der Presse, durch Vorschieben der Jangtse-Generalgouverneure uns aus Schanghai herausängstigen wollte, ohne selbst Garantien für ihr Verhalten zu geben, war ich, wie Euerer Exzellenz bekannt, im Interesse unseres Prestiges auf das allerentschiedenste gegen jede Nachgiebigkeit unsererseits. Ich habe aber damals gleich darauf hingewiesen, daß, wenn England uns direkt in höflicher Form die gleichzeitige Zurückziehung der englischen und der deutschen Truppen aus Schanghai vorschlagen sollte, ich vom politischen Standpunkt aus kein besonderes Bedenken sähe, darauf einzugehen. Als der englische Botschafter dem Herrn Staatssekretär im September v. Js. dahingehende Vorschläge machte *, war der Moment in Anbetracht des bevorstehenden Winters und der noch nicht erfolgten Rückkehr des Hofes nach Peking wohl etwas verfrüht. Sollte die englische Regierung aber in einigen Wochen auf die Angelegenheit zurückkommen, wie ich dies nach Äußerungen Sir Ernest Satows für wahrscheinlich halte, so würde ich, soweit ich von hier aus urteilen kann, der Räumung einen Widerspruch nicht entgegenzusetzen haben. Eventuell könnte ja alsdann, wenn die sofortige Räumung wegen der bereits aufgewandten Kosten usw. nicht opportun erscheint, ein etwas entfernterer Termin in Aussicht genommen werden, womit sich die englische Regierung wohl zufrieden geben würde.

Freilich weiß ich nicht, ob nicht vielleicht allerhöchste Absichten durch eine solche Verminderung unseres Truppenbestandes in Ostasien

---

* Vgl. Nr. 4945.

gestört werden würden. Unter diesen Umständen würde für den Fall der Zurückziehung unserer Truppen aus Schanghai vielleicht der Gedanke einer Verstärkung der Tsingtau-Garnison in Erwägung gezogen werden können, den, soviel ich gehört habe, der Kaiserliche Gouverneur des Kiautschougebietes in Berlin angeregt hat.

Selbstverständlich würde die Zurückziehung auch der Franzosen und der Japaner aus Schanghai neben derjenigen der Engländer Voraussetzung für das Aufhören unserer Garnison sein müssen. Japan würde auch sicherlich keine Schwierigkeiten machen, aber ob die Franzosen gleich bereit wären, wieder abzurücken, halte ich nicht für ganz zweifelsfrei.

Sollte bei uns im Prinzip die Geneigtheit vorhanden sein oder sich herausbilden, pari passu mit den anderen Mächten unsere Schanghai-Garnison zurückzuziehen, so würde ich für eine möglichst frühzeitige telegraphische Orientierung dankbar sein. Mir scheint es nämlich besonders wichtig, den Engländern die Möglichkeit zu benehmen, sich alsdann den Generalgouverneuren am Jangtse und der Zentralregierung gegenüber so aufzuspielen, als ob ihnen die Räumung Schanghais zu verdanken wäre. Sind wir entschlossen zu räumen, so kann ich, wenn ich es rechtzeitig weiß, daraus politisch Nutzen ziehen, während eine Zurückziehung unserer Garnison, die nach außen wie eine Folge englischen Druckes ausgebeutet werden könnte, für unsere Stellung am Jangtse äußerst nachteilig sein würde.

A. v. Mumm

Nr. 4947

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 33 Berlin, den 10. Februar 1902

Gesandter Peking meldet:

„Nach Meldung Generalkonsuls hat Liu-Kung-Yi dem in Sachen Wusung-Korrektion als Seniorkonsul ihn aufsuchenden amerikanischen Generalkonsul* gegenüber Frage der fremden Truppen in Schanghai berührt und amerikanische Unterstützung wegen Zurückziehung erbeten."

Daß wir in Schanghai keinerlei Sondervorteile anstreben, ergibt sich schon aus unserer Erklärung zur Frage der offenen Tür und aus unserem Jangtseabkommen. Wir haben stets den Standpunkt fest-

---

* I. Goodnow.

gehalten, daß die Besetzung Schanghais, an der wir uns erst nach dem Vorgang andrer Mächte beteiligt haben, eine vorübergehende Maßnahme zum Schutz der Fremden ist und genau denselben Charakter hat wie die internationale Garnisonierung Pekings. Eine Zurücknahme unserer Truppen aus Schanghai würde daher voraussetzen, daß die Sicherheit der Fremden völlig verbürgt erscheint und auch die übrigen Mächte ihre Garnisonen aus Schanghai zurücknehmen.

Der jetzige Moment erscheint zur Anregung der Frage schon deshalb nicht geeignet, weil zurzeit auch die Verminderung der fremden Truppen in Tschili erwogen wird. Gleichzeitig damit aber auch Schanghai zu evakuieren, würde dem auf Befürwortung der Generale bisher befolgten Grundsatz widersprechen, wonach die Räumung Chinas nur ganz allmählich erfolgen soll.

Bitte, die Pekinger Meldung in vorstehendem Sinne dort zu besprechen.

Den am Schluß Ihres Telegramms Nr. 48 erwähnten Befürchtungen* können Eure Exzellenz mit der Versicherung entgegentreten, daß wir nach wie vor nicht daran denken, von dem unsererseits auch für Schantung anerkannten Prinzip der offenen Tür abzugehen, und daß wir überhaupt keinerlei Maßnahmen in Aussicht genommen haben, welche von andren Mächten als Beispiel oder Anlaß ausgenutzt werden könnten, um ihrerseits den Besitzstand des Chinesischen Reichs noch weiter zu beeinträchtigen. Die jenen Befürchtungen wohl zugrunde liegenden englischen Preßnachrichten sind dahin richtigzustellen, daß eine deutsche Gesellschaft Bergbaukonzessionen für einige genau bestimmte Bergfelder in Schantung erlangt hat, keineswegs ein Monopol für die ganze Provinz.

Bülow

Nr. 4948

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Geheim — Berlin, den 13. Februar 1902

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät hatte ich unlängst bereits melden dürfen, daß auf Grund der von Euerer Majestät mir erteilten Befehle Euerer Majestät Gesandter in Peking von mir angewiesen worden war, scharf auf das Tun und Treiben der Engländer am Jangtse aufzupassen, damit wir nicht eines Tages plötzlich vor einem englischen fait accompli stünden, welches uns das größte Strom-

---

* Sie gingen dahin, Deutschland könne, dem Beispiele Rußlands in der Mandschurei folgend, ähnlich in Schantung vorgehen. Telegramm Hollebens Nr. 48 vom 9. Februar.

gebiet Chinas verschlösse. Herr von Mumm hat darauf Euerer Majestät Konsulate am Jangtse zu entsprechenden Beobachtungen instruiert und weitere Ermittelungen eingeleitet.

Wie zeitgemäß Euerer Majestät Direktive war, ergibt die nachstehende telegraphische Meldung, welche soeben von Euerer Majestät Gesandten in Peking eingelaufen ist:

„Der Kaiserliche Konsul in Hankau meldet: ‚Gewährsmann will folgendes vom Sohn des Generalgouverneurs erfahren haben: Vor etwa drei Monaten hat englische Regierung durch einen Bevollmächtigten Tschang-Tschi-Tung und Liu-Kung-Yi einen geheimen Vertrag zum Schutze des Jangtsetals, angeblich gegen Rußlands Vordringen, angeboten [1], welcher Art Schutz und Kompensation ist unbekannt. Generalgouverneure haben geantwortet, daß sie erst die Regelung der Mandschureifrage abwarten und nach Rückkehr des Hofes in einer Audienz des Kaisers Ansicht einholen wollten.‘ Werde meinerseits Angelegenheit im Auge behalten.“

Wenn auch nach diesem Telegramm der von den Engländern eingefädelte Coup denselben diesmal noch nicht gelungen ist, so liegt doch auf der Hand, daß sie kein Mittel unversucht lassen werden, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Um diesen Überrumpelungs- und Übervorteilungsversuchen ein für allemal einen kräftigen Riegel vorzuschieben, würde es sich meines alleruntertänigsten Dafürhaltens empfehlen, daß der Jangtse förmlich unter internationalen Schutz gestellt wird [2]. Mit einem solchen Vorschlag würden wir am ehesten bei der Regierung der Vereinigten Staaten Anklang finden. Wir würden der amerikanischen Regierung diesen Vorschlag als Weiterentwicklung des von ihr seit zwei Jahren so eifrig geförderten Open-door-Prinzips hinstellen [3] und können dabei zugleich an unser, einem verwandten Gedanken entsprungenes Jangtseabkommen anknüpfen. Wenn wir erst die Amerikaner gewonnen haben, wird ein Ausweichen dem Londoner Kabinett schwer fallen. Die übrigen Mächte, insbesondere auch Rußland, welches letztere früher zur Freude der Engländer erklärt hatte, sich am Jangtse zu desinteressieren, dürften keine Schwierigkeiten machen, die meisten sogar freudig zustimmen [3].

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät darf ich ehrfurchtsvollst bitten, allergnädigst mich durch Randvermerk wissen zu lassen, ob Euere Majestät den vorstehenden Vorschlag billigen und demgemäß mich ermächtigen wollen, mit der amerikanischen Regierung in Benehmen zu treten*.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden! Sofort Schritte einleiten W. 15/II 02. Geschwaderchef in-

---

* Über die Ausführung des vom Kaiser gebilligten Schrittes siehe Nr. 4962.

formieren, daß immer ein paar Kanonenboote von uns auf dem Yangtse fahren müssen und er ihn zeitweise besucht. W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Was Usedom stets befürchtete
[2] ja, da müßen die Yankees auch dabei sein
[3] ja

Nr. 4949

Der Geschäftsträger in Peking Freiherr von der Goltz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 224 Peking, den 30. Juli 1902

Stellvertretender Generalkonsul Schanghai telegraphiert, daß nach Mitteilung dortigen Taotais Liu-Kun-Yi letzteren ersucht habe, bei deutschem, englischem, französischem, japanischem Konsul Zurückziehung der fremden Truppen aus Schanghai anzuregen.

Goltz

Randbemerkung von Mühlbergs:
Die Absicht der Militärbehörden, Grundstücke in Schanghai fest zu erwerben, dürfte wohl im Hinblick auf nebenstehende Mitteilung wenig zeitgemäß sein.
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Wir müssen uns meines Erachtens in Schanghai in allem auf der gleichen Linie der anderen dort vertretenen Mächte halten.

Nr. 4950

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Peking Freiherrn von der Goltz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 112 Berlin, den 1. August 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 224*.

Der hiesige englische Geschäftsträger** hat im Auftrag seiner Regierung mir soeben mitgeteilt, daß China in London den Antrag auf Räumung Schanghais gestellt habe, und um unsere Auffassung dazu gebeten.

Ich habe vorläufig erwidert, daß ich zunächst die Ansicht Ew. pp. hören müßte.

---

* Siehe Nr. 4949.
** Buchanan.

Ew. pp. bitte ich daher um Äußerung, ob Sie die Verhältnisse in China ganz objektiv für soweit konsolidiert erachten, daß die Evakuierung Schanghais schon jetzt oder doch zu einem bestimmten nahen Termin ohne Gefahr für die fremden Interessen in China ins Werk gesetzt werden kann.

Wenn die übrigen Mächte effektiv räumen, werden wir selbstverständlich nicht allein in Schanghai bleiben können. Deshalb wird es mir von Interesse sein, ferner auch über die Stimmung Ihrer dortigen Kollegen zu dem Räumungsantrag unterrichtet zu werden. Da die Japaner, wie ich ohne weiteres annehmen möchte, auch in dieser Frage mit England gehen werden, wird vor allem die Haltung des dortigen französischen Vertreters zu beachten sein. Von demselben werden Sie auch am ersten herausbekommen können, ob er an die Ernsthaftigkeit der von England affichierten Absicht, mit allen seinen Truppen aus Schanghai herauszugehen, glaubt.

Aus der bisherigen dortigen Berichterstattung scheint sich die Folgerung zu ergeben, daß ein längeres Widerstreben unsererseits gegen eine einheitliche Tendenz für Räumung aussichtslos ist und unsere gesamte politische Stellung in Ostasien schwer benachteiligen würde*.

Mühlberg

Nr. 4951

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Reval, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Reval, den 8. August 1902

Hinsichtlich der Zurückziehung der fremden Garnisonen aus Schanghai steht Seine Majestät der Kaiser auf dem Standpunkte, daß wir diesen Ort nur pari passu mit allen übrigen dort Garnison haltenden Mächten und nur dann räumen dürfen, wenn auch diese ihre Truppen zurückziehen. Unsere Soldaten dürften nur gleichzeitig mit den englischen, französischen und japanischen Soldaten Schanghai verlassen**.

---

* Am 5. August (Telegramm Nr. 229) erwiderte Freiherr von der Goltz, er sei mit seinem französischen Kollegen der Ansicht, daß der englische Gesandte Sir Ernest Satow persönlich die baldige Zurückziehung aller englischen Truppen aus Schanghai betreibe. Auch seinerseits hielt Goltz „in Übereinstimmung mit anderen Missionschefs" die Lage für soweit konsolidiert, daß eine Räumung Schanghais in Betracht gezogen werden könne.

** Gemäß der kaiserlichen Direktive verständigte der Stellvertretende Staatssekretär von Mühlberg am 12. August den englischen Geschäftsträger in Berlin, daß die deutschen Truppen ebensofrüh aus Schanghai zurückgezogen werden würden als die der anderen Mächte. Englisches Blaubuch China Nr. 3 (1902), Nr. 8, abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 67, S. 232.

Allein könnten wir natürlich nicht dort bleiben. Dieser allerhöchsten Auffassung entsprechend müssen wir auch nach außen hervortreten lassen, daß wir in Schanghai gleiche Rechte mit allen anderen Mächten haben, dürfen aber auch nicht den Schein entstehen lassen, als ob wir nur à contre coeur oder gar einem gemeinsamen Drucke der Mächte folgend aus Schanghai herausgingen.

Bülow

Nr. 4952

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Paris von Schlözer

Telegramm. Konzept

Nr. 110 Berlin, den 13. August 1902

Hiesiger französischer Geschäftsträger* hat hier mitgeteilt, der französische Botschafter in London habe den Auftrag, dort zu erklären, daß Frankreich bereit sei, seine Truppen aus Schanghai zurückzunehmen, vorausgesetzt, daß die Zurücknahme unter den Mächten vereinbart werde, gleichzeitig und vollständig erfolge; ferner aber solle der Botschafter aber noch seiner Erklärung hinzufügen, daß Frankreich sich vorbehalte, für den Fall, wo irgendeine Macht von neuem eine Wache nach Schanghai legen sollte, auch seinerseits analoge Maßnahmen zu treffen.

Wir können diesen französischen Standpunkt nur durchaus akzeptieren. Graf Metternich ist demgemäß angewiesen auszusprechen, daß wir, sowie alle andren Mächte ihre Truppen aus Schanghai effektiv und vollständig zurückzögen, uns ohne weiteres anschließen würden. Zugleich soll der Botschafter erläuternd hinzufügen, daß wir eine ausdrückliche Erwähnung der beiden weiteren französischen Vorbehalte (Vereinbarung über die Zurückziehung und Wiederbesetzung im Falle Vorgehens einer andren Macht) nur deshalb unterlassen hätten, weil wir diese Vorbehalte schon als selbstverständliche Konsequenzen der gegebenen Lage ansähen, und daß somit die vier Okkupationsmächte jetzt zunächst die Modalitäten der Räumung untereinander zu vereinbaren haben würden. Ew. wollen in Verbindung hiermit auch den Inhalt der Meldung aus Peking bei dem französischen Minister zur Sprache bringen, wonach die Engländer versucht haben oder noch versuchen, den Chinesen, wahrscheinlich als Maklergebühr für die englischen Bemühungen in der Räumungsfrage, die Besetzung wichtiger Punkte im Jangtsegebiet abzudrängen**. Diese Mitteilung, wie ich

---

* G. Prinet.

** Näheres darüber siehe in Nr. 4962.

für Ew. persönlich bemerke, weist darauf hin, daß bei den Verhandlungen, welche der Räumung vorausgehen werden, man von der chinesischen Regierung zu verlangen haben wird, daß sie sich formell verpflichte, weder jetzt noch später irgendeiner Macht Sondervorteile politischer, militärischer oder maritimer Natur zu gewähren, insbesondre die Besetzung keines Punktes zu gestatten, welcher den Eingang oder den Lauf des Stroms beherrscht. Indessen wollen Ew. es zunächst dem französischen Minister überlassen, welche Schlußfolgerungen er aus jener Mitteilung ziehen will, und wollen Ihrerseits den Schein vermeiden, als suchten wir die Franzosen vorwärts zu drängen.

Bülow

Nr. 4953

Der Geschäftsträger in Paris von Schlözer an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 191 Paris, den 14. August 1902

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 110* und 111.

Herr Delcassé ist auf mehrere Tage abwesend, hat aber die Leitung der Angelegenheiten behalten. Herr Dumaine**, der mit ihm in fortlaufender Verbindung steht, nahm mit großer Befriedigung Akt von der Übereinstimmung Euerer Exzellenz mit den Anschauungen der französischen Regierung bezüglich der Räumung Schanghais und der sich hieran schließenden Erklärung, daß deutscherseits der französische Vorbehalt als selbstverständlich angesehen werde.

Über die englische Demarche für eventuelle Besetzung von Punkten des Jangtsegebiets, welche ich schließlich erwähnte, schien man noch nicht informiert und wenig angenehm überrascht zu sein. Herr Dumaine setzte mir auseinander, daß die genannten Forts nebst Hafen gerade die das Jangtsetal beherrschenden Punkte wären, und wies darauf hin, daß der Ausdruck „zum Schutze des Handels" den Engländern jederzeit eine Besetzung ermöglichen würde. Er fügte hinzu, daß die Zustimmung der englischen Regierung zur Räumung des Okkupationsgebiets doch keinen Wert hätte, wenn sie andererseits die Flußmündung besetzen wollten. „Es scheint," bemerkte er unter anderem, „die Engländer wollen das Haus verlassen, aber den Schlüssel behalten."

Schlözer

---

* Siehe Nr. 4952.

** Subdirektor im französischen Außenministerium, Abteilung für Ostasien (1899—1904).

Nr. 4954

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Paris von Schlözer

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 114 Berlin, den 21. August 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 191*.

Nach Meldung des Grafen Arco aus Tokio hat japanische Regierung sich mit dem deutschen und französischen Standpunkte vollständig einverstanden erklärt. Lord Lansdowne hat auf die Eröffnungen des Grafen Metternich erwidert, er werde sich nunmehr mit der Admiralität und den militärischen Behörden wegen der Modalitäten der Zurückziehung der Truppen aus Schanghai ins Einvernehmen setzen und uns dann eine weitere Mitteilung machen.

Nach hiesiger Auffassung würde nunmehr analog wie seinerzeit hinsichtlich der Reduzierung der Besetzung von Tientsin zu verfahren sein. Es würden also zunächst die Kommandeure der vier Garnisonen in Schanghai untereinander einen genauen Plan für die gleichzeitige und vollständige Räumung aufzustellen und demnächst den diplomatischen Vertretern der vier Mächte in Peking zu unterbreiten haben. Die letzteren würden den Plan nach Prüfung an die chinesische Regierung mitteilen, dabei jedoch den von Frankreich vorgeschlagenen Vorbehalt wegen eventueller Wiederbesetzung machen und in weiterer Konsequenz noch die fernere Bedingung stellen, daß China sich formell verpflichte, weder jetzt noch später irgendeiner Macht Sondervorteile politischer, militärischer oder maritimer Natur am Jangtse zu gewähren, insbesondere die Besetzung keines Punktes zu gestatten, welcher den Eingang oder den Lauf des Jangtse beherrscht.

Bitte, vorstehendes dort mitzuteilen und festzustellen, ob die französische Regierung sich auf den gleichen Standpunkt stellen würde**.

Mühlberg

---

* Siehe Nr. 4953.

** Eine direkte Antwort Schlözers auf das Telegramm vom 21. August liegt nicht vor; wohl aber ergibt sich aus einem Bericht des Geschäftsträgers vom 28. August (Nr. 485), daß der inzwischen nach Paris zurückgekehrte Minister Delcassé prinzipiell mit der von Deutschland gewünschten formellen Festlegung der chinesischen Regierung einverstanden war, aber die Geltendmachung dieser zusätzlichen Forderung noch hinausgeschoben zu sehen wünschte.

Nr. 4955

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 210 St. Petersburg, den 27. August 1902

Wie mir der französische Botschafter mitteilt, ist er davon unterrichtet worden, daß seine Regierung dem deutschen Vorschlage durchaus zustimmt, in das Übereinkommen wegen der Evakuation von Schanghai eine Bestimmung aufzunehmen, wonach sich China formell verpflichten müsse, keiner Macht besondere Vorteile oder einen beherrschenden Punkt am Jangtse zuzugestehen.

Alvensleben

Nr. 4956

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Ausfertigung

Berlin, 22. September 1902

I have received a despatch from His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs informing me that the French and Japanese Governments have signified their readiness to recall their forces from Shanghai simultaneously with the recall of the other Foreign Contingents. As the Imperial Government have already stated that they are prepared to withdraw their forces under the above conditions it only remains that the four Powers should come to an agreement as to the date of evacuation, and I have accordingly been instructed by Lord Lansdowne to propose to Your Excellency that this should take place on the first of November.

Frank C. Lascelles

Nr. 4957

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen für den Reichskanzler Grafen von Bülow

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 27. September 1902

Euerer Exzellenz beehre ich mich, anbei ein Schreiben des englischen Botschafters vom 22. d. Mts.* vorzulegen, wonach die englische

* Siehe Nr. 4956.

Regierung uns nunmehr vorschlägt, als Termin für die Räumung Schanghais den 1. November d. Js. festzusetzen.

Wir hatten der englischen Regierung in der zweiten Hälfte v. Mts. bereits erklärt, daß wir, sobald alle beteiligten Mächte Schanghai vollständig räumten, uns nicht ausschließen würden, daß wir aber nach dem Vorgange Frankreichs einmal die Bedingung stellten, daß die Modalitäten der Zurückziehung zuvor vereinbart würden, und zweitens uns vorbehielten, wofern eine andre Macht aufs neue Truppen nach Schanghai legen sollte, ein Gleiches zu tun. Ferner sind wir mit Frankreich übereingekommen, diesen letztgenannten Vorbehalt dahin zu verstehen, daß China sich auch, und zwar formell verpflichten müsse, weder irgendeiner Macht Sondervorteile politischer, militärischer oder maritimer Natur am Jangtse zu gewähren noch die Besetzung anderer, den Strom dominierender Punkte zu gestatten.

Die Verlautbarung dieser letzteren Forderung nach China oder nach England ist bis jetzt unterblieben, nachdem Herr Delcassé sich dahin ausgesprochen hat, daß es damit noch Zeit habe, bis zur Räumung selbst geschritten werde*.

Ich möchte hiernach vorschlagen, auf den englischen Vorschlag zu antworten: Wir hätten gegen den vorgeschlagenen Termin nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß bis dahin die vorbehaltenen genauen Vereinbarungen über die Modalitäten der Räumung zwischen den militärischen Befehlshabern in Schanghai und den diplomatischen Vertretern in Peking zustande kämen. Zu den Modalitäten der Räumung werde auch gehören, daß China sich formell verpflichte, weder irgendeiner Macht Sondervorteile politischer, militärischer oder maritimer Natur zu gewähren, noch die Besetzung Schanghais oder eines andren den Strom beherrschenden Punktes oberhalb oder unterhalb Schanghais zu gestatten.

Von dieser von uns beabsichtigten Antwort würde vorher die französische Regierung zu verständigen sein.

Eine nochmalige Befragung Seiner Majestät scheint mir nicht erforderlich, nachdem Seine Majestät auf den früheren Immediatbericht über die erste englische Anfrage bereits genehmigt hat, daß wir aus Schanghai ebenfalls abziehen, sobald auch die andren den Platz effektiv und vollständig räumen.

Richthofen

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden B. 27/9.

---

* Vgl. Nr. 4954, Fußnote **.

Nr. 4958

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 1. Oktober 1902

Aus dem anliegenden Telegramm Nr. 53 des Grafen Arco* ergibt sich, daß die französische Regierung für die Räumung Schanghais in Tokio nur ihre von uns seinerzeit genehmigten Bedingungen (1. vorgängige Vereinbarung über gleichzeitige Räumung, 2. Vorbehalt der Wiederbesetzung im Falle eines gleichen Vorgehens einer andren Macht) vorgebracht hat. Dagegen hat sie die von uns hinzugefügte fernere Bedingung, daß China sich formell verpflichten müsse, weder irgendeiner Macht Sondervorteile politischer, militärischer oder maritimer Natur am Jangtse noch die Besetzung andrer den Strom dominierender Punkte einzuräumen, unter den Tisch fallenlassen, obwohl Herr Delcassé seinerzeit dieser Bedingung zugestimmt und nur empfohlen hatte, ihre Geltendmachung bis zur Räumung selbst hinauszuschieben. Der französischen Regierung liegt also wohl nur daran, gerade wie früher bei den Pekinger Friedensverhandlungen, daß zur Genugtuung der französischen Eitelkeit eben die französischen Bedingungen angenommen werden; im übrigen wünscht sie sich England gefällig zu erweisen, wie dies auch wohl der Grund ihrer dilatorischen Behandlung unserer Wünsche in Siam** ist. Auch meldet Freiherr von Eckardstein, daß Cambon unablässig, aber bisher gänzlich erfolglos Versuche gemacht hat, England eine Verständigung über Marokko anzubieten.

Unter diesen Umständen scheint mir die in meinem hier nochmals angeschlossenen Vortrag vom 27. v. Mts.*** in Aussicht genommene Verständigung von Paris überflüssig †. Es wird vielmehr jetzt geraten

---

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

** Die seit längeren Jahren bestehende französisch-englische Rivalität in Siam hatte zu Beginn des Sommers ein französisches Vorgehen erwarten lassen, so daß die deutsche Regierung vorsichtig sowohl in Paris wie in London wegen eines Schutzes der deutschen Interessen sondierte. Von Paris her war die deutsche Regierung direkt zu einem französisch-deutschen Zusammengehen animiert worden; als aber Deutschland wegen des Schutzes seiner Interessen in Siam vorstellig wurde, verfolgte die französische Regierung die Angelegenheit nicht weiter. Vgl. die Aufzeichnung Holsteins über die Frage eines deutsch-französischen Zusammengehens aus dem April 1903 in Bd. XVIII, Kap. CXXVI, Nr. 5888.

*** Siehe Nr. 4957.

† Vgl. dazu auch die Aufzeichnung Holsteins aus dem April 1903 über ein deutsch-französisches Zusammengehen (Bd. XVIII, Kap. CXXVI, Nr. 5888), wo er sich nicht ohne Bitterkeit über das französische Verhalten in der Schanghaifrage äußert.

sein, unsere Bedingungen für die Räumung Schanghais schleunigst sowohl in London als auch in Peking vorzubringen* und gleichzeitig die andren beteiligten Mächte, also Frankreich und Japan, ferner aber auch Amerika einfach davon in Kenntnis zu setzen.

Darf ich um telegraphische Genehmigung zu diesem Vorgehen bitten?

Richthofen

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks: Einverstanden B. 2/10.

Nr. 4959

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Note. Unsigniertes Konzept

Berlin, den 4. Oktober 1902

Der Kaiserliche Geschäftsträger in London ist angewiesen, der Königlich Großbritannischen Regierung folgendes mitzuteilen**:

Als im August d. Js. unter den beteiligten Mächten die Frage der Räumung Schanghais zum Gegenstand von Erörterungen gemacht worden sei, habe die französische Regierung erklärt, daß sie unter zwei Voraussetzungen zu baldiger Räumung des Platzes bereit sei: einmal müsse eine vorgängige Vereinbarung über die gleichzeitige und gleichmäßige Räumung getroffen werden, und zweitens behielte Frankreich sich eine Wiederbesetzung Schanghais für den Fall vor, daß etwa eine andere Macht zu einer solchen Maßnahme schreiten sollte.

An diesem französischen Standpunkte, dem die Kaiserliche Regierung bekanntlich sofort beigetreten sei, halte dieselbe auch jetzt ebenso wie Frankreich fest. Nur erachte es die Kaiserliche Regierung für richtig, noch die ausdrückliche fernere Bedingung hinzuzufügen, daß die Pekinger Regierung sowie auch die Vizekönige am Jangtse sich verpflichten müssen, Sondervorteile politischer, militärischer, maritimer oder wirtschaftlicher Natur am Jangtse weder irgendeiner Macht zu gewähren noch zu gestatten, daß unter- oder oberhalb Schanghais andre, den Strom beherrschende Punkte von einer Macht besetzt würden. Die Kaiserliche Regierung glaube, daß durch diese Bedingung

---

* Betreffs der Mitteilung nach London siehe das folgende Schriftstück. Die analoge Mitteilung nach Peking erfolgte durch Telegramm Nr. 130 vom 3. Oktober an den Geschäftsträger von der Goltz.

** Siehe den englischen Text der von Freiherrn von Eckardstein am 8. Oktober überreichten Note im Englischen Blaubuch China Nr. 3 (1902) und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 67, S. 234 f.

der in dem zweiten französischen Vorbehalt ins Auge gefaßten unerwünschten Möglichkeit noch wirksamer vorgebeugt werde.

Vorausgesetzt, daß die bezeichneten Bedingungen inzwischen sichergestellt würden, würde die Kaiserliche Regierung gegen den 1. November d. Js. als Räumungstermin nichts einzuwenden haben.

Nr. 4960

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 202 Paris, den 4. Oktober 1902

Den in dem Telegramm Nr. 122* erteilten Auftrag habe ich soeben ausgeführt, und hatte der Minister keinerlei Einwendung dagegen zu erheben. Auch war er besonders damit einverstanden, daß neben der Zentralgewalt sich auch die Vizekönige verpflichten müßten.

Im Laufe eines längeren Gesprächs bemerkte ich, daß die Räumung keinenfalls vor Abschluß der Konvention stattfinden werde, und daß es wohl selbstverständlich sei, daß man sich auf geheime, vor Abschluß der Räumungskonvention getroffene Abmachungen über das Jangtsegebiet später nicht beziehen dürfe, während alte bekannte Abmachungen zwischen den Mächten und China bestehen blieben. Herr Delcassé fand diese Idee sehr richtig.

Radolin

Nr. 4961

Der Geschäftsträger in Peking Freiherr von der Goltz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 257 Peking, den . . . Oktober 1902
[eingetroffen am 5. Oktober]

Antwort auf Telegramm Nr. 130 vom 3. d. Mts.**

In Instruktion meines französischen Kollegen ist die in Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 125 vom 5. September noch nicht enthaltene Bedingung, daß keiner anderen Macht wirtschaftliche Sonder-

* Durch Telegramm Nr. 122 vom 3. Oktober war dem Geschäftsträger in Paris von Schlözer der Inhalt der an Sir Frank Lascelles gerichteten Note (siehe Nr. 4959) zur unverzüglichen Mitteilung an die französische Regierung übermittelt worden.

** Vgl. Nr. 4958, S. 468, Fußnote *.

vorteile gewährt werden sollen, nicht eingeschlossen; fürchtet, daß durch Einfügen dieser Bedingung nicht nur von Frankreich im oberen Jangtsetal erstrebte Eisenbahnkonzession, sondern auch für deutsche Firmen Beteiligung an industriellen Unternehmungen in Frage gestellt würde.

Goltz

Randbemerkung von Holsteins:
Der Sinn und Zweck jenes Vorbehalts ist, zu verhindern, daß ganze Gebiete der ausschließlichen Ausbeutung durch eine einzelne Macht anheimfallen, was gegen das Prinzip der offenen Tür sein würde. Daß einzelne Konzessionen als solche diesem Prinzip entgegen sind, ist bisher noch nie behauptet worden. In dem diesseitigen war der Gedanke nur allgemein angedeutet und genaue Präzisierung desselben für später, d. h. für die Redaktion des Abkommens vorbehalten. Jetzt dürfte es sich aber doch wohl empfehlen, daß man, um weitere Verbreitung und Erörterung der falschen Interpretation von Goltz und Genossen zu verhüten, den Zirkulartelegrammen sofort eine Interpretation des fraglichen Punktes nachschickt etwa des Inhalts: „Es ist hier angefragt worden, ob unter wirtschaftlichen Sondervorteilen auch einzelne Konzessionen zu verstehen sind. Natürlich nicht. Es sind nur solche Bewilligungen gemeint, welche dem Prinzip der offenen Tür zuwider sein würden. Die nähere Präzisierung des Gedankens in diesem Sinne kann der Redaktion des Vertragsinstruments vorbehalten bleiben.“ H. 5. 10.

Nr. 4962

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 17. Oktober 1902

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät hatte ich durch den hierneben alleruntertänigst wieder vorgelegten Immediatbericht vom 13. Februar d. Js.* Meldung davon erstattet, daß England bestrebt ist, im Jangtse sich eine bevorzugte Sonderstellung zu sichern, und zwar vermittelst geheimer Abmachungen mit den Vizekönigen angeblich zum Schutze des Jangtsetals.

Euere Majestät haben daraufhin befohlen, dem entgegen sofort diplomatische Schritte zu tun.

Euerer Majestät Regierung hat darauf den Gedanken einer Unterstellung des Jangtse unter das Protektorat sämtlicher Mächte angeregt. Präsident Roosevelt hat den Gedanken zunächst günstig aufgenommen. Staatssekretär Hay hat jedoch einige Zeit nachher, vermutlich nach Verständigung mit der englischen Regierung, erklärt, die Unterstellung des Jangtse unter den besonderen Schutz der Mächte würde nur Verwirrung schaffen, dagegen würde die Unterstellung von

---

* Siehe Nr. 4948.

ganz China unter das Kollektiv-Protektorat ein wünschenswertes Ziel sein. Durch diesen Vorschlag wurde also von amerikanischer Seite der Versuch gemacht, Deutschland für die Verteidigung der Mandschurei anzuwerben [1]. Ähnliche Versuche waren, wie Euerer Majestät bekannt ist, von englischer Seite wiederholt gemacht worden. Da dieselben Deutschland in starken Antagonismus zu Rußland bringen mußten, so hat die deutsche Regierung nach Eingang der amerikanischen Antwort die Unterstellung des Jangtse unter verstärkten Schutz der Mächte nicht weiter verfolgt.

Mitte August d. Js. meldete dann Euerer Majestät Geschäftsträger in Peking, nach Bericht des Konsuls in Hankau habe Herr Mackay, der englische Kommissar bei den englisch-chinesischen Handelsvertragsverhandlungen *, von dem Vizekönig Tschang-Tschi-Tung zu erreichen versucht, daß zum Schutz des Handels und im Fall von Unruhen den Engländern gestattet werde, die Kiangjinforts zu besetzen [2] und mehrere Kriegsschiffe im Hafen von Tsinghiang zu stationieren. Chang-Chi-Tung habe ausweichend geantwortet.

Ungefähr um dieselbe Zeit hatte ich Euerer Majestät zu melden, daß infolge von englischen und amerikanischen Anregungen die Frage der Räumung von Schanghai durch die fremden Kontingente aktuell werde. Euere Majestät haben darauf zu verfügen geruht, daß von einer Zurückziehung der deutschen Truppen nur die Rede würde sein können, nachdem festgestellt sei, daß die Räumung von Schanghai gleichzeitig durch alle übrigen fremden Truppen erfolge **.

Bei Ausführung dieses allerhöchsten Befehls hatte Euerer Majestät Regierung mit besonderer Vorsicht zu Werke zu gehen im Hinblick auf das in diesem Jahre wiederholt hervorgetretene Bestreben Englands nach Erlangung einer Vormachtstellung im Jangtsegebiet. Euerer Majestät Regierung hat es deshalb als ihre Aufgabe betrachtet, die Räumung an Bedingungen zu knüpfen, welche die Verletzung des Gleichberechtigungsprinzips im Jangtsebecken möglichst erschweren sollen. Die französische Regierung hatte ihrerseits schon erklärt, sie sei bereit zu räumen, si omnes, und unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß Frankreich ohne weiteres zur Wiederbesetzung befugt sein würde, wenn früher oder später eine andere Macht von neuem Truppen in Schanghai landen sollte ***. Dieser französische Vorbehalt ist von deutscher Seite dahin ergänzt worden, daß es wünschenswert erscheine, der doch immerhin bedenklichen Eventualität einer Wiederbesetzung tunlichst vorzubeugen, daß daher Deutschland vorschlage, die chinesische Regierung vor der Räumung vertragsmäßig dahin zu verpflichten, daß dieselbe von jetzt ab keiner fremden Macht im Jangtsebecken poli-

---

* Vgl. dazu Nr. 4972, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 4951 nebst Fußnote **.
*** Vgl. Nr. 4952.

tische, militärische, maritime oder wirtschaftliche Sonderrechte einräume. Dieser Vorschlag wurde von hier aus gleichzeitig den drei Okkupationsmächten, der chinesischen Regierung und zur Information und zur Verhütung etwaiger Entstellungen an das Kabinett von Washington mitgeteilt. Mit Rücksicht darauf, daß die englischen Anträge auf Bewilligung von Sondervorteilen an die Jangtse-Vizekönige gerichtet gewesen waren, erhielt Euerer Majestät Vertreter in Peking den Auftrag, durch die betreffenden deutschen Konsuln auch von den beiden Vizekönigen im Jangtsetal bindende Erklärungen zu verlangen neben derjenigen der Zentralregierung in Peking.

Die chinesische Regierung in Peking, der Vizekönig Tschang-Tschi-Tung, auch in seiner Eigenschaft als derzeitiger stellvertretender Generalgouverneur von Nanking, sowie der bis zu seiner Ankunft daselbst fungierende stellvertretende erste Beamte haben sich schriftlich bzw. telegraphisch bereit erklärt, unsere Bedingungen anzunehmen. Der deutsche und der französische Geschäftsträger in Peking halten die Erklärungen in der Form und Fassung, wie sie gegeben sind, für ausreichend, auch ist Vorkehrung getroffen, damit Chang-Chi-Tung seine bisher nur in telegraphischer Form vorliegende Erklärung schriftlich bekräftigt.

Dagegen gibt die heute eingegangene Antwortnote der englischen Regierung, welche ebenmäßig hier beigefügt ist*, allerlei zu denken. Dieselbe bezeichnet eine besondere Verpflichtung Chinas den Mächten gegenüber als überflüssig und unerwünscht, und gibt der Hoffnung Ausdruck, die Regierung Euerer Majestät werde es als genügend ansehen, wenn die vier Mächte untereinander sich die Zusicherung geben, daß sie für die Zurückziehung ihrer Truppen aus Schanghai keinerlei Konzession oder Vorrecht beanspruchen wollen[3]. Die von Deutschland vorgeschlagene Fassung, daß China sich verpflichte, keiner Macht irgendwelche Sondervorteile politischer, militärischer, maritimer oder wirtschaftlicher Natur zu bewilligen, möchte hiernach das Londoner Kabinett offenbar umgehen[4]. Daß die einzelne Mächte sich wegen der Räumung von Schanghai keine besonderen Vorteile von China versprechen lassen, wurde bisher als selbstverständlich angesehen. Eine besondere Festlegung dieses Punktes durch einen Vertrag unter den vier Mächten würde wertlos sein, denn sie würde nicht ausschließen, daß China aus irgendeinem anderen Grunde oder vielleicht auch ohne Grund und lediglich unter einem entsprechenden Druck Sondervorrechte bewilligt. Euerer Majestät Ermächtigung glaube ich deshalb dafür erbitten zu sollen, daß wir, wenn auch allein, zunächst die Nichtbewilligung von Sonderrechten mit China (und zwar sowohl der Zentralregie-

---

* Siehe den Text im Englischen Blaubuch China Nr. 3 (1902) und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 67, S. 237 f.

rung als auch den Vizekönigen) vertragsmäßig festlegen[5]. Es ist wahrscheinlich, daß Frankreich hierin unserem Beispiel folgen wird. Auch der japanische Minister Komura hat sich zur Sache in einer Weise geäußert, welche annehmen läßt, daß er trotz des englischen Bündnisses mitgehen wird. Was die englische Regierung schließlich tun wird, läßt sich heute kaum noch vorhersagen. Der englischen Politik würde es entsprechen, daß man schließlich, um nicht allzu lebhaften Verdacht bei den übrigen Interessenten, insbesondere bei Amerika, zu erwecken, widerwillig sich den übrigen anschlösse. Euerer Majestät Regierung würde, sobald die Verpflichtungen Chinas in die gehörige Form gebracht sind, erklären, daß unserm Abzug aus Schanghai nun nichts mehr im Wege steht, vorausgesetzt natürlich, daß auch alle anderen gleichzeitig herausgehen[6]. Diese Haltung würde zugleich den Vorteil haben, den Verdacht endgültig zu entkräften, welchen England und Amerika bemüht gewesen sind bei China zu erwecken, daß nämlich Deutschland nur durch englischen und amerikanischen Druck zur Räumung gezwungen wird.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden
mit den von mir gemachten Vorbehalten. 18/X 1902 W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Thun wir nicht!
[2] das ist das Bedenklichste
[3] fauler Zauber! Darauf falle ich nicht hinein!
[4] natürlich
[5] ja! aber das ist noch kein Grund zum Räumen selbst. Geräumt wird erst, wenn die anderen sich auch bindend verpflichtet haben!
[6] Nein! Bitte sehr! Vorausgesetzt, daß die anderen sich ebenso verpflichten China gegenüber wie wir. Sonst gehen die anderen hinaus, und wenn wir auf Grund unserer Abmachungen nicht mehr hinein können, kehren die anderen kalt lächelnd wieder zurück!

Nr. 4963

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 447 London, den 23. Oktober 1902

Lord Lansdowne kam mir gegenüber gestern auf die Frage der Räumung Schanghais zu sprechen und betonte den in seiner Note vom 11. d. Mts.* dargelegten Standpunkt. Er halte es nicht für erforderlich,

---

* Siehe Nr. 4962, S. 472, Fußnote *.

durch besondere Abmachungen mit der chinesischen Regierung und den Vizekönigen des Jangtse nochmals das Prinzip der offenen Tür festzulegen, welches schon durch verschiedene internationale Abmachungen genügend bekräftigt worden sei. Auch würden durch eine neue Abmachung mit China dieserhalb nur die beteiligten vier Mächte gebunden werden, während die übrigen Mächte freie Hand behielten und außerdem das Prinzip der Gleichberechtigung aller nur auf einen Teil Chinas und nicht auf ganz China Anwendung finden würde.

Ich erwiderte dem Minister, daß gerade im Gegenteil der Vorschlag der Kaiserlichen Regierung darauf hinziele, daß nicht nur den bei der Räumung Schanghais beteiligten vier Mächten, sondern daß überhaupt keiner Macht Sondervorteile im Jangtsegebiet eingeräumt werden sollten, während durch Erklärungen der vier Mächte unter sich nach Maßgabe des englischen Vorschlags nur diese gebunden sein würden.

P. Metternich

Nr. 4964

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 954 — Berlin, den 26. Oktober 1902

Aus der mit dem gefälligen Bericht vom 13. d. Mts. — Nr. 429 — eingereichten Antwort Lord Lansdownes auf unsere Erklärung betreffs der Räumung Schanghais* ersehen wir mit Genugtuung, daß auch die dortige Regierung den Abschluß einer vorgängigen Vereinbarung über die Modalitäten der Räumung ebenso für angemessen erachtet wie unsern Vorbehalt des Rechts zu einer abermaligen Besetzung Schanghais für den Fall, daß eine andere Macht in der Folge zu einer solchen Maßnahme schreiten sollte. Zu unserer Befriedigung konstatieren wir auch das Einverständnis zwischen uns und der dortigen Regierung in dem Ziel, daß keiner der beteiligten Staaten von China direkt oder indirekt für die Räumung Schanghais Sondervorteile erhalten sollte.

Zur Sicherung dieses Ziels hat die englische Regierung vorgeschlagen, daß die vier Mächte sich verpflichten, als Entschädigung für die Räumung keinerlei Vorteile irgendwelcher Art jetzt oder später von China zu beanspruchen. Wir haben unsererseits keine Bedenken gegen eine so gefaßte Abmachung, wir erachten dieselbe jedoch zur Erreichung des gewollten Zwecks für nicht genügend, weil dadurch

---

* Vgl. Nr. 4962, S. 472, Fußnote *.

nicht ausgeschlossen würde, daß China aus einem anderen Grunde an eine fremde Macht Sonderrechte abträte. Auch würde im konkreten Falle schwer nachzuweisen sein, ob die Gewährung eines Sonderrechts als direkter oder indirekter Entgelt für die Räumung Schanghais gewährt worden ist oder nicht. Uns scheint es deshalb keineswegs überflüssig, daß von chinesischer Seite eine alle Eventualitäten umfassende bestimmte Erklärung abgegeben werde. Durch eine chinesische Erklärung dahin, daß die chinesische Regierung den Souveränitätsrechten Chinas nichts vergeben und auch kein dem Grundsatz der offenen Tür zuwiderlaufendes Sonderrecht bewilligen werde, wird keiner der beteiligten Mächte zu nahe getreten, da diese zu wiederholten Malen positiv erklärt haben, die chinesische Souveränität sowohl als den Grundsatz der offenen Tür achten zu wollen.

Da die Kaiserliche Regierung seinerzeit zur Beteiligung an der Besetzung von Schanghai lediglich durch die Besorgnis veranlaßt wurde, daß die schwere innere Krisis, welche China vor zwei Jahren durchzumachen hatte, eine Veränderung des Status quo im Jangtsegebiet herbeiführen könnte, so erscheint es nicht logisch, daß wir die Kautelen, welche die Voraussetzung der Räumung Schanghais bilden, weiter ausdehnen, als auf das Becken des Jangtse. Im Hinblick auf die große Bedeutung des Jangtsebeckens für den Weltverkehr haben die Okkupationsmächte es für nötig gehalten, in diesem Gebiete die Erfüllung der anderweitigen Erklärungen und Verbindlichkeiten, welche die Achtung der chinesischen Souveränität und Integrität zum Gegenstande haben, tatsächlich zu gewährleisten. An die Stelle dieser tatsächlichen Gewähr tritt jetzt, nach wiederhergestellter Ruhe, eine Erklärung der chinesischen Regierung, und es erscheint nur folgerichtig, daß diese Erklärung sich nur auf dasselbe Gebiet erstreckt, welches bisher den Gegenstand der internationalen militärischen Bewachung bildete, d. h. das Becken des Jangtse. Jedenfalls wird die Kaiserliche Regierung ihrerseits eine Erklärung mit diesem Inhalt als Vorbedingung der Räumung Schanghais für genügend ansehen, immer vorausgesetzt, daß die Räumung eine allgemeine und gleichzeitige ist.

Die bestehenden älteren Abmachungen, insbesondere der deutsch-englische Vertrag vom Oktober 1900, und das auf Anregung der Vereinigten Staaten von Amerika zustande gekommene Bekenntnis der Mächte zum Prinzip der offenen Tür werden durch eine solche Erklärung Chinas, welches jenen Abmachungen nicht beigetreten und daher durch dieselben formell nicht gebunden ist, in keiner Weise beeinträchtigt, sondern vielmehr dadurch vervollständigt und befestigt.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, das Schreiben Lord Lansdownes gefälligst umgehend nach Maßgabe der vorstehenden Darlegungen und in freundschaftlicher Form zu beantworten.

Bülow

Nr. 4965

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 455 London, den 27. Oktober 1902

Lord Lansdowne besprach mit mir heute nochmals aus eigenem Antriebe, aber in nicht offizieller Weise, wie er ausdrücklich hervorhob, die Frage der Räumung Schanghais, auf die er ganz besonderes Gewicht lege.

Er bedauere, daß die Verhandlungen, welche glatt vonstatten gegangen seien, durch unser Verlangen eines neuen Vertragsabschlusses mit der chinesischen Regierung und den Vizekönigen des Jangtsegebiets plötzlich zum Stillstand gebracht worden seien. Die Räumung werde wohl nun „indefinitely postponed" bleiben. Unser Standpunkt, den ich ihm auseinandergesetzt hätte, möge zwar sein Gutes haben, aber die englische Regierung könne ihm aus gewichtigen Gründen nicht beitreten[1]. Nachdem Deutschland in Schantung Vorrechte erworben hätte und Frankreich mit Bezug auf Jünnan die gleiche Absicht zu verfolgen scheine und Rußland seinen Einfluß im Norden befestige, so könne England nicht durch einen Vertrag mit der chinesischen Regierung mit Bezug gerade auf das Gebiet, wo es die größten Interessen wahrzunehmen hätte[2], sich die Hände binden und etwaige günstige Konjunkturen, die die Zukunft bringen könnte, abschneiden. Er bedauere auch aus dem Grunde das vorläufige Scheitern der Räumungsverhandlungen infolge der Versprechungen, die wir uns von der chinesischen Regierung in bezug auf das Jangtsegebiet hätten geben lassen, weil darin ein neuer Stein des Anstoßes für die hiesige öffentliche Meinung gegenüber Deutschland gegeben sei, während er den aufrichtigen Wunsch hege, alles fernzuhalten, was zur Verstimmung zwischen den beiden Völkern beitragen könne. Einem Vertrag der vier Mächte mit China, worin nur diese sich bänden, und der sich nur auf einen Teil des Chinesischen Reichs und nicht auf das ganze beziehe, könne die englische Regierung nicht beitreten. Durch das Zugeständnis der gleichzeitigen Räumung und der eventuellen Wiederbesetzung Schanghais sowie der Erklärung, daß keine der vier Regierungen aus der Zurückziehung der Truppen Sonderrechte zu erlangen trachten dürfe, sei die englische Regierung unseren Wünschen soweit wie möglich gerecht geworden. Unsere fernere Forderung, daß die chinesische Regierung keiner Macht jemals besondere politische, militärische, maritime oder ökonomische Vorteile gewähren, noch die Besetzung irgendeines Punktes oberhalb oder unterhalb Schanghais erlauben dürfe, sei zu allgemein gehalten, als daß die englische Regierung sie annehmen könne.

Ich erwiderte dem Minister, daß doch auch schon durch den deutsch-englischen Vertrag über China die freie Bewegung für alle an den Flußläufen und in den Häfen Chinas gewährleistet sei, und daß unser letzter Vorschlag nur eine genauere Spezialisierung dieses Prinzips enthalte. Ich würde daher geglaubt haben, daß derselbe ebenso im englischen wie im deutschen Interesse liege. Auch beziehe sich das deutsch-englische Abkommen, genau betrachtet, schon nicht auf ganz China, da ein Teil des nördlichen Chinas davon ausgeschlossen sei.

Der Minister warf dazwischen, dies sei nach unserer Auslegung des Abkommens allerdings der Fall.

Ich erwiderte, daß, selbst wenn die Mandschurei in unserem Abkommen einbegriffen gewesen wäre, dies doch schwerlich an der Tatsache etwas habe ändern können, daß Rußland dort vermöge seines Schwergewichts und der langen gemeinsamen Grenze mit China den vorwiegenden Einfluß ausübe. Der Minister gab dies zu, verharrte aber im übrigen bei seinem Standpunkt.

Er betonte nochmals, daß ich sein Zurückkommen auf die Räumungsfrage nur als einen privaten Gedankenaustausch zwischen mir und ihm betrachten möge.

Aus der Haltung der hiesigen Regierung geht hervor, daß sie sich noch nicht mit dem Gedanken versöhnen will, andern Mächten gegenüber keine besondere Rolle im Jangtsegebiet zu spielen. Die Gefahr ist nicht ausgeschlossen, daß sie, falls die Räumungsverhandlungen endgültig scheitern sollten, den Versuch machen wird, unter einer Form, die dem Prinzip der offenen Tür nicht entgegen ist, an irgendeinem Punkte des Jangtse festeren Fuß zu fassen[3].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist ja alles was wir wissen wollten.
[2] aha! Also es will den Yangtse für sich!
[3] Das ist das, was ich stets befürchte, und wovor alle unsere Marineoffiziere warnen!

Nr. 4966

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Peking Freiherrn von der Goltz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 140 Berlin, den 27. Oktober 1902

Antwort auf Telegramme Nr. 271 und 272*.

Einverstanden, daß wir danach Tschang-Tschi-Tungs Zusicherung ebenso wie diejenige der Zentralregierung als in genügender Form

---

* Nach den Goltzschen Telegrammen Nr. 271 und 272, die am 26. und 27. Oktober in Berlin eintrafen, hatte sowohl die chinesische Zentralregierung wie

vorliegend ansehen. Danach ist Mission Generalkonsul Knappes im wesentlichen erledigt.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 269* gebe anheim, Chinesen darüber zu beruhigen, daß sie aus den uns abgegebenen Erklärungen keinerlei Schwierigkeiten zu befürchten haben. Wir stehen darüber mit England in freundschaftlichem Meinungsaustausch, der rasche Verständigung erwarten läßt. Daß der souveräne Staat China zur Abgabe seiner lediglich die Erhaltung des bestehenden Zustandes bezweckenden Erklärung an uns nicht erst der Erlaubnis irgendeiner andren Macht, also auch nicht Englands bedurfte, ist unbestreitbar. Den weiteren englischen Anstand haben wir, den Wünschen Chinas entgegenkommend, durch Fallenlassen der Beschränkung auf den Jangtse aus dem Wege geräumt. Durch unsere direkte Verständigung mit China ist jedenfalls der Beweis erbracht, daß Deutschland der schleunigen Räumung Schanghais keine Schwierigkeiten bereitet. Damit werden die übrigen beteiligten Mächte genötigt, auch ihrerseits China in der Frage keine Weiterungen zu machen.

Bülow

Nr. 4967

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet **

Reinschrift

Berlin, den 31. Oktober 1902

Am 1. August d. Js. hat die englische Regierung hier angefragt, wie die Kaiserliche Regierung sich zu der von China angeregten Frage einer baldigen Zurücknahme der fremden Garnisonen aus Schanghai stelle. Nachdem wir von dem Kaiserlichen Vertreter in Peking auf telegraphische Anfrage die Auskunft erhalten hatten, daß nach seiner und seiner Kollegen Ansicht die Zustände am Jangtse nunmehr hinreichend

---

Vizekönig Tschang-Tschi-Tung die von Deutschland verlangte formelle Verpflichtung, daß China keiner Macht irgendwelche weitere Sondervorteile politischer, militärischer, maritimer oder wirtschaftlicher Natur am Jangtse einräumen solle, zugestanden, allerdings mit der nachträglichen, von Deutschland akzeptierten Modifikation, daß man die von Deutschland nur für das Jangtsegebiet gestellte Forderung auf ganz China erstrecke und annehme. Durch eine Nachschrift zu Erlaß Nr. 954 (siehe Nr. 4964) wurde davon auch Graf Metternich verständigt.

* Nach Telegramm Nr. 269 vom 23. Oktober machte es der englische Gesandte der chinesischen Regierung zum Vorwurf, sich nicht vor Eingehen auf das deutsche Verlangen der Zustimmung sämtlicher an der Besetzung Schanghais beteiligten Mächte versichert zu haben.

** Die Aufzeichnung war bestimmt, einer Besprechung des Reichskanzlers Grafen von Bülow mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles zur Grundlage zu dienen.

konsolidiert seien, haben wir die englische Anfrage dahin beantwortet, daß wir, wenn die übrigen Okkupationsmächte ihre Garnisonen aus Schanghai effektiv und vollständig zurücknehmen, dies ebenfalls tun würden. Nachdem dann Frankreich seine Zustimmung zur Räumung an die beiden Vorbehalte geknüpft hatte, daß die Modalitäten der Räumung zuvor vereinbart werden müßten, und daß Frankreich sich vorbehielte, wofern eine andere Macht aufs neue eine Wache nach Schanghai legen sollte, seinerseits analoge Maßnahmen zu treffen, haben wir diesen beiden französischen Vorbehalten, als in der Sache liegend, uns ebenfalls angeschlossen.

Die englische Regierung erhob hiergegen keine Einwendungen. Sie machte vielmehr Ende September d. Js. den Vorschlag, als Termin der Räumung den 1. November d. Js. festzusetzen.

Wir haben diesen Vorschlag akzeptiert, zugleich indes, um dem Eintritt des in dem zweiten französischen Vorbehalt vorgesehenen Falle einer Wiederbesetzung Schanghais möglichst vorzubeugen, die Hinzufügung einer dritten Bedingung vorgeschlagen, dahin, daß die chinesische Zentralregierung und die Vizekönige am Jangtse sich verpflichten sollten, am Jangtse weder irgendeiner Macht die Besetzung von Punkten, welche den Strom beherrschen, noch sonstige, dem Prinzip der offenen Tür zuwiderlaufende Sondervorteile einzuräumen.

Die englische Regierung hat mittels eines Schreibens an Graf Metternich vom 11. d. Mts. diesen unsern Vorschlag abgelehnt, indem sie die von uns vorgesehene Heranziehung Chinas für inopportun erklärte, und zugleich den Gegenvorschlag gemacht, daß jede der vier Okkupationsmächte eine formelle Erklärung des Inhalts abgeben solle, daß sie für die Räumung keine Sondervorteile erlangt habe noch beanspruchen werde.

Wir haben geantwortet, daß wir zwar unsererseits keine Bedenken gegen eine so gefaßte Erklärung erhöben, daß wir dieselbe indessen als nicht genügend zur Erreichung des beiderseits gewollten Zwecks ansehen müßten, da die Erklärung nur die vier Mächte binden würde. Auch würde dadurch nicht ausgeschlossen, daß China aus einem andern Grunde an eine fremde Macht Sondervorteile abträte. Wir haben aber in unserer Antwort zugleich hinzugefügt, daß wir die von uns vorgeschlagene dritte Bedingung jetzt für erledigt erachteten, weil inzwischen sowohl die Pekinger Zentralregierung als auch der Vizekönig Tschang-Tschi-Tung auf eine von uns direkt gestellte Anfrage mittels förmlicher Erklärungen die sämtlichen von uns gestellten Bedingungen nur unter Ausdehnung der dritten Bedingung auf ganz China angenommen hätten. Wir haben daher unsere Bereitwilligkeit erklärt, Schanghai zusammen mit den andern Mächten zu räumen, sobald nur noch die von allen für unerläßlich erachtete vorgängige Vereinbarung über die militärischen Modalitäten der Räumung getroffen worden sei.

Inzwischen, und ehe noch das Vorstehende in London bekanntgegeben worden war, hat Lord Lansdowne dem Kaiserlichen Botschafter in London, allerdings in nicht offizieller Weise gesagt, daß infolge unserer direkten Verständigung mit China die Räumung wohl indefinitely postponed bleiben werde. Die englische Regierung könne sich nicht durch Annahme unseres Standpunktes der Gleichberechtigung aller am Jangtse die Hände für etwaige künftige Konjunkturen binden.

Diese Äußerungen Lord Lansdownes scheinen auf eine vollständige Schwenkung in den Anschauungen der englischen Regierung zu deuten. Sie sind unverständlich, wenn anders das wiederholte frühere Drängen Englands auf Evakuierung Schanghais überhaupt ernst gemeint war. Sie sind unvereinbar sowohl mit dem Inhalt des deutsch-englischen Vertrages vom 16. Oktober 1900 als auch mit dem schon vorher auf amerikanische Anregung zwischen den Mächten ausgetauschten Bekenntnis zur Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür in China, ebenso schwer vereinbar endlich mit dem obenerwähnten Schreiben der englischen Regierung vom 11. d. Mts., worin die Notwendigkeit von Vereinbarungen über gleichzeitige und gleichmäßige Räumung Schanghais nochmals anerkannt und zugleich dem deutschen Standpunkt ausdrücklich zugestimmt wurde, daß niemandem für die Räumung direkt oder indirekt Sondervorteile gewährt werden sollten. Unsere direkte Verständigung mit China hält sich dagegen durchaus im Geiste dieser beiden Stipulationen. Sie bindet nur China, welches jenen beiden Stipulationen nicht beigetreten ist, und tritt niemandes Rechten zu nahe. Es ist daher schwer abzusehen, inwiefern die von uns extrahierten einseitigen Erklärungen Chinas, die nur dazu bestimmt waren, die Räumung Schanghais zu erleichtern und zu beschleunigen, gerade ein Hindernis dafür abgeben sollten. Eine Divergenz zwischen uns und England in der Räumungsfrage besteht überhaupt nicht mehr, nachdem wir die von uns wegen des Jangtse gestellte besondre Bedingung für erledigt erklärt haben.

Wenn Lord Lansdowne auf vermeintliche deutsche Privilegien in Schantung hinwies, welche englische Vorrechte am Jangtse rechtfertigten, so mag dem gegenüber darauf hingewiesen werden, daß es sich höchstens um ein einziges Privileg Deutschlands in Schantung handeln kann, nämlich um die Bestimmung des Kiautschou-Vertrags, wonach öffentliche Arbeiten in jener Provinz zunächst deutschen Unternehmern anzubieten sind, daß aber diese Bestimmung unseres Wissens bisher überhaupt noch niemals, geschweige denn zum Nachteile britischer Staatsangehöriger zur Anwendung gebracht worden ist. In allem übrigen ist in Schantung die rechtliche Stellung Deutschlands genau dieselbe wie diejenige aller andren Staaten. Haben wir das entlegene Kiautschou, so besitzen die Engländer dafür das weit wichtigere und besser gelegene Hongkong.

Endlich mag noch darauf hingewiesen werden, daß das von einem deutschen Bankier, Herrn von Hansemann, seinerzeit mit englischen Banken am 1. September 1898 in London abgeschlossene Privatabkommen, welches den Bau von Eisenbahnen im Jangtsetal den englischen Kontrahenten zugesteht, von der deutschen Regierung niemals anerkannt worden ist.

Klehmet

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich habe mich im Sinne dieser Aufzeichnung gegenüber Sir Frank Lascelles ausgesprochen. B. 1/11.

Nr. 4968

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 194 Berlin, den 1. November 1902

Die mit Bericht Nr. 455* gemeldeten Äußerungen Lord Lansdownes deuten darauf hin, daß der englische Herr Minister, in dessen Aufrichtigkeit ich nicht die geringsten Zweifel setze, vielleicht unter dem Eindruck der unzutreffenden Artikel der englischen Presse, unsere Haltung in der Räumungsfrage noch nicht richtig beurteilt. Ich hoffe, daß es Ew. pp. bei Ihrer genauen Kenntnis des dortigen Terrains wie Ihren vertrauensvollen Beziehungen zu Lord Lansdowne gelingen wird, diese Mißverständnisse an der Hand des Erlasses Nr. 954** aufzuklären.

Durch Lord Lansdownes Brief vom 11. Oktober (Bericht Nr. 429)*** hat die englische Regierung unserm Standpunkt im übrigen zugestimmt und nur gegen unsere dritte Bedingung (betreffend Nichtgewährung von Sondervorteilen am Jangtse) Einwendungen erhoben. Soweit diese Einwendungen sich gegen die Beschränkung unserer Bedingung auf das Jangtsegebiet richteten, sind sie schon dadurch beseitigt, daß wir uns mit der Ausdehnung der uns von China abgegebenen Deklarationen auf ganz China einverstanden erklärt haben. Wir haben aber ferner nach der Nachschrift zu Erlaß Nr. 954 † unsere dritte Bedingung überhaupt für erledigt erklärt eben infolge jener chinesischen Deklarationen. Wir dürfen danach annehmen, daß jede Divergenz zwischen unserm und dem bisherigen englischen Standpunkt in Wegfall gekommen sei.

Es ist deshalb nicht recht zu verstehen, warum durch die uns von China gegebenen einseitigen Erklärungen, die außer China niemand binden, in niemands Rechte eingreifen und nur die Erhaltung des Status quo bezwecken, die Räumung Schanghais „indefinitely postponed" werden sollte.

---

* Siehe Nr. 4965.
** Siehe Nr. 4964.
*** Vgl. Nr. 4962 nebst Fußnote *, S. 472.
† Vgl. Nr. 4966, Fußnote *.

In Schantung haben wir keinerlei Vorrechte, sondern nur das bisher nie zur Anwendung gelangte Recht, daß öffentliche Arbeiten zunächst deutschen Unternehmern angeboten werden sollen, aber ohne Ausschließung des Wettbewerbs andrer Nationen. Im übrigen besitzen in Schantung lediglich deutsche Privatpersonen einige Konzessionen gleichwie Engländer in andren Teilen Chinas. Besitzt Deutschland Kiautschou, so besitzt England dafür das viel wichtigere und besser gelegene Hongkong.

Die Ausschließung der Mandschurei von den Bestimmungen des Vertrags vom 16. Oktober 1900 beruht, wie Ew. pp. aus den Botschaftsakten ersehen werden, nicht auf einer nachträglichen willkürlichen Auslegung unsererseits, sondern auf einem während der Verhandlungen von Lord Salisbury selber aus eigner Initiative gemachten Vorschlag*.

Eine ähnliche Legende wird jetzt wieder von der „Times" verbreitet, nämlich daß die deutsche Regierung ein zwischen deutschen und englischen Banken getroffenes Abkommen ratifiziert habe, durch welches der Bahnbau im Jangtsetal den englischen Kontrahenten überlassen wurde. Die deutsche Regierung hat es aber stets abgelehnt, eine solche Ratifikation zu erteilen, und hat jenes am 1. September 1898 in London geschlossene Abkommen, über welches die Botschaftsakten näheres enthalten, als ein privates behandelt**.

In welcher Form übrigens England an einem Punkte des Jangtse festen Fuß fassen könnte, ohne die Bestimmungen unseres Vertrags vom 16. Oktober 1900 und die Erklärungen über das Prinzip der offenen Tür zu verletzen, bleibt schwer abzusehen. Der Wunsch Lord Lansdownes, alles fernzuhalten, was irgendwie zur Verstimmung zwischen Deutschland und England beitragen könnte, wird unsrerseits durchaus geteilt, und sind wir grade deshalb bestrebt gewesen, alle Hindernisse wegzuräumen, welche gegen die Erteilung unserer Zustimmung zu dem englischen Antrag auf Räumung zum 1. November bestanden haben.

Bülow

Nr. 4969

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich, z.Z. in Sandringham

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 58 Berlin, den 12. November 1902

Ew. pp. Telegramm Nr. 108*** habe ich erhalten. Unser Wunsch

* Vgl. Kap. CVI, Nr. 4808, Fußnote *.
** Vgl. Bd. XIV, Kap. XC, C, Nr. 3777, S. 181, Fußnote *.
*** Telegramm Nr. 108 vom 11. November bezog sich auf einen vom Grafen

ist, die Schanghaifrage in einer Weise zum Abschluß zu bringen, welche keinen bitteren Rest, weder für England noch für Deutschland, hinterläßt. Hervorragende Organe der Londoner Presse erörtern aber unsere Haltung in der Schanghaifrage in einer den Tatsachen nicht entsprechenden Art. Bitte, mit Lord Lansdowne freundschaftlich zu besprechen, wie sich eine störende und irritierende Preßpolemik am besten vermeiden läßt, ob durch Richtigstellung von englischer Seite oder durch deutsche Darlegung des Sachverhalts etwa in nachstehender Form:

„Deutschland hatte bekanntlich für die Räumung Schanghais die Erfüllung von drei Bedingungen verlangt: nämlich erstens, daß die Räumung gleichzeitig und gleichmäßig von seiten aller Beteiligten auf Grund vorheriger Vereinbarung sich vollziehen müsse; zweitens, daß jedem Beteiligten vorbehalten bliebe, aufs neue Truppen nach Schanghai zu legen, falls eine andere Macht hierzu schreiten sollte, und drittens zur Verhütung einer solchen Wiederbesetzung, daß China sich ausdrücklich verpflichte, am Jangtse keiner Macht militärische oder sonstige, gegen den Grundsatz der offenen Tür verstoßende Sondervorteile einzuräumen. Diese drei Bedingungen sind sowohl von der Pekinger Zentralregierung als auch von dem Vizekönig Tschang-Tschi-Tung im Wege schriftlicher Erklärungen ohne Einschränkung angenommen worden. Nur haben die Chinesen nachträglich hinzugefügt, daß sie ihre Erklärungen, insoweit sieselben sich auf die Nichtgewährung von Sondervorteilen am Jangtse bezögen, ebenso auch von den übrigen Teilen Chinas verstanden wissen wollten. Die deutsche Regierung hat ihre obenerwähnte dritte Bedingung nach deren Annahme durch China für erfüllt erachtet und demgemäß den Mächten bekanntgegeben, daß sie ihrerseits Schanghai räumen werde, sobald die übrigen Okkupationsmächte auf Grund der zu vereinbarenden militärischen Modalitäten der gleichzeitigen Räumung ein Gleiches täten, selbstverständlich unter Aufrechterhaltung des Vorbehalts der Wiederbesetzung für den Fall, daß irgendeine andere Macht dazu schreiten sollte."

Von großer Wichtigkeit wäre es natürlich, daß weder im Blaubuch etwas veröffentlicht noch im Parlament von den Ministern etwas erklärt werde, was Öl ins Feuer zu gießen geeignet sein würde.

Bülow

Bülow zur Kenntnis Lord Lansdownes gebrachten Wunsch, daß während der Anwesenheit des Kaisers in England — er war am 6. November auf der „Hohenzollern" dahin abgereist — Preßfehden wegen der Schanghaiaffäre möglichst auf beiden Seiten vermieden werden möchten.

Nr. 4970

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich, z. Z. in Sandringham

Telegramm. Konzept

Nr. 60 Berlin, den 12. November 1902

Obschon die mit Bericht Nr. 481 eingereichte Antwort Lord Lansdownes * manches enthält, was unsererseits als richtig nicht anzuerkennen ist, halte ich an der in Telegramm 211 ausgesprochenen Absicht fest, nunmehr von Seiner Majestät den Erlaß der für die Rücknahme unserer Truppen aus Schanghai erforderlichen militärischen Befehle zu erbitten. Den Vortrag darüber an allerhöchster Stelle bitte ich Eure Exzellenz zu übernehmen. Ich lege Wert darauf, daß Sie dabei insbesondere folgendes vor Seiner Majestät klarstellen.

Gemäß der von Seiner Majestät frühzeitig und wiederholt kundgegebenen Willensmeinung hat die deutsche Politik seit Beendigung der chinesischen Wirren es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben in Ostasien betrachtet, Deutschland die volle Gleichberechtigung am Jangtse zu wahren. Sobald uns daher die neuerlichen Versuche des englischen Kommissars für die Handelsvertragsverhandlungen, Mackay, bekannt wurden, für England eine den Jangtse beherrschende militärische Stellung in den Kiangjinforts und im Hafen von Tsingkiang zu erlangen, haben wir nicht gezögert, diese englischen Bestrebungen nach Alleinherrschaft dadurch zu durchkreuzen, daß wir den zwischen uns und Frankreich vereinbarten Bedingungen für das Herausgehen aus Schanghai noch die besondere Bedingung hinzufügten, daß China keiner Macht Sondervorteile militärischer oder sonstiger Art am Jangtse ge-

---

* Siehe den Text der Antwortnote Lord Lansdownes vom 6. November im Englischen Blaubuch China Nr. 3 (1902) und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 67, S. 244 f. Lord Lansdowne begründete darin seinen Widerspruch gegen die dritte deutsche Bedingung folgendermaßen: „To that condition His Majesty's Government took exception, not because they desired to recede from their adherence to the principle of the open door, or because they are not most anxious to preserve the sovereign rights of China, but because they can see no reason why the withdrawal of their troops from Shanghae should be made the occasion for a fresh affirmation of those accepted principles, or for a renunciation which, if it had any new meaning at all, seemed specially directed against Great Britain." In einer Antwortnote vom 7. November (siehe den englischen Text in Das Staatsarchiv Bd. 67, S. 245) verwahrte sich Graf Metternich dagegen, daß das deutsche Vorgehen als besonders gegen England gerichtet angesehen werden könne.

währen dürfe. Diese Bedingung haben wir der englischen Regierung mitgeteilt, gleichzeitig aber dieselbe ebenso wie Frankreich zur Kenntnis der chinesischen Regierung gebracht. Nachdem die letztere alsbald geantwortet, daß sie unsere Bedingung annähme, haben wir erklärt, nunmehr angesichts dieser Erledigung unserer Spezialbedingung zum Abzug aus Schanghai gleichzeitig mit den anderen bereit zu sein, sobald die militärischen Modalitäten dafür zwischen den beteiligten Kommandeuren geregelt seien, selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Wiederbesetzung, falls eine andere Macht hierzu schreiten sollte.

Hiernach ist unsere Gleichberechtigung am Jangtse soviel als möglich jetzt gesichert und zugleich unsere Aktionsfreiheit für den Fall von etwaigen Eingriffen von andrer Seite gewahrt. Es ist daher unbedenklich und wird gegenüber den Entstellungen der englischen Presse, als ob Deutschland die Evakuation Schanghais durch seine Weigerung vereitelt habe, sehr angebracht sein, wenn der deutsche Befehlshaber in Schanghai nunmehr ermächtigt wird, den übrigen dortigen Befehlshabern mitzuteilen, daß er, falls sie dies wünschten, bereit sei, mit ihnen die Einzelheiten der gleichzeitigen und gleichmäßigen Räumung zu vereinbaren.

Seiner Majestät gegenüber bitte ich, lediglich zur Beleuchtung des englischen Verfahrens, bei Ihrem Vortrag vertraulich noch folgendes zu erwähnen:

1. Nach der Antwort Lord Lansdownes scheint die englische Regierung fast den Anspruch zu erheben, daß Verhandlungen oder Besprechungen fremder Regierungen mit China nicht ohne Wissen und Zustimmung von England erfolgen dürfen.

2. Unsere direkte Verständigung mit China hat bekanntlich in England großes Mißfallen erregt*. Die englische Presse hat offen, Lord Lansdowne Ew. pp. gegenüber mit einigen Umschweifen, eingestanden, daß für England, mindestens eventuell, eine mit dem Prinzip der offenen Tür nicht vereinbare Vorrechtsstellung am Jangtse beansprucht wird. Dieses Eingeständnis, das die von Seiner Majestät von Anfang an bekundeten Besorgnisse vor egoistischen englischen Absichten am Jangtse bestätigt, und das namentlich in Amerika nicht unbeachtet bleiben dürfte, klärt jedenfalls die Sachlage.

Bitte um Drahtbericht über die allerhöchste Entschließung.

Bülow

---

* Das hob auch Kaiser Wilhelm II. in einem Telegramm an Graf Bülow vom 12. November aus Sandringham hervor: „Die Schanghaier Sache hat sie auch schwer geärgert, da sie als direkte Verletzung unseres Jangtseabkommens und als ein Messerstich in den Rücken angesehen wird.“ Siehe den vollen Text des Telegramms in Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 5031.

Nr. 4971

Der Botschafter in London Graf von Metternich, z. Z. in Lowther Castle, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Lowther Castle, den 19. November 1902

Ich hatte mit Lord Lansdowne in Sandringham eingehend den Inhalt des Telegramms Nr. 58* besprochen, wobei er ebenfalls den Wunsch zeigte, durch die Behandlung der Schanghaifrage der Öffentlichkeit gegenüber mäßigend zu wirken. Ich hatte ihm sodann eine englische Notiz nach Maßgabe des in Telegramm Nro 58 in Anführungszeichen Stehenden überlassen, da er nach London zurückreisen mußte und sich die Sache überlegen wollte. Er sprach die Ansicht aus, daß dem englischen Parlament gegenüber eine kurze Zusammenfassung nicht genügen werde, sondern daß die in der Sache gewechselten Schriftstücke dem größten Teil nach publiziert werden müßten. Für eine offiziöse beschwichtende Mitteilung in der englischen Presse schien er nicht geneigt.

Der Minister schreibt mir nun in einem Privatbrief, er wünsche es ganz der Kaiserlichen Regierung zu überlassen, ob dieselbe eine Erklärung im Sinne der ihm von mir übergebenen Notiz lancieren wolle und in welcher Sprache. Die ihm von mir gegebenen Daten seien nicht so vollständig, daß die hiesige Regierung sich mit einer entsprechenden Erklärung begnügen könne. Sie habe die Vorlage der Dokumente selbst versprochen, und er sei mit der Prüfung und Auswahl derjenigen Dokumente beschäftigt, welche vorgelegt werden müßten. Er werde mir zur Prüfung Abschrift derjenigen Schriftstücke schicken, welche von der deutschen Regierung ausgegangen seien.

Unter diesen Umständen verspreche ich mir von einer Richtigstellung des Sachverhalts unsererseits, wie er in Telegramm Nr. 58 angegeben ist, keinen Nutzen, da die von China uns gegenüber übernommene Verpflichtung gerade geeignet ist, die hiesige öffentliche Meinung aufzuregen, welche nicht mit Ergebenheit den Gedanken erträgt, daß England kein Sonderrecht im Jangtsegebiet haben solle, sondern dasselbe nach wie vor für die englische Interessensphäre beansprucht.

Lord Lansdowne werde ich mitteilen, wir hätten kein größeres Interesse daran als die englische Regierung, die öffentliche Meinung zur Ruhe kommen zu lassen und brauchten die Veröffentlichung des Schriftwechsels in der Schanghaifrage nicht mehr zu scheuen als die englische Regierung. Ich werde trotzdem, wenn es an die Sichtung der Doku-

---

* Siehe Nr. 4969.

mente für das Blaubuch geht, versuchen, die scharfen Stellen auszumerzen.

Übrigens ruht die Schanghaifrage in der hiesigen Presse.

Metternich

Nr. 4972

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den englischen Staatssekretär des Äußern Marquess of Lansdowne

Abschrift

London, den 20. November 1902

Die Kaiserliche Regierung hat aus Euerer Exzellenz geneigtem Schreiben vom 6. d. Mts.* ersehen, daß die Königlich Großbritannische Regierung die Abmachungen Deutschlands und Chinas über die Räumung Schanghais bedauert hat. Die Kaiserliche Regierung glaubt dieses Bedauern nicht dahin verstehen zu sollen, daß die Königlich Großbritannische Regierung den Anspruch erhebt, es dürften Verhandlungen oder Besprechungen fremder Regierungen mit China nicht ohne Wissen und Zustimmung Englands stattfinden. Die Kaiserliche Regierung glaubt dies um so weniger, nachdem England für sich allein ohne Zuziehung der übrigen direkt interessierten Mächte zur Verhandlung und zum Abschluß eines die Handels- und Verkehrsverhältnisse in einschneidendster Art regelnden Vertrags mit China geschritten ist**.

---

* Vgl. Nr. 4970, Fußnote *.

** Im Schlußprotokoll der Friedensverhandlungen (7. September) war eine Neuregelung der Handelsvertragsverhältnisse zwischen China und den Mächten vorgesehen worden. Auf englisches Andringen wurden die Verhandlungen darüber nach Schanghai verlegt und hier wesentlich englischer Führung unter Leitung des eigens dazu delegierten Sir James Mackay überlassen. Das Ergebnis der von dem englischen Bevollmächtigten einseitig zu Englands Gunsten geführten Verhandlungen (vgl. auch Nr. 4962) war der Abschluß eines englisch-chinesischen Handelsvertrags vom 8. September 1902. Die darin vorgesehene Abschaffung der Likinzölle, der eine ausreichende Erhöhung der Seezölle, wie sie Deutschland andauernd erstrebt hatte (vgl. Kap. CVII), nicht gegenüberstand, war ganz auf das englische Interesse zugeschnitten und ließ auf seiten der übrigen Mächte mehr oder minder starken Widerspruch laut werden; doch einigte man sich schließlich allseitig über einen neuen Zolltarif (31. Oktober). Deutscherseits fühlte man sich, wie aus einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet vom 30. Juli und einer weiteren des Staatssekretärs Freiherrn von Richthofen vom 7. November 1902 hervorgeht, verletzt durch die Rücksichtslosigkeit, mit der England vorging, ohne mit Deutschland, als dem Genossen des Jangtsevertrags vom Oktober 1900, Fühlung zu nehmen. In der Aufzeichnung Richthofens wird lebhaft Klage darüber geführt, daß der Generalkonsul Knappe, dem die Anweisung erteilt war, mit den englischen Kommissaren Hand in Hand zu arbeiten, bei diesen „hinsichtlich

Die Kaiserliche Regierung hat seinerzeit diejenigen Bedingungen, die sie zur Räumung Schanghais für unerläßlich erachtete, der Königlich Großbritannischen Regierung bezeichnet und gleichzeitig dieselben auch der zunächst interessierten chinesischen Regierung zur Kenntnis gebracht. Die letztere hat darauf geantwortet, daß sie gegen diese Bedingungen nichts zu erinnern finde und dieselben akzeptiere. Wenn die chinesische Regierung nachträglich erklärt hat, daß sie ihre Annahme der nur für das Jangtsegebiet gestellten Forderung meiner Regierung, daselbst keine Sonderrechte zu gewähren, auf ganz China erstrecke, so hat die Kaiserliche Regierung keinen Anlaß gehabt, dies zu beanstanden, da in dem von China gewährten größeren Zugeständnis auch das nur verlangte kleinere enthalten ist. Die Kaiserliche Regierung hat daher keinen Anstand genommen, ihre den Jangtse betreffende Bedingung, die sie sonach weder zurückgenommen noch modifiziert hat, für erfüllt zu erklären. Durch diese Erklärung glaubte die Kaiserliche Regierung der Großbritannischen, deren Beanstandung dieser Bedingung ihr mittlerweile bekannt geworden war, entgegengekommen zu sein. Die Kaiserliche Regierung vermag aber in dem ganzen Hergang nichts zu erblicken, wodurch sie englischen Rechten oder berechtigten Interessen zu nahe getreten wäre. Auch hat Frankreich eine im wesentlichen gleiche Mitteilung in Peking gemacht wie die Kaiserliche Regierung und darauf auch von China die gleiche Antwort erhalten.

Den Daten der von meiner Regierung an Euere Exzellenz und an die chinesische Regierung gerichteten Mitteilungen, auf welche in dem Schreiben Euerer Exzellenz hingewiesen ist, dürfte aber, wie aus obigem hervorgeht, wohl kaum Bedeutung beizumessen sein.

Die Kaiserliche Regierung teilt hingegen vollkommen die Ansicht Euerer Exzellenz, daß die ihr von China gegebene Erklärung, keine Sonderrechte gewähren zu wollen, die schon bestehenden Festsetzungen allgemein bekannter älterer Verträge nicht berührt.

Zum Schluß darf ich Euerer Exzellenz noch auftragsgemäß mitteilen, daß Seine Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr, die für die Rücknahme der deutschen Truppen aus Schanghai erforderlichen Befehle erlassen hat. Hierdurch dürfte erneut dargetan sein, daß in der Räumungsfrage praktisch durchaus keine Differenz zwischen dem Standpunkt der Kaiserlichen und der Großbritannischen Regierung besteht.

(gez.) Metternich

---

der Zolltarifverhandlungen wenig, hinsichtlich der übrigen kommerziellen Verhandlungen so gut wie gar kein Entgegenkommen" gefunden habe. „Der weitere Verlauf", so schließt die Aufzeichnung, „hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß die englische Absicht von Anfang an war, die Regelung der kommerziellen Beziehungen zu China allein vorzunehmen und den übrigen Staaten lediglich den nachträglichen Beitritt zu den Vereinbarungen zu überlassen."

Nr. 4973

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Peking Freiherrn von der Goltz

Telegramm. Konzept

Nr. 148 Berlin, den 23. November 1902

Nachdem China unserer Forderung bezüglich Nichterteilung von Sonderrechten entsprochen hat, haben wir keine Bedenken weiter gegen die Räumung von Schanghai, vorausgesetzt, daß dieselbe eine allgemeine ist, und unter dem Vorbehalt der Wiederbesetzung, falls eine solche seitens einer anderen Macht für notwendig erachtet werden sollte.

Dementsprechend ist der Kommandant des deutschen Besatzungskorps in Schanghai von Seiner Majestät ermächtigt worden, mit den Führern der anderen Kontingente, falls diese es wünschen, Zeit und Art der gemeinsamen Räumung zu vereinbaren. Wir haben damit unseren guten Willen betätigt und warten nunmehr ruhig ab, daß auch der englische und französische Truppenführer die betreffende Ermächtigung erhält. Irgendwelches Drängen unsererseits ist natürlich ausgeschlossen.

Generalkonsul informieren.

Richthofen

Nr. 4974

*Der Geschäftsträger in Washington Graf von Quadt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 200 Washington, den 26. November 1902

„Ich fand gestern abend Gelegenheit, dem Präsidenten gegenüber in Gesprächen über China die Politik der offenen Tür zu berühren, ebenfalls Englandpolitik im Jangtsetal. Meine Bemerkungen interessierten den Präsidenten sehr lebhaft. Er erklärte mir emphatisch, daß die Vereinigten Staaten ihre gesamte Kraft und ihren gesamten Einfluß aufbieten würden, um in ganz China, nicht allein im Jangtsetal, das Prinzip der offenen Tür aufrechtzuerhalten, damit weder England noch

* Das Telegramm Quadts gab ein Telegramm des Generalkonsuls und früheren ersten Sekretärs bei der Botschaft in Washington Freiherrn Speck von Sternburg wieder, der im November einer Einladung des ihm befreundeten Präsidenten Roosevelt folgte und vom Auswärtigen Amt den Auftrag hatte, bei dieser Gelegenheit dem Präsidenten den deutschen Standpunkt in der China- bezw. der Schanghaifrage darzulegen.

Frankreich noch irgendeine andere Macht Sondervorteile mit Bezug auf Handel und Schiffahrt erreichen könnten. Obwohl ich wiederholt betonte, daß meine Bemerkungen lediglich akademische ohne jeden amtlichen Charakter seien und ich dem Präsidenten diese Mitteilungen nur machte, weil ich aus früheren Gesprächen mit ihm und dem Staatssekretär über Amerikas Politik in China wüßte, wie hoch Amerika das Prinzip der offenen Tür halte, so ließ er doch den Staatssekretär rufen, welcher in der Nähe war, und wiederholte in dessen Gegenwart das mir Mitgeteilte, indem er Herrn Hay fragte, ob es nach jeder Richtung hin die Politik Amerikas deckt, was Staatssekretär bejahte. ‚Die Mandschurei', bemerkte der Präsident, ‚betrachten wir als verloren und außerhalb der Sphäre des Einflusses der übrigen Mächte. Wir halten aber auf absolute Aufrechterhaltung der offenen Tür in den von Rußland beherrschten Gebieten.' Graf von Cassini teilte mir gesprächsweise mit, daß Staatssekretär mit Bezug auf Verhandlungen, die Mandschurei betreffend, besonderes Entgegenkommen gezeigt und den Dank der russischen Regierung erworben habe. Nach Erklärung des Präsidenten hielt ich es meinen Instruktionen gemäß nicht für klug, weitere bezügliche Fragen zu stellen.

Ich schiffe mich 27. Dampfer ‚Friedrich der Große' ein.

Freiherr von Sternburg."

Quadt

Nr. 4975

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 243 Berlin, den 2. Dezember 1902

Lediglich zu Ew. Orientierung.

Nachdem das britische Besatzungskorps Ordre erhalten hat, Schanghai am 20. Dezember zu räumen, haben Seine Majestät der Kaiser und König an den deutschen Befehlshaber telegraphisch nachstehende Weisung erlassen:

„Falls es mit den Vorbereitungen zur Weihnachtsfeier vereinbar ist, sollen die deutschen Truppen am selben Tage wie die Engländer räumen. Sind die Vorkehrungen zur Weihnachtsfeier schon getroffen, soll die Räumung in der Januarwoche erfolgen."

Wenn sich auch der Tag, wo die Räumung vollendet sein wird, wegen der Transportschwierigkeiten nicht im voraus bestimmen läßt, so wird jedenfalls im Laufe des Januar Schanghai von den deutschen Truppen geräumt werden. Nach Meldung des Grafen Schlippenbach

war der französische Kommandant am 30. November noch ohne Instruktion über den Zeitpunkt für die Zurückziehung seiner Truppen.

Da von englischer Seite jede Verständigung mit den anderen beiden Befehlshabern hinsichtlich des Zeitpunkts und der Modalitäten der Räumung ostentativ vermieden wurde, ist es nicht nötig, daß Ew. gegenüber Lord Lansdowne die Initiative für eine weitere Besprechung der Räumungsfrage nehmen.

Richthofen

Nr. 4976

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift von der Hand des Legationsrats Zahn

Berlin, den 7. Dezember 1902

Heute fand im Reichskanzlerpalais eine Besprechung statt, an der außer dem Herrn Reichskanzler und dem Unterzeichneten der Kriegsminister von Goßler, der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz, begleitet von dem Kontreadmiral von Ahlefeld, und der Chef des Admiralstabs Büchsel teilnahmen.

Die Besprechung führte zu dem Ergebnis, daß aus allgemein politischen, finanziellen und lokalen Gründen die Heimschaffung des Gros der Schanghaier Garnison in Aussicht zu nehmen sei. Der Herr Kriegsminister wird bei Seiner Majestät beantragen, daß zur Belassung in Ostasien aus der Schanghaier Garnison zwei Maschinengewehrabteilungen auszuscheiden seien. Die eine in Stärke von 150, die andere von 80 Mann. Eine dieser Abteilungen werde nach Kiautschou verlegt werden, die andere nach Tientsin in Ablösung zurzeit dort stehender Artillerie, die gleichfalls nach Kiautschou werde dirigiert werden. Das Gros der Schanghaier Garnison werde teils noch im Dezember, teils am 3. Januar zur Einschiffung nach der Heimat gelangen. Sobald die allerhöchste Genehmigung zu diesen Vorschlägen ergehe, werde der Kriegsminister das Auswärtige Amt davon benachrichtigen*. pp.

Richthofen

---

* Nach dem Eingang der Genehmigung des Kaisers erhielt die deutsche Besatzung in Schanghai Befehl, Schanghai spätestens am 3. Januar völlig zu räumen. Tatsächlich schifften sich 150 Mann der deutschen Truppen schon am 20. Dezember mit dem Postdampfer „Bayern“ ein, während die Engländer, statt am 20., erst am 22., die Franzosen am 26. Dezember aufbrachen. Telegramm Generalkonsul Knappes Nr. 62 vom 22. Dezember.







